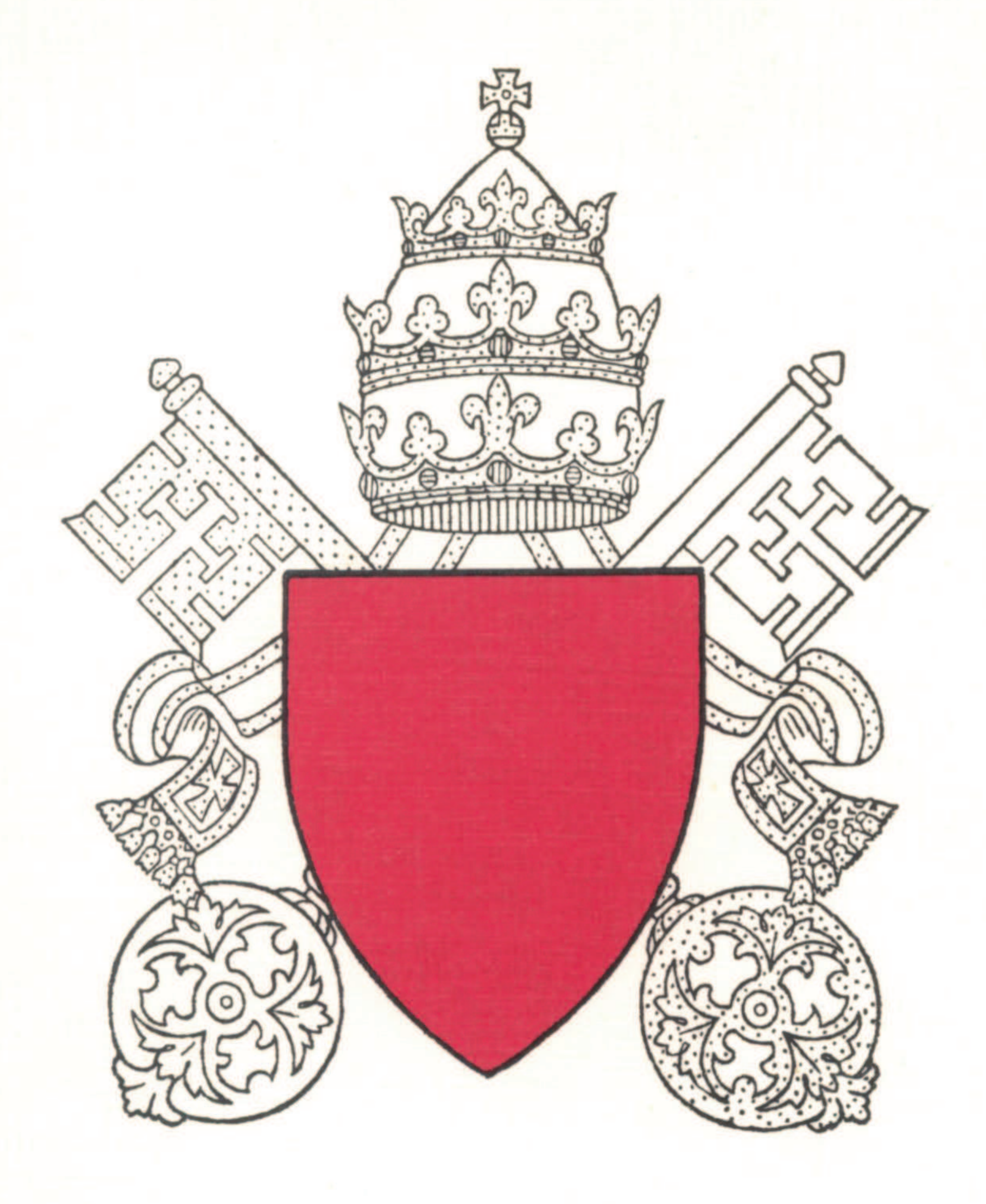
AVRO MANHATTAN



Der Vatikan und das XX. Jahrhundert

AVRO MANHATTAN

Der Vatikan und das XX. Jahrhundert

AVRO MANHATTAN

Der Vatikan und das XX. Jahrhundert

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG UND KULTUR

Reihe
Hintergrundanalysen
Band 7

Titel der englischen Originalausgabe:
THE CATHOLIC CHURCH
AGAINST THE TWENTIETH CENTURY
Deutsch von Hermann O. Lauterbach

Lizenzausgabe des Verlags Volk und Welt,
Berlin (DDR)

Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur,
2257 Struckum / Nordfriesland

Druck + Herstellung: Bäuerliche Druckerei, 2800 Bremen

ISBN: 3-922314-33-3

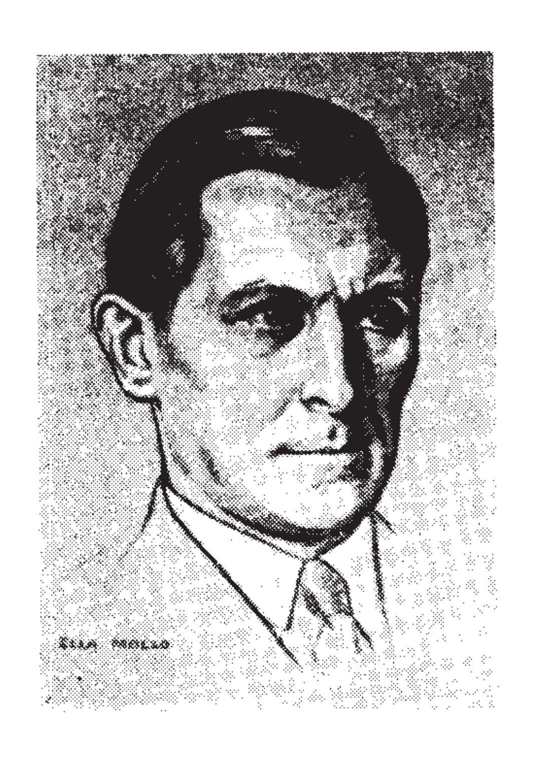
INHALT

Vorbemerkung des Verlages IX

I Die katholische Kirche in der modernen Welt 1
II Der Vatikanstaat 9
III Der Vatikan als geistig-religiöse Macht – Wie die katholische Kirche regiert wird 19
IV Der geistige Totalitarismus des Vatikans 32
V Religiöse Orden 53
VI Die grundlegenden Ursachen der Weltunruhe, wie die katholische Kirche sie sieht 62
VII Die Politik des Vatikans zwischen den Weltkriegen 70
VIII Spanien, die katholische Kirche und der Bürgerkrieg 78
IX Italien, der Vatikan und der Faschismus 100
X Deutschland, der Vatikan, der erste Weltkrieg, Hitlers Aufstieg 131
XI Nazismus, Vatikan und zweiter Weltkrieg 161
XII Österreich und der Vatikan 208
XIII Die Tschechoslowakei und der Vatikan 236
XIV Polen und der Vatikan 254
XV Belgien und der Vatikan 263
XVI Frankreich und der Vatikan 276
XVII Die Sowjetunion, die orthodoxe Kirche und der Vatikan . . . 318
XVIII Die katholische Kirche und der amerikanische Kontinent – Die USA und der Vatikan 344
XIX Der Vatikan, Lateinamerika, Japan und China 377
XX Schlußfolgerungen 393

Namenverzeichnis 396

Dieses Buch ist all denen gewidmet,
die, unabhängig von ihrer Nationalität,
ihrer Rasse oder Religion,
danach streben,
die Völker aus den dunklen Schatten
der Vergangenheit
in eine Welt zu führen,
in der die Kraft der menschlichen Vernunft
das private und gesellschaftliche Leben
einer betrogenen
und leidenden Menschheit erhellt.



A V R O M A N H A T T A N wurde 1910 in Mailand geboren. Er studierte Philosophie und Soziologie. Mit 21 Jahren trat er das erstemal als Schriftsteller an die Öffentlichkeit. Als junger Student mußte er sein Land verlassen, nachdem er sich aktiv am Widerstandskampf gegen das Mussolini-Regime beteiligt hatte; danach verbrachte er viele Jahre in Frankreich, der Schweiz, Deutschland, Belgien, Brasilien, Argentinien und anderen Ländern. Seit dem zweiten Weltkrieg lebt Manhattan als Schriftsteller und Publizist in London.

VORBEMERKUNG DES VERLAGES

Wer in Deutschland weiß,

daß Reichskanzler Franz von Papen, päpstlicher Geheimkämmerer und ein Mann der katholischen Zentrumspartei, den entscheidenden Beitrag zu Hitlers Machtergreifung und zur Schaffung des Reichskonkordats leistete und 1934 für diese politische Tätigkeit vom damaligen Papst mit dem Christusorden ausgezeichnet wurde?

daß die Auflösung der Zentrumspartei im Juli 1933 sowie die zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen von Bischöfen zugunsten des Nationalsozialismus auf unmittelbare Weisung des Vatikan erfolgten?

daß für die direkte Unterstützung Hitlers der damalige Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., verantwortlich war?

daß überall, wo faschistische Regierungen gebildet wurden, der Vatikan seine Hand im Spiel hatte?

daß es der katholischen Kirche in den letzten Jahrzehnten gelungen ist, selbst in den weitgehend protestantischen USA eine beherrschende Stellung im gesellschaftlichen und politischen Leben zu erringen?

Avro Manhattan schrieb sein Buch Anfang der fünfziger Jahre. Seine Schlußfolgerungen wurden durch die Ereignisse der folgenden Jahre weitgehend bestätigt, so daß der Leser ohne Schwierigkeiten die in der Vergangenheit festgestellten Tendenzen der vatikanischen Politik in der Gegenwart wiederfindet.

Der Verfasser richtet sich weder gegen die Religion im allgemeinen noch gegen die katholische Religion im besonderen. Nicht die religiösen Glaubenssätze der katholischen Kirche sind das Thema, sondern die politischen Taten des Vatikan. Der Glauben bedeutet für den Vatikan ohnehin kaum mehr als ein Mittel zur Einflußnahme. Der Verfasser mißt daher nicht mit religiösen, sondern mit politischen Maßstäben. Wo allerdings die politische Vernunft und wichtige humanistische Grundprinzipien mit den religiösen Dogmen und deren Konsequenzen in Widerstreit geraten, läßt er keinen Zweifel daran, wessen Partei er ergreift.

Manhattan geht in seinem Buch bei der Analyse des Geschehens zum Teil von Positionen aus, die seiner Erkenntnis der Zusammenhänge und ihrer Darstellung Grenzen setzen. Er überschätzt die Rolle des Vatikan, sieht ihn zu sehr als selbständigen Machtfaktor und zu wenig als Spitze eines überstaatlich organisierten Netzwerkes, das neben anderen Netzwerken steht, die miteinander eng verflochten sind und sowohl Treibende wie auch Getriebene einer sich immer mehr in den Vordergrund schiebenden materialistisch und imperialistisch orientierten Entwicklung darstellen. Auch der Faschismus und Nationalsozialismus werden zu einseitig betrachtet, Elemente aus der gegnerischen Kriegs- und Nachkriegspropaganda kommen verdeckt zum Tragen, insbesondere findet der Verfasser kaum einen Zugang zu den völkisch-freiheitlich-sozialen Bestrebungen, die im Nationalsozialismus anfangs stark vertreten, später aber zurückgedränkt wurden. Der Sammelbegriff Sozialismus wird zu wenig differenziert angewandt, auch sieht der Verfasser zu unkritisch die Rolle des Sozialismus marxistischer und bolschewistischer Prägung sowie der dagegen gerichteten Abwehrbewegungen.

Trotz dieser Mängel entschloß sich der Verlag, dieses Buch neu herauszugeben. Die Veröffentlichung erfolgt in der Reihe Hintergrundanalysen, die einer Diskussion über die Hintergründe vergangener und gegenwärtiger Politik dienen soll, ohne daß sich der Verlag die Standpunkte der einzelnen Autoren uneingeschränkt zu eigen macht. Das Werk von Manhattan enthält zu viele wichtige Tatsachen und Gesichtspunkte, als daß es in dieser Diskussion fehlen dürfte.

Der Verlag

KAPITEL I Die katholische Kirche in der modernen Welt

Die katholische Kirche als geistige und moralische Autorität – Ihre Möglichkeiten, auf soziale und politische Fragen Einfluß zu nehmen – Der Vatikan als religiöse und politische Großmacht

Auf den ersten Blick mag es wie Zeitvergeudung aussehen, über den Einfluß zu schreiben, den die Religion im allgemeinen und das Christentum im besonderen auf die Ereignisse in einem Jahrhundert ausübt, das mit solch gigantischen ethischen, sozialen, ökonomischen und politischen Problemen belastet ist wie das unsere. Die Religion, obwohl noch tief in der modernen Welt verwurzelt, könne sich heute nicht mehr ernsthaft mit den ökonomischen und sozialen Kräften messen, die die Zivilisation unserer Tage bewegen und erschüttern. Diese Meinung wird vor allem hinsichtlich eines bestimmten Zweiges des Christentums vertreten – des Katholizismus. Man gibt wohl zu, daß der Katholizismus als Religion in einer Reihe von Ländern noch durchaus mächtig ist, neigt aber gleichzeitig dazu, die Rolle zu unterschätzen oder gar zu leugnen, die er in den sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen unserer Zeit spielt.

Die allgemeine Einstellung zur Religion, vor allem zum Christentum, ist, daß beide Kirchen, die protestantische und die katholische, obwohl beide nach Macht streben, in Wirklichkeit bereits in den Hintergrund gedrängt seien; zumindest aber seien sie nicht mehr in der Lage, den Lauf der Dinge sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik der Völker zu bestimmen.

Es ist eine Tatsache, daß die Religion überall an Boden verloren hat und weiterhin verliert. Heute beschäftigen sich der einzelne und die Gesellschaft vordringlich mit Lohnfragen, mit der Gewinnung von Bodenschätzen, mit dem Finanzhaushalt, mit der Arbeitslosigkeit, mit dem Wettrennen zur Herstellung perfektester Zerstörungsmittel, mit der Freisetzung kosmischer Gewalten und mit tausend anderen Problemen praktischer Art. Diese Tatsache trägt dazu bei, eine Illusion aufrechtzuerhalten, die nicht nur im Widerspruch zur Wirklichkeit steht, sondern auch für die Zukunft gefährliche Folgen haben kann.

Das bezieht sich vor allem auf die Rolle der katholischen Kirche. Denn der politische Katholizismus ist, ungeachtet seiner enormen zahlenmäßigen Einbuße an Macht und Einfluß, lebendiger und aggressiver denn je. Er übt auf das nationale und internationale Geschehen, das seine äußerste

Zuspitzung im ersten und zweiten Weltkrieg fand, einen größeren Einfluß aus, als es uns auf den ersten Blick möglich dünkt.

Die Ansicht, daß der politische Katholizismus nach wie vor eine gewaltige geistige Macht darstellt, die den Lauf der Weltgeschichte beeinflußt, stützt sich nicht auf theoretische Überlegungen, sondern auf harte Tatsachen. Andere Religionen oder religiöse Bekenntnisse beeinflussen ebenfalls mehr oder weniger die moderne Gesellschaft. Aber ihre Fähigkeit, den Lauf des geschichtlichen Geschehens mitzubestimmen, hält keinen Vergleich mit dem Einfluß der katholischen Kirche aus. Dies hat seine Ursache in einigen Besonderheiten der katholischen Kirche:

1. a Ihre zahlenmäßige Stärke – ungefähr 400 Millionen Gläubige.*
   b Die Tatsache, daß der Hauptteil der katholischen Bevölkerung in Europa und Amerika lebt.
   c Die Tatsache, daß die katholische Kirche in allen Ländern der Erde Anhänger hat.
2. Die Auffassung der katholischen Kirche, daß es ihre Mission sei, die gesamte Menschheit nicht zum Christentum schlechthin, sondern zum Katholizismus zu bekehren.
3. Die Tatsache, daß sich die katholische Kirche, im Unterschied zum Protestantismus und zu anderen Religionen, auf eine gewaltige, über den ganzen Erdball reichende religiöse Organisation stützt. An der Spitze dieser Organisation steht der Papst. Er hat die Aufgabe, die Unveränderlichkeit gewisser Glaubensprinzipien, auf denen der Katholizismus beruht, zu verkünden und aufrechtzuerhalten und den Einfluß und die Macht der katholischen Kirche in der ganzen Welt zu fördern.

Bei der katholischen Kirche haben wir es also mit einem religiösen Block zu tun, dem wirksamsten und kämpferischsten Block seiner Art in der modernen Welt.

Die katholische Kirche kann sich, im Gegensatz zu anderen Bekenntnissen, nicht auf die rein religiöse Sphäre beschränken. Schon ihre Mission, die geistige Herrschaft des Katholizismus über die Welt aufrechtzuerhalten und zu erweitern, bringt sie unweigerlich in Kontakt – und sehr oft in Konflikt – mit allen der Religion benachbarten Sphären. Die religiösen Grundlagen bestehen nicht nur aus theologischen und spirituellen Auffassungen, sondern berühren in jedem Fall auch moralische und

* Es gibt etwas mehr als zwei Milliarden Menschen auf der Erde, unter ihnen sind 900 Millionen Buddhisten, Hindus usw.; 400 Millionen Katholiken; 250 Millionen Protestanten; 250 Millionen Mohammedaner; 200 Millionen Schismatiker, orthodoxe Christen usw.; 16 Millionen Juden.

häufig auch soziale Prinzipien. Da man aber das eine vom anderen nicht ohne weiteres trennen kann und da es unmöglich ist, jede Erscheinung dieser Art nach ihrem religiösen, moralischen oder sozialen Ursprung zu kennzeichnen, ist es außergewöhnlich schwierig, die jeweiligen Elemente auseinanderzuhalten. Wo immer religiöse Dogmen zur Debatte stehen, sind moralische und soziale Prinzipien zwangsläufig einbezogen.

Da aber die religiösen Grundsätze die moralischen und sozialen Grundsätze mitbestimmen, ist es nur ein Schritt von diesen in die wirtschaftliche und damit in die politische Sphäre. In vielen Fällen ist diese Konsequenz unvermeidlich. Selbst wenn man sich bemüht, die religiösen Probleme streng auf die religiöse Sphäre zu beschränken, wird es eben wegen der komplexen Natur der geistigen Prinzipien nicht gelingen. Die praktische Schlußfolgerung daraus ist, daß sich jede Proklamation, Verdammung oder Unterstützung eines bestimmten geistigen Prinzips durch eine kirchliche Institution auf halbreligiöse und sogar nichtreligiöse Sphären auswirken wird. Aus diesem Grund beeinflußt die Kirche, ob sie will oder nicht, Probleme, die sie gar nicht unmittelbar angehen.

Der Katholizismus ist auf geistigem Gebiet weitaus starrer als jede andere Religion, daher tritt dieser Zug bei der katholischen Kirche besonders kraß in Erscheinung. Hinzu kommt, daß ein Katholik seiner Kirche blinden Gehorsam schuldet und die kirchlichen Interessen über alle sozialen und politischen Belange zu stellen hat. Wenn man weiterhin berücksichtigt, daß die Anhänger der katholischen Kirche – und das sind Millionen solcher über die ganze Welt verteilter Katholiken – von dem Willen des Papstes gelenkt werden, ist es nicht schwierig, die weitreichende Macht zu erkennen, die der Vatikan auch in der nichtreligiösen Sphäre ausübt.

Ein Beispiel soll das erläutern: Die katholische Kirche dekretiert in ihrer Eigenschaft als religiöse Institution, daß keine Macht der Welt das Band der Ehe zwischen Mann und Frau lösen kann, wenn es durch das Sakrament geheiligt worden ist. Die moderne Gesellschaft hingegen räumt ein, daß eine Eheschließung unter gewissen Umständen eine Fehlentscheidung gewesen sein kann, und hat zu diesem Zweck ethische und juristische Grundlagen geschaffen, die eine Lösung der ehelichen Bande ermöglichen. Da die katholische Kirche dies verurteilt, fühlt sie sich gleichzeitig verpflichtet, diese ethischen und juristischen Grundlagen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Sie verdammt diese Grundlagen nicht nur in der religiös-moralischen Sphäre, sondern weist darüber hinaus alle Katholiken an; sowohl die gesetzlichen Grundlagen der Ehescheidung als auch die Praxis der Scheidung abzulehnen und zu bekämpfen. Deshalb muß ein Katholik, wenn er Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes ist, in der ein Gesetz zur Legalisierung der Ehescheidung beraten wird,

seine religiöse Pflicht über alles stellen, das Gesetz bekämpfen und dagegen stimmen. Auf diese Weise bleibt die religiöse Frage der Ehescheidung nicht nur eine Frage moralischer und ethischer Prinzipien, sondern verwandelt sich in ein erstrangiges soziales Problem.

Ein anderes typisches Beispiel: Die moderne Gesellschaft und die moderne Ethik haben die Theorie und die Praxis der Geburtenkontrolle gebilligt. Diese Auffassung wird von der katholischen Kirche verdammt, da sie den alleinigen Zweck der geschlechtlichen Vereinigung in der Fortpflanzung erblickt. Diese Auffassung ist bindend, unabhängig von jeder sozialen und ökonomischen Gegebenheit. Sie fragt nicht danach, ob die Kinder, die geboren werden, auch ausreichend ernährt und menschenwürdig aufgezogen werden können. Dieses religiöse Gebot hat zur Folge, daß Millionen verheirateter Paare Kinder in die Welt setzen, nur um die Gesetze ihrer Kirche zu befolgen, unabhängig davon, ob es ihrer eigenen sozialen und wirtschaftlichen Situation oder der ihres Landes zuträglich ist. Dadurch werden ernsthafte Schwierigkeiten bevölkerungspolitischer, ökonomischer oder politischer Art heraufbeschworen oder verschärft.

Die Kirche behauptet von sich, daß sie das Recht habe, nicht nur religiöse, sondern auch moralische Grundsätze zu lehren. Sie proklamiert zum Beispiel die Unverletzlichkeit des Privateigentums, einen Grundsatz also, der im Widerspruch zu der gewaltigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bewegung steht, die unter dem umfassenden Begriff Sozialismus bekannt ist. Da der Sozialismus in seinen verschiedenen Formen eine rein soziale und politische Bewegung ist, die sich bemüht, ihre Grundsätze auf das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Gesellschaft zu übertragen, zieht er sich unvermeidlich die Feindschaft der katholischen Kirche zu. Diese Feindschaft führt die Kirche zwangsläufig in die Arena sozialer und politischer Kämpfe; denn Katholiken müssen, da sie ihrer Kirche blinden Gehorsam schulden, als Staatsbürger, als Parlamentarier oder als Mitglieder einer politischen Partei Theorie und Praxis des Sozialismus bekämpfen.

Es gibt ungezählte Beispiele, aus denen zu ersehen ist, daß die katholische Kirche nicht davon Abstand nehmen kann, sich in das soziale und politische Geschehen einzumischen. Diese ständige Einmischung in das soziale und politische Leben der Gesellschaft im allgemeinen und bestimmter Staaten und bestimmter Personen im besonderen kann behutsam oder gewalttätig erfolgen, je nachdem, wie die nichtreligiöse Sphäre auf den Ruf der Kirche reagiert.

Daher kommt es, daß katholische Länder, deren Legislative entsprechend den Prinzipien der katholischen Kirche aufgebaut ist, in allen Fragen die Meinung der katholischen Kirche vertreten. Eine katholische Regierung wird zum Beispiel Gesetze einführen, die die Scheidung verbieten und den

Gebrauch von Mitteln zur Empfängnisverhütung bestrafen, und wird jede auf die Abschaffung des Privateigentums gerichtete Aktivität in Acht und Bann tun. Infolgedessen werden in einem solchen Land Gesetze gegen die Scheidung erlassen und alle Geschäfte geschlossen, die Mittel zur Empfängnisverhütung verkaufen, wird jede Bewegung verboten und jede Person eingesperrt, die gegen das Privateigentum auftritt.

Wenn aber der Kirche statt einer gehorsamen katholischen Regierung ein indifferentes oder gar feindseliges Parlament gegenübersteht, ist der Konflikt unausbleiblich. Der Staat und die Kirche erklären einander den Krieg. Der Konflikt kann in einem Waffenstillstand enden, oder es wird ein Kompromiß gefunden, aber der Kampf kann auch in eine offene, andauernde Feindschaft münden. Der Staat wird die Gesetze erlassen, die er für notwendig hält, ohne Rücksicht auf die Kirche. Er kann die Ehescheidung legalisieren und jeder politischen Partei das Recht zuerkennen, für die Aufhebung des Privateigentums einzutreten. Die Kirche wird darauf mit der Anweisung an ihre Priester antworten, gegen diese Gesetze zu predigen und alle Katholiken zu verpflichten, diese Gesetze und die Regierung, die sie erlassen hat, zu bekämpfen. Alle Zeitungen, die sich im Besitz von Katholiken befinden, werden gegen die Regierung Stellung nehmen, einzelne katholische Mitglieder des Parlaments werden gegen jedes Gesetz stimmen, das im Widerspruch zu den Prinzipien der Kirche steht; die von Katholiken gegründeten und beherrschten religiösen, sozialen und politischen Organisationen werden diese Gesetze boykottieren. Eine politische, möglichst katholische, Partei wird gegründet werden und die Aufgabe erhalten, eine Regierung ans Ruder zu bringen, die den Standpunkt der Kirche vertritt, und alle Kräfte gegen die Parteien ins Feld zu führen, deren Doktrinen denen des Katholizismus widersprechen. Ein erbitterter politischer Kampf wird beginnen. Hierbei sollte man nie aus dem Auge verlieren, daß alle Katholiken in ihrem politischen Kampf von den strengen und dogmatischen Leitsätzen des Katholizismus und von dem höchsten Führer der katholischen Kirche, dem Papst, geleitet werden.

Katholische Gläubige erklären häufig, der Papst mische sich niemals in politische Angelegenheiten. Wir werden später nachweisen, daß er es doch tut – manchmal sogar unmittelbar. Mittelbar mischt er sich bereits dann ein, wenn er den Gläubigen die Weisung erteilt, bestimmte Gesetze, Soziallehren oder politische Parteien zu bekämpfen, die seiner Meinung nach mit dem Katholizismus unvereinbar sind. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Enzyklika *Rerum Novarum* Leos XIII. Ihre Verkündung bedeutete einen Sprung in die politische Arena, obwohl sie sich keineswegs unmittelbar in einzelne politische Fragen jener Zeit einmengte. Der Papst verurteilte in der Enzyklika ausdrücklich die sozialen und politischen Lehren des Sozialismus

und gab den Gläubigen den Rat, sich in besonderen katholischen Gewerkschaften zu organisieren und eigene katholische Parteien zu gründen.

Diese Macht der katholischen Kirche, sich in soziale und politische Angelegenheiten einzumischen, wird dadurch noch gefährlicher, daß sie keineswegs auf bestimmte Länder beschränkt ist; sie erstreckt sich auf alle Länder, in denen katholische Gläubige wohnen. Die katholische Kirche kann also indirekt und direkt in innerpolitischen und internationalen Fragen einen bestimmenden Einfluß ausüben. Durch die Gründung oder Unterstützung politischer Parteien oder Gruppierungen in bestimmten Ländern und die gleichzeitige Bekämpfung anderer Parteien und Gruppierungen kann sie eine politische Kraft ersten Ranges werden. Dieser Umstand gewinnt dadurch an Bedeutung, daß die katholische Kirche auch imstande ist, als politische Macht in der internationalen Sphäre tätig zu sein. Sie kann zum Beispiel gewisse katholische Länder und Regierungen veranlassen, bestimmte internationale Entwicklungen zu unterstützen oder zu bekämpfen oder die Wünsche der Kirche auf internationalen Foren vorzutragen. So war es zwischen den beiden Weltkriegen der offensichtliche Wunsch der Kirche, die Sowjetunion nicht zum Völkerbund zuzulassen, und während des Abessinienfeldzuges forderte sie die Aufhebung der Sanktionen, die der Völkerbund gegen das faschistische Italien verhängt hatte.

Wie hoch ist der Prozentsatz der Gläubigen, die den Weisungen der katholischen Kirche in sozialen und politischen Angelegenheiten folgen? Diese Frage wurde angesichts des gewaltig zunehmenden Skeptizismus innerhalb der Masse ihrer Anhänger akut. Ein großer Teil der modernen Gesellschaft lehnt in wachsendem Maß die mittelbaren und unmittelbaren Einmischungsversuche der Kirche in politische Angelegenheiten ab.

In nominell katholischen Ländern (Frankreich, Italien, Spanien) übt die katholische Kirche trotz der verbreiteten Indifferenz der Bevölkerung noch immer einen maßgeblichen Einfluß aus, der allerdings erst durch die Bemühungen einer ehrgeizigen Minderheit wirksam wird. Untersuchungen haben ergeben, daß man die Bevölkerung eines nominell katholischen Landes bezüglich ihrer Einstellung zur Kirche wie folgt aufgliedern kann: Ein Fünftel ist aktiv antiklerikal, ein Fünftel aktiv proklerikal; drei Fünftel sind weder aktiv feindselig, noch unterstützen sie die Kirche aktiv, werfen aber in gewissen Fragen ihr Gewicht entweder für die eine oder die andere Gruppe in die Waagschale *(Professor Salvemini, Harvarduniversität, USA)*. Auf der Grundlage dieser Berechnung verfügt der Papst in jedem nominell katholischen Land immer noch über eine beachtenswerte Armee aktiver Parteigänger, die auf sozialem und politischem Gebiet seine Schlachten schlagen. In den protestantischen Ländern, in denen die Katholiken in der Minderheit sind, ist der Prozentsatz der aktiv proklerikalen Katholiken

gewöhnlich weit höher. Diese Millionen aktiver Parteigänger des politischen Katholizismus stellen, von einem Befehlszentrum geleitet und auf das gleiche Ziel – die Machterweiterung der katholischen Kirche – ausgerichtet, eine Kraft in der nationalen und internationalen politischen Arena dar, die in ihrer Wirkung kaum überschätzt werden kann.

Der geistige Kopf dieser Bewegung, der die verschiedenen katholischen Organisationen und Parteien auf dem Gebiet des regionalen, nationalen und internationalen, des sozialen und politischen Kampfes leitet, befindet sich im Zentrum des Katholizismus – im Vatikan. Die katholische Kirche verfügt, um ihre Aktivität auf beiden Geleisen, dem religiösen und dem politischen, besser entwickeln zu können, über zwei Instrumente: einmal über die religiöse Institution, die Kirche, zum anderen über ihren politischen Machtapparat, den Vatikan. Obwohl sich beide, wann immer es nützlich scheint, getrennt voneinander mit den politischen und religiösen Fragen befassen, stellen sie in Wirklichkeit eine Einheit dar. An ihrer Spitze steht der Papst, der einerseits das religiöse Oberhaupt der katholischen Kirche als einer rein geistlichen Macht und andererseits das Oberhaupt des Vatikans, eines weltweiten diplomatisch-politischen Zentrums und eines unabhängigen, souveränen Staates, ist.

Entsprechend den jeweiligen Umständen handelt der Papst, um die Macht der katholischen Kirche zu erweitern, entweder als religiöses Oberhaupt oder als Führer eines diplomatisch-politischen Zentrums oder in beiden Funktionen zugleich. Die Rolle der katholischen Kirche als politische Kraft tritt offen zutage, wenn sich der Papst mit sozialen oder politischen Bewegungen auseinandersetzt, wenn er mit bestimmten Staaten Verträge schließt oder mit ihnen ein Bündnis eingeht, um einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen.

Manchmal steht die katholische Kirche vor der Notwendigkeit, sich mit Kräften zu verbinden, die nicht nur nichtreligiös oder nichtkatholisch, sondern sogar religionsfeindlich sind. Dieser Fall tritt ein, wenn die katholische Kirche sich Feinden gegenübersieht, die sie nicht allein zu überwinden vermag. Dann ist sie gezwungen, Verbündete zu suchen, die dieselben Feinde haben und deren Vernichtung wünschen. So traten zum Beispiel nach dem ersten Weltkrieg, als der Kommunismus in Europa im Vordringen war, in einigen europäischen Ländern politische Bewegungen in Erscheinung, die diese Entwicklung aufhalten wollten. Diese Bewegungen fanden sofort einen tatbereiten Verbündeten in der katholischen Kirche, deren Bannstrahl gegen die sozialistischen Lehren um so heftiger wurde, je mehr sich diese Lehren verbreiteten. Einige dieser Bewegungen wurden unter dem Namen Faschismus, Nazismus, Falangismus usw. bekannt. Der Papst machte die Bündnisse mit ihnen wirksam, indem er sowohl den Einfluß der katholischen Kirche als einer religiösen Institution als auch den Einfluß des

Vatikans als eines diplomatisch-politischen Zentrums in die Waagschale warf. So wurden einerseits die Gläubigen darauf hingewiesen, daß es ihre Pflicht und Schuldigkeit sei, diesen oder jenen Politiker, diese oder jene Partei zu unterstützen; dabei brauchten diese Politiker und Parteien keineswegs unbedingt katholisch zu sein, es genügte, daß sie sich die Vernichtung der Todfeinde der katholischen Kirche als Ziel gesetzt hatten. Andererseits wurden durch die Botschafter des Vatikanstaates, durch die Kardinäle oder durch die örtliche Hierarchie entsprechende Abkommen getroffen. Darüber hinaus wurden die Leiter der katholischen Parteien und sozialpolitischen Organisationen angewiesen, die vom Vatikan erwählten Verbündeten zu unterstützen. In einigen Fällen wurde ihnen sogar befohlen, sich selbst aufzulösen, um einer nichtkatholischen Partei den Weg zu ebnen, die größere Aussichten hatte, jene politisch-soziale Bewegung zu zerstören, in der die Kirche ihren Hauptfeind sah. Wir werden in den folgenden Kapiteln Gelegenheit haben, wahrhaft erschütternde Beispiele dieser Taktik kennenzulernen.

Für seine Aktivität auf religiösem und auf nichtreligiösem Gebiet steht dem Papst eine weitreichende Maschinerie zur Verfügung, mit deren Hilfe er die katholische Kirche in der ganzen Welt regiert. Die wichtigste Funktion dieses Apparates ist es, die Interessen der Kirche nicht nur als einer religiösen Institution, sondern auch als eines diplomatisch-politischen Zentrums wahrzunehmen. Für die sozialen und politischen Angelegenheiten hat die Kirche eine zweite weitgespannte Organisation, die, obwohl von der ersten organisatorisch getrennt, doch stets in Übereinstimmung mit ihr handelt. Jeder Teil dieser Maschinerie hat sein besonderes Aktionsfeld, aber beide arbeiten an der Erreichung desselben Zieles, an der Aufrechterhaltung der Herrschaft der katholischen Kirche in der ganzen Welt. Da beide Apparate voneinander abhängen und häufig zur gleichen Zeit eingesetzt werden, ist es nützlich, ihre speziellen Aufgaben und jeweiligen Zielsetzungen, ihre Arbeitsmethoden und vor allem den Geist, der sie bewegt, kennenzulernen. Bevor wir aber diese Untersuchungen beginnen, wollen wir uns mit dem offiziellen Zentrum der katholischen Kirche, mit dem Vatikanstaat, befassen.

KAPITEL II Der Vatikanstaat

Kurzer Abriß der Geschichte des päpstlichen Staates – Die Gründung des heutigen Vatikanstaates – Die Lateranverträge – Die Verwaltung des Vatikans – Der Vatikan als diplomatisch-politisches Zentrum.

Unter allen politischen und religiösen Institutionen, die heute existieren, ist der Vatikan die weitaus älteste. Er ist ein souveräner, unabhängiger und freier Staat, Sitz der Regierung der katholischen Kirche und Zentrum der raffiniertesten diplomatisch-politischen Macht unter den Mächten der Erde. Er ist einer der jüngsten Staaten und an Größe des Gebiets der kleinste souveräne Staat der Welt. Sein unmittelbarer Herrschaftsbereich erstreckt sich über einige Hundert Hektar Land und etwa 600 Einwohner. Aber dieser Staat leitet und regiert eine Unzahl fest miteinander verbundener und auf dem Territorium fast aller Völker lebender Menschen. Allein diese Eigenart des Vatikans müßte selbst für einen wenig interessierten Leser ausreichender Anlaß sein, sich näher mit ihm zu beschäftigen.

Was versteht man unter dem Wort „Vatikan“? „Vatikan“, so erklärt uns die *Catholic Encyclopædia*, ist „der offizielle Sitz des Papstes in Rom, so genannt nach seiner Lage auf den flachen Hängen des Vatikanhügels; im übertragenen Sinn wird der Name gebraucht, um die päpstliche Macht, ihren Einfluß sowie, in erweitertem Sinne, den der gesamten Kirche zu kennzeichnen.“

Der Ursprung des Wortes Vatikan ist ungewiß. Einige suchen ihn in dem Namen einer verschwundenen etruskischen Stadt *Vaticum*. Andere leiten das Wort etymologisch von dem lateinischen Wort *vaticinia* (Weissagungen) ab; der Vatikanhügel sei der Ort gewesen, von dem aus die etruskischen und später die römischen Priester ihre Weissagungen verkündet hätten. Für die Christenheit erhielt der Vatikanhügel Bedeutung, als dort der Überlieferung zufolge im Jahre 67 der heilige Petrus gekreuzigt wurde. Die Christen errichteten ihm auf dem Hügel eine Grabstätte mit dem Blick zum Nerozirkus (Cajanum), in dem er den Tod gefunden hatte. Später wurde an demselben Ort Sankt Linus, Petri Nachfolger, begraben. Sankt Anacletus, Bischof von Rom und Nachfolger des Sankt Linus, baute die erste Kapelle auf dem Grabmal. Im Laufe der Jahrhunderte wuchs das Ansehen dieses Hügels. Er wurde ein geheiligter Ort, ein Ort der Gottesverehrung, an dem die sterblichen Überreste vieler Päpste zur Ruhe gebettet wurden.

Nachdem Kaiser Konstantin aus Dankbarkeit für seine Heilung am Grabmal des Sankt Petrus oder – was wahrscheinlicher ist – aus politischen

Erwägungen den „Frieden der Kirche“ verkündet hatte, baute er dort eine Basilika zu Ehren des heiligen Petrus, des Apostels, Bischofs und Märtyrers. Der Hauptaltar wurde über dem Grab des Sankt Petrus errichtet. Am 18. November 324 weihte Papst Silvester die Kirche. Zehn Jahre zuvor hatte Kaiser Konstantin Papst Miltiades eine Residenz auf dem Lateranhügel zugewiesen. Dort sollten auch die künftigen Päpste wohnen. Wenn ein Papst eine Messe zelebrierte, so tat er es in der Basilika und begab sich von dort zum Lateranhügel zurück. Später wurden neben der Basilika weitere Gebäude errichtet, um die Pilger unterzubringen und für die Priester und den Papst Umkleidemöglichkeiten zu schaffen. Außerdem mußten die *Cubiculares*, die das Grabmal des Petrus zu bewachen hatten, Unterkünfte erhalten. Papst Symmachus, der nach dem Aufstand des Gegenpapstes Lorenz gezwungen war, den Lateranhügel zu räumen, entschloß sich, mit seinem Hof auf den Vatikanhügel überzusiedeln, und legte damit den Grundstein für den heutigen Vatikan.

Karl der Große, der von seinem Vater den Titel eines Herrschers und Beschützers der Römer geerbt hatte, baute mit Hadrian I. und später mit Leo III. auf dem Vatikanhügel eine Reihe kirchlicher Gebäude. Im Jahre 846 landeten die Araber, nachdem sie hundert Jahre zuvor von Karl Martell bei Poitiers geschlagen worden waren, in Sizilien. Bald darauf erschienen sie vor der Tibermündung und griffen Rom an. Aurelius verteidigte die Stadt an den Außenmauern. Der Vatikan und die Burg lagen vor diesen Mauern und wurden von den Arabern besetzt.

Leo IV. baute daraufhin zum Schutz des transtiberischen Roms mit Hilfe Kaiser Lothars einen Festungsring, zu dessen Errichtung Spenden aus der ganzen christlichen Welt beitrugen. Das Werk wurde 848 begonnen und 852 beendet. Ein Wall von vierzig Fuß Höhe entstand. Das von ihm umschlossene Gebiet wurde Leo-Stadt genannt. In ihr lag das kirchliche Zentrum, in dem später die Päpste residierten. Die ersten, noch groben Umrisse der Vatikanstadt waren damit geschaffen.

Nikolaus V. baute den Hauptteil des Vatikanpalastes und begann den Bau der Vatikanbibliothek. Sixtus IV. errichtete die später nach ihm benannte Sixtinische Kapelle. Im April 1506 legte Julius II. den Grundstein zur heutigen Basilika des Sankt Petrus. Ihr Bau wurde ebenso wie der des Palastes unter Sixtus V. vollendet. Die späteren Päpste fügten einige Nebengebäude (Museen, Bibliotheken usw.) hinzu. Nach dem Abschluß der Lateranverträge, auf die wir noch zu sprechen kommen, wurde eine Eisenbahnlinie gelegt, ein Postamt und ein Telegraphennetz eingerichtet und eine Rundfunkstation gebaut.

Das päpstliche Staatswesen umfaßte im wesentlichen Rom, das Gebiet um die Stadt und die Romagna. Das ging auf eine Übereinkunft mit Karl dem

Großen zurück. In diesem Raum herrschten zwar offiziell die Päpste, aber sie nahmen bis ins 15. Jahrhundert hinein nicht unmittelbar Anteil an den Regierungsgeschäften. Auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung – zu Beginn des 16. Jahrhunderts – gehörten zum päpstlichen Staat die Herzogtümer Padua, Piacenza, Modena, Romagna, Urbino, Spoleto und Castro, die Marken und die Provinzen Bologna, Perugia und Orvieto. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte er eine territoriale Ausdehnung von etwa 40 000 Quadratkilometern und wurde von drei Millionen Menschen bewohnt. 1860 wurden die Romagna, die Marken und Umbrien dem neuen italienischen Königreich einverleibt. Dem Papst verblieben lediglich die Stadt Rom und die Provinz Latium (s. *Catholic Enzyclopædia).*

Am 10. Februar 1798 eroberte General Berthier im Namen der Französischen Revolution die Stadt Rom, um den Tod Duphots zu rächen. Wenige Tage später wurde Pius VI. aus Rom ausgewiesen und die päpstliche Herrschaft durch eine römische Republik abgelöst. Ein Jahr zuvor waren französische Truppen unter dem Befehl des Generals Bonaparte gegen den Papst marschiert. Am 19. Februar 1797 hatte Pius VI. einen Friedensvertrag unterzeichnet, in dem er Bologna, Ferrara und Ravenna an Frankreich abtrat und sich zur Zahlung einer hohen Entschädigung verpflichtete. Es war das erste Mal, daß der Heilige Stuhl Teile seines Herrschaftsgebietes abtreten mußte.

Der Nachfolger Pius' VI. weigerte sich, die Kontinentalsperre gegen England anzuerkennen. Napoleon ließ daraufhin Rom durch den General Miollis besetzen und zu einer freien kaiserlichen Stadt erklären und unterzeichnete in Wien ein Dekret, das den Kirchenstaat zu einem Bestandteil des französischen Imperiums machte. 1814 kehrte der Papst nach Rom zurück.

Am 9. Februar 1849, nach Beginn des italienischen Unabhängigkeitskrieges, verkündete die italienische konstituierende Versammlung, daß dem Papst alle Garantien gewährt werden sollten, die er brauche, um seine geistliche Tätigkeit unabhängig auszuüben, daß er aber nicht länger das Recht habe, die Bevölkerung Roms zu regieren. Der Papst flüchtete aus Rom, kehrte aber, kaum daß ein Jahr verstrichen war, im Gefolge der Truppen Napoleons III. in die Stadt zurück.

1861 verkündete Graf Cavour, daß Rom die Hauptstadt eines vereinigten italienischen Nationalstaats werden müsse. Zur Lösung der Kirchenfrage schlug er die Formel vor: Eine freie Kirche in einem freien Staat! Sie wurde von der katholischen Kirche zurückgewiesen. Cavour und die italienische Regierung versuchten auf allen möglichen Wegen zu einer Verständigung mit dem Papst zu gelangen. Sie boten Entschädigungen und jede nur denkbare Garantie an; sie baten Kardinäle, Priester, einflußreiche katholische Laien und selbst den französischen Kaiser Napoleon III. um Vermittlung;

aber der Papst blieb unnachgiebig. Viele Katholiken unterstützten Cavour und baten den Papst, die weltlichen Besitztümer freizugeben, „um der Kirche die Freiheit, dem Heiligen Stuhl die Unabhängigkeit, der Welt den Frieden zu schenken und dem neuen Königreich nicht seine Hauptstadt zu rauben“, wie ein katholischer Priester, Pater Passaglia, schrieb. Bezeichnend für die damalige Geistesverfassung des Papstes ist, daß er den Priester sofort seines Lehramtes enthob und ihn verfolgte, so daß Passaglia gezwungen war, in Perugia Zuflucht zu suchen. Einige Jahre zuvor hatte der Papst sogar alle Personen exkommuniziert, die bestimmte liberale Gesetze des Königreichs Piemont unterstützt hatten, und das Königreich selbst zu einem „Verfolger der katholischen Kirche“ erklärt.

Am 29. August 1870 überreichte der Marchese Visconti Venosta dem Papst eine Note, in der die Garantien aufgezählt waren, die die italienische Regierung dem Heiligen Stuhl anbot. Die wichtigsten waren:

Dem Papst sollten die Würde, die Unverletzlichkeit und alle Vorrechte eines Souveräns unter Vorrang vor dem König und allen anderen Souveränen gewährt werden.

Den Kardinälen sollte der Rang von Fürsten und alle damit verbundenen Rechte zugebilligt werden.

Der Papst sollte die volle Souveränität über die leontinische Vorstadt, einschließlich des Vatikans und des Kastells Sankt Angelo, erhalten.

Die übrigen Artikel behandelten die Immunität der diplomatischen Vertreter beim Heiligen Stuhl und Angelegenheiten innerkirchlicher Art. Alle Garantien sollten Gegenstand einer internationalen Vereinbarung werden.

Der Papst weigerte sich abermals mit einem resoluten *Non possumus*, seine Zustimmung zu geben. Diese Weigerung hatte ihre Gründe nicht nur darin, daß die Kirche nicht willens war, Teile ihres staatlichen Territoriums abzutreten, sondern war auch auf religiöse Erwägungen zurückzuführen. Das neue Königreich Italien war in den Augen der Kirche ein „säkulares Staatswesen“, das heißt, es war der „Häresie“ des Säkularismus und Liberalismus schuldig. Die Kirche könne nichts mit einem Staat zu schaffen haben und noch weniger den Raub ihrer weltlichen Besitztümer durch diesen Staat verzeihen, dessen Lenker „sich offen zu den Grundsätzen des Säkularstaates und der immer weiter um sich greifenden Freimaurerei bekennen“.

Als alle Verhandlungen gescheitert waren, blieb der italienischen Regierung nichts übrig, als ihre Macht zu gebrauchen. Italienische Truppen besetzten am Morgen des 20. September die Stadt Rom. Die Bevölkerung begrüßte begeistert den Zusammenbruch des päpstlichen Regimes. Unruhen brachen aus. Die italienische Regierung mußte Truppen auf den Petersplatz und in die Umgebung des Vatikans entsenden, um den Papst vor Gewalttätigkeiten der aufgebrachten Menge zu schützen.

1871 verkündete die italienische Regierung ein „Garantiegesetz", das die Vorrechte des *Pontifex maximus* und des Heiligen Stuhls und die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem italienischen Staat regelte.

Die Bedingungen des Gesetzes waren sehr großzügig. Die italienische Regierung garantierte, daß „die Person des *Pontifex maximus* geheiligt und unverletzlich" sei. Alle Angriffe gegen den Papst oder Beleidigungen seiner Person sollten so geahndet werden, als wären sie gegen den König gerichtet. Dem Papst wurde das Recht zugestanden, zum Schutze seines Eigentums Truppen zu halten. Die italienische Rgierung erklärte sich bereit, dem Papst ein „ständiges und unantastbares Einkommen" in Höhe von 3225000 Lire jährlich zu zahlen. Die päpstlichen Paläste im Vatikan und Lateran sollten „unverletzlich" und von jeglicher Steuer befreit sein. Keine staatliche oder öffentliche Stelle sollte das Recht haben, die päpstlichen Paläste ohne ausdrückliche Erlaubnis des Papstes zu betreten. Die Vertreter ausländischer Regierungen beim Heiligen Stuhl sollten alle Privilegien genießen, die das Völkerrecht für Diplomaten vorsieht. Die Bischöfe sollten nicht zur Eidesleistung gegenüber dem König verpflichtet sein. Religiöse Fragen sollten in völliger Freiheit diskutiert werden können.

In dem Streit, der nach dem Erlaß des Gesetzes entbrannte, ging es weniger um diese Garantien als vielmehr um den säkularen und liberalen Charakter der italienischen Regierung, die sich hartnäckig weigerte, ein Konkordat abzuschließen. In Wirklichkeit wurde wie schon bei früheren Gelegenheiten deutlich, daß sich die katholische Kirche aus religiösen Gründen weigerte, ein politisches Übereinkommen zu treffen.

Als schließlich 1919 Papst Benedikt XV. einsah, daß keine Aussicht bestand, mit der italienischen Regierung ein Konkordat abzuschließen, erklärte er sich bereit, „auch ohne Konkordat zu einem Übereinkommen zu gelangen".

Nach 1922, als in Italien bereits das faschistische Regime herrschte, leitete Benedikts Nachfolger, Pius XI., von dem der katholische Professor Dr. Binchay in *Church and State in Fascist Italy* schreibt, er habe „keinerlei Sympathien für die Demokratie und für parlamentarische Institutionen" gehabt, Verhandlungen ein, um die „römische Frage", wie es damals hieß, zu lösen. Er verlangte den Abschluß eines Konkordats. Das bedeutete, daß der Katholizismus Staatsreligion werden und die katholische Kirche das Recht erhalten sollte, das Erziehungswesen und ähnliche Einrichtungen zu kontrollieren.

Nach längeren Verhandlungen wurde der Lateranvertrag abgeschlossen. Er respektierte das Territorium des Vatikans als das eines unabhängigen und souveränen Staates. In dem Vertrag, der mit den Worten „Im Namen

der Heiligen Dreieinigkeit“ beginnt, heißt es unter anderem: „Die katholisch-apostolische und römische Religion ist die *einzige* Religion des Staates.“ Durch diesen Vertrag erkannte Italien ferner die Souveränität des Heiligen Stuhls an und verpflichtete sich, dem Vatikan 750 Millionen Lire zu zahlen und ihm italienische fünfprozentige Staatsanleihen in Höhe von einer Milliarde Lire Nennwert zu überschreiben. So entstand im Februar 1929 der Vatikanstaat, wie wir ihn heute kennen.

Der Vatikanstaat umfaßt das Territorium, auf das sich, entsprechend dem Lateranvertrag, die weltliche Souveränität des Heiligen Stuhls erstreckt. Dazu gehören die vatikanischen Paläste, die Gärten und Anlagen, die Basilika des Sankt Petrus und der Petersplatz sowie die anliegenden Gebäude. Alle männlichen Erwachsenen des Vatikanstaates stehen im direkten Dienst der katholischen Kirche oder ihrer Geistlichkeit. Das ist die allgemeine Voraussetzung, um das Wohn- und Staatsbürgerrecht des Vatikanstaates zu erlangen.

Der Papst vereinigt in seiner Person die gesetzgeberische, ausführende und richterliche Gewalt. Wenn er abwesend ist, geht sie auf das Kardinalskollegium über. Für die Verwaltung des Vatikanstaates ernennt der Papst einen Gouverneur, einen Laien, dem ein beratendes Gremium zur Seite steht. Der Gouverneur ist für die öffentliche Ordnung, die Sicherheit, den Schutz des Eigentums usw. verantwortlich. Das einzig gültige Recht ist das kanonische Recht, zu dem einige spezielle städtische Verordnungen und die Gesetze des italienischen Staates treten, die dem Vatikan angemessen scheinen.

Der Papst hat keine private Armee, sondern nur eine geringe Zahl farbenprächtiger Wachen, die hauptsächlich bei religiösen oder diplomatischen Zeremonien in Erscheinung treten. Die berühmte Schweizergarde wurde erstmals im September 1505 durch die Anwerbung von 150 Mann aus dem Schweizer Kanton Zürich aufgestellt. Im Jahre 1512 ernannte Papst Julian II diese Garde zu *Difensori della Libertà della Chiesa**. Papst Pius VII. schuf 1816 die kirchliche Gendarmerie, Karabinieri genannt. Außerdem wurde eine Ehrengarde zur persönlichen Begleitung des Papstes gebildet. Ihr gehören nur Mitglieder römischer Patrizierfamilien und des Adels an.

Der Vatikan gibt eigene Briefmarken heraus, prägt Münzen und besitzt eine Rundfunkstation und eine Eisenbahn. Sein Verwaltungsapparat unterscheidet sich kaum von dem eines modernen Staates.

Der Vatikan hat seine eigene Zeitung, den *Osservatore Romano*. Sie erschien erstmals im Jahre 1860. Papst Leo XIII. kaufte die Zeitung 1890

* Verteidiger der Freiheit der Kirche.

auf und machte sie zum offiziellen Organ der katholischen Kirche. Sie gibt die Ansichten des Vatikans zu wichtigen politischen und sozialen Weltgeschehnissen wieder.

Wie jeder andere Staat braucht auch der Vatikan Geld, um seine Verwaltung in Gang zu halten. Dazu gehören die Löhne und Gehälter für die Angestellten und Botschafter, die Budgets für die Kirchen, für die Seminare und für die zahlreichen anderen Institutionen, hohe Summen für die Missionen in allen Ländern der Erde und schließlich die Gehälter für die Beamten im Verwaltungsapparat des Vatikans. Diese zählen zu den niedrigst bezahlten Beamten der Welt.

Die Einnahmen des Vatikans flossen bis 1870 hauptsächlich aus seinen weltlichen Besitztümern, aus dem damaligen Kirchenstaat. Seither sind andere Quellen erschlossen worden, die die Kassen des Vatikans füllen.

Es ist kaum möglich, die Ausgaben des Vatikans zu schätzen, denn es gibt keine Haushaltspläne, auch die Einnahmen werden nicht veröffentlicht. Zu Beginn des Jahrhunderts wurden die für den Vatikan notwendigen Mindesteinkünfte auf 800 000 Pfund Sterling jährlich veranschlagt.

Gegenwärtig fließen die Einkünfte des Vatikans vor allem aus zwei Arten von Quellen – den ordentlichen und den außerordentlichen. Unter den ordentlichen Quellen ist die wichtigste der sogenannte Peterspfennig, eine freiwillige Steuer, die seit 1870 in den katholischen Ländern erhoben wird, um die Einkünfte zu ersetzen, die bislang aus den päpstlichen Besitztümern gekommen und nach deren Übernahme durch den italienischen Staat weggefallen waren. Der Gedanke des Peterspfennigs erwies sich als überaus lukrativ. Im übrigen war diese Einrichtung keineswegs neu, sie existierte bereits einige Jahrhunderte zuvor. In England zum Beispiel wurde 1559 die Erhebung dieser Steuer von der Königin Elisabeth untersagt. Drei Jahrhunderte später griff man auf sie zurück.

Die protestantischen USA sind die großzügigsten Geldgeber des Vatikans und der katholischen Kirche. Die Summe der dort erhobenen Peterspfennige ist höher als die aller anderen Länder. Den USA folgen Kanada, die Republiken Südamerikas und – in Europa – Spanien, Frankreich und Belgien. Die USA wurden aber, nachdem der Papst seine Besitztümer verloren hatte, nicht nur der großzügigste Geldgeber des Vatikans, sondern auch dessen größter Bankier. 1870 gewährte das Bankhaus Rothschild dem Vatikan eine Anleihe in Höhe von 200 000 Scudi*. 1919 entsandte der Vatikan einen Sonderbeauftragten in die Vereinigten Staaten, um eine Anleihe in Höhe von 1 Million Dollar aufzunehmen. In demselben Jahr überreichte die

* Scudo, italienische Silbermünze im Wert von 5 Lire.

Vereinigung der *Columbusritter* dem Vatikan ein Geschenk in Höhe von mehr als 250 000 Dollar. 1928 erhielt der Vatikan durch die Bemühungen des Kardinals Mundelein eine in 20 Jahren tilgbare, zu fünf Prozent verzinste Anleihe in Höhe von 300 000 Pfund Sterling. Als Sicherheit wurde das Kirchenvermögen in Chicago herangezogen.

Weitere ordentliche Einkünfte der katholischen Kirche sind alle möglichen Steuern und Gebühren aus Kanzleien und Personenstandsämtern bei Eheschließungen, bei Verleihung von Adelstiteln, Ritterorden usw.

Die Höhe der außerordentlichen Einkünfte des Vatikans ist schwer zu schätzen. Zu ihnen gehören Geschenke und Erbschaften, die manchmal in die Millionen gehen. Bei den Wallfahrten spendet jeder Pilger einen gewissen Betrag. Von einem amerikanischen Pilger wird als Mindestsumme ein Dollar erwartet. Solche Wallfahrten finden häufig statt, die Anzahl ihrer Teilnehmer geht hoch in die Tausende.

Von 1929 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges erhielt der Vatikan von der faschistischen Regierung Italiens mehr als 750 Millionen Pfund Sterling als Entschädigung für den Verlust der päpstlichen Besitztümer. Amerikanische Schätzungen (Seldes) besagen, daß sich die Gesamteinkünfte des Vatikans zwischen den beiden Kriegen auf ungefähr 180 Millionen Lire jährlich beliefen. Seitdem ist diese Summe bedeutend gestiegen.

Eines der Hauptziele, die der Vatikan verfolgt, ist seine Anerkennung als offizielles diplomatisch-politisches Zentrum der katholischen Kirche. Er hat seine Vertreter bei vielen Regierungen und empfängt die Botschafter großer und kleiner Nationen.

Die diplomatischen Vertreter des Vatikans tragen im allgemeinen die Bezeichnung päpstliche Legaten, päpstliche Nuntien oder apostolische Gesandte. Sie stehen im Botschafterrang und genießen die gleichen Rechte wie die Botschafter aller anderen Staaten.

Folgende Hauptaufgaben sieht das kanonische Recht (267) für die Diplomaten des Vatikans vor:

a gute Beziehungen zwischen dem Apostolischen Stuhl und der Regierung, bei der sie akkreditiert sind, zu pflegen;
b die Interessen der Kirche innerhalb des ihnen zugewiesenen Gebietes zu wahren und den Papst über die Verhältnisse in ihrem Tätigkeitsbereich zu informieren;
c außer dieser normalen Tätigkeit auch alle Aufgaben zu übernehmen, mit denen sie betraut werden.

Das höchste Ziel seiner Diplomatie erblickt der Vatikan im Abschluß eines Konkordats mit der betreffenden Regierung. Obwohl die Verhandlungen über diesen Vertrag gewöhnlich von den interessierten Parteien

unmittelbar geführt werden, ist die Rolle, die die päpstlichen diplomatischen Vertreter dabei spielen, von höchster Wichtigkeit.

Ein Konkordat ist ein Übereinkommen, in dem der vertragschließende Staat der katholischen Kirche bestimmte Privilegien gewährt und deren Stellung und Rechte innerhalb des Staates anerkennt. Die Kirche verpflichtet sich dafür, die betreffende Regierung zu unterstützen und sich nicht in politische Angelegenheiten einzumischen. Solche Verträge sind dann besonders erwünscht, wenn „Angelegenheiten rechtlicher und zugleich religiöser Art Streitigkeiten hervorrufen können“. In solchen Fällen „stärkt ein Konkordat erheblich ... die staatliche Autorität“, wie Leo XIII. sich ausdrückte. Der Papst sei stets bereit, „den Herrschern Europas die Kirche als einen oft benötigten Schutz anzubieten“.

Wenn es nicht möglich ist, ein Konkordat abzuschließen, ist der Nuntius angewiesen, ein Übereinkommen anzustreben, das auch ohne einen formgerechten Vertrag zu einem *Modus vivendi* führt. Erweist sich dies ebenfalls als unerreichbar, dann kann der Vatikan bei bestimmten Anlässen einen päpstlichen Beauftragten zu der in Betracht kommenden Regierung entsenden. Die ständige Wahrnehmung der kirchlichen Interessen bei dieser Regierung überträgt der Vatikan dann gewöhnlich dem örtlichen Kirchenprimas.

Obwohl sich die Diplomatie des Vatikans äußerlich von der einer weltlichen Macht kaum unterscheidet, so unterscheidet sie sich von ihr in ihrer Zielsetzung und in den Mitteln, die ihren Vertretern zur Verfügung stehen, sehr wesentlich.

Der päpstliche Repräsentant hat nicht nur die diplomatischen und politischen Belange des Vatikanstaates zu vertreten, sondern vor allem auch die Interessen der katholischen Kirche als einer religiösen Institution wahrzunehmen. Er hat also eine zweifache Mission. Entsprechend dieser Situation verfügt er nicht nur über die diplomatischen Mittel, die jedem diplomatischen Vertreter zu Gebote stehen, sondern er kann darüber hinaus auf die weitreichende Macht der katholischen Kirche sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes, in dem er akkreditiert ist, zurückgreifen. Mit anderen Worten, der päpstliche diplomatische Vertreter kann über die gesamte Hierarchie des betreffenden Landes gebieten – von den Kardinälen über die Erzbischöfe und Bischöfe bis hinunter zum unbedeutendsten Gemeindepfarrer. Obendrein leisten die katholischen sozialen, kulturellen oder politischen Organisationen und Parteien des Landes allen seinen Weisungen Folge. Der Nuntius vermag daher einen beachtlichen Druck auf eine Regierung auszuüben – einen Druck religiös-politischer Natur, über den kein weltlicher Diplomat verfügt.

Da jeder Geistliche faktisch ein Anhänger des Vatikans ist und ihm zugleich wichtige Informationen über die Verhältnisse in seiner Gemeinde – bei

einem Bischof in seiner Diözese, bei einem Primas im gesamten Staatswesen – zugänglich sind, gehört der Vatikan, dem all diese Informationen zufließen, zu den wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Informationszentren.

Hält man sich ferner vor Augen, welchen Einfluß der Vatikan auf die verschiedenen katholischen Parteien oder katholischen Regierungen ausüben und im nationalen oder internationalen Bereich wirksam werden lassen kann, so erkennt man rasch, welche Macht diese diplomatisch-politische Zentrale in der ganzen Welt darstellt. Diese Macht wird von vielen Ländern respektiert, auch von nichtkatholischen Staaten wie den USA und England, ja selbst vom nichtchristlichen Japan. Im Krieg gewinnt der Vatikan als diplomatisches Zentrum erheblich an Bedeutung. Die kriegführenden Parteien können trotz des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen auf dem Weg über den Vatikan miteinander Kontakt aufnehmen. Diese Dienste und die Informationen, die der Vatikan auf diese Weise von beiden Seiten erhält, verleihen ihm in den Augen der weltlichen Mächte großes Ansehen. Das war einer der Gründe, aus denen sich während des ersten Weltkrieges alle interessierten Länder – Deutschland, die Schweiz, Griechenland, Großbritannien, Frankreich und selbst das zaristische Rußland – beeilten, ihre Vertreter in den Vatikan zu entsenden Am Ende des Krieges waren 34 ständige diplomatische Vertreter beim Papst akkreditiert. Diese Zahl verdoppelte sich im zweiten Weltkrieg. Große Länder wie die USA und das nichtchristliche Japan suchten nach Mitteln und Wegen, beim Vatikan diplomatisch vertreten zu sein. Die USA bedienten sich eines diplomatischen Kunstgriffs, sie schickten einen „persönlichen Botschafter des Präsidenten". Das japanische Kaiserreich ließ beim Heiligen Stuhl einen Gesandten im Rang eines Botschafters akkreditieren. Der Vatikan war vom Anfang bis zum Ende des zweiten Weltkrieges mit seinen 52 Botschaftern, Beauftragten und persönlichen Gesandten aus den verschiedensten Ländern ein diplomatisch-politisches Zentrum, das sich durchaus mit den Hauptstädten jener Länder vergleichen konnte, in denen über Krieg und Frieden entschieden wurde. Wir werden später sehen, weshalb der Vatikan, obwohl er nicht ein einziges Flugzeug, nicht einen einzigen Panzer, nicht ein einziges Kriegsschiff besaß, dennoch in der Lage war – sowohl vor als auch während des zweiten Weltkriegs –, mit den größten Militärmächten der Erde zu verhandeln.

KAPITEL III Der Vatikan als geistig-religiöse Macht - Wie die katholische Kirche regiert wird

Der Staatssekretär – Das Heilige Kollegium der Kardinäle – Die Ministerien der katholischen Kirche, die Heiligen Kongregationen – Das Gerichtswesen.

Der diplomatische Apparat des Vatikans wäre wenig wert, wenn er die einzige Säule der päpstlichen Macht darstellte. Nicht die Diplomatie verleiht der katholischen Kirche ihre enorme Macht, sondern die Tatsache, daß hinter dieser Diplomatie die Kirche mit all ihren mannigfaltigen, weltumfassenden Möglichkeiten steht.

Der Vatikan als diplomatisches Zentrum ist nur eine Seite der Erscheinung. Die vatikanische Diplomatie ist so einflußreich und kann so große Macht auf diplomatisch-politischem Gebiet ausüben, weil sie über die gewaltige Maschinerie einer Glaubensorganisation verfügt, die in allen Ländern Stützpunkte hat. Mit anderen Worten: Der Vatikan als politische Macht benutzt die religiöse Institution der katholischen Kirche zur Erreichung seiner Ziele, und diese Ziele bestehen vor allem darin, die Interessen der katholischen Kirche zu vertreten.

Diese Doppelrolle jedes Angehörigen der katholischen Hierarchie beeinflußt zwangsläufig alle jene zahllosen religiösen, kulturellen, sozialen und ausschließlich politischen Organisationen, die mit der katholischen Kirche zusammenarbeiten. Sie können, obwohl sie eigentlich nur auf religiöser Grundlage mit der Kirche verbunden sind, jederzeit benutzt werden, mittelbar oder unmittelbar die politischen Bestrebungen des Vatikans zu unterstützen.

Da dieser religiöse Apparat von großer Bedeutung für die politische Aktivität der Kirche ist, macht es sich nötig, die dazu entwickelten hierarchischen, administrativen und religiösen Formen der Leitung zu untersuchen. Wir müssen feststellen, welche Methoden angewandt werden, wo die Fäden zusammenlaufen, welche Organisationen beteiligt sind, welche Gebiete jeweils beeinflußt werden und, nicht zuletzt, welcher Geist diese Leitungen beherrscht und welche Stellung sie zu den wichtigen Fragen unserer Zeit einnehmen.

Die katholische Kirche ist eine gewaltige Organisation mit weltweiten Verbindungen. Deshalb bedarf sie, ungeachtet ihres besonderen Charakters und ihrer Zielsetzung, gewisser Formen eines zentralisierten Apparates, die es ihr ermöglichen, die vielen Erscheinungen ihrer Aktivität zu koordinieren und zu vereinen. Diese zentrale Maschinerie befindet sich fast vollständig

im Bereich des Vatikans. Ihre verschiedenen Ämter – das Staatssekretariat, das Kardinalskollegium und die Kongregationen – bilden die Regierung der katholischen Kirche. Sie sind alle bedingungslos dem absoluten Willen des Papstes unterworfen, der Säule, auf der die katholische Kirche als religiöse Institution und als politische Macht ruht. Er ist der absolute Herrscher, der in allen religiösen, moralischen, administrativen, diplomatischen und politischen Angelegenheiten das letzte Wort spricht; in der katholischen Kirche und im Vatikan ist sein Wille Gesetz. Er ist der letzte absolute Herrscher auf der Erde, kein politischer Diktator kann seine Macht mit der Macht des Papstes vergleichen. Der Papst ist keinem menschlichen Wesen Rechenschaft schuldig, sein einziger Richter ist Gott.

Dem Papst folgt auf der kirchlichen Stufenleiter der Kardinalstaatssekretär, ihm untersteht die Gerichtsbarkeit innerhalb der kirchlichen Administration. Seine Stellung läßt sich annähernd mit der eines Ministerpräsidenten vergleichen, der auch die Funktion des Außenministers ausübt. Sein Amt ist das wichtigste und mächtigste unter den Ämtern des Vatikans. Alle anderen Ministerien, selbst die rein religiösen, müssen sich den Entscheidungen des Staatssekretärs unterwerfen. Er verfügt über einen persönlichen Einfluß wie kein anderes Mitglied der Kirche und ist allein dem Papst verantwortlich.

Der Staatssekretär gilt als der politische Kopf des Vatikans. Durch ihn lenkt und leitet der Papst seine politischen Aktionen in der ganzen Welt. Daher steht der Staatssekretär in ständigem persönlichem Kontakt mit dem Papst. Jeden Morgen erstattet er ihm Bericht und berät mit ihm, häufig mehrmals am Tage, die aktuellen Fragen der vatikanischen Politik. Wöchentlich einmal empfängt der Kardinalstaatssekretär die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Vertreter der ausländischen Mächte und interessiert sich dabei vor allem für die Diplomaten, die dem Vatikan wichtige Informationen zu überbringen haben. Er ist für jeden Brief, der den Vatikan verläßt, ebenso verantwortlich wie für die Ernennung jedes päpstlichen Diplomaten. Kein Beamter der Kurie kann ohne seine Empfehlung bestallt werden. Der Papst ist von seinem Staatssekretär abhängig. Kein anderer steht der fast uneingeschränkten Macht des Papstes so nahe wie der Kardinalstaatssekretär.

Dem Staatssekretär unterstehen drei Hauptabteilungen. Die erste ist die „Kongregation der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten“, die alle wichtigen politischen und diplomatischen Fragen behandelt. Die Kongregation ist ein Kardinalskomitee, man kann es mit dem Kabinett eines modernen Staatswesens vergleichen.

Die zweite Hauptabteilung beschäftigt sich mit den laufenden politischen Fragen, den Angelegenheiten des Diplomatischen Korps und der Entsendung

von päpstlichen Beauftragten. Sie wird geleitet von dem *Sostituto*, dem Unterstaatssekretär für allgemeine Angelegenheiten. Zu ihr gehören die Geheimdienstzentrale des Vatikans und ein spezieller Sektor, der sich ausschließlich mit der Anlage und Überprüfung von Dossiers und der Bearbeitung von Anträgen auf Ordens- und Titelverleihung usw. befaßt. Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges waren damit nicht weniger als sechs Redakteure, zehn Stenografen und sieben Archivare beschäftigt.

Die dritte Hauptabteilung nannte sich früher „Sekretariat der Breven" und ist erst 1908 in den Amtsbereich des Kardinalstaatssekretärs übergegangen. Sie untersteht dem sogenannten „Kanzler der Breven" und gliedert sich in das Sekretariat der „Breven für Prinzen" und das Sekretariat für „Lateinische Verlautbarungen". Ein Breve wird gewöhnlich benutzt, Würden zu vergeben oder besondere Steuern zu verkünden. Unter den „Breven für Prinzen" versteht man heutzutage Breven für Könige, Präsidenten, Premierminister, Bischöfe und selbst weniger bedeutende Persönlichkeiten. Wenn sich das Breve nicht mit religiösen, sondern mit politischen oder diplomatischen Fragen befaßt, ist es nichts anderes als ein Schreiben, das die Unterschrift des Papstes trägt und von einem Nuntius oder einem päpstlichen Legaten überbracht wird. Die Aufgabe des Sekretariats für „Lateinische Verlautbarungen" besteht in der redaktionellen Bearbeitung der päpstlichen Botschaften, das heißt der Enzykliken.

Das Amt des Staatssekretärs besteht bereits seit der Zeit der Renaissance. In einem aufschlußreichen Dokument, verfaßt im Jahr 1602 von Papst Sixtus V., werden die Eigenschaften beschrieben, die von einem päpstlichen Staatssekretär gefordert werden:

> Der Ministerpräsident des Vatikans muß alles wissen. Er muß alles gelesen haben und muß alles verstehen, aber er darf nichts ausplaudern. Er muß selbst die Stücke kennen, die in den Theatern aufgeführt werden, denn sie enthalten aufschlußreiche Tatsachen über ferne Länder (*sic!*).

Die Anfänge des Staatssekretariats lassen sich verfolgen bis in die *Camera secreta* der mittelalterlichen Päpste. Schon damals unterhielten die Päpste oft recht delikate diplomatische Beziehungen zu den verschiedensten Mächten. Die erforderliche Korrespondenz wurde von päpstlichen Notaren geführt, deren Stellung etwa der fürstlicher Minister entsprach. Sie war im Gegensatz zu den päpstlichen Erlassen der Öffentlichkeit nicht zugänglich, sondern nur der *Camera secreta* bekannt.

Im 15. Jahrhundert wurde die *Camera secreta* ein unentbehrliches Instrument der Päpste. Die Breven erhielten diplomatischen Charakter. Eine neue Funktion, die des *Secretariatus Domesticus*, wurde nötig, um sie abzufassen. Leo X. teilte diese Arbeit zwischen dem *Secretariatus Domesticus*, der die offiziellen Verlautbarungen zu entwerfen hatte, und dem *Segretario*

del Papa, dem päpstlichen Privatsekretär, dessen Tätigkeit vor allem politischer Art war. Der Privatsekretär befaßte sich mit der Instruierung der politischen Beauftragten des Papstes an den Höfen Europas. Ursprünglich hatte dieser Sekretär wenig Einfluß. Doch im Laufe der Zeit wurde seine Stellung immer mächtiger und übertraf schließlich die aller anderen päpstlichen Würdenträger. Nach der Konstitution, die Papst Pius IX. im Jahre 1847, also vor dem Verlust der päpstlichen Besitztümer, erlassen hatte, war der Sekretär der „wirkliche Premierminister". Als der neue Vatikanstaat gebildet worden war, wuchs die Bedeutung seines Amtes so gewaltig, daß sein Einfluß innerhalb der Kurie und innerhalb der gesamten katholischen Welt heute nahezu allmächtig ist und nur vom Papst selbst übertroffen wird.

Das Heilige Kardinalskollegium folgt, soweit es sich um diplomatisch-politische Angelegenheiten handelt, dem Staatssekretär, ist ihm jedoch auf rein religiösem Gebiet übergeordnet. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß die Kardinäle, die Säulen der katholischen Kirche als religiöser Institution, auf diplomatischem und politischem Gebiet bedeutungslos wären. Im Gegenteil, sie nehmen vollverantwortlich teil an der Festlegung und Durchführung der allgemeinen politischen Linie des Vatikans.

Die Aufgabe des Heiligen Kardinalskollegiums kann man mit der eines Staatsrats vergleichen. Die Kardinalswürden gehen zurück auf die Kirchenorganisation im alten Rom. Dem Wort liegt das lateinische *cardo* zugrunde, das Türangel oder Drehpunkt heißt. Bis auf den heutigen Tag sind die Kardinäle in der katholischen Kirche in der Tat das, was ihr Name besagt.

Im Mittelalter bedurften päpstliche Ernennungen der Zustimmung des Heiligen Kollegiums. Julius II. schaffte dieses Verfahren 1517 ab, weil es die Kirche in erhebliche Schwierigkeiten brachte. Seither hängen alle Berufungen, Ernennungen usw. allein von dem Willen des Papstes ab.

Die Kardinäle haben ihre Titularkirche in Rom. Sie gelten als die „Fürsten der Kirche" und stehen bis auf den heutigen Tag auf einer Stufe mit den wenigen noch verbliebenen Königen als deren „liebe Neffen". Selbst Republiken wie die französische stellen die Kardinäle über die Botschafter, und in der internationalen Etikette gewährt man ihnen den Rang echter Fürsten, Fürsten von Geblüt.

Die Kardinäle spielten in der Vergangenheit eine bedeutende politische Rolle und spielen sie noch heute. Manche Ereignisse unserer Zeit in katholischen und nichtkatholischen Ländern sind auf ihr Wirken zurückzuführen. Das Heilige Kollegium genießt bei den meisten Ländern großen Respekt. Sie kennen die Macht und den Einfluß, den die Kardinäle auf die Stellung der katholischen Kirche zu den religiösen, diplomatischen und politischen Problemen in allen Ländern ausüben können.

Dem Heiligen Kollegium der Kardinäle dürfen nicht mehr als 70 Mitglieder angehören. Man unterscheidet zwei Arten von Kardinälen: jene, die Erzbistümer leiten, und jene, die ihren Sitz in Rom haben und als ständige Berater des Papstes tätig sind. Wie wir bereits wissen, ist der Kardinalstaatssekretär der wichtigste unter den Kardinälen.

Noch in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts herrschte die Tradition, daß die Mehrheit der Kardinäle Italiener sein mußten. 1846 gab es zum Beispiel nur 8 nichtitalienische Kardinäle. Pius IX. ernannte in seiner zweiunddreißigjährigen Regierungszeit 183 Kardinäle, von denen bereits 51 Ausländer waren. 1878 zählte man 25 nichtitalienische Kardinäle. 1903 standen 25 nichtitalienischen Kardinälen (unter ihnen 1 amerikanischer Kardinal), 29 italienische Kardinäle gegenüber. 1914 gab es 32 italienische und 25 ausländische Kardinäle (unter ihnen 3 amerikanische). 1915 war das Verhältnis 29 zu 31. Im Januar 1930 verteilten sich die Sitze im Heiligen Kollegium wie folgt:

Belgien	1	Kanada	1
Brasilien	1	Österreich	2
Deutschland	4	Polen	2
England	1	Portugal	1
Frankreich	7	Spanien	5
Holland	1	Tschechoslowakei	1
Irland	1	Ungarn	1
Italien	29	USA	4

1939 gab es 32 italienische und 32 ausländische Kardinäle (unter ihnen 4 aus den USA).

Nach Kriegsende ernannte Papst Pius XII. an einem Tage in einer großen Zeremonie 32 neue Kardinäle. Das war die größte Zeremonie ihrer Art, die Rom seit mehr als dreihundert Jahren erlebte. Unter den neuernannten Kardinälen waren 3 Deutsche 3 Franzosen, 3 Spanier, 1 Armenier, 1 Engländer, 1 Kubaner, 1 Ungar, 1 Holländer, 1 Pole, 1 Chinese, 1 Australier, 1 Kanadier, 4 US-Amerikaner, 6 Südamerikaner und, was bezeichnend ist, nur 4 Italiener. Zum erstenmal bedachte die Kirche einen Chinesen – Bischof Tien, apostolischer Vikar in Tsingtau – und einen Australier – Erzbischof Gilroy aus Sydney – mit der Kardinalsrobe. Die Ernennung von 4 US-Amerikanern, 1 Engländer, 1 Kanadier, 1 Australier und 6 Südamerikanern zu Kardinälen weist unmißverständlich darauf hin, daß die Kirche mehr denn je daran interessiert ist, ihren Einfluß auf dem amerikanischen Kontinent und in den angelsächsischen Ländern zu verstärken.

Die Kardinäle sind Berater des Heiligen Stuhls und wählen den neuen Papst, vor allem aber sind sie die absoluten kirchlichen Herrscher in ihrem

jeweiligen Bereich. Sie haben über sich nur eine Autorität, der sie um des weiteren Wohlergehens der universalen katholischen Kirche willen zu blindem Gehorsam verpflichtet sind – den Papst. Sie schulden ihm diesen blinden Gehorsam nicht nur in religiösen, sondern auch in sozialen und politischen Fragen. Obwohl es theoretisch so aussieht, als könnten sie eine unabhängige politische Linie verfolgen, müssen sie sich in Wirklichkeit dem Staatssekretär, der selbst ein Kardinal ist, und durch ihn dem Papst unterordnen.

Die Kardinäle sind einmal das Fundament, auf dem die katholische Hierarchie beruht, und zum andern die „Türangeln" der Kirche als einer politischen Institution. Ob sie in den verschiedenen Ländern tätig sind und dort – zumeist als Primas – die Rolle eines Papstes in ihrem Bereich spielen, oder ob sie, gewöhnlich als Leiter oder Mitglieder der Ministerien, im Vatikan residieren – immer sind sie die religiösen, administrativen und politischen Säulen der katholischen Kirche.

Das Wirken der katholischen Kirche ist weit gespannt und umfaßt viele Gebiete. Um die daraus erwachsenden Aufgaben zu bewältigen, ist ein straff organisiertes leitendes Zentrum erforderlich, dessen Ämter, im Vatikan Kongregationen genannt, ihre Arbeit aufeinander abstimmen müssen. Das Wort Kongregation hat in diesem Fall nichts gemein mit seiner gewöhnlichen Bedeutung, in der es „Kirchengemeinde" heißt. Die Kongregationen des Vatikans sind vielmehr mit den Ministerien in einem zivilen Staatswesen vergleichbar.

Die Kongregationen entstanden nach der Reformation im 16. Jahrhundert, als die katholische Kirche sich reorganisieren mußte, um ihren Feinden Widerstand leisten zu können. Sie verkörpern die zentrale und administrative Gewalt der katholischen Kirche. Wie das Ministerium einer weltlichen Regierung von einem Minister geleitet wird, so steht an der Spitze jeder Kongregation ein Präfekt. Dieser Präfekt ist zumeist ein Kardinal. Es kommt auch vor, daß der Papst selbst eine Kongregation leitet. Die Beamten und Angestellten sind in der Mehrzahl Geistliche und nur in wenigen Fällen hochgestellte Laien.

Befassen wir uns kurz mit der Geschichte und den Aufgaben der kirchlichen Ministerien, deren Arbeit sich oft auf Millionen katholische Gläubige in der ganzen Welt und dadurch mittelbar auf das Schicksal vieler Völker und Länder auswirkt.

Die meisten Kongregationen sind ihrem Wesen nach religiöser Art, aber gerade deshalb sind sie besonders mächtig. Und die katholische Kirche zögert nicht, mit Hilfe der Kongregationen einzelne Gläubige oder ganze Gemeinschaften von Gläubigen religiös und moralisch unter Druck zu setzen.

Die zentrale Regierung der katholischen Kirche gliedert sich in 3 Hauptgruppen: die Heiligen Kongregationen, die Tribunale und die Offizien (Ämter). Wir werden sie uns im einzelnen ansehen, wobei wir uns bei einigen darauf beschränken können, sie lediglich zu erwähnen, während andere, die eng mit dem in Verbindung stehen, was in diesem Buch behandelt wird, eine nähere Betrachtung erfordern.

Die Kongregationen

Es gibt 12 Kongregationen oder Ministerien der katholischen Kirche:*

1. Die Religiosenkongregation
2. Die Zeremonialkongregation
3. Die Ritenkongregation
4. Die Sakramentenkongregation
5. Die Kongregation der Seminare und Universitäten
6. Die Kongregation für die orientalische Kirche
7. Die Konzilkongregation
8. Die Konsistorialkongregation
9. Die Kongregation der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten
10. Das Heilige Offizium
11. Die Kongregation der Basilika des heiligen Petrus
12. Die Propagandakongregation

Die Tribunale

1. Die Heilige Römische Rota *(Rota Romana)*
2. Die Apostolische Segnatura *(Signatura Apostolica)*
3. Die Apostolische Pönitentiarie

Die Offizien (Ämter)

1. Das Staatssekretariat
2. Die Apostolische Datarie
3. Die Apostolische Kanzlei
4. Das Sekretariat der Breven für Prinzen und Lateinische Verlautbarungen

Die Kongregationen

1. Die Religiosenkongregation.

Gegründet 1586. Sie regelt Angelegenheiten zwischen den Bischöfen und den Gläubigen sowie zwischen den Gläubigen selbst.

2. Die Zeremonialkongregation.

Sie befaßt sich mit der Etikette am päpstlichen Hof. Der Präfekt der Kongregation ist zugleich Dekan des Heiligen Kollegiums.

* Deutsche Bezeichnungen nach „Der Große Herder", Freiburg i. B., 1935.

3. Die Ritenkongregation

Gegründet von Sixtus V. Sie befaßt sich mit der Seligsprechung und der Kanonisation.

4. Die Sakramentenkongregation.

Gegründet 1908. Sie befaßt sich mit Angelegenheiten der sakramentalen Disziplin unter besonderer Berücksichtigung der Ehe. Die Erlasse dieser Kongregation regeln Fragen der Nichtigkeitserklärung von Ehen und ähnliche Angelegenheiten katholischer Laien.

5. Die Kongregation der Seminare und Universitäten.

Sie wurde 1588 als Heilige Kongregation der Studien gegründet und erhielt ihre jetzige Bezeichnung 1915. Ihre ursprüngliche Aufgabe war es, die Lehrtätigkeit in den päpstlichen Besitzungen zu überwachen; später erstreckte sich ihr Arbeitsbereich auf die katholischen Universitäten in Österreich, Frankreich, Italien und anderswo. Gegenwärtig hat sie alle höheren Lehrinstitute zu überwachen, die unter katholischer Leitung stehen.

6. Die Kongregation für die orientalische Kirche.

Die Vielzahl der Kirchen im Nahen und Fernen Osten machte es erforderlich, dieses Amt ins Leben zu rufen (1917). Bis dahin war es eine Unterabteilung der *Propaganda Fide*. Es wird vom Papst geleitet.

Einige Kirchen im Nahen Osten haben Riten, die sich von denen der römisch-katholischen Kirche unterscheiden. Es handelt sich um die griechische, die russische, die rumänische und die armenische Kirche. In diesem Zusammenhang mag es von Interesse sein, daß die griechisch-rumänische Kirche mehr als 1 Million Gläubige zählt, während der griechisch-ruthenischen Kirche kaum ein Viertel dieser Anzahl angehört. Außerdem gibt es 300 000 Syro-Maroniten, deren Riten und Gebete eine Mischung aus syrischen und arabischen Elementen darstellen. Die griechischen Melachiten, deren Riten arabischer und deren Zeremoniell griechischer Herkunft sind, haben etwas mehr als 100 000 Anhänger.

Mehr als 100000 Armenier leben verstreut zwischen Ungarn und Persien, während in Persien, Kurdistan und im Irak (Mesopotamien) etwa 40000 Syro-Chaldäer leben. In Ägypten gibt es etwa 10 000 Anhänger koptischer Riten, und in Abessinien zählen die Äthiopier etwa 30 000 Anhänger. Selbst in Hindustan leben etwa 200 000 Katholiken, die sich nach den syrischen Riten von Malabar richten. Darüber hinaus gibt es die rein syrischen, rein griechischen, die griechisch-bulgarischen Formen u. a.

7. Die Konzilkongregation.

Sie setzte sich ursprünglich aus acht Kardinälen zusammen, die mit der Leitung des Konzils von Trient betraut waren. Jetzt beschäftigt sich die Kongregation vor allem mit der kirchlichen Disziplin in der ganzen Welt und mit der Revision der Kirchenversammlungen. Sie kann mit einem großen Innenministerium verglichen werden.

8. Die Konsistorialkongregation.

Diese Kongregation hat viel Ähnlichkeit mit dem Heiligen Offizium in seiner gegenwärtigen Gestalt. Sie hat dasselbe Oberhaupt, den Papst, und die ihr angehörenden Kardinäle und Mitarbeiter sind zur gleichen Geheimhaltung verpflichtet. Sie wurde 1588 gegründet und zu Beginn dieses Jahrhunderts reorganisiert.

Die Konsistorialkongregation ist verantwortlich für den Aufbau der Konsistorien – der kirchlichen Oberbehörden –, für die Ernennung der Bischhöfe sowie für die Struktur und Existenz der Diözesen. Sie ist eine Art Personalabteilung. Hier werden alle Disziplinarmaßnahmen eingeleitet, die der katholischen Kirche geeignet scheinen, ihre Geistlichen in der ganzen Welt zu kontrollieren, zum Beispiel die Bestrafung von

Priestern, die gegen ihre Pflichten verstoßen oder sich mit Institutionen, Personen oder politischen Parteien eingelassen haben, die der katholischen Kirche feindlich gesinnt sind oder von ihr abgelehnt werden. Wenn wir später die Politik des Vatikans in den einzelnen Ländern behandeln, werden wir vielen solchen Beispielen begegnen. An dieser Stelle genügt es, zu erwähnen, daß der Vatikan 1924 ein Verbot *(non expedire)* über alle amerikanischen Priester verhängte, die dem Rotaryklub beitreten wollten oder beigetreten waren.

Die Konsistorialkongregation kann man als eine Art kirchlichen *Scotland Yard* bezeichnen.

9. Die Kongregation der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten.

Als wir das Staatssekretariat behandelten, hatten wir bereits Gelegenheit, einen Blick auf die Tätigkeit dieser Kongregation zu werfen. Sie ist in politischer Hinsicht zweifellos die wichtigste. In ihr wird die Vatikanpolitik geplant, überprüft und ausgeführt. Pius VI. rief sie 1793 ins Leben, um die kirchlichen Angelegenheiten in Frankreich zu regeln. Später (1814) gewährte Papst Pius VII. ihr das Recht, alle Angelegenheiten zu überprüfen und zu begutachten, die dem Heiligen Stuhl unterbreitet werden. Sie befaßt sich mit allen Fragen kirchlicher und politischer Natur, überprüft die diplomatischen Beziehungen des Vatikans zu anderen Staaten, zu politischen Parteien usw. und führt die Verhandlungen über die Konkordate. Ihr Präfekt ist der Kardinalstaatssekretär.

10. Das Heilige Offizium (früher unter dem Namen *Inquisition* bekannt).

Die Inquisition ist ein kirchlicher Gerichtshof, dem „die Aufdeckung, Bestrafung und Verhütung von Häresie“ obliegt. Sie wurde erstmals 1229 durch Papst Gregor IX. in Südfrankreich eingesetzt. Die Inquisition arbeitete nach dem Grundsatz, daß „die Wahrheit Rechte besitzt, deren Ansprüche erfüllt und gefördert werden müssen, sowohl im Interesse der weltlichen als auch der kirchlichen Gerechtigkeit. Der Irrtum hat keinerlei Rechte und muß unterbunden oder ausgerottet werden“ (*Catholic Encyclopædia*).

Die Inquisition wurde ursprünglich geschaffen, um die Albigenser zu vernichten. Diese Aktion war der Anfang einer Reihe ähnlicher Massenvernichtungen von Häretikern im Mittelalter. Die Inquisition war in der ganzen Christenheit gefürchtet wegen ihrer Gewalttätigkeiten gegen alle, die der Häresie verdächtig waren, d. h. gegen alle, die die Dogmen der katholischen Kirche anzweifelten, nach deren Berechtigung und Wahrheitsgehalt zu fragen sich erkühnten oder gegen die päpstliche Macht zu rebellieren wagten.

Diese Institution erlangte ihre höchste Vervollkommnung in der sogenannten Spanischen Inquisition, die 1478 unter Sixtus IV. von König Ferdinand und Königin Isabella eingerichtet wurde. Die Inquisition sorgte von 1550 bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts dafür, daß in Spanien kein Platz für den Protestantismus war.

1542 wurde in Fortsetzung und Ablösung der Universalen Römischen Inquisition das Heilige Offizium (*Congregatio Romanae et Universalis Inquisitionis Sancti Officii*) gegründet. Es hat 1917 auch die Aufgaben der aufgelösten Kongregation für den Index übernommen. Das Heilige Offizium hat die Aufgabe, den Glauben und die Moral zu wahren, Häresie zu verurteilen und die Dogmen zu schützen. Es schreitet zum Beispiel ein gegen Nachgiebigkeit in der Frage der Verhinderung von Ehen zwischen Katholiken und Nichtkatholiken und entscheidet, welche Bücher ein Katholik nicht lesen darf, weil sie dem Glauben schaden oder sonst „verderblich“ sind. Der Präfekt dieser Kongregation ist der Papst. Er führt selbst den Vorsitz, wenn wichtige Angelegenheiten zu entscheiden sind.

Die Heilige Kongregation des Heiligen Offiziums war entsprechend der kirchlichen Lehre die höchste Autorität der römischen Kurie und hatte als einzige das Privileg,

bindende Entscheidungen in Glaubens- und Moralangelegenheiten zu fällen. Mehr als einmal nahm der Papst die alleinige Verantwortung für solche Entscheidungen auf sich, indem er der Kongregation bestimmte Erlasse aufzwang.

Ist die Theorie und Praxis des Heiligen Offiziums, d. h. der Inquisition, auch heute noch in der katholischen Kirche lebendig?

Es wäre gut, wenn man diese Frage verneinen könnte. Aber leider ist es nicht der Fall. Die Kirche vertritt nach wie vor die Auffassung daß „die Wahrheit Rechte besitzt, deren Ansprüche erfüllt und gefördert werden müssen sowohl im Interesse der weltlichen als auch der kirchlichen Gerechtigkeit". Und unter der „Wahrheit" versteht die Kirche ihre eigene Wahrheit, denn „außerhalb der Kirche ist keine Wahrheit und kann keine Wahrheit sein".

In der Theorie pflegt die Kirche noch immer den Geist, der das frühere Heilige Offizium beherrscht hat. Aber in der Praxis kann sie nicht mehr tun, was sie früher tat. Nicht, weil sie sich gewandelt hätte, sondern weil sich die Welt und die Gesellschaft verändert haben und es ihr nicht länger gestatten, so zu handeln wie früher.

Daß die katholische Kirche keineswegs das anmaßende Verhalten aufgegeben hat, das im Heiligen Offizium seine Verkörperung fand, wird allein durch die Tatsache bewiesen, daß sie selbst in unserem 20. Jahrhundert versucht, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen, wo immer es ihr möglich scheint. Natürlich hat das nur dort Erfolg, wo sich der Staat völlig der katholischen Kirche unterwirft. In allen diesen Fällen zeigt die Kirche den Geist der Inquisition, wenn auch in gemilderten Formen. Ein Beweis dafür sind die beiden katholischen Musterstaaten, das Portugal Salazars und das Spanien Francos. Dort kommen Leute ins Gefängnis, wenn sie sich weigern, sonntags in die Messe zu gehen. Dort wird der Protestantismus systematisch verfolgt. In vielen Fällen wurden protestantische Priester ins Gefängnis geworfen oder sogar erschossen (nachzulesen in der katholischen Zeitung *Das Universum*, Januar 1945).

Ein anderes typisches Beispiel für den Geist, der das Heilige Offizium beherrscht: 1920 richtete es einen Brief an alle italienischen Bischöfe und forderte sie auf, „eine Organisation zu überwachen, die ... Indifferenz und Apostasie verbreitet". Der Brief bezog sich auf die Christliche Vereinigung Junger Männer (CVJM), die in und nach dem Krieg versucht hatte, durch zahlreiche philantropische Unternehmungen im ganzen Land die Moral des italienischen Volkes zu heben. Nachdem der Vatikan sie auf vielfältige Art entmutigt hatte, erklärte er, diese Organisation sei eine Zentrale des italienischen und amerikanischen Protestantismus und stelle eine Gefahr für den Katholizismus dar. Der CVJM tat in Wirklichkeit nichts anderes als Zigaretten und Schokolade zu verteilen und Vortrags- und Theaterabende für die Soldaten zu veranstalten.

Viele Leute, vor allem in Amerika, wollten es lange nicht glauben, daß der Vatikan diese Organisation bekämpfte, bis der Kardinalstaatssekretär – zu dieser Zeit Oberhaupt des Heiligen Offiziums – einen Brief veröffentlichte, der es jedem Katholiken untersagte, sich mit dem CVJM einzulassen. In dem Brief hieß es: „Ihre Hohen Eminenzen und Hochwürden, die Kardinäle, die, wie der Unterzeichner dieses Briefes, als Generalinquisitoren in Angelegenheiten des Glaubens und der Moral tätig sind, wünschen, daß die Gläubigen ihre wachsame Aufmerksamkeit auf die Art und Weise richten, in der gewisse neue, nichtkatholische Vereinigungen durch die Mithilfe ihrer Anhänger verschiedener Nationalität es sich jetzt und schon seit geraumer Zeit angelegen sein lassen, den Gläubigen, insonderheit der Jugend, Fallen zu stellen. Sie erweisen eine Menge Gefälligkeiten jeglicher Art, korrumpieren aber in Wirklichkeit die Integrität des katholischen Glaubens und entreißen die Kinder ihrer Mutter, der Kirche. Unter dem Vorwand, junge Menschen erleuchten zu wollen, entziehen sie diese den Lehren der Kirche, die von Gott errichtet wurde, und spornen sie an, sich von ihrem eigenen Gewissen abzuwenden und

im engen Umkreis der menschlichen Vernunft jenes Licht zu suchen, das sie erleuchten soll ... Unter diesen Vereinigungen ... muß vor allem jene erwähnt werden, der die meisten Mittel zur Verfügung stehen: Wir meinen jene Vereinigung, die sich ‚Christliche Vereinigung Junger Männer' nennt. Alle, die vom Himmel den besonderen Auftrag erhalten haben, die Herde des Herrn zu leiten, werden von dieser Kongregation flehentlich ersucht, ihren Eifer daranzusetzen, die jungen Leute vor den Versuchungen durch jegliche Vereinigungen dieser Art zu bewahren ... Ruft die Unklugen zur Ordnung und stärkt die Seelen jener, deren Glauben schwankend geworden ist ... Die Heilige Kongregation fordert, daß die Geistlichkeit jedes Bezirks in einem offiziellen Akt alle Tageszeitungen, Zeitschriften und anderen Publikationen jener Vereinigungen, deren gefährlicher Charakter offenkundig ist, weil sie in den Seelen der Katholiken die Irrtümer des Rationalismus und des religiösen Indifferentismus ausstreuen, für ‚zu Recht verboten' erklärt ... 5. Nov. 1920, Kardinal Merry del Val, Sekretär."

Dieses Verbot wurde auch im zweiten Weltkrieg allen Katholiken auferlegt. Der Vatikan tat alles, was in seinen Kräften stand, um die katholischen Soldaten und Zivilisten davon abzuhalten, sich mit einer dieser Vereinigungen oder mit ähnlichen Gruppen einzulassen. Diese – typische – Handlungsweise der Kongregation im 20. Jahrhundert bedarf keines Kommentars. Sie beweist die Richtigkeit unserer Behauptung, daß die katholische Kirche nach wie vor von dem Geist beseelt ist, der im Mittelalter zur Errichtung der Inquisition geführt hat, und daß es lediglich das Verdienst unserer Zeit ist, wenn die Kirche heute nicht mehr auf so drastische Weise der Gesellschaft ihren Willen aufzwingen kann.

Die Tribunale

1. Die Heilige Römische Rota.

Die Römische Rota ist ein Gerichtshof. Vor ihm werden alle Fälle behandelt, die die katholische Hierarchie betreffen und ein Gerichtsurteil zivilrechtlicher oder strafrechtlicher Art erfordern. Darüber hinaus ist die Römische Rota vielen als die Instanz der katholischen Kirche bekannt, die Ehen für nichtig erklären kann. Sie hatte sich im Lauf der Jahrhunderte mit zahlreichen bedeutenden Persönlichkeiten zu befassen, und ihre Entscheidungen hatten weitreichende religiöse, soziale und politische Folgen. Hier seien nur die Namen Heinrich VIII., der Borgia und Napoleons genannt.

Ein Katholik muß von einem Geistlichen oder dessen Beauftragten im Beisein zweier Zeugen getraut werden. Andernfalls ist die Ehe heimlich und nichtig. Mit anderen Worten, sie hat nach Auffassung der katholischen Kirche niemals existiert, selbst wenn daraus Kinder hervorgegangen sind.

Wenn ein katholischer Gläubiger seine Ehe annullieren lassen will, hat er einen weiten Weg vor sich. Der Fall wird einem bischöflichen Gericht vorgetragen. Ein Beamter, der *Defensor vinculi*, tritt für die Gültigkeit der Ehe ein. Der Bischof kann entsprechend dem kanonischen Recht trotzdem ihre Annullierung erklären, wenn der Beweis erbracht wird, daß einer der Ehegatten zur Zeit der Eheschließung nicht getauft war, dem geistlichen Stand angehörte, durch ein Keuschheitsgelübde gebunden war oder einen anderen, noch lebenden Ehegatten hatte. Auch im Fall zu naher Verwandtschaft kann die Ehe annulliert werden. Falls der *Defensor vinculi* oder die Partei, die die Aufhebung der Ehe erstrebt, mit dem Urteil nicht einverstanden sind, kann die Römische Rota angerufen werden.

Die Anzahl der Fälle, die vor die Rota gebracht werden, ist gering, noch geringer aber ist die Anzahl der Fälle, die vor ihr mit Erfolg verhandelt wurden. Während des Jahrzehnts von 1920 bis 1930 brachten 350 Millionen Katholiken lediglich 442 solche Fälle vor die Rota. Von diesen 442 Fällen waren 95 Berufungen gegen Entscheidungen

desselben Tribunals. Von den 347 neuen Fällen waren nur 175 erfolgreich. 1945 wurden von 80 beantragten Nichtigkeitserklärungen 35 gewährt.

2. Die Apostolische Segnatura.

Die Apostolische Segnatura wurde im 15. Jahrhundert gegründet und ist der höchste Gerichtshof der katholischen Kirche. Seine Bezeichnung beruht auf der Tatsache, daß die Prälaten, die beauftragt waren, allen Arten von Bittschriften nachzugehen, bei deren Beantwortung der Unterschrift des Papstes bedurften. Nach dem Verlust der päpstlichen Besitzungen wurde die Apostolische Segnatura geschlossen. Papst Pius X. führte sie wieder ein. In ihrer gegenwärtigen Form hat sie vor allem die Aufgabe, sich mit Fragen der Ehe zu befassen. Ihr gehören sechs Kardinäle an.

3. Die Apostolische Pönitentiarie.

Diese Institution befaßt sich mit den aus allen Teilen der Welt eintreffenden Bittschriften, in denen um Absolution für bestimmte Verbrechen ersucht wird. Sie entstand 1130, als Papst Innocenz II. sich selbst das Recht vorbehielt, „Absolution für Kapitalverbrechen gegen Geistliche, wo immer sie begangen wurden, zu erteilen". Der Gerichtshof wird von einem Kardinal geleitet, der auf Lebenszeit bestellt ist, er erteilt dem Papst auf dem Totenbett Absolution.

Eine der besonderen Aufgaben dieses Gerichtshofes ist es, Ablaß zu gewähren. Das geschieht in drei Kirchen – in Sankt Peter, Sankt Johannes Lateran und in Santa Maria Maggiore. Jede dieser drei Kirchen hat einen Beichtstuhl, in dem sich ein langer Stab befindet. „Die Priester, die diesen Beichtstuhl innehaben, sind Mitglieder des Tribunals der Buße (Apostolische Pönitentiarie), sie werden daher die *Pönitentiaries* genannt. Sie suchen die Basiliken auf und nehmen, wenn sie einen Pilger auf den Knien im Zustand der Reue vorfinden, den Stab aus dem Beichtstuhl, berühren mit ihm zum Zeichen ihrer Milde des Knienden Haupt, richten es auf und gewähren ihm den Ablaß." (*Der Vatikan* von Seldes, S. 21)

Was ist ein Ablaß? Der Erlaß jener zeitlichen, mit der Sünde verbundenen Strafen vor Gott, deren Schuld vergeben ist entweder durch das Sakrament der Buße oder durch einen Akt völliger Reue. Den Erlaß gewährt eine kompetente kirchliche Autorität auf Grund der Vollmacht der katholischen Kirche zur Sündenvergebung – den Lebenden mit Hilfe der Absolution, den Toten auf dem Wege der Fürbitte (*Catholic Encyclopædia).* Ablässe werden entweder vollständig oder teilweise gewährt. Ein Teilablaß bezieht sich auf einen Teil der mit der begangenen Sünde verbundenen Strafe; die Proportionen werden in Zeitbegriffen ausgedrückt (z. B. dreißig Tage, sieben Jahre usw.). Ablässe, die auf Grund von Gebeten gewährt werden, gehen verlustig durch Zusätze, Weglassungen oder Veränderungen beim Beten. Es ist obligatorisch, daß sich der Sünder, um einen Ablaß gewährt zu bekommen, wie groß oder wie klein seine Sünde auch immer gewesen sein mag, im Zustand der Reue befindet.

Man kann sich leicht vorstellen, welche Macht die katholische Kirche über einen katholischen Gläubigen durch dieses System geistiger Versicherungspolicen für das Leben nach dem Tode gewinnt. Es geht hier nicht darum, das Ablaßsystem vom religiösen oder theologischen Standpunkt aus zu erörtern, sondern darum, zu zeigen, welche Waffe dieses System für die Macht der Kirche über ihre Gläubigen darstellt. Dieser geistige Druck wird dadurch verstärkt, daß zusätzlich zu den verschiedenen Ablaßarten, die die Kirche durch die Auferlegung von Gebeten oder anderen Taten der Ergebenheit gewährt, die Hierarchie der katholischen Kirche – Bischöfe, Kardinäle und der Papst – auch nach eigenem Gutdünken Ablaß gewähren kann.

Der Papst ist der höchste Sündenvergeber. Nur er kann „durch seine göttliche Autorität die Dispensation auf Grund der Vollmacht der katholischen Kirche zur

Sündenvergebung erteilen". Niedrigere Stellen der katholischen Kirche dürfen Ablaß nur in dem Umfang gewähren, den das kanonische Recht vorsieht: Kardinäle 200 Tage, Erzbischöfe 100 Tage, Bischöfe 50 Tage. Keiner kann Ablässe auf andere lebende Personen übergehen lassen, aber alle päpstlichen Ablässe können auf Seelen im Fegefeuer übertragen werden, soweit es nicht anders festgelegt ist. Apostolische Ablässe können vollständig oder teilweise sein, vorausgesetzt sie sind vom Papst oder seinem Beauftragten gesegnet.

Durch dieses geistige Instrument erlangt die katholische Kirche nicht nur große Autorität bei ihren Gläubigen, sie ist darüber hinaus durch ihren Anspruch, eine Strafe nach dem Tode erlassen zu können, in der Lage, einen gewaltigen Druck auf die religiösen und moralischen Gepflogenheiten ihrer Anhänger auszuüben. Zugleich steigert sie dadurch die Autorität des Papstes.

KAPITEL IV Der geistige Totalitarismus des Vatikans

Der Index – Wie ein Buch verurteilt wird – Werke der Weltliteratur, die ein Katholik nicht lesen darf – Klassische Beispiele kirchlicher Einmischung in wissenschaftliche Angelegenheiten – Die *Propaganda Fide* – Wie sie arbeitet – Ihre Entwicklung – Ihre letzte Zielsetzung: eine katholische Welt.

Als wir uns mit dem Heiligen Offizium befaßten, erklärten wir, daß die katholische Kirche keineswegs ihre geistige Haltung, „allein im Besitz der Wahrheit zu sein", jene Haltung also, die zur Inquisition führte, aufgegeben hat. Die Zeiten haben sich geändert und mit ihnen die Methoden der katholischen Kirche. Aber ihr Geist blieb unwandelbar im Lauf der Jahrhunderte, wenn er auch in der modernen Gesellschaft viel an Macht verloren hat. Daß der Index auch in unserem Jahrhundert weitergeführt wird, ist der beste Beweis dafür.

Bei der Untersuchung dieser Erscheinung fällt sofort die Ähnlichkeit mit der geistigen Haltung faschistischer Regime ins Auge, unter deren Herrschaft den Massen ebenfalls nur das zu lesen und zu sehen erlaubt wird, was zuvor die Zustimmung der Regierung gefunden hat. Beide, die katholische Kirche und die faschistischen Regierungen, bedrohen die Menschen, die sich ihrem Urteil nicht unterwerfen, mit schweren Strafen – die katholische Kirche mit der ewigen Verdammnis, die faschistischen Staaten mit Gefängnis und Konzentrationslager.

Die Gleichheit der Methoden und Motive der katholischen Kirche und der faschistischen Staatswesen erkennen wir noch klarer, wenn wir, nach dem Index, eine weitere Abteilung des Vatikans untersuchen – die *Propaganda Fide*.

Die *Propaganda Fide* hat die Aufgabe, den katholischen Glauben unter dem Gesichtspunkt zu verbreiten, daß die katholische Religion die einzig wahre Religion ist; alle anderen Religionen seien falsch und müßten verschwinden; der größere Teil der Menschheit – Protestanten, Moslems, Buddhisten, Hindus, Juden und Heiden – könne nur gerettet werden, wenn er sich dem Katholizismus ergebe. Das Betätigungsfeld der *Propaganda Fide* ist daher buchstäblich die ganze Welt, ihr höchster Auftrag ist, die gesamte Menschheit zum Katholizismus zu bekehren.

Faschistische Staaten arbeiten ebenso. Sowohl das faschistische Italien als auch Hitlerdeutschland richteten ein umfassendes Propagandaministerium ein, das auf politischem Gebiet und in der Behandlung nationaler, rassischer oder rein ideologischer Fragen die gleiche Zielsetzung hatte wie die katholische Kirche auf religiösem Gebiet.

Sowohl die katholische Kirche als auch die faschistischen Staaten behalten sich das Recht vor, nach eigenem Gutdünken die Verbreitung bestimmter Ideen zu untersagen und mit Zwangsmitteln soviel Menschen wie möglich der eigenen Ideologie oder Religion zu unterwerfen.

Diese enge Verbindung zwischen den Diktaturen des 20. Jahrhunderts und der katholischen Kirche ist kein Zufall. Beide haben die gleiche Geisteshaltung, beide arbeiten mit den gleichen Mitteln, und beide streben – jeweils auf ihrem Gebiet – das gleiche Ziel an. Deshalb war es auch durchaus natürlich, daß sich der geistige Totalitarismus der katholischen Kirche so oft mit dem politischen Totalitarismus des Faschismus und Nazismus verbündete, selbst in Zeiten, in denen beide, entsprechend ihrer besonderen Zielsetzung, eigentlich hätten aufeinanderprallen müssen.

Mit Hilfe des Index und der *Propaganda Fide* übt die katholische Kirche in der ganzen Welt einen gewaltigen Einfluß auf religiösem Gebiet aus und berührt auf diese Weise ethische, kulturelle, soziale und oft auch politische Fragen. Deshalb wollen wir uns beide Abteilungen etwas näher ansehen.

Was ist der Index?

Der Index ist eine Liste von Büchern, die ein katholischer Gläubiger nicht lesen darf. Das klingt ziemlich einfach. Sind sich aber alle denkenden Menschen der Konsequenzen bewußt, die sich aus diesen Worten ergeben?

Der irische Geistliche Dr. Timothy Hurley sagte: „Es ist römisch-katholischen Gläubigen bei Strafe des Begehens einer Todsünde oder selbst der Exkommunikation verboten, Bücher zu lesen, die sich gegen die katholische Kirche richten."

Papst Pius IV. erklärte das Lesen eines verdammten Buches zur Todsünde.

Sehen wir uns die Formel der Päpste an, wie sie im 17. und 18. Jahrhundert lautete:

„Wir verdammen dieses Werk nach reiflicher Überlegung auf Grund Unseres persönlichen Urteils (*motu proprio*) und mit der sicheren Gewißheit seines verderblichen Charakters auf Grund Unserer Apostolischen Autorität (die uns übertragen wurde), und Wir verbieten jedermann, welches seine Stellung oder sein Rang auch sein möge, den Druck, das Lesen oder den Besitz desselben.

Die Strafe für Ungehorsam soll sein: *excommunicatio latae sententiae**. Wir bestimmen, daß die existierenden Bestände des besagten Buches dem Bischof oder dem Inquisitor der Diözese zu übergeben sind, der sie ohne Verzögerung zu verbrennen hat."

Die Gesetze des Index sind für alle Katholiken bindend; ausgenommen sind Kardinäle, Bischöfe und andere Würdenträger, deren Rang nicht unter dem eines Bischofs sein darf.

* Automatische Exkommunikation.

Das kanonische Recht läßt keinen Zweifel darüber, welche Bücher nicht gelesen werden dürfen. Es gibt zwölf Kategorien:

1. Alle von Nichtkatholiken veranstalteten Ausgaben des Originaltextes und der alten katholischen Übersetzungen (*Septuaginta*, *Vulgata*) der Heiligen Schrift, auch der orientalischen Kirchen; ebenso alle von Nichtkatholiken veranstalteten oder herausgegebenen Übersetzungen der Heiligen Schrift in die Volkssprache.

2. Schriftwerke beliebiger Schriftsteller (katholischer oder nichtkatholischer), welche die Häresie oder das Schisma verteidigen oder die Grundwahrheiten der Religion, zum Beispiel den Glauben an Gott und die Unsterblichkeit, in irgendeiner Weise (in wissenschaftlicher Weise oder durch Entstellung, Spott, Hohn usw.) zu untergraben suchen.

3. Schriftwerke, welche die Religion und die guten Sitten nicht bloß gelegentlich, sondern systematisch befehden („schlechte Presse").

4. Schriftwerke beliebiger Nichtkatholiken, welche ihrem wesentlichen Inhalt nach (*ex professo*) von der Religion handeln, außer es steht fest, daß nichts gegen den katholischen Glauben in ihnen enthalten ist.

5. Schriftwerke der in c. 1385 § 1 und 1391 genannten Art (Ausgaben der Heiligen Schrift, Gebets-, Andachts- und Erbauungsbücher, Heiligenbilder, Übersetzungen der Heiligen Schrift, Schriftwerke der Theologie, der Kirchengeschichte, des Kirchenrechts u. a.), welche nicht die kirchliche Vorzensur tragen; ferner alle nicht approbierten Bücher und Broschüren, welche neue Erscheinungen (z. B. die Heilige Jungfrau), Offenbarungen, Visionen, Weissagungen, Wunder berichten oder neue Andachten, wenn auch nur als private, einführen.

6. Schriftwerke, welche irgendein katholisches Dogma bekämpfen oder verspotten, vom Apostolischen Stuhl verworfene Irrtümer in Schutz nehmen, den Gottesdienst herabsetzen, die kirchliche Disziplin zu erschüttern suchen, die kirchliche Hierarchie, den geistlichen oder Ordensstand vorsätzlich beschimpfen.

7. Schriftwerke, welche den Aberglauben in irgendeiner Form, Weissagekunst, Weissagungen, Zauberei, Geisterbeschwörungen und ähnliche Dinge lehren oder empfehlen.

8. Schriftwerke, welche das Duell, den Selbstmord, die Eheauflösung als erlaubt hinstellen; Bücher über Freimaurerei oder ähnliche Geheimbünde, welche die genannten Bünde als nützlich oder wenigstens als ungefährlich für die Kirche und die bürgerliche Gesellschaft bezeichnen.

9. Schriftwerke, welche ihrem wesentlichen Inhalt nach laszive und obszöne Dinge erzählen (Romane) oder lehren.

10. Ausgaben liturgischer, vom Apostolischen Stuhl approbierter Bücher, in welchen Änderungen vorgenommen worden sind, so daß sie mit den authentischen Ausgaben nicht übereinstimmen.

11. Schriftwerke, durch welche falsche oder vom Heiligen Stuhl verworfene oder widerrufene Ablässe verbreitet werden.

12. Bilder von Jesus Christus, der seligsten Jungfrau, den Engeln und Heiligen und sonstigen Dienern Gottes, welche kirchlichen Anschauungen und Vorschriften widersprechen.*

Wie man sieht, läßt die katholische Kirche ihren Gläubigen nicht viel Möglichkeiten, sich ihre Lektüre nach eigenem Gutdünken auszuwählen.

* Deutscher Text nach Eichmann, Lehrbuch des Kirchenrechts, Paderborn 1926, S. 469. – Im weiteren sind alle ursprünglich aus dem Deutschen stammenden Zitate, wenn sie keinen Hinweis auf eine deutsche Quelle tragen, Rückübersetzungen aus dem Englischen.

Das Verfahren, nach dem ein Buch auf den Index gesetzt wird, ist einfach. Gewöhnlich unternehmen Bischöfe, die ein bestimmtes Buch verdammt wissen möchten, die ersten Schritte und wenden sich unmittelbar an die Höchste Heilige Kongregation; manchmal ergreift auch die Kongregation selbst die Initiative. Im Auftrag der Kongregation liest einer ihrer Lektoren das Buch sorgfältig und sucht die „schlechten Stellen" heraus. Anschließend beurteilen noch andere Lektoren – im allgemeinen etwa 30 – das Buch. Die Gutachten der Konsultatoren – so werden die Lektoren genannt – werden den Kardinälen vorgelegt. Diese diskutieren über das Buch und fällen schließlich das Urteil. Diesem Kardinalsgremium gehören 7 bis 10 Kardinäle an.

Vier Urteile sind möglich*: *Damnetur* (verdammt), *Dimittatur* (Beschwerde abgewiesen), *Donec Corrigatur* (verboten bis zur Korrektur), *Res Dilata* (Entscheidung vertagt).

Die Autoren oder Verleger werden vor der Veröffentlichung des Urteils nicht benachrichtigt, mit Ausnahme katholischer Autoren, denen eine Chance gegeben wird, das Buch entweder zurückzuziehen oder sich öffentlich dem Urteil des Heiligen Offiziums zu unterwerfen. Keinem Autor ist es gestattet, sein Buch vor dem Heiligen Offizium zu verteidigen.

Lautet das Urteil der Kardinäle *Damnetur*, so wird der Titel des Buches im offiziellen Teil des *Osservatore Romano*, der Zeitung des Vatikans, veröffentlicht, danach in der *Acta Apostolicae Sedis* und schließlich in den religiösen Organen der ganzen Welt.

Welche Bücher überprüft werden, wird nicht bekanntgegeben. Die Geheimnisse des Heiligen Offiziums werden streng gewahrt. Die Angestellten, die Konsultatoren und selbst die Kardinäle oder Mitglieder der Höchsten Heiligen Kongregation dürfen niemals etwas über die Angelegenheiten verlauten lassen, die bei den Zusammenkünften behandelt werden.

Ist ein Buch verboten, so darf es kein Katholik, bei Strafe der Todsünde, das heißt der ewigen Verdammnis, anrühren oder lesen. Befindet sich eine verbotene Publikation in einem Band mit anderen, nichtverbotenen Schriften, so ist der ganze Band verboten. Selbst von Bibelgesellschaften verlegte Bibeln sind verboten. Als Zeuge möge wieder Rev. Dr. Timothy Hurley dienen: „Alle Übersetzungen in die Landessprache durch Nichtkatholiken, insbesondere jene, die von Bibelgesellschaften besorgt wurden, sind streng verboten." Um sicherzustellen, daß sich alle katholischen Gläubigen an die Richtlinien des Index halten, wird die katholische Kirche nicht müde, mit Hilfe ihrer Presse und der Geistlichkeit die Gläubigen zu zwingen, den Gesetzen der Kirche Gehorsam zu leisten. In fast allen katholischen

* Siehe Fußnote Seite 34.

Ländern und in den Ländern mit starken katholischen Minderheiten wird ein kirchlicher Würdenträger, zumeist ein Jesuit, beauftragt, die Gläubigen in der Wahl ihrer Lektüre anzuleiten. In manchen katholischen Ländern gibt es einen besonderen Exekutivbeamten des Index, wie zum Beispiel den Abbé Bethleem in Frankreich.

Die katholische Kirche verhindert durch diese Exekutivbeamten, durch den Klerus und durch die katholische Presse die Veröffentlichung bestimmter Bücher, sucht andere zu unterdrücken und veranlaßt die Gläubigen, die verbotenen Bücher, Zeitungen und Zeitschriften zu boykottieren. Katholische Klubs, Organisationen und Einzelpersonen beteiligen sich an der Boykottkampagne mit einem Eifer, den man kaum für möglich hielte, würde er nicht immer wieder in aller Öffentlichkeit vor Augen geführt.

Zu solchen Erscheinungen kommt es überall, wo Katholiken leben. Und nach der Ansicht eines treuen Gläubigen hat die katholische Kirche nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, so zu handeln. Warum? Wir zitieren den französischen Exekutivbeamten des Index, den Abbé Bethleem:

„Die katholische Kirche hat, vermöge der Macht, die von ihrem göttlichen Gründer auf sie überkommen ist, das Recht und die Pflicht, den Irrtum und die Bosheit zu verdammen, wo immer sie angetroffen werden; sie hat ebenfalls in natürlicher Konsequenz das Recht, Bücher zu verdammen, die gegen den Glauben oder gegen die christliche Moral gerichtet sind oder die, ohne bösartig zu sein, von diesem doppelten Standpunkt her gefährlich werden können."

Der Abbé erläutert, weshalb die Kirche die Werke von Renan, Zola und anderen verdammt hat, und macht dann geltend – eine Erklärung, der die katholische Kirche beipflichtet –, daß „die Kongregation für den Index nur eine beschränkte Anzahl der verurteilenswerten Bücher verdammen kann; die anderen gelten als verdammt auf Grund der allgemeinen Bestimmungen".

Hier ist nicht der Platz, die ungewöhnlich interessante Geschichte des Index wiederzugeben; es möge genügen, die wichtigsten Ereignisse festzuhalten.

Die ersten Anfänge des Index finden wir bereits in der Frühgeschichte der katholischen Kirche. Es wird behauptet, der Apostel Paulus selbst habe den Anstoß dazu gegeben: „Gar manche aber von denjenigen, welche Vorwitziges angestrebt hatten, trugen die Bücher zusammen und verbrannten sie angesichts aller." *(Apostelgeschichte XIX, 19)** Andere behaupten, die erste Zensur sei erfolgt, als eine bischöfliche Synode im Jahre 150 die *Acta Pauli* verdammte, einen Roman, der den heiligen Paulus betraf; doch dieses Faktum ist umstritten. Im Jahre 325 verdammte das Konzil von

* Nach der Übersetzung der *Vulgata* von Loch-Reischl, Regensburg, 1905.

Nicäa die Häresie des Arius und verbot dessen Buch *Thalia*. Die hierüber vorhandene Urkunde ist das erste historisch beweiskräftige Dokument, auf das der Index zurückgeht. Im Jahr 400 verbot das Konzil von Karthago, heidnische Bücher zu lesen. Die erste Bücherliste, die man als Vorläufer des heutigen Index bezeichnen kann, wurde unter Papst Gelasius aufgestellt. Sie enthielt, verwunderlich genug, sowohl die Offenbarungsgeschichten der Bibel als auch die apokalyptischen Schriften und häretische Bücher und befahl deren Einziehung und Vernichtung. Mendham, ein protestantischer Historiker, schreibt über die Entstehung des heutigen Index:

„Der Ursprung des eigentlichen Römischen Index ist der gewaltigen Attacke Martin Luthers und anderer in Deutschland gegen den römischen Aberglauben Anfang des 16. Jahrhunderts zuzuschreiben."

Das erste Verbot eines gedruckten Buches wurde lange Zeit vor Luther ausgesprochen: Die *Monarchia* von Antonio Roselli und die Thesen von Pico della Mirandola wurden zum Beispiel schon 1491 verurteilt; 1519 veröffentlichte Luther seine 488 Seiten umfassende Schrift gegen den Ablaß. Sie wurde unverzüglich von den Universitäten in Paris, Louvain und Köln verboten. Im folgenden Jahr verbrannte Luther die päpstliche Bannbulle, das kanonische Gesetzbuch und die Schriften von Eck und Emser. Der Papst ließ Luthers Schriften in Belgien, an den Ufern des Rheins und in Rom verbrennen. 1543 wurden der Kardinal Caraffa und fünf weitere Kardinäle zu „Beauftragten und Inquisitoren des Glaubens im gesamten Christlichen Reich diesseits und jenseits der Alpen" ernannt. 1559 erschien der erste Index, der im Laufe der Zeit mehr als hundert Auflagen erfuhr. Ein Jahr zuvor erließ Philipp II. von Spanien bereits ein Dekret, das jeden, der verbotene Bücher verkaufte, kaufte oder in Besitz hatte, mit dem Tod und der Beschlagnahme seiner Habe bedrohte.

Der Index besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil werden alle Häretiker aufgeführt; ihre Schriften – frühere, gegenwärtige und künftige – sind insgesamt verdammt. Der zweite Teil enthält Schriftsteller, die zu Häresie, Zauberei, Unmoral usw. neigen. Der dritte Teil ist den Schriftstellern vorbehalten, deren Anschauungen schädlich sind. Hier einige Namen aus der ersten Kategorie: Luther, Melanchthon, Rabelais, Erasmus. Aus der zweiten: Merlins *Buch der geheimnisvollen Visionen*, die Fabeln von Holger dem Dänen und Arthur von Britannien, die Sage von König Artus und ähnliches.

Die Kongregation für den Index wurde 1571 von Papst Pius V. geschaffen. 1587 übertrug Sixtus V. ihr diktatorische Vollmachten. Leo XIII. ordnete 1897 wichtige Veränderungen an und hob einige zu drastische Bestimmungen auf. Der leontinische Index, Ausgabe 1900, ist 450 Seiten stark und enthält 7200 Namen, etwa 3000 weniger als die vorhergehende

Auflage. Im Vorwort wird dargelegt, was den Papst zu diesem Akt der Liberalität veranlaßt hat:

„Es war nicht nur das Bestreben des Papstes, durch eine eingehende Revision des Index die Strenge der alten Bestimmungen zu lockern, sondern ebenso, aus Gründen mütterlicher Barmherzigkeit der Kirche den Geist des Index der heutigen Zeit anzupassen."

Die Ausgabe von 1930 enthält ungefähr 7000 bis 8000 Namen. Wir werden einige der dort angeführten Namen nennen, damit der Leser einen Eindruck gewinnt, wie ernst diese Frage ist, und Schlußfolgerungen ziehen kann, wie schädlich oder nützlich der Index im Lauf der Jahrhunderte für die Erleuchtung des Menschengeschlechtes gewesen ist. Ein unbekannt gebliebener Satiriker hat einmal behauptet, man müsse den Römischen Index konsultieren, wenn man wissen wolle, welches die besten Bücher sind.

Dante *De Monarchia* (erst im letzten Jahrhundert durch Leo XIII. freigegeben).
Leibniz, sämtliche Werke.
Grotius, *De iure belli ac pacis.*
Das Gebetbuch des Gemeinen Mannes.
Religio Medici von Thomas Browne.
Mlle de Maupin von Gautier.
Sämtliche Werke von Gabriele D'Annunzio.
Defoe.
Sterne, *A Sentimental Journey.*
Milton, *Paradise Lost.*
Descartes.
Auguste Comte, *Cours de philosophie positive.*
Sämtliche Werke von Dumas, Vater und Sohn.
Gustave Flaubert und Anatole France.
Gibbon, *History of the Decline and Fall of the Roman Empire.*
Heine und Kant.
La Fontaine von Lamartine.
Andrew Lang, *Myth, Ritual and Religion**.
John Locke, *An Essay Concerning Human Understanding* und *Reasonableness of Christianity as Delivered in the Scriptures.*
Sämtliche Werke von Maurice Maeterlinck.
Pascal.
38 Bände von Voltaire.
Paine, *The Rights of Man.*

* Dies ist ein typischer Fall. Langs Buch befaßt sich lediglich mit antiken und frühgeschichtlichen Glaubensauffassungen. Es erwähnt nicht einmal das Christentum. Der Autor bat das Heilige Offizium, ihm eine Erklärung des Verbots zu geben. Trotz mehrfacher Bemühungen erhielt er nicht einmal eine Antwort, geschweige denn eine Begründung.

Rousseau, *Contrat Social, Lettres écrites de la Montagne, Julie ou la Nouvelle Héloïse*, usw.
Renan, einschließlich seiner *Vie de Jésus*.
George Sand, Henri Stendhal, Eugène Sue, Thomas White, Émile Zola, Spinoza, Swedenborg, Bernard de Mandeville, Taine, Malebranche, Bergson, Lord Acton, Bossuet, Bacon, Hobbes, Samuel Richardson, Doellinger, Addison, Goldsmith, Victor Hugo usw.

Es gab sogar Bestrebungen, die *Encyclopaedia Britannica* auf den Index zu setzen. Für den englischen und den amerikanischen Leser mag es besonders bemerkenswert sein, daß bis heute durch den Index mehr als 5000 Bücher in englischer Sprache entweder völlig oder *Donec Corrigatur* (bis zu ihrer Korrektur) verboten worden sind.

Die deutsche Autorität für den Index, Hilgers*, erklärt zu dessen Rechtfertigung:

„Die schlechte Presse kann man mit gutem Grund die größte soziale Gefahr nennen, weil sie der Ansteckungsträger und Krankheitserreger jeden geistigen Siechtums und Verderbens heute mehr denn je, mehr noch als am Abende des 18. Jahrhunderts, ist. Diese neue Sündflut wird gespeist aus drei Hauptquellen: Atheismus und Unglauben kommt aus den Gebieten der Naturwissenschaft, der Philosophie und selbst der protestantischen Theologie; es ist die tiefste Quelle der „freien" Wissenschaft. Anarchismus und Nihilismus, religiöser wie politischer, ist die zweite Quelle, welche sich millionenfach in die Bächlein sozialistischer Flugschriften überallhin ergießt. Im Grunde ist es nichts anderes als die popularisierte Philosophie des Liberalismus."

Hilgers stellt abschließend fest, die dritte Quelle seien „schädliche Romane".

Vielleicht mag mancher denken, daß die katholische Kirche ihren Rechtsanspruch, Bücher zu verbannen, heute kaum noch aufrechterhält. Und doch ist es so, die katholische Kirche hat diesen Anspruch bislang nicht widerrufen. Im Gegenteil. Kardinalstaatssekretär Merry del Val sagte 1930:

„Die teuflische Presse ist gefährlicher als das Schwert. Sankt Paul hat das Beispiel zur Zensur gegeben: Er veranlaßte die Verbrennung von Büchern (*Apostelgeschichte XIX*, 19). Sankt Peters Nachfolger (das heißt die Päpste) sind diesem Beispiel stets gefolgt; sie hätten auch gar nicht anders handeln können, denn ihre Kirche, unfehlbare Herrin und sicherer Leitstern der Gläubigen, ist in ihrem Gewissen beauftragt, die Presse sauberzuhalten ..."

Und einige noch bezeichnendere Worte:

„Alle, die unsere Heiligen Bücher ohne jede Sicherung an die Menschen verteilen wollen, sind ebenfalls Verteidiger des freien Denkens, das absurder und schädlicher ist als alles andere ... Nur solche Menschen, die bereits von dieser unter dem Namen Liberalismus bekannten tödlichen Pest infiziert sind, können in der Kontrolle der Kräfte des Unheils und der Liederlichkeit eine Wunde sehen, die der Freiheit zugefügt wird."

* Joseph Hilgers, S. J., *Der Index der verbotenen Bücher*, Freiburg i. B., 1904, S. 409.

Waren diese Worte lediglich die persönlichen Ansichten eines bekannten Indexspezialisten und eines Kardinalstaatssekretärs? Nicht im geringsten. Beide Männer drückten mit ihren Worten nur das aus, was der Papst mit anderen Worten in den Enzykliken verlautbaren ließ. So erklärte zum Beispiel Papst Leo XIII. in der Enzyklika *Immortale Dei:*

„Die unumschränkte Freiheit des Denkens und die öffentliche Bekanntmachung der Gedanken eines Menschen gehören nicht zu den Rechten der Bürger."

Und in der Enzyklika *Sapientiae Christianae:*

„Es ist völlig ungerechtfertigt, die unbegrenzte Freiheit des Denkens, der Rede, des Schreibens oder des Gottesdienstes zu fordern, zu verteidigen oder zu gewähren, als handele es sich dabei um Rechte, die dem Menschen von Natur aus verliehen sind."

Die katholische Kirche hält starr an dem Index fest, sie behauptet, er sei eine Waffe zur Verteidigung der Wahrheit. Ohne Rücksicht darauf, daß es unterschiedliche Auffassungen über die Wahrheit gibt, behauptet die katholische Kirche, alleinige Besitzerin der absoluten Wahrheit zu sein: „Es gibt nur eine absolute Wahrheit; die katholische Kirche und *nur sie allein* hat die gesamte Wahrheit der Religion. Alle anderen Religionen, welche auch immer, bergen verschiedenen Anteil an der Wahrheit in sich, aber nur die *katholische Kirche hat sie insgesamt.*" *(Catholic Encyclopædia)*

Dieser Glaube ist der Grundstein der katholischen Lehre. Er wurde im Lauf der Jahrhunderte von den Päpsten immer wieder proklamiert. Die Anmaßung, daß jede andere Religion, jedes andere christliche Bekenntnis falsch sei und daher kein Recht auf Freiheit habe, bestimmt seit dem vierten Jahrhundert die militante Politik der katholischen Kirche.

Die Päpste unserer Zeit haben den Sachverhalt völlig klargestellt. „Es widerspricht der Vernunft, daß der Irrtum und die Wahrheit gleiche Rechte genießen sollen", sagte Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika *Sapientiae Christianae.* „Deshalb", so fügt Leo XIII. in einer anderen Enzyklika hinzu, „verbieten es Gerechtigkeit und Vernunft . . ., die verschiedenen Religionen, wie sie sich auch nennen, auf gleiche Stufe zu stellen, ihnen fälschlicherweise gleiche Rechte und Privilegien zuzubilligen." (Enzyklika *Libertas Praestantissimum Donum)*

Die katholische Kirche hält sich selbst für die einzig wahre Kirche, für die einzig wahre Religion, von Gott eingesetzt, von Gott beauftragt, von Gott erleuchtet, von Gott beschützt. Sie behauptet, die Schatzkammer der Wahrheit zu sein, weil es nur eine Wahrheit gebe und weil sich alle anderen Religionen im Irrtum befänden. Die Wahrheit aber verhalte sich zum Irrtum wie das Recht zum Unrecht, das Richtige zum Falschen, das Licht zur Dunkelheit. Daraus folge, daß die Wahrheit dem Irrtum, das Richtige dem Falschen, das Recht dem Unrecht vorgezogen werden müsse.

Diese Ansprüche der katholischen Kirche sind keinesfalls nur theoretischer Art. Nach diesen Grundsätzen handelt sie. Sie zögert nicht, wo es ihr möglich ist, Bücher zu verbrennen; sie verbrennt sogar Bibeln, die nicht von ihr autorisiert sind. Am 27. Mai 1923 wurden in Rom protestantische Bibeln verbrannt; 1932 wurde eine protestantische Übersetzung der vier Evangelien in Dublin auf den Scheiterhaufen geworfen. 1940 zog der spanische Staat mehr als 100 000 nichtkatholische Bibeln ein und vernichtete sie. 1949 wurden in Toribio Cauca (Kolumbien) Bibeln verbrannt, im Mai 1950 geschah das gleiche in El Aguado Casanare (ebenfalls Kolumbien).

In Frankreich zog die französische Hierarchie gegen den Weihnachtsmann, dieses „teutonische Symbol des Heidentums und des Protestantismus" zu Felde. Der Weihnachtsmann sollte durch das Christkind ersetzt werden. Unter der Losung „Schluß mit dem Weihnachtsmannmythos, macht Weihnachten katholisch!" wurde vor der Kathedrale zu Dijon eine Puppe des Weihnachstmannes öffentlich verbrannt.

Die größte gewaltsame Massenbekehrung der modernen Geschichte vollzog sich während des zweiten Weltkrieges im katholischen Kroatien. Dort wurden unter dem Terrorregime des Katholiken Ante Pavelić und seiner Ustascha-Leute Hunderttausende orthodoxer Serben gezwungen, sich entweder zur katholischen Kirche zu bekennen oder sich massakrieren zu lassen. Kardinal Stepinac unterstützte diese mittelalterliche Methode, und der Vatikan erteilte seinen Segen.

In den Jahren von 1941 bis 1945 „bekehrte" oder ermordete der katholische Terror nicht weniger als 850 000 Mitglieder der orthodoxen Kirche. Diese Zahlen sind nicht übertrieben. Unwiderlegbare Beweise lassen sich dafür erbringen. Der Autor dieses Buches sprach mit Dutzenden von Kroaten, die unter Eid versicherten, daß entweder sie oder ihre Verwandten zwangsweise bekehrt wurden oder daß man ihre Verwandten ermordete, weil sie sich weigerten, in den Schoß der katholischen Kirche „zurückzukehren". (Siehe hierzu u. a. folgende Dokumente: *Memorandum* vom Oktober 1950 an den Präsidenten der 5. Vollversammlung der Vereinten Nationen *über die am serbischen Volk begangenen Verbrechen des Völkermordes; Der Fall des Erzbischofs Stepinac*, herausgegeben von der Botschaft der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien in Washington; *Das Martyrium der Serben*, veröffentlicht von der Diözese der serbisch-orthodoxen Kirche für die USA und Kanada; *Bericht der jugoslawischen Staatskommission für die Untersuchung der Kriegsverbrechen.)*

Die katholische Intoleranz beschränkt sich nicht auf die religiöse Sphäre, sie greift auch auf die gesellschaftliche Sphäre über und versucht hier, ihre Lehren mit demselben antiliberalen Fanatismus durchzusetzen, dem sie in religiösen Fragen huldigt. „Es ist unsere strenge Pflicht", so sagte Papst

Pius X., „alle Menschen ohne Ausnahme in ihrem privaten und öffentlichen Leben gemäß den Gesetzen und den Richtlinien der Moral zu leiten." (*Civiltà Cattolica*, 6. Oktober 1906)

Besonders kraß tritt die Intoleranz der katholischen Kirche immer wieder in der Frage der Ehe in Erscheinung. Die Ehe wurde von der Gesellschaft eingeführt, erklärt der Staat, also gehöre es zu den Rechten des Staates, die Ehe entsprechend seinen Gesetzen zu schließen oder aufzuheben.

Die Ehe stammt von Gott, behauptet die katholische Kirche. Folglich habe der Staat kein Recht, die Ehe zu schließen oder sie aufzulösen; denn „die Ehe ist heilig aus ihrer eigenen Kraft, aus ihrer eigenen Natur, um ihrer selbst willen. Sie darf nicht nach dem Willen weltlicher Herrscher geordnet oder gehandhabt werden." (Pius XI., *Casti Connubii*, 1930) Nach den Lehren der katholischen Kirche sei die Ehe kein zivilrechtlicher Vertrag, sondern eine rein religiöse Angelegenheit, sie sei keine Institution, sondern ein „Sakrament", und ein Sakrament zu vollziehen, sei „nach dem Willen Jesu Christi ein so wichtiger Teil der Machtausübung und der Pflicht der Kirche, daß es völlig absurd ist, anzunehmen, die weltlichen Herrscher besäßen auch nur einen Zipfel dieser Macht" (ebenda).

Angesichts dieser starren Haltung der Kirche erklärten einige moderne Staaten, in dem Bemühen, einen Kompromiß zu finden, ihre Bürger könnten sich je nach Wahl entweder kirchlich oder standesamtlich oder sogar auf beide Arten trauen lassen. Aber die katholische Kirche erhob Einspruch: Der Bürger habe nicht das Recht, zu wählen; der Staat sei im Unrecht; die Ehe „untersteht nicht menschlichen Entscheidungen oder irgendeiner gegenseitigen Absprache, auch nicht der der Brautleute selbst", die Natur der Ehe sei „von dem freien Willen der Menschen völlig unabhängig" (ebenda). Den katholischen Bürgern ist es daher durch die Kirche verboten, sich standesamtlich trauen zu lassen, denn der Staat genieße nach Ansicht der Kirche keinerlei wie immer geartete Autorität, eine Ehe zu legalisieren. Er könne auch nicht „von einer anderen Religion damit beauftragt werden". (Leo XIII., *Arcanum Divinae*, 1880) Das heißt also, daß Katholiken sich nicht durch ein Standesamt trauen lassen dürfen, wenn sie nicht eine schwere Sünde auf sich laden wollen; die Trauung durch einen nichtkatholischen Geistlichen zieht die Exkommunikation nach sich.

Die Kirche sagt weiter: Was der Staat nicht vereinen kann, das kann er auch nicht lösen, weil „die Ehe eine göttliche Institution" ist und deshalb „durch keinerlei weltliche Gesetze aufgehoben werden kann" (Pius XI., *Casti Connubii*, 1930). Mit anderen Worten, die Kirche beharrt darauf, daß der Staat kein Recht habe, eine Ehe zu scheiden, weil höher als jeder Staat „das unabänderliche Gesetz Gottes" stehe, dessen „Wirksamkeit weder durch menschliche Anordnungen noch durch menschliche Ideen, noch durch

irgendeine Gesetzgebung aufgehoben werden" könne (ebenda). Auf Grund dieser Prinzipien erließ die katholische Kirche ohne Rücksicht auf die Gesetze des betreffenden Staates ihre eigenen Ehegesetze und rühmte sich noch dieser Mißachtung der weltlichen Autoritäten. „Wenn die Kirche so handelt, folgt sie dem Beispiel Christi und dem des heiligen Paulus, die beide weder Tiberius noch Caesar um Rat fragten, welche Gesetze über die Eheschließung anzuwenden seien ... gleichgültig, ob sie dabei von den Gesetzen des Staates abwichen oder nicht." (ebenda)

Katholische Bürger können sich nicht scheiden lassen, sie müssen sich der Auffassung beugen, daß die Ehe lebenslänglich sei. Auch der Staat dürfe sie nicht scheiden, erklärt die Kirche; dieses Verbot beziehe sich nicht nur auf die kirchlich geschlossene Ehe, sondern, wie Pius XI. dekretierte, „auf jede Art der Ehe, sei sie natürlich, weltlich oder kirchlich geschlossen worden" (ebenda).

Die Gefährlichkeit dieser Ansprüche wird uns noch klarer, wenn wir bedenken, daß die katholische Kirche nicht nur den katholischen Gläubigen die Scheidung untersagt, sondern auch den Protestanten, den Agnostikern, den Nichtchristen – also allen Menschen. Und sie zögert nicht, ihr Verbot durchzusetzen, wo immer sie die Macht dazu hat, indem sie zum Beispiel den Staat zwingt, in seinem Bereich die Scheidung zu verbieten, ohne zu beachten, ob die betroffenen Bürger katholisch sind oder nicht.

Ein solches Land, in dem Nichtkatholiken, die sich scheiden lassen wollen, nicht geschieden werden, weil die katholische Kirche es verbietet, ist zum Beispiel Brasilien, dessen Bevölkerung zu 95 Prozent katholisch ist. Dort machte die Verfassung die gesetzliche Ehe zu einem unlösbaren Vertrag. Versuche, die Verfassung zu ändern und die Scheidung zu gestatten, wurden auch nach dem zweiten Weltkrieg wiederholt unternommen, aber jedesmal von der katholischen Opposition vereitelt.

Selbst in überwiegend protestantischen Ländern trifft man auf ähnliche Situationen. In Kanada zum Beispiel ist die Scheidung bei erwiesenem Ehebruch und bei böswilligem Verlassen gestattet, nur eine Provinz macht eine Ausnahme: Quebec. Die kanadische Gesetzgebung versucht seit langem, in Quebec die Bildung von Scheidungsgerichten durchzusetzen, stößt aber immer wieder auf die Opposition der katholischen Kirche.

Auf anderen Gebieten zeigt sich die katholische Kirche nicht weniger diktatorisch. Dies betrifft vor allem das Erziehungswesen. Die Päpste haben in dieser Frage nie ein Blatt vor den Mund genommen. Leo XIII. erklärte, daß es „zu den unveräußerlichen Rechten der Kirche gehört, die gesamte Erziehung der Kinder zu überwachen".

Nach der Ansicht des Papstes sollen die Kinder vor allem von ihren katholischen Eltern erzogen werden, weil sie „die Erziehungsgewalt und das

Erziehungsrecht innehaben". (Pius XI., *Casti Connubii)* Das Recht der katholischen Eltern stehe über dem des Staates. Der Staat könne das Elternrecht nicht übergehen, denn die Kinder müßten im „Geist der wahren Prinzipien der Religion" erzogen werden. Es handele sich dabei um „ein Recht, das kein Mensch usurpieren kann, ohne den schwersten Verstoß gegen das Naturrecht zu begehen". (Enzyklika *Sumni Pontificatus)*

Alle katholischen Eltern sind daher vor ihrem Gewissen als Katholiken gezwungen, jede Institution, jede Partei und jede Regierung zu bekämpfen, die ihnen dieses Recht streitig macht. Die katholische Kirche sagt ihnen, sie hätten „von Natur aus das Recht, ihre Kinder, die sie geboren haben, auch auszubilden". (Enzyklika *Sapientiae Christianae)* Es sei nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht, jeden Angriff auf das Elternrecht zurückzuweisen, gleich, von welcher Seite er komme. Sie seien verpflichtet, ihre Kinder von Schulen fernzuhalten, in denen sie Gefahr liefen, ihren katholischen Glauben zu verlieren. (ebenda)

Nach Auffassung der katholischen Kirche hat der moderne Staat auf dem Gebiet des Erziehungswesens einzig und allein die Pflicht zu verhindern, daß etwas gelehrt wird, was im Widerspruch zu den Lehren der Kirche steht, und dafür zu sorgen, daß die Lehrtätigkeit den Doktrinen der katholischen Kirche entspricht. Man gesteht dem Staat auch einige Rechte zu, sie dürfen jedoch den Glauben der Katholiken nicht gefährden und sich nicht auf Gebiete erstrecken, für die sich die Kirche zuständig hält, denn „jede Jugenderziehung, die es vorsätzlich vernachlässigt, die Gedanken auf das wirkliche Vaterland, den Himmel, zu richten, bringt großen Schaden ...". (Papst Pius XII., *Sumni Pontificatus*, 1939) Die weltliche Erziehung müsse verboten werden, da ihre Zielsetzung, um wieder die Enzyklika *Immortale Dei* zu zitieren, darin bestehe, „die Aktionen der christlichen Institutionen zu paralysieren und die Freiheit der katholischen Kirche auf das Äußerste einzuengen".

Jeder Staat ist also nach Ansicht der katholischen Kirche verpflichtet, alle Erziehungssysteme abzulehnen, die die Existenz eines übernatürlichen Wesens leugnen. Die Kirche könne auch keinem Erziehungssystem zustimmen, das dem Kind „das ausschließliche Primat der Initiative und des Handelns, unabhängig von irgendeinem höheren Gesetz natürlichen oder göttlichen Ursprungs, zubilligt. Solche Bestrebungen sind zu verdammen". (Pius XI., *Divini Illius Magistri)*

Diese mittelalterliche Engstirnigkeit hat zwangsläufig zur Folge, daß an den katholischen Schulen und Universitäten im Vergleich mit nichtkatholischen Bildungsstätten nur eine sehr geringe Anzahl unabhängiger, origineller Denker und Wissenschaftler zu finden ist. Der beste und zugleich erschütternde Beweis für diese Behauptung sind Länder wie Irland, Spanien,

Portugal und andere, deren Erziehungssystem völlig den katholischen Prinzipien untergeordnet ist.

Die katholische Kirche wendet sich gegen nahezu alles, was die moderne Gesellschaft an Neuerungen auf dem Gebiet des Erziehungswesens hervorbringt. Viele maßgebende Persönlichkeiten in Europa und Amerika befürworten aus moralischen, medizinischen und sozialen Gründen die sexuelle Erziehung, die sexuelle Aufklärung. Die katholische Kirche ist dagegen, denn „daraus erwachsen üble Praktiken, die nicht so sehr die Folge mangelnden Wissens sind, als vielmehr dem Willen entspringen, gefährliche Gelegenheiten der Versuchung herbeizuführen“ (Pius XI.). Auch die „Koedukation“, die gemeinsame Erziehung von Mädchen und Jungen, hält die Kirche für sehr gefährlich und behauptet, daß sie auf einer „bedauernswerten Ideenverwirrung“ beruhe. Die Geschlechter hätten nicht die gleichen Rechte, der Unterschied der Geschlechter müsse daher auch „während der Jahre des Wachstums aufrechterhalten und gefördert werden“. *(Divini Illius Magistri)*

Kein Staat hat nach Auffassung der Kirche das Recht, die Erziehung der Jugend als sein Monopol zu betrachten. Dieses Recht komme ausschließlich der Kirche zu. Denn „ein Staatsmonopol im Erziehungswesen, das die Familien zwingt, ihre Kinder auf Regierungsschulen zu schicken, die im Widerspruch zu den Forderungen ihres christlichen Gewissens oder selbst zu ihren legitimen Wünschen stehen, ist ungerecht und ungesetzlich“ *(Divini Illius Magistri)*.

Die katholische Kirche ist auch gegen „neutrale“ Schulen. Eine Schule habe katholisch zu sein, andernfalls brauche man sie nicht. Katholiken sollten „neutrale“ Schulen nicht besuchen, denn diese „stehen im Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien der Erziehung“. (ebenda) Sie seien in Wahrheit irreligiös. Aus denselben Gründen bekämpft die Kirche jeden Staat, der versucht, sich in religiösen Fragen neutral zu verhalten, und es ablehnt, eine bestimmte Glaubensrichtung zu benachteiligen.

Aber das stupide Beharren der katholischen Kirche auf ihren angeblichen Rechten in diesen Fragen treibt noch weitere Blüten. So verurteilt sie alle sogenannten gemischten Schulen, die sogenannten Simultanschulen, die sowohl von Katholiken als auch von Nichtkatholiken besucht werden, und wendet sich gegen die Einheitsschule, in der der Unterricht außer dem Religionsunterricht gemeinsam für alle Schüler erteilt wird. Denn „die bloße Tatsache, daß in einer Schule einige Stunden Religionsunterricht erteilt werden ... macht sie noch nicht zu einem geeigneten Platz für katholische Schüler“. (ebenda)

Die katholische Kirche verdammt also das Erziehungsmonopol des modernen Staates, nimmt es aber gleichzeitig für sich in Anspruch und

verlangt darüber hinaus vom Staat, sich allein der katholischen Schulen anzunehmen.

Aber was sind das für Schulen? Hören wir den Papst: „Eine katholische Schule ist eine Einrichtung, die unter der Leitung und der Kontrolle der katholischen Kirche steht und in der alle Lehren und die gesamte Lehrorganisation ... vom katholischen Geist durchdrungen sind.“ (ebenda)

Das engstirnige Festhalten der katholischen Kirche an diesen angemaßten „Rechten“ auf dem Gebiet der Erziehung führt, wie auch auf anderen Gebieten, zu einer eklatanten Einmischung der Kirche in die innerpolitischen Angelegenheiten eines jeden Staates, der katholische Gläubige unter seinen Einwohnern hat. Alle katholischen Bürger stehen unter dem Gewissenszwang, den Weisungen der Kirche auf diesem Gebiet Folge zu leisten; das bedeutet, sie müssen jede Regierung und jede Partei bekämpfen, die nicht den Segen der katholischen Kirche hat. Alles aber, was ein Katholik für die katholische Konfessionsschule unternimmt, „ist ein wahrhaft religiöses Werk ... eine Tätigkeit im Sinne der katholischen Aktion“. Die Agitation in dieser Richtung habe nichts mit Parteipolitik zu tun, sie sei „ein religiöses Unternehmen, zu dem das Gewissen ruft“. (ebenda)

Die katholische Kirche maßt sich weiter das Recht an, auch auf dem Gebiet der Wissenschaft das entscheidende Wort zu sprechen. „Die Kirche hat das Recht und die Pflicht, sorgsam darauf zu achten, daß die Wissenschaften in ihrem System keinem Irrtum Einlaß gewähren“, erklärte dazu das vatikanische Konzil am 24. April 1870, eben jenes Konzil, das die Unfehlbarkeit des Papstes verkündete. Die Wissenschaft dürfe „nicht in die Domäne des Glaubens eindringen oder diesen verdrängen“.

Pius XII. unterstrich diese Gedanken in seiner Enzyklika *Humani Generis* vom 21. August 1950, die sich mit den Beziehungen zwischen dem Glauben und der Wissenschaft befaßte. Er erklärte, daß alle Gläubigen „bereit sein müssen, sich dem Urteil der Kirche auch in wissenschaftlichen Fragen zu beugen“.

Was bedeutet ein solches Gebot? Den katholischen Gläubigen wird untersagt, theoretisches oder praktisches Wissen anzuerkennen, das nach Auffassung der Kirche falsch ist. Aber damit nicht genug. Der Papst beansprucht ferner, als einziger im Besitz der Wahrheit auch in allen grundlegenden wissenschaftlichen Fragen zu sein, zum Beispiel in der Frage des Ursprungs der Menschen. Pius XII. beschäftigte sich in der erwähnten Enzyklika ausführlich mit dieser Frage. Er verlangte, daß alle katholischen Gläubigen an die reale Existenz von Engeln glauben und vor allem die Geschichte von Adam und Eva akzeptieren. Diese Geschichte sei absolut wahr, sie sei weder ein Mythos noch eine Allegorie, man müsse sie wörtlich nehmen.

Was beabsichtigte Pius XII. mit diesem Zwang zum Wunderglauben? Er wollte damit einen Damm gegen die Evolutionstheorie errichten. Pius XII. verurteilte in derselben Enzyklika jeden Wissenschaftler, der sich so verhielt, als wäre die Evolutionslehre „durch Tatsachen . . . bewiesen", und führte als Argument, daß die Evolutionslehre unmöglich wahr sein könne, die Tatsache an, daß die Kommunisten diese Theorie befürworten. „Die Kommunisten", so erklärte er, „bekennen sich freudig zu dieser Meinung, weil sie mit ihr um so wirksamer ihre Theorie des dialektischen Materialismus verbreiten können." Die katholischen Gläubigen dürften also nicht an die „Mythen" glauben, die von der modernen Experimentalwissenschaft geschaffen werden, sondern müßten statt dessen, da „die Stimme des Papstes Irrlehren, Götzendienste und Aberglauben verurteilt" *(Papst Pius XII.* in seiner Botschaft an die Arbeiter von 29. 10. 1949), ohne Widerspruch die totale Wahrheit hinnehmen, daß der Körper der Jungfrau Maria die biologischen Gesetze der Schwangerschaft ebenso außer Kraft setzen könne wie die Gesetze von Zeit und Raum; sonst kämen sie nicht „mit Leib und Seele in den Himmel".

Wir erkennen aus den wenigen genannten Beispielen, daß die katholische Kirche ihren anmaßenden Anspruch auf das Monopol der absoluten Wahrheit nach wie vor aufrechterhält. Jeder vernünftige Mensch wird diesen Anspruch zurückweisen. Er wäre auch dann unannehmbar, wenn er sich auf die religiöse Sphäre beschränkte. Aber das ist nicht der Fall: Die katholische Kirche versucht, unmittelbar oder mittelbar, ihre Doktrin auf Gebiete auszudehnen, die nichts mit Religion zu tun haben. Denken wir nur an das berühmte Beispiel Galileis. Jahrzehntelang hat Galileis wissenschaftliche Entdeckung, daß sich die Erde um die eigene Achse dreht und gleichzeitig die Sonne umkreist, die Gemüter erregt. Der mächtigste und erbittertste Gegner dieser Entdeckung war die katholische Kirche. Sie erklärte, daß diese These mit der Wahrheit nicht zu vereinbaren sei. Die Kongregation für den Index dekretierte im März 1616 unter unmittelbarer Leitung des Papstes, daß die Lehre von der Doppelbewegung der Erde falsch sei und im Widerspruch zur Schöpfungsgeschichte stehe.

Galilei übergab trotz der Verdammung seiner These durch die Kirche im Jahre 1632 sein Buch *Dialogo* der Öffentlichkeit. Im Jahr darauf wurde es mit folgender Begründung auf den Index gesetzt:

„Doch Du, Galilei, Sohn des verstorbenen Vincenzo Galilei aus Florenz, wurdest 1615 vor diesem Heiligen Offizium beschuldigt, jene falsche Lehre für wahr zu halten, die von vielen gelehrt wird, daß die Sonne sich unbeweglich im Zentrum der Welt befinde und daß die Erde sich bewege, und zwar in zwiefacher Weise; gleichfalls wurdest Du beschuldigt, Deine Schüler in dieser falschen Lehre unterrichtet und die Einwände, die Dir ständig aus der Heiligen Schrift vorgehalten wurden, abgetan zu haben, indem Du besagte Stellen der Schrift auf Deine Weise auslegtest.

Dieses Heilige Tribunal erklärt daher, von dem Wunsche geleitet, der Unordnung und dem Unglück, das sonst zum Schaden des heiligen Glaubens andauern und anwachsen würde, zu wehren ...

Die Behauptung, daß die Sonne Mittelpunkt der Welt sei und unbeweglich auf ihrem Platze stehe, ist philosophisch absurd, falsch und formell häretisch, weil sie der Heiligen Schrift widerspricht.

Die Behauptung, daß die Erde nicht der Mittelpunkt der Welt und auch nicht unbeweglich sei, sondern sich in zwiefacher Weise bewege, ist ebenfalls philosophisch absurd und falsch und, theologisch gesehen, mindestens ein Glaubensirrtum."

Galilei mußte auf den Knien widerrufen und erklären, daß seine Lehre von der Erdbewegung falsch sei. Aber die katholische Kirche gab sich damit nicht zufrieden, sondern tat auch alle Bücher in Acht und Bann, die geschriebenen und die noch nicht geschriebenen, *docentes mobilitatem terrae et immobilitatem solis,* die die Bewegung der Erde und den Stillstand der Sonne lehren.

Durch dieses Verdikt wurden alle wissenschaftlichen Bücher über Astronomie, verfaßt von Riesen der Wissenschaft wie Kopernikus, Kepler, Galilei und anderen, bei Strafe der ewigen Verdammnis in der kommenden und der Einkerkerung in dieser Welt verboten. Erst 1822 hob die katholische Kirche dieses Verbot auf.

Wir haben hier nicht über den Geist des Index und den Fall Galilei gesprochen, um die katholische Kirche zu verunglimpfen, sondern um ihre Einmischung in Gebiete nachzuweisen, die eng mit dem geistigen und materiellen Fortschritt der Menschheit verknüpft sind. Der fortwährende Kampf der katholischen Kirche gegen alle fortschrittlichen Bestrebungen der Menschheit, früher gegen Säkularismus, Liberalismus und Demokratie, heute vor allem gegen den Kommunismus, beweist, daß sich die Kirche der Zeit nicht anpassen will. Da sie sich ständig in Angelegenheiten einmischt, die mit Religion nichts zu tun haben, hat sie eigentlich keinerlei Anlaß, sich über jene zu erregen, die ihre Auffassungen nicht teilen, sie kritisieren und ihre anmaßenden Ansprüche bestreiten. Die moderne Gesellschaft hat das unbestreitbare Recht, selbständig Forderungen zu erheben, ohne Rücksicht auf die religiöse Autorität der katholischen oder irgendeiner anderen Kirche.

Wird die katholische Kirche einmal den reaktionären Geist bereuen, mit dem sie allen auf eine glücklichere Welt gerichteten moralischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ideen und Systemen begegnet? Werden künftige Generationen nicht, wenn sie zurückblicken auf unsere Zeit, die Kirche wegen ihrer fanatischen Feindseligkeit gegen die moderne Gesellschaft und den Sozialismus ebenso verurteilen, wie wir es tun, wenn wir die Zeit Galileis betrachten?

Neben dem reaktionären und – man kann mit gutem Recht sagen – tyrannischen Geist des Index und des Heiligen Offiziums verdient ein weiteres Merkmal des Katholizismus unsere Aufmerksamkeit. Gemeint sind die unermüdlichen Anstrengungen, die die katholische Kirche unternimmt, um sich vor anderen Anschauungen zu schützen und ihr Ziel – die Bekehrung der ganzen Menschheit zum Katholizismus – zu erreichen. Die Leitung dieses umfassenden Aufgabengebietes liegt in Händen einer Kongregation, die das älteste, mächtigste und gewaltigste Informationsministerium und Propagandabüro darstellt, das je existiert hat. Die Propagandaorganisationen anderer Staaten – einschließlich der faschistischen – sind, daran gemessen, ein Kinderspielzeug. Diese Kongregation trägt den Namen *Propaganda Fide* (für die Propagierung des Glaubens). Sie ist nicht nur eine der wichtigsten Kongregationen der katholischen Kirche, sondern zugleich ein wichtiges Glied des Vatikanstaates, mit dessen Hilfe er ständigen Kontakt zu den entferntesten Winkeln der Erde unterhält.

Die Kongregation wird von einem Kardinal geleitet; sein Einfluß ist so groß, daß man ihn gewöhnlich den „Roten Papst“ nennt. Die Kongregation wurde 1622 von Gregor XV. zu dem erklärten Zweck geschaffen, die ganze Welt zum Katholizismus zu bekehren. Aber ihre Tätigkeit beschränkt sich durchaus nicht auf nichtchristliche Länder, sondern erstreckt sich auch auf protestantische, häretische und schismatische Staaten, zum Beispiel die Balkanstaaten.

Die *Propaganda Fide* hat die Welt in Hunderte sogenannter „geistiger Provinzen“ unterteilt, die unmittelbar ihrer Jurisdiktion unterstehen und ihrerseits wieder in Distrikte, Präfekturen und Vikariate aufgegliedert sind. Die Kongregation kontrolliert Tausende von Studienanstalten, Seminaren und ähnlichen Institutionen in der ganzen Welt. Das wichtigste von ihnen ist das Urban-Kollegium in Rom, das Missionare aller Völker ausbildet und unmittelbar der *Propaganda Fide* angeschlossen ist. Bis zum Jahre 1908 gehörten auch Großbritannien, die Niederlande, Kanada, die USA und andere protestantische Länder zum Bereich dieser Kongregation. Jetzt haben diese Länder eigene Hierarchien, die unmittelbar dem Papst unterstellt sind.

Der Kongregation ist ferner die Vereinigung zur Propagierung des Glaubens angeschlossen, eine weltweite Gesellschaft mit dem Zentrum in Rom, deren Aufgabe es ist, die Evangelisation der Welt durch gemeinsame Gebete der Gläubigen und durch die Sammlung von Missionsgeldern zu fördern.

Das Motto der *Propaganda Fide* und der gesamten katholischen Kirche lautet: „Kein Land ist völlig christlich. Katholiken müssen im Weltmaßstab träumen, planen und handeln.“ So bestehen in den christlichen Ländern,

seien sie katholisch, protestantisch oder orthodox, eine ganze Reihe weitverzweigter Kollegien und Studienanstalten, und in den nichtchristlichen Ländern wird ein gewaltiges Netz von Institutionen aller Art errichtet, deren Aufgabe es ist, die Nichtchristen zum Katholizismus zu bekehren.

Die katholische Kirche war niemals entschlossener als heute, ihre weltweiten Ziele zu erreichen. Gewiß verfolgt sie diese Ziele seit langem, aber sie hat in letzter Zeit ihre Maschinerie reorganisiert und ihre Anstrengungen, den Katholizismus sowohl in den westlichen Ländern als auch in allen anderen Teilen der Welt zu verbreiten, verdoppelt. Allein in Rom befinden sich unter der unmittelbaren Kontrolle des Vatikans folgende nationale Hauptkollegien, das heißt zentrale Seminare zur Ausbildung von Geistlichen für die betreffenden Länder (in Klammern das Gründungsjahr): USA (1859), Bedja (Britisch) (1898), Belgien (1844), Böhmen (1892), Brasilien (1929), Kanada (1888), Tschechoslowakei (1929), England (1579), Frankreich (1853), Deutschland und Ungarn (1552), Irland (1618), Jugoslawien (14. Jahrhundert und 1901), Lombardei (1854), Polen (1866), Portugal (1900), Schottland (1600), Südamerika (1858), Spanien (1893). Außerdem wurden in den letzten Jahren Anstalten zur Ausbildung von Chinesen, Arabern, Indern, Negern usw. gegründet.

Die Ostkirchen wurden 1917 der Jurisdiktion der *Propaganda Fide* entzogen. Da der Vatikan den orthodoxen und schismatischen Ländern besondere Aufmerksamkeit widmet und hofft, die Kirchen dieser Länder eines Tages mit Rom zu vereinen, schuf sie hierfür 1917 eine Abteilung beim Vatikan, die getrennt von der *Propaganda Fide* arbeitet, aber das gleiche Ziel verfolgt.

Aus politischen Gründen pflegt die katholische Kirche die Riten der Nationen und Völker. Diesem Zweck dienen zahlreiche Institutionen. In Rom gibt es eine Reihe von Seminaren, deren Aufgabe es ist, römisch-katholische Geistliche mit den verschiedenen orientalischen Bräuchen vertraut zu machen. Für abessinische Riten wurde 1919 ein solches Seminar geschaffen, für armenische Riten 1883, für griechische Riten 1577, für maronitische Riten 1584 und 1891, für russische Riten 1927, für ruthenische Riten 1897, für rumänische Riten 1930. Außerdem gibt es zahlreiche besondere Kollegien der verschiedenen katholischen Orden.

Die Kongregation *Propaganda Fide* strebt danach, den Katholizismus in den nichtkatholischen und in den nichtchristlichen Ländern zu fördern und zu stärken, sieht aber ihre Hauptaufgabe darin, heidnische Länder unter ihre Gewalt zu bekommen. Seit Jahrhunderten werden in allen Teilen der Welt Missionen errichtet. Ursprünglich waren die Missionare Europäer, später gesellten sich Amerikaner hinzu. Gegenwärtig zielt die Politik des Vatikans darauf ab, einheimische Geistliche heranzubilden. In dieser

Richtung hat die Kongregation bedeutende Fortschritte gemacht, vor allem in den letzten zwanzig Jahren. In einer Reihe nichtchristlicher Länder hat sie bereits eine eingeborene Hierarchie geschaffen. 1925 wurde der erste farbige Bischof, Monsignore Roche aus Indien, in Rom mit einem feierlichen Zeremoniell geweiht. Ihm folgten 1927 die ersten sieben chinesischen Bischöfe, später japanische und andere.

In einigen Ländern ist die katholische Kirche rasch zu großem Einfluß gelangt. Auf Madagaskar zum Beispiel hat sie bereits 650 000 Mitglieder, mehr als ein Sechstel der Bevölkerung. In China wurden 1930 mehr als 50 000 Chinesen zum Katholizismus bekehrt. Der *Propaganda Fide* unterstanden 1930 mehr als 11 000 Missionsprediger, von denen 3 000 Einheimische waren; hinzu kamen 15 000 Mönche (davon 600 Einheimische) und 30 000 Nonnen (davon 11 000) Einheimische). Zu derselben Zeit belief sich das Missionsbudget auf mehr als 30 Millionen Dollar. Seitdem hat sich diese Summe erheblich vergrößert. Zum Vergleich sei angeführt, daß die protestantischen Missionen 60 Millionen Dollar benötigten.

Der größte Teil der Gelder kommt aus Amerika. Die amerikanischen Missionare haben sich auf den Fernen Osten, vor allem auf China, spezialisiert. Sie haben engeren Kontakt mit der Bevölkerung als ihre europäischen Kollegen und daher auch mehr Konvertiten. Deshalb zieht die katholische Kirche in letzter Zeit amerikanische Missionare belgischen, französischen oder deutschen Missionaren vor.

Die katholische Missionstätigkeit breitet sich auch heute noch immer weiter aus. 1945 standen der Mission zur Verfügung: 400 Priesterseminare mit insgesamt 16 000 einheimischen Seminaristen, 22 000 Geistliche, 9 000 Mönche, 53 000 Nonnen, 93 000 einheimische Katecheten, 33 000 einheimische Täufer, 76 000 Schulen mit einer Gesamtzahl von 5 Millionen Schülern, 2 000 Waisenhäuser mit 150 000 Kindern, 77 000 Kirchen und Kapellen, 1 000 Hospitale mit insgesamt 75 000 Betten, 3 000 Polikliniken zur Betreuung von etwa 30 Millionen Menschen und Hunderte von Heimen für Alte und Aussätzige.

In den Missionsgebieten lebten 1945 mehr als 25 Millionen nicht-weiße Katholiken. Um diese verstreuten Millionen untereinander zu verbinden und sie in engem Kontakt mit dem Vatikan zu halten, kontrolliert die *Propaganda Fide* Tausende kleiner und großer, in Hunderten von Sprachen erscheinender Zeitungen, Magazine, Flugschriften usw. Eine besondere Nachrichtenagentur, die Agentur „Fides“, wurde ins Leben gerufen, um Nachrichten aus der Missionsarbeit zu sammeln und in der ganzen Welt zu verbreiten.

1925 veranstaltete der Papst in Rom eine große Missionsausstellung. Sie wurde eine ständige Einrichtung des Vatikans und fand weite Beachtung in der Öffentlichkeit. In der Enzyklika *Rerum Novarum* legte Papst Pius XI.

im Februar 1926 die Richtlinien für das weitere Vordringen des Katholizismus in allen Ländern fest; bekanntlich hat sich die katholische Kirche das Ziel gesetzt, die Bevölkerung des ganzen Erdballs zum Katholizismus zu bekehren. Bei der Verfolgung dieses Zieles kennt die katholische Kirche keine Kompromisse und nimmt weder auf andere Religionen noch auf andere christliche Bekenntnisse Rücksicht. Zur Charakterisierung dieser Einstellung sei ein an sich unbedeutendes, aber typisches Beispiel angeführt: Die britische Regierung hatte die Konfessionen, die in Afrika Mission betreiben, aufgefordert, ihre Tätigkeit untereinander abzustimmen und ihre Bemühungen auf verschiedene Gebiete zu verteilen, um Differenzen zu vermeiden. Die protestantischen Konfessionen erklärten sich mit dem Vorschlag einverstanden, nur die katholische Kirche verweigerte ihre Zustimmung. Sie begründete ihre Ablehnung damit, daß sie ihre Tätigkeit nicht auf einen Teil Afrikas, wie groß er auch sei, beschränken könne, da es ihre Bestimmung sei, den ganzen Kontinent zum katholischen Glauben zu bekehren. Daß dies keine leeren Worte waren, geht allein aus der Tatsache hervor, daß sich die Anzahl der Katholiken in Afrika zwischen 1930 und 1950 verdreifacht hat. Die katholische Kirche gewinnt jährlich eine Million Konvertiten. Im gleichen Zeitraum, in dem die Erdbevölkerung um 600 Millionen Menschen, also um ein Sechstel zunahm, wuchs die Anzahl der katholischen Gläubigen um ein Drittel (120 Millionen), so daß von siebzehn Menschen je einer zum katholischen Glauben übertrat. Keine andere Religion hat solche Zahlen aufzuweisen.

Das ist der Geist, der auch heute, im 20. Jahrhundert, das Wirken der katholischen Missionen bestimmt. Die katholische Kirche ist darauf aus, sich nicht nur einzelne Länder und Erdteile, sondern den ganzen Erdball untertan zu machen.

KAPITEL V Religiöse Orden

Die stillen Armeen des Vatikans – Religiöse, halbreligiöse und Laienorden – Die Jesuiten, die geistigen Sturmtruppen der päpstlichen Macht – Warum die Gesellschaft Jesu gegründet wurde – Höchstes Ziel der Jesuiten: die Erweiterung der politischen Macht des Papstes – Moderne halbreligiöse Orden – Die Katholische Aktion.

Außer dem verzweigten religiösen Verwaltungsapparat gibt es in den christlichen und nichtchristlichen Ländern eine weitere große religiöse Maschinerie. Sie ist längst nicht so bekannt, aber von größter Bedeutung für jeden, der sich Klarheit über den zunehmenden geistigen und politischen Einfluß der katholischen Kirche verschaffen will. Gemeint sind die religiösen und halbreligiösen Orden, die dem Heiligen Stuhl unterstehen. Sie haben vor allem die Aufgabe, im Machtbereich der katholischen Kirche in jeden Zweig des gesellschaftlichen Lebens einzudringen und ihn im Sinne des Katholizismus zu beeinflussen.

Einige dieser religiösen Orden widmen sich ausschließlich der religiösen Kontemplation, andere beschäftigen sich mit der Jugenderziehung, mit karitativen Aufgaben und mit der Krankenpflege; eine dritte Gruppe befaßt sich vor allem mit sozialen Problemen. Sie verfügen nicht nur über Klöster und Konvente, sondern haben auch Schulen, Missionen, Zeitungen und Besitzungen in jedem christlichen Land und darüber hinaus auf dem ganzen Erdball. Viele Männer- und Frauenorden arbeiten nur für die Mission. Alle diese Orden bilden eine stille, aber geschäftige und wirksame Armee der katholischen Kirche. Hier ist nicht der Platz, im einzelnen die Tätigkeit all dieser Orden zu untersuchen. Wir werden lediglich einige der wesentlichsten Merkmale des Jesuitenordens behandeln, der unter den vielen Orden – den Franziskanern, Dominikanern, Augustinern usw. – der wichtigste ist.

Die Jesuiten haben den Auftrag, überall die Autorität des Papstes zu stärken. Ihr Orden wurde Anfang des 16. Jahrhunderts als Kampftrupp zur Verteidigung der absoluten Theokratie des Papstes geschaffen. Sein Gründer, Ignatius von Loyola, ein ehemaliger spanischer Ritter, übertrug seinen militärischen Geist auf den neuen Orden und nannte ihn „Gesellschaft Jesu“, wie militärische Verbände der damaligen Zeit den Namen ihres Generals annahmen. Unter den Gelübden des Ordens ist das Gelübde des Gehorsams das wichtigste: absoluter, widerspruchsloser, blinder, unkritischer Gehorsam gegenüber den Befehlen der Gesellschaft, völliges Zurücktreten des eigenen Denkens und Urteilens und damit bedingungsloser Verzicht auf

die persönliche Freiheit. In einem Brief an seine Gefolgsleute in Coimbra schrieb Loyola, daß der Ordensgeneral, unabhängig von seiner persönlichen Weisheit, Frömmigkeit oder Verschwiegenheit, die Stelle Gottes einnehme; daß jeder Gehorsam, der nicht durch innere Zurückhaltung oder äußere Handlungen den Willen des Oberen zum eigenen Willen mache, schlaff und unzureichend sei; daß jedes Überschreiten eines Befehls, selbst wenn es, abstrakt gesehen, aus guten und lobenswerten Gründen geschehe, Ungehorsam darstelle; daß die „Opferung des Intellekts" der dritte und höchste Grad des Gehorsams und Gott wohlgefällig sei. In solchen Fällen ordnet also der Jesuit nicht nur seinen Willen dem des Vorgesetzten unter, sondern er denkt auch, was dieser denkt. Er unterwirft sich damit, soweit es seiner Willenskraft nur möglich ist, dem Urteil seiner Oberen.*

Das Gelübde der Jesuiten lautet:

„Ich verspreche dem allmächtigen Gott, vor seiner jungfräulichen Mutter und den ganzen himmlischen Heerscharen, und allen, die dabeistehen; sowie dir, ehrwürdiger Vater General der Gesellschaft Jesu, *der du Gottes Stelle einnimmst*, und deinen Nachfolgern ständige Armut, Barmherzigkeit und Gehorsam; in Übereinstimmung damit, widme ich meine besondere Aufmerksamkeit der Erziehung der Knaben im Sinn der Gebote, die in den apostolischen Schriften der Gesellschaft Jesu und in deren Konstitution niedergelegt sind."

In einer Bittschrift, die eine kleine Gruppe von ersten Jesuiten dem Papst vortrug, als es um die Bestimmungen zur Wahl des Ordensgenerals ging, hieß es:

„Der General soll allen Ämtern und Ehren zu seinem eigenen Vergnügen entsagen und mit der Hilfe und dem Rat der Mitglieder die Bestimmungen der Konstitution festlegen; aber er allein soll in jedem Fall die Kommandogewalt haben und soll von allen so geehrt werden, als wäre Christus selbst in seiner Person anwesend."

„Denn an die Stelle jedes anderen Verhältnisses, jedes Antriebes, den die Welt zur Tätigkeit anbieten könnte, tritt in dieser Gesellschaft der Gehorsam: Gehorsam an sich, ohne alle Rücksicht, worauf er sich erstreckt ... Mit völliger Verleugnung alles eigenen Urteils, in blinder Unterwürfigkeit soll man sich von seinem Oberen regieren lassen, wie ein lebloses Ding, wie der Stab, der demjenigen, der ihn in seinen Händen hat, auf jede beliebige Weise dient."**

Auf diese Weise wurde der General ein absoluter Diktator, nur vergleichbar den Diktatoren des 20. Jahrhunderts. Die Macht, die ihm lebenslänglich zuteil wird, erlaubt es ihm, Tausende von Männern, die ihm widerspruchslosen Gehorsam schulden, zur Vollstreckung seines Willens einzusetzen. Es gab und gibt niemanden in der Welt, dem er über den Gebrauch dieser Macht rechenschaftspflichtig wäre.

* H. G. Wells, *Crux Ansata.*

** Ranke, *Geschichte der Päpste*, Vollständige Ausgabe, Wien, 1934, Seite 139/140.

„... (ihm) ist alle Gewalt übertragen, die zur Regierung der Gesellschaft nützlich sein möchte. Er hat Assistenten nach den verschiedenen Provinzen, die aber keine anderen Geschäfte verhandeln als die, welche er ihnen auftragen wird. Nach Gutdünken ernennt er die Vorsteher der Provinzen, Kollegien und Häuser, nimmt auf und entläßt, dispensiert und straft: Er hat eine Art von päpstlicher Gewalt im kleinen."*

So wurde die Gesellschaft Jesu eine Theokratie innerhalb einer Theokratie und ist es noch heute. Sie braucht eine straffe Organisation, um das Ziel zu erreichen, das sie sich gesteckt hat: Stärkung der kirchlichen Macht durch Jugenderziehung, Predigten und Missionsarbeit.

Die Jesuiten begannen ihre Arbeit damit, daß sie in verschiedenen Ländern Schulen gründeten. Als Ignatius von Loyola starb, gab es bereits zehn Schulen in Kastilien, je fünf in Aragonien und Andalusien und zahlreiche Besitzungen in Portugal. Über die portugiesischen Kolonien herrschten sie fast vollständig. Mitglieder ihres Ordens saßen in Brasilien, in Ostindien und in den Ländern zwischen Goa und Japan. Nach Abessinien wurde ein Provinziale entsandt. Außerdem hatten sie Besitzungen und Schulen in Italien, Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern.

Seitdem arbeiteten die Jesuiten jahrhundertelang in allen Ländern an der Festigung der religiösen und politischen Macht der katholischen Kirche und erreichten dabei einen außergewöhnlichen Grad von Vollkommenheit. Vor allem entwickelte sich ihre Fähigkeit, junge Männer für hohe Ämter in der katholischen Hierarchie oder in weltlichen Regierungen auszubilden. Ein jesuitischer Historiker *(Orlandini)* schrieb einmal:

„Die heute im Purpur der Hierarchie erstrahlen, saßen unlängst noch auf unseren Schulbänken; andere sind in den Regierungen von Staaten und Städten tätig."

Die fortwährende Heranbildung einer geistlichen und weltlichen Herrscherschicht verleitete die Jesuiten, sich ständig in politische Angelegenheiten einzumischen. Viele Herrscher und Regierungen, einschließlich der devotesten katholischen Könige und Länder, verfolgten daher immer wieder die Jesuiten, wiesen sie aus oder taten sie in Acht und Bann. Sogar der Papst war gezwungen, gegen die Jesuiten vorzugehen, weil der Orden sich dauernd durch politische Intrigen in die Angelegenheiten vieler europäischer Länder und der katholischen Kirche selbst einmischte.

So löste im Jahre 1773 Papst Clemens XIV. den Jesuitenorden auf, nachdem er sich jahrelang die Beschwerden der europäischen Souveräne und Regierungen über die Einmischung der Jesuiten in öffentliche Angelegenheiten und über die „Störung des öffentlichen Friedens" hatte anhören müssen.

* Ranke, ebenda, Seite 140.

1814 wurde der Orden bereits wieder zugelassen. Seitdem breitete er sich weiter über die ganze Erde aus. In einer Reihe von Ländern hat er nach wie vor eine Art Erziehungsmonopol und verfügt über hervorragende Schulen und Hochschulen. Dort findet man die Jesuiten überall: hinter den Kulissen der höheren Lehranstalten, der Presse, des Rundfunks, der politischen Parteien und der Regierungen. In den weiteren Kapiteln werden wir noch reichlich Gelegenheit haben, dies festzustellen.

Hat sich inzwischen an dem Geist, der Ignatius von Loyola bei der Gründung des Ordens bewegte, etwas geändert? Ist die unmenschliche Disziplin des Ordens lockerer geworden? Nein, beide sind heute so wie damals. Die Jesuiten sind nach wie vor beharrlich und unbeugsam in ihrem Streben, die katholische Kirche zu stärken. Ihre erstaunlichen Fähigkeiten und ihre mächtige Organisation in der ganzen Welt sind konsequenter denn je darauf gerichtet, dieses Ziel zu erreichen. Sie haben, ebenso wie die katholische Kirche selbst und viele religiöse Orden, die Erde in Provinzen eingeteilt. Jede Provinz wird von einem Provinzialen geleitet, der unmittelbar dem Höchsten General untersteht. Der Höchste General hat seinen Sitz in Rom und daher ständig engen Kontakt mit dem Papst. Das ist notwendig und verständlich, da die Gesellschaft Jesu ja ausdrücklich geschaffen worden ist, die religiöse und politische Macht des Papsttums zu verteidigen und zu stärken. Das Papsttum stützt sich auf eine gewaltige Armee, die sich aus der gesamten Hierarchie, den religiösen Orden und der Masse der Gläubigen zusammensetzt; aber die Jesuiten sind seine fanatischsten und klügsten Streiter, sie sind in der Tat die Sturmtruppen des Papstes.

Jeder Jesuit nimmt außer dem Gelübde des Gehorsams gegenüber den Oberen und den Gelübden der Armut und der Keuschheit ein noch wichtigeres Gelübde auf sich. Es lautet:

„... auszuführen, was immer der Papst von mir verlangen sollte, in alle Länder zu gehen, unter Türken, Heiden oder Häretiker, wo immer er mich auch hinsenden mag, ohne Widerstand oder Verzögerung, ohne Fragen, Bedingungen oder Belohnung."

Die Gesellschaft Jesu ist der mächtigste aller Orden. Seine Mitglieder setzen sich unablässig und fanatisch für die Erweiterung des päpstlichen Einflusses unter allen, auch den schwierigsten Umständen und an den einflußreichsten Stellen ein. Der Orden ist eine dynamische Maschinerie in den Händen des Papstes, eine machtvolle Theokratie zur Stärkung der noch machtvolleren Theokratie der katholischen Kirche.

Um ihren Einfluß auf die Gläubigen nicht zu verlieren, ist die katholische Kirche gezwungen, sich in ihren Organisationsformen den modernen Verhältnissen anzupassen. Allein mit den Jesuiten und den zahlreichen anderen rein religiösen Orden würde sie dieser Aufgabe nicht gerecht. Sie

hat daher im vergangenen Jahrhundert und in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts eine Reihe von Organisationen ins Leben gerufen, die sich vor allem mit Erziehungsfragen und sozialer Arbeit beschäftigen. Wir werden hier nur auf zwei von ihnen eingehen.

Die eine dieser Organisationen ist die der Salesianer – eine Gesellschaft, die größtenteils aus sogenannten Laienpriestern besteht. Sie wurde im vorigen Jahrhundert gegründet, befaßt sich mit der Leitung von Schulen und kümmert sich um das physische und geistige Wohl von Studenten und Arbeitern. Wir finden sie in vielen Ländern Europas und vor allem in Südamerika. Eine andere typische Organisation dieser Art ist die Gesellschaft des heiligen Paulus. Ihre Mitglieder, in der Mehrzahl Laien, tragen keinerlei äußere Zeichen. Sie hat, ähnlich ihrem älteren jesuitischen Gegenstück, vor allem eine politische Aufgabe, nämlich gegen sozialistische und kommunistische Einflüsse vor allem im sozialen Bereich und im Schulwesen zu kämpfen. Die Gesellschaft wurde 1920 vom Erzbischof von Mailand gegründet. Ihr können Priester und Laien – auch Frauen – angehören. Die Mitglieder der Gesellschaft des heiligen Paulus leben nicht gemeinsam, treffen sich aber regelmäßig zu Beratungen. Die ihr angehörenden Priester müssen ein Examen in kanonischem Recht, in Theologie oder in einer anderen wissenschaftlichen Disziplin abgelegt haben. Von den Laienmitgliedern wird ebenfalls Hochschulbildung verlangt, andernfalls müssen sie sich beim Eintritt in die Gesellschaft bestimmten Prüfungen unterziehen. Beim Eintritt dürfen die Mitglieder nicht älter als dreißig Jahre sein. Sie nehmen einfache Gelübde auf sich, die alljährlich erneuert werden, und werden angehalten, Studienbekanntschaften und freundschaftliche Bindungen zu pflegen und in möglichst engem Kontakt mit der Welt zu stehen.

Die Gesellschaft des heiligen Paulus unterhält Krankenhäuser, besitzt Druckereien, gibt eine Tageszeitung heraus, hat Missionen und Schulen und – eine Besonderheit – ein technisches Ausbildungszentrum. Außerhalb Italiens hat sie in Jerusalem, Buenos Aires und anderen größeren Städten Fuß gefaßt. In ihren Bildungsstätten erzieht sie vor allem junge Arbeiter im Geiste der katholischen Soziallehre und versucht auf diese Weise der sozialistischen Ideologie entgegenzuwirken. Dem gleichen Zweck dient ein sich ständig erweiterndes Netz von Ausbildungsstätten, Erholungsheimen, Bibliotheken, Sportvereinen usw.

Neben den religiösen und halbreligiösen Orden verfügt der Vatikan über eine Reihe von Organisationen, die entweder rein religiösen oder rein sozialen Charakter haben und nicht selten mehrere Millionen Mitglieder zählen.

Eine von ihnen ist das Apostolat des Gebetes, die Vereinigung vom Heiligen Herzen. Seit sie besteht, gibt jeder Papst ihr seinen Segen. Papst

Benedikt XV. erklärte, alle Katholiken sollten ihr angehören. Die Hauptaufgabe dieser Vereinigung ist, möglichst alle Katholiken in gemeinsamen und privaten Gebeten zu vereinen, um die Hilfe und den Schutz Gottes für die katholische Kirche, den Papst, die Ausbreitung des Katholizismus in der Welt und für einen universellen Frieden (worunter natürlich ein katholischer Friede zu verstehen ist) zu erbitten. Heute hat die Vereinigung mehr als 30 Millionen Mitglieder. Ihre Zeitung „Sendbote des göttlichen Herzens“ erscheint in vierzehn Sprachen.

In Großbritannien ist die Organisation „Schwert des Geistes“ tätig, die unmittelbar dem Kardinalerzbischof untersteht. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, katholische Anschauungen durch die Presse, durch Flugschriften und Bücher und mit Hilfe kultureller und sozialer Einrichtungen zu verbreiten.

Neben den eben genannten Organisationen bestehen zahlreiche ausgesprochene Laienvereinigungen, die, oberflächlich gesehen, nichts mit dem Vatikan zu tun haben und doch in sozialen, kulturellen und politischen Fragen von den Instruktionen aus Rom oder von der örtlichen Geistlichkeit abhängig sind. So gibt es in England das Nationalkomitee Katholischer Frauen, die Katholische Frauenvereinigung, das Nationale Katholische Jugendkomitee, die Katholische Gewerkschaftsvereinigung usw. Eine im zweiten Weltkrieg entstandene kulturelle Bewegung nennt sich *New Man Association* (Vereinigung des neuen Menschen). Solche Organisationen gibt es in großer Auswahl in allen europäischen und amerikanischen Ländern. In den USA ist die Vereinigung der Kolumbusritter *(Knights of Columbus)* die einflußreichste und reichste.

Die wichtigste dieser Neugründungen wurde vom Papst selbst ins Leben gerufen und bezieht auch ihre Instruktionen unmittelbar vom Vatikan. Sie nennt sich „Katholische Aktion“ oder „Katholische Gesellschaft“. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, in der modernen Gesellschaft katholische Ideen und Grundsätze auf dem Wege sozialer, kultureller und politischer Bemühungen zu verbreiten.

Die Katholische Aktion wurde vor allem gegründet, um der Kirche ein Instrument in die Hand zu geben, das, weniger kompromittiert als die alten katholischen Parteien, trotzdem fähig ist, das gesamte soziale und politische Geschehen unablässig mit katholischen Ideen zu durchsetzen. Eine solche Organisation vermag im sozialen und politischen Bereich unaufdringlich zu wirken und Ziele zu erreichen, die von den alten katholischen Parteien nicht verfochten werden konnten, weil sie auf Risiken und Verantwortlichkeiten Rücksicht nehmen mußten.

In der Zeit zwischen den beiden Kriegen opferte Papst Pius XI. im Hinblick auf diese Organisation viele katholische Parteien seinen politischen

Bestrebungen. Er schuf die Katholische Aktion als einheitliche Organisation, die die Geistlichkeit eng mit den Laien verbindet, und stattete sie mit allen Mitteln zur öffentlichen Arbeit aus, um ihr zu ermöglichen – über den Parteien stehend –, die religiösen Interessen, die katholische Erziehung, die katholischen Prinzipien usw. zu verteidigen. Die Katholische Aktion, erklärte der Papst, sei ihm so teuer wie sein Augapfel. Er brachte nicht nur vielen Regierungen ihre Existenz zur Kenntnis, sondern bestand auch darauf, daß das Wirken der Katholischen Aktion in allen Konkordaten diplomatisch anerkannt wurde.

Die Katholische Aktion ist auf allen Gebieten tätig, auf dem der Geistesarbeit ebenso wie auf dem der Handarbeit, auf sozialem ebenso wie auf kulturellem und politischem. Sie ist so organisiert, daß die Außenarbeit im wesentlichen von katholischen Laien geleistet wird, die sich in ständigem Kontakt mit der Geistlichkeit befinden. Diese Verbindung mit der Geistlichkeit (also mittelbar mit dem Vatikan) ist eines der Hauptanliegen der Katholischen Aktion:

„Die Geistlichkeit hat das Recht, Instruktionen zu erlassen und Direktiven zu erteilen. Die Katholische Aktion stellt all ihre Macht und all ihre Energien der Geistlichkeit zur Verfügung. Daher fordert sie völligen Gehorsam gegenüber den Direktiven der kirchlichen Autorität, da ja auch die weltliche Autorität von Gott stammt. Die Mitglieder der Katholischen Aktion sollten auch weltlichen Behörden die ihnen zustehende Achtung nicht versagen und deren legitime Vorschriften loyal und treulich erfüllen." *(Papst Pius XII., September 1940)*

Welche Ziele hat die Katholische Aktion?

„... in Übereinstimmung mit der Kirche eine heilige und barmherzige soziale Tätigkeit zu entfalten, das wahre katholische Leben zu beflügeln und, wo notwendig, wiederherzustellen, mit einem Wort, die Katholisierung oder Rekatholisierung der Welt."

Nach den Worten eines katholischen Geistlichen – Reverend R. A. Mac Gowan, stellvertretender Direktor der Nationalen Katholischen Wohltätigkeitskonferenz – befaßt sich die Katholische Aktion mit „Fragen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und der Wirtschaft, aber nur von ausgesprochenen religiösen und moralischen Gesichtspunkten aus, und nicht so, wie politische Parteien es tun".

Die offiziöse katholische Zeitung *„Commonweal"* (Gemeinwohl) formuliert die Ziele der Katholischen Aktion etwas offenherziger: „... das ganze religiöse, moralische, soziale und wirtschaftliche Denken sowie die Vorgänge des täglichen Lebens katholischen Maßstäben anzupassen, um das Königreich Christi zu vergrößern."

Es besteht kein Zweifel (und wird überdies auch in Erklärungen der Kirche zugegeben), daß die Katholische Aktion als mächtigste und modernste Waffe der katholischen Kirche dazu dient, die Gesellschaft nach katholischen

Grundsätzen zu formen. Wir haben es also hier mit dem klugen und tückischen Versuch zu tun, religiösen Glauben und religiöse Organisationen unter Vermeidung des offenen politischen Kampfes zur Erreichung bestimmter politischer Ziele auszunutzen, die ihrerseits wieder der Verbreitung religiöser Ideen dienen sollen.

So mischt sich die katholische Kirche mit Hilfe alter und neuer halbreligiöser Organisationen und Laienvereinigungen in politische Angelegenheiten ein. Sie kann, wenn sie ehrlich ist, nicht leugnen, daß sie sich mit den weltlichen Problemen der Menschen abgibt.

Wer nicht wahrhaben will, daß die katholische Kirche gezwungen ist, sich in politische Angelegenheiten zu mischen, sollte sich die Worte der Königin Katharina vor Augen halten, die einmal sagte, daß es zu gewissen Zeiten unmöglich sei, eine Grenze zwischen dem Weltlichen und dem Geistlichen zu finden. Der katholische Bürger ist verpflichtet, sich mit politischen Fragen zu befassen; Papst Pius XI., der Begründer der Katholischen Aktion, schreibt es ihm ausdrücklich vor: „Derselbe Mensch handelt, entsprechend seiner Aufgabe, einmal als Katholik und einmal als Staatsbürger." Sein tägliches Handeln läßt sich nicht in zwei wasserdicht verschlossene Behälter pressen. Ein amerikanischer katholischer Schriftssteller *(Seldes)* formulierte treffend:

> „Der Geist der Religion ist eine lebendige Kraft, die man nicht auf Flaschen züchten und mit säuberlichen Etiketten versehen kann ... Schließlich ist klar, daß die Organisation der Katholischen Aktion den Rahmen für die gewaltigste Maschinerie universeller Zentralisation abgibt, die man sich in unserer Zeit vorstellen kann."

Wenn der Leser gleichzeitig an all die anderen rein religiösen, halbreligiösen oder Laiengesellschaften und Vereinigungen denkt, wird er begreifen, welch gewaltiger Apparat der katholischen Kirche zur Verfügung steht, um alle Schichten der Gesellschaft zu durchdringen, die Lehren der Kirche zu verbreiten und sich auf diese Weise in der modernen Welt Autorität zu verschaffen.

Man kann diese Maschinerie technisch-administrativ durchaus mit dem Apparat moderner weltlicher Regierungen vergleichen. Und doch hinkt dieser Vergleich, denn die Kongregationen und Ministerien der Kirche sind das Resultat eines unermeßlichen und komplizierten Netzes spiritueller und materieller Interessen, sie erkennen in ihrer Tätigkeit keine Grenzen an, lenken ihre Aktionen in alle Kontinente und ordnen sich einem einzigen Willen unter – dem des Papstes.

Obwohl alle Kongregationen ihre Ressorts haben, kann ihre Arbeit anders aufgeteilt oder vereint werden, je nachdem, wie es die Pläne des Papstes fordern.

Wie wir bereits gesehen haben, kann der Papst, im Gegensatz zu jedem Premierminister, Präsidenten, König oder Diktator, einen unbegrenzten Druck auf jeden Sektor des Vatikanapparates ausüben. Kein Diktator hat jemals soviel Macht auf sich vereinigt wie der Papst. Es gibt keine Stelle, die ihn kontrollieren könnte; er braucht niemandem über seine Taten Rechenschaft abzulegen, nicht einmal dem Kardinalskollegium. Die gesamte komplizierte Maschinerie der katholischen Kirche, die bis in die letzten Winkel der Erde reicht, steht diesem einen Mann uneingeschränkt zur Verfügung – oder, genauer gesagt, zwei Männern: dem Papst und seinem Staatssekretär.

Wir haben gesehen, wie die Regierung der katholischen Kirche arbeitet, und wissen jetzt einiges über den ungeheuren Einfluß, den Kirche und Vatikan auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, wo immer Katholiken tätig sind, ausüben. Nun wollen wir uns damit befassen, wie die Päpste unserer Tage als Regenten der katholischen Kirche über die großen Fragen denken, die unsere Welt seit fünfzig Jahren erschüttern. Wenn wir die Grundsätze kennengelernt haben, von denen sich der Papst leiten läßt, wird es uns leichter sein, die Politik des Vatikans und sein Verhalten zu den brennenden Problemen zu beurteilen, die heute die Menschheit bewegen. Denn es hängt allein von der Einstellung des Papstes ab, ob der Vatikan sich mit der einen modernen Ideologie, mit der einen politischen Macht, mit der einen Nation befreundet und die andere bekämpft und welche Wege auf diese Weise die Politik des Vatikans in unserem Jahrhundert einschlägt.

KAPITEL VI Die grundlegenden Ursachen der Weltunruhe, wie die katholische Kirche sie sieht

Der Staat ignoriert die katholische Kirche – Alle Gewalt kommt von Gott und nicht vom Volk – Soziale Ungerechtigkeiten – Der Abgrund zwischen Religion und modernen Moralauffassungen – Die Mittel, mit denen die katholische Kirche die moderne Gesellschaft heilen will.

Die katholische Kirche versucht mit einer eigenen Theorie zu erklären, weshalb die Welt an den Punkt gelangt ist, an dem sie sich heute befindet; weshalb unsere Gesellschaft von sozialen und politischen Erschütterungen heimgesucht wird; weshalb, kurz gesagt, die Menschheit eine Krise durchlebt wie nie zuvor. Leider müssen wir uns darauf beschränken, mit einigen Sätzen die Ansichten der drei letzten Päpste zu untersuchen. Es wird uns hoffentlich trotzdem gelingen, klarzustellen, welche Ziele diese Päpste erstrebten. Dabei werden wir auch die grundsätzliche Haltung der katholischen Kirche zu den Problemen unseres Jahrhunderts erkennen.

Seit der Zeit Leos XIII. hat die katholische Kirche durch eine Reihe von Erklärungen bewiesen, daß sie eine konsequente Stellung zu allem bezieht, was sie als ihren Lehren widersprechend ansieht. Diese allgemeinen Gesichtspunkte sind das Fundament ihrer Politik und bestimmen ihr Herangehen an jedes besondere Problem. Eine nähere Betrachtung verdienen vor allem die Antrittsenzykliken der drei Päpste, die in dieser kritischen Zeit Lenker der katholischen Kirche und daher mehr als jeder andere in der Lage waren, die Kirche und folglich den Vatikan mit dem Geist dieser Deklarationen zu erfüllen. Jeder der drei Päpste entwickelte in seiner Antrittsenzyklika die allgemeinen Prinzipien, die er sich als Oberhaupt der Kirche zum Programm gemacht hatte, und schlug gleichzeitig die Mittel vor, die seiner Ansicht nach die Übel der modernen Gesellschaft heilen konnten.

Leo XIII. war der erste Papst, der sich mit den sozialen und politischen Problemen befassen mußte, die für unser Jahrhundert charakteristisch sind. Er kämpfte, obwohl er in mancher Hinsicht sehr liberal gesinnt war, sein ganzes Leben lang rastlos gegen den Säkularismus, gegen diese „Geißel des Jahrhunderts", wie er sich ausdrückte. Hauptziel des Säkularismus war, Kirche und Staat strikt voneinander zu trennen und die Religion von allen nicht reinreligiösen Angelegenheiten fernzuhalten. Die Deklarationen, die Leo XIII. herausgab, sind, selbst wenn sie lediglich allgemeine Grundsätze behandeln, sehr bemerkenswert. Sie dienten auch seinen Nachfolgern als Richtschnur und bestimmten daher wesentlich die Politik des Vatikans im 20. Jahrhundert.

Papst Leo XIII. legte seine Gedanken über die katholische Kirche und die Gesellschaft in seiner ersten Verlautbarung, der Enzyklika *Inscrutabili* vom 21. April 1878, nieder. In ihr zeichnete er ein sorgfältiges Bild der damaligen Weltlage und befaßte sich dann mit den Folgen, die sich in der Praxis aus dem Prinzip des Säkularstaates ergeben hätten. Nicht nur die Gesellschaft, sondern auch der Staat und das Individuum seien durch das Prinzip des Säkularstaates bedroht, sagte Leo XIII. Die neumodischen Lehren – Säkularismus und Liberalismus – hätten die fundamentalen Wahrheiten, auf denen die Gesellschaft beruhe, gestürzt und die Herzen der Individuen mit einer allgemeinen Krankheit infiziert. Die Menschen seien dadurch jeder Autorität überdrüssig geworden und stritten sich von Tag zu Tag mehr über politische und soziale Probleme. Das führe zwangsläufig zu Revolutionen.

Die neuen, vor allem gegen das Christentum und die katholische Kirche gerichteten Theorien seien schuld, daß es zu Handlungen gegen die Autorität der katholischen Kirche gekommen sei. Eine solche Handlung sei in einer Reihe von Ländern der Erlaß von Gesetzen, die an den Fundamenten der katholischen Kirche rüttelten. Eine solche Handlung sei die allgemeine Gewährung der Freiheit, Anschauungen zu verkünden, die eine Einschränkung der kirchlichen Rechte auf die Ausbildung und Erziehung der Jugend fordern. Eine solche Handlung sei der Raub der weltlichen Besitztümer des Papstes und schließlich die systematische Schmälerung der päpstlichen und kirchlichen Autorität, jener „Quelle des Fortschritts".

„Wer könnte der katholischen Kirche das Verdienst abstreiten", sagte Papst Leo XIII., „den in Unwissenheit und Aberglauben befangenen Menschen die Wahrheit gebracht zu haben ...? Wenn wir die Zeiten, in denen die Kirche von allen als Mutter geachtet wurde, mit unserer Zeit vergleichen, muß sich dann nicht jedem die Erkenntnis aufdrängen, daß unser Zeitalter auf einer Straße dahinrast, die geradenwegs in die Zerstörung führt?" Das Papsttum, verkündete Leo XIII., sei der eigentliche Beschützer und Hüter der Zivilisation. „Es gereicht den Päpsten in Wahrheit zum Ruhm, daß sie immer die Verpflichtung in sich spürten, ein Bollwerk gegen einen Rückfall der menschlichen Gesellschaft in den früheren Aberglauben und in die frühere Barbarei zu sein." Hätte man die „heilsame Autorität" des Papstes höher geachtet, wären der Welt zahllose Revolutionen und Kriege erspart geblieben; die weltliche Macht hätte dann nicht „ihren ehrwürdigen und geheiligten Glanz verloren, das reine Geschenk der Religion, die allein die Menschheit den Zustand der Unterordnung als edel und achtbar empfinden läßt".

Leo XIII. gab den Gläubigen zu verstehen, wie sie den Feinden der Kirche entgegenzuwirken hätten:

1. Jeder Katholik hat sich den Lehren des Heiligen Stuhles zu unterwerfen.
2. Die Erziehung muß katholisch sein.
3. Jeder Katholik hat den Richtlinien der Kirche über die Familie und die Eheschließung Folge zu leisten.

Die Kinder sollten so früh wie möglich in den Lehren der katholischen Kirche unterwiesen werden, und die Kirche sollte nicht allein darauf achten, daß „die Erziehungsmethoden solide sind . . ., sondern vor allem darauf . . ., daß die Erziehung in voller Übereinstimmung mit dem katholischen Glauben erfolgt".

Die Erziehung habe in der Familie zu beginnen, die, um einer solchen Pflicht nachkommen zu können, katholisch sein müsse. Es genüge nicht, wenn ein Elternteil katholisch sei, beide müßten ihre Vereinigung unter dem Sakrament der Ehe vollzogen haben. Die Kinder bedürften einer „christlichen Familienerziehung", diese sei aber unmöglich, wenn die Gebote der Kirche mißachtet würden, wie es zum Beispiel durch die Gesetze des Säkularstaates geschehe.

Der Papst wies also die Gläubigen nicht nur an, der katholischen Kirche in Glaubensdingen zu gehorchen, sondern erteilte ihnen zugleich Ratschläge in sozialen und politischen Fragen. Leo XIII. erließ während seiner Amtszeit (1878–1903) zahlreiche Enzykliken, in denen er immer wieder den Säkularstaat und die Häresie des Liberalismus und des Sozialismus verdammte. Er verlangte von den Gläubigen, daß sie diese der Kirche feindlichen Ideologien in deren eigenem Bereich, das heißt in der sozialen und politischen Sphäre, bekämpften, indem sie sich zu katholischen Gewerkschaften zusammenschlössen und katholische Parteien gründeten. Diese von Leo XIII. verkündeten Lehren bestimmten die Politik des Vatikans in der Zeit vor der Jahrhundertwende, also in dem geschichtlichen Zeitabschnitt, in dem sich die von der Kirche verurteilte Staatsform in ganz Europa durchsetzte.

36 Jahre nach der Antrittsenzyklika Leos XIII. brach der erste Weltkrieg aus. Der neue Papst, Benedikt XV., verurteilte in seiner Enzyklika *Ad Beatissimi* vom 1. November 1914 die Erscheinungen, die seiner Meinung nach die Feindseligkeiten und Erschütterungen der westlichen Welt verursacht hatten. Der Krieg sei nicht nur auf die Tatsache zurückzuführen, erklärte er, daß „die Vorschriften und Praktiken christlicher Weisheit beim Regieren nicht mehr beachtet werden", sondern ebensosehr auf den allgemeinen Verlust an Autorität. „Es gibt seit längerem keinerlei Respekt mehr vor der Autorität der Regierenden . . . Die Bande der Pflicht, die den Untertan an jegliche Autorität über ihm fesseln sollen, sind so schwach geworden, daß es aussieht, als wären sie völlig verschwunden." Dies sei eine Folge der modernen Lehre vom Ursprung der staatlichen Gewalt. Was ist der Inhalt

dieser Lehre? fragt Benedikt XV. Der Inhalt sei die falsche Auffassung, daß die Autorität ihren Ursprung im *freien Willen der Menschen habe und nicht von Gott sei*. Die Illusion, daß die Menschen die Quelle der Macht seien, führe zu dem unbegrenzten Streben der Massen nach Unabhängigkeit. Dieser Geist der Unabhängigkeit habe selbst das häusliche und familiäre Leben ergriffen. Sogar in kirchlichen Kreisen sei dieses Laster zu finden. Daraus entstehe jene weitverbreitete Verachtung aller Gesetze und Autoritäten, entständen die Rebellionen derer, die dazu bestimmt seien, regiert zu werden, entstehe die Kritik an der Ordnung und das Verbrechen am Eigentum durch jene, die behaupten, es binde sie kein Gesetz. Die Völker sollten deshalb zu den alten Lehren zurückfinden, und der Papst, „dem von Gott aufgetragen ist, die Wahrheit zu verkünden", sei verpflichtet, die Völker der Welt daran zu erinnern, „daß jegliche Gewalt von Gott ist und daß die bestehenden Gewalten von Gott auserwählt" seien. Da alle Gewalt von Gott stamme, seien alle Katholiken ihren weltlichen Gewalten Gehorsam schuldig. Diesen Gewalten, seien sie weltlicher oder religiöser Art, müsse jeder gewissenhaft gehorchen, und dieser Gehorsam müsse aus dem Gewissen kommen. Es gebe nur eine Ausnahme, und zwar, wenn die Autorität gegen die Gesetze Gottes und seiner Kirche mißbraucht werde; in allen anderen Fällen habe jeder Katholik, einschließlich des Papstes, blind zu gehorchen, denn „wer die Gewalt hat, der hat sie von Gott, und jene, die ihm zuwiderhandeln, überantworten sich selbst der Verdammnis".

Benedikt XV. deutete also an, daß die Regierenden, falls sie Disziplin, Gehorsam und Ordnung wünschten, die Lehren der katholischen Kirche beherzigen sollten. Es sei närrisch, behauptete er, ohne die Lehren der Kirche regieren oder die Jugend nach anderen Richtlinien als denen der katholischen Kirche erziehen zu wollen. „Traurige Erfahrungen beweisen, daß die menschliche Autorität versagt, wenn die Religion beiseite geschoben wird." Deshalb sollten die regierenden Mächte die Autorität Gottes und seiner Kirche mehren und bewahren; anderenfalls würden die Völker die Autorität der Herrschenden nicht achten. Die menschliche Gesellschaft, so fuhr der Papst fort, werde durch zwei Faktoren zusammengehalten – durch die gegenseitige Liebe und durch die bindende Anerkennung der über allen stehenden Autorität. Diese Quellen seien versiegt. Deshalb sei die Bevölkerung jeder Nation in zwei Lager gespalten, „als handele es sich um feindliche Armeen, die sich unablässig und bitter bekämpfen: auf der einen Seite die Eigentümer, auf der anderen Seite das Proletariat, die Arbeiter".

Das Proletariat solle sich nicht von Gefühlen das Hasses leiten lassen und die Wohlhabenden nicht beneiden, sagte der Papst, sonst würde es eine leichte Beute der Agitatoren. Denn „die Tatsache, daß die Menschen von Natur gleich sind, bedeutet nicht, daß sie alle den gleichen Rang in der

Gesellschaft einnehmen müssen". Die Armen sollten nicht auf die Reichen schauen und sich gegen sie erheben, als wären die Reichen Diebe; wenn die Armen dies täten, wären sie ungerecht und unbarmherzig, nicht zu reden von der Unvernunft, die aus solchem Verhalten spräche. Die Folgen des Klassenhasses seien schrecklich, und Streiks könne man nur bedauern, da sie das gesamte nationale Leben desorganisierten. Die Irrtümer des Sozialismus habe schon Papst Leo XIII. aufgedeckt. Die Bischöfe sollten darauf achten, daß die Gläubigen niemals die päpstliche Verurteilung dieser Ideen vergäßen. Sie sollten brüderliche Liebe predigen. Diese Liebe könne zwar niemals „die unterschiedlichen Bedingungen und damit die Klassen beseitigen, aber sie kann zuwege bringen, daß jene, die höhere Positionen einnehmen, sich in gewisser Weise zu denen in niedrigeren Positionen herablassen und sie nicht nur gerecht ..., sondern auch freundlich und in einem geduldigen und freundlichen Geist behandeln. Die Armen werden dann am Reichtum der Reichen Freude haben und sich vertrauensvoll auf ihre Hilfe verlassen."

Die Menschheit habe den Glauben an das künftige Leben verloren und betrachte das irdische Dasein als einzigen Grund ihrer Existenz. Eine verdorbene Presse, gottlose Schulen und andere Einflüsse seien schuld an diesem „äußerst schädlichen Irrtum". Die Armen, die solche Lehren vertreten, wünschten Reichtum; da jedoch der Reichtum nicht gleichmäßig verteilt sei und der Staat der Wegnahme des Reichtums Grenzen setze, haßten sie den Staat. „Auf diese Weise nimmt der Kampf einer Klasse von Staatsbürgern gegen eine andere seinen Fortgang, wobei der eine Teil mit allen Mitteln zu bekommen versucht und sich nehmen will, was er wünscht, während der andere darauf besteht, zu behalten und zu vermehren, was er besitzt."

Warum befaßte sich die katholische Kirche in dieser Situation so eingehend mit der Frage der Autorität und der Frage des Klassenkampfes? Weil die sozialen Unruhen, die unmittelbar dem ersten Weltkrieg folgten, zu dieser Zeit bereits zu erkennen waren. Der Vatikan befürchtete Schlimmes und unternahm erste, vorbeugende Schritte.

Die Ratschläge, die der Papst jedem einzelnen Katholiken und den Nationen im ganzen erteilte, verhallten nicht ungehört. In dem Jahrzehnt nach dem ersten Weltkrieg zeigte es sich, daß solche Parolen wie Stärkung der Autorität, Notwendigkeit blinden Gehorsams und Kampf gegen alle Klassenkampftheorien die Richtschnur des faschistischen Totalitarismus wurden.

Der erste Weltkrieg hinterließ viel Not und Leid, vor allem auf sozialem und politischem Gebiet. Einander bekämpfende soziale Lehren und politische Systeme, die in der Mehrzahl von der katholischen Kirche seit eh und je verdammt worden waren, zerrissen die Gesellschaft, wie Benedikt XV.

befürchtet hatte. Die Ereignisse in Rußland waren ein Fanal für die europäischen Völker, die sich nach der Revolution sehnten.

Die damaligen sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Bewegungen strebten nicht nur danach, das wirtschaftliche und soziale Leben zu verändern, sondern hatten auch der Religion und vor allem der katholischen Kirche den schärfsten Kampf angesagt. Der Sozialismus, der bis dahin nur theoretisch existiert hatte, wurde nun eine reale und drängende Gefahr für den Vatikan. Die katholische Kirche berief sich auf die Erklärungen, die Papst Benedikt XV. abgegeben hatte, und erhob Anklage gegen die Kräfte, die nach ihrer Meinung an der fürchterlichen Unruhe in der Welt schuld waren.

Im Jahre 1922 wurde Pius XI. zum Papst gewählt. In seiner Antrittsenzyklika *(Ubi Arcana Dei)* legte er nicht nur die Stellung der katholischen Kirche zu den sozialen und politischen Problemen dar, sondern verurteilte auch die Demokratie und kam damit den faschistischen und nazistischen Diktatoren zuvor.

Die Enzyklika Pius' XI. beschäftigte sich mit den Folgen des Krieges und stellte fest, daß nirgends Friede sei, weder zwischen den Staaten noch zwischen den Menschen, noch in der Familie. Sie führte die Weltunruhe darauf zurück, daß Gott bei den öffentlichen Angelegenheiten, bei der Eheschließung und der Erziehung ausgeschaltet sei. Kriege würden sich wiederholen, bis die Menschheit den „Frieden Christi" teile. Wenn der Friede erhalten werden solle, sei die katholische Kirche unentbehrlich. Zu den sozialen und politischen Fragen erklärte Pius XI., es gebe überall einen „Krieg der Klassen", überall herrsche Zank und Streit zwischen den Parteien, die nicht das öffentliche Wohl im Auge hätten. Komplotte, Attentate auf die Herrschenden, Streiks, Aussperrungen und Aufruhr seien an der Tagesordnung. Die modernen Lehren hätten die Familienbande gelockert, hätten als Folge des Krieges eine Unrast des Geistes hervorgerufen und die Autorität in einem Maße untergraben, daß Gehorsam nur noch als Unterwerfung unter ein fürchterliches Joch aufgefaßt würde. Die Menschen wünschten, sowenig wie möglich zu arbeiten, und erklärten zugleich ihre Herren und Meister zu ihren Feinden. Die Anzahl der Bedürftigen wachse ständig und bilde ein Reservoir, aus dem künftige Revolutionen ihre Armeen aufstellen könnten.

Der Papst erklärte, es müsse, wenn auch die katholische Kirche zu Staatsformen im allgemeinen nicht Stellung nehme, doch bemerkt werden, daß die Demokratie mehr als jede andere Staatsform den Wechselfällen des Schicksals ausgeliefert sei. Die Demokratie, so versicherte Pius XI., trage die Schuld an dem Chaos, das über die Menschheit gekommen sei, weil in ihr zuviel Freiheit herrsche und der Wille des Volkes als oberstes Gesetz angesehen werde; je demokratischer ein Land sei, desto chaotischer sei der Zustand seines nationalen Lebens.

Diese Verurteilung der Demokratie war außerordentlich bedeutsam, denn sie erfolgte zu einer Zeit, als sich die faschistischen Lehren in Italien und auch sonst in Europa auszubreiten begannen. Wir werden später sehen, daß sich die Verurteilung der Demokratie durch den Papst keineswegs auf das theoretische Gebiet beschränkte, sondern in die Sphäre der Politik übergriff und damit für die tragischen Folgen mitverantwortlich wurde, die wir alle erlebten.

Die Enzyklika Pius' XI. sprach im weiteren darüber, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln die Gesellschaft des 20. Jahrhunderts zu kurieren wäre. Jedes Individuum, so dekretierte sie, solle seiner Gehorsamspflicht nachkommen, den von Gott bestimmten Aufbau der gesellschaftlichen Ordnung respektieren und vor allem der katholischen Kirche, jenem Lehrmeister, „unfähig des Irrtums“, in Demut folgen. Nur die katholische Kirche könne Frieden und Ordnung bringen, denn sie allein lehre in göttlichem Auftrag und kraft göttlichen Befehls. Die Individuen hätten ebenso wie die Staaten die göttlichen Gesetze zu befolgen; die katholische Kirche sei „die einzige, und vor allem die einzige von Gott berufene Hüterin und Verkünderin der offenbarten Wahrheiten“. Deshalb könne die Gesellschaft eine Lösung ihrer Schwierigkeiten nur finden, wenn sie den Lehren der katholischen Kirche folge. Aus demselben Grunde sei es auch ein nutzloses Unterfangen, einen Völkerbund zu gründen, ohne dabei die katholische Kirche zu konsultieren. Wenn man wünsche, daß eine solche Organisation das gesteckte Ziel erreiche, müsse man sie nach dem Vorbild der katholischen Kirche aufbauen, die bereits im Mittelalter als internationale Institution große Erfahrungen gesammelt habe. Nur die katholische Kirche sei fähig, die Heiligkeit der internationalen Gesetze zu schützen, denn sie stehe, wenn sie auch in allen Nationen verwurzelt sei, doch über den Nationen.

Die Menschen sollten sich bei der katholischen Kirche nicht nur in geistigen, sondern auch in sozialen Angelegenheiten Rat und Hilfe holen und niemals vergessen, daß es ihnen verboten sei, gewissen sozialen Lehren zu folgen, die nicht die Zustimmung der katholischen Kirche finden, nämlich dem Liberalismus, dem Modernismus, dem Sozialismus usw. Leider gebe es noch viele, die sich verleiten ließen, soziale Angelegenheiten zu liberal zu beurteilen. „In ihren Worten und Schriften und im ganzen Tenor ihres Lebens benehmen sie sich, als seien die Lehren und Befehle, die von den Päpsten ergangen sind ..., völlig veraltet ... Darin erblicken Wir eine Abart des moralischen Modernismus in Fragen der Autorität und der sozialen Ordnung, die Wir ... ebenfalls ausdrücklich verurteilen.“

Papst Pius XI., dessen Amtszeit (1922–1939) in eine der schicksalsschwersten Perioden der neueren Geschichte fiel, war ein Mann der Tat. Die katholische Kirche wurde in steigendem Maße von den Entscheidungen des

Papstes abhängig. Er legte nicht nur Wert darauf, das auszuführen, was seine Vorgänger gepredigt hatten, sondern hatte auch außergewöhnlich feste eigene Ansichten über die Stellung der katholischen Kirche zu den sozialen und politischen Problemen der Zeit.

Pius XI. war „voll Verachtung für die demokratischen Institutionen", was seine erste Enzyklika sehr deutlich zeigte. Er war mit großem Erfolg bestrebt, den Geist der katholischen Kirche zu festigen und die Politik des Vatikans völlig dem Prinzip der Feindschaft gegen die großen und modernen sozialen und politischen Strömungen unterzuordnen. Seine auf weite Sicht geplante Politik hinsichtlich dieser Strömungen beruhte auf dem Grundsatz, die Autorität des Staates zu heben und der katholischen Kirche das Recht zu sichern, in der modernen Gesellschaft eine gewichtigere Rolle zu spielen als bisher. Die Kirche sah es als ihre Pflicht an, der Jugend eine religiöse Erziehung angedeihen zu lassen, die Heiligkeit der Familie zu schützen und dafür zu sorgen, daß der Säkularismus in Acht und Bann getan, der Sozialismus vernichtet, die Ehescheidung verboten und die Demokratie verurteilt würde.

Die päpstlichen Bemühungen, diese Grundsätze zu verwirklichen, brachten die katholische Kirche bald mit Bewegungen in Berührung, die keinerlei Beziehungen zur Religion hatten, aber den Haß des Vatikans gegen bestimmte soziale und politische Tendenzen im gesellschaftlichen Leben teilten. Gemeinsamer Haß gab ihnen ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Plattform. So nahm der Vatikan Schulter an Schulter mit dieser Bewegung den Kampf gegen seinen vermeintlichen Feind auf. Wer war der Hauptverantwortliche für diese Allianz? Weshalb ließ sich der Vatikan auf eine solche Politik ein?

KAPITEL VII Die Politik des Vatikans zwischen den Weltkriegen

Die katholische Kirche und die sozialistische Ideologie – Die katholische Kirche am Ende des ersten Weltkrieges. Ihre Allianz mit den konterrevolutionären Kräften. Der italienische Faschismus – Die neue Politik des Vatikans – Die Auflösung der katholischen Parteien – Die Allianz der katholischen Kirche mit den faschistischen Diktaturen.

Die sozialen und politischen Ideologien und Systeme, die der Vatikan während des vergangenen und zu Beginn unseres Jahrhunderts bekämpfte, wurden mit einem Schlag harmlose Gegner der Kirche, als der Sozialismus in seiner vollen Gestalt und als staatliche Realität vor ihr aufstand.

Im 19. Jahrhundert dominierte der Liberalismus. Er hatte den Säkularismus, die Freiheit der Gesellschaft und des Staates von den Einmischungen der Kirche, gefordert. Im zwanzigsten Jahrhundert wurde der Liberalismus durch eine Ideologie verdrängt, die bisher keine ernsthafte Gefahr für die religiösen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen nach Meinung der katholischen Kirche die Gesellschaft beruht, dargestellt hatte. Diese Ideologie propagierte die soziale, wirtschaftliche und politische Revolution. Sie war seit ihrer Entstehung mehr als einmal von der Kirche verdammt worden – eine Verdammung jedoch, die selten über die theoretische und religiöse Sphäre hinausdrang. Der Sozialismus in seinen verschiedenen Schattierungen war, auch nachdem er in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in bestimmten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bewegungen Gestalt angenommen hatte, ein relativ schwacher und vor allem nur theoretischer Feind geblieben. Er schien die Grundlagen der Gesellschaft nicht ernstlich zu bedrohen.

In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts erklärte die katholische Kirche, nachdem sie zuvor die sozialistische Theorie und alle ihre Forderungen verdammt hatte, daß der gute Katholik keine Verbindung mit dem Sozialismus haben dürfe. Die theoretische Verurteilung des Sozialismus wurde zur praktischen Zurückweisung, als die Sozialisten begannen, die Arbeiterklasse zu organisieren und Ziele zu verkünden, die eine offene Herausforderung der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung waren.

Seit Leo XIII. hatte die Kirche wiederholt die sozialistische Lehre offen und scharf verurteilt. Jetzt versuchte sie, als Gegengewicht kirchliche Arbeiterorganisationen ins Leben zu rufen, gab aber bereits zu Beginn des ersten Weltkrieges diese Zielsetzung auf. Es hatte sich rasch herausgestellt, daß diese Maßnahmen nicht geeignet waren, die sozialistische Bewegung aufzuhalten. Aber die katholische Kirche ließ sich dadurch nicht in

Verwirrung bringen, sie besaß großes Selbstvertrauen, denn ihre Politik stützte sich weniger auf die katholische Arbeiterbewegung als vielmehr auf die religiösen und politischen Organisationen, die ihre Kämpfe an der Quelle der politischen Macht, zumeist innerhalb der Regierungen selbst, austrugen.

Neben den katholischen Parteien verfügte die Kirche über eine einflußreiche katholische Presse und über starke Verbündete in den Schichten, deren Interessen die Beibehaltung des sozialen und wirtschaftlichen *Status quo* verlangten. Zu diesen konservativen Elementen gehörten die Großgrundbesitzer und die Herren der riesigen Industriekonzerne. Sie alle sahen in der katholischen Kirche ihren natürlichen Verbündeten, und die Kirche wußte sie zu schätzen als zuverlässige Streiter gegen jede ernsthafte Bedrohung durch den Sozialismus.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges änderte sich die Lage gründlich. Millionen Menschen wurden plötzlich aus ihrer verhältnismäßig friedlichen Umwelt gerissen und in die Schützengräben oder Munitionsfabriken gesteckt. Das Leben, das sie bislang geführt hatten, zerfiel immer mehr unter der verheerenden Einwirkung des Krieges. Die moralischen Werte religiöser, sozialer und politischer Art gerieten ins Wanken. Die sozialistische Ideologie erfaßte die breiten Massen.

In Rußland kam es 1917 zur sozialistischen Revolution, die bolschewistische Partei übernahm die Regierung. Ein Jahr später endete der erste Weltkrieg. Er hatte Vertreibungen zur Folge, Massenarbeitslosigkeit, Verwirrung und Desillusionierung. Die sozialistischen Lehren fanden daher breiten Widerhall, sie wurden von vielen als ein Programm begrüßt, mit dem man eine bessere soziale und wirtschaftliche Ordnung errichten konnte. Streiks legten ganze Industriezweige, ganze Städte und Wirtschaften lahm. Die Arbeiter besetzten die Fabriken und wählten Arbeiterräte zur Leitung dieser Unternehmen. Die Landarbeiter ergriffen Besitz von den Ländereien der Gutsherren. Die Vertreter der Staatsmacht wurden überwältigt und abgesetzt. In mehreren Ländern begann man den theoretischen Plan der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen.

Wo stand die katholische Kirche in diesem Kampf? Sie war wegen ihrer ständigen Angriffe auf die sozialistische Ideologie und ihre Träger und wegen ihrer engen Verbindungen mit den natürlichen Feinden der sozialistischen Gesellschaft – den Großgrundbesitzern, den Industrieherren und allen anderen konservativen Schichten der Gesellschaft – eines der Hauptangriffsziele der revolutionären Bewegung. Die Kommunisten forderten die Enteignung der Kirche, ihre Trennung von der Schule und die Einstellung aller Zahlungen des Staates an die Kirche. Im übrigen würde die weltanschauliche Propaganda schon dafür sorgen, daß die neue Gesellschaft die Religion überwände. Die Blicke auf das große Vorbild, Sowjetrußland,

gerichtet, ließen sie diesen Worten Taten folgen. So wurde selbst dem kurzsichtigsten Kardinal im Vatikan sehr rasch klar, daß alle Säkularisationsbestrebungen der Vergangenheit harmlos waren im Vergleich zu der Säkularisation, die sich die Kommunisten vorgenommen hatten. Alle Elemente, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlten, leiteten inzwischen mit Hilfe der verschiedensten sozialen, politischen und nationalistischen Bewegungen eine Gegenoffensive ein. Sie bildeten militaristische Gruppen und begannen die revolutionäre Bewegung mit blutigem Terror zu unterdrücken. Auf diese Weise gelang es der Gegenrevolution, dank ihrer besseren Organisiertheit, dank der Uneinigkeit im Lager ihrer Feinde und dank der Tatsache, daß weite Kreise der Bevölkerung der ständigen Streiks und Kämpfe müde wurden, das Vordringen des Sozialismus vorerst aufzuhalten und ihn an einigen Stellen sogar zurückzuschlagen.

Der Vatikan begrüßte jede antisozialistische Bewegung mit großer Sympathie und unterstützte sie, wo immer er konnte. Bald aber kam es zu einem sich immer mehr zuspitzenden Konflikt in der Kirchenführung über die Politik gegen die „Roten".

Der Konflikt entzündete sich an der Frage, ob man die Gewaltmaßnahmen der neuen antisozialistischen Bewegungen aktiv unterstützen solle oder nicht. Von diesen Gewaltmaßnahmen versprach man sich nicht nur die Vernichtung des Kommunismus, sondern auch die Wiederherstellung der alten Ordnung und eine Kontrolle über alle Individuen und Gruppen, die der Gesellschaft gefährlich werden könnten. Die andere Möglichkeit war, die „rote Gefahr" so zu bekämpfen, wie die Kirche vor dem Krieg den Liberalismus und den Säkularismus bekämpft hatte, nämlich auf legalem Weg, das heißt in der Arena des sozialen und politischen Kampfes mit Hilfe neuer Arbeiter- und Bauernorganisationen und politischer Parteien.

Die eine Gruppe bestand darauf, daß rücksichtslose Gewalt das einzige Mittel sei, mit dem die Feinde der Kirche – vor allem die Kommunisten – erfolgreich bekämpft werden könnten. Bannflüche, religiöse oder soziale Organisationen und selbst mächtige katholische Parteien seien zu schwach, seit sich „die katholische Kirche der gewalttätigen Propaganda und den Methoden der Roten" gegenübersehe. Die Kirche könne jedoch nicht öffentlich zu Mord und Gewalttat aufrufen, denn immer, wenn dergleichen geschehen sei – Mitglieder katholischer Parteien hatten es anläßlich einiger von Sozialisten organisierter Streiks versucht –, habe es lediglich zu vermehrtem Haß gegen die Kirche geführt. Der Kirche bliebe also nur der Weg, eine neue Politik zu beginnen, eine Politik der engen Allianz mit jeder politisch erfolgversprechenden Bewegung, die die Vernichtung des Sozialismus, die Beibehaltung des *Status quo* und vor allem die privilegierte Stellung der katholischen Kirche garantieren könnte.

Dies sei dringender nötig denn je, unterstrichen die Anhänger dieser Theorie im Vatikan und beriefen sich auf die großen Verluste, die die katholische Kirche täglich erlitt; die Kirchenaustritte seien keine Einzelerscheinungen mehr, eine Massenapostasie habe eingesetzt. Einige dieser Abtrünnigen seien wohl den giftigen Lehren des Liberalismus und der säkularen Erziehung zum Opfer gefallen, aber der Sozialismus trage die Hauptschuld an diesen Massenaustritten. Überall dort, wo sich die Industrie und damit städtische Lebensformen breitgemacht hätten, verliere die Kirche unweigerlich Mitglieder, während die Roten dort ebenso unweigerlich gewännen.

Diese Verluste der Kirche hatten doppeltes Gewicht, denn ein Mensch erklärt seinen Austritt aus der Kirche nicht allein aus religiösen, sondern ebenso auch aus politischen und sozialen Motiven. Die Menschen, die der Kirche die Achtung versagten, schlossen sich in der Mehrzahl politischen Bewegungen an, die der Kirche feindlich gesinnt waren. Nach dem ersten Weltkrieg hatte die sozialistische und die kommunistische Bewegung den meisten Nutzen davon. Sehr bald war zu erkennen, daß die sozialistischen Wähler mit ziemlicher Sicherheit für die katholische Kirche verloren waren. Papst Pius XI. zog später daraus die Schlußfolgerungen und erklärte: „Kein Katholik kann Sozialist sein." (*Quadragesimo Anno*, 1931)

In Italien, einem katholischen Land, eroberten die Sozialisten unmittelbar nach dem Krieg 1 840 589 von insgesamt 3 500 000 Stimmen; 1926 errangen Liberale und Sozialisten zusammen 2 494 685 Stimmen. In Österreich erhielten im Jahre 1927 die Sozialisten 820 000 Stimmen und hatten allein in Wien einen Zuwachs von 120 000 Stimmen. In der Tschechoslowakei verlor die katholische Kirche bis 1930 1 900 000 Anhänger. In Deutschland entfielen 1932 auf Sozialisten und Kommunisten 13,2 Millionen Stimmen.

Diese schweren Verluste veranlaßten die katholische Kirche, jede Regierung zu unterstützen, die die Absicht zeigte, ihr Land aus einer Industriemacht in eine Agrarmacht zu verwandeln – das war übrigens auch der Grund, aus dem der Papst Pétain unterstützte –, denn Agrargemeinschaften hatten sich als konservativ und kirchentreu erwiesen.

In den unruhigen Jahren nach dem ersten Weltkrieg konnte sich der Vatikan nicht klar entscheiden, welche Politik er verfolgen sollte. Er arbeitete in zwei Richtungen und in beiden nur mit halber Kraft. In Italien erlaubte er zum Beispiel den Katholiken, eine starke katholische Partei mit progressivem und sozialem Aushängeschild ins Leben zu rufen, die bei manchen Anlässen auf die Maßnahmen ihrer Gegner mit Gewalt antwortete. Dieser Beschluß war von Benedikt XV. gefaßt worden, der liberale Neigungen zeigte.

Als Benedikt XV. starb, wurde das Steuer der Vatikanpolitik herumgeworfen. Der neue Papst entschloß sich, wenn auch anfänglich unter

Beachtung gewisser Vorsichtsmaßnahmen, zu einer Politik der Allianz mit den radikalen antibolschewistischen Kräften.

Das Jahr 1922, in dem Pius XI., ein Mann von autoritärer, kompromißfeindlicher und antidemokratischer Gesinnung zum Papst gewählt wurde, war ein schicksalsschweres Jahr nicht nur in der Geschichte der katholischen Kirche, sondern auch in der Geschichte Europas, ja der ganzen Welt. In diesem Jahr errang die erste faschistische, totalitäre Bewegung Europas, der italienische Faschismus, die Macht über eine moderne Nation. Seit dieser Zeit wurde die Politik des Vatikans immer zielstrebiger, seine Allianz mit den Mächten der Reaktion immer offensichtlicher. In ganz Europa, von Spanien bis Österreich, von Italien bis Polen, kamen mit legalen oder halblegalen Mitteln Diktaturen an die Macht, die häufig offen vom Vatikan unterstützt wurden. Nachdem der Vatikan einmal mit der alten Methode gebrochen hatte, ging er so weit, die Auflösung der großen katholischen Parteien zu befehlen, um die faschistischen Regime zu unterstützen und ihre Machtposition im Staat zu festigen.

Aber damit nicht genug. Bei mehr als einer Gelegenheit verkündete der Papst, der faschistische Diktator Mussolini sei „von der himmlischen Vorsehung gesandt“, und empfahl in der Enzyklika *Quadragesimo Anno* allen katholischen Ländern, die Form des faschistischen Ständestaates zu übernehmen.

Als die faschistischen Staaten ihre Aggressionen begannen, half ihnen die katholische Kirche offen und versteckt. Sie hielt die Katholiken der betreffenden Länder an, die Aggressoren zu unterstützen, oder setzte diplomatische Mittel ein, wie im Fall des Abessinienkrieges (1935–36) und im Fall der Annexion Österreichs (1938) und der Tschechoslowakei (1939).

Was erhielt die katholische Kirche als Gegenleistung? Sie erhielt, was sie erwartet hatte, als sie mit den radikalsten reaktionären Bewegungen ein Bündnis einging: die brutale Verfolgung all der Feinde, die sie so oft im Lauf der letzten hundert Jahre verdammt hatte – nicht nur des Sozialismus und des Kommunismus, sondern auch des Liberalismus, der Demokratie und des Säkularismus. Die Gewerkschaften und alle sozialen, kulturellen und politischen Organisationen, die unter dem Einfluß von Kommunisten, Sozialisten, bürgerlichen Demokraten oder Liberalen standen, wurden zertreten, alle politischen Parteien verboten. Die Presse, der Film, das Theater und alle anderen kulturellen Institutionen wurden unter die Kontrolle der faschistischen Partei gestellt. Die Bevölkerung wurde aller demokratischen Rechte beraubt.

Der Geist und die Maschinerie der faschistischen Diktatur hatten ihr Vorbild im Geist und in der Maschinerie der katholischen Kirche. Es gab nur eine Partei, sie allein besaß die politische Wahrheit. Es gab nur einen

Führer, er machte alles richtig und war niemandem rechenschaftspflichtig. Das Volk hatte ihm blind zu gehorchen, seine Befehle durften nicht diskutiert werden. Die Bevölkerung hatte zu denken, was der Führer ihr zu denken befahl, sie hatte die Sendungen zu hören und die Zeitungen und Bücher zu lesen, die er für sie auswählte. Niemandem war gestattet, gegen das Regime oder den Führer auch nur zu flüstern. Eine Geheime Staatspolizei lauerte darauf, jeden zu verhaften und in ein Konzentrationslager zu werfen, der gegen diese Regeln verstieß.

Die katholische Kirche konnte sich in den vom Faschismus befallenen Ländern ungehindert betätigen und erhielt viele Vorrechte, ja sie wurde in einigen dieser Staaten sogar zur Staatsreligion erklärt; das bedeutete religiöse Erziehung an allen Schulen, religiöse Eheschließung, Abschaffung der Ehescheidung, Verbot aller religionsfeindlichen Bücher, Verbot der Empfängnisverhütung, Besoldung der Geistlichkeit durch den Staat, Teilnahme der höchsten Repräsentanten des Staates an öffentlichen religiösen Zeremonien, Protektion und Subvention religiöser Zeitungen usw. Die Kirche hatte auf einen Schlag nicht nur all ihre alten und neuen Feinde vernichtet, sondern zugleich eine privilegierte Stellung in der Gesellschaft gewonnen, die sie unter anderen Umständen nie hätte erringen können.

Aber nicht immer herrschte Sonnenschein in dem Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und ihren politischen Verbündeten. Häufig entstanden bittere Kontroversen, vor allem mit der deutschen Spielart des Faschismus, dem Nazismus. Es gab sogar Ansätze zu Kirchenverfolgungen, gegen die der Papst in seinen Enzykliken Stellung nehmen mußte. *(Non Abbiamo Bisogno*, 1931, gegen den italienischen Faschismus; und *Mit brennender Sorge*, 1937, gegen den Nazismus) Diese Streitigkeiten entstanden um die Frage der Jugenderziehung oder bei Verletzungen des Konkordats. In Deutschland kam es zu Beschwerden der Kirche, weil der Nazismus vorsätzliche und unflätige Angriffe gegen die Religion richtete.

Der Vatikan wagte es nicht ein einziges Mal, den Faschismus, den Nazismus oder ähnliche Bewegungen grundsätzlich zu verdammen, wie er es zum Beispiel im 19. Jahrhundert mit dem Liberalismus oder im 20. Jahrhundert wiederholt mit dem Sozialismus tat. Warum auch? Daß bei der neuen Allianz nicht alles reibungslos abging, war menschlich verständlich. Schließlich hatte die katholische Kirche, wenn sie auch nicht alles bekam, was sie sich wünschte, doch unter den faschistischen Regimen einen Machtzuwachs erreicht, von dem sie sich vorher nie hätte träumen lassen. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß der Vatikan, nachdem er einmal die neue Politik eingeschlagen hatte, zwanzig Jahre lang nicht mehr von ihr abwich und dadurch die Stellung des Faschismus auf dem ganzen Kontinent wesentlich festigte.

Der Vatikan ermutigte die faschistischen Diktaturen nicht nur in ihren innerpolitischen Maßnahmen, sondern auch auf dem Gebiet der internationalen Politik. Da die katholische Kirche überall die gleichen Feinde zu bekämpfen hatte, verfolgte sie auch in fast allen europäischen Ländern die gleiche Politik. Sie schloß überall ähnliche Allianzen wie jene, mit denen sie in den faschistischen Staaten so gute Erfahrungen gemacht hatte. Selbstverständlich mußte sie dabei die örtlichen Umstände in Betracht ziehen und in den einzelnen Ländern unterschiedliche Taktiken anwenden. So gestattete sie in einem Land der katholischen Partei, mit den Sozialisten zuzusammenzuarbeiten (Deutschland), und ließ in einem anderen die gleichen Sozialisten von einer offen katholischen Diktatur zusammenschießen (Österreich); so beauftragte sie in einem Land die katholische Partei, die Regierung zu unterwühlen und deren Sturz zu beschleunigen (Tschechoslowakei) und machte ergebene Katholiken zu Agenten ausländischer faschistischer Aggressoren (Seyß-Inquart in Österreich und Tiso in der Tschechoslowakei) und ließ in einem anderen Land (Spanien) einen katholischen General (Franco), gestützt auf den Vatikan und die spanische Hierarchie, offen gegen die verfassungsmäßige demokratische Regierung seines Landes revoltieren.

Die Allianz mit dem Faschismus hatte aber für den Vatikan noch einen anderen Sinn. Er verfolgte mit diesem Bündnis das Ziel, das Zentrum des Weltatheismus und des Kommunismus. die Sowjetunion, zu vernichten.

Seit der russischen Revolution von 1917, die, so parodox es klingt, vom Vatikan begrüßt worden war, hatte die Vatikanpolitik in der internationalen Sphäre nur ein Hauptziel: Vereinigung aller Kräfte und Länder zu einem gegen die Sowjetunion gerichteten Block. Der Vatikan unterstützte Hitler, weil dieser sich nicht nur zum Ziel gesetzt hatte, den Kommunismus in Deutschland zu zerschlagen, sondern auch fest entschlossen war, eine starke Macht zu errichten, die als eine Art Chinesische Mauer das Vordringen des Kommunismus nach Europa verhindern oder eines Tages sogar die Sowjetunion vernichten sollte. Diese gegen die Sowjetunion gerichtete Politik der Unterstützung der faschistischen Diktaturen verfolgte der Vatikan rücksichtslos vor und während des zweiten Weltkriegs. Er setzte sie nach dem Krieg fort durch seine Allianz mit den USA, durch den Aufmarsch des zu neuem Leben erwachten politischen Katholizismus, der 1950 bereits die Herrschaft über zehn europäische Staaten erobert hatte (Italien, Österreich, Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Irland, Spanien und Portugal), und durch die offene Einmischung in die Wahlen vieler Länder. So wies Pius XII. die französischen und italienischen Wähler in den Jahren 1947 und 1948 offen an, gegen die Parteien zu stimmen, die der Kirche nicht genehm waren – eines der zahlreichen Beispiele für die Anwendung eines unmittelbaren religiösen Druckes um politischer und ideologischer Ziele willen.

Diese Feindschaft erreichte 1949 ihren Höhepunkt mit jenem Dekret, nach dem alle, „die sich zu der materialistischen und antichristlichen Doktrin des Kommunismus bekennen, sie verteidigen oder verbreiten", exkommuniziert werden (Dekret zur Exkommunikation, erlassen von der Höchsten Heiligen Kongregation des Heiligen Offiziums am 13. Juli 1949). Es ließ den katholischen Gläubigen nur die Wahl zwischen einer uneingeschränkten Ablehnung des Kommunismus und dem Austritt aus der Kirche und verbot ihnen nicht nur, für die kommunistische Partei zu stimmen, sondern untersagte ihnen auch, „kommunistische Literatur ohne die besondere Genehmigung ihres Beichtvaters zu lesen ... Selbst Reporter, die über Theater, Sport oder Literatur in einer kommunistischen Zeitung schreiben, begehen damit in den Augen der Kirche eine unerlaubte Handlung." Nachzulesen im *Osservatore Romano* vom 26. Juli 1949.

Die katholische Kirche wäre trotz ihres großen Einflusses in vielen Ländern nie in der Lage gewesen, das Geschehen in den Jahren zwischen den Kriegen so entscheidend zu beeinflussen, wenn die Umstände sie nicht begünstigt hätten. Die ethischen, nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die durch ihre Dynamik die Welt in der niederdrückenden Nachkriegszeit erschütterten, kamen den katholischen Absichten entgegen.

Auch wenn es keine katholische Kirche gegeben hätte, auch wenn sie sich neutral verhalten oder gar dem Faschismus widersetzt hätte, wäre es zu den gewaltigen Zusammenstößen gekommen, deren Höhepunkt der zweite Weltkrieg war. Aber es besteht kein Zweifel, daß die unmittelbare oder mittelbare Hilfe, die die katholische Kirche in bestimmten kritischen Momenten den faschistischen Staaten gewährte, die Herausbildung eines faschistischen europäischen Kontinents und damit den Ausbruch des zweiten Weltkrieges beträchtlich beschleunigt hat. Selbstverständlich war es nicht allein der profaschistischen Politik, die der Vatikan nach dem Auftauchen der für ihn fürchterlichen Gefahr des Sozialismus verfolgte, zuzuschreiben, daß die Welt dorthin gelangte, wo sie heute steht. Dafür waren im wesentlichen andere Kräfte verantwortlich, die mit der Religion und der katholischen Kirche wenig oder gar nichts zu tun haben. Aber die Allianz des Vatikans mit diesen nichtreligiösen Kräften und die Hilfe, die er ihnen in kritischen Situationen gewährte, trugen dazu bei, die Welt aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Den Vatikan für seinen Teil der Verantwortung an der Welttragödie zu verurteilen oder freizusprechen, ist nicht unsere Aufgabe. Die Tatsachen sprechen für sich. Unsere Sache wird es jetzt sein, diesen Tatsachen nachzuspüren und die Rolle der katholischen Kirche im Leben der einzelnen Länder zu untersuchen, um einen Überblick über ihre Aktivität in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu erhalten.

KAPITEL VIII Spanien, die katholische Kirche und der Bürgerkrieg

Erste Gegensätze zwischen Kirche und Staat – Das 19. Jahrhundert – Der Liberalismus und die katholische Kirche – Eine Kirchenflucht setzt ein – Die katholischen Gewerkschaften – Die erste Diktatur nach dem Krieg (1923) – Der Sturz der Monarchie – Die Trennung von Kirche und Staat – Die katholische Kirche schürt den Krieg gegen die Republik – Die Strategie des Vatikans – Der erste Schritt: Schaffung einer katholischen politischen Bewegung – Gil Robles und der politische Katholizismus in Spanien – Die Taktik des Trojanischen Pferdes – Die Fortschritte des politischen Katholizismus und seine Vorbereitungen zur Machtergreifung auf legalem und halblegalem Weg – Der Sieg der Volksfront macht die Pläne des politischen Katholizismus in Spanien zunichte – Der Faschismus auf dem Marsch: Die Falange – Der Ausbruch des Bürgerkrieges (1936) – Der spanische Bürgerkrieg verwandelt sich in einen internationalen diplomatisch-politisch-ideologischen Konflikt – Die Intervention des faschistischen Italiens und Nazideutschlands – Die Kampagne des Vatikans gegen die Republik – Der Papst organisiert einen weltweiten Kreuzzug gegen den Bolschewismus – Die Entsendung katholischer Freiwilliger als Hilfstruppen für Franco – Die Vernichtung der Republik – Ein neues katholisch-totalitäres Spanien entsteht – Das katholische Spanien und der zweite Weltkrieg – Franco unterstützt Nazideutschland – „Die anderen sind gegen Gott, aber wir sind seine Soldaten.“

Nirgends hat die katholische Kirche jahrhundertelang alle Sphären des Lebens einer Nation so unter ihrer Kontrolle gehabt wie in Spanien. Ob dies auf das spanische Temperament zurückzuführen ist, das durch seine Anlage zum Extremismus besonders anfällig für die Dogmen des Katholizismus sein soll, oder ob andere Faktoren daran schuld sind – Tatsache ist und bleibt, daß die katholische Kirche in Spanien vom frühen Mittelalter bis in die Gegenwart eine gewaltige Macht ausübt. Sie prägte das kulturelle, soziale, wirtschaftliche und politische Antlitz des Landes.

Trotz des Würgegriffs der Kirche kam es immer wieder zu turbulenten Auseinandersetzungen zwischen ihr und dem Volk. Auch die Tatsache, daß Kaiser Theodosius und Papst Damasus, die bereits im Jahre 380 als erste das System der Partnerschaft zwischen Kirche und Staat einführten, Spanier waren, machte dem spanischen Volk die römische Macht nicht schmackhafter.

Bereits Crosius bewies in seinem im Jahre 418 geschriebenen Geschichtswerk ein gewisses „nationales spanisches Selbstbewußtsein“ und teilte durchaus nicht die Bewunderung Sankt Augustins für Rom. Dieses Gefühl blieb auch in den folgenden Jahrhunderten wach. So bemühte sich im 11. Jahrhundert der Bischof von Compostella um die Emanzipation der spanischen Kirche. Er wurde exkommuniziert. Später revoltierten die Königreiche von León und Kastilien gegen die Romanisierung Spaniens, die vor allem von

Gregor VII. und den Mönchen von Cluny betrieben wurde. Noch im 16. Jahrhundert wandten sich selbst spanische Könige, Karl I. und Philipp II., gegen die römischen Päpste und trieben die spanische Hierarchie bis an den Rand des Schismas.

Auch die rationalistischen Ideen des 18. Jahrhunderts gefährdeten die Macht des Papstes in Spanien. Prominente spanische Staatsmänner wie Aranda und Cabarrus waren Bewunderer Voltaires, d'Alemberts und Rousseaus, sie wurden offiziell zu Feinden des Katholizismus erklärt. Andererseits waren viele bedeutende Spanier, wie Burriel, Masdeu, Campomanes und Floridablanca, sowohl gute Katholiken als auch erklärte Gegner der politischen Mächte Roms. Sie verwiesen zwar die Jesuiten des Landes, respektierten aber trotzdem die Kirche.

Als sich während der napoleonischen Invasion die liberalen Patrioten in Cádiz versammelten, beschränkten sie die Pressefreiheit der Kirche, legten aber gleichzeitig in ihrer Verfassung fest, daß die römisch-katholische Religion die Religion der Nation sei.

Im Jahre 1851 hatten Rom und seine Anhänger in Spanien, Todfeinde selbst der geringsten liberalen Tendenz, ihre große Zeit. In diesem Jahr wurde ein neues Konkordat abgeschlossen, in dem der spanische Staat der Kirche zugestand, daß die römisch-katholische Religion die einzige Religion sei; den Anhängern anderer Glaubensbekenntnisse wurde jede religiöse Betätigung streng untersagt; die Kirche erhielt das Recht, durch ihre Bischöfe selbst private Schulen und Universitäten zu überwachen. Die Bischöfe hatten dafür zu sorgen, daß die Erziehung völlig im Geiste des Katholizismus erfolgte. Der Staat sicherte in dem neuen Konkordat den Bischöfen jede Hilfe bei der Unterdrückung aller Bestrebungen zu, die darauf zielten, die Gläubigen der Kirche abspenstig zu machen. Alles, was in Spanien geschah, hing von den Launen der Kirche ab.

Trotzdem kam es im Jahre 1869 zu einer Verfassung, die wegen ihres demokratischen Charakters den Zorn der katholischen Kirche erregte. In ihr hieß es zwar, daß der Staat alle Kosten der Kirche einschließlich des Unterhalts der Geistlichkeit tragen würde, aber zugleich gewährte sie religiöse Freiheit, Lehrfreiheit und Pressefreiheit. Als der darauffolgende Bürgerkrieg, in dem die katholische Kirche eine führende Rolle spielte, 1875 mit einem Sieg der gemäßigten konservativen Elemente endete, versuchte die Kirche abermals, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sie wollte die Flammen des Liberalismus und der religiösen und politischen Freiheit endgültig austreten und setzte daher alles daran, dem widerstrebenden spanischen Volk von neuem das Konkordat von 1851 aufzuzwingen.

Die Kirche erhielt viel, aber nicht alles, was sie verlangte. Die Verfassung von 1876 erkannte die katholische Religion als Staatsreligion an. Sie

verpflichtete den Staat, ebenso wie die Verfassung von 1869, die Kosten der Kirche einschließlich des Unterhalts der Geistlichen zu übernehmen, und ließ keine anderen Manifestationen zu außer denen der katholischen Kirche. Aber der Führer der Konservativen, Canovas, brachte allen päpstlichen Protesten und katholischen Drohungen zum Trotz Bestimmungen durch, nach denen niemand wegen seines Glaubens oder wegen der Art seines Gottesdienstes verfolgt werden durfte. Selbst diese bescheidene Toleranz wurde von der Kirche in den letzten Jahrzehnten des vergangenen und den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts erbittert bekämpft. Die Kirche forderte hartnäckig eine Beschränkung der religiösen und politischen Freiheiten nach der anderen und zwang dem spanischen Volk Schritt für Schritt ihre Herrschaft auf. Ihren gefährlichsten Gegner sah die katholische Kirche in den Liberalen. Sie waren trotz der starken Opposition der Kirche und der Konservativen unablässig bemüht, Spanien aus der religiösen Zwangsjacke des Katholizismus zu befreien. Die Liberalen kämpften im Einklang mit der Verfassung gegen das angemaßte Recht der Bischöfe, private Schulen zu überwachen und die Studenten der staatlichen Lehranstalten zum Besuch religiöser Instruktionsstunden zu zwingen. Sie verlangten die Abschaffung der religiösen Pflichtvorlesungen an den Universitäten und setzten sich für die Pressefreiheit und andere liberale und demokratische Freiheiten ein.

Der unablässige Kampf der katholischen Kirche gegen den Liberalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war in Spanien im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern erfolgreich. Hier blieben die Menschen von der Gnade der katholischen Kirche abhängig. Die Gesetze bürgerlich-rechtlicher, sozialer und selbst wirtschaftlicher und politischer Art gaben lediglich den Rahmen ab für die ethischen und sozialen Grundsätze, die von der Kirche gelehrt oder begünstigt wurden. Die katholische Kirche herrschte überall: in der Schule, in der Presse, in der Justiz, in der Regierung, in der Armee. Dieses System stützte sich auf eine engstirnige und militante Hierarchie, auf weltliche religiöse Orden, auf die Großgrundbesitzer und auf die Monarchie. Seine Vertreter waren überall dort zu finden, wo regiert und geherrscht wurde. Es vergiftete die gesamte Nation mit seinem reaktionären Geist und machte alle Anstrengungen derer zunichte – vor allem der Liberalen –, die dem frischen Wind der neuen Zeit Fenster und Türen öffnen wollten.

Die katholische Kirche trat gegen die demokratischen Prinzipien auf, indem sie versicherte, die Massen hätten keinerlei Macht zu beanspruchen, da diese allein von Gott komme. Deshalb sei es auch falsch, eine „Selbstregierung" zu fordern. Die Kirche erstickte damit bereits im Keim jede Tendenz zur Selbstregierung und zu kollektiver Verantwortung, beschränkte die Freiheit der Presse und kämpfte gegen alle modernen Forderungen, wie

die nach sozialer Befreiung der niederen Klassen und der Frauen, nach religiöser Toleranz, nach Zulassung der Scheidung usw.

Der Haß der katholischen Kirche in Spanien gegen alle progressiven Ideen war so groß, daß er selbst vor den Schulbüchern der Unterstufe nicht haltmachte. Die katholische Kirche kontrollierte mit Hilfe der katholischen Gemeindeverwaltungen fast alle staatlichen Schulen. Sie impfte den Kindern vom ersten Schuljahr an ein, daß jeder, der sich mit Liberalen einließe, in die Hölle käme. Diese Geistesverfassung herrschte selbst noch in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts, wie ein kirchlicher Katechismus enthüllt, der 1927 in allen Schulen verteilt wurde. Er fordert, daß sich der Staat der Kirche unterordnet wie der Körper der Seele, wie das Weltliche dem Ewigen. Er zählt die Irrtümer des Liberalismus auf – Freiheit des Gewissens, der Erziehung, der Versammlung, der Rede, der Presse – und erklärt kategorisch, der Glaube an solche Dinge sei Häresie. In ihm heißt es unter anderem:

„Was lehrt der Liberalismus?
Daß der Staat von der Kirche unabhängig sei.
Unter welche Sünden fällt der Liberalismus?
Er fällt unter die schlimmsten Sünden gegen den Glauben.
Warum?
Weil er gleich aus mehreren Häresien besteht, die von der Kirche verdammt werden.
Ist es für einen Katholiken sündhaft, eine liberale Zeitung zu lesen?
Er darf die Börsenkurse lesen.
Welche Sünde begeht jeder, der einem liberalen Kandidaten seine Stimme gibt?
Im allgemeinen eine Todsünde.“*

Diese groteske Engstirnigkeit und Unversöhnlichkeit der katholischen Kirche beherrschte alle Sphären der spanischen Gesellschaft, von der niedrigsten bis zur höchsten, einschließlich des Königs. 1910 stellte der Lehrer und Beichtvater des jungen Königs, Ehrwürden Montaña, in *El Siglo Futuro* fest, der Liberalismus sei eine Sünde, und jeder Spanier, der mit Protestanten an einem Tisch säße, würde exkommuniziert. (Nach *H. B. Clarke*)

Man kann sich leicht vorstellen, wie das Erziehungswesen in Spanien aussah, wenn jahrzehntelang eine solche Politik betrieben wurde. 1870 waren noch mehr als 60 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. 1900 betrug das Budget für Erziehungszwecke, einschließlich der Mittel für die Mönchsschulen, nicht mehr als 17 Millionen Peseten. Auch 1930 war es trotz der Erhöhung auf 166 Millionen Peseten nach wie vor unzureichend. Allein in Madrid genossen 80 000 Kinder keinen Schulunterricht. Und die Kinder, die das Glück hatten, zur Schule gehen zu können – sie wurde in der Regel

* Nach *Nueva Ripalda, enriquecido con varios Apéndices*, 14. Auflage 1927, oder *Una Explicación Breve y Sencilla del Catequismo Católico*, von R. P. Ángel María de Arcos.

vom Gemeindepfarrer geleitet –, lernten dort so wenig, daß „die Eltern sich gewöhnlich beschweren, ihre Kinder verbrächten in den staatlichen Schulen die Hälfte der Zeit damit, Rosenkränze zu beten und die Geschichte der Heiligen herunterzusagen, und lernten nicht einmal richtig lesen". (Nach *The Spanish Labyrinth*, Brenan, Seite 51)

Die Kirche übte nicht nur eine Diktatur über den Geist des Landes aus, sondern kontrollierte auch einen großen Teil seiner Reichtümer. Sie verlor im Lauf der letzten sechzig Jahre Millionen Gläubige, nahm aber von 1874 bis zum Sturz der Monarchie (1931) ständig an Macht und Reichtum zu. Nach dem Tod des Königs Alfons XII. machte die königliche Regentin als Gegenleistung für die Protektion des Papstes große Schenkungen an die katholische Kirche und an katholische Schulen und Seminare. Diese Seminare wurden Sammelpunkte der französischen Geistlichen, die Frankreich infolge der Säkularisationsgesetze verlassen hatten. Der Vatikan, die spanische Hierarchie, die Königin und der französische Klerus arbeiteten Hand in Hand, um den „liberalen Atheismus" auszurotten. Eine Welle des Klerikalismus überschwemmte Spanien, in dem sich mehr Konvente, Seminare und religiöse Stiftungen befanden als je zuvor.

Die Führer dieser Bewegung waren die Jesuiten. Sie benutzten seit Jahrhunderten ihren Reichtum, politische Macht zu kaufen, und, *vice versa*, ihre Macht, um neue Reichtümer anzuhäufen. Ihre finanzielle Macht war so groß, daß sie bereits 1912 „ein Drittel des spanischen Kapitals kontrollierten" (*La Revue*, J. Aguilera, Sekretär des Formento, 1912). Ihnen gehörten Eisenbahnen, Bergwerke, Fabriken, Banken, Reedereien und Orangenplantagen. Ihr Kapitalbesitz belief sich auf etwa 60 Millionen Pfund Sterling. Diese Kapitalkonzentration in den Händen der Jesuiten hatte sehr nachteilige Folgen für die spanische Nation; die mittleren und niederen Klassen mußten unter erschütternden Bedingungen ihr Leben fristen. Die katholische Kirche war, um dieses Kapital zu mehren und zu schützen, darauf angewiesen, den gesellschaftlichen *Status quo* zu erhalten und auf das engste mit den Reichen zusammenzuarbeiten, die ihr oft als Gegenleistung für die Hilfe, die sie ihnen gewährte, große Erbanteile vermachten. Man erkennt daraus leicht, daß das Schicksal der Kirche untrennbar mit dem der reaktionärsten Elemente verbunden war, daß beide gemeinsam einen Wall gegen jede kulturelle, wirtschaftliche, soziale oder politische Erneuerung bildeten. So wurde Spanien von einer Kaste regiert, die sich bemühte, eine in anderen europäischen Ländern längst versunkene Vergangenheit am Leben zu erhalten.

Diese erzreaktionäre Politik der katholischen Kirche führte dazu, daß sie immer mehr Anhänger verlor. 1910 hatten bereits zwei Drittel der Bevölkerung der Kirche *de facto* den Rücken gekehrt. Zivile Eheschließungen und

Beisetzungen fanden immer größere Verbreitung. Als die Monarchie 1931 gestürzt wurde, erreichte die kirchenfeindliche Einstellung einen für die katholische Kirche gefährlichen Höhepunkt. Nach Angaben von Ehrwürden Peiro besuchten zu dieser Zeit in Zentralspanien nur 5 Prozent der ländlichen Bevölkerung den Gottesdienst, in Andalusien war es nur 1 Prozent, in vielen Dörfern las der Priester die Messe vor leerer Kirche. In einer Madrider Gemeinde kamen von 80 000 Einwohnern nur 3,5 Prozent zur Messe. 25 Prozent aller Kinder wurden nicht getauft, mehr als 40 Prozent der Sterbenden lehnten die Letzte Ölung ab. Die Ursachen für diese Haltung der Bevölkerung lagen zum Teil im Obskurantismus der katholischen Kirche, in ihrem Reichtum und in der militanten Einstellung ihrer Hierarchie.

Die katholische Kirche hatte sich bemüht, die Arbeiter zu organisieren, um sie besser in der Hand zu haben. Bereits 1861 hatte ein Jesuit, Ehrwürden Vicente, in Valencia die *Centros Católicos de Obreros*, eine katholische Gewerkschaft, gegründet. Sie ging jedoch 1874 wieder ein, weil die spanische Hierarchie gegen katholische Gewerkschaften war. Erst ein Befehl Leos XIII. veranlaßte die spanische Geistlichkeit, diese Angelegenheit wieder in die Hand zu nehmen. Die daraufhin gegründeten Klubs und Gesellschaften wurden zumeist von Unternehmern geleitet. Da diese sich aber keinerlei Vorteile davon versprachen, waren die Organisationen im Süden und Osten des Landes bereits um 1905 wieder von der Bildfläche verschwunden. Im Norden, wo sie erfolgreicher gewesen waren, hatten sich zwei Gruppen herausgebildet. Die eine nannte sich *Consejo Nacional de las Corporaciones Católicas Obreras*. Sie unterstand dem Erzbischof von Toledo und war dadurch automatisch unter die Kontrolle der Unternehmer geraten. Die Hierarchie predigte den Arbeitern Ruhe und Ordnung und untersagte Streiks auf das strengste. Von einer Vertretung der Arbeiterinteressen konnte also keine Rede sein. Die andere Gruppe nannte sich *Federación Nacional de Sindicatos Católicos Libres*. Sie war 1912 gegründet worden und arbeitete mit mehr Erfolg als die andere Gruppe. Den stärksten Einfluß hatte sie in den baskischen Provinzen. Diese katholischen Arbeiterorganisationen waren selbstverständlich nichts anderes als Fallen, in denen die unruhig gewordenen Arbeiter gezähmt werden sollten. Sie sollten davon abgehalten werden, sich denen anzuschließen, die der katholischen Kirche bereits den Rücken gekehrt hatten. Am kirchenfeindlichsten waren die arbeitenden Schichten der Städte. Unter ihnen breitete sich der Anarcho-Syndikalismus wie ein vom Wind getriebenes Feuer aus. Für sie war die Kirche identisch mit den großen Grundherren und den Unternehmern. Und welche Einstellung die Kirche zu den Arbeitern hatte, offenbarte sich am klarsten in den Worten Bravo Murillos, der gesagt haben soll: „Sie wollen

von mir die Genehmigung für eine Schule für sechshundert Arbeiter? Nicht, solange ich lebe. Wir brauchen keine Menschen, die denken, sondern Ochsen, die arbeiten können." Kein Wunder, daß unter solchen Umständen das spanische Volk einen Hang zu wirtschaftlichen und sozialen Extremismen zeigte und die arbeitenden Schichten sich, statt Veränderungen im Sinne des Sozialismus anzustreben, dem Anarchismus und Syndikalismus zuwandten.

Die Kirche und die herrschenden Klassen gingen vereint mit den rücksichtslosesten Unterdrückungsmethoden gegen diese Aktivität der Volksmassen vor. Aus Angst um die Erhaltung des *Status quo* verfolgten sie ein halbes Jahrhundert lang nicht nur die Extremisten, sondern auch die gemäßigten Elemente und jeden, der verdächtig war, eine wenn auch noch so geringe Änderung des bestehenden Zustandes anzustreben oder revolutionäre Sympathien zu hegen. In der Zeit von 1890 bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges verwandelte sich Spanien in ein riesiges Gefängnis. Tausende wurden eingekerkert, Hunderte erschossen. Gegen politische Gefangene wurden Foltermethoden angewandt, wie sie nur im Mittelalter gegen Häretiker gebräuchlich gewesen waren.

Trotzdem begann auch die spanische Bevölkerung infolge der Erschütterungen und Unruhen, die der erste Weltkrieg mit sich brachte, und angeregt durch die Ideen fortschrittlicher spanischer Schriftsteller wie Galdos und Ibáñez, sich bedrohlich zu regen. Die katholische Kirche, die weiter Massen ihrer Anhänger verlor, der König, der peinliche Skandale fürchtete, die Armee und die Großgrundbesitzer – alle verschworen sich gegen das Volk und errichteten 1923 eine Diktatur mit dem monarchistischen General Primo de Rivera an der Spitze. (Ein Jahr zuvor hatte Mussolini in Italien die Macht ergriffen.) Die wenigen Freiheiten, deren sich das spanische Volk erfreute, verschwanden; das wirtschaftliche und soziale Elend wuchs an; hinter dem Schein der „Ordnung", die der Diktator mit Hilfe der Polizei und der katholischen Kirche aufrechterhielt, verschlechterten sich die Lebensverhältnisse des spanischen Volkes mehr denn je. Am *Status quo* wurde nicht gerüttelt, im Gegenteil, eine Rückwärtsbewegung wurde eingeleitet. Die Mittel für das Erziehungswesen wurden von 37 Millionen auf 33 Millionen Peseten gesenkt, dagegen die für die Geistlichkeit von 62 Millionen auf 68 Millionen Peseten erhöht, damit sich der Reichtum der katholischen Kirche mehre.

Eine Zeitlang unterstützten auch viele gemäßigte Kreise, die das alte Regime satt hatten, die Diktatur Primo de Riveras. Sie hofften, daß die Diktatur zu einer konstituierenden Nationalversammlung, den Cortes, führen würde. Aber sie wurden bitter enttäuscht. Immer mehr wurde offenbar, daß sich die Weisheit des Diktators in Spitzeltum, Repressalien und Zensur-

maßnahmen erschöpfte, so daß sich sogar die Armee allmählich von ihm abwandte. Das totalitäre Regime Riveras machte sich unter den meisten seiner früheren Anhänger – mit Ausnahme der katholischen Kirche und der wütendsten Konservativen – so verhaßt, daß es im Januar 1930 gestürzt wurde.

Alle bis dahin unterdrückten Kräfte des spanischen Volkes kamen nun zutage. Sie forderten hartnäckig die Beseitigung der katholischen Monarchie und die Trennung von Kirche und Staat. Eine Koalition der Republikaner und Sozialisten eroberte 1931 bei den Gemeindewahlen in vielen Städten ein Übergewicht von drei zu eins. Als die offiziellen Ergebnisse bekannt wurden, flüchtete der König nach Frankreich. Zwei Monate später fanden die allgemeinen Wahlen statt, bei denen die katholischen und konservativen Parteien zusammen nur 121 Sitze errangen.

Wie Azanas in den Cortes erklärte, hörte Spanien damit auf, „ein katholisches Land zu sein". Die Monarchie wurde abgeschafft, Spanien wurde zur Republik erklärt. In den folgenden drei Jahren öffnete Spanien seine Tore weit all den Reformen, die von der katholischen Kirche, der Monarchie und ihren Alliierten so hartnäckig hintertrieben worden waren. Die Cortes erließen Gesetze, die der Kirche den staatlichen Charakter nahmen und einen Teil ihrer ungeheuren Reichtümer verstaatlichten. Die Jesuiten, die die treibenden Kräfte hinter den Kulissen der katholischen Diktatur Primo de Riveras gewesen waren, wurden des Landes verwiesen; den Mönchen und Nonnen wurde der Handel sowie jegliche Betätigung auf dem Gebiet der Erziehung, auf dem die katholische Kirche bislang das Monopol hatte, untersagt, die Eheschließung wurde säkularisiert und die Scheidung erlaubt, Redefreiheit, Pressefreiheit und religiöse Toleranz wurden verkündet.

Der spanische Klerus und der Vatikan kämpften mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen das spanische Volk. Die Kirche appellierte an das religiöse Gewissen der Bevölkerung, nicht zuzulassen, daß die „roten Antichristen" Spanien regierten, und „Schluß zu machen mit den Feinden des Königreichs Jesu Christi" *(Kardinal Segura)*. Ein Hirtenbrief der spanischen Bischöfe und eine päpstliche Enzyklika (3. Juni 1933) wandten sich mit dem gleichen Anliegen an die spanischen Gläubigen und riefen sie zum „heiligen Kreuzzug für die völlige Wiederherstellung der kirchlichen Rechte" auf. Kardinäle und Bischöfe hetzten mündlich und schriftlich die Bevölkerung auf, offen gegen die Regierung zu revoltieren.

Im Gegensatz zu den katholischen Regimen der Vergangenheit war die neue Regierung, entsprechend ihren freiheitlichen Prinzipien, kein Freund von Repressalien. Die antiklerikalen Parteien enthielten sich daher nach dem Wahlsieg auch jeglicher Gewaltmaßnahmen. Erst vier Wochen später,

nach den fanatischen Bannflüchen der katholischen Kirche und der Hetze des Kardinals Segura, steckten empörte Arbeiter einzelne Kirchen und Klöster in Brand.

Diese Gewalttätigkeiten zogen andere nach sich. Die antiklerikalen Parteien, die eine so bemerkenswerte Toleranz an den Tag gelegt hatten, waren angesichts der fortgesetzten Provokationen und Drohungen der katholischen Kirche und ihrer Anhänger gezwungen, Gewalt zu gebrauchen. Zu den Anhängern der Kirche gehörten die reaktionärsten Kräfte des früheren Regimes und die zurückgebliebensten Teile der Landbevölkerung, die dank der katholischen Kirche selbst im dritten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts noch zu 80 Prozent Analphabeten waren.

Die Republikaner hatten das Erbe eines bankrotten Spaniens angetreten und standen daher vor großen Schwierigkeiten. Sie waren sich in allen antimonarchistischen und antiklerikalen Fragen einig, aber in den wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen gingen ihre Meinungen auseinander. Damit schwächten sie sich selbst. Bei den Wahlen im Jahre 1933 erhielten die Mittel- und Linksparteien zwar 266 Sitze, aber die Rechten errangen 207 Sitze und erweckten damit den Anschein, als hätten sie in der kurzen Zeit der republikanischen Herrschaft größere Unterstützung gefunden als zuvor.

Dieses Wahlergebnis hatte jedoch andere Ursachen. Einmal waren die Bauern infolge der bisher unerfüllten Landversprechungen der Regierung ungeduldig geworden und hatten eigene Organisationen gebildet, die Anschluß nach rechts suchten; zum anderen hatten sich die Anarchisten geweigert, an den Wahlen teilzunehmen; und schließlich hatte ein Teil der Frauen, denen die Republik entsprechend ihren demokratischen Grundsätzen das Wahlrecht gewährt hatte, mit Ausnahme der Arbeiterfrauen, unter dem Einfluß der Geistlichen für die Kirche gestimmt.

Eine weitere Ursache für den Rückgang des Stimmenanteils war die neue Taktik, die die katholische Kirche unter den veränderten Umständen angewandt hatte. Sie versuchte mit Hilfe einer politischen Partei ihre Feinde auf deren eigenem Boden zu schlagen. Zu dieser Taktik griff sie gleich nach der Ausrufung der Republik, ihre Initiatoren waren wieder einmal die Jesuiten. Eine Partei nach dem Vorbild der deutschen Zentrumspartei sollte nicht nur die Gutsherren und die Offiziere, sondern vor allem die Massen des Volkes hinter sich bringen. Sie wurde 1931 unter dem Namen *Acción Popular* gegründet und war nichts anderes als ein politischer Ableger der Katholischen Aktion (siehe Kapitel V), der *Acción Católica.*

Die politische Taktik dieser Partei bestand darin, die Republik zu tolerieren, die antikatholischen Gesetze zu bekämpfen und Einfluß auf die

antikatholische Regierung zu gewinnen, um sie zu stürzen. Die Partei sollte das gegnerische Lager aufsplittern und dann selbst die Macht ergreifen. Es war die Taktik des Trojanischen Pferdes.

Als der Vatikan erkannte, daß er mit den alten Methoden nicht weiterkam, wies er die spanische Hierarchie an, sich der neuen Taktik zu fügen und eine nachgiebigere Haltung einzunehmen.

Dirigent der neuen Bewegung war Ángel Herrera, der Direktor einer von den Jesuiten kontrollierten Zeitung. Er lancierte den neuen Führer der Katholiken, Gil Robles, einen Schüler der Salesianer. Gil Robles besuchte Hitler, Dollfuß und andere, wurde ein enthusiastischer Bewunderer der Nazis und schwärmte, ähnlich wie Dollfuß in Österreich, von der Schaffung eines Ständestaates.

Eine lärmende Propagandakampagne nach deutschem Muster setzte ein, unterstützt vom Klerus und von den katholischen Zeitungen. Sie war so erfolgreich, daß Gil Robles ein Abkommen mit den Radikalen über eine Zusammenarbeit vor allem in wirtschaftlichen Fragen schließen konnte. Der Führer der Liberalen, Lerroux, nahm gegen Widerstände innerhalb der Regierung Katholiken in sein Kabinett auf.

Die Arbeiter, die eine radikale Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände erwarteten, kamen immer mehr zu der Erkenntnis, daß die Zusammenarbeit der Liberalen mit den Katholiken und das Zaudern der Sozialisten ihre Hoffnungen zunichte machten. Sie organisierten als Protest gegen die Hereinnahme von Katholiken in die Regierung einen Generalstreik, der an vielen Stellen des Landes in einen bewaffneten Aufstand umschlug (Herbst 1934). Die Regierung Lerroux ging mit so rücksichtsloser Grausamkeit gegen die Arbeiter vor, daß sie nach Bekanntwerden der Untaten unter dem Druck der empörten öffentlichen Meinung zurücktreten mußte.

Dieses Zwischenspiel offenbarte zwei bemerkenswerte Tatsachen: die fanatische Grausamkeit der Polizei und die Rolle der marokkanischen Truppen. Die Polizei bestand vor allem aus Katholiken, die darauf gedrillt waren, „die gottlosen Feinde der Kirche auszurotten". Die Marokkaner wurden von General Francisco Franco aus Afrika nach Spanien gebracht. Franco führte kurz vor dem erwarteten Generalstreik lange Besprechungen im Kriegsministerium. Gil Robles, der inzwischen als einer der katholischen Minister in das Kabinett eingetreten war, wollte von Franco wissen, ob es möglich sei, die marrokanischen Truppen gegen die Arbeiter einzusetzen.

Der Einfluß der katholischen Partei hatte sich inzwischen durch die Uneinigkeit im gegnerischen Lager und infolge des Abkommens mit den Liberalen weiter verstärkt. Ihre Anhänger begannen bereits die heuchlerische Maske angeblicher Loyalität zur Republik abzuwerfen und fühlten sich

stark genug, ihre Reihen nach dem Muster der Faschisten und der Nazis zu organisieren und ihre politischen Gegner zu bedrohen und zu überfallen. Gil Robles verfügte bereits über detaillierte Pläne für das erneute Verbot der Ehescheidung, die Wiedereinführung des obligatorischen Religionsunterrichts, den Aufbau eines spanischen Ständestaates usw. Aber seine Anhänger waren sich nicht sicher, ob sie die Macht so leicht und so bald erringen würden, wie sie hofften; sie bereiteten sich daher gleichzeitig auf bewaffnete Auseinandersetzungen vor und koppelten die politischen Maßnahmen mit militärischen. Gil Robles forderte und erhielt die Leitung des Kriegsministeriums. Nachdem er sich dort mit General Franco als rechte Hand eingenistet hatte, begann er, die Armee zu reorganisieren und von allen Offizieren zu säubern, die nach links tendierten. Er übernahm den Oberbefehl über die Bürgergarde und baute oberhalb von Madrid in der Sierra Guadarrama befestigte Stellungen. Die Kräfte der katholischen Reaktion trafen also unter den Augen der Republik ganz offen alle Vorbereitungen zu einer Revolte für den Fall, daß es ihnen nicht gelingen sollte, die Macht auf legalem Wege zu erobern. Im ganzen Land kam es zu blutigen Ausschreitungen, die Anzahl der politischen Morde nahm erschreckend zu.

Die zugespitzte Situation zwang die Linken, sich zu vereinen. Im Januar 1936 bildeten die Radikalsozialisten, Sozialisten, Syndikalisten und Kommunisten die Volksfront.

Die Wut der katholischen Kreise einschließlich der Kirche kannte keine Grenzen. Die spanische Hierarchie, die mit Gil Robles Hand in Hand arbeitete, ging einen Schritt weiter. Am 24. Januar 1936, drei Wochen vor den Parlamentswahlen, richtete Kardinal Goma y Tomás einen Hirtenbrief an alle Gläubigen, in dem er sich im Namen der katholischen Kirche öffentlich hinter die *Acción Popular* stellte, Bannflüche gegen die Volksfront schleuderte und die Gläubigen beschwor, gegen die „Roten“ zu stimmen.

Präsident Alcalá Zamora hatte erkannt, daß es unmöglich geworden war, in den Cortes eine arbeitsfähige Mehrheit zu erhalten, und daher die Auflösung des Parlaments verfügt. Bei den Wahlen am 16. Februar 1936 errang die Volksfront eine überwältigende Mehrheit von 267 Sitzen gegenüber 132 Sitzen der Rechten und 62 Sitzen der Mitte.

Der Sieg der Volksfront beflügelte die arbeitenden Klassen und rief bei den katholischen Kräften, die fest mit ihrem Sieg gerechnet hatten, eine Panik hervor. Sie fürchteten die Ausrufung einer sozialistischen Republik. Auf der anderen Seite rechneten die Linken mit einem Staatsstreich der Rechten, da deren Machtstreben eine so vernichtende Niederlage erlitten hatte. Diese Annahme war begründet, denn die katholische Seite hatte sich gerade auf diesen Fall vorbereitet; nachdem ihr erster und zweiter Schritt fehlgeschlagen war, mußte der dritte versucht werden: die offene Rebellion.

Von nun an galten alle Überlegungen des Vatikans, der spanischen Hierarchie und der vorgesehenen Führer der Rebellion der Frage, wie der siegreiche Gegner am besten zu vernichten sei.

Der Vatikan war entschlossen, Gewalt anzuwenden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Politik der Kirche, die Macht auf politischem Weg zu erringen, wie in anderen Ländern so auch in Spanien gescheitert war und daß sich ihr zweiter, schon etwas gröberer Versuch, durch einen halblegalen Staatsstreich die Macht zu ergreifen, ebenfalls als Fehlschlag erwiesen hatte. Der Weg der Gewalt war der einzige Weg, der dem Vatikan blieb, wenn er Spanien nicht verlieren wollte, weil er nur mit der Hilfe einer Minderheit rechnen konnte und die Mehrheit des Volkes gegen sich wußte. Die letzten Wahlen hatten gezeigt, daß nur ein knappes Drittel der Wahlberechtigten – und das obendrein in der Mehrzahl Frauen – die katholische Kirche unterstützte.

Rechte, von Katholiken geführte Elemente organisierten nach der Februarniederlage offen eine ganze Serie von Terrorakten: Die *Falange Española*, 1932 von dem Sohn Primo de Riveras gegründet, schob sich in den Vordergrund, obwohl sie trotz ihrer Vereinigung mit der faschistischen Gruppe des Dr. Alvinana vor den Wahlen kaum eine Rolle gespielt hatte. Die Anhänger Gil Robles, von Haß gegen die Republik durchdrungen, strömten in die Falange. Die katholische Jugendorganisation unter ihrem Sekretär Serrano Suñer, dem Schwager General Francos, trat im April geschlossen zur Falange über. Andere rechte Elemente organisierten sich in monarchistischen Gruppen, deren Führer, Calvo Sotelo, öffentlich den militärischen Aufstand forderte.

Die Falangisten lauerten ihren Gegnern auf, verprügelten sie und schlugen sie tot. Auch viele gemäßigte Katholiken fielen ihnen zum Opfer. Mit Maschinenpistolen bewaffnete Banden zogen durch die Straßen Madrids und ermordeten Richter, Journalisten, Sozialisten und Kommunisten. Sie unterschieden sich in nichts von den faschistischen Schwarzhemden und von der SS der Nazis. Täglich kam es überall in Spanien zu Kämpfen zwischen Falangisten und Republikanern.

Neben der Falange gab es eine Offiziersorganisation, die *Unión Militar Española*, die schon im März 1933, in Voraussicht eines möglichen Militärputsches, durch ihren Führer enge Verbindungen mit der italienischen Regierung und mit Mussolini aufgenommen hatte. Ihre Vorbereitungen zu einem Staatsstreich auf der Grundlage eines Bündnisses zwischen Armee und Kirche waren bereits im März 1934 abgeschlossen. Ein Besuch in Italien diente dazu, sich „für den Fall eines Bürgerkrieges in Spanien nicht nur die Unterstützung der italienischen Regierung, sondern auch die der faschistischen Partei“ zu sichern. (Nach einer Rede, die Goicoechea am

22. November 1937 in San Sebastian hielt und über die der *Manchester Guardian* am 24. Dezember 1937 berichtete.) Die Koordinierung der Bürgerkriegspläne zwischen den Monarchisten und den Katholiken war so weit gediehen, daß die katholischen Führer, Gil Robles und General Franco, unmittelbar nach dem Sieg der Volksfront die Stirn hatten, dem republikanischen Premierminister die Beteiligung an einem Militärputsch vorzuschlagen, der noch vor dem Zusammentritt der neuen Cortes inszeniert werden sollte. Das geht aus einer Erklärung hervor, die der ehemalige Premierminister Portela Valladares auf einer Sitzung der Cortes 1937 in Valencia abgab.

Im Frühjahr und zu Beginn des Sommers 1936 verstärkte sich die Spannung immer mehr, eine Streikwelle jagte die andere, bewaffnete Zusammenstöße und politische Morde folgten einander in immer kürzeren Abständen.

Im Juni war es den verantwortlichen Männern der Regierung klar, daß ein Militärputsch unmittelbar bevorstand. Die Republikaner verlangten Waffen, aber die Regierung verweigerte sie ihnen. Am 13. Juni wurde, offenbar als Vergeltung für die Ermordung eines Sozialisten durch die Falange, Calvo Sotelo, der Führer der Monarchisten, getötet. Die weitverzweigten Organisationen der Katholiken und Monarchisten und ihrer Verbündeten befanden sich in Alarmbereitschaft.

Am 16. Juli war es soweit. In Spanisch-Marokko begann der Militärputsch. Ceuta und Melilla fielen in die Hände der Aufständischen. Gleichzeitig putschten die Offiziere fast aller spanischen Garnisonen. Die katholische Hierarchie schloß sich dem Aufstand sofort an und bat um den Segen des Allmächtigen für den neuen Kreuzzug. General Franco beeilte sich, dem Papst den Beginn des Aufstandes zu melden, bevor die Nachricht eine andere Hauptstadt erreicht hatte. Der spanische Bürgerkrieg hatte begonnen.

Die katholischen Rebellen hofften, ganz Spanien innerhalb weniger Tage in die Hand zu bekommen. Sie hatten sich sorgfältig vorbereitet und verfügten außerdem nicht nur über den größeren Teil der Armee, sondern auch über die Bürgergarde, über die spanische Fremdenlegion, über eine Division marokkanischer Truppen, über monarchistische Aufgebote, die insgeheim ausgebildet worden waren, sowie über italienische und deutsche Panzer und Flugzeuge.

Die Regierung hatte nur die republikanischen Schutzgarden und die schwache Luftwaffe auf ihrer Seite. Aber die Empörung und Begeisterung des spanischen Volks vereitelte Francos Staatsstreich. Er war von Tag zu Tag mehr auf die Hilfe Mussolinis und Hitlers angewiesen, die seit langem über das Komplott unterrichtet waren und vom ersten Tag an Waffen und Soldaten nach Spanien entsandten. Der spanische Konflikt nahm

internationalen Charakter an und offenbarte damit sein eigentliches Wesen. Es war eine vorweggenommene Auseinandersetzung, ein militärisches Manöver auf spanischem Boden, ein Vorspiel dessen, was die Welt wenige Jahre später an den Rand des Abgrunds brachte; ein Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen sozialen Systemen und politischen Lehren.

Selbst die protestantischen Vereinigten Staaten von Amerika griffen in die innerspanischen Kämpfe ein und halfen Franco, nicht zuletzt dank den Bemühungen des amerikanischen katholischen Klerus, der seinen ganzen Einfluß aufbot, die faschistischen spanischen Rebellen in den Vereinigten Staaten populär zu machen.

Diese beinahe schon direkte Unterstützung Francos war nicht nur auf die skrupellose Hetze der katholischen Kirche in ihrer Presse und von der Kanzel zurückzuführen, sondern auch auf den Mißbrauch des Einflusses, den die katholische Kirche in der amerikanischen Politik genoß; sie war nicht zuletzt eine Folge der unmittelbaren Bemühungen des Vatikans im *State Department*, wo er auf mehr Bereitwilligkeit stieß, als er erwartet hatte.

So stellten sich also nicht nur die Regierungen fast aller europäischen Staaten – mochten sie sich katholisch, faschistisch oder demokratisch nennen –, sondern auch die Regierung der mächtigen protestantischen USA gegen die spanische Republik. Großbritannien – ein demokratisches Land – betrieb eine Politik der „Beschwichtigung des Faschismus", stimmte der Farce der Nichteinmischung zu – dank deren Mussolini den Putschisten ungefähr 100 000 Mann senden konnte, während der Republik jegliche Waffenlieferung verweigert wurde – und übte einen ständigen Druck auf andere Länder aus, ihre Grenzen Franco nicht zu verschließen.

Die Sowjetunion, die der Republik bereits Hilfe geleistet hatte, zog ihre Freiwilligen schließlich auf Grund eines Völkerbundbeschlusses zurück, an den sich jedoch, gedeckt durch den Vatikan, weder das faschistische Italien und Nazideutschland noch Großbritannien und Frankreich hielten.

Hier ist nicht der Platz, die unglaublichen Intrigen während des spanischen Bürgerkrieges zu schildern. Uns geht es um die unmittelbare und mittelbare Hilfe, die der Vatikan Franco gewährte. Wir wissen bereits, welche Rolle der Vatikan bei der Vorbereitung des Bürgerkriegs gespielt hatte. Die spanische Hierarchie hatte nicht nur die Republikaner bekämpft und die Katholiken organisiert, sondern war darüber hinaus auch einer der Rädelsführer der Revolte gewesen und hatte die Verbindungen zwischen Gil Robles, Franco und anderen sowie zu Papst Pius XI. und dessen Staatssekretär geknüpft, die Monate vorher bereits wußten, was geplant war. Als die Revolte begann, stellten sich die spanische Hierarchie und der Vatikan

offen auf die Seite Francos. Die spanischen Bischöfe hetzten die Bevölkerung zum Kampf gegen die Roten auf. Der Papst appellierte an die katholische Welt, dem katholischen Spanien zu helfen. Die vatikanische Diplomatie arbeitete Hand in Hand mit Hitler und Mussolini, um die Waffenlieferungen und Truppentransporte für die Rebellen zu sichern. Der Vatikan nahm im Interesse Francos nicht nur mit Mussolini, sondern auch mit Hitler enge Verbindung auf. Er traf mit ihm ein Abkommen, in dem er sich als Gegenleistung für die Hilfe in Spanien verpflichtete, in der ganzen katholischen Welt eine breit angelegte Kampagne gegen den Bolschewismus zu entfachen. Wir werden später sehen, weshalb Hitler sich damals so um die Zusammenarbeit mit der Kirche bemühte. Sobald klar war, daß Franco den Bürgerkrieg nicht sofort gewinnen konnte, eröffnete der Vatikan auf direkte Weisung des Papstes eine wütende antibolschewistische Hetzkampagne. Dadurch unterstützte er Hitlers innen- und außenpolitische Pläne; Hitler brauchte zur Durchsetzung seiner Politik das Schreckgespenst des Bolschewismus. Im Dezember 1936 gab der Papst selbst das Startzeichen zu dem internationalen katholischen Propagandafeldzug gegen die spanische Republik, als er vor 500 spanischen faschistischen Emigranten die zivilisierte Welt aufrief, sich gegen den Bolschewismus zu erheben, der „bereits alle Beweise seines Willens zur Zerstörung jeglicher Ordnung von Rußland bis China, von Mexiko bis Südamerika erbracht“ habe. Der Bolschewismus habe, so fuhr der Papst fort, „die Feuer des Hasses und der Verfolgung in Spanien entzündet“, die sich, falls nicht unverzüglich Gegenmaßnahmen getroffen würden, gegen „alle göttlichen und menschlichen Institutionen richten werden“. Die Völker und die Nationen müßten sich vereinen und die Gefahr abwehren. Der Papst beendete seine Rede, indem er „all denen, die die schwierige und gefährliche Aufgabe übernommen haben, die Ehre Gottes und der Religion zu verteidigen und wiederherzustellen“, seinen Segen erteilte. Damit begann in der ganzen katholischen Welt eine antibolschewistische, gegen die spanische Republik gerichtete Kampagne. Sie bediente sich der gleichen Phrasen und der gleichen Worte, die die faschistische und nazistische Propagandamaschine bis wenige Monate vor dem zweiten Weltkriege täglich gebrauchte.

In Deutschland hatten die Bischöfe auf unmittelbare Weisung des Kardinalstaatssekretärs Pacelli bereits am 30. August 1936 einen Hirtenbrief veröffentlicht, in dem sie die gleichen Gedanken aussprachen und ein furchteinflößendes Bild zeichneten, was geschehen würde, falls die „Bolschewisten“ Spanien eroberten. Unmißverständlich fügten sie hinzu: „Welche Aufgabe damit unserem Volk und Vaterland zufällt, ergibt sich von selbst. Möge es unserem Führer mit Gottes Hilfe gelingen, dieses ungeheuer schwere Werk der Abwehr in unerschütterlicher Festigkeit unter treuester

Mitwirkung aller Volksgenossen zu vollbringen!" (Zitiert nach dem *Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster*, Jahrgang LXX., Nr. 21)

Einige Monate später verlieh der Papst der Kampagne neuen Auftrieb, indem er in einer Rede erklärte, der spanische Bürgerkrieg sei eine „Mahnung, ernster und drohender als alle bisherigen". „Das sind Ereignisse, die mit erschreckender Gewißheit und Deutlichkeit offenbaren und ankündigen, was für Europa und die ganze Welt bevorsteht, wenn man nicht sofort und wirksam zu Schutz- und Heilmitteln greift." (Zitiert nach *Kölner Aktenstücke*, Verlag J. B. Bachem, Köln, 1949, S. 162)

Die deutschen Bischöfe folgten dem päpstlichen Beispiel und veröffentlichten am 3. Januar 1937 einen Hirtenbrief, in dem sie schrieben:

„Geliebte Diözesanen! Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat den Anmarsch des Bolschewismus von weitem gesichtet und sein Sinnen und Sorgen darauf gerichtet, diese ungeheure Gefahr von unserem deutschen Volk und dem Abendland abzuwehren.

Die deutschen Bischöfe halten es für ihre Pflicht, das Oberhaupt des deutschen Reiches in diesem Abwehrkampf mit allen Mitteln zu unterstützen, die ihnen aus dem Heiligtum zur Verfügung stehen. So gewiß der bolschewistische Todfeind der staatlichen Ordnung und zugleich und sogar in erster Linie Totengräber der religiösen Kultur ist und seine ersten Angriffe immer gegen die Diener und Heiligtümer des kirchlichen Lebens richtet, wie die Vorgänge in Spanien aufs neue beweisen ..., so gewiß ist die Mitarbeit an der Abwehr dieser satanischen Macht auch eine religiöse und kirchliche Zeitaufgabe geworden. Den Bischöfen liegt es ferne, die Religion in das politische Gebiet zu tragen oder gar zu einem neuen Krieg aufzurufen. Wir sind und bleiben Sendboten des Friedens und reden als solche den religiösen Menschen ins Gewissen, an der Abwehr der großen Gefahr mitzuwirken mit den Mitteln, die wir die Waffen der Kirche nennen ... Auch wenn wir die Eingriffe in die Rechte der Kirche zurückweisen, werden wir die Rechte des Staates auf staatlichem Gebiet achten und am Werk des Führers auch das Gute und Große sehen ..." (Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Münster, ebenda, Nr. 34)

Was waren denn das für „gerechte Ziele", die Hitler sich zu dieser Zeit vorgenommen hatte? Etwa die, Bomber und Panzer zum Kampf gegen die legale spanische Regierung zu entsenden, unschuldige republikanische Bürger zu morden, ganze Dörfer – wie Guernica – dem Erdboden gleichzumachen und alles zu tun, um den Sieg des Katholiken Franco zu sichern?

In den anderen Ländern war die katholische Kirche nicht weniger eifrig am Werk als in Deutschland. Die katholischen Organisationen und Hierarchien unternahmen eine große Werbekampagne zur Rekrutierung „katholischer Legionäre". Es dauerte nicht lange, da eilten die ersten katholischen Freiwilligenbrigaden Franco zu Hilfe.

Nach all dem, was wir nun wissen, nimmt es uns nicht wunder, daß die erste ausländische Flagge, die über Francos Hauptquartier in Burgos wehte, die päpstliche Flagge war und daß sich Francos Banner schon sehr bald über dem Vatikan entfaltete.

Um zu zeigen, in welchem Ausmaß die katholische Kirche in Spanien mit der Revolte verbündet war, genügt es, eine bezeichnende Feststellung des Kardinals Goma anzuführen:

„Wir befinden uns in völliger Übereinstimmung mit der nationalen Regierung, die niemals einen Schritt unternimmt, ohne vorher meinen Rat einzuholen, und diesen Rat immer befolgt."

Als schließlich die Republik im Frühjahr 1939 zerschlagen war, erklärte Pius XII., man solle Gott danken, daß er „wieder einmal die Hand der göttlichen Vorsehung so offensichtlich über Spanien gehalten hat" (Rundfunkbotschaft vom 17. April 1939), und sandte folgende Botschaft an die Sieger:

„Mit großer Freude wenden Wir Uns an Euch, geliebteste Söhne des katholischen Spaniens, um Euch Unsere väterlichen Segenswünsche für das Geschenk des Friedens und des Sieges zu erteilen. Gott hat es gefallen, das christliche Heldentum Eures Glaubens und Eurer Opferbereitschaft, das sich in so vielen und großmütigen Leiden bewährt hat, mit dem Sieg zu krönen ... die gesunden, mit den Merkmalen edelsten Geistes, mit Großmut und Kühnheit ausgestatteten Kräfte des spanischen Volkes hatten sich gemeinsam erhoben, um die Ideale des Glaubens und der christlichen Zivilisation zu verteidigen, die in Spanien so tief verwurzelt sind. Als Ausdruck der unermeßlichen Dankbarkeit, die Euch von der Unbefleckten Jungfrau und vom Apostel Johannes, dem Schutzheiligen Spaniens, zuteil wird und die Euch alle großen Heiligen Spaniens erweisen, erteilen Wir Euch, Unseren geliebten Söhnen des katholischen Spaniens, dem Haupt des Staates und seiner erlauchten Regierung, dem strebsamen Episkopat und seiner sich selbst verleugnenden Geistlichkeit, den heroischen Kämpfern und allen Gläubigen Unseren Apostolischen Segen."

Franco erwies seinerseits der katholischen Kirche die schuldige Reverenz, da sie „in dem siegreichen Kreuzzug an unserer Seite stand und den Geist der nationalen Armee beflügelte".

Kurz vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges hatte sich somit ein neuer totalitärer Staat zu den faschistischen Diktaturen Europas gesellt. Auf welchen Grundlagen wurde dieses „neue Spanien" errichtet? Auf den religiösen, moralischen, sozialen, ökonomischen und nicht zuletzt politischen Prinzipien der katholischen Kirche. Da die Macht nach Auffassung der katholischen Kirche nicht vom Volk ausgeht, wurde sie in die Hände eines einzelnen gelegt, in die Hände eines absoluten und unkontrollierbaren Herrschers, der damit der Grundpfeiler eines exakt nach dem Muster der Kirche aufgebauten Staates wurde. Wie in der katholischen Kirche, so gab es nun auch in Spanien einen Herrscher, der allein seinem Gewissen verantwortlich war. Seine Macht erstreckte sich auf alle Lebensbereiche der Nation; seine Befehle waren höchstes Gesetz, Widerspruch wurde nicht geduldet. Unter ihm regierten Miniaturdiktatoren als unbeschränkte Herrscher der verschiedenen Ministerien.

Da eine Partei das Recht und die Wahrheit gepachtet hatte, waren alle anderen Parteien schädlich und wurden zerschlagen. Ebenso erging es den

Gewerkschaften. Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und die Freiheit der politischen Meinungsäußerung wurden aufgehoben. Alle Zeitungen, Filme, Rundfunksendungen und Bücher wurden unter Zensur gestellt und „gesäubert“ oder unterdrückt, wenn sie sich nicht zu dem neuen Regime bekannten; andererseits mußte jeder die Bücher lesen, die Filme sehen und die Rundfunksendungen anhören, die die Größe des „neuen Spaniens“, Francos Ideen und sein System verherrlichten. Die katholische Kirche sorgte dafür, daß sich diese Propaganda auch über die Grenzen Spaniens hinaus auf die spanischsprachigen Länder Süd- und Mittelamerikas ausdehnte, denen empfohlen wurde, dem Vorbild des Mutterlandes zu folgen. Ein mächtiges Propagandaministerium – ähnlich dem der *Propaganda Fide* der katholischen Kirche – kontrollierte das gesamte kulturelle und literarische Leben des Landes.

Alle Feinde des Francoregimes wurden in Verwahr genommen. Massenerschießungen fanden statt. Man schätzt, daß Spaniens Gefängnisse noch drei Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges mehr als 1,5 Millionen politische Gefangene beherbergten, von denen Tausende und aber Tausende an die Wand gestellt wurden. Jeder, der auch nur im geringsten des Sozialismus, des Kommunismus oder liberaler Ideen verdächtig war, wurde von der Geheimpolizei, einer würdigen Nachfolgerin der Inquisition, auf Schritt und Tritt überwacht.

Der Katholizismus wurde zur einzig wahren und damit zur Staatsreligion erklärt. Protestantische und andere Bekenntnisse wurden unterdrückt, ihre Geistlichen wurden eingesperrt, viele von ihnen erschossen. Der Staat wurde nach dem in der päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo Anno* vorgeschlagenen Ständesystem aufgebaut; der Religionsunterricht war obligatorisch; die Lehrbücher unterlagen der kirchlichen Überwachung; Lehrer, die nicht die Gottesdienste besuchten, wurden entlassen. Die katholische Kirche erhielt ihre ungeheueren Reichtümer zurück, und der Klerus kam wieder in den Genuß seiner früheren Privilegien und Pfründen.

In den folgenden Monaten unternahmen zahllose „Verteidiger der katholischen Kirche“ aus Dankbarkeit für die Hilfe, die der Papst ihnen geleistet hatte, Pilgerfahrten nach Rom. Im Juni 1939 empfing der Papst 3000 Francosoldaten, die nach Italien gekommen waren, um mit den italienischen Faschisten den Sieg zu feiern. Pius XII. erklärte vor ihnen, daß sie „für den Triumph der christlichen Ideale“ gekämpft und ihm „als Verteidiger des Glaubens unermeßliche Tröstungen gespendet“ hätten, und schloß sie in seinen apostolischen Segen ein.

In den nächsten Jahren besuchten häufig prominente spanische Faschisten in politischer oder diplomatischer Mission den Papst oder den Vatikan. Der Prominenteste unter ihnen war Serrano Suñer, Francos Schwager, ein

Freund Mussolinis und Hitlers. Am 20. Juni 1942 wurde er vom Papst mit dem Großkreuz des Ordens Pius' IX. und, ebenso wie Spanien und General Franco, „*benemerito de la causa de Dios y de la Iglesia*" (*Bulletin of Spanish Studies*, Januar 1943), mit dem päpstlichen Segen ausgezeichnet.

Aber wie in anderen Ländern, so kam es auch in Spanien bald zu einigen Differenzen zwischen Staat und Kirche. Es ging um die gleichen Fragen wie in Nazideutschland, im faschistischen Italien und in anderen europäischen Ländern. Staat und Kirche pochten auf ihre Rechte in Fragen des neuen Staatsaufbaus, und beide erhoben Anspruch auf das alleinige Recht der Jugenderziehung, auf die Besetzung bestimmter Schlüsselstellungen usw. Franco ging einmal sogar so weit, die päpstliche Enzyklika *Mit brennender Sorge* in Spanien zu verbieten, da die Kirche in ihr die Spielart des Totalitarismus rügte, die den Staat über die katholische Kirche stellte. Aber diese Differenzen waren nicht von großem Gewicht und hielten daher keinen der beiden Partner ab, von Jahr zu Jahr enger zusammenzuarbeiten.

Auf außenpolitischem Gebiet folgte Francospanien den Spuren des faschistischen Italiens und Nazideutschlands und verband sich mit ihnen vor allem dann, wenn sich ihre Politik gegen die Sowjetunion oder gegen die Westmächte richtete. Als im September 1939 der zweite Weltkrieg ausbrach, gewährte Spanien, selbst zu schwach, in den Krieg einzugreifen, den faschistischen Mächten jede nur denkbare Hilfe auf militärischem, wirtschaftlichem und diplomatischem Gebiet. Franco hielt Reden, in denen er der Welt verkündete, daß nur Hitlers Sieg Europa retten könne, und rief zur gleichen Zeit pathetisch aus: „Spanien wird sich nie mit einem Lande verbünden, das sich nicht von den Prinzipien des Katholizismus leiten läßt" (1944). Im Juli 1940, als der Sieg Hitlers sicher schien, glorifizierte Franco in seiner Ansprache zum Jahrestag seines Putsches „die deutschen Waffen, die jene Schlachten schlagen, auf die Europa und die Christenheit so lange gewartet haben". In derselben Rede griff er Großbritannien wegen seiner „unmenschlichen Blockade des Kontinents" an und erklärte, „die Freiheit der Seefahrt" sei eine „einzige große Farce". Er riet den USA, sich von Europa fernzuhalten, wandte sich gegen die anglo-amerikanische Wirtschaftshilfe und konstatierte oberpriesterlich, die Alliierten hätten den Krieg bereits ein für allemal verloren. (Sir Samuel Hoare, britischer Sonderbotschafter in Madrid während des zweiten Weltkrieges, in *My Mission to Spain.)*

Am 8. August 1940 berichtete der deutsche Botschafter in Spanien, Stohrer, „streng vertraulich" nach Berlin, er könne mit Sicherheit Spaniens baldigen Kriegseintritt melden. Diesen Worten folgten Taten. Im September 1940 besprach Hitler mit dem spanischen Innenminister Suñer Pläne zur Eroberung Gibraltars. Suñer versicherte Hitler, daß Spanien bereit sei, in den Krieg einzugreifen, sobald der Nachschub an Lebensmitteln und

Rohstoffen für Spanien gesichert sei. Anschließend übergab der spanische Minister Hitler eine persönliche Botschaft Francos, in der der *Caudillo* seine „Dankbarkeit, Sympathie und hohe Wertschätzung" für Hitler zum Ausdruck brachte und ihn seiner „Loyalität von gestern, heute und für alle Zeiten" versicherte. (Nach *Fünfzehn Dokumente über die Kollaboration zwischen den Achsenmächten und Spanien*, herausgegeben vom *US State Department* am 4. März 1946.)

In einem Brief an Hitler vom 22. September 1940 beteuerte Franco abermals seine „unabänderliche und treue Verbundenheit mit Hitler persönlich".

„Ich möchte Ihnen noch einmal meinen Dank für das Angebot der Solidarität aussprechen. Ich versichere Sie meiner unabänderlichen und treuen Verbundenheit mit Ihnen persönlich, mit dem deutschen Volk und mit der Sache, für die Sie kämpfen.

Ich hoffe, zur Verteidigung dieser Sache bald in einer Lage zu sein, die es ermöglicht, die kameradschaftlichen Bande zwischen unseren Armeen zu erneuern."

Gegen Ende des Jahres, als Nazideutschland mit Hilfe des uneingeschränkten U-Boot-Krieges England auszuhungern begann, und in den folgenden Jahren, fast bis ans Ende des Krieges, gewährte Franco den deutschen Unterseebooten in spanischen Häfen die Möglichkeit, Reparaturen auszuführen und Brennstoff aufzunehmen. Das waren Hilfeleistungen, die mit „Neutralität" nicht zu vereinbaren waren.

Es gibt zahllose weitere Dokumente, die beweisen, daß Franco nicht aufhörte, seine Sympathie für Hitler und die nazistische „Neuordnung" zu beteuern. Hier seien nur einige Stellen aus einem Brief angeführt, den er am 26. Februar 1941 an Hitler richtete:

„Ich bin gleich Ihnen der Ansicht, daß die Vorsehung der Geschichte Sie mit mir und mit dem Duce unlöslich verbunden hat. Es war nicht nötig, mich davon erst zu überzeugen. Wie ich Ihnen mehr als einmal mitgeteilt habe, bietet unser Bürgerkrieg von seiner Planung bis zu seinem Ende mehr als einen Beweis dafür." (*Dokumente des US State Department*)

Obwohl Franco bereit war, Hitler zu helfen und an dem neuen, faschistischen Europa teilzuhaben, trat Spanien, wenn es auch manchmal nahe daran war, nicht in den Krieg ein. Die Gründe dafür legte Franco in demselben Brief dar:

„Wir stehen heute auf der gleichen Seite, auf der wir immer gestanden haben, in unveränderlicher Treue und mit der festesten Überzeugung. Sie dürfen keine Zweifel aufkommen lassen über meine absolute Loyalität zu unserer gemeinsamen politischen Konzeption und zu der Vereinigung unseres nationalen Schicksals mit dem Deutschlands und Italiens. Mit der gleichen Loyalität habe ich Ihnen seit Beginn der Verhandlungen unsere wirtschaftliche Situation geschildert. Das ist der einzige Grund, warum es uns bisher nicht möglich war, das Datum des Kriegseintritts zu bestimmen ..." (*Dokumente des US State Department*)

Franco versicherte dann abschließend: „Ich werde immer ein loyaler Anhänger Ihrer Sache sein."

In einer Versammlung von Armeeoffizieren sagte Franco unter anderem:

„Zwanzig Jahre hindurch war Deutschland der Verteidiger der europäischen Zivilisation ...

Wenn die Straßen nach Berlin offen wären, würde nicht nur eine Division Spanier am Kampf teilnehmen, sondern eine Million würden zu Hilfe eilen."

Um zu unterstreichen, daß das keine leeren Worte waren, eröffnete Franco einen Werbefeldzug für die Division, die an der Seite der Nazis am Kampf gegen die Sowjetunion teilnehmen sollte. Da sich aber nur wenige Freiwillige meldeten, wurden „ganze Einheiten dienender Truppenteile zu der Division (der ‚Blauen Division') überstellt, ohne daß die dazu ausersehenen Männer die Möglichkeit hatten, sich zu entscheiden" *(Sir Samuel Hoare)*. Ein Verband in Stärke von etwa 17 000 Mann mit einer Luftwaffenabteilung zu zwei oder drei Staffeln wurde aufgestellt. Die Bischöfe und Priester segneten die Legionäre, versuchten in ihnen Begeisterung für ihre „heilige Aufgabe" zu wecken und übergaben den „heldenhaften katholischen Kreuzfahrern gegen die Roten" geweihte Medaillons.

Hitler und Franco vereinbarten ferner, auf spanischen Werften deutsche U-Boote zu bauen und Ausbildungsstützpunkte für U-Boot-Besatzungen in Spanien einzurichten (Angaben von *Mr. Sidney Alderman*, USA-Staatsanwalt am Nürnberger Internationalen Gerichtshof, am 27. November 1945). Gleichzeitig verfolgte Franco aufmerksam, was im Fernen Osten geschah, und übermittelte den Japanern bei militärischen Erfolgen regelmäßig seine Glückwünsche.

Francos Zusammenarbeit mit den Nazis dauerte bis zum Zusammenbruch Nazideutschlands – und darüber hinaus. Sie ging so weit, daß das katholische Spanien Francos, als Hitlers Selbstmord bekannt wurde, offiziell und inoffiziell – wenn auch längst nicht so provokatorisch wie das katholische Irland de Valeras – sein Beileid zum Tod des Führers und zum Zusammenbruch des Naziregimes ausdrückte. Während nach dem Krieg die Demokratien in Worten und mit den Mitteln der Diplomatie die letzte große faschistische Diktatur in Europa verurteilten, fuhr die spanische Hierarchie unter der Führung ihres Primas fort, Franco zu segnen und zu unterstützen. „Die Kirche unterstützt in der Tat den Rat des Staates, Gehorsam gegenüber der Obrigkeit zu üben. Möge die Stunde des Weltfriedens zugleich die Stunde des inneren Friedens für Spanien sein", erklärte der Erzbischof von Toledo und Primas von Spanien, Dr. Pla y Deniel, im Herbst 1945 als Antwort auf den diplomatischen Boykott des Francoregimes durch Großbritannien, die USA und die Sowjetunion und angesichts des wachsenden illegalen Kampfes des spanischen Volkes.

Die katholische Hierarchie ging noch weiter. Sie erklärte durch den Mund des Erzbischofs Gonzales über den Vatikansender:

„Wir richten unsere Augen auf Mutter Iberia und danken Gott, daß er uns seine Gnade hat zuteil werden lassen ... Dank der göttlichen Vorsehung hat Spanien seine jugendlichen Kräfte wiedererlangt ... es ist segensreich, zu sehen, wie echt und gesund sich Spaniens Wiederaufstieg auf sozialem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet vollzieht und vor allem im Bereich des Glaubens, dem Fels der katholischen Kirche, seinem Fundament ... Die spanische Nation ist ein Verteidiger der Wahrheit geworden und verdient Gottes Unterstützung."

Auch Franco betonte immer wieder, das neue Spanien verdiene Gottes Unterstützung. Auf einer Zusammenkunft von Priestern und Mitgliedern der falangistischen Frauenorganisation am 12. September 1945 sagte er: „Ich denke, die Schlacht wurde zu unseren Gunsten entschieden, weil die anderen gegen Gott sind, aber wir sind seine Soldaten."

Wie verträgt sich aber diese Behauptung mit der Tatsache, daß die Anzahl der „Soldaten Gottes" ständig vermehrt werden muß, um das rebellische, dem faschistischen Regime zu 90 Prozent feindlich gesinnte Volk niederzuhalten? Manchem skeptischen Leser geben vielleicht folgende Zahlen einiges zu denken: Am Ende des zweiten Weltkrieges verfügte Francospanien als einziges noch bestehendes faschistisches Land Europas über die stärkste faschistische Armee in der Welt und die stärkste Polizeimacht. Beide mußten ständig vergrößert werden, um die Spanier in der Zwangsjacke des Katholizismus und des Faschismus zu halten. 1940 erhielt die Falange, die faschistische Partei Spaniens, staatliche Zuschüsse in Höhe von 10 Millionen Peseten, 1941 waren es 14 Millionen, 1942 142 Millionen, 1943 154 Millionen, 1944 164 Millionen und am Ende des zweiten Weltkrieges mehr als 192 Millionen. Die Staatspolizei erhielt 1940 950 Millionen Peseten, 1941 1001 Millionen, 1942 1325 Millionen, 1943 1089 Millionen, 1944 1341 Millionen und 1945 1475 Millionen Peseten.

Das Gesamtbudget der Republik Spanien betrug 1936 weniger als die Summen, die Franco in einem Jahr allein für Armee, Marine und Luftwaffe auswarf. Für die Polizei gab er in demselben Zeitraum ebensoviel Geld aus, wie eine Armee von einer Million Mann benötigt. Nach Kriegsende reichten selbst diese Kräfte zur „Aufrechterhaltung des inneren Friedens" nicht mehr aus. Franco rief daher mit wärmster Unterstützung der Kirche von neuem die sogenannten *Somates*, eine Art Miliz, ins Leben. Die Unterstützung Gottes genügte nicht mehr, das faschistische Musterland Spanien mußte sich auf handfestere Grundlagen stützen, um sich weiter als „Verteidiger der Wahrheit" aufspielen zu können. Aber was machte das schon? Hauptsache, die von der Kirche gesteckten Ziele wurden erreicht; und die katholische Kirche erreichte gleich zwei Ziele auf einmal: die Vernichtung ihrer geschworenen Feinde und den gewaltsamen Aufbau eines Staatswesens auf katholischer autoritärer Grundlage. Sie erlangte unumschränkte Gewalt über das spanische Volk.

KAPITEL IX Italien, der Vatikan und der Faschismus

Die feindselige Einstellung der katholischen Kirche zum vorfaschistischen Italien – Der Vatikan verbietet den Gläubigen, am politischen Leben in Italien teilzunehmen – Der Ausbruch des ersten Weltkrieges – Die „rote Gefahr“. Die Geburt einer katholischen Partei – Unsicherheit innerhalb der Kirche – Das erste Auftauchen einer faschistischen Partei – Die Wahl des neuen Papstes Pius XI. – Die neue Politik des Vatikans: Die katholische Partei wird fallengelassen – Die Allianz mit dem Faschismus – Frühe geheime Verbindungen des Vatikans mit dem faschistischen Regime – Die ersten Früchte der neuen Allianz – Der Vatikan befiehlt den Führern der katholischen Partei, zurückzutreten, um das faschistische Regime zu stärken – Die endgültige Auflösung der katholischen Partei – Die Verhandlungen über eine offizielle Allianz zwischen der katholischen Kirche und dem Faschismus – Die Lateranverträge. Der Vatikan erhält den Status eines unabhängigen Freistaates – Das Konkordat. Der Katholizismus wird die offizielle Religion des faschistischen Italiens – Der Vertrag über gegenseitige Hilfe zwischen Kirche und Staat – Streitigkeiten zwischen der Kirche und dem Faschismus – Die Kirche preist und unterstützt Mussolini – Die erste faschistische Aggression: der Abessinienkrieg – Der Papst an der Seite des faschistischen Italiens – Die katholische Kirche ruft die Italiener auf, die Aggression zu unterstützen – Der Plan des Vatikans, im Gefolge der faschistischen Legionen die Abessinier zu bekehren – Der spanische Bürgerkrieg. Mussolini, die katholische Kirche in Italien und der Papst – Cianos Bakterienkrieg – Der Tod Pius' XI. – Die Wahl eines neuen Papstes – Pius XII. – Die Vertreibung der Juden – Der Überfall auf Albanien – Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges – Die Bemühungen des Papstes, Italien aus dem Krieg herauszuhalten – Mussolini tritt in den Krieg ein – Der Papst und die italienische Hierarchie unterstützen den neuen Krieg – Der Plan des Vatikans, dem Sturz Mussolinis zuvorzukommen und den Ausbruch einer Volksrevolution in Italien zu verhindern – Die Verbündeten des Vatikans: die italienische Monarchie, Großbritannien und die USA – Erzbischof Spellman – Der Zusammenbruch des faschistischen Regimes – Der Erfolg des ersten großen Gegenzugs des Vatikans nach dem zweiten Weltkrieg – Der Vatikan bereitet sich auf die Zukunft vor – Die Gründung neuer katholischer Parteien.

Im Jahr 1922 soll während der Wahl des Papstes Pius XI. ein atheistischer italienischer Redner in einer großen Menschenmenge auf dem Platz vor Sankt Peter gesagt haben:

> „Seht euch an, wieviel Menschen hier sind! Aus aller Herren Ländern sind sie gekommen! Woran liegt es, daß die Politiker, die die Nationen regieren, nicht das unermeßliche Gewicht dieser internationalen Kraft, dieser weltweiten Glaubensmacht erkennen?“ (Teeling, *The Pope in Politics*)

Der Mann, der dies gesagt hatte, kam noch in demselben Jahr zu Amt und Würden. Er errichtete nach Grundsätzen, die dann vielen europäischen Ländern als Vorbild dienten, die erste faschistische Diktatur. Die Allianz zwischen Pius XI. und Mussolini beeinflußte in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen nicht nur die soziale und politische Situation Italiens, sondern

ebenso die der meisten anderen Länder Europas. Die Tatsache, daß der Faschismus in einem katholischen Lande geboren wurde und seinen Weg gerade im Zentrum des römischen Katholizismus begann, war weder ein Zufall noch eine Laune der Geschichte. Wohl waren verschiedene Faktoren sozialer und wirtschaftlicher Art dafür verantwortlich, aber nicht zuletzt auch die Beteiligung und die Hilfe des Vatikans.

Bevor wir uns die weitere Entwicklung ansehen, wird es zweckmäßig sein, die Bedingungen zu untersuchen, unter denen der Faschismus entstand. Hierzu ist es vor allem erforderlich, sich über die Rolle des Vatikans im sozialen und politischen Leben des vorfaschistischen Italiens Klarheit zu verschaffen. Die Geschichte der Beziehungen zwischen Staat und Vatikan im vorfaschistischen Italien ist, ebenso wie im Falle Spaniens, die Geschichte einer bitteren Feindschaft zwischen Staat und Kirche. Der Staat versuchte die katholische Kirche in ihre Schranken zu weisen, während die Kirche mit allen Mitteln danach strebte, die Privilegien zu behaupten oder wiederzugewinnen, auf die sie Anspruch erheben zu müssen glaubte. Es war der gleiche Kampf, den wir bereits in Spanien beobachteten und den wir in vielen anderen europäischen Ländern feststellen werden, der Kampf zwischen der katholischen Kirche und dem vom Liberalismus und von den demokratischen Prinzipien des 19. Jahrhunderts getragenen Staat. Dieser Kampf nahm in Italien weit härtere Formen an als in jedem anderen Land, weil Italien seine nationale Einheit nicht erringen konnte, ohne die Besitztümer des päpstlichen Staates zu enteignen.

Das italienische Volk war – vor allem in Süd- und Mittelitalien – gewohnt, daß die Kirche praktisch alle Lebensgebiete kontrollierte. In den päpstlichen Besitzungen war der Prozentsatz des Analphabetentums, der Unwissenheit und des Elends einer der höchsten in ganz Europa. Nach der nationalen Einigung Italiens machte sich die italienische Regierung daran, Ordnung im Lande zu schaffen, und ließ sich dabei von den Grundsätzen des Liberalismus leiten. Sie säkularisierte das Erziehungswesen und die Presse, verkündete Redefreiheit und Freiheit des religiösen Bekenntnisses und unternahm andere ähnliche Schritte. Die katholische Kirche bekämpfte jede dieser Maßnahmen mit ungewöhnlicher Schärfe. Sie erklärte allen Gläubigen, der Liberalismus sei eine Sünde, und drohte jedem mit ewiger Verdammnis, der seine Stimme für den Säkularstaat erhob.

Die Kirche bezog diese Haltung nicht nur wegen des säkularen Charakters des neuen Italiens, sondern auch wegen der Rechtsansprüche, die der Papst nach wie vor auf seine Besitztümer geltend machte. Deshalb waren der Staat und alle Italiener, die ihn unterstützten, Feinde der Kirche, solange der Papst nicht Mittelitalien und Rom vom Staat zurückerhielt; aber das hätte die Einigung Italiens verhindert. Von dieser Haltung ließ sich der

Vatikan nicht abbringen, obwohl die italienische Regierung wiederholt ihre Bereitschaft erklärte, auf dem Verhandlungsweg die strittigen Fragen freundschaftlich zu klären.

Hält man sich vor Augen, wann und wie die Kirche diesen unablässigen Krieg gegen den Staat führte, so muß man die Bedingungen, die der Staat der Kirche anbot, mehr als großzügig nennen. Aber der Vatikan verfolgte mit seinem Starrsinn ganz andere Ziele. Er wollte dem neuen italienischen Staat fortwährend Schwierigkeiten bereiten, um ihn eines Tages zu beseitigen und an seine Stelle das klerikale katholische Regime der Vergangenheit zu setzen. Der Vatikan erreichte dadurch, daß er die „römische Frage offenließ" – wie es damals hieß –, daß Millionen italienischer Bürger dauernd in Konflikt mit der Regierung und ihren Gesetzen gerieten. Diese von der Kirche künstlich erzeugte Opposition großer Teile des Volkes zu ihrem Staat machte es den Regierenden unmöglich, sich auf ein Mandat der Mehrheit des Volkes zu berufen und drastischere Reformen im Rahmen des Säkularisationsprogramms durchzusetzen. Darüber hinaus verbot der Vatikan allen Italienern, sich aktiv am demokratischen Leben der Nation zu beteiligen und von ihrem neuerworbenen Wahlrecht Gebrauch zu machen. Pius IX. verkündete ein *Non expedit*, das heißt, er untersagte den Gläubigen bei Strafe der Exkommunikation, sich an den Wahlen zu beteiligen. Da aber Millionen Italiener dem Befehl nicht Folge leisteten und die Kirche verließen, mußte Leo XIII. 1886 eine neue Weisung erteilen, nach der es den Gläubigen nicht gestattet war, ihre Stimme abzugeben.

Diese eklatante Einmischung in das politische Leben des Landes war in Wirklichkeit nur ein verzweifelter Versuch des Vatikans, die Säkularisation Italiens zu behindern und die liberalen und alle anderen antiklerikalen und revolutionären Kräfte, die im ganzen Land immer mehr Anhänger fanden, zu schwächen. Der Vatikan hielt den anmaßenden Anspruch, den Italienern das Wählen zu verbieten, auch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts aufrecht. 1905 wurde das Verbot etwas gemildert, und in den Wahlen von 1904, 1909 und 1913 traten erstmals katholische Kandidaten auf. Aber endgültig aufgehoben wurde der Bann erst nach dem ersten Weltkrieg. Der Vatikan tat dies keineswegs aus demokratischen Erwägungen – die veränderten Umstände und der Volkswille hatten ihn dazu gezwungen. Zu Tausenden hatte die Bevölkerung die Kirche verlassen, insgesamt waren die antiklerikalen Tendenzen seit dem ersten *Non expedit* hundertfach stärker geworden. Der Sozialismus und der Anarchismus hatten zu Beginn des Jahrhunderts auf der ganzen Halbinsel Fuß gefaßt und vor dem ersten Weltkrieg dort bereits beachtlichen politischen Einfluß gewonnen.

Als durch Italiens Kriegseintritt Millionen Italiener in die Schützengräben und Fabriken geschickt wurden, nahm der Sozialismus an Einfluß

zu. Die unmittelbar nach dem Krieg einsetzenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Unruhen trugen ebenfalls dazu bei, die Reihen seiner Anhänger rasch zu vermehren. Der Vatikan suchte verzweifelt nach Mitteln, die „rote Flut“ einzudämmen. Die Bannflüche des Papstes und die Predigten der Bischöfe und Priester reichten ebensowenig wie die Ergebenheit der rückständigen Volksschichten aus, dieser Bewegung Herr zu werden. Es mußte etwas geschehen, was mehr der Zeit entsprach. So entschloß sich der Vatikan, wenn auch schweren Herzens, allen Katholiken die Teilnahme am politischen Leben zu gestatten, und rief sie auf, sich in einer katholischen Partei zu organisieren. Diese Partei wurde von einem sizilianischen Priester, Don Sturzo, gegründet und geführt und nannte sich *Partito Popolare*.

Die neue katholische Partei entwickelte sich rasch und fand Anhänger in ganz Italien. Sie wurde eine beachtliche politische Macht, ein Gegengewicht gegen die Sozialisten, die im Jahre 1919 von 3 500 000 Wahlberechtigten 1 840 593 für sich gewonnen hatten. 1920 hatten die Sozialisten in 2 163 Städten und Dörfern die Gemeindeverwaltung in ihrer Hand. Die katholische Partei, die sich vor allem auf die ländlichen Bezirke stützte, wurde jedoch ein ernsthafter Gegner der wachsenden revolutionären Kräfte.

1921 errangen die Sozialisten, obwohl sie sich gespalten hatten, 1 569 533 Stimmen und die Kommunisten 291 952, dazu kamen Hunderttausende antiklerikal eingestellte Liberale. Obwohl der Vatikan also ein politisches Mittel gefunden zu haben glaubte, mit dessen Hilfe er den Vormarsch der Linken unter Kontrolle halten konnte, hatte er sich noch nicht entschieden, welche Politik er unter den gegebenen Umständen einschlagen sollte. Es gab zwei Strömungen: Die eine befürwortete die Bekämpfung des Kommunismus auf politischem und sozialem Gebiet, die andere forderte drastischere Maßnahmen.

Die Anhänger der zweiten Richtung schoben sich in den Vordergrund, als eine neue Partei die Szene betrat. Sie wurde von einem Exsozialisten, Exrepublikaner und Atheisten geführt, war militant antisozialistisch, antibolschewistisch, antiliberal und antidemokratisch und predigte und praktizierte Gewalttätigkeiten im großen Stil. Ihre Anhänger waren meist Desperados, die sich in Banden organisierten, Sozialisten überfielen, mordeten und plünderten. Sie nannten sich *Partito Fascista*, ihr Führer hieß Mussolini.

Alle Elemente, die eine soziale Revolution fürchteten oder fürchten zu müssen glaubten – von den extremen Nationalisten und den Industrieherren bis zu den Mittelklassen –, unterstützten diese Partei. Ein Kardinal beobachtete die neue Bewegung sehr aufmerksam. Sein Interesse galt

weniger ihrem Programm – der Bewegung gehörten zahlreiche antiklerikale Kräfte an – als vielmehr ihrem Charakter. Diese Partei konnte die Feinde der Kirche mit Waffen bekämpfen, die die Kirche selbst nicht anwenden durfte, wollte sie nicht ihr Gesicht verlieren – mit den Waffen der Gewalt. Der Name dieses Kardinals war Ratti.

Im Jahre 1922, als sich die sozialistische und die katholische Partei etwas gefestigt hatten und die zwei großen Parteien des Landes geworden waren, starb Benedikt XV. Kardinal Ratti, der das Auftreten der Faschisten mit so großem Interesse verfolgt hatte, wurde unter dem Namen Pius XI. zum Papst gewählt.

Pius XI. haßte den Sozialismus und hegte keinerlei Sympathien für die Demokratie. Mit ihm begann eine neue Ära in der vatikanischen Politik. Er unterstützte die faschistische Partei bereits vor ihrem „Marsch auf Rom".

Pius XI. befahl die Auflösung aller katholischen Parteien nicht nur in Italien, sondern in ganz Europa, weil sie nach seiner Meinung den Sozialismus auf Grund der einfachen Tatsache nicht zerschlagen konnten, daß es in einem demokratischen Staat bestimmte politische Freiheiten gibt. Außerdem trafen täglich im Vatikan alarmierende Nachrichten über ein weiteres Anwachsen der sozialistischen Bewegung in Italien und anderen Ländern ein. Neue, drastische Maßnahmen schienen geboten. So kam es, daß der Vatikan, als die Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen worden waren, die italienische Hierarchie am 22. Oktober 1922 in einem Schreiben aufforderte, sich nicht mit der katholischen Partei zu identifizieren, sondern neutral zu bleiben. Eine solche Weisung konnte zu diesem Zeitpunkt nur den Sinn haben, die Koalitionsbestrebungen der katholischen Partei zu hintertreiben.

Das war die erste Tat des neuen Papstes, sie war darauf gerichtet, dem Faschismus den Weg zu ebnen. Am 28. Oktober 1922 übernahmen die Faschisten nach der Farce eines sogenannten „Marsches auf Rom" auf Grund eines Angebots des Königs Viktor Emanuel die Macht.

Einige Monate später, am 20. Januar 1923, begann der Kardinalstaatssekretär Gasparri geheime Besprechungen mit Mussolini. Der Kardinal machte den Handel zwischen dem Vatikan und dem Faschismus perfekt. Die katholische Kirche verpflichtete sich, das neue Regime zu unterstützen, indem sie die katholische Partei ausschaltete, die den Faschisten ebenso im Wege stand wie der Sozialismus. Als Gegenleistung verpflichtete sich Mussolini, dem viel an diesem Verbündeten lag, seine Politik der Vernichtung des Sozialismus fortzusetzen, die Rechte der katholischen Kirche zu gewährleisten und sie auch sonst zu unterstützen. Die „römische Frage" wurde bei diesen Verhandlungen ebenfalls berührt.

Die erste Frucht der neuen Allianz war ein großer Dienst, den Mussolini dem Vatikan leistete.

Die Bank von Rom, der hohe Würdenträger des Vatikans und der Heilige Stuhl selbst Teile ihres Vermögens anvertraut hatten, stand vor dem Bankrott. Mussolini rettete die Bank. Das kostete den italienischen Staat ungefähr 1,5 Milliarden Lire. Als Dank dafür ertönten bald darauf aus dem Munde hoher Vertreter des Vatikans Lobsprüche zu Ehren des Faschistenführers. Am 21. Februar 1923 pries Kardinal Vannutelli, der Vorsitzende des Heiligen Kardinalskollegiums, Mussolini öffentlich „wegen seiner energischen Hingabe an die Sache seines Landes" und erklärte, der Duce sei „auserkoren, die Nation zu retten und ihr Glück wiederherzustellen". Zur gleichen Zeit waren faschistische Banden dabei, Mitglieder der katholischen Partei zu überfallen und zu ermorden. Die katholische Partei rief auf, dem Terror der Faschisten, dem auch katholische Priester zum Opfer fielen (so unter anderem im August 1923 der Pfarrer Don Minzoni), Einhalt zu gebieten. Der Papst hätte keine Minute gezögert, den Zorn Gottes auf die Häupter der Mörder zu laden, wenn es Kommunisten gewesen wären. Da es aber die von ihm protegierten Faschisten waren, verhielt er sich still und äußerte nicht ein einziges Wort des Protestes.

Ungerührt verfolgte der Papst den einmal gewählten Weg der Zusammenarbeit mit dem Faschismus. Im Frühjahr 1923 wollte Mussolini die Abgeordnetenkammer zwingen, einer Wahlrechtsreform zuzustimmen, die der faschistischen Partei künftig wenigstens zwei Drittel aller Stimmen gesichert und dadurch zur Ausschaltung des Parlaments geführt hätte. Ein Erfolg in dieser Frage wäre der erste Schritt zur Errichtung der offenen Diktatur gewesen. Alle demokratischen Kräfte, voran Don Sturzo, das Haupt der katholischen Partei, und 107 katholische Abgeordnete, weigerten sich, der Vorlage zuzustimmen und bekämpften sie aufs äußerste. Dieser Widerstand gefährdete Mussolinis Pläne, eine Diktatur zu errichten, und brachte die neue vatikanische Politik, die darauf zielte, den Faschisten den Weg zu einem autoritären Staat frei zu machen, in Gefahr.

Der Papst verlor keine Zeit. Wenige Wochen nach dem Aufflackern des katholischen Widerstandes, am 9. Juni 1923, erhielt Don Sturzo vom Vatikan den entschiedenen Befehl, zurückzutreten und die Partei nach Möglichkeit sogar aufzulösen. Don Sturzo beugte sich dem Befehl, obwohl er anfangs entschlossen war, sich zu widersetzen; aber er war nicht nur der Führer der katholischen Partei, sondern zugleich katholischer Priester. Die katholische Partei wurde nicht sofort aufgelöst, war aber durch den Verlust ihres Gründers und Führers empfindlich getroffen. Das erste ernsthafte

Hindernis der Faschisten auf dem Vormarsch zur offenen Diktatur war durch den Papst aus dem Weg geräumt worden.

Unmittelbar darauf inszenierten höchste Vertreter der katholischen Hierarchie – vor allem jene, die die politischen Pläne des neuen Papstes kannten – eine schon ans Enthusiastische grenzende Propagandakampagne für Mussolini.

Diese Kampagne erreichte ihren Höhepunkt, als eine der Säulen der katholischen Kirche, ein Anhänger der neuen päpstlichen Politik, in einer öffentlichen Rede den Segen des Allmächtigen für die faschistischen Führer erflehte, sie mit Dank überschüttete, daß sie die Feinde der Kirche vernichtet hätten, und den Exatheisten feierlich umarmte und ihn auf beide Wangen küßte (Kardinal Mistrangelo, Erzbischof von Florenz, am 19. Juni 1923).

Ein Jahr später wurde der Führer der Sozialisten, Matteotti, ein erbitterter Gegner Mussolinis, auf Weisung des Duce von Faschisten ermordet. Die Entrüstung im ganzen Land war so stark, daß das Regime dem Sturz nahe war. Sämtliche Abgeordneten verließen aus Protest das Parlament und forderten vom König die Absetzung Mussolinis.

Wieder eilte der Vatikan dem Faschistenführer zu Hilfe. Als die Sozialisten und die Katholiken von neuem verhandelten, um eine feste Koalition gegen die Faschisten zustande zu bringen, warnte Papst Pius XI. alle Gläubigen vor einer Allianz mit den Sozialisten einschließlich deren gemäßigtem Flügel. Er erklärte, das Moralgesetz verbiete streng eine solche Allianz, jede Zusammenarbeit mit dem Teufel sei eine Sünde. Der Papst verschwieg dabei wohlweislich, daß in Belgien wie in Deutschland die Sozialdemokraten und die Katholiken mit Einverständnis des Vatikans seit Jahr und Tag zusammenarbeiteten. Um sein Zerstörungswerk zu vollenden, befahl der Vatikan allen Priestern, aus der katholischen Partei auszutreten. Das bedeutete praktisch die Auflösung des *Partito Popolare*, da in den ländlichen Bezirken, auf die sich die Partei vor allem stützte, die Pfarrer die Politik machten.

Aber der Papst gab sich damit nicht zufrieden, er rief eine neue Bewegung ins Leben, die Katholische Aktion, und unterstellte sie unmittelbar den Bischöfen.

Offiziell war der Katholischen Aktion streng untersagt, sich mit Politik zu befassen, richtiger müßte es jedoch heißen, es war ihr verboten, etwas zu unternehmen, was dem Faschismus schaden konnte. Papst Pius XI. forderte alle Katholiken auf, sich der neuen Organisation anzuschließen. Er veranlaßte dadurch Hunderttausende, die Reihen des *Partito Popolare* zu verlassen, und setzte auf diese Weise die dezimierte Partei den pausenlosen Schlägen der triumphierenden Faschisten aus.

Diese Taktik des Vatikans gegenüber der von ihm selbst gegründeten Partei dauerte von 1923 bis Ende 1926, also bis zu ihrer Auflösung durch Mussolini. Die faschistische Bewegung hatte erreicht, was sie von Anfang an erstrebt hatte – die Errichtung der Diktatur.

Es war kein Zufall, daß Pius XI. und Mussolini gerade um diese Zeit die Verhandlungen begannen, die zum Abschluß der Lateranverträge führten.

Der Vatikan und die neue Diktatur bedachten einander häufig mit öffentlichen Lobsprüchen. Die gelegentlichen Zwistigkeiten – meistens hervorgerufen durch Überfälle der Faschisten auf katholische Gläubige – konnten das gute Einvernehmen kaum stören.

Die folgenden beiden Zitate mögen noch einmal zusammenfassend zeigen, wie die katholische Kirche zum Faschismus in der Zeit der Festigung seiner Diktatur Stellung nahm. Am 31. Oktober 1926 erklärte Kardinal Merry del Val öffentlich:

„Mein Dank gilt auch ihm (Mussolini), der die Zügel der italienischen Regierung fest in den Händen hält und der mit klarem Blick für die Realität wünschte und wünscht, daß die Religion respektiert, geehrt und ausgeübt wird. Sichtbar von Gott beschützt, hat er weise die Geschicke der Nation zum Guten gewendet und ihr Ansehen in aller Welt gestärkt."

Und der Papst erklärte am 20. Dezember 1926 vor der Weltöffentlichkeit: „Mussolini wurde uns von der göttlichen Vorsehung gesandt."

Solche öffentlichen Segnungen durch den Papst (zufällig war der Papst einer der ersten, der Mussolini nach dem Scheitern eines gegen ihn gerichteten Attentats beglückwünschte), die dauernde Unterstützung durch den Vatikan und vor allem die Hilfe durch die Liquidierung der katholischen Partei zu einem Zeitpunkt, als sie in der Lage gewesen wäre, Mussolini den Weg zur Alleinherrschaft zu verlegen, hatten es den Faschisten ermöglicht, die Diktatur zu errichten, die seit 1922 das Ziel der päpstlichen Politik war.

Die Liberalen und die Sozialisten, die 1926 bei der letzten Wahl noch mehr als 50 Prozent aller Stimmen erhalten hatten, wurden verboten, ihre Zeitungen wurden unterdrückt, ihre Führer wurden verhaftet oder emigrierten. Die Gefahr der „roten Flut" schien gebannt, die Kirche hatte sich dank ihrer Allianz mit einem starken autoritären Regime in Sicherheit gebracht.

Nachdem alle inneren Feinde vernichtet waren, gingen die Kirche und der Faschismus daran, ihre Beziehungen weiter zu verbessern. Denn trotz der in der Praxis bereits bewährten Allianz machte es sich notwendig, die Interessensphären durch einen offiziellen Vertrag abzugrenzen. Häufig kam es noch zu Zusammenstößen zwischen Faschisten und Katholiken und zu antiklerikalen Demonstrationen. Ein Konkordat war am besten geeignet, die Atmosphäre zu reinigen. Dem Papst lag aber an diesem Punkt der

Entwicklung viel mehr daran, die Frage der päpstlichen Besitztümer zu klären. Mussolini, der bereits proklamiert hatte, daß die Religion zu respektieren sei, war sowohl mit einem Vertrag als auch mit einem Konkordat einverstanden, denn er saß trotz seiner Erfolge noch nicht sehr fest im Sattel. Viele frühere Mitglieder des *Partito Popolare* und viele einfache Gläubige mißtrauten ihm und verweigerten ihm trotz der unmißverständlichen Weisungen des Vatikans ihre Unterstützung. Man brauchte daher etwas, womit man an die Gefühle der Katholiken appellieren konnte. Was wäre besser dazu geeignet gewesen als eine offizielle, feierliche Allianz zwischen Kirche und Staat, etwas, was die demokratischen Regierungen seit einem halben Jahrhundert nicht zustande gebracht hatten? Ein Vertrag und ein Konkordat konnten das Regime so stärken, daß es nur durch eine gewaltige soziale Revolution zu stürzen war. Sie mußten nicht nur zu einer inneren Festigung des Regimes führen, sondern auch das Ansehen des Faschismus und seines politischen Systems in der ganzen Welt heben.

Die Verhandlungen begannen – nicht zufällig – nach der Auflösung der katholischen Partei im Jahre 1926 und wurden 1929 mit der Unterzeichnung der sogenannten Lateranverträge abgeschlossen.

Wir haben über diese Verträge bereits im zweiten Kapitel gesprochen. Der Vatikan wurde durch sie als unabhängiger und souveräner Staat anerkannt; das faschistische Regime verpflichtete sich, dem Vatikan als Entschädigung für die Enteignung der päpstlichen Besitztümer die ungeheure Summe von 750 Millionen Lire zu zahlen und ihm fünfprozentige Obligationen im Nennwert von 1000 Millionen Lire zur Verfügung zu stellen. Die Lösung der „römischen Frage“ wurde von der katholischen Kirche und ihren Gläubigen in der ganzen Welt begrüßt, das Ansehen des Faschismus wuchs überall sprunghaft.

Aber der Vatikan erreichte noch ein anderes, nicht weniger wichtiges Ziel: Er schloß mit dem italienischen Staat ein Konkordat, das der katholischen Kirche Italiens alle ihre Rechte zurückgab, entsprechend der katholischen Lehre, daß Staat und Kirche einander wie Leib und Seele ergänzen müssen und daher nicht getrennt sein dürfen. Der Katholizismus wurde zur Staatsreligion erklärt; in allen Schulen mußte katholischer Religionsunterricht erteilt werden; die Lehrer durften ihr Amt erst nach Bestätigung durch die Kirche ausüben und nur solche Lehrbücher benutzen, die „von den kirchlichen Stellen genehmigt“ waren; die kirchliche Trauung wurde wieder obligatorisch; das „Sakrament der Ehe“ wurde den Bestimmungen des kanonischen Rechts untergeordnet; das bedeutete das Verbot der Ehescheidung; die Geistlichkeit und die religiösen Orden erhielten staatliche Zuschüsse; antikirchliche Bücher, Presseerzeugnisse und Filme wurden verboten; Kritik oder Beleidigung des Katholizismus waren strafbare

Handlungen – kurz, die Kirche wurde wieder in ihre Stellung als absolute Glaubensmacht der Nation eingesetzt.

Aber dem Vatikan genügte auch das noch nicht. Er untersagte allen Geistlichen, von denen eine Minderheit unter Führung des früheren Vorsitzenden der katholischen Partei nach wie vor dem Faschismus feindlich gegenüberstand, eine politische Partei zu unterstützen. Das machte es jedem Priester unmöglich, sich einer antifaschistischen Bewegung anzuschließen. Wenn man bedenkt, daß alle Geistlichen dem unmittelbaren Befehl des Vatikans, also eines Verbündeten des Faschismus, unterstanden, so wird der Sinn dieser Vertragsklausel rasch klar.*

Andererseits erkannte das faschistische Regime die Katholische Aktion an, deren „Tätigkeit zur Verbreitung und Ausübung der katholischen Lehre außerhalb aller politischen Parteien und in unmittelbarer Abhängigkeit von der Hierarchie der katholischen Kirche zu erfolgen hat".

Der Sinn dieser Klausel, die es der Geistlichkeit und der Katholischen Aktion untersagte, an einer politischen Bewegung teilzunehmen, kam im Artikel 20 des Konkordats von 1929 unmißverständlich zum Ausdruck.

* Als in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg, nach der Zerschlagung des Faschismus, wieder politische Parteien zugelassen wurden, befahl der Vatikan allen Katholiken, sich aktiv am politischen Leben des Landes zu beteiligen. Die Angst, daß die sozialistischen und kommunistischen Kräfte die Macht erringen könnten, war so groß, daß der Vatikan den Bischöfen und Priestern in ganz Italien die Order erteilte, in ihren Predigten alle Gläubigen nicht nur zur Erfüllung ihres Wahlrechts anzuhalten, sondern ihnen auch zu raten, der neuen katholischen Partei (Christlich-Demokratische Partei) ihre Stimme zu geben, um den alten Feinden der Kirche, den Sozialisten und Kommunisten eine Niederlage zu bereiten.

Im März 1946 verabschiedete die italienische beratende Nationalversammlung den Artikel 66 des Wahlgesetzes, der den Priestern verbot, in der Kirche politische Angelegenheiten zu behandeln. Das war *de facto* nichts anderes als der Artikel 43 des 1929 mit Mussolini geschlossenen Konkordats, der es jedem italienischen Geistlichen untersagte, eine politische Partei zu unterstützen. Was der Vatikan unter dem Faschismus gutgeheißen hatte, erregte jetzt seinen Zorn. Pius XII. erklärte am 16. März 1946, daß „die Geistlichkeit die Laien auch in zivilen Fragen, die Fragen des Glaubens und der Moral einschließen, leiten muß", und fuhr fort: „Es ist ein wesentliches Recht und eine Pflicht der Kirche, die Gläubigen in Wort und Schrift alles zu lehren, was den Glauben und das moralische Verhalten betrifft. Die Ausübung des Wahlrechts birgt eine schwerwiegende moralische Verantwortung in sich, insofern es bei der Wahl darum geht, jene zu wählen, die dem Land seine Verfassung und seine Gesetze geben sollen." Der *Osservatore Romano* nannte den Artikel 66 des Wahlgesetzes „offensiv, unfair, ungerecht und unnütz". Unter dem Druck der Christlich-Demokratischen Partei wurde dieser Artikel faktisch aufgehoben. Trotzdem errangen bei den Gemeindewahlen 1946 die Christlichen Demokraten nur in 1907 von 5614 Gemeinden die Mehrheit, die Sozialisten und Kommunisten eroberten 1887 Gemeinden. In den Gemeinden, in denen auf Grund des Verhältniswahlrechts gewählt wurde, errangen die Katholiken 992509, die Kommunisten 738651 und die Sozialisten 734120 Stimmen.

Dieser Artikel enthielt den Treueschwur, den die italienischen Bischöfe dem faschistischen Staat zu leisten hatten. Er lautete:

„Vor Gott und seinen heiligen Offenbarungen schwöre und verspreche ich anläßlich meiner Ernennung zum Bischof, dem italienischen Staat die Treue zu halten. Ich schwöre und verspreche, den König und die Regierung, die entsprechend der verfassungsmäßigen Grundlage des Staates gebildet wurde, zu achten und sie von der mir unterstellten Geistlichkeit achten zu lassen. Ich schwöre und verspreche, daß ich mich an keinen Beratungen oder Übereinkünften beteiligen werde, die dem italienischen Staat und der öffentlichen Ordnung Schaden zufügen könnten, und ich werde auch der mir unterstellten Geistlichkeit nicht erlauben, daran teilzunehmen. Ich werde mich um das Wohlergehen und die Interessen des italienischen Staates bemühen und mich befleißigen, allen Gefahren entgegenzutreten, die ihn bedrohen könnten."

Wie man sieht, unternahm der Vatikan alles, um die Geistlichkeit an den faschistischen Staat zu binden. Er war daran interessiert, die Bischöfe zu Kettenhunden des faschistischen Regimes zu machen.

Die Kirche wurde die religiöse Waffe des faschistischen Staates, und der faschistische Staat wurde der weltliche Arm der Kirche. Der Vatikan erntete die Früchte seiner neuen Politik – die systematische Verfolgung seiner großen Feinde: Säkularismus, Liberalismus, Freimaurerei, Sozialismus Kommunismus und Demokratie und die Wiedereinsetzung der katholischen Kirche in ihre Position als vorherrschende Glaubensmacht des Landes.

Mussolini äußerte nach der Unterzeichnung des Konkordats:

„Wir billigen der katholischen Kirche den Vorrang im religiösen Leben des italienischen Volkes zu – eine Tatsache, die in einem katholischen Land wie dem unsrigen und unter der Herrschaft des Faschismus ganz natürlich ist."

Gleichzeitig begann Mussolini mit Zustimmung des Papstes die katholischen politischen Zeitungen und Zeitschriften zu zensieren, da sich die katholische Presse nach dem Konkordat nur noch mit religiösen Angelegenheiten befassen durfte. Mussolini brüstete sich öffentlich, in den ersten drei Monaten nach Abschluß des Vertrages mehr katholische Zeitungen enteignet zu haben als in den sieben Jahren zuvor.

Der Papst verkündete am 13. Februar 1929 aller Welt, Mussolini sei „von der göttlichen Vorsehung" auserwählt, sich mit ihm zusammenzusetzen. Er fügte hinzu, die Lateranverträge und das Konkordat wären nicht möglich gewesen, wenn nicht „auf der anderen Seite ein Mann wie der Ministerpräsident gestanden hätte". Am 17. Februar 1929 applaudierte die päpstliche Aristokratie und Hierarchie anläßlich eines Empfanges im Vatikan, als Mussolini in einem Film auf der Leinwand erschien. Am 9. März 1929 erklärten die Kardinäle in einer Botschaft an den Papst, daß „der bedeutende Staatsmann" Italien „im Auftrag der göttlichen Vorsehung" regiere. Zur Krönung des Ganzen befahl der Vatikan allen Priestern, zum Abschluß der täglichen Messe „für den König und den Duce" zu beten.

Eine engere Allianz zwischen Kirche und Staat als die zwischen dem Vatikan und dem faschistischen Regime war kaum denkbar. Trotzdem blieb auch dieses Verhältnis nicht ungetrübt. Da beide, Kirche und Staat, totalitär waren, gerieten sie trotz aller Übereinstimmung im Grundsätzlichen ernsthaft in Streit. Beide beanspruchten die unumschränkte und alleinige Kontrolle über bestimmte Gebiete des gesellschaftlichen Lebens, vor allem über die Jugenderziehung. Pius XI. behauptete, die katholische Kirche müsse auf Grund des Konkordats größeren Anteil an der Erziehung der Jugendlichen haben als bisher, und die Katholische Aktion habe sich ausschließlich nach den Weisungen der kirchlichen Stellen zu richten. Mussolini aber wollte die Kontrolle über das Erziehungswesen und die Katholische Aktion in seine Gewalt bringen. Der Streit nahm so ernste Formen an, daß Pius XI. die Enzyklika *Non Abbiamo Bisogno* nur auf Umwegen außer Landes bringen konnte. In ihr verurteilte der Papst keineswegs den Faschismus, wenn es auch später immer wieder von kirchlicher Seite beteuert wurde, er verdammte lediglich die Gewaltmaßnahmen der Faschisten gegen die Katholische Aktion und die faschistischen Erziehungsgrundsätze, die darauf zielten, den Staat über alles zu stellen, auch über die katholische Kirche. In derselben Enzyklika dankte der Papst dem faschistischen Regime für alles, was es der katholischen Kirche gegeben hatte:

„Wir werden Uns immerfort dankbar an das erinnern, was zum Nutzen der Religion in Italien geschehen ist, selbst wenn die Wohltaten, die daraus der Partei und dem Regime erwuchsen, nicht geringer, ja vielleicht noch größer gewesen sind."

Im weiteren gestand der Papst, er habe den Faschismus in einem Maß begünstigt, daß „manche" erstaunt gewesen seien und den Gedanken geäußert hätten, der Vatikan sei bei dem Kompromiß mit dem faschistischen Regime zu weit gegangen. Er schrieb dann:

„Wir haben nicht nur von formalen und ausführlichen Verurteilungen Abstand genommen, sondern sind sogar zu der Überzeugung gelangt, daß Kompromisse möglich sind. Wir haben daher Kompromisse begünstigt, die andere als unannehmbar ansahen. Es ist nicht Unsere Absicht, die Partei und das Regime zu verurteilen ... Wir sind bestrebt, nur jene Dinge im Programm und in der Tätigkeit der Partei zu verdammen, die im Gegensatz zur katholischen Lehre und Praxis stehen." (Pius XI., Enzyklika *Non Abbiamo Bisogno*, 1931)

Der Papst gab zu, daß die faschistische Eidesformel, weil sie den Lehren der Kirche widerspreche, verurteilt werden müsse, beschwichtigte aber zugleich das Gewissen jedes Katholiken, indem er erklärte, die Gläubigen sollten, wenn die Kirche auch den Eid verdamme, dem Duce doch Gefolgschaft schwören. Sie täten dies am besten so, daß sie den Eid mit der *reservatio mentalis* leisteten, nichts „gegen die Gesetze Gottes und seiner Kirche zu tun". Die staatlichen Stellen, die den Eid entgegennähmen, wüßten von

diesem „geistigen Vorbehalt“ nichts. So schworen Hunderttausende Katholiken ohne Bedenken dem Faschismus treue Gefolgschaft, da ihre höchste religiöse Autorität, der Papst, ihnen versichert hatte, sie könnten das ohne Gewissensbisse tun.

Deutlicher konnte die Entschlossenheit der katholischen Kirche, das faschistische Regime trotz aller Meinungsverschiedenheiten zu stützen, kaum zum Ausdruck gebracht werden. Wir werden noch sehen, daß die katholische Kirche den deutschen Katholiken ähnliche Ratschläge bezüglich der Unterstützung Hitlers erteilte. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten kamen sich Kirche und Staat allmählich wieder näher und arbeiteten später offener denn je zusammen.

Den ersten Schritt in dieser Richtung unternahm Mussolini, als er im Juni 1931 erklärte:

„Ich wünsche überall in diesem Land die Religion zu sehen. Man soll die Kinder den Katechismus lehren ..., wie jung sie auch sein mögen ...“

Mussolini konnte es sich leisten, so zu reden. Die katholische Kirche war nach allem, was sich ereignet hatte, nur zu bereit, mit den Faschisten in den Schulen, in den Lagern und in den faschistischen Jugendheimen, in denen die Kinder vor jeder Mahlzeit ein Tischgebet aufsagen mußten, zusammenzuarbeiten. Folgendes Gebet wurde von der Kirche verfaßt und verbreitet:

„Duce, ich danke dir, daß du mir die Möglichkeit gegeben hast, gesund und kräftig aufzuwachsen. Lieber Gott, beschütze den Duce, damit er unserem faschistischen Italien lange erhalten bleibt.“ (*New York Times*, 20. Januar 1938. Siehe auch *Towards the New Italy*, von T. L. Gardini, S. 195.)

Höchste kirchliche Würdenträger begannen wieder, das Loblied des Duce zu singen. Kardinal Gasparri, der päpstliche Legat in Italien, erklärte im September 1932:

„Die faschistische Regierung Italiens bildet die einzige Ausnahme in der politischen Anarchie der Regierungen, Parlamente und Schulen der ganzen Welt ...

Mussolini hat als erster das Chaos klar vorausgesehen, das gegenwärtig in der Welt herrscht. Er bemüht sich jetzt, die schwerfällige Regierungsmaschinerie auf den rechten Pfad zu führen, damit sie in Übereinstimmung mit den moralischen Gesetzen Gottes arbeitet.“

Schließlich war die Zeit reif zur offiziellen Versöhnung. Am 11. Februar 1932 betrat Mussolini feierlich den Petersdom und kniete zum Gebet nieder. Von nun an war das Schicksal der Kirche eng mit dem des Faschismus verbunden. Die im Lateranvertrag vorgesehenen finanziellen Abkommen besiegelten die Allianz. Annähernd die Hälfte der Summe, die der Staat an den Vatikan zu zahlen hatte, gewährte er in Regierungsobligationen. Der Papst verpflichtete sich, diese Obligationen auf Jahre hinaus nicht zu verkaufen.

Dadurch hing das finanzielle Wohl des Vatikans weitgehend von der Erhaltung des Faschismus ab.

In den folgenden zwei Jahren, als das italienische Volk, vor allem seine Jugend, dem doppelten Bombardement der religiösen und der faschistischen Propaganda ausgesetzt war, arbeiteten Faschisten und Kirche Hand in Hand. So hatten die Schulbücher in den Grundschulen zu einem Drittel religiösen Inhalt – Katechismus, Gebete usw. –, die anderen zwei Drittel bestanden aus Lobreden auf den Faschismus und den Krieg. Priester und Faschistenführer arbeiteten eng zusammen. Papst und Duce bedachten einander weiter mit Lobreden und wurden „zwei gute Kameraden", die sich bemühten, „das Glück des Volkes zu mehren".*

Aber Mussolini, der alles andere als ein gläubiger Christ war, hatte den Petersdom keineswegs mit seiner Anwesenheit beehrt, weil ihm plötzlich eine Erleuchtung gekommen war. Er hatte einen Plan, zu dessen Verwirklichung er die Hilfe der katholischen Kirche brauchte. 1935 begann die erste der brutalen Aggressionen, die schließlich zum zweiten Weltkrieg führten: Das faschistische Italien überfiel Abessinien.

Es ist nicht unsere Aufgabe, darüber zu streiten, ob Italien übervölkert war oder nicht, ob es sich einen „Platz an der Sonne" erkämpfen mußte oder nicht. Uns interessiert hier vor allem, welchen Anteil der Vatikan als der engste Verbündete des Faschismus an dieser Aggression hatte. Die Faschisten versuchten ihre Aggression mit der angeblichen Notwendigkeit einer Expansion zu rechtfertigen. Dies war jahrelang ihre Hauptpropagandathese. Im Sommer 1935, als sich Mussolinis Absicht, Abessinien anzugreifen, immer klarer abzeichnete, wurde diese Kampagne verstärkt. Aber die faschistische Version zur Bemäntelung des Krieges wurde von der italienischen Bevölkerung mit großer Skepsis aufgenommen und fand bei ihr wenig Begeisterung. Da eilte der Papst dem Regime wieder zu Hilfe und mißbrauchte

* Die Allianz der katholischen Kirche mit dem faschistischen Regime ging so weit, daß manche Priester von der faschistischen Partei Geld erhielten, um faschistische Ideen zu propagieren. Andere wurden sogar Agenten der faschistischen Geheimpolizei, der OVRA, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes. Hier zwei typische Beispiele: Der Erzbischof von Gorizia – Monsignore Margotti – erhielt von Mussolini monatlich eine Summe von 10 000 Lire für die Unterstützung des faschistischen Regimes. Nach dem Krieg wurde er von jugoslawischen Partisanen zum Tode verurteilt, aber auf eine alliierte Intervention hin begnadigt und lediglich aus seiner Diözese verbannt (März 1946). Als er einige Monate später zurückkehrte – man hatte ihm großzügig die Erlaubnis erteilt –, wurde er von den italienischen und den jugoslawischen Kommunisten heftig angegriffen. Er exkommunizierte darauf seine Ankläger und das Redaktionskollegium der Zeitung, die ihn angegriffen hatte (Juni 1946). Ehrwürden Pucci, früher römischer Korrespondent der Nachrichtenagentur NCWC, war ein Agent der OVRA. Sein Name stand auf einer offiziellen Liste von 600 OVRA-Leuten, die im Juli 1946 im amtlichen italienischen Bulletin veröffentlicht wurde.

von neuem seine Autorität in Glaubensfragen für politische Zwecke. Er beruhigte jene italienischen Katholiken, denen Zweifel gekommen waren, ob sie die vom Duce geplante Aggression unterstützen könnten, und erklärte am 27. August 1935, als die Kampagne der Kriegsvorbereitungen auf Hochtouren lief, daß ein Verteidigungskrieg zum Zweck der Expansion einer wachsenden Bevölkerung durchaus gerecht und richtig sein könne.

Diese Äußerung des Papstes war der erste von zahlreichen Schritten, mit denen der Vatikan nicht nur vor dem Inland, sondern auch vor dem Ausland, vor allem aber vor dem Völkerbund, der in erster Linie berufen war, die Aggression zu vereiteln, den faschistischen Überfall zu rechtfertigen suchte. Am 5. September 1935, an dem Tag, an dem der Völkerbund das Abessinienproblem zu behandeln begann, fand in Teramo ein nationaler Eucharistischer Kongreß statt, an dem der päpstliche Legat, 19 Erzbischöfe, 57 Bischöfe und Hunderte anderer Würdenträger der katholischen Kirche Italiens teilnahmen.

Man kann darüber streiten, ob dieses Zusammentreffen reiner Zufall war. Gewiß aber war es kein Zufall, daß die in Teramo versammelten Säulen der katholischen Kirche Italiens gerade zu der Zeit eine Botschaft an Mussolini richteten, als er von der gesamten Weltöffentlichkeit scharf angegriffen wurde. In der Botschaft hieß es: „Das katholische Italien betet für die wachsende Größe seines geliebten Vaterlandes und schart sich geschlossener denn je um Ihre Regierung."

Nicht genug damit, warf der Papst selbst zwei Tage später, als die Abessiniendebatte im Völkerbund ihren Höhepunkt erreichte, das Gewicht seiner Autorität zugunsten des Faschismus in die Waagschale. Er tat dies auf Grund zweier Überlegungen: Einmal wollte er dem Faschismus helfen, unter den unwilligen Italienern nationalistische Begeisterung für den bevorstehenden Krieg zu wecken, zum anderen wollte er die Verhandlungen im Völkerbund beeinflussen, indem er den zahlreichen katholischen Delegierten der vielen katholischen Länder den Hinweis gab, nicht gegen das faschistische Italien zu stimmen. Denn, so erklärte der Papst, obgleich er für den Frieden bete, wünsche er doch, daß „die Hoffnungen und Rechte ... des italienischen Volkes befriedigt und in Gerechtigkeit und Frieden anerkannt ... werden".

Am nächsten Tag, als die päpstlichen Worte noch in den Ohren der katholischen Gläubigen und der katholischen Nationen nachklangen, erklärte der Duce vor aller Welt, daß das faschistische Italien den Frieden wünsche, aber nur für einen Frieden sein könne, der auf Gerechtigkeit beruhe. Von da an verstärkte die faschistische Propaganda, sekundiert von der katholischen Kirche, ihre Paukenschläge zu einem Fortissimo. Am 3. Oktober 1935 überschritten italienische Truppen die abessinische Grenze.

Ein Schrei der Entrüstung war die Antwort aus allen Teilen der Welt auf diese Schandtat der Faschisten, nur der Papst rührte sich nicht. Ein katholischer Schriftsteller schrieb später darüber: „Die ganze Welt verdammte Mussolini, nur der Papst nicht." (Teeling, *The Pope in Politics*, S. 129)

Das italienische Volk nahm die Nachricht des Überfalls trotz der Propaganda wenig begeistert auf. Die Faschisten versuchten ihm einzureden, daß die Welt nicht wegen des Überfalls gegen Italien sei; man wolle vielmehr Italien in wirtschaftlicher Sklaverei halten. Unter dem fortwährenden Druck dieser Propaganda und der katholischen Kirche begann die italienische Bevölkerung das faschistische Abenteuer Schritt für Schritt zu unterstützen.

Die faschistischen Führer schwangen auf Straßen und Plätzen laute Reden, und die Bischöfe und Priester predigten mit dem gleichen Ziel in den Kirchen. Sie forderten vom Volk, den Duce zu unterstützen. Als Mussolini an die italienischen Frauen appellierte, ihre Gold- und Silberringe dem Staat zu spenden, riefen die Priester die Frauen auf, soviel wie nur irgend möglich zu opfern. Viele Bischöfe und Geistliche gingen sogar den Frauen voran und stellten den Faschisten den Juwelen- und Goldschatz der Kirche zur Verfügung. Sie boten sogar Kirchenglocken an.

So erklärte der Bischof von San Miniato eines Tages, die Geistlichkeit sei „bereit, das Gold und die Glocken der Kirche für den Sieg des faschistischen Italiens einzuschmelzen". Der Bischof von Siena grüßte und segnete „Italien, unseren großen Duce, unsere Soldaten, die für den Sieg der Wahrheit und der Gerechtigkeit kämpfen".

Der Bischof von Nocera ließ einen Hirtenbrief in allen Kirchen seiner Diözese verlesen, in dem es hieß: „Als italienischer Bürger halte ich diesen Krieg für gerecht und heilig." Der Bischof von Cività Castellana dankte in Anwesenheit Mussolinis dem Allmächtigen, daß er „es mir vergönnt, diesen historischen und ruhmreichen Tag zu erleben, der unsere Einheit und unseren Glauben besiegelt".

Der Kardinalerzbischof von Mailand, Schuster, versuchte, dem Krieg gegen Abessinien den Charakter eines Kreuzzuges zu verleihen, und sagte: „Die italienische Flagge bringt in diesem Augenblick im Triumph das Kreuz des Christentums nach Äthiopien, um den Weg für die Befreiung der Sklaven frei zu machen und das Land unserer Missionspropaganda zu öffnen." (Siehe T. L. Gardini, *Towards the New Italy*, S. 183)

Der Erzbischof von Neapel mißbrauchte sogar das Bild der Madonna, das in einer großen Prozession von Pompeji nach Neapel getragen wurde, für die Kriegspropaganda. Veteranen, Kriegerwitwen, Kriegswaisen und Faschisten zogen hinter dem Madonnenbild her. Gleichzeitig warfen faschistische Militärflugzeuge Flugblätter ab, in denen die Jungfrau, der Faschismus und der abessinische Krieg in einem Atemzug verherrlicht wurden.

Zum Abschluß der Prozession erteilte der Kardinalerzbischof, auf einem Panzer stehend, der erregten Menge feierlich den Segen.

Solche Dinge geschahen überall in Italien. Professor Salvemini von der Harvarduniversität hat festgestellt, daß wenigstens 7 italienische Kardinäle, 29 Erzbischöfe und 61 Bischöfe die Aggression sofort unterstützten. Und das alles im Zeichen des Konkordats von 1929, das den Bischöfen und Priestern jede politische Betätigung streng untersagte.

Der Vatikan machte bei der Unterstützung der faschistischen Aggression keineswegs an den Grenzen Italiens halt. Die Hilfeleistung wurde auch im Ausland organisiert. Die katholische Presse in aller Welt, selbst in Ländern wie Großbritannien und den Vereinigten Staaten, erging sich in Lobreden über das faschistische Italien. So schrieb der *Catholic Herald:*

„Die Sache der Zivilisation verlangt gegenwärtig die Stabilität des faschistischen Regimes in Italien... Das faschistische Regime hat viel für Italien getan... Trotz seines Antiklerikalismus... hat es die katholische Religion begünstigt."

Das Haupt der katholischen Kirche in England äußerte:

„Um es klar zu sagen: Die bestehende faschistische Herrschaft, obwohl in mancherlei Hinsicht ungerecht, ... verhinderte schlimmeres Unrecht, und wenn der Faschismus, den ich grundsätzlich nicht gutheiße, dort untergehen sollte, könnte nichts das Land vor dem Chaos bewahren. Gottes Sache würde mit ihm untergehen." *(Catholic Times*, 18. Oktober 1935)

Zur Krönung des Ganzen erklärte der Papst am 12. Mai 1936, als die Abessinier unterworfen waren, daß er teilhabe an der „triumphierenden Freude des ganzen großen und guten Volkes über den Frieden, der, wie man hoffen und annehmen darf, ein wirksamer Beitrag, ein Vorspiel für den wahren Frieden Europas und der Welt sein wird".

Den faschistischen Armeen in Abessinien folgten die Priester. Missionare, Nonnen und katholische Organisationen begannen, die religiösen Vorstellungen der Abessinier auszurotten und sie durch den Katholizismus zu ersetzen. Denn die italienische Flagge hatte, wie sich der Kardinalerzbischof von Mailand vor der Öffentlichkeit ausdrückte, „den Weg ... für unsere Missionspropaganda frei gemacht". Der Erzbischof von Tarent äußerte, als er auf einem Unterseeboot eine Messe zelebrierte: „Der Krieg gegen Äthiopien sollte als heiliger Krieg angesehen werden, als ein Kreuzzug"; ein italienischer Sieg werde „Äthiopien, das Land der Ungläubigen und Schismatiker, dem katholischen Glauben öffnen".

Der faschistische Überfall auf Abessinien versetzte dem Völkerbund den ersten der schweren Schläge, die schließlich zu seinem Tode führten und den Frieden der Welt zerstörten. Es war der Beginn des großen Abenteuers, das der Faschismus – Italiens, Deutschlands und anderer Nationen – unternahm, um in engem Bündnis mit dem Vatikan die Weltherrschaft zu erringen.

Wenige Monate nach der ersten faschistischen Aggression flackerte ein zweiter Brandherd auf, diesmal in Europa. Am 16. Juli 1936 brach auf der Iberischen Halbinsel der spanische Bürgerkrieg aus.

Die Rolle Mussolinis bei der Vorbereitung und Durchführung des Francoputsches haben wir bereits untersucht. Der Vatikan mobilisierte die spanische Hierarchie, um Franco unmittelbar zu helfen, und die italienische, um Mussolinis Hilfe für Franco zu verstärken. Wir können uns hier darauf beschränken, an einigen Beispielen zu zeigen, mit welcher Begeisterung die katholische Kirche zu dieser Zeit Mussolini huldigte.

Anfang Januar 1938 baten 60 Erzbischöfe und Bischöfe und 2000 Priester nach einer Feierlichkeit auf dem Lande, von Mussolini empfangen zu werden. Sie marschierten mit Kirchenfahnen an der Spitze des Zuges zum Grab des Unbekannten Soldaten und zum Ehrenmal der „in der faschistischen Revolution gefallenen Helden". Als sie schließlich vor dem Duce standen, brachen sie in lauten Beifall aus. Der Erzbischof von Undino verlas eine Botschaft, in der es unter anderem hieß: „... Duce, möge Gott Sie beschützen! Wir alle richten unser Gebet an Ihn, damit Er Ihnen hilft, alle Schlachten zu gewinnen, die Sie so weise und energisch für den Wohlstand, die Größe und den Ruhm des christlichen Roms, ... des Zentrums der Christenheit, der Hauptstadt des römischen Imperiums, führen."

Anschließend verlas ein Geistlicher eine Erklärung, die zuvor von der Versammlung gebilligt worden war. Sie brachte wiederholt den Willen der Erzbischöfe, Bischöfe und Priester zum Ausdruck, mit dem faschistischen Regime zusammenzuarbeiten, und versprach Unterstützung „sowohl bei der Weizenkampagne als auch bei der Eroberung des Imperiums ..., damit Italien geistig, wirtschaftlich und militärisch darauf vorbereitet ist, seinen Frieden gegen alle Feinde seiner imperialen Macht zu verteidigen". Die Erklärung endete: „Möge der Segen des Himmels über Sie kommen. Die Geistlichkeit Italiens erfleht für Ihre Person, für Ihr Werk als Gründer des Imperiums und des faschistischen Regimes den Segen des Herrn. Duce, die Priester Christi erweisen Ihnen ihre Ehrerbietung und schwören Ihnen Treue."

Die Geistlichen riefen im Sprechchor: „Duce, Duce, Duce." Als Mussolini schließlich das Wort ergreifen konnte, erklärte er, die Zusammenarbeit zwischen der katholischen Kirche und dem Staat habe für beide Seiten Früchte getragen. Er sprach „mit dem Gefühl tiefster Dankbarkeit" von der „wirksamen Mitarbeit des Klerus im abessinischen Krieg, ... wobei ich vor allem an die Beispiele von Patriotismus denke, die viele italienische Bischöfe zeigten, als sie ihr Gold den örtlichen Stellen der faschistischen Partei überbrachten, und an die Priester, die den Widerstandswillen und die Kampfbereitschaft des italienischen Volkes stärkten". Die Erzbischöfe und

Bischöfe brachen von neuem in begeisterten Beifall aus und riefen abermals im Sprechchor: „Duce, Duce, Duce." (*Corriere della Sera* vom 10. Januar 1938)

Zu der Zeit, als der spanische Bürgerkrieg in sein kritisches Stadium getreten war, schickte der italienische Klerus Gebete gen Himmel, die Mussolini helfen sollten, die von ihm „so weise und energisch unternommenen Schlachten" zu gewinnen. Zur gleichen Zeit ermordeten faschistische Agenten systematisch italienische Bürger, die bereit waren, als Freiwillige die spanische Republik zu verteidigen (zum Beispiel Fratelli Rosselli), und arbeiteten mit illegalen französischen Faschisten (*Les Cagoulards*) zusammen, um den Nachschub für die Republik zu sabotieren. In einem Gerichtsverfahren gegen führende italienische Faschisten, das im Januar 1945 in Rom stattfand, wurde festgestellt, daß sich die faschistische Regierung damit beschäftigt hatte, durch Einschleppung von Bakterienkulturen Krankheiten und Seuchen unter den republikanischen Truppen zu verbreiten.

„Graf Ciano, Mussolinis Schwiegersohn, war der Hauptanstifter einer ganzen Serie von Morden, Schiffsuntergängen und Zugunglücken. Er organisierte eine Verschwörung, die Krankheitsbazillen während des spanischen Bürgerkrieges ... unter den Regierungsanhängern verbreiten sollte.

Emanuele erwähnte, daß in Marseille ein Individuum, inzwischen als Capitano Betrognami der italienischen Geheimpolizei entlarvt, Bakterienkulturen erwarb; sie sollten in Verpflegungstransporte nach Barcelona eingeschmuggelt werden." (*Daily Telegraph* vom 1. Februar 1945)

Von 1936 bis zum Ende des spanischen Bürgerkrieges herrschten zwischen Kirche und Staat harmonische Beziehungen. Gelegentliche Differenzen hatten keine tiefen Wurzeln und dienten lediglich zur Verschleierung dieses Teufelsbundes. So protestierte der Papst zum Beispiel gegen einige antisemitische Gesetze, weil sie auch die Heirat mit christlichen Juden verboten, stellte aber im gleichen Atemzug ausdrücklich fest:

„Wir erklären offen, daß nach Gott Unsere Würdigung und Unser Dank vor allem jenen hochgestellten Persönlichkeiten gilt; Wir meinen den sehr ehrenwerten Souverän und seine unvergleichlichen Minister ... nichts liegt Uns ferner als der Gedanke, einen Streit zu beginnen." (*Papst Pius XI. in seiner Weihnachtsbotschaft 1938*)

Wenige Monate später starb Pius XI. Kardinal Pacelli wurde am 12. März 1939 zum neuen Papst gewählt und nahm den Namen Pius XII. an.

Der Thronwechsel des höchsten geistlichen Würdenträgers der katholischen Kirche änderte nichts an der Einstellung des Vatikans zum Faschismus. Warum auch? Der neue Papst hatte ja bereits zehn Jahre lang die Außenpolitik des Vatikans geleitet und war vor allem, wie wir noch sehen werden, an der Machtergreifung Hitlers maßgeblich beteiligt. Er unterschied sich von seinem Vorgänger lediglich darin, daß er ein geschickterer Diplomat war.

Als der neue Papst sein Amt antrat, erließ Mussolini ein Dekret über die Ausweisung von mehr als 69 000 Juden aus Italien. Pius XII. schwieg dazu. Einige Wochen später überfiel das faschistische Italien Albanien. Der Papst protestierte, aber nicht etwa, weil die Faschisten heimtückisch in ein Land eingebrochen waren, sondern weil sie die Aggression an einem Karfreitag begonnen hatten.

Ende April 1939 empfing der Papst eine Botschaft, die so geheim war, daß er sie – nach Angaben seines Biographen Rankin – nur seinem Staatssekretär zu lesen gab. Darauf begann im Vatikan eine „fieberhafte Aktivität". Eine diplomatische Unterredung, vor allem mit den Vertretern Polens, Frankreichs und Deutschlands, jagte die andere. Wenige Wochen zuvor hatte Hitler seinen tödlichen Schlag gegen die Tschechoslowakei geführt. Der Sturm des Krieges näherte sich mit rasender Geschwindigkeit. Am 1. September 1939 überfiel Hitlerdeutschland Polen, zwei Tage später erklärten Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg.

Der Papst machte einige Friedensangebote, aber ohne Erfolg. Als Polen zerschlagen war, legte sich eine unheilschwangere Stille über Europa. Pius XII. hofierte weiterhin das faschistische Regime in Italien. Zum Abschluß des schicksalsschweren Jahres überraschte er die Welt durch eine einmalige Geste: Er empfing den König und die Königin feierlich im Vatikan und erschien kurz darauf im Quirinal zum Gegenbesuch. Der Papst wünschte aus verschiedenen Gründen, das faschistische Italien aus dem Krieg herauszuhalten: Er wollte nicht, daß sich die Feindseligkeiten ausdehnten und sich die Situation hinsichtlich der Westmächte komplizierte, solange eine Friedenschance bestand; weiter lag ihm daran, daß Italien erst dann in den Krieg eingriff, wenn er sich gegen die Sowjetunion richtete; schließlich hätte sich ja die katholische Kirche auch in einer wenig beneidenswerten Lage befunden, wenn der Faschismus in Italien infolge einer militärischen Niederlage oder durch eine Revolution im Innern zusammengebrochen wäre.

Unmittelbar nach dem Angriff Deutschlands auf Polen brachte der Vatikan der italienischen Regierung sein Wohlwollen zum Ausdruck, daß Italien neutral geblieben war. Graf Ciano erzählte Frater Tacchi Venturi – einem jesuitischen Mittelsmann zwischen Mussolini und dem Vatikan –, daß es Italiens Absicht sei, sich aus dem Kriege herauszuhalten; am 29. Februar 1940 erklärte er dem päpstlichen Nuntius in Italien: „Ich habe den Eindruck, daß eine große Offensive bevorsteht ... Deutschland wird große Anstrengungen unternehmen, uns in den Krieg hineinzuziehen." (*Das Friedenswerk des Heiligen Stuhls in Italien*, herausgegeben vom Vatikan im Juni 1945)

Am 24. April 1940 richtete der Papst ein Handschreiben an Mussolini, in dem er ihn bat, dafür zu sorgen, daß Italien nicht in den Krieg

hineingezogen würde. Unterdessen bereitete Hitler den Angriff auf den Westen vor und schickte Ribbentrop nach Rom, um den Vatikan über den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion zu beschwichtigen Als Hitler die Niederlande und Belgien okkupierte, protestierte der Papst in milder Form. Er schrieb an den belgischen König und an die niederländische Königin, daß er die willkürliche Besetzung ihrer Länder mißbillige.

Hitler forderte daraufhin Mussolini auf, den Papst zum Schweigen zu bringen. Der Duce kam diesem Verlangen durch Androhung von Repressalien und unter Berufung auf den Artikel 24 des Lateranvertrages nach. Der *Osservatore Romano*, das offizielle Organ des Vatikans, hörte in der Tat auf, politische Artikel zu veröffentlichen.

Die erste Mitteilung über den Entschluß der italienischen Regierung, in den Krieg einzugreifen, gab der faschistische Unterstaatssekretär am 22. Mai 1940 dem Erzbischof Borgongini-Duca. Sie wurde am 28. Mai von Graf Ciano wiederholt. Einige Wochen später, am 10. Juni 1940, als Frank reich bereits am Boden lag, ließ Mussolini seine Truppen in Südfrankreich einrücken und zog auf diese Weise Italien in den Krieg. Wieder schlug sich die katholische Kirche unverhüllt auf die Seite des Faschismus. Neun Tage nach der Kriegserklärung äußerte der Papst auf einem Empfang einiger Hundert neuverheirateter Paare, es sei „ihr Pflicht, für das Land zu beten, das, durch den Schweiß und das Blut der Vorfahren fruchtbar geworden, nunmehr erwartet, daß seine Söhne ihm treulich dienen“.

Am 4. September 1940 wandte sich der Papst an 5000 Mitglieder der Katholischen Aktion und ermahnte sie, bereit zu sein, ihr Leben für das Vaterland zu opfern.

Als Mussolini Griechenland überfiel, hüllte sich der Papst in Schweigen und enthielt sich jeder Verurteilung dieser neuen Aggression. Zwei Tage später jedoch, am 30. Oktober, gewährte er 200 italienischen Armeeoffizieren in Uniform, „den Repräsentanten der italienischen Armee“, eine Audienz und erklärte, es sei ihm eine besondere Ehre, Männer zu segnen, „die ihrem geliebten Vaterland in Treue und mit Liebe dienen“ Am 4. Februar 1941 empfing er 50 deutsche Fliegeroffiziere und 200 italienische Soldaten, alle in Uniform, und stellte fest, daß er „glücklich ist, sie zu begrüßen und zu segnen“.

Im Mai 1941 empfing Pius XII. den Herzog von Spoleto am Vorabend seiner Ausrufung zum König von Kroatien. Einen Tag nach der Zeremonie erschien eine kroatische Delegation beim Papst, angeführt von dem faschistischen Diktator Kroatiens, Ante Pavelić, von eben jenem Pavelić, der in Frankreich wegen seiner Teilnahme an der Ermordung des Königs von Jugoslawien (1934) zum Tode verurteilt worden war.

Am 13. August 1941 empfing Pius XII. 3000 italienische Gläubige und 600 italienische Soldaten. Vor ihnen erklärte er: „Wie viele Heldentaten legen heute auf den Schlachtfeldern, in der Luft und auf den Meeren von jener Seelenstärke ein glänzendes Zeugnis ab, welche die Todesgefahren mutig auf sich nimmt... Gerade in den Sturmgewittern des Krieges kommen Stunden und Augenblicke lichtvoller Bewährung, in denen sich häufig unvermutete Großtaten von solch heldenhaften Seelen offenbaren, die alles, selbst das Leben, opfern für die Erfüllung der vom christlichen Gewissen vorgeschriebenen Pflichten." (Zitiert nach dem *Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster*, Jahrgang LXXV, Nr. 16)

Trotz allem mußte sich der Papst bei der Ermunterung der faschistischen Soldaten Zurückhaltung auferlegen. Er wußte, daß Millionen Katholiken in den Ländern der Alliierten seine Worte und Taten wachsam verfolgten. Aber was der Papst selbst nicht sagen konnte, das sagte die Kirche. Sie war eins mit dem Faschismus, jedes neue Abenteuer der Faschisten fand ihre volle Unterstützung. Gemeindepfarrer, Bischöfe, Erzbischöfe, ja selbst Kardinäle bezeichneten es als höchsten Ruhm, für das faschistische Italien zu kämpfen und zu sterben, und forderten alle Bürger auf, der Regierung zu folgen. In ganz Italien suchten die Bischöfe, allen voran der Kardinal von Mailand, die zum Abtransport bereitstehenden Soldaten in den Kasernen auf und segneten Maschinengewehre, Kampfflugzeuge und Unterseeboote. Der Kardinal überreichte den Gläubigen geweihte Medaillons und verteilte an sie heilige Bilder, die die faschistischen Legionen, geführt von Engeln, auf dem siegreichen Vormarsch zeigten. Auf anderen Bildern war der Erzengel Gabriel als Drachentöter zu sehen, wobei der Engel die faschistische Macht und der Drache ihre Feinde darstellen sollte. Die katholische Kirche machte aus ihrer Unterstützung des faschistischen Italiens kein Hehl. Ihre Begeisterung für die Faschisten nahm solche Ausmaße an, daß selbst der Vatikan die italienische Hierarchie einige Male mahnen mußte, sich etwas mehr zurückzuhalten.

Der Papst empfing weiter italienische und deutsche Soldaten und erteilte ihnen seinen Segen. Aber vom Frühjahr 1942 an wurden die Audienzen eingeschränkt und schließlich eingestellt. Seit den Tagen des Jahres 1940 hatte sich in der Welt einiges geändert.

Die Sowjetunion, deren Vernichtung Hitler für Ende 1941 versprochen hatte, war weit davon entfernt, zusammenzubrechen – im Gegenteil, sie begann zurückzuschlagen. Die Schlacht von Stalingrad zeigte der Welt und auch dem Vatikan, daß die Deutschen in die Defensive gedrängt wurden. Ein Sieg der Nazis, 1941 für viele noch so gut wie sicher, wurde immer zweifelhafter. Die Schwächung des deutschen militärischen Potentials, die Niederlage in Afrika mit der fast vollständigen Vernichtung der dort

operierenden faschistischen Armeen und schließlich die Landung der Alliierten in Italien zeigten, daß sich die Situation grundlegend gewandelt hatte. Der Vatikan stellte sich angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs des Faschismus darauf ein, der „Gefahr des Bolschewismus" in Italien zu begegnen. Schon mehrere Monate vor der Landung der Alliierten in Italien war das Land von einer zunehmenden Unruhe erfaßt. An verschiedenen Orten kam es zu Streiks. Im industriellen Norden wurde bereits wieder kommunistische Propaganda getrieben, und diese Gefahr zwang den Vatikan, rasch zu handeln.

Im Vatikan war ein Plan entwickelt worden, wie man der heranreifenden Situation am besten Herr werden könnte. Zuvor hatte man sich mit Großbritannien und den USA und im eigenen Lande mit gewissen faschistischen Elementen und bestimmten, unter der Führung des Königs stehenden militärischen Kreisen beraten. Der Plan bestand darin, Mussolini zu stürzen, um zu verhindern, daß er durch die revolutionären Kräfte des Volkes hinweggefegt würde. Sein Sturz war ohnehin infolge der inneren Verhältnisse und der Unfähigkeit des Regimes, den italienischen Boden zu verteidigen, unvermeidlich geworden. Außerdem war die Beseitigung des Mussolini-regimes eines der Kriegsziele der Alliierten.

Der Vatikan fürchtete ebenso wie die westlichen Alliierten, daß die revolutionären Kräfte in Italien die Oberhand gewinnen könnten. Er vereinbarte daher mit den Alliierten, nach dem Sturz Mussolinis die Struktur des faschistischen Regimes im großen und ganzen beizubehalten. Nur auf diese Weise glaubte man verhindern zu können, daß die Gegner des Faschismus Herr der Lage wurden. Dieser Plan wurde im Frühjahr 1943 ausgearbeitet. Seine wichtigsten Initiatoren waren: Der Erzbischof von New York, Spellman, der die Verbindung zwischen dem Papst, Präsident Roosevelt und den italienischen Putschisten hielt, der frühere Botschafter des faschistischen Italiens in London, Graf Grandi, und der faschistische Minister Federzoni.

Erzbischof Spellman befaßte sich bei seinem Aufenthalt in Rom im Frühjahr 1943 vor allem damit, Verbindung mit Graf Grandi und Minister Federzoni sowie mit dem König (am 22. und 23. Februar) aufzunehmen und sowohl dem Papst als auch Präsident Roosevelt mit minutiöser Genauigkeit über den Fortschritt der Beratungen zu berichten. Als die vorgesehenen Pläne ausgearbeitet waren, reiste Spellman durch viele europäische und außereuropäische Länder und verbrachte seine Zeit damit, die Bombenflugzeuge zu segnen, die ihre tödliche Last auf die deutschen Städte abwarfen (zum Beispiel am 6. April 1943), und die Leute aufzusuchen, die in der neuen Politik des Vatikans, der USA und Großbritanniens eine Rolle spielen sollten. So besuchte er unter anderem den amerikanischen Botschafter in Istanbul und zwei Vertreter des Papstes, Monsignore Pappalardo von der

Kongregation der orientalischen Kirchen und Monsignore Clarizio vom Staatssekretariat des Vatikans, die sich „zufällig“ dort aufhielten.

Zu derselben Zeit unternahm der Vatikan die ersten vorsichtigen Schritte in Italien selbst. Als bei einigen Streiks, die unter Führung von Sozialisten und Kommunisten in Norditalien stattfanden, der Sturz des Regimes, die Abschaffung der Monarchie und die soziale Revolution gefordert wurden, ermahnte die hohe Geistlichkeit alle Italiener, der Monarchie die Treue zu halten. Am 30. März 1943 erklärte der Erzbischof von Mailand, alle Italiener sollten sich „stets daran erinnern, daß die Monarchie des Hauses Savoyen die Gewähr der nationalen Einheit“ sei.

Allmählich drang einiges über die Geheimverhandlungen an die Öffentlichkeit. Einen ersten Hinweis gab der französische Journalist Pertinax, der sehr enge Beziehungen zur vatikanischen Delegation in Washington unterhielt. Pertinax behauptete, daß „der Vatikan den zu erwartenden sozialen Unruhen, die auf der Halbinsel infolge der militärischen Niederlage zur See und der pausenlosen Luftangriffe wahrscheinlich seien, mit Sorge“ entgegensehe.

Einige Tage später, am 18. Mai 1943, berichteten aus Bern die *New York Times*, deren Meldungen über solche Angelegenheiten wegen ihrer freundschaftlichen Beziehungen zum New-Yorker erzbischöflichen Stuhl als offiziös anzusehen waren:

> „Der Vatikan hat der britischen und der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß ein Zusammenbruch Italiens fürchterliche Folgen haben müsse, falls Italien nicht sofort neutralisiert oder auf dem schnellsten Weg von alliierten Truppen besetzt werde.“

Die *Times* erschienen mit den Schlagzeilen: „Mussolini appelliert an den Papst“, „Italiens Führer sollen den Vatikan gebeten haben, seine guten Beziehungen zu den Alliierten zu benutzen“ und „Vatikan teilt mit, er habe London und Washington vor den Gefahren eines Zusammenbruchs gewarnt“.

Der Korrespondent der *Times*, Mr. Brigham, behauptete am 19. Mai 1943, er habe aus einer „gut unterrichteten Quelle des Vatikans“ erfahren, daß eine Sonderbotschaft des Papstes an Erzbischof Francis J. Spellman, der gegenwärtig durch den Mittleren Osten reise, einen „Plan“ enthalte. Der Plan sei „gestern, am 17. Mai, auf dem Luftweg von Monsignore Clarizio, einem Vertreter des Vatikans, nach Istanbul gebracht worden. Clarizio wartet dort auf eine Antwort.“ Der Plan ziele darauf ab, eine „Mitwirkung Italiens bei der Zerschlagung des faschistischen Regimes zu ermöglichen und sofort einen Waffenstillstand zu schließen“. Er sehe ferner vor, daß „die Beamten in den Präfekturen um der Aufrechterhaltung der zivilen Verwaltung willen nicht als aktive Helfer der Partei angesehen und den Befehlen einer in Rom stationierten alliierten Kommission unterstellt

werden sollten. Mit der Verwirklichung eines auf zehn Jahre berechneten Programms der politischen Umgestaltung des Landes solle sofort begonnen werden, um die zivile Verwaltung schrittweise in die Hände der Bevölkerung zurückzulegen. Die faschistische Partei solle sofort verboten und aufgelöst werden." Wie Mr. Brigham weiter erklärte, sah dieser erste Plan nicht vor, die faschistischen Führer zu verhaften und abzuurteilen oder sie an die Alliierten auszuliefern.

Der Vatikan kämpfte an zwei Fronten: Er wollte einer Volksrevolution gegen das Regime zuvorkommen und zugleich die soziale Revolution verhindern.

Die Lage spitzte sich zu. Der Papst setzte am 13. Juni 1943 sogar seine eigene Autorität ein und riet den italienischen Arbeitern auf einer Versammlung, jede soziale Umwälzung zu vermeiden.

In der Nacht vom 25. zum 26. Juli 1943 wurden diese Bestrebungen für die ganze Welt sichtbar. In dieser Nacht kam es unter Führung Grandis im Faschistischen Großen Rat zu einer Revolte gegen Mussolini. Eine von Grandi eingebrachte Entschließung, dem König die oberste Gewalt über alle Streitkräfte zu übergeben, wurde von 17 Mitgliedern des Rates unterstützt, nur acht stimmten dagegen. Mussolini begab sich sofort zum König. Dieser teilte ihm kurz und bündig mit, daß er nicht mehr Ministerpräsident sei. Bald darauf wurde Mussolini verhaftet.

Marschall Badoglio, der die Regierung übernahm, erklärte zwar, daß der Krieg fortgesetzt werde, nahm aber sofort Verhandlungen über die militärische Kapitulation Italiens auf, in der Absicht, das alte Regime, wenn auch in neuem Gewande, zu erhalten. In der Regierung wurden einige Personen ausgewechselt, aber die Faschisten blieben in ihren Stellen. Die revolutionäre Bewegung wurde von der neuen Regierung sofort wieder in die Illegalität gedrängt. Zwei Tage lang durften kommunistische Zeitungen erscheinen, dann wurden sie von neuem verboten. Badoglio rief alle Italiener auf, „dem König und allen anderen bewährten Institutionen Treue zu bewahren". Die Kirche, voran die Bischöfe, erhob ihre Stimme gegen die revolutionären Kräfte und untersagte den Gläubigen jede Opposition gegen die Regierung.

Der Papst und sein Staatssekretär führten laufend Besprechungen mit dem portugiesischen, dem spanischen, dem deutschen und dem britischen Botschafter. Als die Luftangriffe der Alliierten auf Italien an Heftigkeit zunahmen, wurde der Papst ungeduldig; er fürchtete, das italienische Volk könne „eine Beute des Bolschewismus werden". Er drängte Großbritannien und die USA, annehmbare Bedingungen zu stellen, denn in Italien „wächst die Gefahr des Kommunismus ständig an, statt abzunehmen. Die Verlängerung des Krieges", fuhr er fort, „bringt die Gefahr mit sich, daß die junge Generation in die Arme des Kommunismus getrieben wird... Moskau

wartet nur auf den Augenblick, daß Italien sich einem europäischen Staatenbund unter kommunistischer Oberherrschaft anschließt."

Während der Papst Präsident Roosevelt mit dem Schlagwort „Bombenangriffe brüten Bolschewismus aus" zu schrecken versuchte, begann Badoglio, von der katholischen Hierarchie und dem Vatikan begeistert unterstützt, von neuem alle sozialistischen Elemente zu verfolgen. (Näheres über die Ereignisse dieser Zeit in Italien und über den Anteil des Vatikans daran findet der Leser in *Towards the New Italy* von T. L. Gardini.)

Am 3. September 1943 kapitulierte Italien bedingungslos. Mussolini war von der politischen Bühne verschwunden, einige besonders auffallende Erscheinungen des faschistischen Regimes wurden geopfert. Die westlichen Demokratien waren zufrieden, daß der Diktator nicht länger regierte. Aber das Fundament und die Struktur des autoritären Regimes, mit einem König und einem General an der Spitze, blieben erhalten.

Die Macht des Königs und des Marschalls und der britische und amerikanische Einfluß verhinderten, daß es in Italien zu einer sozialistischen Revolution kam. Der erste große Gegenzug des Vatikans und seiner weltlichen Verbündeten hatte Erfolg gehabt.

Bald nach diesen Ereignissen wurde Italien von Nazideutschland in ein Kampffeld verwandelt. Die alliierten Armeen mußten sich mühevoll ihren Weg nach Norden bahnen; das hatte unerhörte Zerstörungen und soziales, wirtschaftliches und politisches Chaos zur Folge.

Während die Armeen kämpften, verloren der Vatikan und die Westmächte keine Zeit, in den befreiten Gebieten der Halbinsel auch den zweiten Teil ihres Planes zu verwirklichen. Es galt, die revolutionären Kräfte zu hindern, die Macht zu ergreifen.

Die Alliierten setzten diese Politik mit Hilfe eines militärischen Verwaltungsapparates durch, den sie in den befreiten Gebieten aufbauten. Diese Militäradministration verbot politische Versammlungen, verweigerte die Gewährung politischer Freiheiten, ließ die Gründung antifaschistischer Parteien nicht zu und verhinderte gleichzeitig die Vertreibung der Faschisten aus den öffentlichen Ämtern. Die wichtigsten Säulen des faschistischen Verwaltungsapparates, die Präfekten, blieben im Amt, die hohen Beamten und Offiziere standen unter dem besonderen Schutz der Alliierten Kommission. Diese Kommission vereitelte nicht nur alle Bemühungen, das Land von seinen Unterdrückern zu befreien, sondern nahm sogar Faschisten, die sich bis zur letzten Minute aktiv faschistisch betätigt hatten, in die amerikanisch-britischen Etappenbehörden auf.

Die vatikanische Politik unterstützte unmittelbar oder mittelbar alle Kräfte, die an der Erhaltung der Monarchie interessiert waren. Das stellte sich im Mai 1944 heraus, als „Spezialbeauftragte" der amerikanischen

Armee in der Nähe der süditalienischen Front Geheimkuriere aufgriffen und bei ihnen einen Briefsack des Vatikans fanden. Die darin enthaltenen Schriftstücke bewiesen dokumentarisch, daß der Vatikan durch Machenschaften hinter den Kulissen versuchte, das Haus Savoyen zu retten.

Die Erhaltung der Monarchie wurde nun das wichtigste politische Ziel des Vatikans in Italien. Er fand in dem konservativen britischen Premier Winston Churchill einen warmherzigen Befürworter seiner Pläne. Churchill fuhr selbst nach Rom und wurde im August 1944 mehrmals von Pius XII. in Privataudienz empfangen. Im September 1945 führte er, obwohl zu dieser Zeit nicht mehr Premier, ausgedehnte Unterredungen mit dem päpstlichen Nuntius bei der italienischen Regierung.

Das Ende des faschistischen Regimes in Italien und der bevorstehende Zusammenbruch des Faschismus in Deutschland ließen den Fehlschlag von fünfundzwanzig Jahren Vatikanpolitik vor aller Welt sichtbar werden. Die veränderten Umstände verlangten eine neue Politik, neue Methoden und neue Taktiken. Es kam jetzt darauf an, zu retten, was zu retten war.

Die Mächte, die den faschistischen Totalitarismus besiegt hatten, behaupteten, auf dem Boden demokratischer Grundsätze zu stehen, und verkündeten darüber hinaus, daß sie den Wunsch hätten, diese Grundsätze auch in dem übrigen befreiten Europa verwirklicht zu sehen. Der Gegner, den der Vatikan seit dem Jahre 1917 bekämpft hatte, gehörte nicht nur zu den Überlebenden des Krieges, sondern war stärker und einflußreicher geworden denn je. Die Sowjetunion war nicht mehr ein geschwächtes Land wie in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, sondern ging aus dem zweiten Weltkrieg als eine der drei großen Siegermächte hervor. Ihr Prestige war gewachsen, sie war eine Weltmacht geworden, deren politischer Einfluß sich über ganz Ost- und Südeuropa bis an die Grenzen Italiens erstreckte. Und auch dort nahm der Kommunismus an Kraft sprunghaft zu.

Um diesen gewaltigen Veränderungen entgegenzuwirken, verfolgte der Vatikan in seiner Politik zwei voneinander abhängige Linien, die in der Folge die neue Strategie des Vatikans in der Nachkriegsperiode bildeten. Seine internationale Politik auf weite Sicht hatte das Ziel, die Sowjetunion mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen. Zu diesem Zweck mußte sich der Vatikan, ebenso wie früher, Verbündete suchen. Diesmal fand er sie in den Westmächten, die nicht weniger als er interessiert waren, den Einfluß der Sowjetunion einzudämmen oder soweit wie möglich zurückzudrängen.*

* Bei dem 1946 zwischen den früheren Alliierten – den USA und Großbritannien auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite – entbrannten Streit um Triest zum Beispiel ging es gar nicht um die Grenzziehung. Die westlichen Alliierten wollten ein weiteres Vordringen des „sowjetischen Einflusses" nach Westeuropa verhindern. Triest war für sie in diesem Sinne, ebenso wie die Dardanellen im Süden, eine Schlüsselstellung für das Mittelmeer und für ganz Westeuropa.

Das Nahziel der vatikanischen Innenpolitik in Italien war, alle antikommunistischen Kräfte in einem festen Block zu vereinen. Hierzu sollte eine von Katholiken geführte und vom Vatikan gelenkte militante politische Partei geschaffen werden, die den Sozialismus nicht nur politisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich zu bekämpfen hatte. Der Vatikan gestattete daher den Gläubigen, sich in einer politischen katholischen Bewegung zu organisieren.

So war die erste neue politische Partei Nachkriegseuropas eine Schöpfung des Vatikans. Sie gab sich den Namen Christlich-Demokratische Partei. Ihre der Kirche ergebenen Führer begannen rasch, die Politik des neuen Italiens zu bestimmen. Sie richteten dabei ihre Anstrengungen nicht nur gegen die wiedererstandenen Arbeiterparteien, sondern auch gegen eine katholische Gruppe, die eine beunruhigende revolutionäre Aktivität an den Tag legte. Diese linksorientierten Katholiken gingen so weit, sich in einer politischen Bewegung zu organisieren, und nannten sich „Katholische Kommunisten" (1944). Später gaben sie ihrer Partei den Namen „Christliche Linkspartei". Der Vatikan ließ die Partei durch den *Osservatore Romano* verurteilen. Kardinal Salotti, Präfekt der Ritenkongregation, und einige Bischöfe warnten die Gläubigen offiziell vor ihr. Kardinal Salotti sagte dabei unter anderem:

„Ein Katholik kann nicht Kommunist sein. Jene guten und liebenswerten Söhne, die sich im Bestreben, ihren christlichen Glauben zu erhalten, in eine Reihe mit den Kommunisten begeben haben, müssen über diese Wahrheit nachdenken, erkennen, in welche Lage sie geraten sind, und zur Straße des Heils zurückfinden."

Dieser revolutionäre Geist, der viele katholische Gläubige in der Zeit zwischen der Kapitulation im Sommer 1943 und dem Ende des Krieges im Mai 1945 in allen Teilen Italiens erfaßt hatte, veranlaßte den Vatikan, die rechtsgerichteten katholischen Parteien, die er zwischen den beiden Kriegen abgelehnt und unterdrückt hatte, zu neuem Leben zu erwecken und mit allen Mitteln zu unterstützen.

So konnte man in den Jahren nach der Kapitulation Italiens beobachten, daß der Vatikan in dem erschöpften Land eine auffallende politische Aktivität an den Tag legte und sich offen in das politische Leben des Landes einmischte, indem er große katholische Parteien organisierte und jede politische Bewegung verurteilte, die seiner Meinung nach nicht den Grundsätzen der katholischen Kirche entsprach. Er verdammte den Sozialismus und attakkierte den Kommunismus mit einem Eifer, der nichts von seinem früheren Feuer eingebüßt hatte, sondern im Gegenteil immer schärfere Formen annahm, je größer seit dem Verschwinden Mussolinis die „rote Gefahr" wurde.

Der Papst, seine Kardinäle, Bischöfe und Pfarrer, seine Kanzelprediger, seine Presse und sein Rundfunk – sie alle beschäftigten sich keineswegs nur

mit religiösen Angelegenheiten, sondern zumindest ebenso intensiv mit politischen und sozialen Fragen; sie bemühten sich, die verwirrten Massen des italienischen Volkes wieder auf den Weg zu führen, den die katholische Kirche ihnen wies. Der Vatikan stellte sich, ohne ein Hehl daraus zu machen, schützend vor die Institutionen und die Männer, die für das Aufkommen des Faschismus verantwortlich waren. Er befahl den Italienern, dem König die Treue zu wahren, demselben König, der Mussolini die Macht in die Hände gegeben hatte. Auch nachdem sich die Italiener in einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit für die Republik entschieden hatten, versuchte der Vatikan, entgegen dem Volkswillen, durch allerlei Manipulationen die Monarchie und das Haus Savoyen zu retten.*

Der Vatikan versuchte nicht nur die Monarchie zu retten, sondern unterstützte, seiner alten Politik folgend, mittelbar alle Bewegungen, die sich nur durch ihren Namen von den bisherigen Faschisten unterschieden. Ein Beispiel dafür war *Uomo Qualunque*, die Jedermanns-Partei, die bei den Wahlen von 1946 mehr als eine Million Stimmen erhielt. Ihre Führer erkannten rasch, was die Hilfe des Vatikans für sie bedeutete, und traten daher noch während der Wahlkampagne der katholischen Kirche bei, obwohl sie sich vorher zum Atheismus bekannt hatten.

Der Vatikansender verbreitete am 10. Juni 1946 die Nachricht, daß Signor Gianini sich habe taufen lassen, zu seiner Erstkommunion gegangen sei, gefirmt worden sei und sich in der Kirche vom Heiligen Herzen zu Rom habe trauen lassen; der Papst habe ihm seine Glück- und Segenswünsche übermittelt.

Dies geschah in einer Zeit, in der Katholiken, unter ihnen auch Priester,

* Der König wollte nach dem Krieg, als er erkannte, wie unpopulär er sich gemacht hatte, abdanken, aber der Vatikan hielt ihn davon ab. Schließlich trat er, als die politische Situation immer gespannter wurde, mit Einverständnis Englands und der USA zurück, nicht ohne zuvor die Zustimmung des Papstes eingeholt und sich mit ihm in langen Besprechungen über die Wege zur Erhaltung der Monarchie geeinigt zu haben. An diesen Zusammenkünften hatte auch Ministerpräsident de Gasperi, der Führer der katholischen Christlich-Demokratischen Partei, teilgenommen. Vor dem Volksentscheid im Mai 1946 sandte der Papst dem Kronprinzen Umberto seinen Segen und erteilte den Katholiken den Rat, für die Erhaltung der Monarchie zu stimmen. Nicht zufällig gab Umberto wenige Wochen vor dem Entscheid den Mitgliedern des Heiligen Kollegiums der Kardinäle im Quirinal einen Empfang, den ersten Empfang dieser Art seit dem Jahr 1870, also seit das Haus Savoyen den Thron bestiegen und die päpstlichen Besitztümer übernommen hatte. Die überzeugten Katholiken stimmten geschlossen für Umberto, aber auch das konnte ihm den Thron nicht retten. Nach dem Plebiszit, das Italien zur Republik erklärte, weigerte Umberto sich zunächst auf Anraten des Vatikans, dem Thron zu entsagen, und behauptete, das Wahlergebnis sei gefälscht worden. Erst als darüber ein Bürgerkrieg auszubrechen drohte, beugte er sich dem Volkswillen und verließ das Land.

vom Heiligen Offizium ermahnt oder sogar exkommuniziert wurden, weil sie soziale Lehren vertraten, die die Kirche nicht billigte. So wurde zum Beispiel Fr. Fernando Tartaglia, ein Priester aus Florenz, laut Meldung des Vatikansenders vom 12. Juni 1946 auf Grund eines Dekrets des Heiligen Offiziums exkommuniziert.

Hingegen ist nicht ein einziger Fall bekannt geworden, daß Gläubige oder Priester, die die faschistische Untergrundbewegung unterstützten, von hohen Kirchenvertretern öffentlich gerügt worden wären. Als Beweis dafür kann unter anderem der von fanatischen Faschisten organisierte Raub der Leiche Mussolinis von einem Friedhof in Mailand dienen. Die Leiche wurde einige Monate später gefunden. Mönche hatten sie in der Nacht vom 12. zum 13. August in einem Kloster in Pavia versteckt, nachdem andere Mönche sie im Kloster Sankt Angelo verborgen gehalten hatten. Einige der faschistischen Fanatiker und einige Mönche wurden wegen Leichenraubs und Mitwisserschaft verhaftet.

Aber diese Beispiele, so bezeichnend sie auch sind, verblassen angesichts anderer Unternehmungen, die der Vatikan inspirierte und die mehr als alle anderen die Politik des Vatikans charakterisieren. Diese Unternehmungen hingen mit der Gründung zweier neuer politischer Parteien zusammen, die, obwohl von Katholiken gebildet, gegensätzliche politische Pole vertraten.

Über die erste der beiden Parteien haben wir bereits gesprochen. Es war eine katholische Partei mit einer klaren Linkstendenz. Sie forderte, obwohl sie auf dem Boden der Kirche stand, radikale soziale und wirtschaftliche Reformen ähnlich denen, für die die Sozialisten eintraten. Sie nannte sich anfangs Katholische Kommunistische Partei und später Italienische Christliche Linkspartei. Wenige Wochen nach ihrer Gründung rückte der Kardinalstaatssekretär von der Partei ab. Er wies die katholischen Mitglieder an, die Partei aufzulösen. Im Januar 1946 erklärte er über den Vatikansender:

„Eine weitere Partei ... ist verschwunden. Sie hatte sich den monströsen Namen einer ‚Christlichen Linken' zugelegt und sich vorgenommen, die neue Welt auf dem Weg des Klassenkampfes Gott näherzubringen. Das hätte nichts anderes bedeutet, als die christlichen Arbeiter auf die Seite des Sozialismus und der Häresie zu führen. Natürlich hat sie ihr Ziel nicht erreicht, sondern sich durch ihre Politik selbst gerichtet. Wir haben die Tragödie einer kleinen, aber dynamischen Partei erlebt, die von begeisterten, aber irregeleiteten jungen Menschen gebildet worden war. Sie hatten sich Apostel Christi genannt, aber geredet und gehandelt wie die Anhänger von Marx."

Wenige Monate später (August/September 1946) tauchte eine zweite katholische Partei auf. Sie nannte sich Nationale Christliche Partei, verkündete offen, daß sie sich zur Mitte gehörig fühle, genauer gesagt zur rechten Mitte, und fand daher rasch die Unterstützung des Vatikans. Sie

beabsichtigte nicht, der Tendenz der Christlichen Demokraten nach links zu folgen, „weil die Volksabstimmung die Notwendigkeit gezeigt“ habe, sich von den Christlichen Demokraten zu trennen, die sich „durch ihre taktische und ideologische Zusammenarbeit mit den marxistischen Parteien *kompromittiert*“ hätten. *(Dr. Padoan*, zitiert vom Sender Rom am 24. August 1946)

Trotz aller gegenteiligen Bemühungen des Vatikans verstärkten die Sozialisten und Kommunisten in den ersten Jahren nach dem Krieg ihre Reihen. Das alarmierte den Vatikan. In Italien drängten ebenso wie in anderen europäischen Ländern die endlich freigesetzten und in den sozialistischen und kommunistischen Parteien organisierten Kräfte des Volkes an die politische Macht.

Sicherlich war es kein Zufall, daß nach dem ersten Weltkrieg Italien das Geburtsland des Faschismus wurde und daß nach dem zweiten Weltkrieg die erste katholische Partei, die ausersehen war, den Kampf gegen die Feinde der katholischen Kirche in der sozialen und politischen Arena zu führen, ebenfalls in Italien entstand. Als die veränderten Bedingungen eine Änderung der Taktik notwendig machten, schlug der Vatikan einen neuen Weg ein, einen Weg jedoch, das wurde bald offenkundig, der unter einem neuen Namen das alte Ziel verfolgte, nämlich die Vormachtstellung der Kirche im Leben des italienischen Volkes auszubauen.

KAPITEL X Deutschland, der Vatikan, der erste Weltkrieg, Hitlers Aufstieg

Der Vatikan und das Kaiserreich – Die Geburt der deutschen katholischen Partei – Krieg zwischen Kirche und Staat – Die allgemeine Übereinstimmung Bismarcks und des Papstes in der Bekämpfung liberaler und demokratischer Bestrebungen – Die Zentrumspartei, eine Säule des deutschen Imperialismus und ein Verfechter der kaiserlichen Politik – Die Rolle der katholischen Partei am Ende des ersten Weltkrieges – Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes – Erzberger – Erzbergers Ermordung – Die katholische Kirche und ihr Einfluß auf das politische Leben in Deutschland – Die Schulgesetzgebung – Der Rechtsdrall der Zentrumspartei – Die Allianz mit der autoritären Deutschnationalen Volkspartei – Der erste große Anschlag auf die Weimarer Republik – Die katholische Partei als wichtiges Instrument zur Zerstörung der Republik – Die unmittelbare Einmischung des Vatikans in das politische Leben Deutschlands – Die Folgen der Niederlage der Zentrumspartei – Der Vatikan entschließt sich, die Partei zu opfern – Die ersten Schritte auf dem Weg zur Diktatur – Dr. Kaas – Die Absichten des Vatikans hinsichtlich des orthodoxen und des sowjetischen Rußlands – Die Zerstörung der deutschen Republik – Der erste Wegbereiter der Nazidiktatur – Dr. Brüning – Der Katholik Brüning über Hitler: „Wir müssen ihn unterstützen“ – Die ersten Kontaktaufnahmen zur Zusammenarbeit. Ihr Fehlschlagen – Brünings Projekt der Wiederherstellung der Monarchie – Brünings Sturz – Der neue Reichskanzler von Papen, ein päpstlicher Kammerherr – Die Bedeutung der Berufung von Papens. Sein Sturz – Hitler wird Reichskanzler.

Die Geschichte des deutschen politischen Katholizismus unserer Zeit beginnt mit der Konsolidierung des zweiten Kaiserreiches. Ein Blick auf das Verhalten des Vatikans in dieser Periode zeigt auf der einen Seite eine konstante Grundlinie der päpstlichen Politik und auf der anderen Seite eine Reihe von politischen Purzelbäumen. Die Purzelbäume waren notwendig, um das Ziel, die Bildung einer katholischen Partei, die im deutschen politischen Leben eine bestimmende Rolle spielen sollte, zu erreichen.

Daß ein protestantischer Staat wie Preußen über die Politik zahlreicher katholischer Staaten Deutschlands bestimmen sollte, war für den Vatikan Anlaß zu großer Besorgnis. Bismarck wußte das und sah daher bei der Errichtung des zweiten deutschen Kaiserreiches in der vatikanischen Macht einen äußerst gefährlichen Gegner seiner politischen Pläne.

Es wird erzählt, daß Bismarck, als ein römischer Prälat ihm die bekannte Auffassung des heiligen Paulus über die drei Machtbereiche der Kirche – *Caelestium, Terrestrium et Infernorum* – erklärte, laut gelacht und erwidert habe: „Gegen den Himmel und die Hölle habe ich nichts einzuwenden, doch hinsichtlich der Erde habe ich gewisse Vorbehalte.“

Diese Einstellung war nicht nur typisch für Bismarck, sie ist auch heute die Grundlage aller großen Kontroversen zwischen Kirche und Staat.

Wie viele andere Deutsche seiner Zeit, sah Bismarck in der katholischen Kirche ein Hindernis für die weitere Machtentfaltung des von Preußen geführten Deutschen Reiches. Er sah in der Kirche vor allem einen Gegner jeder unbeeinflußten und unbeschränkten Wahrheitssuche, die viele Deutsche für eine der stolzesten Errungenschaften des deutschen Geistes hielten. Sicherlich war das nicht der Hauptgrund für Bismarcks feindselige Haltung gegen die Kirche, aber jahrelang redete und handelte er, als wäre es so.

Am wirkungsvollsten warnte vor dieser von der katholischen Kirche drohenden Gefahr der katholische süddeutsche Politiker Fürst Hohenlohe. Er sah in dem von Papst Pius IX. 1864 verkündeten *Syllabus* und in dem neugegründeten vatikanischen Konzil – beide hatten die Aufgabe, das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit durchzusetzen – hintergründige politische Instrumente, darauf gerichtet, die weltlichen Autoritäten der Kirche dienstbar zu machen. Er warnte Europa davor, und zahlreiche Staatsmänner, unter ihnen auch Bismarck, beherzigten seine Worte.

Staatsmänner vor und nach Bismarck haben dem gleichen Problem gegenübergestanden, aber keiner hat es so brutal ausgedrückt wie er: „Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben; die Souveränität der Gesetzgebung! Und wer die Gesetze dieses Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich los von dem Gesetz." (Zitiert nach den *Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags*, 1. Legislaturperiode, III. Session, 14. 5. 1872) Über die Antwort des Vatikans gab es keinen Zweifel. Sie kam von Rom an die deutschen Bischöfe und nahm von diesen ihren Weg zur niederen Geistlichkeit und zu den Gläubigen. Die gesamte Maschinerie der katholischen Kirche wurde in Bewegung gesetzt. Von den Kanzeln donnerten Verurteilungen, die sonst nur auf politischen Kundgebungen zu vernehmen waren. Im Reichstag empörte sich die katholische Partei. Sie wurde von Ludwig Windthorst geführt, der vor der Einverleibung Hannovers durch Preußen eine führende Rolle im hannoverschen Kabinett gespielt hatte. Windthorst war bekannt wegen seines Ehrgeizes, geachtet wegen seiner großen Fähigkeiten als Parlamentarier und gefürchtet wegen seines Hasses auf die neue Ordnung in Deutschland. Diese beiden Männer, Windthorst und Bismarck, wurden Symbole zweier einander entgegengesetzter politischer Strömungen.

Als der Vatikan seine Macht durch das Unfehlbarkeitsdogma gestärkt hatte, lag die Vermutung nahe, daß die katholische Kirche Anspruch auf einen stärkeren Anteil an der Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens erheben werde. Die Auseinandersetzung über diese Frage führte zu einem langwierigen Kampf, in den fast alle Angehörigen der katholischen deutschen Hierarchie hineingezogen wurden. Am wildesten

traten die Bischöfe von Ermland und Paderborn und die Erzbischöfe von Köln und Posen auf. Auch die Jesuiten schalteten sich ein, die während der Kriege gegen Österreich und gegen Frankreich sehr aktiv gewesen waren. Sie säten nicht nur religiöse Zwietracht, sondern auch politische Feindschaft und, vor allem in Polen und Elsaß-Lothringen, Chauvinismus. Mit der Zeit verstärkten sie ihre Aktivität. Der Kampf wurde infolge der jesuitischen Einmischungen und des Eifers der Geistlichkeit von Tag zu Tag erbitterter. Die Hierarchie scheute keine Mittel, die Kanzeln und Lehrstühle von denen zu säubern, die sich geweigert hatten, das päpstliche Unfehlbarkeitsdogma anzuerkennen. Da aber ein Teil der verfolgten Männer vom Staat bezahlt wurde, leistete die weltliche Macht Widerstand. Dies wieder führte zu so aufrührerischen Predigten der Hierarchie, daß die weltliche Macht das sogenannte „Kanzelgesetz" erließ.

Bismarck beauftragte einen starken Mann, den preußischen Kultusminister Falk, mit der Führung des Kampfes. 1872 wurden die Jesuiten durch das vom Reichstag beschlossene „Jesuitengesetz" aus Deutschland ausgewiesen. Dies war deshalb besonders bemerkenswert, weil die Jesuiten selbst in den Zeiten, in denen sie aus fast allen europäischen Staaten – und sogar aus Rom vom Papst selbst – verbannt worden waren, im preußischen Herrschaftsbereich stets ungestört hatten wirken dürfen. Trotzdem befahl der Vatikan jetzt den deutschen Katholiken, Bismarck und den Staat wegen dieser Tat heftig anzugreifen, was sich die Erzbischöfe nicht zweimal sagen ließen. Der Papst drohte Bismarck sogar, daß der Zorn Gottes über ihn kommen werde. Bismarck zögerte nicht mit Gegenmaßnahmen. Er berief den diplomatischen Vertreter Deutschlands beim Vatikan ab und brachte im Preußischen Landtag die sogenannten „Falk-Gesetze" oder „Mai-Gesetze" durch.

Als Antwort befahl der Vatikan der deutschen Geistlichkeit, Bannflüche gegen die weltlichen Behörden und gegen alle zu schleudern, die sich weigerten, den Papst als einzigen und unfehlbaren Träger der Wahrheit anzuerkennen. Die religiöse Autorität, so wurde erklärt, stände über jeder weltlichen Macht, die Ausbildung der Priester sei Sache des Vatikans und nicht des Staates, und kein katholischer Gläubiger habe das Recht, sich von der katholischen Kirche loszusagen. Nach dem kanonischen Recht sei die Ehe ein Sakrament, daher dürfe eine Trauung nur durch die Kirche vorgenommen werden.

Die Hierarchie stiftete Unfrieden auf allen Gebieten, sie schürte nicht nur Haß und Chauvinismus in Polen und in Elsaß-Lothringen, sondern stachelte auch die partikularistischen Eifersüchteleien in Bayern und im Rheinland an, um sie für ihre Zwecke auszunutzen. Kurz, die Katholiken rebellierten unter der Führung ihrer Geistlichkeit gegen den Staat. Dabei

dienten die religiösen Fragen der Hierarchie lediglich dazu, die politischen Forderungen, die unmittelbar von Rom gelenkt wurden, zu verschleiern.

Die Regierung versuchte ihre Autorität zu wahren, indem sie die aufsässigen Priester von ihren Kanzeln vertrieb und Bischöfe und Professoren zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilte. In Preußen wurden zahlreiche religiöse Orden des Landes verwiesen. Als der Konflikt immer schärfere Formen annahm, wurden sogar Erzbischöfe hinter Schloß und Riegel gesetzt. Der Erzbischof von Posen verbrachte mehr als zwei Jahre im Gefängnis.

Der Kampf dauerte, nachdem er voll entbrannt war, länger als fünf Jahre und beschränkte sich nicht auf Deutschland. Auch andere europäische Länder wurden von ihm erfaßt. Fanatisierte Katholiken versuchten durch Attentate den preußischen Staat und seine Repräsentanten zu treffen. Ein katholischer Jugendlicher, Absolvent einer geistlichen Schule, feuerte auf der Kurpromenade von Bad Kissingen mehrere Pistolenschüsse auf Bismarck ab. Das Attentat hätte beinahe Erfolg gehabt, ein Geschoß durchschlug Bismarcks Hand, die er im Augenblick des Schusses an den Hut führte, um für einen Gruß zu danken.

Die Regierung antwortete mit schärferen Maßnahmen. Zahlreiche katholische Parlamentsmitglieder wurden verhaftet. Im ganzen Reich wurde die Zivilehe eingeführt.

Wieder trat der Papst selbst auf den Plan. Pius IX. erklärte durch eine Enzyklika die preußischen Kirchengesetze für ungültig und ihre Schöpfer für gottlos. Dadurch weckte er von neuem die Tendenzen zum weltlichen Ungehorsam und zum Bürgerkrieg. Der Kampf trat in seine schärfste Phase. Die katholische Hierarchie, die katholischen Laien und die katholischen Politiker waren verpflichtet, die Politik des Vatikans zu unterstützen, und sie unterließen nichts, was sie ihrem Ziel näherbringen konnte. Das politische Instrument des Vatikans in Deutschland, die Zentrumspartei, die über ein Viertel aller Parlamentssitze verfügte, wurde vom Vatikan angewiesen, der Regierung gegenüber hart zu bleiben. Sie kämpfte in der ganzen Periode unter der Führung von Windthorst unerbittlich gegen sämtliche Gesetze und Vorlagen Bismarcks, ohne Rücksicht, ob sie religiöse Fragen betrafen oder nicht.

Als nach dem Tod Pius' IX. im Februar 1878 der versöhnlichere Leo XIII. zum Papst gewählt wurde, versuchte Bismarck zu einem Kompromiß mit der Kurie zu gelangen. Er führte Verhandlungen mit Windthorst und dem päpstlichen Vertreter Jacobini. Die Grundlage für ein Übereinkommen wurde geschaffen. Die deutsche Regierung erklärte, daß sie nach wie vor auf der Rechtmäßigkeit der von ihr verkündeten Grundsätze bestehe, aber bereit sei, in ihrer Anwendung weitherzig zu verfahren. Im Jahre 1880 äußerte

der Papst in einem Brief an den Erzbischof von Köln, er sei dem Gedanken nicht abgeneigt, daß vor der Besetzung frei gewordener kirchlicher Ämter mit den weltlichen Behörden Verbindung aufgenommen würde. So kam man schrittweise zu einer Übereinkunft. Die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wurden wiederaufgenommen, und die Regierung hielt sich bei der Anwendung der Falk-Gesetze sehr zurück. Dieses *Rapprochement* erwies sich als so erfolgreich, daß der Papst um ein Porträt Bismarcks nachkam. Bismarck bat darauf den Papst, zwischen Deutschland und Spanien wegen der Ansprüche beider Mächte auf die Karolineninseln zu vermitteln. Weitere Lockerungen folgten, als Bismarck sich eines Tages auf die Unterstützung der Zentrumspartei zur Durchführung einer neuen Finanz- und Wirtschaftspolitik angewiesen sah.

Die schlimmsten Kämpfe waren vorüber, man hatte einen *Modus vivendi* gefunden. Es war auch gar nicht erstaunlich, daß der Staat von einigen seiner Forderungen an die Kirche Abstand nahm und der Vatikan die Freundschaft des autoritären Kanzlers suchte, waren sie doch beide erbitterte Gegner aller liberalen und demokratischen Ideen. Nachdem die religiösen Fragen bereinigt waren, wurden Papst und Kanzler sehr bald enge Freunde und kämpften gemeinsam gegen alle Prinzipien und Ideen, die sie für den religiösen Absolutismus der Kirche und für den politischen Absolutismus des Staates als gefährlich ansahen.

Es war nicht das erste und auch nicht das letzte Mal in Deutschland und in Europa, daß der Vatikan mit Hilfe der katholischen Partei anfangs einer bestimmten Regierungsform, einem bestimmten Staatsmann feindlich gegenüberstand und später dessen Bundesgenosse wurde. Diese Wechsel könnten den Eindruck einer fehlenden Folgerichtigkeit der vatikanischen Politik erwecken. Aber das trifft nicht zu; der Vatikan wird in seinen Methoden stets inkonsequent sein, wird aber nie sein letztes Ziel, die Machterweiterung der katholischen Kirche, aus den Augen verlieren.

Die anfängliche Feindschaft des Vatikans gegen Bismarck und das zweite deutsche Kaiserreich ergab sich daraus, daß die katholische Kirche statt des protestantischen Preußens lieber eine katholische Macht an der Spitze des Reiches gesehen hätte. Neue Feindschaft erwuchs daraus, daß Bismarck, so widersinnig es auch klingt, liberale Reformen durchzuführen gezwungen war. Obwohl diese Reformen nach unseren heutigen Auffassungen alles andere als sensationell waren, bedeuteten sie damals für die katholische Kirche eine Herausforderung.

Bismarck war kein Verehrer der Demokratie, auch dann nicht, wenn er für liberale Reformen eintrat; auch sein Kampf gegen den Vatikan machte aus ihm keineswegs einen Demokraten; und schließlich lagen seiner späteren Freundschaft mit dem Papst alles andere als demokratische

Erwägungen zugrunde. Das wußte auch der Vatikan, sonst wäre er nie auf diese Freundschaft eingegangen. Nachdem die Kirche sichergestellt hatte, daß ihre Interessen respektiert wurden, sah sie ihre Hauptaufgabe darin, die Ideen des Säkularismus und Liberalismus, vor allem aber die gefährlichen Ideen des Sozialismus zu bekämpfen. Sie war überzeugt, in Bismarck bei der Lösung dieser entscheidenden Fragen einen zuverlässigen Verbündeten zu besitzen.

Die katholische Kirche hatte immer eine Vorliebe für „starke Männer“. Als sie zuerst bei Bismarck, dann bei Wilhelm II. und schließlich bei Hitler zu der Meinung gelangt war, sie könne sich in bestimmten Fragen auf sie verlassen, gewährte sie ihnen Unterstützung. Und sie verfügte in der Zentrumspartei und in der deutschen Hierarchie über zwei mächtige Instrumente, mit denen sie ihre politischen Ziele durchsetzte. Es ist daher aufschlußreich, die deutsche Zentrumspartei auf ihrem wechselvollen Weg zu verfolgen.

Die katholische Partei in Deutschland wurde 1870 während des Deutsch-Französischen Krieges ins Leben gerufen. In den ersten zwanzig Jahren stand sie unter der Leitung ihres Gründers Ludwig Windthorst. Von Beginn an hatte sie Anhänger in den verschiedenen sozialen Schichten: Unternehmer, Arbeiter, Großgrundbesitzer, kleine Bauern, Aristokraten, Lehrer, Beamte und Künstler. Im Gegensatz zu der österreichischen katholischen Partei befanden sich in der deutschen sowohl reaktionäre als auch fortschrittliche Elemente. Ihr Hauptmerkmal war, daß ihr Programm nicht auf politischer, sondern auf religiöser Grundlage beruhte. Mehrere Versuche, sie in eine nichtkonfessionelle Partei umzuwandeln, schlugen fehl, da die religiösen Forderungen vor den politischen standen. Ihre politischen Ziele verfolgte sie lediglich zu dem Zweck, ihre religiöse Basis zu verbreitern. Da die Grundsätze ihres Handelns religiöser Natur waren, blieb sie der Kontrolle des Vatikans unterworfen, der für die Katholiken die höchste Glaubensautorität auf Erden darstellt. Ihr Kampf gegen Bismarck war ein typisches Beispiel, daß religiöse Fragen in politische umschlagen können und umgekehrt.

Die Zentrumspartei beschränkte sich in ihrem Wirken nicht auf innenpolitische Probleme. Das bewies sie schon bald nach ihrer Gründung. Im Herbst des Jahres 1870 besetzten die Truppen des geeinten Italiens Rom und enteigneten die päpstlichen Besitztümer. Sogleich forderte die Zentrumspartei Bismarck auf, zugunsten des Papstes einzugreifen. Die Reichstagsmehrheit antwortete, von Bismarck inspiriert und an die Thronrede des Kaisers anknüpfend: „Die Tage der Einmischung in das innere Leben der Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren.“ (Zitiert nach den *Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags*, 1. Legislaturperiode, 21. März 1871)

Aber die Zentrumspartei ging noch weiter und verlangte eine militärische Intervention; sie sprach von einem „Kreuzzug über die Alpen“. Bismarck wußte, wo die Urheber dieser Kampagne zu suchen waren, und richtete einen Protest an den Vatikan. Die Kurie antwortete, sie sehe sich außerstande, der Zentrumspartei wegen ihrer Haltung in dieser Frage einen Vorwurf zu machen.

Trotz dieses Konfliktes mit der Kirche versuchte Bismarck gute Beziehungen zum deutschen Episkopat herzustellen. Viele seiner Mitglieder waren adlig und kaisertreu. Bismarck setzte die Wahl des Bischofs von Ketteler zum Primas der katholischen Kirche in Deutschland durch. Gleich nach der Säkularisierung der päpstlichen Besitztümer in Italien hatte eine Delegation der deutschen Bischöfe Bismarck besucht, um seine Ansichten über eine mögliche Übersiedlung des Heiligen Stuhls nach Deutschland zu hören. Bismarck war von der Idee begeistert, er erblickte darin Chancen für seine eigenen politischen Absichten. „Wir hätten die Polen für uns. Die Opposition der Ultramontanen hörte auf, so wie in Belgien, in Bayern.“ (Bismarck zu Graf Hatzfeld; zitiert nach *Gesammelte Werke*, VII, Nr. 312)

Als Anfang der neunziger Jahre das Übereinkommen zwischen Vatikan und Regierung zustande gekommen war, unterwarf sich die Zentrumspartei dem Hohenzollernreich. Dadurch hatte sie sich der letzten Möglichkeit begeben, den Lauf der deutschen Geschichte grundlegend zu verändern. Angesichts der geschichtlichen Situation und der in Deutschland herrschenden Bedingungen lag die Macht des Zentrums „weit weniger in der katholischen Religion, als darin, daß es die Antipathien der Volksmassen gegen das jetzt die Herrschaft über Deutschland beanspruchende spezifische Preußentum vertrat“, wie Friedrich Engels es ausdrückte. (*Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches*, Dietz Verlag, Berlin, 1946, S. 81)

Wie war es zu dieser Kapitulation gekommen? War sie einfach ein Fehler, oder war sie ein wohlüberlegter politischer Schritt?

Bis gegen Ende des ersten Weltkrieges bestand die Anhängerschaft der Zentrumspartei vor allem aus katholischen Bauern und Arbeitern, im Gegensatz hierzu befand sich die autoritäre Führung der Partei völlig unter der Kontrolle konservativer Aristokraten und hoher katholischer Würdenträger. Diese Kreise waren durch gleiche Interessen und gemeinsame Feinde mit den nichtkatholischen Aristokraten und nichtkatholischen Konservativen in ganz Deutschland verbunden und standen daher in enger Allianz mit dem kaiserlichen Reich. Die gemeinsame Feindschaft gegen jede soziale, politische und wirtschaftliche Umwälzung machte den preußischen Militarismus und den Katholizismus zu Verbündeten. Sie bekämpften gemeinsam den Liberalismus in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Sphäre.

Die Zentrumspartei führte eine zügellose Kampagne gegen den „antichristlichen, jüdischen, liberalistischen Kapitalismus“ und bediente sich dabei vieler Schlagworte, die später während des Naziregimes allgemeine Verbreitung und traurige Berühmtheit erlangten: „gottloses Manchestertum“, „jüdisches Wucherkapital“, „liberaler Moloch Kapital“ usw.

Wenn man sich noch einmal all die Bannflüche vor Augen führt, die die Päpste gegen die liberalen Grundsätze und gegen den liberalen Staat geschleudert haben, dann versteht man leicht, daß der Katholizismus aus Haß gegen alle liberalen Reformen ein enges Bündnis mit dem reaktionären preußischen Militarismus einging. Es war die natürliche Folge der vatikanischen Bannflüche gegen den Liberalismus, die aus der religiösen und moralischen in die soziale und politische Sphäre übertragen wurden. Weniger leicht ist zu erklären, warum der deutsche – ebenso wie der österreichische – politische Katholizismus so offensichtlich antisemitische Züge aufwies. Wahrscheinlich wollten beide damit ihren schlimmsten Feind, die sozialistische Bewegung, treffen.

Das Preußentum und der Katholizismus sahen im Sozialismus ihren Hauptfeind. Die sozialistische Bewegung wuchs von Tag zu Tag an Kraft und Einfluß. Die katholische Partei wurde in ihrer Feindschaft gegen den Sozialismus von den Flüchen inspiriert, die der Vatikan gegen ihn schleuderte. „Der Sozialismus steht im Widerspruch zu den Lehren der Kirche“, hatte der Papst dekretiert. Das bedeutete für die katholische Partei, den Sozialismus zu bekämpfen. Außerdem hatte der Papst den Sozialismus wegen seiner engen Verflechtung mit den Grundsätzen der Demokratie verurteilt. Das allein war Anlaß genug, ihn zu bekämpfen.

Die sozialistische Bewegung predigte die wirtschaftliche, soziale und politische Demokratie und nahm in ihre Reihen Menschen aller Religionen, Rassen oder Hautfarben auf. Dagegen standen die katholische Kirche und ihr Oberhaupt, der Papst, grundsätzlich allen demokratischen Ideen feindlich gegenüber und widersetzten sich dem Gedanken der Gleichheit, mochte es auf erzieherischem, wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet sein; sie waren gegen jede Reform, die von neuen politischen Ideen ausging. Daher weckten und nährten sie in den Hirnen ihrer Gläubigen Haß gegen den demokratischen Geist und einen Hang zu autoritärem Denken. Dementsprechend war auch die Haltung der Zentrumsmitglieder. Das autoritäre Denken schlug bei ihnen immer tiefere Wurzeln und bereitete die katholischen Massen darauf vor, eine Diktatur zu unterstützen.

Die Politik der Zentrumspartei wurde ferner dadurch bestimmt, daß der Vatikan in der orthodoxen Kirche, vor allem der russischen, einen Rivalen sah. Diese religiöse Feindschaft gegen die Orthodoxie war allen Katholiken in Deutschland jahrzehntelang eingeflößt worden, sie nahm politischen

Charakter an, als sich die Expansionsbestrebungen des Wilhelminischen Reiches gegen das Zentrum der Orthodoxie, gegen das zaristische Rußland, zu richten begannen. Ein weiteres Band zwischen dem Katholizismus und dem deutschen Imperialismus war damit geknüpft. Diese künstlich gezüchtete antirussische Einstellung ging so weit, daß sich zum Beispiel der Zentrumsführer Windthorst während des Russisch-Türkischen Krieges unter anderem zu der Behauptung hinreißen ließ, dieser Krieg entscheide letztlich, „ob das slawische oder das germanische Element in der Welt den Ton angeben wird". Bischof Ketteler mußte eingreifen und der Zentrumspartei einen Rüffel wegen ihrer „außergewöhnlichen deutschen Selbstüberhebung" erteilen. Aus dieser überheblichen slawenfeindlichen Einstellung heraus gab im übrigen die Partei ihrem offiziellen Organ, das später von dem päpstlichen Kammerherrn von Papen aufgekauft wurde, den Namen *Germania.*

Als dann in Rußland ein noch gefährlicherer und entschiedenerer Feind des politischen Katholizismus und des von ihm unterstützten wirtschaftlichen und sozialen Systems an die Macht kam, verstärkte sich die antirussische Einstellung der Kirche auf ideologischem wie auf politischem Gebiet. Die Zentrumspartei unternahm kaum einen wichtigen politischen Schritt, ohne vorher den päpstlichen Nuntius zu konsultieren. Von 1920 bis 1929 war dies der Kardinal Pacelli. Er unterstützte jede Politik und jeden Mann, der bereit war, gegen Sowjetrußland zu kämpfen. Daher ist es nicht erstaunlich, daß die katholische Partei bereitwillig den „Kreuzzug gegen den Bolschewismus" predigte, zu dem der Papst in Rom und Hitler in Berlin aufriefen.

Vor dem ersten Weltkrieg war die Zentrumspartei fünfundzwanzig Jahre lang fast ununterbrochen die stärkste Fraktion im deutschen Reichstag. Sie war der wichtigste und einzige Verbündete aller deutschen Reichskanzler von Hohenlohe bis Bethmann-Hollweg und eine der Hauptstützen des deutschen Imperialismus. Windthorst brachte das klar zum Ausdruck, als er sich vor dem Reichstag mit einer der Hauptfragen der deutschen Politik, mit der Haltung seiner Partei zur deutschen Armee, befaßte: „Ich gebe zu, daß die Armee die wichtigste Institution des Landes ist. Ohne sie würden die Säulen der Gesellschaft zum Einsturz kommen."

Und in der Reichstagssitzung am 10. 12. 1890 sagte er sogar: „Wem wäre es nicht eine Befriedigung und ein Stolz, die Armee in dem allerschönsten, schmuckesten und kräftigsten Zustand zu sehen?" (Zitiert nach *Der politische Katholizismus*, Drei Masken Verlag, München, 1923)

Windthorst wurde durch Ernst Lieber abgelöst, der in die Fußtapfen seines großen Vorgängers trat. Er war ein begeisterter Befürworter der deutschen Kolonialpolitik und der Marinepolitik des Kaisers; Großadmiral

von Tirpitz dankte ihm dafür ausdrücklich in seinen Memoiren. Auch auf anderen Gebieten war Lieber ein zuverlässiger und einflußreicher Verfechter der verhängnisvollen Politik Wilhelms II. Er setzte sich für eine Verstärkung der Armee und der Marine ein, für expansionistische Ziele in der Außenpolitik und für Preiserhöhungen in der Innenpolitik. Bei allem genoß Lieber die volle Unterstützung der Zentrumspartei, deren Vorsitzender er war.

Im ersten Weltkrieg stand das Zentrum fest in der vereinten Front aller Parteien, die den Krieg unterstützten. Es vertrat die ziemlich unchristliche Forderung nach einer „rücksichtslosen Kriegführung", war einer der lautesten Schreier nach einem „Großdeutschland" und verlangte Annexionen sowohl im Westen als auch im Osten. Sein Vorsitzender war zu dieser Zeit Peter Spahn. Er definierte die Ansichten der Partei über die „Neue Ordnung", die nach dem kaiserlichen Sieg errichtet werden sollte, und erklärte im Frühjahr 1916 vor dem Reichstag: „Kriegsziele sind Machtziele. Wir müssen Deutschlands Grenzen nach unserem Gutdünken verändern... Belgien muß politisch, militärisch und wirtschaftlich in deutschen Händen bleiben." Die Partei stand in der ersten Linie der fanatischsten deutschen Imperialisten. Die katholische Zeitung *Hochland* verlangte die Annexion von Belfort „... mit den alten Grenzen von Lothringen und Burgund" und die ständige Besetzung der Kanalküste.

Das war bei weitem nicht alles. Als Tirpitz 1915 den uneingeschränkten U-Boot-Krieg forderte, unterstützte ihn die Zentrumspartei. Der bayrische Ministerpräsident Graf Hertling, ein führender Zentrumspolitiker, war ja ein enger Freund des Großadmirals von Tirpitz. Und die katholische Hierarchie stand nicht zurück, sie führte unter ihren Gläubigen einen Propagandafeldzug für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. So mobilisierte zum Beispiel Kardinal Bettinger in München die ländliche Geistlichkeit Bayerns für diese sehr christliche Aufgabe und fuhr selbst aufs Land, um unter den Bauern zu agitieren. Auf zahlreiche Proteste erwiderte der Kardinal, daß „es ein unverzeihliches Verbrechen von deutscher Seite wäre, wenn Deutschland es verabsäumte, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu führen". Das deutsche Episkopat vertrat die gleiche Meinung, erklärte sich im Namen der führenden katholischen Würdenträger für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und verteidigte außerdem die Verletzung der belgischen Neutralität. Es mag genügen, als Beweis Michael Faulhaber, den späteren Kardinalerzbischof von München, zu zitieren, der damals ein prominenter Armeegeistlicher war: „Meiner Meinung nach wird diese Kampagne in die Geschichte der Militärethik als ein hervorragendes Beispiel für einen gerechten Krieg eingehen."

Zur Krönung ihrer Kriegspolitik unternahm die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei am 16. Oktober 1916 einen wahrhaft sensationellen Schritt.

Sie erklärte dem Reichskanzler in einer sorgfältig abgewogenen Denkschrift, er solle sich, wenn ihm auch formell die Verantwortung für die deutsche Kriegführung übertragen sei, den Befehlen der Obersten Heeresleitung unterstellen, und der Reichstag solle jedem von der Obersten Heeresleitung verkündeten Gesetz seine Zustimmung erteilen. Diese Denkschrift „war die erste förmliche Anerkennung der Diktatur der deutschen Armeeführung nicht nur in militärischen, sondern auch in politischen Fragen und bedeutete faktisch die Unterordnung des Reichstags und der Reichsregierung unter diese Diktatur". (B. Menne, *The Case of Dr. Bruening)* Man muß dabei bedenken, daß zu der Zeit, als diese Denkschrift zusammengestellt wurde, nicht mehr der willensschwache jüngere Moltke Chef der Obersten Heeresleitung war, sondern Hindenburg mit Ludendorff als Generalstabschef. Und Ludendorff war ein Diktator. Sein Streben war, Deutschland im Namen des Großen Generalstabs zu regieren. Und es dauerte nicht lange, da war es soweit.

Die Feststellung, daß die Partei des politischen Katholizismus als erste feierlich und öffentlich vor der Diktatur des Generals Ludendorff kapitulierte, mag unwahrscheinlich oder selbst böswillig scheinen, aber sie ist eine historische Tatsache.

Die Zentrumspartei stand wie die meisten katholischen Parteien unter der Führung einer Gruppe von Aristokraten, hohen Staatsbeamten und führenden kirchlichen Würdenträgern. Die reaktionäre und nationalistische Politik dieser Kräfte rief unter den katholischen Bauern und Arbeitern Unzufriedenheit hervor. Sie erregten sich vor allem über die Art und Weise, wie der sogenannte Burgfriede gehandhabt wurde, und über die Verweigerung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen.

Unter der Führung der christlichen Gewerkschaften bildete sich im Rheinland schrittweise, vor allem im dritten Kriegsjahr, eine Opposition heraus, deren Sprecher Erzberger war. Erzberger war Mitglied der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei und hatte in den ersten Kriegsjahren die Annexionsbestrebungen der deutschen Imperialisten unterstützt. Er hatte gute Beziehungen zu Tirpitz und half Ludendorff in den Sattel heben.

Aber 1917 trennte sich Erzberger von all dem. Er war in den Besitz von Informationen gelangt, die ihn überzeugt hatten, daß Deutschland keine Chance hatte, den Krieg zu gewinnen. General Hoffmann, der Chef des Generalstabs der deutschen Ostarmee, und Graf Czernin, der österreichische Außenminister, hatten ihm dargelegt, daß Deutschlands Lage hoffnungslos sei. Aber der Hauptimpuls für Erzbergers politische Schwenkung kam vom Papst selbst. Benedikt XV. sah mit wachsender Sorge, daß sich die Position der Mittelmächte rasch verschlechterte. Wir können nicht behaupten, daß er ihren Sieg gewünscht hätte; aber wir wissen, daß ihm daran gelegen war,

ihre Niederlage zu verhindern. Osterreich war eine der letzten katholischen Großmächte in der Welt, und auch die politische Position der deutschen Katholiken berechtigte zu großen Hoffnungen. Der Papst suchte daher nach einer Lösung, die für diese beiden Mächte annehmbar war, und knüpfte die ersten Fäden zwischen London und Berlin. Voraussetzung für einen Erfolg dieser Bemühungen war, die deutschen Bestrebungen im Westen klarzustellen. Hier setzte Erzbergers Aufgabe ein.

Der Papst entsandte einen seiner jungen und fähigsten geistlichen Diplomaten, Eugenio Pacelli (später Nuntius in Deutschland und dann als Pius XII. Oberhaupt der katholischen Kirche), nach München, um mit dem kommenden Mann in den deutschen katholischen Kreisen, Matthias Erzberger, Verbindung aufzunehmen. Erzberger stand noch unter dem Schock der Enthüllungen über Deutschlands ungünstige Lage und unterstützte daher freudig die päpstliche Initiative. Eine Rede, die er am 6. Juli 1917 vor dem Reichstag hielt, hinterließ nachhaltigen Eindruck und wirkte im allgemeinen sehr ernüchternd. Aber das war nur der Anfang. Erzberger arbeitete unermüdlich daran, dem Papst die Erklärung zu verschaffen, die er als Voraussetzung für Verhandlungen mit den Westmächten so dringend benötigte. Es war daher im wesentlichen Erzberger zu danken, daß am 19. Juli 1917 der Reichstag mit einer aus Katholiken, Sozialdemokraten und Liberalen bestehenden Mehrheit eine Entschließung zugunsten eines „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen“ faßte. Selbst der Kaiser war über die Annahme solch einer nützlichen Formel befriedigt, machte aber einen einschränkenden Vorbehalt: Deutschland werde sich nicht bereit finden, eine durch die Waffen herbeigeführte Entscheidung rückgängig zu machen.

Die Situation änderte sich schlagartig, als Rußland im Herbst 1917 die Kampfhandlungen einstellte. Deutschland vergaß die Friedensresolution, die sozialdemokratisch-katholische Garantieformel gegen eine völlige Niederlage; die deutschen Generale diktierten die Friedensbedingungen von Brest-Litowsk und Bukarest.

Als aber Deutschland im November 1918 selbst am Ende war, wurde Erzberger, der Initiator der berühmten Friedensresolution, ausersehen, die Verhandlungen über den Waffenstillstand zu führen. „Hindenburg standen Tränen in den Augen, als er Erzbergers Hände zwischen den seinen hielt und ihn beschwor, die schreckliche Pflicht für die heilige Sache des Vaterlandes auf sich zu nehmen“, hieß es in einem Bericht. Diese Szene wiederholte sich zehn Jahre später, als der Generalfeldmarschall, wieder „mit Tränen in den Augen“, die Hände eines anderen Zentrumsführers drückte.

Am 11. November 1918 unterzeichnete Erzberger als Leiter der deutschen Delegation den Waffenstillstand von Compiègne.

Erzberger war weit davon entfernt, ein Demokrat geworden zu sein, aber er war überzeugt, daß die Militaristen die Hauptfeinde einer friedlichen und progressiven Entwicklung in Deutschland waren. Das bedeutete keine Änderung der Parteilinie des Zentrums. Die Partei stand nach wie vor mit Ausnahme Erzbergers und seiner Anhänger auf der Position des vergangenen Kaiserreiches. Zwei Tage nach dem Zusammenbruch hatte sie in einer Resolution das Fortbestehen der Monarchie gefordert. Später protestierten die Parteiführer, lebhaft sekundiert von der jüngeren Generation der Armeeoffiziere, gegen die Abschaffung des Kaiserthrones.

Die katholische Kirche war nicht nur militanter Streiter für den Nationalismus, sondern auch Haupttriebkraft aller monarchistischen Bestrebungen. Sie forderte die Rückkehr des Kaisers. Kardinal Faulhaber, eine der wichtigsten Säulen der katholischen Kirche in Deutschland, erklärte auf dem Münchener Katholikentag: „Die Revolution war Treubruch und Hochverrat. Sie wird für immer mit dem Kainszeichen gebrandmarkt in die Geschichte eingehen."

„Kainszeichen" war nur der biblische Ausdruck für das, was die Nationalisten „Dolchstoß in den Rücken" nannten. Hitler verkündete zu derselben Zeit und an demselben Ort das gleiche.

Die Zentrumspartei verdammte die Revolution und haßte die „Roten", trotzdem beteiligte sie sich an der Regierungsarbeit der Republik. Sie stellte sich, wie ein führender Katholik es ausdrückte, „auf den Boden der Tatsachen". Das bedeutete nicht etwa einen Gesinnungswechsel, sondern lediglich, daß sie sich einer neuen Situation angepaßt hatte, um ihre alten Ziele weiter zu verfolgen. Bei den katholischen Parteien darf man nie außer acht lassen, daß sie in erster Linie Instrumente der katholischen Kirche sind, mit denen die Kirche bestimmte religiöse und moralische Ziele verfolgt. Der politische Katholizismus kann sich daher, ohne auch nur einen Buchstaben seines Programms verleugnen zu müssen, jeder politischen Situation rasch und mühelos anpassen und taktische Züge machen, die andere Parteien ihr politisches Gesicht und damit vielleicht ihre Existenz kosten würden.

Unter dem Kaiser war die Zentrumspartei monarchistisch und imperialistisch. In der Weimarer Republik tat sie, als wäre sie republikanisch und demokratisch. In Wirklichkeit aber war sie geblieben, was sie von jeher war – eine katholische Partei. Sie änderte wohl ihre Taktik und ging selbst mit den ihr so verhaßten „Roten" und den Linksparteien Koalitionen ein, aber sie verließ niemals ihren festgelegten Kurs. Untersucht man ihre verschiedenen politischen Schachzüge in den ersten zehn Jahren der Republik, so kann man feststellen, daß auf jeden Schritt nach rechts ein Schritt nach links kam, dem wieder ein Schritt nach rechts folgte.

Oft wird die Frage gestellt, ob die Zentrumspartei mit ihrem demokratischen linken Flügel unter anderen Bedingungen eine wahrhaft demokratische Partei geworden wäre. Ihre Schwesterpartei, die Bayrische Volkspartei, war zu allem anderen bereit, nur nicht zu einer Bewegung in Richtung der Demokratie. Zu einer bestimmten Zeit, vor allem nach der militärischen Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg, bestand die Möglichkeit hierzu. Aber die Propagierung demokratischer Ideen unter den katholischen Arbeitern, unter den Mittelklassen einschließlich der Journalisten, Lehrer, Professoren usw. war nur eine vorübergehende und zeitbedingte Erscheinung.

Das wurde völlig klar, als der Führer des demokratischen Flügels, Erzberger, im Herbst 1921 von zwei fanatischen Parteigängern einer militaristischen Geheimorganisation, die ihren Sitz im katholischen Bayern hatte, ermordet wurde. Erzbergers Tod zog auch den Tod des linken Flügels der Zentrumspartei nach sich. Man bemühte sich zwar, in den linken Kreisen des Zentrums Nachfolger für Erzberger zu finden, aber sie wurden, wie zum Beispiel Dr. Wirth, ein Freund Erzbergers und Rathenaus, sehr bald von den „realpolitischen" Strömungen innerhalb der Partei beiseite geschoben.

Einer der Gegner Erzbergers in der Partei war der Führer der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald.

Stegerwald war erfolgreicher als Erzberger, weil er als einer der entschiedensten Antidemokraten von seiner Partei gestützt wurde. Er bewunderte alle autoritären Maßnahmen und hielt enge Freundschaft mit reaktionären Staatsbeamten und nationalistischen Militaristen. Die fortwährende Rivalität zwischen den sozialdemokratischen und den christlichen Gewerkschaften schien die Richtigkeit seiner Haltung zu bestätigen. Er stand an der Spitze der katholischen Arbeiter im Ruhrgebiet und trug immer wieder Verwirrung in ihre Reihen; viele unter ihnen wollten mit seinen totalitären Anschauungen nichts zu tun haben und wären lieber Erzberger gefolgt. Aber Erzberger wurde von den vatikanischen Autoritäten ständig mit Mißtrauen bedacht, während Stegerwald die Unterstützung des Vatikans und der Zentrumsführung genoß. Nach Erzbergers Ermordung wurde Dr. Marx, ein konservativer preußischer Richter, Vorsitzender der Partei. Seine Politik zielte darauf ab, im Reichstag das Gleichgewicht zwischen Links und Rechts zu halten.

Im Jahre 1924 kündigte die Zentrumspartei plötzlich die sogenannte Weimarer Koalition, ein parlamentarisches Zusammengehen von Katholiken, Linksliberalen und Sozialdemokraten. Die Bedingungen hatten sich wieder geändert, die Revolution war niedergerungen, dem Zentrum schien eine Koalition mit der Deutschnationalen Volkspartei geboten. Eine

Regierung unter der Führung von Dr. Marx kam zustande. Das bedeutete, daß die Zentrumspartei trotz ihrer großen Anhängerschaft in den arbeitenden Schichten auf die Seite der Schwerindustrie übergegangen war, auf die Seite der Junker, der extremen Nationalisten und Militaristen, die Deutschland in den zweiten Weltkrieg führten.

Auch dieser plötzliche Umschwung in der Koalitionspolitik der Zentrumspartei ist den geistlichen und moralischen Lehren der katholischen Kirche als religiöser Institution zuzuschreiben.

Äußerer Anlaß für den politischen Kurswechsel des Zentrums waren die sogenannten Schulgesetze. Die Weimarer Verfassung sprach sich nicht klar über den künftigen Schultyp in Deutschland aus. Der Streit ging vor allem um die Frage, ob die Kirche in Schulangelegenheiten den Vorrang haben sollte oder ob der Staat die Kirche beiseite schieben und den Schulpflichtigen eine weltliche Erziehung angedeihen lassen dürfe.

Die deutschen Katholiken, allen voran die Hierarchie, plädierten, getreu ihren Zielen, für die geistliche Überwachung der Schulen und für die Bildung sogenannter Konfessionsschulen. Vor allem das deutsche Episkopat trat, in seinem Standpunkt durch gewisse Ratschläge des päpstlichen Nuntius Pacelli bestärkt, sehr streitbar auf.

Das Streben der katholischen Kirche, über katholische Schulen zur Erziehung der deutschen Katholiken zu verfügen, war, vom kirchlichen Standpunkt gesehen, durchaus verständlich. Wenn sich die Kirche auf die rein religiöse Seite der Angelegenheit beschränkt hätte, wäre es darüber nie zu einem solchen Streit gekommen. Aber diese Beschränkung legte sich die Kirche nicht auf, im Gegenteil, sie verquickte die Religion mit der Politik, machte aus den religiösen Fragen politische Fragen und aus den politischen religiöse. Bald mußte sie jedoch einsehen, daß sie ihr Ziel durch die Mobilisierung der Geistlichkeit allein nicht erreichen konnte. Daher setzte sie ihr politisches Instrument, die Zentrumspartei, unter Druck. Die Partei machte die Sache der Kirche zu ihrer eigenen, näherte sich der Deutschnationalen Volkspartei, die in Schulfragen zugänglicher war, und begann unter dem Druck des Vatikans die sozialgesinnte Linksopposition innerhalb der Partei schrittweise abzuwürgen.

So kam es zu der Koalition zwischen dem Zentrum und der potentiell faschistischen Deutschnationalen Volkspartei. Die Grundlage dieses Bündnisses bildeten gegenseitige Garantien. Die Nationalisten versprachen, einem Schulgesetz, das Konfessionsschulen unter der Aufsicht der Kirche berücksichtigte, zuzustimmen, die Katholiken versprachen, sich für Subventionen an die Industrie und für Einfuhrbeschränkungen einzusetzen, und erklärten sich, was besonders aufschlußreich ist, mit einer Kürzung des Sozialhaushalts einverstanden. Zweimal wurde eine Übereinkunft in dieser

Richtung getroffen, aber beide Male führte sie nicht zum Ziel. Das erste Schulgesetz von 1925 kam gar nicht vor den Reichstag, und über das zweite von 1927 wurden sich die Koalitionspartner selbst nicht einig. Die Partei Stresemanns erreichte schließlich, daß die Vorlage zurückgewiesen wurde. Beide Seiten forderten für sich die alleinige Kontrolle über das Schulwesen und über die Jugenderziehung. Der gleiche Streit brach später zwischen Hitler und der katholischen Kirche aus.

Die Meinungsverschiedenheiten über das Schulgesetz führten im Frühjahr 1928 zum Zerfall der Koalition. Die Wahlen im Mai brachten einen sensationellen Linksruck, den größten seit 1918. Die Sozialdemokratie zog als stärkste Fraktion in den Reichstag ein.

Die katholische Kirche war vor allem darüber schockiert, daß das Zentrum zu den Parteien gehörte, die die meisten Stimmen verloren hatten, und daß die Sozialdemokratie gerade unter den katholischen Wählermassen viele Stimmen erobert hatte. Die katholische Kirche und das Zentrum hatten das bisher für unmöglich gehalten. Diese Entdeckung alarmierte sowohl den Vatikan als auch die Führung der deutschen katholischen Partei. Das Zentrum verließ in der Hoffnung, die verlorenen Stimmen zurückzugewinnen, die Nationalisten und kehrte reumütig zur Koalition mit den Sozialdemokraten zurück. Der Sozialdemokrat Hermann Müller wurde Reichskanzler. Im Vatikan aber reifte eine Entscheidung hinsichtlich der deutschen katholischen Partei heran, die von schweren Folgen sein sollte.

Damals regten sich viele Hoffnungen, daß Deutschland sozialistisch regiert werden und auf dieser Grundlage eine Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Nationen anstreben würde. Aber diese Hoffnungen wurden nicht erfüllt. 1929 saßen, entgegen dem klaren Willensausdruck der Wähler, in den Schlüsselstellungen der deutschen Republik drei Männer, deren Ziel es war, die Republik zu liquidieren. Die Kombination Hindenburg–Groener–Schleicher war am Werk. Alle drei hatten hohe und höchste Positionen in der kaiserlichen Armee innegehabt. Sie intrigierten seit Jahren auf militärischem und politischem Gebiet und wollten als erstes mit dem „langweiligen Interregnum" Schluß machen, wie sie die deutsche Republik nannten.

1929 unternahm Hindenburg, vorwärtsgestoßen von seinen Freunden, die ersten Schritte in dieser Richtung. Er entließ den sozialdemokratischen Reichskanzler Müller und dessen Außenminister Stresemann. Hindenburg wollte das Prinzip abschaffen, daß der Reichskanzler das Vertrauen des Parlaments benötigte. Er brauchte einen Mann, der „das Vertrauen der Armee" genoß. Dieser Mann sollte, so war vorgesehen, auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung regieren, der dem Reichspräsidenten

in bestimmten Fällen diktatorische Vollmachten übertrug. Falls das Parlament protestierte, sollte es aufgelöst werden.

Die Verschwörer suchten eine Partei, die ihnen bei der Liquidierung der Republik helfen konnte, und einen Mann, der selbst die ersten Schritte zur Diktatur ging und den weiteren Weg zu ihr ebnete. Beides fanden sie im Lager des politischen Katholizismus. Die Partei war die Zentrumspartei, sie hatte sich bereits bei der Erziehung der Deutschen zu autoritärem Denken Verdienste erworben; und der Mann war Dr. Brüning, ein fanatisch gläubiger Katholik. Er sollte ohne die Zustimmung des Parlaments, mit Hilfe des Artikels 48 und auf Grund von Instruktionen der Reichswehr regieren.*

Es gab in Deutschland einen Mann, der, obwohl er kein Deutscher war, mehr von der politischen Situation im Lande verstand als mancher deutsche Politiker: Kardinal Eugenio Pacelli, der päpstliche Nuntius. Pacelli entstammte einer römischen Adelsfamilie. Er hatte die Adelsschule in Rom besucht und war ein Anhänger des früheren Kardinalstaatssekretärs Merry del Val, des Mannes, der die „Christliche Vereinigung Junger Männer“ verdammt und seine Stellung benutzt hatte, die Rolle eines modernen Inquisitors zu spielen.

Pacelli hatte sich 1917 im Auftrag des Papstes in die bereits erwähnten Verhandlungen über einen Kompromißfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten eingeschaltet. Seitdem lebte er in Deutschland, anfangs in München, später in Berlin, und verfolgte mit Interesse die politische Entwicklung, vor allem die Entwicklung der katholischen Parteien: der Bayrischen Volkspartei und der Zentrumspartei. Die Führer dieser beiden Parteien unternahmen nicht einen einzigen politisch wichtigen Schritt, ohne zuvor über den Kardinal Pacelli den Vatikan konsultiert zu haben. Kardinal Pacelli war engster Berater des Papstes, daher waren viele der vom Papst getroffenen Entscheidungen ihm zuzuschreiben.

Als Pacelli 1920 sein Amt als päpstlicher Nuntius in Deutschland antrat, gab er Anlaß zu einer Sensation. Er begann, entgegen allen Erwartungen, mit Erzberger zusammenzuarbeiten. Einige glaubten daraufhin, daß er mit dem linken Flügel des Zentrums sympathisiere; andere vermuteten, daß er auf diese Weise versuchen wolle, die linken Tendenzen dieses Flügels unter Kontrolle zu bekommen. Diese Vermutung schien sich zu bestätigen. Pacelli behandelte nach Erzbergers Ermordung dessen Nachfolger Dr. Wirth

* „Dieser katholische Abgeordnete stand in enger Verbindung mit deutschen nach dem Krieg gegründeten Geheimorganisationen. Auf dem Weg über diese Verbindungen kam die Verschwörung gegen die deutsche Republik zustande. Der prominente Führer der katholischen Gewerkschaftsbewegung, Beamte und Abgeordnete war bereits seit Herbst 1918 aktives Mitglied einer solchen Geheimgesellschaft.“ (Wheeler – Bennet)

sehr kühl und schlug sich, als Dr. Marx die Führung der Partei übernahm, offen auf die Seite des rechten Flügels.

Der Kardinal und der neue Zentrumsführer wurden enge Freunde. Dr. Marx tat keinen Schritt, ohne vorher Pacelli zu konsultieren. So dirigierte der Kardinal faktisch jahrelang die Politik der Zentrumspartei und gewann dadurch wesentlichen Einfluß auf die deutsche Politik überhaupt. Er entwickelte den Plan, die Zentrumspartei mit der Deutschnationalen Volkspartei eine Koalition eingehen zu lassen, ein Schritt, der verhängnisvolle Folgen für ganz Deutschland hatte. (Kardinal Pacelli beendete seine Mission als Nuntius in Deutschland am 12. Dezember 1929. 1930 ernannte Papst Pius XI. ihn zum Kardinalstaatssekretär.)

Was veranlaßte den Kardinal, diese mächtige politische Partei nach rechts statt nach links zu führen? Was bewog ihn, eine Allianz mit den nationalistischen, totalitären, antidemokratischen Deutschnationalen einzugehen?

Die Antwort ist, wie immer, wenn es sich um katholische Politik handelt, dort zu finden, wo die Interessen der katholischen Kirche liegen. Die Kirche hatte, wenn wir vorerst von ihrer allgemeinen Ablehnung des Sozialismus und Kommunismus absehen, in Deutschland ein Sofortziel vor Augen: die Einführung der Konfessionsschule. Dieses Ziel wäre erreichbar gewesen, wenn sich Deutschland und der Vatikan auf der Grundlage eines Konkordats geeinigt hätten. Aber das Konkordat wurde nie unterschrieben. Auch das Schulgesetz trat nicht in Kraft. Trotzdem waren Pacellis Bemühungen nicht erfolglos. Der deutsche Staat gewährte der katholischen Kirche Subsidien, die von 148 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 163 Millionen Mark im Jahre 1928 stiegen.

Kardinal Pacelli hatte bestimmte Ansichten, wie man dem Rückschlag bei den Wahlen von 1928 entgegenwirken müsse. Sie wurden im Vatikan, wo man ihn als klugen Kopf kannte, der neue Formen der Massenbeeinflussung auf Kosten des veralteten politischen Katholizismus einführen wollte, sehr ernst genommen. Der Vatikan hatte den von Pacelli vorgeschlagenen Weg bereits beschritten, obwohl er nach dem Krieg lange Zeit nicht gewußt hatte, wie er sich gegen die deutschen katholischen Parteien verhalten sollte. Sie hatten sich unmittelbar nach dem Krieg als überaus wertvolle politische Instrumente erwiesen. Die Hoffnung, sie könnten der Kirche auch weiterhin große Dienste leisten, erfüllte sich nicht. Die Zentrumspartei war nicht länger fähig, den Einfluß auszuüben, den sie in der Vergangenheit gehabt hatte. Sie mußte sich Verbündete suchen – zuweilen sogar unter ihren Gegnern. Dies liege vor allem an der politischen Struktur der Weimarer Republik, meinte der Vatikan. Sie gewähre den politischen Gruppierungen zuviel Freiheit, und das führe zur Radikalisierung der

Massen und dadurch zur wirtschaftlichen Zerrüttung Deutschlands. Der Vatikan nahm daher die Nachricht, daß Tausende von Mitgliedern die katholische Partei verlassen, sich vom politischen Katholizismus abgewandt und in ihrer Mehrzahl der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen hatten, mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis.

Zwar hatte man das alles seit Jahren in Rechnung gestellt, aber die Meldung über die großen Stimmenverluste bei den Wahlen von 1928 wirkte doch wie ein Schock. Fast eine halbe Million Wähler hatten dem Zentrum den Rücken gekehrt. Das war die schwerste Wahlniederlage, die die Partei jemals erlitten hatte. Der Ernst der Lage wurde dem besonders klar, der wußte, daß diese Verluste nur der vorläufige Höhepunkt einer seit Jahren anhaltenden Entwicklung waren. Die Schwächung des politischen Katholizismus in Deutschland löste im Vatikan Alarmstimmung aus.

Nach der Niederlage von 1928 forderte der Vatikan die Zentrumspartei auf, eine Tabelle anzufertigen, aus der die Verluste der Partei seit ihrer Gründung zu ersehen waren. Pacelli sandte den Bericht nach Rom. Die Veröffentlichung wurde verboten, nur die höchsten Parteistellen und der Vatikan kannten den Inhalt. Die folgenden Zahlen zeigen, welchen Anteil die männlichen Zentrumswähler in den betreffenden Jahren an der Gesamtzahl der katholischen männlichen Wähler hatten:

1875	85 Prozent
1907	65 Prozent
1912	55 Prozent
1919	48 Prozent
1928	39 Prozent

Für die Zukunft bestand durchaus die Gefahr, daß die Verlustkurve noch steiler anstieg, da sich die katholischen Arbeiter, vor allem nach der Allianz der Zentrumspartei mit der reaktionären Deutschnationalen Volkspartei, immer mehr den sozialistischen Lehren zuwandten. Nur die katholische Jugend und die katholische Intelligenz gingen in ihrer Mehrzahl zu den Nationalisten über.

Die Partei, die zwei Generationen hindurch dem deutschen Katholizismus wertvolle Dienste geleistet hatte, hörte auf, ein wirksames politisches Instrument zu sein. Man mußte etwas Wirkungsvolleres finden. Man mußte einen neuen Weg beschreiten, eine neue Politik konzipieren und vor allem neue Leute an die Macht bringen.

Nach der Niederlage von 1928 gewannen innerhalb des Zentrums endgültig die reaktionärsten Elemente die Oberhand. Der linke Flügel hatte faktisch aufgehört zu bestehen, er spielte bei der Festlegung der politischen Richtung der Gesamtpartei keine Rolle mehr. Die Partei war ein Instrument des Nuntius Pacelli geworden, die klerikalen Elemente hatten die

Vorherrschaft erlangt. Der Sprecher des rechten Flügels war der päpstliche Prälat Dr. Ludwig Kaas, Professor für Kirchengeschichte an der Universität Bonn. Er hatte sich vor allem auf außenpolitische Fragen spezialisiert, war außenpolitischer Sprecher der Zentrumsfraktion im Reichstag geworden und begleitete die deutsche Delegation zum Völkerbund nach Genf. Seine Hauptforderung war eine „aktivere Außenpolitik". Er stand Stresemann sehr kritisch gegenüber und wandte sich gegen den Versuch, Deutschlands Ansprüche auf dem Weg geduldiger Verhandlungen durchzusetzen. Mit dieser Forderung stand er in einer Front mit den Führern zweier anderer Parteien: mit Hugenberg, dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, und mit Hitler, dem Führer der Nazipartei.

Kaas war nach dem ersten Weltkrieg ein eifriger Anhänger der Separatistenbewegung gewesen, die von rheinischen Katholiken finanziert worden war. Am 10. März 1919 hatte er an die unter dem Vorsitz von Dr. Konrad Adenauer in Köln tagenden Separatisten ein Telegramm zur Begrüßung der „Rheinischen Republik" gesandt. Es darf auch nicht vergessen werden, daß Kaas eng mit Dr. Seipel befreundet war, der die Schaffung eines katholischen Reiches in Mitteleuropa anstrebte.

Entscheidend für den Einfluß von Dr. Kaas in der Partei war die Tatsache, daß er ein enger Vertrauter des päpstlichen Nuntius in Berlin war. Pacelli und Dr. Kaas verbrachten mehrere Male gemeinsam ihren Urlaub in der Schweiz. Die Meinungen von Dr. Kaas galten allgemein als die Meinungen des päpstlichen Nuntius. Die Freundschaft zwischen Pacelli und Kaas war eine der Ursachen für das Abgleiten der Zentrumspartei nach rechts. Pacelli unterstützte das Bestreben bestimmter katholischer Kreise, sich eine nationalistische Plattform zu geben. Noch wenige Jahre zuvor hatte sich der Vatikan mehrmals strikt geweigert, ähnlichen Forderungen der Zentrumspartei nachzugeben. Erst 1924 hatte er begonnen, der nationalistischen Strömung in der Partei sein Wohlwollen zu schenken, von 1928 an gewährte er ihr seine volle Unterstützung. In der Periode von 1924 bis 1928 änderte der Vatikan in der ganzen Welt seine politische Taktik. Alle seine Aktionen in dieser Zeit zielten darauf ab, die Demokratie und den Sozialismus in den einzelnen Ländern zurückzudrängen. Die Methoden, die der politische Katholizismus dabei in Europa auf Anregung des Vatikans anwandte, unterschieden sich wohl in ihrem Charakter, dienten aber alle dem gleichen Ziel. In Bayern und Ungarn war der politische Katholizismus legitimistisch, in Belgien und Österreich reaktionär, in Portugal, Spanien und Polen militaristisch und faschistisch und überall – antikommunistisch.

Der deutsche politische Katholizismus spielte in den Zukunftsplänen des Vatikans keine geringe Rolle. Aber vorerst hieß es abwarten, bis günstigere Umstände eintraten, die zu einer entschiedenen Veränderung der politischen

Situation in Deutschland führten. Der Vatikan steuerte daher die Zentrumspartei in den Jahren von 1924 bis 1928 nur sehr allmählich weiter nach rechts und erst von 1928 an geradenwegs in die Diktatur.

Die katholische Intelligenz, die bereits stark antisowjetisch vergiftet war, wurde in dieser Haltung vom Vatikan bestärkt. Der Vatikan machte auch unter den deutschen Katholiken kein Hehl daraus, daß er mit der Feindschaft gegen den russischen Kommunismus eine weitere große Aufgabe verband: die Heimführung der russischen orthodoxen Kirche in den Schoß der katholischen Kirche.

Dieser Haß, diese aggressive Haltung gegenüber der Sowjetunion trieben die katholische Kirche an die Seite der reaktionärsten politischen Kräfte in Deutschland, an die Seite der preußischen Junker, der Alldeutschen, der Nazis. Das heißt jedoch nicht, daß alle katholischen Elemente für einen antisowjetischen Kreuzzug eintraten. Es gab unter ihnen einige, die, wenn auch aus rein politischen Gründen, entschieden gegen solche Abenteuer waren.

Nach der Niederlage vom Mai 1928 begann in der Partei eine heftige Auseinandersetzung über die künftige Linie der Partei in sozialen und außenpolitischen Fragen. Der klerikale Flügel mit Dr. Kaas an der Spitze, das heißt also die Richtung des Kardinals Pacelli, gewann die Schlacht. Dr. Kaas wurde im Dezember 1928 Vorsitzender der Zentrumspartei. Das war ein Wendepunkt. Von nun an befand sich die Zentrumspartei völlig in der Hand des Vatikans. Die unteren Parteistellen wußten das nicht, sie spürten nur, daß die Partei nun einen noch reaktionäreren und noch nationalistischeren Kurs steuerte. Sie wußten nicht, daß ihre Partei lediglich einem Zweck zu dienen hatte: der Zerstörung der Demokratie und der Vernichtung der Arbeiterbewegung durch die Errichtung einer Diktatur, die den Kommunismus bekämpfen und die Interessen der Kirche respektieren sollte.

Der Plan des Vatikans wurde Zug um Zug verwirklicht. Ein Jahr nach der Wahl des Prälaten Dr. Kaas zum Parteivorsitzenden wurde Dr. Brüning, der ehrgeizige katholische Abgeordnete, zum Fraktionsvorsitzenden der Partei im Reichstag gewählt. Die von der Deutschnationalen Volkspartei und dem Zentrum ausgeheckte Verschwörung nahm Gestalt an.

Beim Neujahrsempfang 1930 lernte Hindenburg den Mann kennen, der von den Verschwörern als Kanzler ausersehen war. Man hatte ihm gesagt, Brüning sei der Mann, der Deutschland von der Demokratie befreien, das Parlament ausschalten und als Diktator mit Hilfe des Artikels 48 regieren könnte.

Hindenburg und Brüning besprachen die Einzelheiten des Plans. Brüning machte noch einige Einwände. Er wollte die Demokratie nur schrittweise

beseitigen. Schließlich nahm er an. Hindenburg wiederholte das Schauspiel, das wir schon einmal, elf Jahre zuvor, zwischen ihm und Erzberger beobachtet hatten. „Hindenburg traten plötzlich Tränen in die Augen, leichte Greisentränen; er ergriff mit jener berühmten Geste, mit der er so viele seiner Verbindungen begonnen und auch beendet hatte, Brünings Hände. ‚So viele haben mich verraten. Geben Sie mir Ihr Wort, daß Sie mich bis an mein Lebensende nicht im Stich lassen werden.'" (nach Wheeler–Bennet)

Am 27. März 1930 legte der Sozialdemokrat Müller sein Reichskanzleramt nieder. Am Tage darauf wurde Brüning mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Am 31. März ernannte Hindenburg Brüning zum Reichskanzler. Brüning trat ein Amt an, das lediglich von einem alten General und der Reichswehr gestützt wurde.

Der 1. April 1930 war für Deutschland ein bedeutsamer Tag. Als an diesem Tag der neue Reichskanzler vor dem Reichstag erschien, hörte die parlamentarische Regierungsform auf zu bestehen, ein autoritäres Regime begann. „Meine Regierung ist gebildet worden, um in kürzest möglicher Frist jene Aufgaben zu lösen, deren Lösung im Interesse des Reiches notwendig ist. Dies ist der letzte Versuch, die Erfüllung dieser Aufgabe mit Hilfe des Reichstages in die Wege zu leiten."

Das hieß, daß der neue Kanzler das Parlament nicht um Unterstützung ersuchte, sondern ihm mit Auflösung drohte, falls die geforderte Unterstützung versagt würde. Der Reichstag hatte solche Worte seit den Tagen Bismarcks nicht vernommen. Das neue Kabinett präsentierte sich als ein „Kabinett der Frontsoldaten". Von nun an wurde es in Deutschland bedeutsam, ob ein Mann, der politisch tätig war, im Schützengraben gelegen hatte oder nicht.

Der Hindenburg-Groener-Schleicher-Plan begann Gestalt anzunehmen. Brüning machte sich an die Arbeit. Er legte dem Reichstag ein Finanzprogramm vor, das ihm den gewünschten Anlaß gab, mit dem Reichstag zu brechen. Die Einzelheiten des Programms sind unwesentlich. Es forderte erhöhte Militärausgaben, ungeachtet der Tatsache, daß sich der Staat in einer außergewöhnlich schlechten Finanzlage befand, und sah eine neue Steuer, die „Bürgersteuer", vor.

Der Reichstag bemühte sich vergebens, mit Brüning zu einer Übereinkunft zu gelangen, und lehnte darauf einige Punkte des Programms ab. Damit hatten Brüning und seine Hintermänner gerechnet. Noch an demselben Abend entschied sich der Kanzler, die zurückgewiesenen Punkte des Programms auf dem Weg der „Notverordnungen" in Kraft zu setzen. Die Notverordnungen waren auf Grund des Artikels 48 der Verfassung möglich, in dem es hieß: „Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird,

die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen" und sich selbst mit diktatorischen Vollmachten ausstatten einschließlich des Rechts, auf dem dafür vorgesehenen Weg sogenannte Notverordnungen zu erlassen. Der Artikel 48 sagte also klar, daß Notverordnungen nur angewandt werden durften, wenn schwere Störungen der inneren Ordnung oder Unruhen von gefährlichem Ausmaß zu überwinden waren. Von all dem konnte aber in jener Zeit nicht die Rede sein.

Zwei Tage später forderte das Parlament Brünings Rücktritt. Brüning antwortete mit der Auflösung des Reichstags. Im September fanden Neuwahlen statt. Nach diesen Wahlen tauchte zum erstenmal der Schatten Hitlers bedrohlich im Parlament auf. 107 Naziabgeordnete zogen in den Reichstag ein. Personen und Geschehnisse spielten dem parlamentarischen Diktator in die Hände. Die Sozialdemokraten, die über 142 Sitze verfügten und damit die stärkste Gruppe im Reichstag waren, begannen gegenüber Brüning mit einer Politik der „Duldung", damit „nichts Schlimmeres" geschehe. Es war eine selbstmörderische Politik. Die Wirtschaftskrise und Brünings Wirtschaftspolitik taten das Ihre. Die Löhne wurden um 25 bis 30 Prozent gesenkt, aber die Lebenshaltungskosten, deren Absinken versprochen worden war, fielen nur um 10 Prozent. Die Beamtengehälter wurden ebenfalls gekürzt, nur die Gehälter der Reichswehroffiziere wurden nicht angetastet.

Als Brüning sein Kanzleramt antrat, gab es in Deutschland 2 Millionen Arbeitslose; als er es abgab, war diese Zahl auf 6 Millionen gestiegen. Der finanzielle Zusammenbruch wurde durch eine freiwillig auferlegte Wirtschaftsblockade vertieft. Ohne dieses politische und wirtschaftliche Chaos hätten viele Deutsche nie daran gedacht, für Hitler zu stimmen. Das Chaos konnte Hitler nur recht sein: je größer das Debakel, desto stärker seine Anhängerschaft. Vor diesem dunklen Hintergrund vervielfachten zweifellos Hitlers Versprechungen von einer helleren Zukunft die Zahl seiner Anhänger.

Brüning plante eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen, mit deren Hilfe er die Reparationszahlungen herabzusetzen und gleichzeitig die Armee zu bewaffnen hoffte. Im Frühjahr 1932 erklärte er, daß Deutschland, weil es völlig entwaffnet sei, das „gesetzliche und moralische Recht habe", von allen anderen Ländern ebenfalls die allgemeine Abrüstung zu verlangen. Er spielte sich vor der Welt als Anhänger der Abrüstung auf und begann gleichzeitig insgeheim aufzurüsten – ein politischer Trick, der unter ~~deutschen~~ Politikern sehr beliebt ist. Ein beredter Beweis dafür war unter anderem, daß während Brünings Kanzlerschaft dem Nobelpreisträger Carl von Ossietzky der Prozeß gemacht wurde, weil er aufgedeckt hatte, welche geheimen militärischen Absichten die Regierung mit dem Aufbau

der zivilen Luftfahrt verband. Ossietzky wurde wegen „Verrats militärischer Geheimnisse“ zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt.

Brüning und sein Reichswehrminister arbeiteten Hand in Hand bei der geheimen deutschen Wiederbewaffnung. Er und seine militärischen Freunde legten besonderes Gewicht auf die Luftstreitkräfte. Flugzeugfirmen wie Junkers und Heinkel erhielten beträchtliche staatliche Subventionen. Es gab bereits 44 illegale Ausbildungslager für Militärflieger, und in den Tresoren lagen bis in alle Einzelheiten ausgearbeitete Pläne für die Bombardierung der Maginotlinie und für Luftangriffe auf London und Paris. Leiter der „Luftfahrtabteilung“ im Verkehrsministerium war unter Brüning der Hauptmann Brandenburg – derselbe Brandenburg, der 11 Jahre später maßgebend an der Leitung der Luftwaffenangriffe auf London beteiligt war.

Auf politischem Gebiet legte Brüning, der „Hungerkanzler“, wie die Massen ihn nannten, eine ungewöhnliche Geschäftigkeit, vor allem hinsichtlich der emporkommenden Naziführer, an den Tag. Er sah in Hitler keineswegs seinen Feind, im Gegenteil, er hielt ihn für seinen Verbündeten im Kampf gegen Demokratie und Kommunismus und für die Wiederbewaffnung Deutschlands.

Unmittelbar nach den Wahlen im September 1930 führte Göring lange Geheimbesprechungen mit Minister Treviranus. Zur gleichen Zeit wurde Röhm, der Führer der SA, von General von Schleicher empfangen; sie verhandelten über Fragen der regulären und irregulären Armee und kamen, wie später bekannt wurde, überein, die Struktur der nazistischen Privatarmee zu verändern.

Nach diesem Vorspiel traf sich Brüning im Oktober 1930 mit Hitler. Der Inhalt dieses Gesprächs blieb unbekannt. Man vermutete, daß Brüning mit Hitler vereinbarte, eine Reihe Naziminister in sein Kabinett aufzunehmen. Da man sich aber später nicht über die Anzahl dieser Ministerposten einigen konnte, wurde das Abkommen nicht verwirklicht.

Hitler bestritt später ebenso wie Brüning, jemals ein solches Abkommen geschlossen zu haben. Als aber Brüning eines Tages auf einer katholischen Versammlung von Nazitrupps belästigt wurde, drohte er, einiges von dem zu enthüllen, was Hitler ihm anvertraut hatte. Die Nazis antworteten, sie würden dann einiges von dem ausplaudern, was Brüning damals zu Hitler gesagt habe. Aus Angst, sich gegenseitig zu kompromittieren, schwiegen beide weiterhin über den Inhalt ihrer berühmten ersten Unterredung. Anfang September 1931 nahmen die beiden Parteiführer ihre Verhandlungen wieder auf. Brüning bedankte sich zu dieser Zeit öffentlich bei Hitler und seinen Leuten für die „Höflichkeit“, mit der sie ihn trotz aller Kritik behandelt hätten.

Hindenburgs Amtszeit näherte sich ihrem Ende. Brüning brauchte Hilfe, um die Wiederwahl Hindenburgs zu sichern. Er wollte Hindenburg entgegen der Verfassung durch den Reichstag wiederwählen lassen. Dadurch gelangte Hitler in eine Schlüsselstellung, denn ohne die Zustimmung der Nazis, die 105 Sitze im Reichstag hatten, war Brünings Vorhaben zum Scheitern verurteilt. Brüning kannte sowohl Hitlers Programm als auch seine verborgenen Absichten. Auch die Öffentlichkeit hatte damals durch die sogenannten Boxheimer Dokumente Einzelheiten über die von den Nazis ins Auge gefaßte Terrorpolitik erfahren.

Jedem aufmerksamen Beobachter wurde es täglich klarer, daß das Kabinett Brüning trotz aller äußerlichen Gegensätze in engem Einvernehmen mit Hitler stand. Ende 1931 erschien ein hoher preußischer Beamter, ein Demokrat, bei Innenminister Groener und bat ihn um Unterstützung bei der Organisierung einer Revolte innerhalb der SA. Groener antwortete, Hitler sei ein Mann im Sinne der Gesetzlichkeit, der versprochen habe, die Verfassung zu respektieren. Man müsse ihn gegen all die anderen Hitzköpfe unterstützen. Zur Verwunderung des Fragestellers fügte er hinzu: „Hitler wird sicherlich sein Wort halten." Um seiner Feststellung mehr Gewicht zu verleihen, machte er den Beamten aufmerksam, daß das nicht nur seine persönliche Meinung, sondern auch die des Reichskanzlers und des ganzen Kabinetts sei.

Bevor Brüning versuchte, mit Hitler in der Frage der Wiederwahl Hindenburgs unmittelbaren Kontakt aufzunehmen, traf er eine Reihe vorbereitender Maßnahmen. Er sprach sich häufig lobend über ihn aus und bemühte sich, ihm in jeder Weise den Weg zu ebnen. Schließlich arrangierte er ein Treffen Hindenburgs mit Hitler, ähnlich wie andere Leute seinerzeit das erste Zusammentreffen des Generalfeldmarschalls mit ihm zustande gebracht hatten. Vorher bat er den katholischen Großindustriellen Thyssen, einen der großzügigsten Finanziers der Hitlerpartei, Hitler nahezulegen, auf den Generalfeldmarschall einen guten Eindruck zu machen und sich im Gespräch mit ihm bezüglich seiner politischen Pläne Mäßigung aufzuerlegen.

Die Zusammenkunft mit dem Generalfeldmarschall hatte Erfolg. Brüning erklärte sich bereit, nach zwölf Monaten zurückzutreten, um einem Kabinett mit Nazis in den Schlüsselstellungen Platz zu machen. Als Gegenleistung sollte Hitler die Wiederwahl Hindenburgs unterstützen und Konkordatsverhandlungen mit dem Vatikan beginnen.

Hitler nahm das Angebot an. Brüning begründete seine Bitte um zwölfmonatigen Aufschub damit, daß der Völkerbund Deutschland keine Zugeständnisse in der Reparationsfrage machen würde, wenn die Nazis sofort in die Regierung einträten. Brüning hoffte die völlige Aufhebung der Reparationszahlungen zu erreichen. Damit überzeugte er Hitler.

Nach der Zusammenkunft erklärte Hitler, Brüning habe ihn „tief beeindruckt“. Wir wissen heute, was ihn so „beeindruckt“ hatte. Das waren einmal Brünings Pläne zur Täuschung der Alliierten, zum anderen die militärischen Vorhaben, die Brüning im Auge hatte, und schließlich das enorme Aufrüstungsprogramm, das der Katholik Brüning unterstützte. Der Nazistatthalter und frühere Freikorpsgeneral Ritter von Epp bezeugte dies, als er später einmal erklärte, daß für Hitlers Entscheidung die „Wiederbewaffnungspläne des Reichskanzlers“ bestimmend gewesen seien.

Brüning hielt Prälat Kaas ständig über seine Verhandlungen mit Hitler auf dem laufenden, und Dr. Kaas berichtete dem Papst. Der Vatikan beauftragte Brüning, sicherzustellen, daß die Nazis keine Ränke gegen die „wahre Religion“ schmiedeten.

Trotz der Anfangserfolge führten diese Verhandlungen nicht zu dem von Dr. Brüning gewünschten Ziel. Zu der entscheidenden Besprechung mit Hitler im Januar 1932 erschien Brüning mit Groener und von Schleicher, Hitler brachte den SA-Stabschef Röhm mit, den Führer der radikalsten Gruppe unter den Nazis. Die Nazis lehnten, ebenso wie die Deutschnationale Volkspartei, Brünings Angebot ab. Brüning wandte sich darauf an die Linksparteien. Er hatte Erfolg und überzeugte die Sozialdemokraten von der Notwendigkeit, Hindenburg wiederzuwählen und einen republikanischen Block gegen die Rechtsparteien zu bilden. Er köderte die Sozialdemokraten mit der Losung: „Wählt Hindenburg und ihr schlagt Hitler!“ Die Sozialdemokraten mit ihren Millionen Stimmen sicherten die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten.

Brüning war unterdessen eifrig am Werk, die Republik zu zerstören und die Monarchie wiedereinzuführen. Er handelte dabei stets in Übereinstimmung mit der Kirche. Seine Feindschaft gegen jede Art von Volksfrontregime und seine Vorliebe für monarchistische oder autoritäre Staatsformen waren tief in ihm verwurzelt.

Dr. Brüning hatte als Reichskanzler einen feierlichen Eid auf die Weimarer Verfassung geleistet, die mit den Worten begann: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Trotzdem arbeitete er in seiner ganzen Amtszeit als Reichskanzler am Sturz der Republik, er fühlte sich ihr nicht verbunden. Drei Dinge bestimmten sein Denken und Handeln: sein Gewissen als Katholik, das von ihm die Wiederherstellung der Monarchie verlangte – denn „die Autorität kommt nicht vom Volk“, wie es die katholische Kirche wiederholt formulierte –, sein übersteigerter Nationalismus und seine Furcht vor den Kommunisten, deren Vormarsch er aufzuhalten wünschte.

Brüning führte lange Gespräche mit Hindenburg, mit den Führern der Rechtsparteien und mit dem Kronprinzen. Nach seiner Vorstellung sollte

der Reichstag Hindenburg mit Zweidrittelmehrheit zum Reichsregenten wählen – das wäre mit Hilfe einer Rechtskoalition möglich gewesen –, und nach Hindenburgs Tod sollte der zweite Sohn des Kronprinzen Kaiser werden.

Der Vatikan war darüber informiert, bevor Brüning die ersten Schritte tat. Kardinal Pacelli galt auch nach seiner Rückkehr aus Deutschland im Vatikan als Autorität in deutschen Fragen. Er hatte dem Plan seinen Segen gegeben. Der Vatikan stellte Brüning lediglich die Bedingung, in dem Komplott nicht offen aufzutreten; er fürchtete internationale Komplikationen. Sobald erst die Monarchie wiederhergestellt sei, wollte der Vatikan nicht zögern, ihr durch die Geistlichkeit, die Gläubigen und die Zentrumspartei jede Unterstützung zu gewähren. Brüning und die anderen Verschwörer nahmen die Bedingung an. Bei der Verwirklichung des Planes sollte sorgfältig vermieden werden, eine Verbindung zu Brüning, zum Vatikan oder zur Zentrumspartei sichtbar werden zu lassen.

Auch dieser Plan gelangte nicht zur Ausführung; Hindenburg war dagegen, weil er ihn als unloyal gegen den alten Kaiser empfand. Eines aber hatte Brüning bei der Vorbereitung der Verschwörung erreicht: Immer mehr Schlüsselstellungen im Staat waren durch Generale, Großindustrielle, Junker und extreme Nationalisten besetzt worden. Die Militaristen hatten wieder die Macht in Deutschland. Das Zentrum, vor allem aber Brüning, hatte ihnen die Steigbügel gehalten.

Manche behaupteten, Brüning habe die Wiederherstellung der Monarchie gewollt, um Hitlers Machtergreifung zu verhindern. Die Tatsachen beweisen anderes. Brünings ursprünglicher Plan, dem Hitler und Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen, zugestimmt hatten, war die Zerstörung der Republik, die Wiederherstellung der Monarchie und die Bildung einer Regierung ausschließlich aus Vertretern faschistischer und halbfaschistischer Parteien und Gruppierungen, aus Nazis, Deutschnationalen und rechten Zentrumspolitikern. Um den letzten Punkt dieses Programms durchzusetzen, versprach Brüning, daß er zurücktreten und Hugenberg und Hitler den Weg freigeben werde, sobald die ersten beiden Punkte verwirklicht seien. Er äußerte sich darüber zu Hindenburg:

> „Ich gebe Ihnen mein Wort, daß ich zurücktreten werde, sobald der Punkt erreicht ist, an dem die Umwandlung der Republik in eine Monarchie gesichert scheint. Dann können Sie eine Regierung aus den Parteien der Rechten bilden."

Der Papst und Kardinal Pacelli waren über diese Vorgänge ständig auf dem laufenden. Sie verlangten Sicherheiten, daß eine wirklich starke Regierung das Heft in die Hand nahm, die für die Sozialdemokraten keinen Platz ließ, und daß die kirchlichen Interessen respektiert würden. Die Verhandlungen wurden in diesem Stadium vor allem von Dr. Kaas und dem päpstlichen Kammerherrn Franz von Papen geführt.

Um das gesteckte Ziel zu erreichen, mußte die sozialdemokratische Vorherrschaft in Preußen gebrochen werden. Dieses Projekt hatte bereits feste Formen angenommen, bevor Brüning die Sozialdemokratische Partei für die Wiederwahl Hindenburgs benötigte. Es schlummerte dann jedoch nach der Präsidentenwahl einige Wochen lang in Hindenburgs Schreibtisch. Es wurde versucht, ein starkes Kabinett aus Katholiken und Nazis zu bilden. Prälat Kaas bemühte sich, über den katholischen Naziführer Gregor Strasser Hitler zu einem Übereinkommen zu bewegen. Aber Hitler änderte auch diesmal im letzten Augenblick seine Haltung. Er dachte nicht daran, mit Brüning weiter zusammenzuarbeiten, er wußte, daß der katholische Kanzler politisch bereits ein toter Mann war. Am 30. Mai 1932 entließ Hindenburg den Kanzler Brüning auf Anraten der Generale und anderer reaktionärer Kräfte, die hinter den Kulissen eifrig am Werk waren. Sie hatten sich verschworen, die Rechte des Parlaments abzubauen und die Diktatur zu errichten. Am 20. Juli wurde die sozialdemokratische Preußenregierung Braun-Severing durch einen Staatsstreich abgesetzt. Das erste Ziel auf diesem Wege war erreicht.

Die Reichstagswahl im Juli desselben Jahres versetzte dem Vatikan einen solchen Schock, daß sich der Papst und Kardinal Pacelli endgültig entschlossen, den Kräften ihre Unterstützung zu leihen, die nach ihrer Meinung allein in der Lage waren, Deutschland von dem Weg nach links abzuhalten. Die Zeit der alten katholischen Partei war unwiderruflich dahin. Nur drastische Maßnahmen konnten noch helfen. Von mehr als 35 Millionen abgegebenen Stimmen hatten die Nazipartei 13,7 Millionen, das Zentrum (einschließlich der Bayrischen Volkspartei) 5,7 Millionen und die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 13,2 Millionen Stimmen erhalten. Dieses Ergebnis veranlaßte Papst Pius XI. und seinen Kardinalstaatssekretär Pacelli, sich auf Hitler festzulegen.

Die Erzfeinde der katholischen Kirche waren in Deutschland auf dem Vormarsch. Falls nicht eine eiserne Hand die Macht ergriff und diesen Vormarsch stoppte, würde es zu spät sein. Wer war besser dazu geeignet als Hitler? Der Vatikan warf von nun an sein ganzes Gewicht in die Waagschale, um Hitler an die Macht zu bringen. Hindenburg wandte sich unmittelbar nach seiner Wiederwahl schroff gegen die Sozialdemokratie, unbekümmert darum, daß er ohne ihre Stimmen nie gewählt worden wäre, und verfolgte einen scharfen Rechtskurs, der schließlich mit der Inthronisation Hitlers endete.

Das neue Kabinett unter General von Schleicher stand im Hintergrund schon bereit, als Brüning noch im Amt war. Aber die Verschwörer wurden sich wieder einmal nicht einig. Die Generale wünschten einen Mann, der ihnen die Voraussetzungen schuf, bei der ersten besten Gelegenheit

einzugreifen. Sie schlugen wieder einen Katholiken vor, Franz von Papen. Aber der Vatikan wollte, daß Hitler und Hugenberg die Macht übernähmen. Prälat Kaas, der Führer der Zentrumspartei, erhielt daher Weisung, Papen zu veranlassen, das Amt nicht anzunehmen. Papen versprach, dies zu tun. Als aber Hindenburg ihn ein zweites Mal bestürmte, nahm er an. Kaas und der Vatikan warfen ihm vor, sein Versprechen gebrochen zu haben. Von Papen gab darauf eine typisch jesuitische Antwort: Das erstemal habe der Reichspräsident ihm als einem Mitglied der Zentrumspartei die Kanzlerschaft angeboten, das zweitemal jedoch ihm persönlich.

Franz von Papen entstammte einem westfälischen, katholischen Adelsgeschlecht. Er war reich und übte, obgleich er überall wegen seines Charakters verrufen war, großen Einfluß auf den engsten Führungskreis der Zentrumspartei und des Vatikans aus. Die „Germania", das wichtigste Presseorgan des deutschen politischen Katholizismus, war einige Zeit zuvor von ihm aufgekauft worden.

Die katholischen Großindustriellen, die Aristokratie und die hohen Staatsbeamten unterstützten den neuen Kanzler aus ganzem Herzen. Sie wußten, daß seine Ernennung der letzte Schritt zu dem von ihnen so lange erstrebten Ziel war. Trotz der Gegenmanöver des Prälaten Kaas und des Kardinals Pacelli hatten sich die Dinge zur rechten Zeit ganz in ihrem Sinne entwickelt. Die Mitgliedschaft der Zentrumspartei, die zu einem großen Teil aus katholischen Arbeiterfamilien bestand, dachte anders darüber. Sie wandte sich gegen die neue Parteiführung, gegen ihre Politik und gegen den neuen Kanzler, ihre Proteste unterschieden sich wenig von denen der Sozialdemokraten. Der oppositionellen Gruppe gelang es zeitweilig, die Führung der Partei an sich zu reißen; aber die hohen Herren maßen dem keine Bedeutung bei, da das Schicksal der Partei ohnedies besiegelt war.

Nur der kleine Kreis der Verschwörer in Berlin und ein noch kleinerer Kreis im Vatikan wußten, welche Hintergründe die Kanzlerschaft Papens hatte. Es ging um den alten Konflikt zwischen den beiden Tendenzen innerhalb der Zentrumspartei, dem auch Brüning zum Opfer gefallen war. Die Vertreter des „harten" Kurses wurden von Papen angeführt. Sie hatten die Generale von der Notwendigkeit überzeugt, bei Hindenburg Brünings Entlassung durchzusetzen. Die beiden einander befehdenden Lager in der Führung der deutschen Katholiken waren sich nicht einig, ob es zweckmäßig sei, die Zentrumspartei aufzulösen, wie es vom Papst gefordert wurde. Sie standen vor der Alternative, die Partei weiterbestehen zu lassen und ihr einen Platz in einer Koalition mit den Nazis und den Deutschnationalen unter Hitler zuzuweisen oder das Todesurteil der Partei zu unterschreiben und mit Hitler ein Abkommen zur Wahrung der vatikanischen Interessen in Deutschland zu schließen.

Brüning trat dafür ein, die Zentrumspartei in eine Koalition mit den Nazis und den Deutschnationalen zu führen. Er hatte den Vatikan mehr als einmal verständigt, daß es seiner Meinung nach falsch sei, die Zentrumspartei, die älteste, mächtigste und beständigste katholische Partei in Europa, einfach von der politischen Bühne verschwinden zu lassen. Er hatte versprochen, zurückzutreten und Hitler den Weg frei zu machen, wenn man der Zentrumspartei gestattete, weiter ihre Rolle im politischen Leben Deutschlands zu spielen. Auch nach seiner Entlassung informierte er Kaas und den Vatikan, daß er bereit sei, einen Ministerposten in einem neuen Kabinett unter Hitler zu übernehmen. Er lebte ebenso wie Hugenberg in der Illusion, Hitler würde sie als Gleichberechtigte behandeln. Brünings Standpunkt wurde von Prälat Kaas und den anderen Katholiken, die dem päpstlichen Plan zugestimmt hatten, nicht geteilt. Sie erhielten Weisung von Kardinal Pacelli, zu handeln, bevor „unvorhergesehene Ereignisse unsere Pläne durchkreuzen“. Kaas und seine Mitverschworenen setzten darauf ihre Kulissenmaschinerie in Bewegung, und Brüning, der bei den Massen des Volkes bereits in Mißkredit geraten war und sich mit der Clique, die ihn an die Macht gebracht hatte, überworfen hatte, wurde entlassen.

Papens Kanzlerschaft war der Anlaß für eine Flut von Intrigen, in die alle verwickelt waren: die Generalsgruppe, die Führer der Rechtsparteien, die Zentrumspartei, Prälat Kaas, von Papen, der Vatikan und Hitler. Der Vatikan, Dr. Kaas und von Papen arbeiteten vereint daran, Hitler ohne ernsthafte Widerstände an die Macht zu bringen. Als Papens Nachfolger, General von Schleicher, aus persönlichen Motiven drohte, bestimmte finanzielle Transaktionen, die den Vatikan und hohe Katholiken belasteten, und einige Korruptionsfälle, in die Hindenburg und von Papen verwickelt waren, zu enthüllen, überzeugte Papen den alten Reichspräsidenten, daß der Zeitpunkt gekommen sei, Hitler die Kanzlerschaft anzutragen.

Anfang Januar 1933 hatte Papen im Haus eines Kölner Bankiers eine Zusammenkunft mit Hitler. Er erklärte ihm, daß sie von nun an offen zusammenarbeiten könnten; die Männer und die Maschinerie, die ihn an die Macht bringen sollten, ständen bereit, und der Vatikan werde ihn unterstützen. Man erwarte als Gegenleistung von ihm, daß er die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei vernichte und mit dem Vatikan den Abschluß eines Konkordats vorbereite. Hitler sagte zu. Es wurde beschlossen, daß Hitler Kanzler und von Papen Vizekanzler werden sollte.

Am 30. Januar 1933 berief Hindenburg auf Papens Vorschlag Hitler, einen Katholiken von Geburt, zum Reichskanzler. Einige Monate später erklärte der päpstliche Kammerherr von Papen auf einer Katholikenversammlung in Köln: „Die Vorsehung hatte mich dazu bestimmt, bei der Geburt der Regierung der nationalen Erneuerung wesentliche Dienste zu leisten.“

KAPITEL XI Nazismus, Vatikan und zweiter Weltkrieg

Hitler und die katholische Partei – Der Vorsitzende der katholischen Partei unterstützt Hitler – Hitler bereitet sich auf die kommenden Ereignisse vor – Die Verantwortung des Vatikans – Der Preis der Hilfeleistung – Das Konkordat – Die katholische Kirche und Nazideutschland nach der Unterzeichnung des Konkordats – Das Rheinland und die katholische Kirche – Die wahren Ursachen der Feindseligkeit zwischen der katholischen Kirche und dem Nazismus. Die Proteste gegen die Nazis und die Interessen der Kirche. Kein Protest der Kirche gegen den Nazismus als politisches System – Die Erklärungen des Papstes und der deutschen Hierarchie zugunsten des Naziregimes – Warum Hitler der katholischen Kirche feindselig gegenüberstand – Innen- und außenpolitische Ziele – Die Mönchsprozesse – Der antikommunistische Kreuzzug – Der zweite Weltkrieg – 1939: das Schicksalsjahr für Deutschland, den Vatikan und Europa – Berlins geheime Botschaft an den Vatikan – Der Papst wußte von Hitlers Plänen – Die Zusammenarbeit zwischen dem Papst und Hitler – Der Papst stellt Hitler drei Bedingungen – Der Fehlschlag. Der zweite Weltkrieg bricht aus – Die Bemühungen des Papstes, den Krieg mit dem Westen zu vermeiden – Die Verbindungen des Vatikans mit reaktionären katholischen Elementen in Frankreich – Ribbentrops Besuch im Vatikan – Der Überfall auf Norwegen – Hitler und Mussolini am Brenner, Vorbereitung des Angriffs auf den Westen – Die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und Hitler in innerdeutschen Angelegenheiten – Der Vatikan glaubt an den Sieg Hitlerdeutschlands – Der Vatikan beginnt Verhandlungen mit Hitler, um die Mitarbeit der katholischen Kirche bei der Errichtung der „Neuen Ordnung" in Europa zu sichern – Ein neues Konkordat, das auch die von Deutschland besetzten Länder einschließt, wird vorbereitet – Die deutsche Hierarchie unterstützt den „Großen Führer" – Deutsche Kardinäle und Bischöfe prophezeien Hitlers Endsieg und bieten Hitler ihre Mitarbeit beim Aufbau „Großdeutschlands" an – Die große Neuigkeit – Der heilige Kreuzzug gegen den „Aufstand der Steppe" – Die Allianz zwischen Hitler und dem Vatikan für die künftige „Gleichschaltung Sowjetrußlands" – Die katholische Kirche hetzt gegen die Sowjetunion – Erklärungen deutscher Kardinäle und Bischöfe – Die katholische Kirche sendet Hilfe für die Naziarmeen der Ostfront. Katholische antikommunistische Legionen – Die Pläne des Vatikans für die Reorganisierung der Welt innerhalb der nazistischen „Neuordnung" – Der Rückzug der Naziarmeen, die ersten Friedensfühler des Vatikans – Die Weigerung der Alliierten – Roosevelt sendet als seinen persönlichen Vertreter Myron Taylor zum Vatikan, um dem Papst zu versichern, daß die Sowjetunion in Schach gehalten wird – Der Alptraum des Vatikans – Roosevelt entsendet einen zweiten persönlichen Botschafter zum Vatikan. Kardinal Spellmans Mission in Rom – Der Vatikan, Großbritannien und die USA gegen die Sowjetunion – Der Papst schlägt den USA und Großbritannien die Erhaltung des italienischen Faschismus und des deutschen Nazismus als „Bollwerk gegen den Bolschewismus" vor – Der erste Erfolg der neuen vatikanisch-anglo-amerikanischen „Schattenpolitik" – Mussolinis Sturz – Die Niederlage Nazideutschlands – Die Nachwirkungen.

Hitler machte dem politischen Katholizismus in Deutschland vorerst ein Ende. Wenige Tage nach der Machtübernahme forderte er bereits ein „Ermächtigungsgesetz", das ihm auf legalem Weg diktatorische Vollmachten geben sollte. Hierzu benötigte er im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit. Die Mandate der Kommunistischen Partei hatte er nach den Wahlen

am 5. März verfassungswidrig aufgehoben. Die Zentrumspartei war jetzt das Zünglein an der Waage. Hitler begann daher um die Stimmen des Zentrums zu werben und führte dazu im März 1933 Gespräche mit seinen maßgebenden Führern, Brüning und Prälat Kaas. Beide informierten den Vatikan laufend über den Gang der Verhandlungen.

Brüning stellte Hitler unter anderem die Bedingung, eine schriftliche Erklärung abzugeben, daß er trotz des „Ermächtigungsgesetzes" das Vetorecht des Reichspräsidenten beachten werde, und erläuterte ihm, welche seiner außenpolitischen Bestrebungen er zu unterstützen bereit sei. Prälat Kaas erhielt von Hitler das feste Versprechen, in nächster Zukunft mit dem Vatikan ein Konkordat abzuschließen, und führte so die jahrelangen Bemühungen des Vatikans zum Erfolg. Hitler war bereit, der katholischen Kirche im neuen Reich eine privilegierte Stellung einzuräumen, falls der Vatikan ihm die Stimmen des Zentrums sicherte. Der Vatikan willigte ein.

Am 24. März 1933 tagte der Reichstag in der Krolloper in Berlin. Abgesehen von einer kleinen Opposition stimmte das Zentrum unter Führung von Brüning und Kaas für Hitler. Sie hatten damit das Todesurteil des deutschen Parlaments unterzeichnet und den Selbstmord der katholischen Partei eingeleitet.

Zwei Monate später erhielt Hitler vom Reichstag ein Vertrauensvotum, dem nicht nur die Nazis, die Deutschnationalen und das Zentrum, sondern sogar die Sozialdemokraten zustimmten.

Herr von Papen hatte unterdessen mit dem Heiligen Stuhl in Rom die vorbereitenden Verhandlungen über das Konkordat aufgenommen. Gleichzeitig besprach Dr. Kaas in Rom die Mittel und Wege, wie das Urteil des Vatikans über die katholische Partei vollstreckt werden könnte, ohne einen Aufruhr unter den deutschen Katholiken hervorzurufen. Kaas bezeichnete in einer öffentlichen Erklärung Hitler als den „Träger hoher Ideale", der alles Erforderliche tun werde, um die Nation vor einer Katastrophe zu bewahren.

Hitler hielt sein Versprechen, als er sah, daß der Vatikan auf seiner Seite stand. Am 23. März 1933 erklärte er: „Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren; ihre Rechte sollen nicht angetastet werden." (Zitiert nach *Kreuz und Hakenkreuz* von J. Neuhäusler, München, Verlag Katholische Kirche Bayerns, 1946, S. 11)

Der Vatikan unterstützte zu dieser Zeit die Nazis aus vollem Herzen. Der Papst sandte an die Fuldaer Bischofskonferenz die Weisung, alle Geistlichen zu instruieren, daß sie Hitler unterstützten. Im *Annual Register* (1933, S. 169) heißt es: „Der massenhafte Übergang der katholischen

Mittelschichten in West- und Süddeutschland auf die Seite der Nazipartei hatte die Macht der alten katholischen Mittelstandsparteien gebrochen. Die Wahlstatistiken zeigten zwar, daß die Zahl der katholischen (und jüdischen) Stimmen nicht zurückgegangen war, aber vier Millionen mehr Wähler als sonst hatten sich an der Wahl beteiligt. Viele Katholiken hatten lange gezögert, ob sie überhaupt wählen sollten. Sie haßten zwar Juden und Sozialisten, wagten aber nicht, den Nazis ihre Stimme zu geben. Doch aus Rom kam der Befehl, allem Streit mit den Nazis ein Ende zu bereiten.“ (Nach der katholischen *Revue de Deux Mondes: Le Catholicisme et la politique mondiale*, vom 15. Januar 1935.)

Einer der ersten Schritte Hitlers nach seiner Machtübernahme war die Auflösung des Reichstags. Wenige Tage vor den Neuwahlen ließ er das Reichstagsgebäude in Brand stecken, um Millionen abseits stehender Deutscher zum Kampf gegen die Kommunisten zu entflammen und sich einen Vorwand für das rücksichtslose Vorgehen gegen die Kommunisten zu schaffen.

Den nichtnazistischen Parteien wurden die Möglichkeiten, sich im Wahlkampf öffentlich an breite Schichten der Bevölkerung zu wenden, stark beschränkt. Ihre Versammlungen wurden überfallen, viele ihrer Zeitungen verboten. Unter diesen Bedingungen ging Deutschland am 5. März 1933 zur Wahl. Hitlers Partei erhielt, nicht zuletzt mit Hilfe vieler Katholiken, die meisten Stimmen und Sitze.

Bevor Hitler das Konkordat unterzeichnete, forderte er vom Vatikan, sich nicht einzumischen, wenn er gegen Kommunisten, Sozialisten, Juden und selbst gegen gewisse katholische – vorwiegend linke – Organisationen hart durchgriffe. Der Vatikan stimmte zu. Er schwieg, als Hitler seinen Feinden, die „zufällig“ auch die Feinde der katholischen Kirche waren, noch brutaler an die Gurgel ging und die erschütternden Verfolgungen von Juden, Kommunisten und Sozialisten verschärfte.

Im März 1933 hatte Hitler bereits die gesamte oppositionelle Presse ausgeschaltet; sämtliche kommunistischen Zeitungen waren verboten worden, und von den 200 sozialdemokratischen Zeitungen durften 175 nicht mehr erscheinen. Der Vatikan sah diesem Schauspiel mit unverhohlener Freude zu.

Die Pogrome, die überall in Deutschland stattfanden, schockierten die ganze zivilisierte Welt und riefen Proteste in allen Ländern hervor. Nur die Institution, die behauptete und behauptet, die moralische Autorität der ganzen Welt zu sein, fand kein Wort zur Verteidigung der Verfolgten und zur Verdammung der nazistischen Untaten. Es war die gleiche „moralische Autorität“, die wenige Jahre später das spanische Volk zum Ungehorsam gegen seine Regierung aufrief und unter dem Motto eines „heiligen

Kreuzzugs gegen den Kommunismus" in Mexiko einen bewaffneten Putsch inszenierte.

Während Hitler mit seinem Terrorregime die katholischen Organisationen gleichschaltete, stieg infolge des Drucks der Geistlichkeit die Zahl der Katholiken, die in die Nazipartei und in nazistische Organisationen eintraten, sprunghaft an. Obwohl die örtlichen Stellen der Nazipartei ziemlich unsanft mit den Katholiken umgingen, rührte sich die katholische Partei nicht. Sie hatte die katholische Hierarchie gegen sich und wußte, was zwischen Hitler und dem Vatikan vereinbart worden war. In ihrer Verzweiflung verließen sich die Zentrumsleute völlig auf Brüning, dessen Opposition gegen die Selbstauflösungsorder des Papstes an das Zentrum ihnen bekannt war. Brüning hoffte, den Vatikan von der Existenzberechtigung der Partei überzeugen zu können, wenn er ihm bewies, daß der politische Katholizismus mit Hilfe der Zentrumspartei einen Druck auf Hitler ausüben könne und daher imstande sei, Deutschland zusammen mit den Nazis zu regieren. Brüning bat Hitler um eine Aussprache. Ende Juni 1933 verabredeten beide eine neue Zusammenkunft. Aber Hitler sagte kurz vorher ab. Aus Rom war die Nachricht eingetroffen, daß der Vatikan und Papen die Konkordatsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen hatten. Das Schicksal der Zentrumspartei war damit endgültig besiegelt.

Die Zentrumspartei, die Partei, die im Kampf gegen Bismarck gesiegt hatte, in der Hitler einen seiner größten Feinde sah, erhielt vom Vatikan die Weisung, sich selbst aufzulösen und so den Nazis den Weg zur absoluten Diktatur freizugeben. Am 5. Juli 1933 veröffentlichte die Partei den Beschluß über ihre Selbstauflösung. Er lautete:

„Die politische Umwälzung hat das deutsche Staatsleben auf eine völlig neue Grundlage gestellt, die für eine bis vor kurzem mögliche parteipolitische Betätigung keinen Raum mehr läßt. Die deutsche Zentrumspartei löst sich daher im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler Hitler mit sofortiger Wirkung auf." (Zitiert nach *Germania* vom 6. Juli 1933)

Viele Katholiken protestierten gegen diesen Beschluß und kritisierten das Verhalten des Vatikans. In einer halboffiziellen Erklärung versuchte der Vatikan die erregten Gemüter zu beschwichtigen:

„Der Entschluß der Regierung des Reichskanzlers Hitler, die katholische Partei auszuschalten, traf sich mit dem Wunsch des Vatikans, sich künftig nicht mehr mit Hilfe politischer Parteien am politischen Leben zu beteiligen, sondern die Tätigkeit der Gläubigen auf die Organisationen der Katholischen Aktion, außerhalb jeden parteipolitischen Rahmens, zu beschränken." Und Staatssekretär Pacelli erklärte: „Angesichts dessen, daß die Katholiken als politische Partei aus dem öffentlichen Leben Deutschlands ausgeschlossen und dadurch ihrer politischen Vertretung beraubt sind, ist es mehr denn je notwendig, daß sie in dem Pakt zwischen dem Heiligen Stuhl und der nationalsozialistischen Regierung die Garantien finden, die ihnen zumindest die Sicherheit geben, sich ihre Stellung im Leben der Nation zu erhalten. Der Heilige Stuhl sieht dies nicht nur als eine

Verpflichtung für sich selbst an, sondern auch als eine schwerwiegende Verantwortung der deutschen Katholiken, damit diese nicht den Vatikan rügen können, sie in einem Augenblick der Krise im Stich gelassen zu haben."

Als Prälat Kaas, der Führer der Zentrumspartei, nach Rom kam, erhielt er vom Papst die Weisung, vor aller Öffentlichkeit Hitler seiner Unterstützung zu versichern, um auf diese Weise den Anhängern des Zentrums klarzumachen, was sie zu tun hätten. Ob Kaas selbst von der Richtigkeit einer solchen Haltung überzeugt war, läßt sich nicht feststellen; Tatsache bleibt es jedoch, daß er nach den Unterredungen mit dem Papst und dessen Staatssekretär überraschend folgende Erklärung abgab:

„Hitler weiß das Staatsschiff gut zu lenken. Noch bevor er Kanzler wurde, habe ich ihn einigemal getroffen und war sehr beeindruckt von seinen klaren Gedanken, von seiner Art, den Realitäten ins Auge zu sehen und dabei trotzdem seinen edlen Idealen treu zu bleiben.

Es wäre ein Fehler, sich heute darauf festzulegen, was Hitler als Volksredner gesagt hat, wichtig ist allein das, was er heute und morgen als Kanzler tun wird ... Es spielt keine Rolle, wer regiert, wenn nur die Ordnung aufrechterhalten bleibt. Die Geschichte der letzten Jahre hat gezeigt, daß sich der demokratische Parlamentarismus in Deutschland als unfähig erwiesen hat."

Auch die deutsche Hierarchie erhielt Weisung, der vatikanischen Politik und dem Naziregime zu folgen. Sie gehorchte mit wenigen Ausnahmen. So erklärte zum Beispiel Kardinal Faulhaber, daß es nötig sei, sich den von Hitler verkündeten allgemeinen Interessen unterzuordnen.

Der Erzbischof von Bamberg schlug der katholischen Presse in Deutschland vor, die Bemühungen der „nationalen Regierung" um den Wiederaufbau Deutschlands und die Erneuerung seines wirtschaftlichen und geistigen Lebens ehrlich zu unterstützen.

Das Konkordat zwischen Hitler und dem Vatikan umfaßte 35 Artikel. Es enthielt alle Klauseln und Bedingungen der bisherigen Konkordate Preußens, Bayerns und Badens. Der Vatikan hatte also mit dem neuen Konkordat einen Vertrag, der für ganz Deutschland galt und es ihm erlaubte, seinen Willen auch in den deutschen Ländern durchzusetzen, die bislang abgelehnt hatten, eine Übereinkunft mit dem Vatikan zu treffen.

Die Kirche stimmte entsprechend ihrer neuen Politik in dem Konkordat der Forderung zu, die Geistlichen und die Religion aus der „Politik herauszuhalten". Der Staat gab die Zusicherung, katholische religiöse Vereinigungen zu erlauben, solange sie sich auf religiöse Tätigkeit beschränkten. Das Konkordat regelte ferner Erziehungsfragen, die Eheschließung, die Ernennung von Bischöfen usw. Der Staat erklärte sich bereit, die Ernennung der Bischöfe allein der Kirche zu überlassen. Mit diesem Konkordat hatte der Vatikan alle wichtigen Ziele erreicht, die die katholische Kirche in einem modernen Staatswesen anstrebt.

Das Konkordat begann mit den Sätzen:

„Seine Heiligkeit Papst Pius XI. und der deutsche Reichspräsident, von dem gemeinsamen Wunsche geleitet, die zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und zu fördern, gewillt, das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staat für den Gesamtbereich des Deutschen Reiches in einer beide Teile befriedigenden Weise dauernd zu regeln, haben beschlossen, eine feierliche Übereinkunft zu treffen, welche die mit einzelnen deutschen Ländern abgeschlossenen Konkordate ergänzen und auch für die übrigen Länder eine in den Grundsätzen einheitliche Behandlung der einschlägigen Fragen sichern soll." (RGBl, II. S. 679 ff.)

Sehen wir uns einige Artikel des Konkordats näher an:

Freiheit der Kirche in innerkirchlichen Angelegenheiten: „Der Heilige Stuhl genießt in seinem Verkehr und seiner Korrespondenz mit den Bischöfen, dem Klerus und den übrigen Angehörigen der katholischen Kirche in Deutschland volle Freiheit." (Art. 4)

Der Schutz der katholischen Hierarchie durch den Staat: „In Ausübung ihrer geistlichen Tätigkeit genießen die Geistlichen in jeglicher Weise wie die Staatsbeamten den Schutz des Staates. Letzterer wird ... im Bedarfsfall behördlichen Schutz gewähren." (Art. 5)

Wirtschaftliche Sicherheit: „Das Amtseinkommen der Geistlichen ist in gleichem Maße von der Zwangsvollstreckung befreit wie die Amtsbezüge der Reichs- und Staatsbeamten." (Art. 8)

Vorrechte: „Der Gebrauch geistlicher Kleidung oder des Ordensgewandes durch Laien ... unterliegt staatlicherseits den gleichen Strafen wie der Mißbrauch der militärischen Uniform." (Art. 10)

Freiheit für religiöse Orden: „Orden und religiöse Genossenschaften unterliegen in bezug auf ihre Gründung, Niederlassung, ... ihre Tätigkeit in der Seelsorge, im Unterricht ... staatlicherseits keiner besonderen Beschränkung." (Art. 15)

Eine Konzession an den Nationalismus: „Geistliche Ordensobere, die innerhalb des Deutschen Reiches ihren Amtssitz haben, müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen." (Art. 15)

Alte Forderungen der Kirche verwandeln sich in Rechte: „Falls die ... Staatsleistungen an die katholische Kirche abgelöst werden sollten, wird ... rechtzeitig zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Reich ein freundschaftliches Einvernehmen herbeigeführt werden. Zu den besonderen Rechtstiteln zählt auch das rechtsbegründete Herkommen." (Art. 18)

Hochschulerziehung: „Die katholisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen bleiben erhalten." (Art. 19)

Das Recht der katholischen Kirche in der deutschen Jugenderziehung: „Der katholische Religionsunterricht in den Volksschulen, Berufsschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten ist ordentliches Lehrfach und wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche erteilt. Im Religionsunterricht wird die Erziehung zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewußtsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens- und Sittengesetzes mit besonderem Nachdruck gepflegt werden,

ebenso wie es im gesamten übrigen Unterricht geschieht. Lehrstoff und Auswahl der Lehrbücher für den Religionsunterricht werden im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde festgesetzt. Den kirchlichen Oberbehörden wird Gelegenheit gegeben werden, ... zu prüfen, ob die Schüler Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Lehren und Anforderungen der Kirche erhalten." (Art. 21)

Das Recht der Kirche zur Überwachung der Lehrer: „Lehrer, die wegen ihrer Lehre oder sittlichen Führung vom Bischof zur weiteren Erteilung des Religionsunterrichts für ungeeignet erklärt worden sind, dürfen ... nicht als Religionslehrer verwendet werden." (Art. 22)

Wenige Jahre zuvor hatte der Vatikan die Zentrumspartei angewiesen, mit den Rechtsparteien eine Koalition einzugehen und die Sozialdemokratie zu boykottieren, um die Wiedereinführung der *Konfessionsschule* zu erreichen. Was dem Vatikan damals nicht gelungen war, setzte er jetzt bei Hitler durch: „Die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet. In allen Gemeinden, in denen Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte es beantragen, werden katholische Volksschulen errichtet ..." (Art. 23)

„In allen katholischen Volksschulen werden nur solche Lehrer angestellt, die ... Gewähr bieten, den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule zu entsprechen." (Art. 24.)

„Orden und religiöse Kongregationen sind... zur Gründung und Führung von Privatschulen berechtigt ... Für Angehörige von Orden oder religiösen Genossenschaften gelten hinsichtlich der Zulassung zum Lehramte und für die Anstellung an Volksschulen, mittleren oder höheren Lehranstalten die allgemeinen Bedingungen." (Art. 25)

Kirchliche Trauung nach den Erfordernissen der Kirche: „... die kirchliche Einsegnung der Ehe vor der Ziviltrauung vorgenommen werden darf." (Art. 26)

Seelsorge in der Armee: „Der deutschen Reichswehr wird für die zu ihr gehörenden katholischen Offiziere, Beamten und Mannschaften sowie deren Familien eine exemte Seelsorge zugestanden. Die Leitung der Militärseelsorge obliegt dem Armeebischof." (Art. 27)

„In Krankenhäusern, Strafanstalten und sonstigen Häusern der öffentlichen Hand wird die Kirche ... zur Vornahme seelsorgerischer Besuche und gottesdienstlicher Handlungen zugelassen." (Art. 28)

Die katholische Kirche erbittet Gottes Segen für das Nazireich, weil es die Kirche zum gleichberechtigten Partner des Staates gemacht hat: „An den Sonntagen und den gebotenen Feiertagen wird in den Bischofskirchen sowie in den Pfarr-, Filial- und Klosterkirchen des Deutschen Reiches im Anschluß an den Hauptgottesdienst, entsprechend den Vorschriften der kirchlichen Liturgie, ein Gebet für das Wohlergehen des Deutschen Reiches und Volkes eingelegt." (Art. 30)

Schließlich folgt eine Anweisung an alle Oberen der katholischen Kirche – vor allem an die Bischöfe –, sich zum Naziregime nicht nur loyal zu verhalten, sondern darüber hinaus ihre Bemühungen darauf zu richten, daß alle den Bischöfen unterstellten Geistlichen die Autorität des Reiches in gleicher Weise achten wie die ihres Bischofs:

„Bevor die Bischöfe von ihrer Diözese Besitz ergreifen, leisten sie in die Hand des Reichsstatthalters in dem zuständigen Lande bzw. des Reichspräsidenten einen Treueid

nach folgender Formel: ‚Vor Gott und auf die Heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, so wie es einem Bischof geziemt, dem Deutschen Reich und dem Lande ... die Treue. Ich schwöre und verspreche, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen. In der pflichtmäßigen Sorge um das Wohl und das Interesse des deutschen Staatswesens werde ich in Ausübung des mir übertragenen geistlichen Amtes jeden Schaden zu verhüten trachten, der es bedrohen könnte.“ (Art. 16)

Als Ganzes genommen, war das Konkordat, zumindest für den Vatikan, sehr günstig. Deutschland ist kein katholisches Land. Die Katholiken machen ungefähr ein Drittel der Bevölkerung aus. Einschließlich der etwa 7 Millionen Österreicher hatte Deutschland 1938 77 Millionen Einwohner. Von ihnen waren 52 Prozent protestantisch und 36 Prozent römisch-katholisch.

Der Vatikan hatte in Deutschland die Hauptziele der katholischen Kirche erreicht: Die Republik war beseitigt, die Demokratie zerstört, der Absolutismus hatte Einzug gehalten; in einem Land, dessen Bevölkerung überwiegend protestantisch war, bestand eine enge Partnerschaft zwischen katholischer Kirche und Staat. Die Lehren, die der Papst in seinen verschiedenen Enzykliken verkündet hatte, trugen ihre politischen Früchte.

Nach der Unterzeichnung des Konkordats dankten die katholische Hierarchie und hochgestellte Katholiken Hitler und versicherten ihm ihre Bereitschaft, aus ganzem Herzen mitzuarbeiten. Das Oberhaupt der deutschen Kirche, Kardinal Bertram, richtete im Namen aller Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands ein Schreiben an Hitler, in dem er ihm „Anerkennung und Dank aus Anlaß des Abschlusses des Reichskonkordats“ aussprach. In dem Schreiben hieß es:

„Das Episkopat aller Diözesen Deutschlands hat, wie die öffentlichen Kundgebungen erweisen, sobald es nach der Neugestaltung der politischen Verhältnisse durch Eurer Exzellenz Erklärungen ermöglicht wurde, sogleich die aufrichtige und freudige Bereitwilligkeit ausgesprochen, nach bestem Können zusammenzuarbeiten mit der jetzt waltenden Regierung, die die Förderung von christlicher Volkserziehung, die Abwehr von Gottlosigkeit und Unsittlichkeit, den Opfersinn für das Gemeinwohl und den Schutz der Rechte der Kirche als Leitstern ihres Wirkens aufgestellt hat.“ (Zitiert nach *Germania* vom 24. Juli 1933)*

* Nach dem zweiten Weltkrieg erklärten die Alliierten, sie betrachteten das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Deutschland als nicht mehr gültig (August 1946). Die deutsche Hierarchie protestierte heftig. Sie wandte sich nicht nur an den Vatikan, sondern auch an Großbritannien und die USA und wies darauf hin, daß die Rechte der Kirche durch die örtlichen deutschen Behörden beschnitten werden könnten, vor allem in den Ländern, in denen Linksparteien die Mehrheit hätten. Im August 1946 fand die Fuldaer Bischofskonferenz erstmals in ihrer neunundsiebzigjährigen Geschichte in Anwesenheit eines amerikanischen Bischofs statt, des Bischofs Muench von Fargo, apostolischer Visitator in Deutschland.

Aber der Geist des Totalitarismus kennt keine gleichberechtigten Partner. Früher oder später mußte es zwischen dem Totalitarismus des Vatikans und dem der Nazis zum Konflikt kommen. Er entzündete sich, wie auch in den anderen totalitären Staaten, an dem Problem der Jugenderziehung. Beide, die Kirche und der faschistische Staat, verlangten die absolute Herrschaft auf diesem Gebiet. Die Nazis begannen mit Repressalien gegen katholische Vereinigungen und Schulen. Zwei Jahre lang bestimmten „Verdrießlichkeit und Streitsucht der Kirche und unverschämte Herausforderungen der Nazis" die Beziehungen zwischen den beiden nach der absoluten Macht strebenden Organisationen *(The Vatican and Nazism).*

Unterdessen hatte im Sommer 1934 die berüchtigte „blutige Säuberung" stattgefunden. Tausende wurden ermordet – Nazis, nationalistische Katholiken und Nichtnazis, darunter die katholischen Politiker von Schleicher und Gregor Strasser. „Das Gesetz bin ich", erklärte Hitler und ließ die Betroffenen ohne Gerichtsverfahren exekutieren. Der Vatikan und die deutsche Hierarchie schwiegen.

1935 errang Hitler seinen ersten außenpolitischen Erfolg. Das Saargebiet, das lange Jahre hindurch unter der Verwaltung des Völkerbundes gestanden hatte, sollte im Januar 1935 in einer Volksabstimmung über seinen endgültigen Status entscheiden. Unter normalen Bedingungen hätte niemand etwas dagegen gehabt, daß deutsches Gebiet zu Deutschland zurückkam. Aber die Bedingungen waren nicht normal. Die Rückkehr des Saargebiets mußte einen Machtzuwachs für Hitler bedeuten, von dem alle Welt wußte, daß er auf einen Krieg zusteuerte. Trotzdem machte der Vatikan, der im Saargebiet großen religiösen und politischen Einfluß ausübte, nicht einmal den Versuch, die Wähler abzuhalten, für den Anschluß an das Hitlerreich zu stimmen. Wenn der Vatikan wirklich ein Gegner Hitlers gewesen wäre, wie er heute behauptet, wäre es ihm nicht schwergefallen, die katholischen Gläubigen in diesem Sinne erfolgreich zu beeinflussen. Er tat es nicht, im Gegenteil, er wies die katholische Hierarchie an, alle Mittel einzusetzen, damit die katholischen Gläubigen des Saarlands für Hitler stimmten. Das Ergebnis: Das überwiegend katholische Saargebiet entschied sich mit 477119 gegen 48637 Stimmen für Hitler. Nationalismus und Katholizismus hatten einander wieder einmal in die Hand gearbeitet.

Am 7. März 1936 besetzte Hitler mit bewaffneten Kräften die laut Versailler Vertrag entmilitarisierte Zone des Rheinlands. Er brüskierte Frankreich ebenso, wie Mussolini kurz zuvor den Völkerbund brüskiert hatte. Großbritannien drängte Frankreich, nichts gegen Hitler zu unternehmen. Hitler konnte wieder einen großen Erfolg für sich buchen. Die rheinischen Katholiken begrüßten unter Führung ihrer Hierarchie begeistert ihre militärische Einbeziehung in das Hitlerreich. Die katholische

Kirche hielt Dankgottesdienste ab. Von den Kanzeln flossen Ströme nationalistischer Phrasen, im ganzen Rheinland läuteten die Glocken.

Damals richtete Kardinal Schulte von Köln folgendes Telegramm an den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht: „An den Generalobersten Freiherrn von Blomberg, Berlin. In den denkwürdigen Stunden, da die Wehrmacht des Reiches wiederum als Hüterin des Friedens und der Ordnung in das deutsche Rheinland den Einzug hält, begrüße ich die berufenen Waffenträger unsres Volkes mit ergriffener Seele und eingedenk des erhabenen Beispiels opferbereiter Vaterlandsliebe, ernster Manneszucht und aufrechter Gottesfurcht, das unser Heer von jeher der Welt gegeben hat. Kardinal Schulte." (Zitiert nach *Kölner Aktenstücke*, S. 118)

Zwei Monate später ließ Hitler die Bevölkerung abstimmen, ob sie seine Politik billige oder nicht. Woraus bestand seine bisherige Politik? Sein Versprechen, die demokratische Verfassung zu respektieren, hatte er gebrochen; alle anderen Parteien hatte er blutig unterdrückt; die Gefängnisse und Konzentrationslager hatte er mit seinen politischen Gegnern gefüllt und Tausende ohne Gerichtsverfahren umgebracht; er hatte Judenpogrome veranstaltet, die gesamte deutsche Jugend einschließlich der katholischen Jugend an die Kandare genommen und alle katholischen Laienorganisationen zerstört; er hatte das Konkordat gebrochen und stand, als er die Abstimmung forderte, in offenem Konflikt mit der katholischen Kirche.

Aber der Vatikan befahl auch jetzt wieder der deutschen Hierarchie, Hitler zu unterstützen. Wenn der Papst damals wirklich gegen Hitler und den Nazismus gewesen wäre, dann hätte er Millionen Katholiken in ganz Deutschland beeinflussen können, sich zumindest der Stimme zu enthalten. Das Gegenteil geschah. Die deutschen Bischöfe empfahlen den Gläubigen, für Hitler zu stimmen. Der zu diesem Zweck an die Gläubigen gerichtete Hirtenbrief war im Vatikan entworfen worden. Er war ein Meisterwerk jesuitischer Rabulistik. Da die Bischöfe nicht die Tatsache verschweigen konnten, daß Hitler die Kirche verfolgte, erklärten sie, sie befänden sich in einem „schmerzlichen Gewissenskonflikt". Das war das mindeste, was sie sagen mußten, denn die ganze Nation wußte von dem offenen Konflikt zwischen Hitler und dem Klerus.

In der Erklärung des Bischofs von Münster heißt es:

„Da nicht wenige Katholiken die Besorgnis hegen und vor uns ausgesprochen haben, daß ihr ‚Ja' bei der Volksabstimmung am 29. März 1936 eine Zustimmung bedeute oder als eine Zustimmung ausgelegt werden könnte zu kirchen- und christusfeindlichen Maßnahmen und Äußerungen, die uns in den letzten Jahren mit Schmerz und Trauer erfüllten, erklären wir im Namen aller deutschen Katholiken, denen der katholische Glaube Richtschnur ist: Wenn wir bei der bevorstehenden Abstimmung mit einem entschiedenen ‚Ja' antworten, so geben wir dem Vaterlande unsere Stimme. Das bedeutet aber nicht eine Zustimmung zu Dingen, welche zu billigen das christliche Gewissen uns verbietet.

Diese Erklärung soll und will die gesetzlich bestehende Freiheit der Stellungnahme zu den Gegenständen der Abstimmung nicht beschränken oder die Stellungnahme in rein politischen Angelegenheiten beeinflussen. Sie ist, wie der Wortlaut zeigt, einzig dazu bestimmt, die uns vorgetragenen Bedenken religiöser Art zu beseitigen und dadurch den deutschen Katholiken den Weg frei zu machen, ruhigen Gewissens mit ‚Ja' zu stimmen, um so vor aller Welt für die Ehre, Freiheit und Sicherheit unseres deutschen Vaterlandes einzutreten." (Zitiert aus dem *Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster*, Jahrgang LXX, Nr. 8)

Wir müssen hier mit Nachdruck feststellen, daß der Vatikan den deutschen Gläubigen nicht geraten hat, gegen Hitler zu stimmen, trotz der Morde, Pogrome und Willkürmaßnahmen, die Hitler Tag für Tag beging. Er machte lediglich die Gläubigen, die im Zweifel waren, auf die Möglichkeit aufmerksam, wegen der gegen die Kirche gerichteten Maßnahmen der Wahl fernzubleiben. Die Worte „wegen der gegen die Kirche gerichteten Maßnahmen" sagten alles, in ihnen erschöpfte sich der ganze Konflikt zwischen Vatikan und Faschismus. Die Kirche fand in der ganzen Nazizeit nicht ein einziges Wort gegen das politische *System* des Nazismus. Wenn sie gezwungen war, gegen bestimmte Maßnahmen der Nazis zu protestieren, so sprach sie immer zurückhaltend und verklausuliert und gebrauchte niemals jene donnernden Flüche, die sie unablässig gegen die Sowjetunion und gegen den Kommunismus schleuderte.

Das Jahr 1936 brachte neue Spannungen zwischen dem Vatikan und dem Nazismus, weil sich die katholische Kirche in ihrer Tätigkeit behindert fühlte. Anläßlich der Eröffnung der Internationalen Katholischen Presseausstellung protestierte der Papst, nachdem er die üblichen Beschuldigungen gegen die Sowjetunion vorgebracht hatte, in milder Form gegen Nazideutschland:

„Als zweites ist Deutschland nicht vertreten, da in diesem Land, entgegen aller Gerechtigkeit und Wahrheit, vermittels einer künstlichen und absichtlichen Vermengung von Religion und Politik, die wirkliche Existenz einer katholischen Presse bestritten wird." (Zitiert nach *Kreuz und Hakenkreuz*, S. 12)

Als der Papst in demselben Jahr eine Rede über den Bürgerkrieg in Spanien hielt, zog er mit den schärfsten Worten gegen die „rote Gefahr" und gegen Sowjetrußland vom Leder und beklagte sich dann über Nazideutschland, weil es der katholischen Presse nicht gestattete, ein gleichberechtigter Partner der Nazipresse zu sein. Er sagte:

„Was kann die katholische Kirche anderes tun, als mit Bedauern Klage zu führen, wenn sie mit jedem Schritt, den sie unternimmt, um der katholischen Familie, der katholischen Jugend, also gerade jenen Teilen, die ihrer am meisten bedürfen, zu helfen, ständig auf neue Schwierigkeiten stößt? Was kann die katholische Kirche anderes tun, wenn die katholische Presse gefesselt ist und mehr und mehr eingeschränkt wird, die Presse, deren Amt es ist, ... die Überzeugungen zu verteidigen, die die katholische Kirche als einzige Hüterin des wahren und ursprünglichen Christentums allein besitzt und lehrt?"

Das war das Wesen des Konflikts zwischen Nazismus und Katholizismus. Zwei Jahre zuvor, Ostern 1934, hatte der Papst schon einmal diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht, als er vor ausgewählten Vertretern der katholischen Jungmännervereinigung offen darlegte, welche Ziele der Katholizismus in Deutschland verfolgt:

„Die Stunde ist gekommen, auf die wir seit langem gewartet haben. Es genügt nicht mehr, vor allem in Deutschland, nur vom ‚christlichen Leben', von ‚christlicher Lehre' zu sprechen. Wir müssen ‚christlich-katholisches Leben, christlich-katholische Lehre' sagen. Denn was bleibt schon vom Christentum übrig, vom wirklichen Christentum, ohne den Katholizismus, ohne die katholische Kirche, ohne die katholische Lehre, ohne das katholische Leben? Nichts oder so gut wie nichts, richtiger – man kann und muß es sagen – nicht nur falsches Christentum, sondern echtes Heidentum."

Was verbarg sich also hinter den vatikanischen Protesten gegen den Nazismus? Lediglich der Unwille des Vatikans, daß Hitler das katholische Leben nicht als einen untrennbaren Bestandteil des Reiches behandelte.

Als der Papst 1936 seine Stimme gegen die „Ausbreitung des Kommunismus in Spanien" erhob, behauptete er, die „kommunistischen Grausamkeiten" in diesem Land müßten Europa und der ganzen Welt die Augen öffnen und zeigen, welchem unabwendbaren Schicksal sie entgegengingen, wenn nicht unverzüglich wirksame Gegenmaßnahmen getroffen würden. Dann fuhr er, die Nazis rügend, fort:

„Unter jenen aber, die sich als Verteidiger der Ordnung gegen den Umsturz, der Kultur gegen das Umsichgreifen des gottlosen Kommunismus ausgeben, ja sich hierin den Primat anmaßen (Nazideutschland), sehen wir mit Schmerz eine nicht geringe Zahl von Leuten, die sich in der Wahl ihrer Mittel und der Einschätzung ihrer Gegner von falschen und verhängnisvollen Grundsätzen beherrschen und leiten lassen. Falschen und verhängnisvollen: denn wer sucht, den Glauben an Christus und die göttliche Offenbarung in den Herzen der Menschen und vor allem der Jugend zu schmälern und auszulöschen; wer sich erdreistet, die Kirche Christi, die Hüterin der göttlichen Verheißungen, die durch göttliche Sendung berufene Erzieherin der Völker, als erklärte Feindin des Gedeihens und Fortschritts der Nation hinzustellen ..., der zerstört die wirksamsten und ausschlaggebenden Verteidigungsmittel gegen das gefürchtete Übel und arbeitet so, sei es auch unbewußt, Hand in Hand mit denen, die er zu bekämpfen glaubt oder sich rühmt." (Zitiert nach *Kölner Aktenstücke*, S. 163).

Auf diese Worte des Papstes Bezug nehmend, erklärte Kardinalstaatssekretär Pacelli:

„Klarer kann man es kaum ausdrücken, daß der Nationalsozialismus unfähig ist, ein wirksames Bollwerk gegen den Bolschewismus zu sein."

Im Herbst 1936 beschwerte sich Kardinal Pacelli in einer Rede zur Eröffnung des Internationalen Kongresses der katholischen Presse über die Unterdrückung der katholischen Zeitungen in Deutschland und sagte:

„Unsere Blicke richten sich besorgt nach Deutschland. Wir bedauern es tief, daß kein offizieller Vertreter der deutschen katholischen Presse auf diesem Kongreß anwesend

sein kann. Nach dem letzten Hirtenbrief der deutschen Bischöfe ist es unbegreiflich, daß die katholische Presse in Deutschland noch immer in ihrem apostolischen Kampf gegen den Bolschewismus behindert wird."

Kardinal Pacellis Beschwerden richteten sich also lediglich dagegen, daß die katholische Presse in ihrer Arbeit eingeengt werde und daher nicht in der Lage sei, in dem Maße in den Haßgesang gegen die Sowjetunion einzustimmen und den Kampf gegen den Kommunismus und den Sozialismus zu führen, wie sie es wünschte.

Da der Papst und sein Staatssekretär den Nazismus als politisches, wirtschaftliches und soziales System nicht verdammten, sondern nur gegen offensichtlich kirchenfeindliche Akte protestierten, nahmen sowohl einige Kardinäle im Ausland als auch die Kardinäle und Bischöfe in Deutschland eine ähnliche Stellung ein.

So kritisierte zum Beispiel Kardinal Faulhaber 1935 in einer Predigt in milder Form gewisse Verletzungen des Konkordats, äußerte aber nie ein Wort des Protestes gegen die Festsetzung Hunderttausender politischer Gefangener in den Konzentrationslagern. Seine Kritik erschöpfte sich in einer Analyse der Irrtümer, die er für die Wurzeln der nazistischen Feindschaft gegen die Kirche hielt; er trat dafür ein, daß die Stellung und die Rolle, die die Kirche und der Papst seiner Ansicht nach bei der Erziehung der Jugend, der Geistlichkeit und der Gläubigen zu spielen hatten, anerkannt würden. Er sagte: „Die Regierung muß uns schützen und mit der katholischen Kirche zusammenarbeiten, da die katholische Kirche allein die Botschaft der Erlösung und der göttlichen Wahrheit verkündet." Im Mai 1933 riefen die bayrischen Bischöfe ihre Gläubigen auf, die Naziregierung zu unterstützen, und richteten dabei mahnende Worte an den Nazismus, um ihn davor zu behüten, „dem Übel zu verfallen":

„So notwendig und segensvoll die harmonische Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche ist, so verhängnisvoll wirkt es sich nach dem Zeugnis der Geschichte aus, wenn mit Machtmitteln des Staates in das Leben der Kirche eingegriffen, wenn Kirche und Staat verschmolzen werden, wenn die Kirche zur Dienerin des Staates herabgewürdigt werden soll." (Zitiert nach *Germania* vom 7. Mai 1933)

Die Bischöfe erklärten dann, daß sie keinerlei Form der Kritik unterstützen würden, die geeignet sei, die staatliche Autorität herabzusetzen, und bemerkten abschließend, daß sich niemand „der großen Aufbauarbeit entziehen" solle, aber „auch niemand zurückgestoßen werden" dürfe (ebenda). Im Juli 1933 forderte der Bischof von Würzburg, Matthias Ehrenfried, die Geistlichkeit seiner Diözese auf, sich loyal zum Naziregime zu verhalten:

„Bei den noch neuen Verhältnissen der Gegenwart mögen von seiten untergeordneter Stellen Fehl- und Übergriffe vorkommen, welche das Einordnen und Einfühlen in die nationale Bewegung erschweren und trüben. Es ist aber nicht die Aufgabe des einzelnen

Priesters, solche Vorkommnisse zu beurteilen und abzustellen. Soweit Veranlassung dazu gegeben ist, wird die kirchliche Oberbehörde selbst solche Angelegenheiten behandeln." (Zitiert nach *Germania* vom 6. Juli 1933)

Im Oktober 1933 zeigte sich Kardinal Bertram besorgt, daß Hitler der Kirche nicht jene Freiheit gewährte, die er ihr zugesichert hatte, und mit katholischen Politikern ebenso umsprang wie mit ihren sozialdemokratischen und kommunistischen Kollegen. Bertram sagte unter anderem:

„Ich denke an die Sorge, die uns angesichts des Schicksals mancher führender Politiker befällt. deren Ziel es war, in Ausübung ihrer religiösen Pflicht den Marxismus und Bolschewismus in einer Form zu bekämpfen, die der damals herrschenden Staatsform entsprach."

Der Kardinal bat Hitler, die katholischen Politiker nicht als seine Feinde anzusehen – weil sie in Wahrheit ganz das Gegenteil davon seien –, sie wieder freizulassen und nicht so zu behandeln wie die Sozialdemokraten und Kommunisten:

„Wir wenden uns eindringlich an die zuständigen Stellen im Reich, in den Ländern bald eine ernste und großmütige Revision der schroffen Maßnahmen einzuleiten, die in Anwendung gebracht wurden."

Bischof Wilhelm Berning von Osnabrück sagte in einer Predigt am Silvesterabend des Jahres 1934, die Kirche wolle mit dem Nazismus zusammenarbeiten, könne dies jedoch nicht, solange der Nazismus versuche, „den Katholizismus aus den Herzen der Jugend zu reißen". Im Jahre 1935 schrieb Bischof Matthias Ehrenfried von Würzburg in einem Hirtenbrief, daß die Kirche gern mit dem Nazismus zusammenarbeiten würde, die Nazis ihr das aber sehr schwermachten, indem sie katholische Vereinigungen und Schulen gleichschalteten, ja sie sogar unterdrückten, als handelte es sich um kommunistische.

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, rügte 1935 die faschistische Regierung, daß sie der katholischen Kirche nicht erlaube, an der Neuordnung mitzuarbeiten. Er protestierte dagegen, daß die katholischen Freiheiten beschnitten und die Katholiken wie Staatsfeinde behandelt würden.

Der Erzbischof von Freiburg bemängelte, daß die Nazis der katholischen Kirche nicht die volle Freiheit im Schulwesen zugestanden.

Der Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz im August 1935 kritisierte die Regierung, weil sie es dulde, daß „die Heiligen Schriften des alten Bundes und sogar die Evangelien und Paulusbriefe nicht mehr gelten" sollen und „an Stelle der katholischen Kirche eine sogenannte romfreie Nationalkirche errichtet werden" solle. Die Bischöfe protestierten ferner dagegen, daß die Nazis die Kirche des „politischen Katholizismus" beschuldigten. Sie stellten am Ende ihres Briefes die Frage: „Müssen denn wir Katholiken uns im eigenen Vaterland alles gefallen lassen?" Und sie antworteten: „Katholiken

machen keine Revolte und leisten keinen gewalttätigen Widerstand. Das ist so bekannt, daß sich von jeher solche, die einen leichten Sieg gewinnen wollen, gerade auf die Katholiken stürzten." (Zitiert nach dem *Amtsblatt des Bischöflichen Ordinariats Berlin*, 7. Jahrgang, Stück 11)

Bischof Galen von Münster fragte im März 1936 in einer Predigt in Buer den Führer der Nazis, wie Katholiken mitarbeiten sollten, wenn ihre Religion nicht respektiert werde. „Wie können christliche Eltern mit ruhigem Gewissen ihre Kinder in das Landjahr, in das Arbeitslager, in Heimabende und Schulungskurse gehen lassen, wenn sie wissen, daß ihnen dort die der Jugend so notwendige religiöse Führung und Anleitung fehlt?" (Zitiert nach *Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Münster*, 27. 3. 1936, Beilage)

Bischof Rackl von Eichstätt predigte: „Im Konkordat ist festgelegt, daß die katholische Kirche volle Freiheit genießen soll. Aber ihr wißt so gut wie ich, daß dies nicht der Fall ist."

Die Fuldaer Bischofskonferenz erklärte 1936:

„Wir können es nicht begreifen, daß die katholische Presse, sogar die kirchlichen und religiösen Zeitschriften und Kirchenblätter, durch Verordnungen eingeschnürt werden, die den Eindruck erwecken, daß sie den Untergang der katholischen Presse überhaupt bezwecken. Wir können es nicht begreifen, daß man heranwachsende deutsche Jugend den christlichen Einflüssen entzieht und ihr christusfeindliche Ideen nahebringt oder sie durch interkonfessionelle Vermischung in der Lebenskraft ihrer katholischen Überzeugung schädigt." (Zitiert aus dem *Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster*, Jahrgang LXX. Nr. 21)

Im Jahre 1936 meldeten sich die bayrischen Bischöfe von neuem und protestierten dagegen, daß der Nazismus im Katholizismus seinen größten Feind nach dem Bolschewismus sehe.

Am Silvesterabend des Jahres 1935 zog Kardinal Faulhaber in einer Predigt gegen den Bolschewismus und gegen die Sowjetunion zu Felde und rief „alle Menschen guten Willens" auf, für die Überwindung des Bolschewismus zu kämpfen. Anschließend riet er den Nazis, ihr Propagandafeuer auf die Feinde Deutschlands zu konzentrieren und nicht darauf, soviel Menschen wie möglich zum Kirchenaustritt zu zwingen. Bei anderer Gelegenheit protestierte er dagegen, daß die „Korrespondenzen der Bischöfe beschlagnahmt, Kirchengüter konfisziert und Prozessionen verboten werden".

Im Jahre 1938 beklagte sich Faulhaber, daß im „nächsten Jahr die staatlichen Subsidien für die Geistlichkeit gekürzt oder sogar völlig gestrichen werden sollen".

In demselben Jahr beschwerte sich Bischof Galen von Münster, daß Sprecher der Nazipartei in den letzten Monaten verschiedentlich die Kirche aufgerufen hätten, „sich allein mit den Dingen des jenseitigen Lebens zu befassen".

Der Bischof von Berlin, Graf von Preysing, protestierte in einem Fastenbrief dagegen, daß man der Kirche vorwerfe, sich politisch zu betätigen, und erklärte: „Auch Pontius Pilatus berief sich bei der Verurteilung Christi auf politische Gründe.“

Erzbischof Gröber von Freiburg schrieb, Hitler habe sein der Kirche gegebenes Versprechen nicht gehalten. „Als vor einigen Jahren erklärt wurde, daß der Marxismus tot sei, gab uns dies Anlaß zu der Hoffnung, daß auch der Entchristianisierung des deutschen Volkes Einhalt geboten würde. Wir sind enttäuscht worden.“

Die Proteste der katholischen Hierarchie häuften sich, als die Nazis in die katholischen Schulen und in die katholische Jugend eindrangen, als sie der Geistlichkeit die Achtung verweigerten und ihre Freiheit, bei Bestattungen Kollekten durchzuführen, beschnitten; als sie Witze gegen den Papst in Umlauf brachten und kirchliches Eigentum beschlagnahmten; als sie Priester und Mönche wegen homosexueller Vergehen vor Gericht stellten; als sie kirchliche Sammlungen auf die Kollekten während des Gottesdienstes beschränkten usw.

Es gab Tausende von Protesten der katholischen Geistlichkeit, der Hierarchie, des Vatikans und des Papstes, aber keiner dieser Proteste richtete sich gegen den Nazismus als geschlossenes politisch-soziales System, gegen seine monströse Konzeption, gegen seine Konzentrationslager, gegen die Verfolgung von Liberalen, Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden. Die Kirche schwieg, als die Nazis Österreich und die Tschechoslowakei ihrer nationalen Unabhängigkeit beraubten, sie schwieg, als die Nazis Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, die Niederlande, Frankreich und schließlich die Sowjetunion überfielen, sie schwieg zu allen Greueln, die die Nazis der Welt antaten. Die Stimme der Kirche ertönte lediglich, wenn ihre eigenen geistigen oder materiellen Interesssen auf dem Spiel standen, und auch dann nur in milden Worten und begleitet von Wünschen und Forderungen nach Zusammenarbeit mit den Nazis. Die Kirche flehte bis in die letzten Tage des Regimes um eine Möglichkeit, sich an Hitlers Seite am Kampfe gegen die Sowjetunion und gegen den Bolschewismus zu beteiligen.

Man darf also bei der Beurteilung der vatikanischen Politik in Vergangenheit und Gegenwart nicht vergessen, daß die katholische Kirche niemals ihre Stimme gegen die Eroberungspolitik der Nazis erhob, sondern nur protestierte, wenn ihre eigenen Interessen berührt wurden.

Hitler nahm wenig Rücksicht auf die Proteste der Kirche, er schenkte ihnen nur insoweit Beachtung, als er den Einfluß der Kirche zur Erreichung bestimmter Ziele in der Innen- oder Außenpolitik brauchte. Seine innenpolitischen Maßnahmen zielten darauf ab, alle geistigen und kulturellen Kräfte der Nation unter nazistischer Führung zusammenzufassen. Diesem

Ziel hatte sich die katholische Kirche wie jede andere Institution zu unterwerfen. Aber diese Forderung der Nazis stieß auf den Widerstand der Kirche. Sie kam mit ihrem religiösen Totalitarismus dem politischen Totalitarismus der Nazis ins Gehege Obwohl die Kirche und der Nazismus dieselben Gegner hatten – den Kommunismus, die Sowjetunion, die Demokratie usw. –, dauerten gewisse Widersprüche zwischen ihnen an und führten immer wieder zu Konflikten.

Eine der Hauptursachen für diese Streitigkeiten war die für beide Seiten lebenswichtige Frage, wer die deutsche Jugend erziehen sollte. Die Nazis beanspruchten dieses Recht für sich und waren auch in der Lage, sich durchzusetzen. So befahlen sie zum Beispiel allen katholischen Eltern in München, ihre Kinder in die staatlichen Schulen zu schicken. Die katholische Hierarchie protestierte wie gewöhnlich, das änderte aber nichts an der Tatsache, daß die Anzahl der Schüler in den katholischen Schulen von 36 464 auf 19 266 sank, während sie in den Nazischulen von 33 auf 65 Prozent stieg. Ähnliche Methoden wurden in ganz Deutschland angewandt.

Hitlers Handlungen gegen die Kirche waren nicht Selbstzweck, sondern sie waren von dem Bestreben diktiert, alle Kräfte des deutschen Volkes unter Kontrolle zu bekommen und einen Zwang auf die Kirche auszuüben, um sie sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands für seine politischen Ziele einzusetzen. Ein weiteres Beispiel dafür waren die Mönchsprozesse. Im Frühsommer 1936 wurden 276 Mönche des Franziskanerordens in Westfalen unter der Anklage homosexueller Vergehen verhaftet. Nachdem eine Reihe von Prozessen stattgefunden hatte, verfügte der Papst die Auflösung einer Provinz des Franziskanerordens wegen „Ausschweifungen". Die Gerichtsverfahren wurden trotzdem fortgesetzt. Der *American World Almanach* von 1939 berichtet auf Seite 236, daß „bis zum Oktober 1938 mehr als 8000 katholische Mönche und Laienbrüder verhaftet wurden".

Im März 1937 gab der Vatikan die Enzyklika *Mit brennender Sorge* heraus. In ihr legte der Papst seine Meinung dar, welche Rolle die Kirche und das Papsttum in einem geordneten Staatswesen zu spielen hätten, und beschwerte sich, daß Hitler die Bestimmungen des Konkordats nicht einhielte.

Hitler antwortete mit der Frage, weshalb der Papst nicht den Kardinal Mundelein von Chikago zur Rechenschaft ziehe, der behauptete, die Mönchsprozesse beruhten auf Fälschungen.

Alle Streitigkeiten und alle Proteste hinderten den Vatikan nicht, das Hitlerregime zu unterstützen. Die wirklichen Gründe dieser Partnerschaft kann man nur erkennen, wenn man berücksichtigt, daß die Politik der katholischen Kirche auch damals ausschließlich von ihrer Furcht vor dem Kommunismus bestimmt war. Die Kirche hatte 1936 zu einem „heiligen

Kreuzzug" aufgerufen und brauchte hierzu die Hilfe des Nazismus, der in seinem Haß gegen den Kommunismus der Kirche nicht nachstand.

Die Weltlage war 1936 für die katholische Kirche alles andere als günstig. Der Kommunismus machte innerhalb und außerhalb Europas Fortschritte. In Frankreich hatte sich eine Volksfront gebildet. Spanien, das „katholischste Land", hatte die katholische Monarchie hinweggefegt und eine „rote Republik" errichtet. In Lateinamerika gewannen die sozialistischen und kommunistischen Ideen täglich mehr an Boden. Die Kirche mußte etwas unternehmen, wenn sie sich nicht widerstandslos ergeben wollte. Hirtenbriefe, Pressekampagnen und päpstliche Bannflüche reichten als Kampfmittel nicht länger aus. Die Kirche mußte Zuflucht zu den weltlichen Mächten nehmen; und welche Mächte wären dafür besser geeignet gewesen als die faschistischen? Das war der Grund, daß sich der Vatikan bemühen mußte, mit dem faschistischen Italien und dem nazistischen Deutschland trotz ihrer kirchenfeindlichen Einstellung auf gutem Fuß zu bleiben! Das war der Grund, daß die Kirche die zahlreichen Schikanen durch den Nazismus und den italienischen Faschismus in Kauf nahm; Hauptsache, beide bildeten eine Gewähr dafür, daß der Kommunismus in Italien und in Deutschland und möglichst auch in anderen Ländern unter Kontrolle gehalten wurde.

Man muß die sehr aufschlußreiche Tatsache im Auge behalten, daß der Vatikan, während die Nazis in Deutschland die Kirche in breitestem Umfang verfolgten, nach wie vor wegen angeblicher Religionsverfolgungen zum Krieg gegen die Sowjetunion aufrief. Der Vatikan hatte anfangs alles mögliche versucht, die Nazis von ihren Kirchenverfolgungen abzubringen. Als aber alle Bemühungen fruchtlos geblieben waren, änderte er seine Taktik und schlug Hitler einen gemeinsamen Kreuzzug gegen den Bolschewismus vor, der sich anfangs nur auf Mittel- und Westeuropa und später vielleicht auch auf die Sowjetunion erstrecken sollte. Der Kreuzzug sollte in Spanien beginnen. Der Vatikan spannte auch Mussolini vor seinen Karren. Man bat ihn, Hitler nahezulegen, seine feindselige Haltung gegen die katholische Kirche aufzugeben. Man werde Hitler, wenn er an dem vom Vatikan geplanten Kreuzzug gegen den Bolschewismus teilnähme, in der Frage des „Klerikalstaates" entgegenkommen. Gemeint war Österreich. Die erste Hilfe müßten Hitler und Mussolini dem Vatikan jedoch in Spanien leisten, um dort „die Roten zu zerschmettern". Dann würde sich der Vatikan auch zu Hitlers Ansprüchen auf Österreich „nicht unfreundlich" verhalten. Hitler war auch nach der von ihm angezettelten Ermordung des österreichischen Kanzlers Dollfuß entschlossen, Österreich zu annektieren. Er erblickte in dem Vorschlag des Vatikans eine Möglichkeit, seine Autorität in Europa zu stärken und mit Mussolini ein enges Bündnis zu schließen. Außerdem bot

sich ihm hier die Gelegenheit, seine im Aufbau begriffene Wehrmacht zu erproben. Er nahm das Angebot an.

Kurze Zeit darauf wies der Vatikan die deutsche Hierarchie an, Hitler zu bitten, seine Zusicherungen einzuhalten und alle Feindseligkeiten gegen die katholische Kirche einzustellen. Die Bischöfe gaben Hitler zu verstehen, daß die deutschen Katholiken und die katholische Kirche bereit seien, Seite an Seite mit ihm an jeder Kampagne gegen den Bolschewismus teilzunehmen. Der Brief war von allen deutschen Bischöfen unterzeichnet und wurde am 12. September 1936 in der *National-Zeitung* veröffentlicht. Sie fragten darin Hitler offen und direkt, ob er es den Katholiken erlaube, mit ihm „gegen die ständig wachsende Weltgefahr des Bolschewismus, der seine verruchte Hand in Spanien, Rußland und Mexiko erhebt, zu kämpfen". Aber sie gingen noch weiter. Sie zitierten nicht nur diese Worte, die der Papst einige Wochen zuvor zu spanischen Priestern und Nonnen gesprochen hatte, sondern machten ihm auch unmißverständlich klar, daß sie sowohl seinen Krieg gegen das republikanische Spanien als auch den gegen die Sowjetunion unterstützen wollten und daß „Kanonen allein" nicht ausreichten, das „bolschewistische Ungeheuer" zu bekämpfen. Diese gegen den Erzfeind der Kirche, den Bolschewismus, gerichteten Worte ließen keinen Zweifel über den Wunsch des Vatikans, einen ideologisch-religiösen Krieg zu entfachen.

Die Mönchsprozesse und die Gleichschaltung der katholischen Jugendorganisationen wurden jedoch fortgesetzt. Mussolini bat Hitler noch einmal, seine feindseligen Handlungen gegen die katholische Kirche einzustellen (*The Times*, 4. Nov. 1936). Kardinal Faulhaber wiederholte in einer Unterredung mit Hitler in noch präziserer Form, daß alle deutschen Bischöfe und Geistlichen bereit seien, jedes seiner Unternehmen gegen den Bolschewismus zu unterstützen; der Vatikan werde seinen Einfluß im Ausland geltend machen, um Hitlerdeutschland zu helfen; Voraussetzung sei jedoch, daß Hitler die Kirche innerhalb der Grenzen des Reiches respektiere. Der Kardinal bat, der katholischen Kirche die Aufsicht über ihre Schulen zurückzugeben.

Hitler ließ sich überreden. Einige Tage später aber wurde er von seinem Kultusminister wieder umgestimmt, der die Ansicht vertrat, das Regime benötige die Unterstützung der Kirche nicht mehr (*The Times*, 17. November 1936). Anfang des Jahres 1937 nahmen die Nazis alle katholischen Schulen in Bayern und anderen Ländern unter ihre Aufsicht.

Wieder mußte sich die Kirche unterwerfen. Sie mußte sich entscheiden, was für sie wichtiger war: die Stärkung ihrer Stellung in Deutschland oder der Kampf gegen den Kommunismus. Die Kirche entschied sich: Sie protestierte und arbeitete mit Hitler und Mussolini zusammen, wie immer,

wenn es galt, die roten Feinde zu vernichten und andere Völker abzuhalten, sich demokratische oder sozialistische Regierungsformen zu schaffen.

Während die Wehrmacht in Spanien ihre neuen Waffen ausprobierte und Mussolini Hunderttausende italienischer Soldaten mit dem Segen der katholischen Kirche für Franco kämpfen ließ, annektierte Hitler, unterstützt vom Vatikan, Österreich. Das Unternehmen wurde von Hitler mit romhörigen österreichischen Katholiken vorbereitet und ausgeführt; auch ein Kardinal leistete Hilfestellung und ließ beim Einzug Hitlers in Wien die Glocken läuten. Zur gleichen Zeit war der Vatikan bereits dabei, mit Hilfe der slowakischen Katholiken die Tschechoslowakische Republik zu zersetzen. So okkupierte Hitler innerhalb eines Jahres zwei Staaten: im März 1938 Österreich und im März 1939 die Tschechoslowakei.

Das Jahr 1939 war ein Schicksalsjahr für viele Länder, auch für den Vatikan. Albanien wurde von den italienischen Faschisten überfallen und okkupiert, die spanische Republik verlor ihre letzten Schlachten gegen den europäischen Faschismus und mußte sich der katholischen Diktatur Francos beugen; die Tschechoslowakei wurde erwürgt, Polen zu Boden geworfen; der zweite Weltkrieg hatte begonnen.

Anfang 1939 war Pius XI. gestorben. Über seinen Nachfolger bestanden keine Zweifel. In den letzten zehn Jahren hatte Kardinal Pacelli die Politik des Vatikans geleitet. Diese Politik mußte fortgesetzt werden. Es war kein Zufall, daß die Kardinäle Faulhaber (München), Innitzer (Wien), Hlond (Polen) – der davon träumte, gegen die Sowjetunion zu marschieren und dieses Land dem „Heiligen Herzen Jesu" zu weihen – und Schuster (Mailand) am stärksten für die Wahl Pacellis eintraten.

Pacelli wurde unter dem Namen Pius XII. zum Papst gewählt. Er begann seine Tätigkeit mit einer großen Friedenskampagne. Die katholische Presse war voll von schönen Worten, die zum Frieden mahnten und aufforderten, die Freiheit aller Nationen zu achten und alle Konflikte ohne Krieg zu lösen. Die Taten des neuen Papstes standen jedoch in krassem Widerspruch zu diesen Worten. Nach wie vor hielt er enge Verbindung mit Mussolini und Hitler, die beide den Vatikan und seine Kirche brauchten, um ihre Eroberungspläne zu verwirklichen. Die Naziregierung führte monatelang Geheimbesprechungen mit dem Vatikan, deren Inhalt bis heute nicht völlig bekannt geworden ist. Man weiß lediglich, daß sie im wesentlichen denen glichen, die vor dem Ausverkauf Österreichs und vor der Okkupation der Tschechoslowakei stattgefunden hatten. Wer würde das nächste Opfer sein?

Nach zahlreichen Verhandlungen sandte der päpstliche Beauftragte in Berlin am 24. April 1939 durch Sonderkurier einen Brief an Pius XII. Das Schreiben war so geheim, daß keiner außer dem Papst und dem

Kardinalstaatssekretär etwas von seinem Inhalt erfuhr. Der Papst schloß sich zwei Tage lang in sein Studienkabinett ein, um die Antwort zu entwerfen. Er schrieb sie schließlich mit der Hand, damit sie auch im Vatikan geheim blieb.

Hitler wurde sofort nach Eintreffen der Antwort in Berlin über ihren Inhalt verständigt. Im Vatikan setzte eine fieberhafte Tätigkeit ein. Zwischen den Nuntiaturen in Berlin, Warschau und Paris entspann sich im Mai und Juni eine lebhafte Geheimkorrespondenz. Viele Botschafter, vor allem der deutsche, der französische und der polnische Vertreter beim Vatikan, suchten den Staatssekretär oder den Papst häufiger als sonst in offizieller oder inoffizieller Mission auf. Was war im Gange? Welchen Entschluß hatte der Papst gefaßt?

Wir haben heute genügend zeitlichen Abstand von diesen Ereignissen, um richtig einschätzen zu können, was sich damals hinter den Kulissen abspielte.*

Der Papst war damals über Hitlers Kriegspläne gegen Polen unterrichtet. Hitler hatte ihm seine politische Strategie und seine letzten Ziele dargelegt. Der Papst wußte also auch, daß Hitler, um seine Ziele zu erreichen, einen europäischen Krieg riskieren würde. Hitlers Hauptziel war die Vernichtung der Sowjetunion. Deshalb mußte er Polen besetzen. Die Tschechoslowakei genügte nicht als Aufmarschbasis gegen die Sowjetunion. Der Papst sollte daher seinen Einfluß geltend machen, um Polen, das sich schon bereitwillig an der Zerreißung der Tschechoslowakei beteiligt hatte, von der Notwendigkeit zu überzeugen, auf Hitlers Forderungen, vor allem in der Danziger Frage, einzugehen und dann einen Geheimvertrag über einen Einfall in die Sowjetunion zu schließen. Hitler war entschlossen, die Frage militärisch zu lösen, falls Polen auf seine Vorschläge nicht eingehen sollte. Für diesen Fall bat er den Papst, die Invasion nicht zu verurteilen und die polnischen Katholiken nicht zum Widerstand gegen die Deutschen aufzufordern, sondern sie für einen Kreuzzug gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Hitler versprach, alle Privilegien der Kirche in Polen zu respektieren und Polen nur „zeitweilig" zu besetzen.

* Nach dem zweiten Weltkrieg kamen zahlreiche Dokumente zum Vorschein, die Licht in die damalige dunkle Tätigkeit des Vatikans brachten. Die meisten dieser Dokumente waren in den Händen der Richter und Anklagevertreter des Nürnberger Internationalen Militärtribunals. Obendrein äußerten sich darüber einige gut informierte Persönlichkeiten. So enthüllte zum Beispiel François Charles-Roux, der frühere französische Botschafter beim Heiligen Stuhl, daß der Papst im Mai 1939 die britische, französische, deutsche, italienische und polnische Regierung gedrängt habe (man beachte, daß die Sowjetunion hier nicht genannt ist!), die zwischen Deutschland und Polen sowie zwischen Frankreich und Italien bestehenden Streitfragen auf einer Konferenz zu klären. (*Revue de Paris*, September 1946)

Der Papst stand vor einem schicksalsschweren Dilemma. Seit zwanzig Jahren war das Hauptziel der vatikanischen Politik die Vernichtung des Kommunismus und seines Zentrums, der Sowjetunion. Seit zwanzig Jahren half der Vatikan, um dieses Hauptziel zu erreichen, überall, wo es ihm möglich war, totalitären Regimen in den Sattel. Nun rückte dieses langersehnte Ziel in greifbare Nähe. Die Zerschlagung der Sowjetunion würde nicht nur die Beseitigung einer großen atheistischen Macht bedeuten, sondern gleichzeitig die Quelle zuschütten, aus der die Kommunisten in aller Welt ihre Kraft schöpften. Schließlich würde ein weiterer großer Traum des Vatikans in Erfüllung gehen: die Rückkehr der orthodoxen Kirche in den Schoß des Katholizismus.

Das war die eine Seite des Dilemmas, die andere Seite bot folgende Aspekte: Polen war ein katholisches Land, es wurde von einem katholischen Diktator regiert, der enge Beziehungen zum Vatikan unterhielt. Durfte man Polen opfern, um das letzte Ziel, die Zerschmetterung der Sowjetunion, zu erreichen? Würde ein deutscher Einfall in Polen nicht einen Weltkrieg auslösen? Würde sich Frankreich an einem solchen Krieg beteiligen? Würde der päpstliche Einfluß ausreichen, die prohitlerischen und antisowjetischen Kräfte entscheidend zu stärken?

Pius XII. stand vor der wichtigsten Entscheidung seiner politischen und diplomatischen Laufbahn: Durfte er ein katholisches Land, Polen, aber vielleicht auch Frankreich und andere Länder, opfern und damit die Verantwortung für den Ausbruch eines Weltkrieges auf sich laden, um das wichtigste politische Ziel der katholischen Kirche zu erreichen?

Pius XII. entschied sich: Ja, ich darf. Er stellte drei Bedingungen:

1. Er müsse die Möglichkeit haben, Friedensvorschläge zu unterbreiten und eine diplomatische Friedenskampagne einzuleiten; außerdem müsse alles versucht werden, mit Polen und den Westmächten zu einem Kompromiß zu gelangen.

2. Falls der Einfluß des Vatikans in Polen nicht ausreiche und die Invasion des Landes nicht zu vermeiden sei, dürfe Deutschland den Polen nur ein Minimum an physischen und moralischen Lasten aufbürden und vor allem die polnischen Gläubigen wegen ihres Widerstandes nicht verfolgen; die Interessen der Kirche müßten respektiert werden.

3. Niemals dürfe bekannt werden, daß der Vatikan mit Deutschland über einen Einfall in die Sowjetunion verhandelt habe. Der Vatikan werde offiziell in dieser Frage keine Verantwortung übernehmen, er werde aber seinen Einfluß ausnutzen, um Frankreich von der Erfüllung seiner Verpflichtungen hinsichtlich des französisch-sowjetischen Paktes abzuhalten, und zur Bildung katholischer Legionen für den Kreuzzug gegen die Sowjetunion aufrufen. Schließlich dürfe Deutschland die Kirche weder als „Mutter der

Christenheit“ noch als offizielle Institution auffordern, einen „heiligen Krieg“ gegen Rußland zu führen.

Hitler war mit allem einverstanden. Daraufhin begann der Vatikan mit Hilfe des Kardinals Hlond einen Druck auf die polnische Regierung auszuüben. In Frankreich ließ er katholische Kreise erklären, daß Frankreich, falls das Schlimmste geschehe, nicht in den Krieg gegen Deutschland eintreten dürfe. Aber alle diese Bemühungen schlugen fehl. Daran war weniger der Papst schuld als vielmehr die unnachgiebige Haltung Hitlers, der bereits beschlossen hatte, Polen zu zerschmettern.

So begann am 1. September 1939 Hitlers Überfall auf Polen. Am 3. September traten Frankreich und Großbritannien, allen Bemühungen der katholischen Kirche und anderer interessierter Kräfte zum Trotz, in den Krieg ein. Der zweite Weltkrieg hatte begonnen.

Die Nachricht vom Kriegseintritt Frankreichs und Großbritanniens traf den Papst schwer, tagelang befürchtete man, seine Gesundheit habe ernstlich Schaden gelitten. Aber er hielt sein Versprechen. Statt die Welt zum Protest gegen den deutschen Überfall aufzurufen, stellte er sich taub und stumm. Kein Wort der Verurteilung, kein Hinweis, daß der höchste Richter der katholischen Moral Nazideutschland zumindest moralisch verdamme.

Während Warschau den Schrecken der Bombenangriffe erlebte und katholische Gläubige massenweise von der deutschen Luftwaffe hingemordet wurden, beteten deutsche Erzbischöfe und Bischöfe zu Gott, er möge das Dritte Reich beschützen und seinen Führer erleuchten. Sehen wir uns einige Auszüge aus einem Gebet an, das Tausende von Geistlichen auf Anweisung des Bischofs von Münster, des Grafen von Galen, nach der Messe sprachen. Das Gebet begann:

„Laßt uns beten nach der Meinung des Heiligen Vaters um Abwehr der Gefahr der Gottlosigkeit, um Frieden und Freiheit für unsere Heilige Kirche, um Gottes Schutz und Segen für unser Volk und Vaterland.“ (Zitiert nach dem *Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster*, Jahrgang LXXIII, Nr. 25)

An anderen Stellen heißt es:

„. . . Allmächtiger ewiger Gott! Wir bitten dich, nimm unser Vaterland in deinen beständigen Schutz: Erleuchte seine Lenker mit dem Lichte deiner Weisheit, damit sie erkennen, was zur wahren Wohlfahrt des Volkes dient, und das, was recht ist, in deiner Kraft vollbringen. Schütze alle Angehörigen unserer Wehrmacht und erhalte sie in deiner Gnade, stärke die Kämpfenden . . .“

„Bewahre, Herr, unsere Heimat vor feindlichen Angriffen, vor Hunger und Not . . .“ (ebenda)

Als bald nach Hitlers Überfall auf Polen ein anderer Krieg, der finnisch-sowjetische Winterkrieg, begann, hatte der Papst plötzlich seine Sprache wiedergefunden. Der *Osservatore Romano*, das offizielle Organ des Vatikans, der ebenso wie der Papst keine der faschistischen oder nazistischen

Aggressionen verurteilt hatte, überschlug sich auf einmal vor moralischer Entrüstung, als sowjetische Truppen finnisches Territorium betraten:

„Nach zwanzig Jahren bolschewistischer Tyrannei wird es nunmehr klar, daß der Kommunismus, der bereits die politische Freiheit unterdrückt, jedes individuelle Denken erstickt, das Individuum auf das Niveau eines Sklaven zurückgeworfen und die Gewalttätigkeit zu einem System erhoben hat, jetzt neue Perlen in sein teuflisches Diadem fügt ... Erst hat er die Menschen gejagt, jetzt jagt er die Nationen ...“

Der Vatikan begnügte sich jedoch nicht mit diesen hemmungslosen Beschimpfungen, sondern sprach auch offiziell die heftigsten Verdammungen gegen die Sowjetunion aus. Kardinäle und Bischöfe schlossen sich diesem Beispiel an.

Inzwischen hatten sich aber noch andere Dinge ereignet, die den heftigsten Unwillen des Vatikans hervorriefen. Die Sowjetunion war Hitler zuvorgekommen und hatte die Teile Weißrußlands und der Ukraine besetzt, die ihr 1920 durch Polen entrissen worden waren. Und – was weit schlimmer war – Hitler hatte wenige Tage vor seinem Überfall auf Polen einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion geschlossen.

Über die Gründe und Hintergründe des Paktes war der Vatikan eingehend informiert worden. Trotzdem erhob der Papst Einspruch. Der päpstliche Nuntius hatte mit Ribbentrop eine Unterredung unter vier Augen. Ribbentrop legte ihm dar, daß der ursprüngliche Plan, Polen ohne Eingreifen Frankreichs und Englands zu besetzen, fehlgeschlagen sei und sich daraus die Notwendigkeit ergeben habe, mit Rußland einen zeitweiligen Vertrag zu schließen, um zuerst mit dem Westen fertig zu werden. Nur wenn der Westen abgesichert sei, könne Deutschland seinen Plan zur Invasion der Sowjetunion weiterverfolgen. Der Vatikan solle auf Frankreich einwirken, daß es die Allianz mit Großbritannien löse und eine Einigung mit Deutschland suche.

Im November erlitt der Papst einen Nervenzusammenbruch. Die Anspannung der letzten Monate, die Qual der moralischen Verantwortung, die teilweisen Fehlschläge seiner Bemühungen und die Niederlage Polens – das alles war für ihn zuviel gewesen.

Pius XII. hoffte, trotz des Kriegseintritts Englands und Frankreichs einen Weltkrieg verhindern zu können. Im Dezember 1939 formulierte er fünf Punkte als Grundlage für einen Friedensschluß. Viele weise und schöne Worte über den Frieden, über die Notwendigkeit von Kompromissen und über die Freiheit der Nationen waren darin enthalten. Der Plan wurde von der katholischen Presse in der ganzen Welt gepriesen. Auch andere Blätter in vielen Ländern schlossen sich diesem Lob an, um die Welt von der Friedensliebe des Vatikans zu überzeugen. Aber welcher denkende Mensch konnte den Widerspruch zwischen diesen salbungsvollen Worten und der

Politik übersehen, die der Vatikan seit vielen Jahren verfolgte? Der erste und zugleich wichtigste Punkt seiner Erklärung sprach von dem „Recht auf Leben und Freiheit für alle Nationen, ob groß oder klein, ob stark oder schwach“. Wie waren diese Worte mit der Haltung des Vatikans zu vereinbaren, mit seiner – zuweilen sogar offenen – Unterstützung der Aggressoren, Verschwörer und Interventen? Wer konnte überzeugt sein, daß der Papst wirklich Frieden meinte, wenn er, wie jedes Jahr zu Weihnachten und Ostern, Frieden sagte, gleichzeitig aber den Oberen der Kirche gestattete, die zu unterstützen und zu preisen, die den Krieg entfesselten?

Wie konnte der Papst erwarten, daß die Menschen seinen Worten über die Rechte der Völker Glauben schenkten, wenn gleichzeitig Kardinal Faulhaber, Erzbischof von München, in der Münchener Frauenkirche anläßlich des mißlungenen Attentats auf Hitler einen feierlichen Dankgottesdienst abhielt und die bayrischen Bischöfe aus demselben Anlaß eine gemeinsame Glückwunschadresse an Hitler richteten? (*Universe*, Dezember 1939)

Und weshalb äußerte sich der Papst nicht zu dem Überfall auf Polen? War Polen nicht ein kleines Land, das unberechtigt angegriffen worden war? Weshalb verurteilte er weder den Angriff auf dieses Land noch die Brutalität, mit der er durchgeführt wurde? Wohl erwähnte er im Januar 1940 in einer Rundfunkansprache „Ausschreitungen“ aller Art und „schreckliche und unentschuldbare Exzesse“ in Polen, von denen er Kenntnis erhalten habe. Aber gegen wen richteten sich diese Worte? Gegen die nazistischen Verbrecher? Nein, gegen die Sowjetunion. Die Greuel der Nazis tat er mit der Bemerkung ab, daß sich die „Ausschreitungen leider nicht auf die Gebiete unter russischer Besetzung“ beschränkten. Es soll keineswegs behauptet werden, daß der Vatikan nicht gegen deutsche Maßnahmen protestiert hat, aber diese Proteste betrafen lediglich die üblichen Belanglosigkeiten, zum Beispiel Verletzungen des Konkordats.

Als Hitler Polen niedergeworfen hatte, verlagerte der Vatikan den Schwerpunkt seiner diplomatischen Aktivität nach dem Westen, vor allem nach Frankreich, und versuchte mit jenen Kräften in Frankreich Verbindung aufzunehmen, die bereit waren, mit Hitler Frieden zu schließen. Es stellte sich aber heraus, daß es unmöglich war, solange sich die Verhältnisse nicht so oder so grundlegend veränderten.*

* Nach dem Krieg wurde bekannt, daß sich der Papst damals bemühte, einen Kompromißfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten zustande zu bringen, der alle osteuropäischen Probleme zugunsten Hitlers bereinigen sollte. Er wollte die deutsche Führung von einem „Blitzkrieg“ gegen den Westen abhalten, um eine Einigung zwischen den kriegführenden Parteien zu erleichtern. Um den Westmächten den Plan des Papstes schmackhaft zu machen, ließen deutsche und vatikanische höhere Stellen durchblicken, Goebbels könne nötigenfalls an Stelle Hitlers in Deutschland die Macht übernehmen. Die

Unterdessen drängte der Vatikan Hitler, endlich die Sowjetunion anzugreifen. Hitler antwortete, er müsse sich vorerst gegen den Westen sichern. Der Nuntius in Paris hatte dem Papst mitgeteilt, Frankreich werde stillhalten, wenn sich Deutschland weiter dem Osten zuwende. Der Nuntius hatte diese Zusicherungen von höchsten Stellen in Paris erhalten; „gewisse Kreise" hatten ihm zugesagt, daß „ernsthafte bewaffnete Auseinandersetzungen mit Deutschland möglicherweise überhaupt nicht" stattfänden, falls Deutschland erst einmal Rußland angegriffen habe. Das war im Dezember 1939. Eine dieser „höchsten Stellen", mit denen der Nuntius in engstem Kontakt stand, war General Weygand, ein ergebener Katholik.

Marschall Pétain, ebenfalls ein gläubiger Katholik, hatte sich jahrelang um die Finanzierung faschistischer bewaffneter Gruppen – die bekanntesten unter ihnen waren die „Kapuzenmänner" (Les Cagoulards) – bemüht. Als er Botschafter in Madrid war, hatte er sich mit Laval, Weygand und anderen zusammengetan, um Frankreichs Kriegseintritt zu verhindern und zu einem Übereinkommen mit Hitler zu gelangen. Er stand über den Vatikan mit Hitler in Verbindung. Der päpstliche Nuntius in Madrid war sein wichtigster Mittelsmann. Auch Franco leistete bei dem Komplott Hilfe, er lieh Pétain Geld und stellte ihm Agenten zur Verfügung. Unterstützung fand Pétain bei dem spanischen Botschafter in Frankreich, Lequerica, der später in Vichy großen Einfluß auf Pétain ausübte und dadurch wesentlichen Anteil an der Bildung der ersten Vichy-Regierung hatte.

Nach monatelangen Geheimverhandlungen zwischen Pétain, Weygand, Laval, den päpstlichen Nuntien in Paris und Madrid, Franco, Lequerica und Hitler ließ Hitler den Vatikan und die katholischen Verschwörer wissen, daß er nicht länger warten könne; sie müßten etwas Konkretes unternehmen. Pétain ersuchte den Nuntius, dem Papst mitzuteilen, es gebe „gute Gründe, anzunehmen, daß ein Blutvergießen zwischen Frankreich und Deutschland vermieden" werde (Bericht des italienischen Botschafters in Madrid vom 7. März 1940). Der Vatikan leitete diese Antwort am 30. April 1940 an Hitler weiter. Aber Hitler gab sich damit nicht zufrieden und entschloß sich einige Tage später, Informationen aus erster Hand zu beschaffen. Er wollte „mit Sicherheit" wissen, „wie weit die Franzosen bei der Durchführung der Bestrebungen, über die er durch den Vatikan Kenntnis erhalten hatte, wirklich gehen könnten" (ebenda), und schickte zu diesem Zweck seinen Außenminister zum Papst. Ribbentrop hatte zuvor mit dem päpstlichen

Verhandlungen fanden Ende 1939 und Anfang 1940 statt. Sie hatten das Ziel, die europäischen Nationen vereint gegen den Osten marschieren zu lassen. (Siehe *Rude Pravo* vom 24. Januar 1946 und *Osservatore Romano*, zitiert in einer vatikanischen Rundfunksendung vom 11. Februar 1946.) Viele dieser Tatsachen kamen 1946 im Nürnberger Prozeß ans Tageslicht, wurden aber später wieder vertuscht.

Nuntius in Berlin verhandelt. Shirer berichtet darüber in seinem „*Berliner Tagebuch*" (Seite 234): „Der Nuntius ist wochenlang in aller Ruhe in der Wilhelmstraße ein und aus gegangen."

Der Vatikan wertete den angekündigten Besuch Ribbentrops als ein sicheres Zeichen, daß der Krieg im Westen vermieden würde und Hitler sich zu guter Letzt doch noch überzeugt habe, daß es besser sei, den Krieg im Osten zu führen. Das offizielle päpstliche Organ, der *Osservatore Romano*, der gewöhnlich in seinen Äußerungen sehr kühl und zurückhaltend war, brach angesichts des bevorstehenden Besuchs in Jubel aus. Ribbentrop hatte mit dem Papst eine Unterredung unter vier Augen. Über ihren Inhalt gab es im Vatikan und in den Hauptstädten Europas die unterschiedlichsten Vermutungen. Einen Tag später, am 12. März 1940, richtete Hitler an den Papst ein Telegramm, in dem er ihn zum Jahrestag seiner Papstwahl beglückwünschte.

Als Ribbentrop den Vatikan verließ, verhielt sich der *Osservatore Romano* auffallend still. Was war geschehen? Hitler hatte die Zusicherungen des Papstes nicht als ausreichend angesehen und ihm mitgeteilt, daß er als erstes den Westen besetzen werde. Das *Annual Register* bemerkt dazu: „Wir wissen aus Kreisen des Vatikans, daß Ribbentrop dem Papst am 11. März 1940 mitgeteilt hat, deutsche Soldaten würden im Laufe des Monats Juni in Paris und im Laufe des Monats August in London sein." Hitler versicherte dem Papst, daß er sich in seinen „Forderungen gegen die Alliierten, vor allem gegen Frankreich, maßvoll verhalten" werde, falls „freundlich gesinnte Kreise" Deutschland bei seinem Sieg über Frankreich helfen würden.

Anfang April 1940 überfiel Hitler ein weiteres kleines und schwaches Land – Norwegen. Der Papst wurde von vielen Seiten aufgefordert, diese neue Aggression Hitlers zu verurteilen, nachdem er wenige Monate zuvor in den fünf Punkten seines Friedensvorschlags mit besonderer Betonung die Rechte der kleinen Nationen proklamiert hatte. Aber er hüllte sich in Schweigen und ließ lediglich den *Osservatore Romano* erklären, in Norwegen lebten nur 2 619 Katholiken, in Deutschland aber 30 Millionen.

Die Beziehungen zwischen Nazideutschland und dem Vatikan wurden einer neuen Belastungsprobe ausgesetzt, als sich herausstellte, daß die polnischen Katholiken, allen Versprechungen Hitlers zum Hohn, von den Nazis verfolgt und terrorisiert wurden; zahlreiche Priester waren erschossen und einige Bischöfe inhaftiert worden.

Wenige Wochen nach Ribbentrops Besuch im Vatikan trafen sich Hitler und Mussolini am Brenner, um die Operationen im Westen zu koordinieren. Damals wurde vor allem Mussolinis Dolchstoß in Frankreichs Rücken besprochen. Der Vatikan war über den Inhalt der Gespräche gut unterrichtet.

Er hielt einen deutschen Sieg nicht für ausgeschlossen und begann daher, seine freundliche Einstellung zu Hitler auch in der Öffentlichkeit stärker zu betonen. Um Hitlers Vorhaben zu erleichtern, verstärkte er die Verbindungen zu den reaktionären Kreisen unter den französischen Katholiken und arbeitete Pläne für die Bildung einer neuen Regierung nach der französischen Niederlage aus. (Näheres siehe Kapitel XVII, *Frankreich und der Vatikan)* Hitler und der Papst arbeiteten Hand in Hand, um die von ihnen geplante Neuordnung Europas herbeizuführen.

Während hinter den Kulissen die neuen Aggressionen Hitlers fieberhaft vorbereitet wurden, entschlossen sich die Nazis zu Beginn des Jahres 1940, die katholischen Priester und Mönche, entgegen dem Konkordat, nicht länger vom Wehrdienst zu befreien. Wieder einmal rührten sich die deutschen Bischöfe und protestierten, aber nicht gegen die Invasion in Norwegen, sondern, wie zum Beispiel Kardinal Faulhaber, gegen die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Berufsschulen. Seit 1933 hatten die Nazis etwa 20 000 katholische Schulen mit mehr als 3 Millionen Schülern geschlossen.

Aber trotz dieser Differenzen besserten sich die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und Hitler angesichts der militärischen Erfolge Nazideutschlands. So schrieb am 24. Mai 1940 der *Manchester Guardian:*

> „Dem nationalsozialistischen Staat ist es anscheinend gelungen, sich mit den katholischen Führern von neuem zu verständigen ... Trotz der Verfolgung von Gläubigen und Priestern und trotz aller Attacken auf die christliche Religion wurden unter den deutschen Katholiken durch diese Verhandlungen neue Hoffnungen geweckt."

Der Vatikan war zu der Überzeugung gelangt, daß Nazideutschland drauf und dran war, den Krieg zu gewinnen, und begann sich daher darauf einzustellen. Der Papst wies die gesamte deutsche Hierarchie an, keine Kritik mehr am Dritten Reich zu üben, sondern es mit allen Kräften zu unterstützen. Diese Beurteilung der Lage durch den Vatikan und andere politische Kreise schien sich zu bestätigen: Hitlerdeutschland schlug den Westen aufs Haupt; die Niederlande, Belgien und Frankreich kapitulierten und wurden von deutschen Truppen besetzt, der britische Löwe zog sich auf seine kleine Insel zurück und leckte sich die Wunden.

In jenen Tagen richtete der Papst an die Königin der Niederlande und an den König von Belgien persönliche Schreiben, in denen er lediglich bedauerte, daß diese Staaten gegen den Willen ihrer Souveräne okkupiert worden seien, aber kein Wort der Verurteilung der faschistischen und nazistischen Verbrechen fand. Die Briefe erweckten den Eindruck von Beileidsbezeigungen.

Mussolini erklärte vor aller Welt – und zahlreiche verantwortliche Stellen in Europa und Amerika dachten damals ebenso –, daß die Niederlage

des Westens den endgültigen Sieg Deutschlands im zweiten Weltkrieg bedeute. Und damit hatte der Vatikan gerechnet. Das neue „Großdeutsche Reich“ erweckte beim Papst weit mehr Interesse als bei den Oberhäuptern mancher anderer Staaten. Der Papst begann Verhandlungen mit Hitler, um die Ansprüche der katholischen Kirche von neuem festzulegen. Der Nazismus hatte drei weitere Länder von der Gefahr des Sozialismus und Kommunismus befreit: Belgien, die Niederlande und vor allem Frankreich. Das verdiente den Dank der Kirche. Der Vatikan wies die deutsche Hierarchie an, in allen Kirchen Dankgottesdienste für den Führer abzuhalten. (*Universe*, August 1940) Während in den deutschen katholischen Kirchen Dankgebete für den Schutz Hitlers an die Adresse Gottes zum Himmel emporstiegen, reisten drei deutsche Bischöfe in aller Stille nach Rom und führten lange Unterredungen mit dem Papst und seinem Staatssekretär. (*Basler Nachrichten*, 5. Oktober 1940) Sie besprachen, auf welchem Wege die katholische Kirche am besten und am wirksamsten zu einer echten Zusammenarbeit mit dem siegreichen „Dritten Reich“ gelangen könnte. Nach ihrer Rückkehr aus Rom berichteten die drei Bischöfe auf der jährlich tagenden Bischofskonferenz in Fulda über die Instruktionen, die sie vom Papst erhalten hatten. Das deutsche Episkopat sah sich vor wichtige Entscheidungen gestellt.

Der Papst verhandelte indessen mit Hitler über den Abschluß eines neuen Konkordats. Hitler hatte den Vatikan aufgefordert, all seinen Einfluß geltend zu machen, um die katholischen Bürger der von ihm besetzten Länder für die neuen Regierungen und für die Besatzungsbehörden zu gewinnen. Als Gegenleistung versprach er der Kirche eine privilegierte Stellung nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern, die von deutschen Truppen erobert würden. Die Gespräche betrafen auch den Status der apostolischen Nuntiaturen in Den Haag und Brüssel.

Die in Fulda versammelten deutschen Bischöfe und Erzbischöfe stimmten einer Erklärung zu, daß sie sich fester um Hitler scharen und sich für eine stärkere Unterstützung des siegreichen Deutschlands und seines großen Führers durch die katholischen Gläubigen einsetzen würden. Darüber hinaus bereitete die Konferenz Pläne vor, die für die Zukunft zwischen der Hierarchie der besetzten Gebiete und der deutschen Hierarchie eine engere Zusammenarbeit und eventuell sogar ihre Vereinigung in einer gemeinsamen Körperschaft vorsahen. Die ersten Schritte in dieser Richtung sollten auf dem nächsten Kongreß der deutschen Hierarchie unternommen werden. Außerdem wurde beschlossen, die künftigen Treffen der deutschen Bischöfe und Erzbischöfe nicht mehr wie bisher in Fulda, sondern im Zentrum Großdeutschlands, in Berlin, durchzuführen, um so die Verbundenheit mit dem Dritten Reich symbolisch zu manifestieren. Dieser Beschluß der

Bischofskonferenz wurde vom Papst in einer Verlautbarung besonders hervorgehoben.

Unter den zweitrangigen Beschlüssen der Fuldaer Konferenz ist vor allem einer zu nennen, der ein bezeichnendes Licht auf das deutsche Episkopat wirft. Die Konferenz billigte den Plan eines neuen offiziellen Organs der deutschen Katholiken *(Der neue Wille)*, das vom Feldbischof der Wehrmacht herausgegeben wurde. Es handelte sich um ein offen pronazistisches und proimperialistisches Blatt, das die deutschen Soldaten aufrief, ihr Leben für Hitler einzusetzen und die Welt zu erobern. Der einzige Vorbehalt der versammelten Bischöfe bestand in der Forderung, daß das Blatt „sich an gewisse Regeln halten" solle und nichts veröffentlichen dürfe, was im Gegensatz zu den Lehren der katholischen Kirche stände.

Der Plan für das neue Konkordat wurde von der Konferenz einmütig gebilligt. Die Bischöfe legten den deutschen Geistlichen nahe, der Nation, vor allem, solange die Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich im Gange waren, zu beweisen, daß sie „zur Erringung des Endsiegs" unentbehrlich seien. Schließlich stimmte die Konferenz einer Loyalitätserklärung an Hitler zu. In ihr hieß es unter anderem: „Nach der Erringung des Endsieges werden wir in besonderen Gottesdiensten den deutschen Truppen unseren Dank und dem Führer unsere Ergebenheit zum Ausdruck bringen."

Der Vatikan fürchtete, daß sich die Beschlüsse der Fuldaer Bischofskonferenz auf die Katholiken in den besetzten Ländern und vor allem in Großbritannien und in den USA ungünstig auswirken würden. Er befahl daher den deutschen Bischöfen, über den Verlauf und die Ergebnisse des Treffens keine Protokolle und Erklärungen zu veröffentlichen, und erklärte in einer Rundfunkrede für Nordamerika, daß er „leidenschaftlich am Frieden interessiert" sei, aber „nicht an einem schäbigen Friedensersatz, der nur in der Abwesenheit des Krieges" bestehe. (Der Vatikansender in englischer Sprache, August 1940)

Sehr bald zeichnete sich deutlich ab, welche Früchte der katholischen Kirche durch den Nazisieg in den Schoß gefallen waren. An die Stelle liberaler oder sozialdemokratischer Regierungen waren in allen von Hitler besetzten Gebieten totalitäre und, was noch wichtiger war, katholische Regime getreten. Autoritäre katholische Parteien entstanden und riefen die Nationen zum Kampf gegen den Erzfeind der Kirche, den Kommunismus, auf. In Frankreich errichtete Pétain einen autoritären katholischen Ständestaat und erstattete der Kirche alle Privilegien zurück, die ihr vorher von den demokratischen Regierungen entzogen worden waren.

Im Januar 1941 trat zum erstenmal die deutsche Bischofskonferenz in Berlin zusammen. Aus diesem Anlaß fanden sich auch alle österreichischen

Bischöfe in der Reichshauptstadt ein. Die Konferenz traf „hochwichtige Entscheidungen“ und veröffentlichte einen gemeinsamen Hirtenbrief, in dem die Bischöfe Hitlers Endsieg prophezeiten und unter anderem erklärten, „der unausweichliche Endkampf für die Freiheit des deutschen Volkes“ werde „von jedermann große Opfer fordern, aber der Sieg der deutschen Wehrmacht“ werde den Frieden „auf Jahre hinaus sicherstellen“. In der Erklärung, die in allen katholischen Kirchen Deutschlands verlesen wurde, hieß es ferner: „Die deutschen Bischöfe bringen weiterhin ihren Wunsch zum Ausdruck, daß es der katholischen Kirche gestattet sei, ihren Teil zum inneren Aufbau Großdeutschlands beizutragen“, denn die Kirche habe ein Recht darauf, angesichts der Tatsache, daß die Anzahl der Kirchgänger in der Kriegszeit, vor allem unter den Soldaten, um nahezu 50 Prozent gestiegen sei.

Trotz dieses sicherlich ehrlich gemeinten Angebots setzte Hitler sein altes Spiel fort. Geblendet von seinen militärischen Siegen, trug er sich mit dem Gedanken, eine christliche Nationalkirche zu schaffen. Um das zu erreichen, mußte er jedoch zuvor die katholische und die protestantische Kirche zerschlagen.

Die Bischöfe baten den Papst, zu intervenieren und die religiösen Ambitionen der Regierung zurückzuweisen, waren aber gleichzeitig vorsichtig genug, zu erklären, daß sie „im gegebenen Moment nichts sagen würden, was imstande wäre, die Energien des Volkes abzulenken oder seine Ergebenheit zu ihrem Land mit Vorurteilen zu belasten“. Der Papst antwortete, daß er die deutsche Regierung nur wegen ihres Verhaltens zur Kirche rügen, sie aber keineswegs aus anderen Gründen verurteilen werde, da er nicht den Eindruck erwecken wolle, die Kirche „begünstige die Feinde Deutschlands“. Der Papst hatte gute Gründe, so zu sprechen.

Am späten Abend des 20. Juni 1941 traf Ribbentrop mit dem päpstlichen Nuntius Orsenigo in Berlin zu einer privaten Unterredung zusammen. Unmittelbar darauf setzte sich der Nuntius mit dem Vatikan in Verbindung, was bewirkte, daß die Lichter dort im Laufe der Nacht nicht verlöschten.

Am Morgen des 22. Juni 1941 erhielt die Öffentlichkeit Kenntnis von der Nachricht, die dem Papst am Tag zuvor übermittelt worden war. Sie betraf ein Ereignis, auf das der Vatikan seit Jahrzehnten hingearbeitet und für das er zahllose Opfer gebracht hatte. Hitler hatte die Sowjetunion überfallen.

Wieder erinnerte man sich der fünf Punkte, die der Papst im Dezember 1939 der Welt als seine Friedensvorschläge unterbreitet hatte, vor allem des ersten, in dem von den Rechten der großen und kleinen Nationen die Rede war. Aber es wäre in diesem Fall wirklich zuviel verlangt gewesen, vom Papst zu erwarten, daß er die Aggression gegen die Sowjetunion

mißbilligte. Er verhielt sich auch diesmal still, er konnte und wollte sich nicht „offiziell“ kompromittieren. Außerdem hatte Hitler ihn noch nicht um Hilfe gebeten, obwohl der Nuntius dem Außenminister Ribbentrop versprochen hatte, daß „die katholische Welt Deutschland zu gegebener Zeit mit allen Kräften unterstützen“ werde. Aber Hitler brauchte die Hilfe der Kirche nicht, seine Armeen, so behauptete er, seien in der Lage, die Sowjetunion im Laufe von vier Monaten in die Knie zu zwingen.

Als die nazistischen Armeen tief in das Innere der Sowjetunion eingedrungen waren, eröffnete die katholische Kirche einen heiligen Kreuzzug gegen die Sowjetunion, der allerdings „inoffiziellen“ Charakter trug. Sie wollte der Welt klarmachen, daß sie auf der Seite des Siegers zu finden sei, um später eine günstigere Ausgangsposition zu Verhandlungen mit Hitler über „religiöse Fragen“ zu haben. Deshalb erteilte der Vatikan allen nationalen Hierarchien in der Welt den Rat, „den militärischen Feldzug gegen das gottlose Rußland moralisch aktiv zu unterstützen“. (Aus einem Brief des Kardinalstaatssekretärs.) Und die katholischen Hierarchien organisierten selbst in den Ländern der Alliierten eine Kampagne gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion, wobei sie im wesentlichen nur die Hetze wiederzubeleben brauchten, die sie jahrelang gegen die Sowjetunion betrieben hatten.

Hier ist nicht der Platz, ausführlich auf die Hetze des Papstes und der gesamten katholischen Hierarchie gegen die Sowjetunion einzugehen. Wir werden uns nur einige Erklärungen der deutschen Hierarchie etwas näher ansehen. Diese Erklärungen zeigen, daß die katholische Kirche das deutsche Volk seit Jahren auf den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet hatte. Die Antisowjethetze der deutschen Hierarchie begann lange vor Hitlers Machtergreifung, sie wurde nach 1933 lediglich um ein Vielfaches verstärkt.

Einige Ausfälle des Papstes und früheren Kardinalstaatssekretärs Pacelli gegen die Sowjetunion kennen wir bereits. Am Silvesterabend 1936 erklärte einer seiner Schüler, Kardinal Faulhaber, in München, daß zwei Dinge ihm ernste Sorgen bereiteten: die „Überwindung des Bolschewismus“ und der „Schutz der Kirche innerhalb des Reiches“. Einige Monate später, im April 1937, erklärte er:

„Die gesamte zivilisierte Welt, vor allem aber die katholischen Nationen, müssen sich zu einem heiligen Kreuzzug gegen das atheistische Rußland vereinen und den Bolschewismus zerschmettern, wo immer sie ihn treffen.“

Im Jahr 1936 protestierten die bayrischen Bischöfe in einem Hirtenbrief gegen die Behauptung der Nazis, daß zwei Feinde vernichtet werden müßten: die katholische Kirche und der Kommunismus. Die Bischöfe erklärten, sie seien zumindest in gleichem Maße wie die Nazis Feinde des

Kommunismus, und es bereite ihnen großen Schmerz, solche Anschuldigungen zu hören:

„Wir müssen darauf bestehen, daß nicht länger unter den jungen Menschen und im ganzen Volk die Auffassung verbreitet wird, nach der Überwältigung des Bolschewismus, des öffentlichen Feindes Nummer eins, komme die katholische Kirche als öffentlicher Feind Nummer zwei an die Reihe."

Graf Galen, Bischof von Münster, erklärte in demselben Jahr:

„Jeder Katholik und jede zivilisierte Nation hat die Pflicht, den gottlosen Kommunismus, der im atheistischen Sowjetrußland seine Verkörperung fand, zu besiegen und zu vernichten."

Die deutschen Bischöfe verkündeten auf der Fuldaer Konferenz im August 1936 in einem Hirtenbrief, der in allen katholischen Kirchen Deutschlands verlesen wurde:

„Wir weisen dabei hin auf die offenkundige Tatsache, daß gerade in der Gegenwart Kommunismus und Bolschewismus mit teuflischer Zielstrebigkeit und Zähigkeit sich bemühen, vom Osten und Westen her gegen Deutschland, als das Herz Europas, vorzustoßen, um es gleichsam in eine verhängnisvolle Zange zu nehmen. Da darf die deutsche Geschlossenheit nicht durch religiöse Vergrämung und Entzweiung, durch Verächtlichmachung und Bekämpfung eines Volksteils gelockert werden." (Zitiert nach dem *Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster*, Jahrgang LXX, Nr. 21)

In einem Neujahrshirtenbrief (1937) zählte der Erzbischof von Freiburg, Gröber, die Gründe auf, die die katholische Kirche zu Beschwerden über das Naziregime veranlaßt hatten. Er sagte unter anderem:

„Wird die katholische Kirche nicht immer wieder (wenn auch zuweilen versteckt) als öffentlicher Feind Nummer zwei hingestellt und wie ein verschworener Bundesgenosse des Bolschewismus behandelt? ... Bereitet man die deutsche Nation als Ganzes so auf einen möglichen Konflikt mit der gottlosen Welt des Bolschewismus vor, der uns möglicherweise, was Gott verhüten möge, von außen aufgezwungen werden wird, daß man die wesentlichen und unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den Grundlagen der Religion und denen des russischen Atheismus verschweigt? Bereiten wir uns wirklich überlegt auf diese Auseinandersetzung vor, wenn wir uns durch die Vergöttlichung des Menschen und der Nation und durch die Verleugnung der Unsterblichkeit der Seele in gefährliche Nähe des Kommunismus begeben? Geschieht das alles, so frage ich, um in unverantwortlicher Weise die feierlichen Versicherungen unseres Führers Lügen zu strafen?"

Bei einer anderen Gelegenheit, im Mai desselben Jahres, erklärte der Erzbischof:

„Der Marxismus ist nicht tot, wie man uns erzählt hat. Er ist lebendiger denn je. Als Christen, als Katholiken und als Deutsche müssen wir ihn vernichten, wo immer wir ihn treffen. Bereiten wir uns daher auf unsere Aufgaben gegen den gottlosen Nachbarn vor, gegen den eines Tages die gesamte zivilisierte Welt zu kämpfen haben wird."

Die bayrischen Bischöfe protestierten in einem Hirtenbrief vom 4. September 1938 gegen einen Befehl Hitlers, der es den Mitgliedern religiöser

Institutionen untersagte, Internatsschulen für Mädchen einzurichten, und riefen mahnend, der Nationalsozialismus solle sich nicht gegen die katholische Kirche stellen, denn die Kirche sei der größte Feind des Kommunismus und werde Hitler in seinem Kampf gegen den Kommunismus unterstützen. In dem Hirtenbrief hieß es:

„Es ist ein unerträglicher Widerspruch, daß Schulen wie diese heute in unserem Heimatland zerstört und ausgerottet werden sollen, ebenso wie es kürzlich in bolschewistischen Ländern geschehen ist ... und das zu einer Zeit, in der die deutsche Nation ihre historische Pflicht begreift, den antichristlichen Bolschewismus zu bekämpfen, und an die gesamte christliche Welt appelliert, ihr in diesem Kampf beizustehen ... Wie lange will der Staat fortfahren, die Mitarbeit der Kirche und ihrer religiösen Orden bei der Durchführung der nationalen Aufgaben unserer Tage, beim Kampf gegen den Kommunismus, zurückzuweisen?"

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion kamen alle deutschen Bischöfe überein, sich über die Disharmonien innerhalb des Reiches hinwegzusetzen und alle Anstrengungen darauf zu richten, das deutsche Volk gegen das kommunistische Rußland zu treiben. Sie erklärten feierlich (1942), „ein Sieg über den Bolschewismus wäre zu vergleichen mit dem Triumph der Lehren Jesu über die der Ungläubigen".

Man könnte unzählige solche Äußerungen deutscher Kirchenführer gegen die Sowjetunion und gegen den Kommunismus zitieren, denn die deutsche Hierarchie führte ihre Haßkampagne mit einem solchen Eifer, daß selbst der Vatikan ihr nach Beginn des deutschen Rückzugs im Osten den Rat erteilen mußte, „vorsichtig zu sein und nur als Bischöfe gegen den gottlosen Bolschewismus zu sprechen".

Die Niederlagen der Naziwehrmacht vor Leningrad und Moskau und die Vernichtung einer ganzen Armee bei Stalingrad führten zu einer Änderung der Situation. Der Vatikan wurde vorsichtiger mit seinen Erklärungen, verstärkte aber gleichzeitig in allen Teilen der Welt seine Kampagne zur Unterstützung Hitlers. In mehreren katholischen, vom Faschismus beherrschten Ländern wurden Maßnahmen zur Aufstellung von katholischen Legionen für die Ostfront eingeleitet.

Schon im Herbst 1941 waren antikommunistische Legionen in Portugal, Francospanien, Vichy-Frankreich und Belgien gebildet worden. Die Freiwilligen wurden unter dem Motto „Kämpft gegen den gottlosen Kommunismus! Rettet den Katholizismus!" geworben. Katholische Länder, die keine Soldaten entsenden konnten, spendeten Geld, organisierten Versammlungen und führten eine breite Propagandakampagne gegen die Sowjets. Die katholische Kirche segnete und unterstützte all diese Aktionen. Da sich der Vatikan in seiner offiziellen Eigenschaft nicht kompromittieren wollte, instruierte er die Kardinäle und Bischöfe in den einzelnen Ländern, Predigten gegen Sowjetrußland zu halten, Bannflüche gegen Moskau zu schleudern

und Freiwillige zum „Kampf gegen das bolschewistische Ungeheuer“ zu werben. Aus allen Teilen der katholischen Welt, von Italien bis Irland, aus Nord- und Südamerika, trafen Freiwillige ein, um an der Seite der Naziarmeen gegen die Sowjets zu kämpfen, nachdem der Versuch, die Sowjetunion zu überrennen, vor Moskau und, endgültig, vor Stalingrad gescheitert war.*

Der Vatikan war der Ansicht, Deutschland habe nur einen militärischen Rückschlag erlitten und „das atheistische Rußland“ könne auf jeden Fall als „endgültig vernichtet angesehen werden“. Die sowjetische militärische und politische Macht sei nicht länger ein Faktor, den man berücksichtigen müsse. Er sah in Nazideutschland die vorherrschende Macht Europas und verlor sich in Zukunftsspekulationen über die „Neuordnung“ dieses Erdteils. In einer Rundfunkkampagne propagierte er „die Aussichten des Friedens im Rahmen der ‚neuen Ordnung‘ “.

„Der Papst mißt moralischen Werten große Bedeutung bei. Herrscher, die sich mit Friedensgedanken tragen, sollten daran denken ... Nur auf dieser Basis kann die internationale Atmosphäre bereinigt werden. Die Stärke muß die Quelle des Rechts und nicht der Unterdrückung werden. Eine weitere Frage, die in der Welt grundlegend verändert werden muß, ist die des freien Zutritts zu den Rohstoffen. Keine Nation sollte das alleinige Verfügungsrecht über die Rohstoffe der Erde haben. Keine Nation sollte das alleinige Recht über Güter haben, die Gott uns allen geschenkt hat. Nur so kann die neue Ordnung in der christlichen Welt errichtet werden.“

Dies waren einige Gedanken aus den vatikanischen Rundfunksendungen jener Zeit. Wenn man sie liest, sollte man sich daran erinnern, daß Hitler gerade zu dieser Zeit (Mai 1942) seine Phrasen von der „neuen Ordnung“ und von dem Lebensraum und den Rohstoffquellen, die er in der Sowjetunion zu finden hoffte, in alle Welt hinausposaunte.

Im Juni 1942 veröffentlichte der *Osservatore Romano* eine Artikelserie, in der die Gedanken des Papstes über die Nachkriegswelt dargelegt waren. Der Papst forderte, daß „... es der Kirche erlaubt sein müsse, ihre erhabene Mission in der Welt ungehindert zu erfüllen“. Die katholische Kirche, so argumentierte er, habe das Recht, am politischen und öffentlichen Leben der Nationen teilzunehmen, weil die Religion die Menschen richtig zu leben lehre und weil sie eine politische und soziale Wissenschaft sei.

* Am 25. Februar 1946 erläuterte Papst Pius XII. vor Diplomaten und Kardinälen, weshalb er als Oberhaupt der katholischen Kirche den Überfall der Nazis auf die Sowjetunion nicht öffentlich gutgeheißen habe: „Unsere Bemühungen, kein Wort zu äußern, das als eine Billigung oder Befürwortung des Krieges gegen Rußland hätte ausgelegt werden können, waren, obwohl man Uns sehr bedrängte, erfolgreich.“ In Erinnerung an die wütende Hetzkampagne, die die Kirche fortwährend gegen die Sowjetunion führte und nach wie vor in der ganzen Welt führt, schloß der Papst: „Aber niemand möge auf unser Schweigen bauen, wenn der Glaube oder die *Fundamente der christlichen Zivilisation in Gefahr* sind.“

Als es immer deutlicher wurde, daß das Vordringen der Hitlerwehrmacht endgültig gestoppt worden war und das „besiegte Rußland" zum Gegenangriff überging, wurde der Vatikan von Furcht und Zweifel heimgesucht. Der Papst begann eine große diplomatische Kampagne in den Hauptstädten der kriegführenden Länder mit dem Ziel, die USA und Großbritannien von einer aktiven Hilfeleistung für die Sowjetunion abzuhalten und Mittel und Wege zu finden, um den russischen Vormarsch nach Westen zum Stehen zu bringen.

Beide Ziele wären am raschesten durch den sofortigen Abschluß eines Verhandlungsfriedens zwischen den Alliierten und den Achsenmächten zu erreichen gewesen. Der Vatikan hielt lange Zeit enge Fühlung mit Hitler, um in dieser Richtung zu vermitteln. Eines Tages erhielt er zuverlässige Zusicherungen aus Berlin und setzte sich daraufhin sofort mit London und Washington in Verbindung. Der deutsche Botschafter beim Vatikan führte tagelang geheime Besprechungen mit dem Papst und dem Kardinalstaatssekretär. Das Hauptanliegen des Vatikans war, Frieden zu schließen zum „Segen des christlichen Europas", um die Alliierten und Deutschland zum Kampf gegen die Sowjetunion zusammenzuschließen; Voraussetzung dafür war, daß Hitler sich mit den USA und Großbritannien einigte, ohne „sein Gesicht zu verlieren"; ein Verhandlungsfriede wäre „die Rettung Europas" gewesen. Aber die USA und Großbritannien wiesen alle Vorschläge zurück. (Mai/Juni 1942)

Der Vatikan ließ jedoch nicht locker. Er forderte Großbritannien und die Welt auf, Rußland zu zwingen, in Ost- und Südosteuropa eine bestimmte Linie nicht zu überschreiten, und den Völkern Ost- und Südosteuropas weitreichende Sicherheiten zu gewähren, damit sie nicht der „Raubgier des bolschewistischen Rußlands" zum Opfer fielen. Da weder die USA noch Großbritannien solche Sicherheiten bieten konnten, gab der Papst ihnen zu verstehen, daß „die katholischen Gemeinschaften in den USA im Bündnis mit den antisowjetischen Kräften" zu gegebener Zeit „genügend Druck ausüben" würden, um „die amerikanische Außenpolitik auf gesündere Ziele zu lenken".

Präsident Roosevelt ließ durch seinen persönlichen Botschafter Myron Taylor dem Papst im Namen der USA und Großbritanniens versichern, daß die sowjetischen Truppen „die ihnen gezogenen Grenzen nicht überschreiten" würden. Auf seinem Rückweg in die USA hatte Myron Taylor am 6. Oktober 1942 in Lissabon eine Unterredung mit dem katholischen Diktator Salazar. Im Laufe des Gesprächs stellte Taylor fest, daß „die alliierten Truppen nach einem Sieg der Alliierten in Europa die antikommunistischen Staaten gegen bolschewistische Übergriffe Gewehr bei Fuß schützen" würden, „eine Vorherrschaft der Sowjets über Europa" sei „völlig ausgeschlossen".

Aber der Vatikan gab sich auch damit nicht zufrieden und fuhr fort, nach Wegen zu suchen, wie er die USA und Großbritannien von der Sowjetunion trennen und Hitler den Abschluß eines Kompromißfriedens mit den Westmächten ermöglichen könnte.

Die großen Erfolge der sowjetischen Armeen im Jahre 1943 steigerten die Nervosität des Vatikans. Immer hemmungsloser wurden seine Verleumdungen gegen die Sowjetunion. Roosevelt ließ den Vatikan wissen, die Alliierten hätten beschlossen, Nazideutschland zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen. Daher sei es notwendig, mit dem Vormarsch der sowjetischen Truppen Schritt zu halten. Der Vatikan solle mit der Sowjetunion Verhandlungen aufnehmen, um selbst die Interessen der katholischen Gläubigen in den von der Sowjetunion befreiten Ländern wahrzunehmen.

Roosevelt sprach mehrmals mit Stalin, um eine Annäherung zwischen Moskau und dem Vatikan zu erleichtern. Aber der Papst weigerte sich strikt. Daraufhin schickte Roosevelt Anfang 1943 einen engen Freund des Papstes, Erzbischof Spellman, zum Vatikan mit dem Auftrag, den Papst zur Annahme seiner Vorschläge zu bewegen und „den Vatikan davon zu überzeugen, daß es zweckmäßig sei, eine nachgiebigere Haltung gegenüber der Sowjetunion zu zeigen“. (*Die Tat*, Zürich, 24. Februar 1943)

Spellman hatte vor Antritt seiner Mission eine lange Unterredung mit Roosevelt. Nach seiner Ankunft in Europa stattete er als erstem Franco einen Besuch ab und hatte mit ihm und mit dem Primas von Spanien einige „private“ Unterredungen. Die Gespräche Spellmans mit dem Papst fanden vom 20. bis 23. Februar 1943 täglich von 17 bis 20 Uhr, zuweilen sogar bis 21 Uhr, statt und waren so geheim, daß nicht einmal der päpstliche Kammerdiener zugelassen war, ja nicht einmal Kenntnis davon hatte. In der Zeit, in der Spellman nicht beim Papst war, hielt er sich bei Bischof Evrainoff, dem Leiter des vatikanischen Informationsbüros, auf oder bei dem päpstlichen Assessor Ottaviani, einer der einflußreichsten Persönlichkeiten des Vatikans, oder er führte Besprechungen mit dem spanischen und dem deutschen Botschafter. Gegen Ende seines Aufenthaltes hatte er eine lange private Unterredung mit dem Naziaußenminister von Ribbentrop (3. Mai 1943). Tags darauf flog er nach Spanien und traf in Madrid mit dem britischen Botschafter Sir Samuel Hoare zusammen. Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten überreichte er Roosevelt ein Handschreiben des Papstes.

Was hatte Roosevelt dem Papst sagen lassen? Was schlug der Papst Roosevelt vor? Was wurde zwischen dem Vatikan, Washington und London vereinbart?

Die Furcht des Papstes wegen der sowjetischen Erfolge hatte auch London und Washington ergriffen. In beiden Hauptstädten begann man, ebenso wie im Vatikan, die gewaltigen militärischen Siege der Sowjetunion mit

Unbehagen zu verfolgen. Man fürchtete, daß die sowjetischen Armeen weit nach Westen vordringen würden, bevor die Armeen des Westens das europäische Schlachtfeld erreicht und sich dort festgesetzt hätten. Man sah in dem sowjetischen militärischen Vormarsch zugleich den Vormarsch einer feindlichen Ideologie, denn ebenso wie der Papst die Soldaten des Kommunismus für die Erzfeinde des Katholizismus hielt, erblickten die USA und Großbritannien in ihnen die Feinde ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung.

Mittel mußten gefunden werden, den bolschewistischen Vormarsch zu stoppen. Wieder war es am Vatikan, helfend einzugreifen. Er sollte Hitler klarmachen (Januar 1943), daß durchaus Hoffnungen auf einen „Verhandlungsfrieden" beständen, wenn er seine territorialen Ansprüche aufgäbe. Hitler ließ den Papst wissen, daß er einen Frieden wünsche, der den Westmächten, Deutschland und der katholischen Kirche zum Vorteil gereichen solle, und bat die Alliierten, keine zweite Front zu eröffnen. Deutschland würde dadurch die Möglichkeit erhalten, die Lage an der Ostfront zu stabilisieren und ein „unüberwindliches Bollwerk gegen die bolschewistische Flut" zu werden. Der Papst teilte Roosevelt mit, daß innerhalb der Naziregierung radikale Änderungen vor sich gehen würden, falls die Westmächte das Angebot annähmen.

Roosevelt antwortete dem Papst, daß an einen Verhandlungsfrieden nicht zu denken sei, solange Hitler an der Spitze des Reiches stehe; er empfehle ihm daher, sich um ein Abkommen mit der Sowjetunion zu bemühen, um die Interessen der katholischen Gläubigen in den von der Sowjetarmee besetzten Ländern wahrnehmen zu können. Aber der Papst weigerte sich. Das war zu der Zeit, als Präsident Roosevelt Erzbischof Spellman nach Rom schickte, um den Papst von der Richtigkeit seines Vorschlages zu überzeugen. Spellman mußte sich jedoch in Rom vom Papst erzählen lassen, was man im Vatikan von der alliierten Forderung auf bedingungslose Kapitulation der Achsenmächte hielt und daß der Vatikan den Vorschlag Roosevelts, die katholische Welt zum Kampf gegen Nazideutschland aufzurufen, nicht annehmen könne, da es dem Vatikan nicht gestattet sei, sich mit den Kriegszielen einer der kriegführenden Parteien zu identifizieren. Der Papst erklärte am 21. Februar 1943:

„Die Deklaration von Casablanca, die von den Dreiermächten (Deutschland, Italien, Japan) die bedingungslose Kapitulation fordert, ist mit der christlichen Lehre nicht zu vereinbaren."

Der Vatikan war der Ansicht, daß die deutsche und die italienische Nation durch die Forderung der Alliierten auf bedingungslose Kapitulation gezwungen seien, weiterzukämpfen, weil sie keine Chance für eine Verständigung mit den Alliierten sähen. Diese Verständigung werde aber

angesichts des Vormarsches der Roten Armee in Richtung Westeuropa von Tag zu Tag notwendiger.

Aus dem Kapitel über Italien und den Vatikan kennen wir bereits die Vorschläge des Vatikans zu diesem Zeitpunkt der Entwicklung: Die Westmächte hatten zugestimmt, daß die faschistischen Regime beseitigt, aber ihre sozialen Grundlagen nicht angerührt werden sollten, um die „Entstehung eines Vakuums" in Deutschland und Italien und in den anderen vom Faschismus und Nazismus befreiten Ländern Europas zu verhindern. Als nach der Kapitulation Italiens die Niederlage Deutschlands immer offensichtlicher wurde, schlug sich der Papst auf die Seite der Alliierten. Unmittelbar nach der Befreiung Roms empfing er Tausende alliierter Soldaten und Offiziere und hielt vor ihnen Reden, in denen er für einen „maßvollen Frieden" und für einen „Frieden ohne Rache" eintrat und zugleich wie eh und je gegen die Sowjetunion hetzte.

Der Vatikan hielt auch weiter seine Verbindungen zu Hitler aufrecht und versuchte ihn zu überzeugen, daß sein Rücktritt das Beste sei, was er für Deutschland und die gemeinsame Sache tun könne. Aber Hitler blieb starr bei der Meinung, daß sich die Alliierten seinem Kampf gegen die Sowjetunion anschließen müßten.

Als Hitler nicht nachgab, erklärte der Papst dem Nazibotschafter beim Vatikan, alle Bemühungen, zu einem Verhandlungsfrieden zu kommen, seien nutzlos, solange Hitler an der Macht bleibe. Hitler würde eine „wahrhaft große Tat" vollbringen, wenn er im Interesse Deutschlands einer anderen Regierung den Weg freigäbe. Aufgabe der neuen Regierung werde es sein, mit den westlichen Alliierten Frieden zu schließen und auf diese Weise die Besetzung Deutschlands durch sowjetische Truppen zu verhindern. Schlimmstenfalls dürfe es höchstens zu einer Besetzung durch die Westmächte kommen.

Im Juni 1944 setzte Hitler den Papst davon in Kenntnis, daß er bereit sei, der Aufforderung des Papstes nachzukommen. Er wünsche jedoch zuvor etwas darüber zu wissen, was „die Alliierten mit Deutschland zu tun gedächten". Der Vatikan informierte unverzüglich Roosevelt. Der Präsident entsandte daraufhin Henry Stimson, den amerikanischen Kriegsminister, und Myron Taylor, den Sonderbotschafter der USA, zum Vatikan. Beide führten lange Unterredungen mit dem Papst.

Während dieser Verhandlungen tat die Propagandamaschine des Vatikans alles, um die päpstlichen Friedensphrasen in die Welt zu posaunen. Im *Osservatore Romano* erschienen Artikel mit Überschriften wie: „Schluß mit dem Morden" – „Warum wird der Kampf fortgesetzt?"

„Warum wird noch immer gekämpft?" hieß es in einem Artikel. „Diese Frage wird nicht das erstemal gestellt, heute, nach fünf schrecklichen

Kriegsjahren, ist sie akuter denn je ... Laßt uns alles tun, daß der Friede so schnell wie möglich kommt. Er ist die einzige Wohltat, auf die wir hoffen ..."

Die Besprechungen über den Rücktritt Hitlers und über einen Verhandlungsfrieden endeten abrupt; andere Dinge waren inzwischen hinter den Kulissen herangereift. Der Nazibotschafter beim Vatikan, Freiherr von Weizsäcker, hatte mehrmals den Papst und den Kardinalstaatssekretär aufgesucht und war auch mit Myron Taylor zusammengetroffen (Juni/Juli 1944). Der Botschafter war ein enger Mitarbeiter Ribbentrops. Während der päpstlichen Bemühungen um einen Verhandlungsfrieden war Weizsäcker ernsthaft bestrebt, mit dem Vatikan eine Einigung über gewisse Friedensvorschläge zu erzielen.

Kardinal Maglione, Myron Taylor, Freiherr von Weizsäcker und der britische Botschafter hatten in den Monaten Mai und Juni mehrere geheime Zusammenkünfte. Anlaß zu diesen Besprechungen war der Entschluß, die italienischen Geschehnisse in Deutschland zu wiederholen, um so „den Weg zur Einstellung der Feindseligkeiten frei zu machen".

Der Entschluß mußte, sollte er Erfolg haben, rasch in die Tat umgesetzt werden. Der völlige Zusammenbruch des ganzen mittleren Abschnitts der Hitlerschen Ostfront, der Kriegsaustritt Italiens, die bevorstehende alliierte Invasion im Westen – das waren klare Zeichen der unausweichlichen Niederlage Deutschlands. Alles war nur noch eine Frage der Zeit.

Während es den Alliierten darauf ankam, ihre militärischen Anstrengungen zu koordinieren und Nazideutschland den entscheidenden Schlag zu versetzen, ging es dem Vatikan darum, durch politische Manöver zu sichern, daß die Grundlagen des Faschismus in Deutschland erhalten blieben.

Einzelpersonen und Gruppen machten sich ans Werk, sie wurden getrieben von politischen und patriotischen Gefühlen, am stärksten aber von der Angst vor dem „bolschewistischen Chaos", das nach ihrer Ansicht als Folge einer völligen Niederlage Deutschlands Einzug halten würde. Ihre Ziele waren: Beseitigung Hitlers, vorläufige Errichtung einer Militärdiktatur und Friedensangebot an den Westen, um den völligen Zusammenbruch der Ordnung in Deutschland zu verhindern. Ein solcher Wechsel sollte die Sowjetarmee abhalten, in Deutschland einzudringen. Sobald die westlichen Alliierten die Friedensvorschläge der neuen Regierung angenommen hätten, sollte das Land im Osten hermetisch abgeriegelt werden.

Ähnlich wie in Italien hatten die Väter dieser Zukunftspläne sehr frühzeitig und mit unterschiedlichem Erfolg die Vorbereitung der Verschwörung begonnen. Die Intensität ihrer Bemühungen steigerte sich, je näher die Niederlage Hitlerdeutschlands rückte.

Im November 1939 war bereits ein Attentat auf Hitler unternommen worden. Die erste organisierte Verschwörung begann im März 1943, zu der

Zeit also, da sich auch die italienischen Verschwörer gegen Mussolini zu rühren anfingen. Der erste Anschlag auf Hitler (13. März 1943) mißglückte. Die Bombe, die man an der Ostfront in Hitlers Flugzeug geschmuggelt hatte, explodierte nicht.

Der Vatikan, die USA und Großbritannien waren sich, ebenso wie vor Mussolinis Absetzung, einig, jene Kräfte in Deutschland zu unterstützen, die bereit waren, den Schlag zu führen. Unter den Verschwörern waren sowohl nationalistische und patriotische als auch religiöse Bestrebungen vertreten, so daß diese Kräfte, unter denen sich auch Persönlichkeiten befanden, die alles andere als religiös eingestellt waren, äußerlich wie eine rein politische Bewegung wirkten. Das Sofortziel dieser Verschwörergruppe war, alles zu retten, was vor dem endgültigen Zusammenbruch noch zu retten war.

Nach dem Erfolg der Verschwörer in Italien hatte sich der Vatikan – der so tat, als beobachtete er nur, obwohl er einer der Haupttriebkräfte hinter den Kulissen der italienischen und deutschen Verschwörung war – von neuem Hitler und den Westmächten in der Hoffnung genähert, daß ein Kompromiß zustande käme. Als aber auch diese Bemühungen scheiterten, setzte er alles daran, die endgültige militärische Katastrophe zu verhindern, bevor eine neue Regierung in Deutschland die Macht übernahm Das war auch der Grund, daß der Vatikan im Frühjahr 1944 von neuem so geheimnisvoll tätig war wie in dem Frühjahr vor dem Sturz Mussolinis. Der Nazibotschafter stattete dem Papst offizielle und inoffizielle Besuche ab. Das gleiche tat der britische Botschafter beim Heiligen Stuhl. Auch Roosevelts Sonderbotschafter Myron Taylor kehrte nach Rom zurück und bemühte sich, ebenso wie sein deutscher und sein britischer Kollege, mit Pius XII. unter vier Augen zu sprechen.

Der Vatikan diente den Alliierten als Verbindungsglied zu den deutschen Verschwörern, die sich vor die Notwendigkeit gestellt sahen, mit Hitler Schluß zu machen.

Die deutsche Verschwörergruppe hatte den Rat erhalten, aktiv zu werden, bevor die Alliierten ihre Invasion in Frankreich begannen. Eine neue Regierung würde es bedeutend leichter haben, um Frieden nachzusuchen, als die Nazis. Dadurch könnte eine Besetzung Deutschlands durch sowjetische Truppen verhindert werden. Die sowjetischen Armeen marschierten zu dieser Zeit (Frühjahr 1944) unaufhaltsam nach Westen, während die westlichen Alliierten noch nicht einmal ihren Fuß auf den Kontinent gesetzt hatten.

Angesichts des Ernstes der Lage entschlossen sich die Verschwörer, Hitler nicht – wie im Falle Mussolinis – zu verhaften, sondern zu ermorden. Die militärische Leitung des Staatsstreichs lag in Händen einer Gruppe von

Offizieren. Zu ihr gehörten Oberst Graf Claus von Stauffenberg, Stabschef des Ersatzheeres, Major Ulrich von Oertzen, General von Tresckow, Stabschef der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront, und General der Infanterie Friedrich Olbricht, Chef des Allgemeinen Heeresamtes. Stauffenberg entstammte einer Adelsfamilie, die seit Jahrhunderten tief im Katholizismus verwurzelt war. Die Familie war für ihren Katholizismus bekannt. Die Stauffenbergs befürworteten die alte Ordnung der Dinge und verabscheuten in der Politik alles, was auch nur im geringsten nach Sozialismus roch. Sie kannten als nationalistische Patrioten und fromme Katholiken nur das eine Ziel, den Interessen Deutschlands und ihrer Kirche, wie sie sie verstanden, zu dienen und deren Feinde mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Kaum hatte der Vatikan der Aktion seinen Segen erteilt, da rückte auch schon ein ergebener Katholik in ihre ersten Reihen auf. (Auch an früheren Verschwörungen waren Katholiken beteiligt gewesen, aber sie hatten sich meistens im Hintergrund gehalten.) Ob nun das Aufrücken des Grafen Stauffenberg auf seine ungewöhnlichen organisatorischen Fähigkeiten zurückzuführen war oder auf andere Gründe, Tatsache bleibt, daß von dem Augenblick an, da der Vatikan der Aktion seinen Segen erteilte und die sowjetischen Armeen von Tag zu Tag der deutschen Grenze näher rückten, die eifrigen Katholiken in Deutschland aktiver denn je wurden.

Neben dem minutiös ausgearbeiteten militärischen Plan hatten Stauffenberg und seine Freunde ein detailliertes politisches Programm entwickelt. Viele der Mitverschworenen gehörten der christlichen, das heißt katholisch-konservativen Opposition gegen Hitler an und wurden später führende Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union des Katholiken Dr. Adenauer oder der Christlich-Sozialen Union des Katholiken Dr. Müller in Westdeutschland.

Der Plan sah vor, unmittelbar nach der Beseitigung Hitlers eine Militärdiktatur zu errichten. Diese sollte so lange bestehen, bis die Gefahr revolutionärer Unruhen beseitigt war und man sich mit den Alliierten geeinigt hatte. Generaloberst Ludwig Beck sollte die Funktionen eines Staatsoberhauptes ausüben, solange keine Entscheidung über die endgültige Regierungsform gefallen war. Dr. Goerdeler, früherer Oberbürgermeister von Leipzig und Interessenvertreter des Bosch-Konzerns, war als Reichskanzler vorgesehen.

Sobald die revolutionären Kräfte, so hoffte man, auf diesem Weg neutralisiert wären, sollte eine zivile Regierung mit zwei Parlamenten an die Stelle der Militärdiktatur treten. Dadurch wollte man dem politischen Kräftespiel wieder Bewegungsfreiheit geben. Um aber der Gesellschaft die erforderliche „Stabilität“ zu sichern, sollte das Parlament unter die Kontrolle einer Instanz gestellt werden, was so viel hieß, daß man vorhatte, der

Regierung einen „König“ überzuordnen. Einer der Hauptbeteiligten der Verschwörung äußerte hierzu:

„Das Parlament sollte, entsprechend dem englischen Vorbild, aus zwei Kammern bestehen. Der Reichskanzler sollte als Leiter der Exekutive den Vorsitz in der Regierung führen. Da aber der Charakter und die Geschichte des deutschen Volkes es nicht zuließen, daß die Führung ausschließlich von unten aufgebaut würde, sahen wir es für notwendig an, über eine Stelle zu verfügen, die über dem politischen Meinungsstreit stand. Um dem Rechnung zu tragen, befürworteten viele von uns die Monarchie.“

Die These: „Die Führung kann nicht ausschließlich von unten aufgebaut werden“, entstammte dem politischen Arsenal des Vatikans, der behauptete, die Autorität stamme von Gott und nicht vom Volk.

Die Verschwörer gewannen viele hohe Offiziere für ihre Sache. Unter ihnen befanden sich Generaloberst Otto von Stülpnagel, Militärbefehlshaber in Frankreich, und Generaloberst Alexander von Falkenhausen, Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich, der enge Beziehungen zum Primas von Belgien unterhielt.

Die Führer der Verschwörung hatten beschlossen, Hitler während einer Lagebesprechung in seinem Hauptquartier zu töten. Anfangs gab es große Schwierigkeiten, Freiwillige für diese Aufgabe zu finden. Schließlich erklärte sich Generalmajor Hellmuth Stieff bereit. Major Kuhn und Leutnant Albrecht von Hagen boten ebenfalls ihre Hilfe an.

Da die für das Gelingen erforderlichen Umstände nicht eintraten, wurde das Attentat Woche um Woche verschoben, schließlich ließen die Verschwörer alle Hoffnungen fahren. Andere Pläne wurden entworfen, aber keiner führte zum Erfolg. Unter anderem war beabsichtigt, Hitler zu veranlassen, seinen Besuch des Mittelabschnitts der Ostfront zu wiederholen, wo von Tresckow und von Schlabrendorff bereits im März 1943 eine Bombe in Hitlers Flugzeug geschmuggelt hatten. Aber nichts konnte Hitler bewegen, sich noch einmal auf diese Reise zu begeben.

Unterdessen überstürzten sich die Ereignisse. Der Termin der alliierten Invasion rückte heran. Die Verschwörer stellten mit Unbehagen fest, daß so gut wie nichts getan war, ihre Pläne der Verwirklichung näherzubringen. „Wir wünschten verzweifelt, noch vor der erwarteten Invasion der Alliierten unseren Schlag zu führen. Aber ein unglücklicher Zufall folgte dem anderen, bis am 6. Juni 1944 die Invasion begann.“

Die Verschwörer hatten zu dieser Zeit bereits alle Hoffnungen aufgegeben und beschlossen, das Projekt fallenzulassen. Aber die Vertreter der christlich-konservativen Opposition waren anderer Ansicht. Wenn auch das eine Unheil – die alliierte Invasion – bereits hereingebrochen sei, so könne doch das andere, der Einmarsch sowjetischer Truppen auf deutschen Boden, noch verhindert werden, vorausgesetzt, daß man keine Zeit verlor.

Inzwischen wurde die „rote Gefahr“ für die Verschwörer ein noch schrecklicherer Alptraum; am 22. Juni 1944 begann die Sowjetarmee zur Unterstützung der alliierten Invasion eine neue gewaltige Offensive. Die Angst vor dem Bolschewismus trieb die Verschwörer zur Tat. Der ergebene Katholik Graf von Stauffenberg erbot sich, Hitler umzubringen. Fabian von Schlabrendorff schrieb darüber:

„Zehn Tage später, vom 22. Juni gerechnet, erhielt ich eine Nachricht von Graf Stauffenberg. Er war zu der Überzeugung gelangt, daß es unmöglich sei, länger zu warten. Er selbst wollte Hitler töten. Wir wurden darauf vorbereitet, jeden Tag mit Hitlers Ermordung zu rechnen.

Stauffenberg war ursprünglich nicht als Attentäter in Betracht gezogen worden, weil er nur eine Hand hatte, an der obendrein zwei Finger fehlten. Aber er war furchtlos und fähig und einer der wenigen Verschworenen, die die Möglichkeit hatten, in Hitlers Nähe zu gelangen.“

Am 20. Juli 1944 schritt Stauffenberg zur Tat. Als er an einer Lagebesprechung in Hitlers Hauptquartier in Ostpreußen teilnahm, stellte er seine Aktentasche, in der sich eine hochexplosive Ladung befand, neben Hitler auf den Fußboden und verließ unter einem Vorwand den Raum. Kurze Zeit darauf erfolgte eine fürchterliche Detonation. Von Stauffenberg, der sich in diesem Augenblick auf dem Weg zu seinem Flugzeug befand, zweifelte nicht, daß Hitler und alle, die an der Besprechung teilgenommen hatten, getötet worden waren.

In Berlin herrschte nach dem Attentat ein wildes Durcheinander. Stauffenberg, Olbricht und andere begannen, ihre Pläne zu verwirklichen. Eine der ersten Maßnahmen, die sie ergriffen, war, den Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, gefangenzunehmen. Aber den Verschwörern blieben nur wenige Stunden zum Handeln. Hitler war wider alles Erwarten mit dem Leben davongekommen.

Bezeichnenderweise beeilten sich gewisse halboffizielle Stellen in den alliierten Ländern, vor allem die BBC und zahlreiche britische und amerikanische Zeitungen – namentlich die katholischen –, den Mann, der den Versuch gewagt hatte, die Welt von Hitler zu erlösen, als „gläubigen Katholiken“ zu preisen, während man sonst bei politischen Attentätern die Religionszugehörigkeit möglichst verschwieg.

Stauffenberg und Olbricht wurden ergriffen und auf der Stelle erschossen. Dem Generaloberst Beck gab man die Möglichkeit, sich selbst zu erschießen. Andere Teilnehmer der Verschwörung starben unter den Salven der Hitlerschen Hinrichtungskommandos.

So endete der Plan des Vatikans, der in Italien so reibungslos zum Erfolg geführt hatte, in Deutschland mit einem Fehlschlag.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des mißlungenen Attentats beglückwünschte Kardinal Faulhaber persönlich und im Namen seiner Bischöfe

Hitler zu der Rettung und ließ in der Münchener Frauenkirche ein Tedeum singen. Der Vatikan verhielt sich eine Weile still. Dann aber, als ihm nach dem gescheiterten Attentat seine Machtlosigkeit gegenüber der herannahenden Katastrophe voll zum Bewußtsein kam, begann er von neuem mit lauten Worten den westlichen Alliierten Ratschläge zu erteilen: Sie sollten Deutschland gnädig behandeln und unbedingt Maßnahmen ergreifen, um die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern und das „gottlose Rußland“ von der Besetzung Europas abzuhalten.

Als die sowjetischen Armeen auf Berlin vorstießen und das Ende des militärischen Widerstandes der Nazis herannahte, erneuerte Roosevelt seine Bemühungen, die Kluft zwischen Moskau und dem Vatikan zu überbrücken. Im März 1945 entsandte er nach längeren Vorverhandlungen einen weiteren persönlichen Botschafter, E. J. Flynn, nach Rom. Flynn traf sich mehrere Male mit dem Papst und dessen Sekretär. Aber die Bemühungen des Präsidenten waren wieder erfolglos. Der Papst war unnachgiebiger denn je. Die nazistischen Armeen begannen sich aufzulösen. Die sowjetischen Truppen näherten sich der deutschen Hauptstadt, die Truppen der Westmächte besetzten die Industriegebiete an Rhein und Ruhr. Im April und Mai brach die deutsche Wehrmacht zusammen, am 8. Mai 1945 unterzeichneten die Befehlshaber der drei Wehrmachtsteile die bedingungslose Kapitulation. So endete Nazideutschland und mit ihm der zweite Weltkrieg in Europa.

Einige Wochen später, als sich die westlichen und die sowjetischen Truppen bereits in dem zerstörten Berlin eingerichtet hatten, als man definitiv festgestellt hatte, daß Hitler tot war, als nach der Öffnung der Konzentrationslager eine Welle des Entsetzens die ganze Welt aufrüttelte und das deutsche Volk das Objekt eines weltweiten Zornes der Völker wurde, meldeten sich erstmals wieder deutsche Stimmen. Es waren dieselben Stimmen, die das deutsche Volk während der ganzen Zeit der Hitlerära vernommen hatte; dieselben Stimmen, die noch wenige Wochen oder Monate zuvor für Hitlers Armeen und für den „großen Führer“ gebetet hatten; dieselben Stimmen, die nur dann gewagt hatten, gegen Hitler schüchterne Worte des Protestes zu flüstern, wenn „Verstöße gegen das Konkordat“ die gemeinsame Front gegen den Kommunismus gefährdeten.

Nun, da alles vorbei war, begannen die deutschen Kardinäle und Bischöfe, als sie ausländischen Journalisten die Ruinen ihrer Kirchen zeigten, den „bösen Nazismus“ zu verfluchen, den „wahren Schuldigen all der Zerstörungen an so vielen geheiligten Gebäuden“. Sie versicherten den Briten und Amerikanern immer wieder, daß sie nicht nur zu jeder Zeit den Nazismus verdammt, sondern ihn auch von seinen ersten Anfängen an bekämpft hätten. Die wunderlichen Behauptungen dieser Würdenträger würden ganze Bücher füllen. Wir wollen uns hier mit zwei typischen Beispielen solch

plötzlichen Gesinnungswandels begnügen, die uns zwei hohe Geistliche geliefert haben, denen wir bereits in diesem Buch begegnet sind: Kardinal Faulhaber und Erzbischof Gröber.

Wenige Tage nach der deutschen Kapitulation wurde Kardinal Faulhaber, als er vor amerikanischen Korrespondenten eine heftige Tirade gegen den Nazismus hielt, gefragt, weshalb er dem früheren Regime so feindlich gesinnt gewesen sei. Er antwortete, ohne zu zögern: „Weil sich der Nazismus gegen das Christentum und gegen den Katholizismus richtete." Dann zählte er auf, welche Schwierigkeiten die Nazis der katholischen Kirche bereitet hätten:

1. Der Dienst in der Hitlerjugend fand regelmäßig an Sonntagen statt und überschnitt sich daher mit dem Gottesdienst.
2. In den Schulen wurde der Religionsunterricht für alle Schüler, die älter als zwölf Jahre waren, abgeschafft.
3. In Deutschland hatte eine alles vergiftende antichristliche Atmosphäre um sich gegriffen.
4. Unablässig wurde Propaganda für den Militarismus getrieben und durch hinterhältige Methoden versucht, die Kinder dem Einfluß des Elternhauses zu entziehen.

Anschließend erklärte der Kardinal pathetisch: „Man darf nicht zulassen, daß der Nazismus wiederauflebt." (12. Mai 1945)*

Um dieselbe Zeit veröffentlichte Erzbischof Gröber einen Hirtenbrief, in dem er zu erklären versuchte, warum eine katholische Erhebung gegen den Nazismus unmöglich gewesen sei. Er sagte:

„... die uns gegenüberstehende brutale und raffiniert organisierte Macht war so groß, daß wir, zumal wir Christen und Katholiken, an eine Revolution nicht denken konnten, weil einerseits die Regierung seinerzeit auf Grund einer gültigen Volksabstimmung in die Hände der anderen gekommen war und damit als rechtmäßig galt und weil außerdem jeder Widerstand an der rücksichtslosen, durch keine Gewissensbedenken gehinderten Gewalt zerbrach."

Er fuhr fort: „Niemals wurde das deutsche Volk so betrogen wie in den vergangenen dreizehn Jahren", und fügte in Erinnerung an die Rolle, die er und die katholische Kirche dabei gespielt hatten, hinzu: „Und doch trifft auch uns, wenigstens vor Gott, manche Schuld." (Zitiert nach *Amtsblatt für die Erzdiözese Freiburg*, 12. Mai 1945)

Und dann, Monate nach dem Zusammenbruch Deutschlands, angesichts der Millionen obdach- und heimatloser, verkrüppelter, gedemütigter und verstörter deutscher Menschen, angesichts Tausender ausgebrannter und

* Als die ersten psychologischen Auswirkungen des nazistischen Zusammenbruchs etwas abklangen, begannen sofort wieder einige Angehörige der deutschen Hierarchie den Nazismus zu verteidigen. Ein typisches Beispiel war Kardinal von Galen, der im Februar 1946 in der Kirche von Santa Maria dell'Anima eine Botschaft zur Verteidigung des Nazismus verlas. Die Botschaft erschien kurz darauf als Pamphlet unter der Überschrift *„Gesetz und Gesetzlosigkeit"* und wurde anfangs in der britischen Zone, später auch in anderen Teilen des besetzten Deutschlands verbreitet. (Siehe *Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Münster*, Juli 1946)

eingestürzter katholischer Kirchen, angesichts der Ruinen stolzer Dome, deren rauchgeschwärzte Gemäuer anklagend zum Himmel emporstarrte – angesichts all dessen wagte es der Papst endlich und zum erstenmal seit dem Jahre 1933, das Wort „Nazismus" in verurteilendem Sinn in den Mund zu nehmen und gelegentlich einer kurzen Ansprache zu erklären, daß es „eine gute Tat" gewesen sei, den „satanischen Nazismus" zu vernichten.

Das war alles. Der Papst hatte, wenn auch Monate nach der Kapitulation Nazideutschlands, doch noch seine Stimme gegen den Nazismus erhoben.*

* Als die vier Alliierten Ende 1945 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg den Prozeß gegen eine Reihe prominenter Naziführer begannen, entsandte Pius XII. den Freiherrn von Weizsäcker nach Nürnberg, nachdem er mit ihm eine lange Unterredung gehabt hatte. Weizsäcker war bis 1945 Nazibotschafter beim Vatikan gewesen. Nun sollte er vor dem Internationalen Gerichtshof jene decken, die Hitler an die Macht gebracht hatten. Wie zu erwarten, verlor er dabei nicht ein einziges Wort über die Rolle Pius' XI. und des Nuntius Pacelli, des späteren Pius XII., und der deutschen Kardinäle und Bischöfe. Im Gegenteil. Der Anklagevertreter der USA, Richter Jackson, bedankte sich öffentlich beim Vatikan, daß er „dem Nürnberger Gerichtshof Dokumente zur Verfügung gestellt" habe, die die „Anklage der Religionsverfolgung in Deutschland und anderen Ländern erhärteten" (Richter Jackson in einer Erklärung an den N. C. W. C. News Service, Washington, August 1946). Als der Vatikan den Siegern half, die Besiegten verurteilte und sich selbst als ein Opfer des Naziregimes hinstellte, bemühte er sich gleichzeitig, allen jenen Nazis beizustehen, die der katholischen Kirche in Nazideutschland und seinen Satellitenländern zu ihrer privilegierten Stellung verholfen hatten. Dies betraf vor allem Franz von Papen (siehe *Prawda* und *Osservatore Romano*, dritte Märzwoche 1946), der am 1. Oktober 1946 freigesprochen wurde, Dr. Tiso, den Ministerpräsidenten der Slowakei (hingerichtet 1947), und Arthur Greiser, den früheren Gauleiter des „Warthegaus", der am 15. Juli 1947 zum Tode verurteilt wurde. Bezeichnend für die Nachkriegspolitik des Vatikans in Deutschland ist außerdem, daß der erste Kanzler der westdeutschen Bundesrepublik, Dr. Konrad Adenauer, ein ergebener Katholik und der Führer der wiedererstandenen katholischen Partei, der CDU, ist und daß der erste Bundespräsident Westdeutschlands, Dr. Theodor Heuß, 1933 im Reichstag für Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte.

KAPITEL XII Österreich und der Vatikan

Die österreichische Monarchie und der Vatikan – Liberalismus, Freiherr von Vogelsang, katholische Partei – Vormarsch des Sozialismus. Das rote Wien – Erste Schritte auf dem Weg zu einer katholischen Diktatur – Seipel, der Priester und Diktator – Ständestaat – Päpstliche Föderation – Erste blutige Auseinandersetzungen zwischen Faschismus und Arbeiterbewegung – Faschistisches Machtstreben – Offene Allianz des bewaffneten österreichischen Faschismus mit Hitler – Dollfuß, der Diktator im Westentaschenformat – Aufdeckung einer internationalen faschistischen Verschwörung. Ihre Auswirkung auf die innere Lage Österreichs – Ausschaltung des Parlaments – Katholische Diktatur. Das Konkordat – Katholische Schutzstaffeln – Weshalb es der katholischen Kirche nicht gelang, die österreichische Bevölkerung für sich zu gewinnen – Katholische Sozialistenverfolgungen – Dollfuß' Bemühungen um ein Abkommen mit Hitler – Dollfuß' Ermordung – Dr. Schuschnigg, der dritte katholische Diktator – Wachsender Einfluß des Vatikans auf Österreichs Innenpolitik – Schuschniggs Weigerung, Österreich den Nazis auszuliefern – Das Treffen mit Hitler – Der katholische Diktator bittet die Sozialisten um Hilfe – Der Betrug des Vatikans – Österreichs Ende.

Österreich war einer der katholischsten Staaten Europas, ein Land, in dem der Katholizismus tief im sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben wurzelte. Dies hatte seine Gründe vor allem in der jahrhundertelangen engen Verbindung zwischen Kirche und Dynastie. Einer stützte den anderen.

Dieses enge Bündnis kann man zurückverfolgen bis ins 16. Jahrhundert. Damals begann in Österreich die Gegenreformation mit Hilfe der Jesuiten, die seitdem das Leben des Landes beherrschten. Ihr Ziel war die Ausrottung des Protestantismus. Österreich erhob als erstes europäisches Land die Waffen gegen die Anhänger der Lutherschen Lehre und leistete dadurch dem Katholizismus wertvolle Dienste. Der Kampf dauerte lange und wurde von der Kirche und von dem mit ihr verbundenen Herrscherhaus mit den grausamsten Methoden geführt. Am Ende des Dreißigjährigen Krieges, für den das Haus Habsburg die Hauptverantwortung trägt, hatte die Gegenreformation in Österreich ihr Ziel fast erreicht. Die katholische Kirche erhielt von den Habsburgern besondere Privilegien, besonderen Schutz und besondere Hilfe und ließ als Gegenleistung der absoluten theokratischen Monarchie, der „Lieblingstochter des Katholizismus", all ihren Segen zukommen. Alle moralischen und religiösen Waffen der Kirche wurden eingesetzt, um jeden auch nur potentiellen Feind des Kaiserhauses und der Kirche – im 19. Jahrhundert den Säkularismus und Liberalismus, im 20. Jahrhundert den Sozialismus – zu bekämpfen.

Kirche und Kaiser gingen trotz ihrer engen Interessengemeinschaft in der Geschichte nicht immer denselben Weg. Die Habsburger machten sich

oft selbständig, wenn politische Ziele ihnen winkten. Philipp II. von Spanien ließ Häretiker verbrennen und zettelte zur gleichen Zeit einen Krieg gegen den Papst an. Die Habsburger in Österreich wahrten ihre Rechte gegenüber der Kirche und bestanden darauf, daß der Staat die Kirche unter seiner Kontrolle behielt. Zur Zeit der Aufklärung wurde diese Tendenz so stark, daß die Kaiserin Maria Theresia das *Placetum regium* einführte, das der Kirche untersagte, päpstliche Botschaften in Österreich zu verbreiten, die nicht zuvor die Zustimmung des Kaisers gefunden hatten. Die österreichischen Herrscher kannten sehr gut den Einfluß, den Rom in einem katholischen Lande ausüben konnte. Der persönliche Ehrgeiz des Papstes mußte für die Fälle unter Kontrolle gehalten werden, in denen die Politik der Kirche nicht der des Hauses Habsburg entsprach.

Im Laufe der Zeit wurden die Verbindungen zwischen den österreichischen Herrschern und der katholischen Kirche so eng, daß sich der österreichische Kaiser offen und offiziell in die Papstwahl einmischen durfte. Er hatte das Recht, den in der Konklave versammelten Kardinälen die Wahl eines bestimmten Papstes zu empfehlen oder zu verbieten. Der letzte Fall dieser Art ereignete sich kurz vor dem ersten Weltkrieg.

Nach dem Tod Leos XIII. beauftragte Kaiser Franz Joseph den Kardinal Puzyna, seinen Kardinalskollegen, die für ihre Erleuchtung durch den Heiligen Geist bei der Papstwahl beteten, mitzuteilen, daß der als Nachfolger Leos XIII. in Aussicht genommene Kardinal Rampolla nicht gewählt werden dürfe. In der Konklave waren zwei Richtungen vertreten. Die einen wünschten einen Papst, der zu der reaktionären Politik vor Leo XIII. zurückkehrte. Die anderen wollten einen Papst mit gemäßigten Ansichten. Der österreichische Kaiser war für einen Papst reaktionärer Richtung. Und er bekam seinen Willen. Als die meisten Kardinäle für Rampolla stimmten, wußten sie nicht, daß einer unter ihnen bereits das kaiserliche Veto in der Tasche hatte. Als die Wahl Rampollas schon so gut wie gesichert schien, erhob sich Kardinal Puzyna und verlas das Veto. Die Kardinäle waren bestürzt, gehorchten aber dem kaiserlichen Befehl. Rampolla wurde nicht Papst. An seine Stelle trat der reaktionäre Patriarch von Venedig, der als Pius X. den päpstlichen Thron bestieg.

Österreich war ein buntes Gemisch von Nationalitäten, Rassen und Religionen, sein Kaiser regierte auch im 19. Jahrhundert noch als absoluter Monarch. Die Jesuiten waren allmächtig und beherrschten das Erziehungswesen und, wenn auch nur mittelbar, die Politik. Das Habsburgerreich jener Zeit war zu vergleichen mit einem fest gekitteten Block, in den, dank der engen Allianz des Herrscherhauses mit der katholischen Kirche, keinerlei fortschrittliche Ideen eindringen konnten. Es wurde oben wie unten regiert von der heiligen Dreieinigkeit der Aristokratie, Bürokratie und Hierarchie,

die untereinander durch Herkunft, Religion und Tradition verbunden waren.

Aber die Ideen der Französischen Revolution hatten sich nicht vergebens über ganz Europa verbreitet. Österreich wurde ebenso wie andere Länder des Kontinents von Unruhen erfaßt. Revolutionen brachen aus. Sie wurden mit der für das fromme Haus Habsburg bezeichnenden Grausamkeit unterdrückt. Trotzdem faßten die liberalen Lehren auch in Österreich schrittweise Fuß und begannen das soziale und politische Leben zu beeinflussen. Wir können diesen interessanten Prozeß hier nicht näher untersuchen und müssen uns mit der Feststellung begnügen, daß in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Regierung Taaffe, die vierzehn Jahre lang im Amt war, mit aller Kraft gegen die Häresien des Liberalismus ankämpfen mußte, der täglich weiter um sich griff. Quelle dieser Feindschaft war die katholische Kirche, die den Liberalismus bezichtigte, für religiöse Gleichberechtigung einzutreten.

Die antiklerikale Einstellung erheblicher Teile der Bevölkerung war eine natürliche Reaktion auf die Bemühungen der katholischen Kirche, vor allem nach der Revolution von 1848, als Gegengewicht gegen den demokratischen Gedanken, dessen Siegeszug damals auch in Österreich nicht aufzuhalten war, die eigene Position zu festigen. Der Vatikan erhielt 1855 von den Habsburgern ein Konkordat, das der Kirche weitere Privilegien sicherte. Ziel des neuen Konkordats war, die liberalen Ideen auszurotten, die so gefährlich waren, weil sie die Jugend in ihren Bann zogen. Daher übertrug das Konkordat der katholischen Kirche die Aufsicht über das gesamte Erziehungswesen. Die Kirche befahl den religiösen Orden und den Gemeindepfarrern, die neue Gegenreformation – richtiger Gegenrevolution – als ihre wichtigste Aufgabe anzusehen.

Obwohl der Katholizismus vor allem auf dem Lande ein fester Bestandteil des Lebens jedes Österreichers war, rief das Konkordat bei vielen offenen Widerspruch hervor und weckte allerorts antireligiöse Stimmungen. Vor dem Aufkommen des Liberalismus wäre das undenkbar gewesen. Man nahm die Herausforderung der katholischen Kirche an und trat ihrem Herrschaftsanspruch auf fast allen Gebieten entgegen. Die antiklerikale Einstellung des Liberalismus war für große Teile des Volkes Anlaß, sich ihm anzuschließen.

In Wien faßte der Antiklerikalismus tiefe Wurzeln. Jahrzehntelang wagten die Priester nicht, in Wien auf öffentlichen Versammlungen zu sprechen. Trotz aller Anstrengungen der Kirche und der herrschenden Kreise Österreichs gewannen der Liberalismus und die demokratischen Ideen immer mehr an Boden. Daraufhin beschloß die katholische Kirche, ihre Feinde in der politischen Arena zu bekämpfen. Eine katholische politische Bewegung wurde ins Leben gerufen.

Die österreichische katholische Partei hatte von Anfang an einen starken antisemitischen Einschlag. Karl Lueger, einer der hervorragendsten Vertreter des politischen Katholizismus in Österreich, erklärte, der Katholizismus könne, namentlich in Wien, nur dann eine politische Massenbewegung werden, wenn er in den Massen den Antisemitismus wecke. Mancher wird dies nicht glauben wollen, da man heute gewohnt ist, vom Vatikan hin und wieder Worte zugunsten der Juden zu hören. Aber es gibt andere Beispiele der Verbindung zwischen politischem Katholizismus und Antisemitismus. Luegers Gruppe nannte sich lange Zeit hindurch einfach „antisemitisch". Später taufte sie sich um und nannte sich „Christlich-Soziale Partei". Unter diesem Namen existierte sie bis 1934.

Die katholische Partei bezog ihre Theorien weniger von Lueger als von dem Freiherrn von Vogelsang, einem Sozialwissenschaftler und gläubigen Katholiken, der jahrzehntelang gelehrt hatte, der politische Katholizismus in Österreich müsse ein ebenso mächtiges Instrument der Kirche werden wie die deutsche Zentrumspartei.

Vogelsang ließ sich bei der Ausarbeitung seiner Theorien von den Soziallehren der katholischen Kirche und von den päpstlichen Enzykliken leiten, hielt aber im Gegensatz zum Papst Profitmacherei für unvereinbar mit dem Evangelium. Er entwickelte daher einen Plan der Gesellschaft, in dem jeder „Stand" seine wohlverdienten Rechte und Pflichten haben und das gesamte wirtschaftliche Leben entsprechend den im Mittelalter herrschenden Grundsätzen gelenkt werden sollte. Kurz, er wollte die mittelalterlichen Zünfte wiederaufleben lassen und einen Ständestaat schaffen. Dieser Gedanke wurde später vom Faschismus übernommen. Vogelsang verlangte, den religiösen Eifer des Mittelalters wiederzuerwecken. Ein Katholizismus dieser Art sei, so lehrte er, das beste Mittel gegen Liberalismus, Sozialismus und ähnliche Übel des modernen Wirtschaftslebens.

Gewisse Teile des Vogelsangschen Programms hatten Ende des vorigen Jahrhunderts ihren Niederschlag in Gesetzen gefunden, da die christlichsoziale Bewegung Einfluß gewonnen hatte und ihre Pläne den Interessen gewisser konservativer Kreise entsprachen. So wurde tatsächlich das Zunftsystem wiedereingeführt und der Handwerkerstand zu neuem Leben erweckt. Zahlreiche Bestimmungen regelten zum Beispiel die Anzahl der Meister in jedem Zunftzweig und der ihnen zugeteilten Lehrlinge und legten eine langjährige Lehrzeit fest.

Die Idee des Ständestaats wurde, ähnlich wie in Italien, sowohl von der Aristokratie und der Geistlichkeit als auch von den niederen Schichten des Mittelstandes begrüßt. Der Vatikan billigte sie offiziell und inoffiziell, und der katholische Geistliche Seipel machte sie nach dem ersten Weltkrieg zu einem Eckstein seines antisozialistischen Programms. Wir finden dieselben

Gedanken später in der Enzyklika *Quadragesimo Anno* wieder, mit der wir uns bereits beschäftigt haben.

Auf Luegers Anregung fanden an bestimmten katholischen Festtagen, die bislang nur in engerem Rahmen gefeiert wurden, große öffentliche Veranstaltungen mit pomphaften Prozessionen statt. Die Stadtverwaltung von Wien achtete darauf, daß ihre Angestellten und die Schulkinder regelmäßig am kirchlichen Leben teilnahmen. Außerdem wurde auf Luegers Initiative ein großer Kaiserkult betrieben. Lueger hegte eine tiefe Verehrung für die Kirche und für das Kaiserhaus und glaubte, durch Glanz- und Machtentfaltung dem Volk diese Institutionen am besten nahezubringen. Kurz nach seinem Tod (1911) wurde seine Partei bei den allgemeinen Wahlen so vernichtend geschlagen, daß sie sich von dieser Niederlage nie erholte.

Die Sozialisten hatten inzwischen trotz allem an Macht und Einfluß gewonnen. Unter ihrer Anleitung organisierten die Arbeiter eigene Gewerkschaften. Diese verdrängten rasch die Organisationen der Katholiken und Nationalisten und sicherten sich das alleinige Recht auf die Organisierung der Arbeiterschaft. Das Programm der Sozialisten übte außerdem eine starke Anziehungskraft auf die Intelligenz und auf gewisse Teile des Kleinbürgertums aus.

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts war vor allem dem Kampf der sozialistischen Bewegung zu verdanken. Seit 1906 hatten auch die Arbeiter das Stimmrecht. Eine starke sozialistische Gruppe zog in das Parlament ein. Auch in den Gemeindeverwaltungen und im Staatsapparat verschafften sich die Sozialisten immer stärker Geltung.

Die katholische Kirche hatte den Sozialismus von Anfang an bekämpft. Als er trotzdem weiterwuchs, schien es ihr geboten, ihn offen zum Kampf herauszufordern. Sie erklärte die sozialistische Überzeugung für sündhaft, verdammte die sozialistische Idee, boykottierte die sozialistischen Organisationen und predigte und hetzte gegen alles, was die Sozialisten taten. Aber sie erreichte damit genau das Gegenteil. Die Arbeiter begannen in der Kirche ihren Feind zu sehen. Die Arbeiterklasse wurde antikatholisch und atheistisch, die Freidenkerorganisationen wuchsen.

Diese besondere Situation in Österreich, die lange vor dem ersten Weltkrieg bestand, war darauf zurückzuführen, daß, wie wir bereits erwähnten, der Katholizismus in Österreich seit langem und weit mehr als anderswo eine politische Macht war. Er war stets eng mit der Monarchie verbündet und hatte seine Sorgen um soziale Probleme stets den Interessen der Kirche und der Monarchie untergeordnet. Die Bevölkerung setzte die katholische Kirche mit der Dynastie des Hauses Habsburg gleich. Die katholische Kirche war viel mehr als in anderen Ländern ein unlösbarer

Bestandteil der herrschenden Klassen geworden. Sie behandelte die Sozialisten und alle ihre Grundsätze mit Abscheu und verdächtigte sie der Illoyalität. Der Kampf zwischen der Kirche und den Sozialisten wurde daher in Österreich mit einer Erbitterung geführt, wie man sie in Deutschland niemals kannte.

Unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg gab es zahlenmäßig im wesentlichen nur noch zwei Hauptkräfte in der politischen Arena Österreichs: die Katholiken und die Sozialdemokraten. Sie hielten sich stärkemäßig etwa die Waage.

Die katholische Partei stützte sich 1919 im wesentlichen auf die Landbevölkerung, wenn auch ein Teil der Landarbeiter für die Sozialdemokraten stimmte. Die Sozialdemokraten hatten die Arbeiterklasse organisiert und erhöhten in den folgenden Jahren die Anzahl ihrer Mitglieder auf die für ein Land von kaum 6,5 Millionen Einwohnern erstaunliche Zahl von 700 000. Bei den ersten Nachkriegsgemeindewahlen erhöhten sie in Wien die Anzahl ihrer Stimmen um 120 000 und außerhalb Wiens, wo sie insgesamt 830 000 Stimmen erhielten, zur größten Verwunderung des Vatikans um 90 000. Die Österreichische Sozialistische Partei war in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, wenn man die Anzahl der Mitglieder mit der Gesamtbevölkerung vergleicht, die stärkste sozialdemokratische Partei der Welt.

Die Reaktion sah diesem sozialdemokratischen Vormarsch nicht tatenlos zu. An der Spitze der antisozialistischen Kräfte stand die katholische Kirche und ihre Hierarchie, gestützt auf die bäuerliche Bevölkerung, auf die gesamte jüdische und nichtjüdische Bourgeoisie und auf die alte Aristokratie.

Die Sozialdemokraten hatten von der Gründung der Republik an mit den Katholiken in einer Koalitionsregierung gesessen. Diese Regierung stand anfangs stark unter sozialdemokratischem Einfluß, wurde jedoch nach dem Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik zugunsten der Katholiken umgebildet Aber die Massen duldeten nicht lange, daß sich die Sozialdemokraten an einer Regierung unter katholischer Vorherrschaft beteiligten. 1920 traten die Sozialdemokraten aus der Regierung aus.

Wenn die Sozialdemokraten auch die Bundesregierung verließen, so blieben sie doch in den Länderregierungen und Gemeinden, in denen ein großer Teil der Staatsmacht lag. Während des Bestehens der ersten österreichischen Republik beteiligten sich die Sozialdemokraten an sechs von neun Provinzialregierungen und errangen bei allen Wahlen 40 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auf diese Weise wohnten 47 Prozent der Gesamtbevölkerung in Gemeinden, deren Verwaltung in der Hand der Sozialdemokraten war.

Die Sozialdemokraten benutzten ihren Einfluß in den Gemeinden, ein großes Reformprogramm zu verwirklichen. Unter diesen Gemeinden war

Wien die wichtigste. Dort beherrschten die Sozialdemokraten, da sie über annähernd zwei Drittel aller Stimmen verfügten, die Stadtverwaltung fast völlig.

Die Katholiken und anderen Antisozialisten versuchten die großen Anstrengungen der Sozialdemokraten auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge und des Wohnungsbaus für die werktätigen Menschen als Beweis einer „schleichenden Bolschewisierung" hinzustellen und dadurch die Sozialdemokraten zu diskriminieren.

Bemerkenswert bei den österreichischen Sozialdemokraten war auch, daß sie die katholische Kirche weder in Wien noch sonst in Österreich irgendwie verfolgten, obwohl sie in ihr einen politischen Gegner sahen und durchaus die Möglichkeit dazu gehabt hätten. Sie vermieden es peinlichst, „roter Ausschreitungen" beschuldigt zu werden. Dies stand in krassem Gegensatz zu dem Verhalten zahlreicher katholischer Regierungen, die mit ihren Gegnern oder auch nur Kritikern brutal umsprangen.

Die Katholiken und alle anderen reaktionären Elemente wurden sowohl legal als auch illegal von Tag zu Tag aktiver. Gerüchte liefen um, daß sie versuchen wollten, die Macht der Sozialdemokraten mit undemokratischen Mitteln zu brechen; sie hatten erkannt, daß die Sozialdemokraten stärker wurden, solange demokratische Zustände herrschten. Um sich gegen die reaktionären Umtriebe zu schützen, riefen die Sozialdemokraten den „Republikanischen Schutzbund" ins Leben, eine starke, disziplinierte und bewaffnete Organisation, die bereit war, für die Verteidigung der Demokratie und der Sozialistischen Partei zu kämpfen.

Während sich in Österreich die reaktionären Kräfte noch sammelten, hatten sie im Ausland bereits begonnen, die Macht an sich zu reißen und einen faschistischen und halbfaschistischen Staat nach dem anderen zu errichten. Die Ereignisse zeigten unmißverständlich, in welche Richtung Österreich und ganz Europa gedrängt werden sollten.

Kurze Zeit nach dem ersten Weltkrieg trat ein Theologe, Prälat Seipel, an die Spitze der katholischen Partei. Er war im letzten kaiserlichen Kabinett der österreichisch-ungarischen Monarchie Minister gewesen und galt unbestritten als der Kopf der klerikalen Partei. Er hatte sich das Lebensziel gesetzt, die politische Macht der katholischen Kirche und des Hauses Habsburg wiederherzustellen.

Seipel war ein Asket und verstand es hervorragend, im Interesse der Erweiterung der kirchlichen Macht zu intrigieren. Er aß, betete und schlief im Kloster Zum Heiligen Herzen Jesu. Während seiner jahrelangen Kanzlerschaft konnten auch dringende Staatsgeschäfte ihn nicht abhalten, regelmäßig seinen religiösen Pflichten und seinen Aufgaben als Geistlicher dieser Nonnenkongregation nachzukommen. Täglich um sechs Uhr morgens las er in der Kapelle des Klosters die Messe.

Obwohl Seipel nicht der Gesellschaft Jesu angehörte, besaß er alle Eigenschaften, die man gewöhnlich einem Jesuiten zuschreibt. Er konnte zum Beispiel nicht auf eine klare Frage mit einem klaren Ja oder Nein antworten. Gegen die Arbeiterbewegung und alles, was mit ihr zusammenhing, hegte er einen tiefen Abscheu. Auch der Säkularismus, der Modernismus und der Liberalismus waren ihm zuwider. Neben der Stärkung der kirchlichen Macht sah er seine Hauptaufgabe darin, die Linke zu vernichten. Sie war für ihn der „rote Antichrist". Man nannte ihn den „Kardinal ohne Milde". Zweimal wäre er beinahe von einer aufgebrachten Menge erschlagen worden.

Bevor wir uns die Geschichte seines Lebens näher ansehen, ist es angezeigt, die Ideen und Ziele kennenzulernen, die Seipel in seiner Innen- und Außenpolitik verfolgte. Das ist deshalb so wichtig, weil sich die österreichische Regierung bis zur Annexion Österreichs durch Hitler, vor allem in der Innenpolitik, ausschließlich von den Grundsätzen Seipels leiten ließ. Diese Grundsätze gewinnen an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß sie vom Papst nicht nur gebilligt, sondern sogar inspiriert wurden. Seipel stand in den letzten Jahrzehnten seines Lebens fortwährend in engster Verbindung mit dem Papst und dessen Kardinalstaatssekretär und entwickelte seine gesamte Politik auf der Grundlage der Richtlinien des Vatikans.

Das Hervorstechendste an Seipels politischer Konzeption war die völlige Unterordnung aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen unter die Interessen der Kirche. Und für Seipel waren die Interessen der Kirche identisch mit der Beibehaltung der bestehenden Ordnung oder, genauer, mit der Rückkehr zu der sozialen Ordnung der Vorkriegszeit. Er war ein Feind jeder sozialen Reformbewegung, mochte sie noch so großen Anklang unter der Bevölkerung finden, und haßte alle Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Als er einmal mit einem französischen Jesuiten, der weitgehende soziale Reformen für erforderlich hielt, disputierte, rief er aus: „More capitalistico vivit ecclesia catholica." – „Die katholische Kirche lebt auf kapitalistische Weise."

In Wirtschaftsfragen ließ er sich von Bankiers und Industriellen beraten, deren Interessen mit den seinen harmonierten. Er sah den idealen gesellschaftlichen Zustand darin, die alte hierarchische Gesellschaftsstruktur wiedereinzuführen und die Macht der Geistlichkeit wiederherzustellen. Mehrmals erklärte er offen, daß es untragbar sei, die Beschränkungen, die der Kirche von der Republik auferlegt worden seien, weiter zu dulden.

Nach Seipels Ansicht war die politische Macht der Sozialdemokraten die Hauptursache für den mangelnden Einfluß der Kirche. Er und die katholische Partei identifizierten sich rückhaltlos mit der Sache der Unternehmer.

Seipels Ideen über den Aufbau der neuen Gesellschaft waren ultrakatholisch und in ihren Grundzügen von den päpstlichen Erklärungen beeinflußt, die wir am Anfang dieses Buches kennengelernt haben. Anfangs setzte er das Programm des Freiherrn von Vogelsang fort, dessen ganzes Denken sich in der Idee der Stände erschöpfte. Seipel begann Vogelsangs Theorien in die Praxis umzusetzen. Seine Nachfolger führten dieses Werk fort. Seipels Antipathie gegen den Sozialismus und seine Überzeugung, daß es notwendig sei, den Massen eine katholische Sozialordnung zu bieten, die auf der Wiedererweckung der mittelalterlichen Zünfte beruhte, fanden die volle Billigung des Vatikans. Der Papst bat daher Seipel, bei der Abfassung der Enzyklika mitzuwirken, die allen Politikern für die Bildung von Ständestaaten die Hilfe des Vatikans anbot. Seipel rückte zu einem „Berater" des Papstes auf. Seine Ideen gingen in das Arsenal des internationalen Katholizismus ein.

Seipel scheute sich nicht, die Doktrinen seines Lehrers Vogelsang dort zu verändern, wo es ihm nützlich schien. Vogelsang hatte vor allem die sozialen Probleme gesehen und die politischen ihnen untergeordnet oder höchstens gleichgestellt. Seine Ständehierarchie war von ihm als eine Barriere gegen den Kapitalismus gedacht. Sie sollte die Einführung moderner Arbeitsmethoden verhindern und dem Handwerk seinen angestammten Platz erhalten.

Seipel sah in der Ständehierarchie genau das Gegenteil. Er wollte mit ihr die Industrie, den Kapitalismus, die Banken und ihre Eigentümer verteidigen. Seine Stände waren gerade zu deren Schutz gedacht. Jeder Versuch, die wirtschaftliche Unabhängigkeit dieser Gruppen einzuschränken, waren nach seiner Meinung ein Verstoß gegen die „natürliche Ordnung der Dinge".

Seipels Stände waren keine Instrumente der sozialen Ordnung, sondern vor allem Mittel zur Erlangung einer politischen Vorherrschaft. Nach Seipels Plänen sollten die Stände ihre Vertreter in das Parlament wählen und dadurch ein Gegengewicht gegen die „Vorherrschaft der bloßen Zahl" schaffen, wie sie in demokratischen Wahlen zum Ausdruck kommt. Kurz gesagt, die Stände sollten wiedererweckt werden, um die Kraft und den Einfluß der Sozialdemokraten zu brechen. Durch das schrittweise Einschleusen dieser Ideen in den Staatsapparat half Seipel in Österreich die Demokratie zerstören und die Sozialdemokraten ausschalten. Dadurch ebnete er dem Faschismus in Österreich den Weg.

Entsprechend dieser Sozialpolitik entwickelte Seipel ein außenpolitisches Programm, das ebenfalls die Billigung des Vatikans fand. Diese Außenpolitik beschleunigte, wie wir später sehen werden, die innere Zersetzung und damit die Auflösung der Tschechoslowakischen Republik. Seipel träumte

von der Gründung eines neuen Heiligen Römischen Reiches, oder einfacher: Er wollte alle Staaten und Staatsteile, die dem katholischen Glauben angehörten und früher Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie waren, in einem Reich vereinen. Wien sollte die Hauptstadt und Österreich das Zentrum dieses Reiches werden.

Jugoslawien sollte nach Seipels Plan das katholische Kroatien abtreten, das etwa ein Drittel des gesamten jugoslawischen Territoriums ausmachte und in religiösem Gegensatz zur serbischen Metropole stand. Von der Tschechoslowakei sollte die katholische Slowakei abgetrennt werden, um sie dem Einfluß der „hussitischen Häretiker“ und „freidenkerischen Tschechen“ zu entziehen und mit einem Teil Ungarns unter rumänischer Oberhoheit zu vereinen.

In Ungarn wollte Seipel einen katholischen Herrscher einsetzen – gedacht war an einen Sprößling des Hauses Habsburg –, um dadurch den Kalvinisten die Gewalt über die katholische Bevölkerung zu entreißen. Aber das war nur der Anfang. Falls die Umstände günstig wären, sollte auch Bayern in das neue Reich eingegliedert werden. Frankreich hatte seit langem alle Bemühungen unterstützt, dieses Land von Deutschland zu trennen. Auch Elsaß-Lothringen wurde in den Plan einbezogen. So sollte ein katholisches Reich entstehen, eine päpstliche Föderation, in die sich der Vatikan flüchten könnte, falls das Schlimmste einträte und Rom dem internationalen Kommunismus und atheistischen Bolschewismus in die Hände fiele.

Die Verwirklichung dieses Planes sollte in Etappen vor sich gehen: Schaffung einer Donauföderation; Abschluß einer Reihe von Zoll- und Handelsabkommen; schrittweise Annäherung und Zusammenführung der Glieder des künftigen Reiches; Herausbildung einer neuen Nation unter der Schirmherrschaft der katholischen Kirche und Wiederherstellung des Friedens in Mitteleuropa.

Seipel hatte diesen Plan bis in alle Einzelheiten durchdacht. Ja, er hatte sogar den künftigen Herrscher seines Reiches bereits ausgewählt: den Sohn der Kaiserin Zita, den jungen Otto von Habsburg, der in einem Benediktinerkloster in Luxemburg erzogen worden war. Seipel verbündete sich mit den Legitimisten in Ungarn und veranlaßte den Vatikan, Dr. Jusztinián Serédi zum Primas von Ungarn zu ernennen; damit war ein weiterer Beweis für die päpstliche Beteiligung an diesem Plan erbracht.

So also sah Seipels außenpolitische Konzeption aus, die außenpolitische Konzeption eines katholischen Prälaten, der seine Politik in enger Verbindung mit dem Vatikan plante und durchführte. Untersuchen wir nun, wie weit er mit dieser Konzeption kam.

Wir haben bereits festgestellt, daß die reaktionären Kräfte, angeführt von der katholischen Kirche, Maßnahmen vorbereiteten, um die Macht der

„atheistischen Sozialisten“ zu brechen. Zu diesen Maßnahmen gehörte die Aufstellung illegaler, bewaffneter, antisozialistischer Gruppen, die systematisch darauf gedrillt wurden, in den kleineren Städten des Landes führende Sozialdemokraten umzubringen.

Anfang 1927 sprach in Wien ein Gericht, das sich überwiegend aus Sozialistengegnern zusammensetzte, Heimwehrleute frei, die mehrere politische Morde begangen hatten. Dieser Freispruch war nur ein Glied in einer Kette ähnlicher Rechtsbrüche zugunsten der reaktionären Kräfte. Unter den Arbeitern wuchs die Überzeugung, daß die Gerichte ihnen keinen Schutz mehr gegen politische Morde böten. Eine spontane Massendemonstration überflutete am Vormittag des 15. Juli 1927 die Straßen Wiens. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Demonstranten. Die empörte Menge stürmte den Justizpalast, der für sie das Symbol legaler Ungesetzlichkeit war, und steckte ihn in Brand.

Die Führung der Sozialdemokraten alarmierte den „Republikanischen Schutzbund“, um die erregten Massen zu beschwichtigen. Aber die Regierung hatte bereits entschieden, gegen die Demonstranten Truppen einzusetzen. Sie feuerten auf die unbewaffnete Menge. Die Kämpfe dauerten an einigen Stellen mehrere Tage lang und kosteten mehr als neunzig Tote und unzählige Verwundete.

Das politische Gleichgewicht war dahin. Seipel erklärte öffentlich: „Verlangt von mir keine Milde in diesem Augenblick!“ Die Wellen der politischen Leidenschaften schlugen hoch, vor allem in den Arbeiterdistrikten Österreichs.

Innerhalb von fünf Monaten erklärten mehr als 21 000 Personen ihren Austritt aus der katholischen Kirche. Das war ein unmißverständlicher Protest gegen den Priesterkanzler, der „keine Milde“ kannte.

Die katholische Reaktion unter Seipel nutzte diese tragischen Ereignisse, um die Sozialdemokraten restlos aus der Armee und aus der Polizei zu verdrängen. Beide Institutionen wurden reine Machtinstrumente der Regierung. Die katholischen antisozialistischen und halbfaschistischen Organisationen, die bisher ein halblegales Dasein geführt hatten, traten plötzlich offen auf. Sie hatten ihre Stützpunkte vor allem in den ländlichen Bezirken, wo sie auch entstanden waren. Die katholischen Bauern, die völlig unter dem Einfluß ihrer Pfarrer standen, fürchteten, daß die „Roten“ ihnen ihr Land wegnähmen, und haßten daher seit 1919 das „rote Wien“. Ihnen war eingeredet worden, Wien sei am 15. Juli das „Opfer eines bolschewistischen Aufstandes“ geworden.

Die Heimwehren waren 1918 als Selbstschutzorganisation gegen äußere Bedrohung entstanden. Unter der Führung des Fürsten Starhemberg waren sie in eine halbfaschistische Organisation umgewandelt worden. Sie

setzten sich zum größten Teil aus bäuerlichen Elementen zusammen und wurden von den herrschenden Schichten auf dem Land und in den kleineren Provinzstädten geführt. In ihren Reihen befanden sich auch zahlreiche Geistliche, die überall verbreiteten, die Stadtverwaltung in Wien sei ein Werkzeug Lenins, des Teufels und Antichristen.

Das Hauptziel der Heimwehren war die „Zerschlagung der Roten". Seipel unterstützte sie und sah in ihnen ein Instrument, mit dem er die Demokratie aus den Angeln heben konnte. Er lenkte ihren Eifer daher nicht nur gegen die „Roten", sondern gegen die Demokratie allgemein und gab ihnen Losungen wie: „Weg mit dem Parlament!" – „Wir brauchen einen autoritären Staat!"

Wenn diese Losungen auch im Widerspruch zur offiziellen Politik seiner Partei standen, so gab es doch in Wirklichkeit keinen Gegensatz zwischen den Zielen der katholischen Partei und der nun offen erklärten politischen Linie der Heimwehren.

Im weiteren entwickelten sich die Ereignisse in Österreich ähnlich wie wenige Jahre zuvor in Italien. Die Durchsetzung der katholischen Politik forderte die Beseitigung der katholischen Partei und an ihrer Stelle ein wirksameres Instrument, den Faschismus, dessen erste organisierte Vertretung in Österreich die Heimwehren waren.

Die Heimwehren rechtfertigten jedoch nicht die in sie gesetzten Erwartungen. Ihre Bataillone bestanden größtenteils aus Bauern, die nicht bereit waren, sich außerhalb ihres engeren Wohn- und Interessenbereiches an politischen Aktionen zu beteiligen. Auch der italienische Faschismus und der deutsche Nazismus hätten nie siegen können, wenn sie sich lediglich auf die katholische Landbevölkerung und ihre antisozialistischen Sentiments hätten stützen müssen. Sie fanden ihre Massenbasis vor allem im Kleinbürgertum der Städte. Diese Schicht war zwar auch in Österreich aktiv faschistisch, aber zahlenmäßig zu schwach, den faschistischen Heimwehren als Massenbasis zu dienen.

Im Oktober desselben Jahres nahm Seipel die Heimwehren unter seine Obhut. Er versprach ihnen staatlichen Schutz gegen innere und äußere Einmischung und Geldmittel für Uniformen, Waffen und Löhne. Ermutigt durch diese Hilfe, gestützt auf die Katholiken und andere reaktionäre Elemente und aufgestachelt vom Vatikan und von Mussolini, fühlten sich die Heimwehren und ihre Drahtzieher im Herbst 1928 stark genug, gegen die Sozialdemokraten und gegen alle die Demokratie verteidigenden Kräfte vorzugehen.

Der erste Versuch dieser Art sollte eine Nachahmung des Mussolinischen Marsches auf Rom sein. Die Heimwehren beabsichtigten im Oktober 1928 eine große Demonstration in Wien und zogen zu diesem Zweck ihre

bewaffneten Einheiten aus allen Teilen des Landes in einem Industriebezirk südlich der Stadt zusammen. Aber die Arbeiter bewaffneten sich ebenfalls und bereiteten sich entschlossen auf die Kämpfe vor. Da bliesen die Heimwehren ihre Aktion ab.

Seipel war im Frühjahr 1928 von seinem Kanzleramt zurückgetreten. Er bekannte sich nun offen zum Faschismus und beabsichtigte, sich durch eine faschistische Welle von neuem auf den Kanzlerstuhl tragen zu lassen. Er zwang seinen Nachfolger mit Hilfe der bewaffneten Kräfte der Heimwehren, sein Amt niederzulegen. Schober, bisher Chef der Polizei – er hatte den Truppen 1927 den Feuerbefehl gegeben –, wurde Kanzler.

Wider Erwarten erhielt jetzt Seipel zwei schwere Schläge. Den ersten Schlag versetzte ihm der neue Kanzler Schober, indem er dem Verbindungsmann Seipels zu den Heimwehren, dem Major Waldemar Papst, den Laufpaß gab.

Papst war ein professioneller Konterrevolutionär und in Deutschland in verschiedene politische Mordaffären verwickelt; er war auch Verbindungsmann zwischen Hitler und dem Fürsten Starhemberg, dem Führer der Heimwehren. Der zweite Schlag für Seipel und seine politischen Pläne war die Wahl einer Labourregierung in England.

Ramsay MacDonald und Arthur Henderson waren eng mit den Wiener Sozialdemokraten befreundet. Henderson veranlaßte, als er von der Bewaffnung der Heimwehren erfuhr, eine Anfrage im Unterhaus. Österreich wurde beschuldigt, den Friedensvertrag gebrochen zu haben, indem es eine geheime Armee organisierte, die aus Regierungsquellen finanziert und versorgt würde. Die britische Regierung verlangte die Entwaffnung der Heimwehren. Die französische Regierung schloß sich der britischen Forderung an. Diese Intervention bewahrte Österreich vor einem Bürgerkrieg, der unmittelbar bevorstand, und führte dazu, daß Seipel sich eine Zeitlang zurückziehen mußte.

Die Heimwehren stellten sich, nachdem sie eingesehen hatten, daß sie auf direktem Weg nichts erreichen konnten, auf andere Methoden um. So versuchten sie mit Hilfe des katholischen Vizekanzlers Karl Vaugoin, die sozialdemokratische Vorherrschaft unter den Eisenbahnern zu brechen. Die Regierung geriet sich über diese Frage in die Haare und trat zurück. Vaugoin wurde Kanzler (1930). Seine erste Handlung war, das Parlament aufzulösen. Er wurde dabei von den Heimwehren, die eine Diktatur verlangten, leidenschaftlich unterstützt. Das Kabinett erklärte, es sei von nun an gewillt, nur noch mit „autoritären Methoden zu regieren“. Seipel legte sein Amt als Vorsitzender der katholischen Partei nieder – was Rückschlüsse auf die Absichten des Vatikans bezüglich dieser Partei erlaubte – und trat als Außenminister in die Regierung Vaugoin ein. Der Heimwehrführer Fürst

Starhemberg wurde Innenminister, sein Kollege Dr. Hueber erhielt einen Posten bei der Außenhandelskammer. Starhemberg machte aus seinem Bündnis mit Hitler kein Hehl; auch Hueber war ein überzeugter Nazi und lieferte 1938 als Mitglied des nazistischen Viertagekabinetts Österreich an Hitler aus.

Die Sozialdemokraten ließen keinen Zweifel, daß sie bereit seien, den Kampf aufzunehmen, falls die Wahlen abgesagt werden sollten oder das neue Parlament auf Schwierigkeiten stieße. Der Vaugoin-Seipel-Starhemberg-Gruppe gelang es bei der Wahl nicht, die erforderliche Mehrheit zu erringen. Außerdem erklärten England und Frankreich unmißverständlich, daß sie auf der Errichtung einer konstitutionellen Regierung beständen. Darauf zogen die drei Möchtegerndiktatoren vor, zurückzutreten.

Nach dieser Niederlage zerfielen die Heimwehren in kurzer Zeit. In Deutschland war Hitler durch die Reichstagswahlen 1930 ein politischer Faktor geworden. Die zu derselben Zeit abgehaltenen österreichischen Wahlen hatten den Nazis nicht einen Sitz im Parlament gebracht. Die Nazis orientierten sich in Österreich vor allem auf die Mitglieder der Heimwehren. Hitler stellte den Heimwehren drei Bedingungen: keine Restauration des Hauses Habsburg, sondern Anschluß; bedingungslose Opposition gegen den Parlamentarismus; blinde Unterstellung unter seinen Befehl.

Das Bekanntwerden dieser Bedingungen führte zu einer Spaltung der Heimwehren. Starhemberg und seine Anhänger traten für die Monarchie ein, die steirischen Heimwehren liefen zu den Nazis über und versuchten am 13. September 1931 einen bewaffneten Aufstand, der aber rasch niedergeschlagen wurde.

Am 24. April 1932 fanden in großen Teilen Österreichs Länder- und Gemeindewahlen statt, bei denen die Nazis überraschende Erfolge errangen; die Sozialdemokraten hielten ihren Stimmenanteil, und die katholische Partei wurde vernichtend geschlagen; fast die Hälfte ihrer Sitze, in Wien 15 von 34, fielen den Nazis zu. In Niederösterreich und in Salzburg wurde aus einer starken katholischen Mehrheit eine katholische Minderheit von weniger als 30 Prozent.

Das Ende des politischen Katholizismus in Österreich schien gekommen. Unter großen Schwierigkeiten wurde aus Katholiken und Heimwehrleuten ein Kabinett mit Dr. Dollfuß als Kanzler gebildet. Es verfügte im Parlament über eine Mehrheit von nur einer Stimme.

Dollfuß war der uneheliche Sohn eines Bauern. Er wurde für die geistliche Laufbahn bestimmt und auf Grund eines Kirchenstipendiums in einem Priesterseminar ausgebildet. Mit 19 Jahren änderte er jedoch seinen Sinn. Nach dem Krieg war er leitender Funktionär der katholischen Studentenbewegung und später des Bauernverbandes. Er begann seine politische

Laufbahn als Anhänger des linken Flügels der katholischen Partei, wurde aber später Mitglied der „autoritären" Fraktion. Das Kanzleramt übernahm er kurz nach Seipels Tod, am 2. September 1932. Er kann mit Recht als politischer Testamentsvollstrecker des Prälaten Seipel angesehen werden.

Dollfuß gab nach seinem Amtsantritt bekannt, daß er beabsichtige, Österreich in einen „autoritären Ständestaat" umzuwandeln. Das von ihm erstrebte Staatssystem, so erklärte er, gleiche dem des faschistischen Italiens, sein innerer Aufbau solle jedoch den Instruktionen entsprechen, die der Papst zum Nutzen der Katholiken in der Enzyklika *Quadragesimo Anno* 1931 verkündet habe.

Das war die Enzyklika, in der Pius XI. alle Katholiken aufforderte, einen Ständestaat zu errichten, wo immer es möglich sei. Dollfuß hielt dauernd enge Verbindung mit der österreichischen Hierarchie und mit dem Vatikan und ließ sich von beiden oft beraten.

Am 30. Januar 1933 ergriff Hitler in Deutschland die Macht. Unmittelbar darauf kam es in Österreich zu einem Zwischenfall, aus dem sich ein internationaler Skandal entwickelte. Die österreichische Regierung, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befand, zahlte die Löhne der Eisenbahner in Raten aus.

Die Eisenbahner riefen darauf einen zweistündigen Streik aus. Die Regierung antwortete mit der Entlassung der bekanntesten sozialdemokratischen Funktionäre der Eisenbahnergewerkschaft. Diesem Geplänkel waren wichtigere Ereignisse vorangegangen.

Einige Monate zuvor hatten Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaft entdeckt, daß eine Rüstungsfabrik in Hinterberg (Niederösterreich) Gewehre produzierte, die nicht, wie behauptet, für die österreichische Armee, sondern für reaktionäre Kreise in Ungarn bestimmt waren. Hohe Regierungsbeamte, die dem faschistischen Flügel der katholischen Partei angehörten, hatten den Schmuggel dieser Waffen organisiert. Einer von ihnen wußte, daß ein Eisenbahner von diesen Dingen Wind bekommen hatte, und bot dem Betreffenden mit Wissen Dollfuß' ein hohes Schweigegeld an. Aber der Eisenbahner weigerte sich und übergab stattdessen beide Geheimnisse einer sozialdemokratischen Zeitung.

Die Veröffentlichung dieser dunklen Angelegenheit war schon eine Sensation, obwohl das Wichtigste noch gar nicht bekannt geworden war. Es stellte sich nämlich anschließend erst heraus, daß die Gewehre nicht für reaktionäre Kreise in Ungarn, sondern für kroatische Monarchisten bestimmt waren, die im Auftrag Italiens eine Verschwörung vorbereiteten, um Kroatien von Jugoslawien loszureißen (siehe Seipels Plan für eine „katholische Föderation"). Der Empfänger in Ungarn war nur eine Zwischenstation.

Das Geheimnis von Hinterberg war ein Teil jenes internationalen Komplotts, das 1934 in der Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander und des französischen Außenministers Barthou durch einen kroatischen Parteigänger des Hauses Habsburg gipfelte. Zwischen dem faschistischen Italien und Jugoslawien herrschte zu dieser Zeit eine erbitterte Feindschaft. Mussolini trug sich ernsthaft mit dem Gedanken an eine bewaffnete Intervention. Die Bestrebungen der katholischen Monarchisten, Kroatien von Jugoslawien loszureißen, kamen seinen Plänen entgegen.

In dieses Komplott waren außer Mussolini die halbfaschistische ungarische Regierung, Dollfuß und die Führer der Heimwehr und gewisse Kreise in Berlin verwickelt. Auch der Vatikan war über alle Einzelheiten orientiert. Einige Jahre später erklärte Graf Grandi, der italienische Botschafter in London, sowohl Dollfuß als auch Mussolini hätten sich bei der Vorbereitung dieses Planes an den Papst gewandt. Der Papst habe, ohne den Plan allerdings ausdrücklich zu billigen, den Wunsch geäußert, daß die Rechte der katholischen Kirche wiederhergestellt würden, falls Kroatien von dem „schismatischen" Jugoslawien losgetrennt werden sollte. Er habe versprochen, den katholischen Klerus Kroatiens anzuweisen die Bewegung zu unterstützen, und erklärt, daß man mit Sicherheit auf die Hilfe einer Reihe katholischer Staaten rechnen könne, falls die Angelegenheit vor den Völkerbund käme.

So hatten die Sozialdemokraten mit ihren Enthüllungen über den katholisch-monarchistischen Putsch, der Kroatien, Ungarn und Österreich in Mitleidenschaft gezogen hätte, dem Vatikan, Dollfuß und Mussolini die kroatische Suppe versalzen. Die österreichischen Katholiken schworen, sich an den Sozialdemokraten zu rächen. Dollfuß versprach Mussolini, der eine sofortige Vernichtung der Sozialdemokraten forderte, alles zu tun, was in seiner Kraft stehe, um dieses Ziel zu erreichen. „Die sozialistischen Wachhunde müssen zum Schweigen gebracht werden."

Dollfuß wandte sich offen dem Faschismus zu und bildete ein antisozialistisches Kabinett, das sich aus Vertretern der katholischen Partei, der Bauernpartei und der Heimwehrführung zusammensetzte Die Sozialdemokraten, die größte und geschlossenste Kraft im Lande, wurden bei der Regierungsbildung völlig übergangen.

Nach der Regierungsumbildung löste Dollfuß das Parlament auf (15. März 1933) und verkündete: „Das alte Parlament ist verschwunden, es wird nie wiederkehren. Die liberale kapitalistische Ordnung ist verschwunden, sie wird nie wiederkehren Der Einfluß der Sozialisten ist für immer gebrochen. Ich gebe hiermit das Ableben des Parlaments bekannt. Österreich ist nach italienischem Vorbild zum Faschismus übergegangen." Dollfuß konzentrierte die wichtigsten Ressorts – Armee, Polizei, Gendarmerie,

Außenpolitik und Landwirtschaft – in seiner Hand. Er verfügte die Auflösung aller Parteien einschließlich der katholischen Partei, deren Verschwinden, wie er wußte, den Wünschen des Vatikans entsprach. Die neue Diktatur sollte nach Seipels Konzeption auf dem Ständewesen beruhen. Der Antisemitismus erhielt staatliche Anerkennung, die Presse wurde geknebelt und die Opposition unterdrückt. Im ganzen Land wurden Konzentrationslager eingerichtet. Die Gewerkschaften wurden schrittweise aufgelöst. Dollfuß schlug vor, katholische Gewerkschaften zu bilden, deren Führer von ihm ernannt werden sollten.

Im Jahre 1933, also nach der Ausschaltung des Parlaments und der Errichtung der faschistischen Diktatur, erließ Dollfuß mehr als 300 gesetz- und verfassungswidrige Verordnungen. Er benutzte seine Macht vor allem dazu, die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter aufzuheben und den Wert des Eigentums und die Sicherheiten der besitzenden Schichten zu vergrößern. Die Bauern erhielten, um sie bei der Stange zu halten, Subsidien auf Kosten der Arbeiterschaft.

Dollfuß beseitigte die Presse- und Versammlungsfreiheit, hob das Postgeheimnis auf, verbot nahezu alle Kultur- und Sportvereinigungen, die keinen ausgesprochen katholischen Charakter hatten, löste den „Republikanischen Schutzbund“ auf und bewaffnete die katholischen, faschistischen Heimwehren. Er schränkte das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren ein, errichtete sogenannte Blitzgerichte und führte die Todesstrafe wieder ein. Die einzigen Personen, die er zum Tod durch den Strang verurteilen ließ, waren Arbeiter; sie waren angeklagt, Heimwehrleuten Widerstand geleistet zu haben.

Dollfuß ergriff all diese Maßnahmen, nachdem er Mussolini und dem Vatikan einen Besuch abgestattet hatte. Sie fanden ihre Krönung 1934 durch den Abschluß eines Konkordats. Die Parole des Vatikans: „Ein katholisches Österreich“, schien Wirklichkeit zu werden. Die Grundsätze der Enzyklika *Quadragesimo Anno* waren, zumeist mit Gewalt, durchgesetzt worden.

Das Konkordat gewährte der Kirche eine offizielle und vom Gesetz geschützte Position, die sie voll ausnutzte. Die katholische Religion wurde Staatsreligion, der Klerus erhielt eine privilegierte Stellung innerhalb der Gesellschaft, das Erziehungswesen wurde der Kirche unterstellt, alle nichtkatholischen Einflüsse im Schulwesen wurden systematisch ausgemerzt. In Tausenden von Büchern und Pamphleten wurden die Segnungen des autoritären Ständestaates, wie der Papst ihn gefordert hatte und wie er von Mussolini in Italien und von Dollfuß in Österreich verwirklicht worden war, gepriesen. Die evangelischen und protestantischen Kirchen wurden systematisch verfolgt, ihre Geistlichen verfemt und verhaftet.

Diese Verfolgungen der evangelischen und der protestantischen Kirchen waren ein reiner Racheakt der katholischen Kirche. Tausende von Österreichern waren aus Protest gegen den religiösen Terror der katholischen Kirche zum Protestantismus übergetreten, vor allem zur evangelisch-lutherischen Kirche.

Innerhalb weniger Monate hatten mehr als 23 000 Österreicher um Aufnahme in die evangelisch-lutherische Kirche nachgesucht. Allein in Wien traten 16 000 Menschen aus der katholischen Kirche aus. In kurzer Zeit erreichte die Anzahl derer, die der katholischen Kirche den Rücken kehrten, mehr als 100 000. Die Mehrzahl der Abtrünnigen gehörte zu den Mittelschichten.

Dollfuß hatte angenommen, daß die Nazis ihn unterstützen würden, nachdem er die „verfluchten Sozialdemokraten" vernichtet hatte. Aber die Nazis legten im Gegenteil ein Benehmen an den Tag, das keineswegs auf eine engere Zusammenarbeit in der Zukunft schließen ließ. So konzentrierte Dollfuß seine Kräfte auf die Wiedererweckung des österreichischen Nationalbewußtseins. Trotz seiner großen Sympathien für Hitler und Mussolini wünschte er doch, daß Österreich unabhängig bliebe. In dieser Beziehung fand er bei breiten Schichten der Bevölkerung Unterstützung. Die Führung der katholischen Partei war seit je gegen einen Anschluß an Deutschland gewesen. Auch die Geistlichkeit war dagegen. Ihr Widerstand war so stark, daß die Bischöfe und Pfarrer um die Zeit, als Dollfuß Kanzler wurde, in ihren Predigten und in privaten Unterhaltungen erklärten, der Nazismus bedrohe Österreichs Unabhängigkeit, ja er sei der geschworene Feind der katholischen Kirche. Hinzu kamen der den Österreichern von Jugend an eingeimpfte Haß gegen die Preußen und ihre Antipathie gegen den Norden und gegen den Protestantismus.

Die katholische Hierarchie, die zu dieser Zeit ihre ganze Hoffnung auf die Errichtung eines totalitären Staatswesens in Österreich setzte, war überdies gegen den Anschluß, weil sie unter Hitler, angesichts der Brückenköpfe, die der Protestantismus in Österreich bereits erobert hatte, niemals ein katholisches Österreich hätte errichten können. Aber diese Überlegungen waren nicht so gewichtig, daß die Priester, wenn sie im Beichtstuhl von nazistischen Neigungen eines Beichtkindes Kenntnis erhielten, sie etwa als Sünde verurteilt hätten.

Dollfuß versuchte die Heimwehren in eine totalitäre Partei umzuwandeln, um sie auf diese Weise zur Stütze seines Staates zu machen. Diesen Schritt hatten Starhemberg und Mussolini gewünscht. Wieder erhielten die Heimwehren finanzielle Mittel, um sich entsprechend auszurüsten. Dollfuß und die katholische Partei waren sich jedoch dabei im klaren, daß gutausgerüstete Heimwehren die Feindschaft von nahezu 90 Prozent der

Bevölkerung hervorrufen würden, und zwar nicht nur der Sozialdemokraten und der Nazis, sondern auch gewisser katholischer Kreise.

Waffen reichten nicht aus, die Diktatur zu stützen. Die katholischen Führer waren daher von vornherein entschlossen, ihre Macht nicht allein auf die Heimwehren zu stützen, sondern sich ein weiteres Element zunutze zu machen, von dem sie annahmen, daß es verläßlich und stark sei – die österreichische Geistlichkeit. Der Vatikan war damit einverstanden. Die Geistlichkeit sollte also das politische Rückgrat der Diktatur werden, und die Heimwehren sollten den militärischen Schutz bilden. Die österreichische Hierarchie erhielt aus Rom die Weisung, das Dollfußregime voll zu unterstützen und die Geistlichkeit zur Säule des neuen katholisch-autoritären Staates zu machen. Sie gab diese Weisung an den gesamten österreichischen Klerus weiter, bis hinab in die letzte Gemeinde. Aber die katholische Kirche hatte sich zuviel vorgenommen, sie war dieser Aufgabe nicht gewachsen und scheiterte an ihr. Damit war das Schicksal der österreichischen Republik entschieden.

Bevor wir uns den kommenden Ereignissen zuwenden, wird es gut sein, die Ursache dieses „Versagens der Kirche“ zu untersuchen.

Als Dollfuß in Österreich den Ständestaat proklamierte, hatte sein Plan, sich mit seiner Diktatur auf die Geistlichkeit zu stützen, viel weniger Aussicht auf Erfolg, als ein oberflächlicher Beobachter hätte annehmen können. Wir wiesen bereits darauf hin, daß die Kirche mit dem Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung den Einfluß auf die Arbeiterklasse fast völlig verloren hatte. Die Arbeiter sahen in der Kirche ihren politischen Feind. In religiösen Fragen waren sie entweder indifferent oder voll Verachtung. Diese Haltung versteifte sich, als Prälat Seipel sich und die katholische Kirche bedingungslos mit dem Großkapital identifizierte. Obendrein hatte Seipel die faschistischen Heimwehren gefördert und erklärt, daß er sie als Waffe gegen den Sozialismus gebrauchen wolle. So sahen die Arbeiter in der katholischen Kirche von Anfang an eine Institution, die mit dem Faschismus verbündet war.

Am 15. März 1933 setzte Dollfuß die Verfassung außer Kraft, am 26. Mai verbot er die Kommunistische Partei, elf Monate später löste er die Sozialistische Partei und die Gewerkschaften auf. Auch hierbei leistete die katholische Kirche der faschistischen Diktatur große Hilfe. Da die Kirche den Faschismus so offen unterstützte, konnte sie nicht damit rechnen, die Arbeiterklasse zurückzugewinnen. Darin unterschied sich die Lage in Österreich von der Situation in Deutschland. Aber die ständige Hilfe der Kirche für die katholische national-österreichische Dollfußdiktatur hatte für sie weit ernstere Folgen. Sie verlor dadurch sehr rasch die Unterstützung der Bauernschaft, also der Schicht, auf die sich der Katholizismus seit je fest

verlassen konnte. Die Nazis hatten ihre Kräfte in den Dörfern vervielfacht, wie sich später herausstellte.

Der österreichische Bauer, obwohl katholisch, liebte es keineswegs, wenn sich die Geistlichkeit in das einmischte, was er als weltliche Angelegenheiten ansah. Der Pfarrer sollte sich, das war seine Ansicht, mit den religiösen Nöten der Gemeinde befassen und nicht danach streben, die politische Führung an sich zu reißen.

In der Zeit nach den revolutionären Ereignissen von 1844 verlor die katholische Kirche sehr viel Vertrauen, als sie die Pfarrer zum verlängerten Arm der Regierung machte. Im Jahre 1880 erreichten die Bischöfe durch ihre Unterstützung der Konservativen nichts anderes als eine wahre Revolte der Gemeindepfarrer, die mit dem Sieg der Christlich-Sozialen und der Gründung der katholischen Partei endete. Und jetzt waren es wieder die Gemeindepfarrer, die dem von der Kirche gestützten System, in diesem Fall der Dollfußtheokratie, die Gefolgschaft verweigerten.

Dollfuß und die katholische Kirche betrieben außerdem die Wiederkehr der Habsburger und aller aristokratischen und feudalen Traditionen. Wenn diese Pläne auch in gewissen Gegenden und in gewissen Kreisen Österreichs Zustimmung fanden, so stießen sie doch bei der Mehrheit des österreichischen Volkes auf schärfste Ablehnung.

In den Dörfern und Kleinstädten repräsentierten im allgemeinen der Arzt, der Tierarzt, der Rechtsanwalt und die übrige örtliche Intelligenz den Nazismus. Die Nazis setzten in den Dörfern vor allem auf die Abneigung der Bevölkerung gegen die Einmischung der Kirche in politische Angelegenheiten. So wurde rasch aus dem Kampf zwischen den Nazis und dem Gemeindepfarrer ein Kampf zwischen der Kirche und einer mißvergnügten Intelligenz um die politische Führung in den Gemeinden. In vier Ländern wurden auf diese Weise fast alle Bauern nazistisch. Nur in Wien fanden die Nazis nach wie vor wenig Anhang.

Die Revolte der Bauern gegen die Kirche, die ständige Zunahme der Nazianhängerschaft und die erschreckend wachsende Anzahl von Übertritten zum Protestantismus bereiteten der katholischen Hierarchie täglich größere Sorge.

Die Bischöfe drängten Dollfuß, endlich zu handeln. Dollfuß ließ Personen verurteilen, die Nazipropaganda getrieben hatten. Das führte in den meisten Fällen dazu, daß die Verurteilten und ihre Angehörigen zur protestantischen Kirche übertraten. Diese Zwangsmaßnahmen verstärkten nur den Geist der Rebellion.

Während sich die Lage auf dem Lande weiter zuspitzte, fuhr Dollfuß fort, die Linken zu verfolgen und seine Diktatur aufzubauen. Er ging dabei schrittweise vor, raubte den Sozialdemokraten ein Recht nach dem anderen

und setzte sie dem ständigen Druck der Hierarchie, der Heimwehren und Mussolinis aus. Als er schließlich am 11. Februar 1934 durch die Polizei das sozialdemokratische Hauptquartier in Linz besetzen ließ, nahmen die Sozialdemokraten in Linz, in Wien und in einigen anderen Bezirken den Kampf auf. Die bewaffnete Auseinandersetzung dauerte vier Tage, in einigen Teilen des Landes noch länger.

Dollfuß gab den Heimwehrführern freie Hand und befahl, jeden Gefangenen vor ein Standgericht zu bringen und aufzuhängen. Er erklärte nach den Kämpfen, es seien „lediglich 137 Rebellen" getötet worden. Ein schwerverwundeter sozialdemokratischer Kämpfer wurde auf einer Tragbahre zum Galgen geschleppt. Dollfuß sah sich auf Grund eines Entrüstungssturms in der ganzen Welt gezwungen, die Hinrichtungen einzustellen. Konservative Kreise schätzten, daß 1500 bis 1600 Arbeiter getötet und 5000 verwundet worden waren. 1188 wurden eingesperrt und elf erhängt. Der Vatikan schwieg.

Wenn man die Methoden, mit denen das katholische Regime gegen seine Feinde vorging, mit den Methoden der Sozialdemokraten vergleicht, die in der Revolution von 1919 und in den Jahren ihrer Machtausübung in Wien, wie ein Historiker schrieb, „keinem einzigen Menschen auch nur ein Haar krümmten", dann findet man von neuem die geschichtliche Erfahrung bestätigt, daß nicht die Revolution, sondern die Konterrevolution das meiste Blut vergießt.

Ein Regierungskommissar übernahm die Verwaltung von Wien. Die Sozialistische Partei mußte in die Illegalität gehen. Alle, die es wagten, für sie zu arbeiten, wurden ins Gefängnis geworfen. Ende 1934 befanden sich 19 051 revolutionäre Arbeiter ohne richterliches Urteil in Haft und wurden brutal behandelt. Journalisten, die sich von den Lebensbedingungen der Häftlinge überzeugen wollten, erhielten keinen Zutritt. Die katholische Kirche veranlaßte Dollfuß, keine Hilfeleistungen aus dem Ausland anzunehmen; um „alle, die in Not sind, zu zwingen, sich an katholische Stellen zu wenden". (*Annual Register*, S. 199)

Die Verfolgungen der Sozialdemokraten und aller Feinde der katholischen Kirche dauerten an. Das bisherige ausgezeichnete österreichische Erziehungssystem wurde von der Kirche absorbiert und zugrunde gerichtet. Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechterte sich, große Teile der Bevölkerung litten von neuem an Unterernährung. Das Bauprogramm der Sozialdemokraten, das in ganz Europa Aufsehen erregt und Anerkennung gefunden hatte, wurde gestoppt.

Nutznießer dieser Entwicklung war vor allem Hitler, dessen Anhang in Österreich sich dank der „Unterdrückung der sozialistischen Wachhunde" rasch vergrößerte.

Die Kirchenführer im Vatikan spielten mit Hitler und Dollfuß ein doppeltes Spiel. Vorerst beobachteten sie und warteten ab. Der Papst hatte Hitler zu verstehen gegeben, daß die Kirche ihm helfen werde, seine politischen Ziele in Österreich zu erreichen, wenn er sein Wort bezüglich der katholischen Kirche in Deutschland halte. Der Vatikan hoffte, Hitler dadurch zu zwingen, die Bestimmungen des Konkordats einzuhalten. Andererseits mußte sich der Vatikan Gewißheit verschaffen, ob der katholische Sieg in Österreich von Dauer war oder ob dort nach wie vor die Gefahr einer Revolution bestand. Falls die Revolution noch nicht gebannt sein sollte, mußte eine härtere Hand her, um die „rote Gefahr" endgültig zu beseitigen. Vielleicht war Hitler diese „härtere Hand"? Der Vatikan war auf jeden Fall zu den größten Opfern bereit, um seine Ziele zu erreichen. Er würde, wenn nötig, sogar auf das katholische Regime in Österreich und auf alle Träume von einer „päpstlichen Konföderation" verzichten.

Dollfuß glaubte felsenfest, daß er sich durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung Hitlers Freundschaft verdient habe. Aber Hitler verfolgte seine eigenen Ziele in Österreich. Dollfuß erklärte sich bereit, Nazis in sein Kabinett aufzunehmen, stellte aber die Bedingung, daß die österreichische Unabhängigkeit erhalten bliebe. Die Nazis wollten jedoch den Anschluß und die Herrschaft Hitlers. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Darauf begannen die Nazis Bomben zu werfen. Dollfuß verkündete den Belagerungszustand und bedrohte den illegalen Besitz von Dynamit mit der Todesstrafe. Aber in keinem einzigen Fall setzte er diese Drohung in die Tat um. Für ihn und seinen Innenminister, Major Fey, waren bombenwerfende Nazis harmloser als sozialdemokratische Arbeiter, die ihre in jahrzehntelangem Kampf errungenen Rechte verteidigten.

Hitlers Forderungen führten zu ernsthaften Auseinandersetzungen im Kabinett Dollfuß und drohten die Regierung zu sprengen. Major Fey wurde beschuldigt, mit den Nazis unter einer Decke zu stecken. Außerdem war es den Nazis gelungen, Anton Rintelen, den zweiten Mann der katholischen Partei, der wenige Monate zuvor noch Landeshauptmann der Steiermark gewesen war, auf ihre Seite zu ziehen. Am 25. Juli 1934 versuchten sie die Macht zu ergreifen. Eine Gruppe Nazis stürmte das Kanzlergebäude, um die Regierung festzunehmen. Dollfuß und Fey wurden verhaftet. Dabei wurde Dollfuß tödlich verwundet. Die rasch zusammengezogenen Truppen erwiesen sich jedoch als zuverlässig. Mussolini, der seinen Plan, Herr über Österreich und Ungarn zu werden, in Gefahr sah, ließ zwei Divisionen am Brenner aufmarschieren. Hitler war auf eine bewaffnete Auseinandersetzung noch nicht vorbereitet. Er zog es daher vor, die Verschwörer ihrem Schicksal zu überlassen, und sandte den päpstlichen Kammerherrn von Papen nach Wien, um die Wellen wieder zu glätten.

Dollfuß' Nachfolger wurde Kurt von Schuschnigg, ein Angehöriger des Tiroler niederen Adels. Schuschnigg war Katholik und Monarchist, sah aber ein, daß eine Wiedereinführung der Monarchie äußerst unpopulär wäre. Als Jesuitenzögling mit ausgeprägtem religiösem Empfinden machte er eher den Eindruck eines strebsamen Priesters als eines Politikers. Auch er wollte ein „autoritäres" Regime, aber ein Regime mit anderen, vor allem weniger strengen Regierungsmethoden als denen, die Dollfuß eingeführt hatte. Diese Aufgabe wurde ihm dadurch erleichtert, daß Hitler seine Politik bezüglich Österreichs hatte ändern müssen; er hatte die Wirkungen seiner Aggressionspolitik in ganz Europa zu spüren bekommen und war gezwungen, kürzer zu treten.

Anfangs unterschied sich das neue Regime nur in Kleinigkeiten von dem des Kanzlers Dollfuß. Allmählich erkannte Schuschnigg aber, daß er, um populär zu werden, die Bürde der Diktatur, die so schwer auf dem Rücken des Volkes lastete, ein wenig erleichtern mußte. Das galt vor allem für die Arbeiterklasse. So begann er hier und da gewisse Zugeständnisse zu machen und entfernte die vom Volk gehaßten Extremisten Starhemberg und Fey aus seiner Regierung.

Nachdem sich die katholische Kirche in der ersten Zeit nach dem Naziputschversuch zurückgehalten hatte, versuchte sie nun von neuem einen starken Druck auf das politische Leben des Landes auszuüben. Sie fürchtete wie eh und je die „rote Gefahr" und forderte daher vor allem eine Kontrolle über die Arbeiterschaft. Das Gesetz und die Armee schienen ihr zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung nicht ausreichend. Sie wollte die Arbeiterschaft fester in die Hand bekommen und sie zwingen, sich ihrer unmittelbaren Kontrolle zu unterstellen.

Auf Drängen der katholischen Kirche erließ Schuschnigg ein Gesetz, das jeden Bürger verpflichtete, einer Kirche anzugehören. Die politische Bedeutung dieses Manövers wurde von vielen Kreisen sofort erkannt. Nicht nur die Arbeiter traten ihm mit offener Feindschaft entgegen. Was bereits unter Dollfuß geschehen war, wiederholte sich nun in weit größerem Umfang. Die Menschen begannen in Massen aus der katholischen Kirche auszutreten. Tausende Katholiken, hauptsächlich Arbeiter und Angehörige der Mittelschichten, traten zur protestantischen Kirche über, von der sie annahmen, daß sie sich nicht in ihre politischen Angelegenheiten einmischen würde. Die Anzahl der Protestanten erreichte in dieser Zeit eine Höhe, die man im katholischen Österreich nie für möglich gehalten hätte. Sie stieg auf 340 000. Die wenigen protestantischen Pfarrer, die sich noch ihrer Freiheit erfreuten, waren davon geradezu überwältigt.

Wieder einmal hatte die katholische Kirche mit einer Maßnahme genau das Gegenteil von dem erreicht, was sie bezweckt hatte. Die Angelegenheit

verlief im Sande, die innenpolitische Situation festigte sich etwas. Obwohl die katholische Kirche nicht aufhörte, von der Regierung drastischere Maßnahmen gegen die „rote Gefahr, die in der Tiefe rumort“, zu fordern, gab es keine besonderen innenpolitischen Schwierigkeiten mehr. Aber die Ruhe war trügerisch. Die Unruhe kehrte zurück, nur hatte sie diesmal äußere Ursachen.

Der abbessinische Krieg war ausgebrochen. Das faschistische Italien bemühte sich um Deutschlands Freundschaft und unterstützte Österreich deshalb nicht länger. Es riet Schuschnigg, mit Hitler unmittelbar zu verhandeln. Daraufhin unterzeichnete Österreich im Juli 1936 einen Vertrag mit Nazideutschland, in dem es versprach, seine Außenpolitik den Interessen Deutschlands unterzuordnen und im Falle eines Krieges an Deutschlands Seite zu stehen.

Das von Dollfuß ausgesprochene Verbot der Nazipartei blieb bestehen, aber die staatlichen Stellen wandten es nicht an. Ein Naziführer wurde sogar Innenminister. Der Waffenstillstand mit dem Nazismus dauerte etwa 18 Monate. Unterdessen war Deutschland in der internationalen Arena immer stärker geworden. Die Achse Rom–Berlin hatte sich gefestigt, die Rüstungsproduktion war gestiegen. Angesichts dieser Tatsachen und des Schreckgespenstes der „roten Gefahr“, dessen Wiedergeburt unausweichlich schien, entschloß sich die österreichische Hierarchie auf Weisung des Vatikans, mit Hitler ein Tauschgeschäft abzuschließen. Nur durch Hitlers eiserne Hand, so hoffte sie, könnten die „Roten“ endgültig zerschmettert werden. Falls Hitler versprach, die Rechte der Kirche in Deutschland und in Österreich zu respektieren, sollte er ihre volle Unterstützung genießen. Hitler erkannte diese neue Haltung der Kirche rasch und entfesselte in Deutschland eine neue Verfolgungskampagne gegen die katholische Kirche. Er hatte dafür gewichtige innenpolitische Gründe, aber für die Auslösung der Kampagne hatte die österreichische Frage den Ausschlag gegeben. Hitler ließ den Vatikan wissen, daß alle Verfolgungsmaßnahmen eingestellt würden, falls der Vatikan die österreichische Hierarchie anwies, den Anschluß zu unterstützen. Hitler würde dann die Rechte der Kirche nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich respektieren.

Der Vatikan gab seinen Konsens. Darauf begannen über Franz von Papen und den Kardinal Innitzer in Wien Verhandlungen mit dem Ziel, Schuschnigg von der Notwendigkeit der Auslieferung Österreichs an Hitlerdeutschland zu überzeugen. Aber Schuschnigg widersetzte sich dem Anschluß, weil er wußte, daß dies das Ende Österreichs bedeuten würde. Er weigerte sich hartnäckig. Hitler zitierte ihn nach Berchtesgaden und befahl ihm, das Innenministerium dem ergebenen Katholiken und Nazi Seyß-Inquart zu übertragen. Hitler zeigte Schuschnigg die Marschbefehle, die den deutschen

Truppen erteilt würden, falls er den Forderungen nicht nachkomme. Schuschnigg mußte nachgeben.

Seyß-Inquart betrieb nach dem ersten Weltkrieg eine mittlere Anwaltspraxis in Wien. Seine Beziehungen zur katholischen Partei waren sehr eng. Er unterstützte zahlreiche katholische Organisationen und war ein eifriger katholischer Propagandist und Kirchenbesucher. Seine ehrgeizigen Bemühungen um die katholische Sache brachten ihn bald mit dem Kanzler Dollfuß in Berührung. Von diesem Augenblick an stieg er rasch empor und machte Karriere.

Schuschnigg hatte in Berchtesgaden sehr viel zu hören bekommen, darunter auch einiges, was den Vatikan und seine Beziehungen in Österreich betraf. Dies veranlaßte ihn, seine Politik hinsichtlich der Sozialdemokraten zu überprüfen. Er brauchte ihre Unterstützung für den Kampf um die österreichische Unabhängigkeit.

Die innere Lage Österreichs zu dieser Zeit wurde gekennzeichnet durch das Kräftedreieck zwischen Katholiken, Nazis und Sozialdemokraten. Dollfuß hatte versucht, sich mit den Nazis zu einigen, um die Sozialdemokraten zu zerschmettern. Schuschnigg war bestrebt gewesen, es mit keinem von ihnen zu verderben. Als aber die entscheidende Stunde kam, mußte er erkennen, daß er sich weder auf die Nazis noch auf die Katholiken verlassen konnte. Die stärkste Unterstützung erhielt er von den Sozialdemokraten. Nach seiner Unterredung mit Hitler bildete er die Regierung um. Er nahm nicht nur Seyß-Inquart in das neue Kabinett, sondern berief auch Vertreter der demokratischen und der sozialdemokratischen Gruppe in die Regierung. Dann führte er Verhandlungen mit Vertretern der Industriearbeiter und machte den Arbeitern bald darauf gewisse Zugeständnisse.

Kurz vor dem Ende Österreichs organisierten die Arbeiter, zum erstenmal seit vielen Jahren ungehindert von der Polizei, eine große Kundgebung und verpflichteten sich, Österreichs Unabhängigkeit zu verteidigen. Sie taten dies nicht allein aus Haß gegen den Nazismus, sondern auch in der Hoffnung, dadurch ihre eigene Unabhängigkeit zurückzugewinnen. Der Bankrott der Politik von Seipel bis Dollfuß trat offen zutage: Im schwierigsten Augenblick für Österreichs Unabhängigkeit konnte sich die katholische Regierung nur auf die Arbeiterbewegung verlassen, die von ihr so brutal verfolgt worden war.

Aber die Reaktion blieb nicht müßig. Die österreichische Hierarchie, der Vatikan und katholische Politiker in und außerhalb der Regierung stemmten sich heftig gegen diese Zugeständnisse. „Was, so viele Kämpfe, so viel Blutvergießen, so viele Risiken, und das alles nur, um zur Demokratie zurückzukehren, damit die Roten von neuem ihr Haupt erheben? Niemals!" So wurde jede Maßnahme verzögert. Trotz ständiger Versprechungen erhielt

die Arbeiterbewegung keine wirklichen Zugeständnisse. Es wurde ihr nicht einmal gestattet, eine Zeitung unter eigener Kontrolle herauszugeben.

Kardinal Innitzer übte in diesen Wochen auf Schuschnigg und die Regierung einen dauernden Druck aus und riet ihnen, sich Hitler völlig zu unterwerfen. Er erklärte Schuschnigg, der Anschluß sei unvermeidlich und der Vatikan wünsche ihn auch. Aber Schuschnigg blieb fest, trotz starker Zweifel. Einige Katholiken, die wußten, was hinter den Kulissen vorging, fuhren erbittert fort, gegen die Vereinigung mit Deutschland Stellung zu nehmen, und wünschten ihrem Vaterland die Unabhängigkeit zu erhalten. Sie hatten erkannt, daß die Regierung in dieser entscheidenden Stunde nicht auf die Unterstützung der Kirche rechnen konnte, der Kirche, für deren Interessen sie einen jahrelangen politischen Kampf geführt hatten.

In Wien erreichte die Volksbewegung und der kämpferische politische Schwung der arbeitenden Massen einen Höhepunkt. Man wiegte sich in dem Glauben, der Nazismus sei besiegt. Der Gedanke des Kampfes für Österreichs Unabhängigkeit war unter den Massen sehr populär geworden, da sie ihn mit der nachgiebigeren Innenpolitik der Regierung in Zusammenhang brachten.

So kam es, daß auch Arbeiter, die früher für den Anschluß waren, als er noch als eine demokratische Maßnahme geplant war, die Österreich größere regionale Rechte gewähren sollte, nun erbitterte Gegner des Anschlusses wurden, weil er unter den augenblicklichen Bedingungen die Nazis an die Macht bringen würde. So unterstützten sie, so paradox es auch klingt, Schuschnigg, da sie hofften, daß er auf diese Weise den Weg zur Demokratie und zur Freiheit zurückfinden würde.

In Wien demonstrierten die Massen für Österreichs Freiheit. Die Demonstrierenden – Sozialdemokraten, Kommunisten, Katholiken und Monarchisten – marschierten Schulter an Schulter. Österreich hatte sich erhoben und war bereit zu kämpfen. Niemals waren die Nazis so schwach wie in diesen Tagen. Hitler war, ebenso wie Schuschnigg und Innitzer, heftig erschrocken. Keiner von ihnen konnte sagen, was aus dieser Massenbewegung werden würde, aber eines erkannten sie alle: Wenn dieser Enthusiasmus auch nicht gleich zum Kommunismus führen würde, so würde er doch zumindest in eine Massenbewegung gegen den Faschismus münden, deren Folgen sich wahrscheinlich nicht auf Österreich beschränken ließen.

Die österreichische Regierung hatte sich entschlossen, für die Unabhängigkeit des Landes zu kämpfen. Schuschnigg hoffte, Blutvergießen zu vermeiden, und spielte daher seine letzte Karte aus. Er erklärte, das österreichische Volk solle, falls es wirklich den Anschluß wünsche, seinen Willen in einem Volksentscheid kundtun. Dieser Entschluß Schuschniggs richtete sich vor allem gegen die Pläne des Vatikans. Kardinal Innitzer, der bereits

mit Hitler in Kontakt stand, begann Schuschnigg von neuem unter Druck zu setzen. Der Kardinal wußte nur zu genau, daß sich das Volk gegen den Anschluß entscheiden würde. Die „Roten“ konnten sich dann jeder Kontrolle entziehen. Einer solchen Entwicklung durfte die Kirche nicht tatenlos zusehen. Bevor Innitzer aber Hitler die uneingeschränkte Unterstützung der katholischen Kirche zusicherte, nahm er ihm das Versprechen ab, nach der Einverleibung Österreichs die Rechte der katholischen Kirche zu achten.

(Bei einem Presseinterview am 26. Februar 1946 in Rom gab Kardinal Innitzer der Öffentlichkeit zum erstenmal Einzelheiten über seinen Besuch bei Papst Pius XI. im März 1938 bekannt. Der Besuch fand zu der Zeit statt, als Hitler in Österreich einmarschierte. Der Kardinal stellte unter anderem fest: „Ich ging nach Rom, um einer Aufforderung des Heiligen Vaters Folge zu leisten ... Als ich nach Wien zurückgekehrt war, hatte ich mit Hitler eine Unterredung. Er fragte mich, was der Papst von ihm halte.“ Der Kardinal sprach mit Bitterkeit über Hitlers Wortbruch bezüglich der Versprechungen, die er der katholischen Kirche in Österreich gegeben hatte, und fuhr fort: „Ich bekam von ihm in religiösen Fragen jede Zusicherung, die ich haben wollte. Ich sollte meine eigenen Schulen und alles andere erhalten, was ich benötigte. In den ersten sechs Monaten geschahen nur wenige Übergriffe. Wenn ein katholischer Lehrer krank wurde, trat ein Nazi an seine Stelle. Aber dann ließ Hitler die Maske fallen und übernahm alle Schulen und unterdrückte die katholischen Privatschulen.“ Der Kardinal machte eine heftige Geste, schlug auf den Tisch und rief: „Alle Versprechungen Hitlers waren Lügen!“ (*Universe*, 1. März 1946)

Man sollte, wie bei den Vorgängen in Italien und in Deutschland, ebenso im Fall Österreich beachten, daß sich die Beschwerden der Kirche niemals gegen die Diktatur als solche richteten. Die Kirche protestierte lediglich dann, wenn der betreffende Diktator die Versprechungen, die er der jeweiligen Hierarchie als Gegenleistung für die Hilfe der Kirche bei seiner Machtergreifung gegeben hatte, nicht hielt. Die zahllosen Verbrechen der Diktatoren an einzelnen Menschen und ganzen Völkern konnten weder den Kardinälen und Bischöfen noch dem Papst ein Wort des Protestes entlocken.)

Hitler war sich völlig im klaren, daß das österreichische Volk den Anschluß ablehnen würde, falls der Volksentscheid vor einer deutschen Besetzung stattfände. Er entwickelte daher dem Kardinal einen unglaublichen Plan: Nicht die Österreicher, sondern die Deutschen sollten darüber entscheiden, ob die Österreicher Deutsche werden sollten oder nicht. Daß der Kardinal einem solchen Zynismus auch nur sein Ohr lieh, ist kaum faßbar. Innitzer versprach, alles zu tun, was in seinen Kräften stand, um zu sichern, daß die Österreicher Hitler willkommen hießen und für ihn stimmten.

Am 9. März 1938 sollte der Volksentscheid stattfinden, aber er fand nicht statt; Hitler hatte es Schuschnigg verboten. Am Nachmittag des 11. März war fast ganz Wien auf den Beinen, demonstrierte gegen Nazismus und Faschismus, für politische Freiheit und nationale Unabhängigkeit. Um neunzehn Uhr tauchten nazistische Sturmabteilungen in Wien auf. Schuschnigg trat unverzüglich zurück. Innerhalb einer Stunde trug die österreichische Polizei Hakenkreuzarmbinden.

Wien wurde von deutschen Truppen überflutet. Kardinal Innitzer begrüßte den Einmarsch der Nazis mit Glockengeläut und Hakenkreuzfahnen an den Kirchen. Er wies seinen Klerus an, dasselbe zu tun, und rief alle Österreicher auf, sich zu dem Mann zu bekennen, „dessen Kampf gegen den Bolschewismus und für die Einheit, Ehre und Macht Deutschlands dem Willen der göttlichen Vorsehung entspricht“. Einige Tage später, am 15. März, traf Innitzer abermals mit Hitler zusammen. Dabei wiederholte Hitler seine Versicherung, daß er die Rechte der Kirche respektieren würde. Darauf forderten der Kardinal und seine Bischöfe, mit Ausnahme des Bischofs von Linz, alle Österreicher auf, für Hitler zu stimmen. Unter den Aufruf setzten sie die Worte: „Heil Hitler.“

So endete Österreich.

KAPITEL XIII Die Tschechoslowakei und der Vatikan

Die Tschechoslowakische Republik nach dem ersten Weltkrieg – Widerstand gegen katholische Kirche – Massenaustritte – Die Bewegung „Los von Rom" – Beziehungen der Republik zum Vatikanstaat – Neutralität des Staates in religiösen Fragen – Der Staat gewährt religiöse Freiheit – Intoleranz der katholischen Kirche – Einmischung der Kirche in soziale und politische Fragen – Einspruch der Kirche gegen Husfeiern – Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem tschechoslowakischen Staat und dem Vatikan – Feindselige Maßnahmen des Vatikans gegen die Tschechoslowakische Republik – Gründe dieser feindseligen Haltung – Wühltätigkeit der reaktionären Parteien – Verschwörung gegen die Republik – Henlein, Hitlers katholische Agentur in der Tschechoslowakei – Der Katholizismus unterstützt Hitlers Ansprüche – Erster Schlag gegen die Republik: München – Hitlers zweite Verschwörung – Hitlers zweiter katholischer Agent: Tiso – Das Ende der Tschechoslowakischen Republik – Das katholisch-faschistische Staatswesen in der Slowakei – Der Ständestaat – Jugendorganisationen nach nazistischem Vorbild – Die antidemokratischen, antibolschewistischen, antisemitischen Grundpfeiler des slowakischen Staates – Das Privileg der katholischen, faschistischen und nazistischen Grundsätze – Die Verantwortung des Vatikans.

Wenige Wochen nach der Einverleibung Österreichs in das „Großdeutsche Reich" bediente sich Hitler hinsichtlich der katholischen Gläubigen in der Tschechoslowakischen Republik der gleichen Taktik wie bei der Vorbereitung des „Anschlusses".

Man hätte erwarten können, daß der Katholizismus in den an Deutschland grenzenden Ländern Lehren aus dem Schicksal Österreichs und der österreichischen Kirche zog. Aber das war nicht der Fall. Im Gegenteil, der Katholizismus arbeitete weiter so eng mit Hitler zusammen, als wäre nichts geschehen. Der Vatikan hielt sich im Hintergrund, aber die katholische Bewegung, die Kurs darauf nahm, die Republik zu zerschlagen, stand unter der Führung eines dem Papst ergebenen Prälaten, einer Miniaturausgabe des Prälaten Seipel.

Bevor wir uns weiter mit dieser Frage beschäftigen, ist es angebracht, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen und zu untersuchen, wie die Tschechoslowakische Republik unterminiert wurde.

Die katholische Kirche haßte Böhmen seit den Tagen des Jan Hus, des großen „Häretikers", der wegen seiner kühnen Ideen von der Kirche auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde. Der Dreißigjährige Krieg machte Böhmen, das zu den fruchtbarsten Ländern des mittelalterlichen Europas gehörte, beinahe zur Wüste. Die katholischen Armeen verheerten das Land, so daß bei Kriegsende von seinen mehr als 3 Millionen Menschen nur noch ungefähr 780000 am Leben waren. Von den mehr als 30000 blühenden Städten und Dörfern standen nach dem Krieg nur noch 6000, die anderen

waren zerstört, verbrannt oder nach der Ermordung der Einwohner verödet. Die Pest tat das übrige, ihr fielen mehr als hunderttausend Menschen zum Opfer. Tausende Einwohner Böhmens verließen ihre zerstörte Heimat und zerstreuten sich als Flüchtlinge über ganz Europa. Das einstmals reiche Königreich Böhmen hörte faktisch auf zu bestehen und geriet unter die Herrschaft der katholischen Habsburger in Österreich.

Der Vormarsch der katholischen Gegenreformation und die Errichtung der katholischen Oberherrschaft über die Länder der tschechischen Krone kosteten das tschechische Volk seine politische Unabhängigkeit. Drei Jahrhunderte lang, bis zum Ende des ersten Weltkriegs, waren die Tschechen Untertanen der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Wir legten bereits dar, wie die Dynastie Habsburg und die katholische Kirche einander stützten und welche Rolle diese Dynastie bei der Katholisierung der Länder spielte, die im Laufe der Jahrhunderte unter ihre Herrschaft gerieten. Die katholische Kirche errang in diesen Ländern mit Hilfe der Habsburger die Stellung wieder, die sie im 15., 16., ja selbst noch im 17. Jahrhundert verloren hatte. Ebenso wie in Österreich schlossen auch im tschechischen Teil der Monarchie die Kirche und das Haus Habsburg ein Bündnis, um einander bei der Durchsetzung ihrer Ziele zu helfen. Das tschechische Volk bekam die Praxis dieses Bündnisses im Laufe der Jahrhunderte oft genug zu spüren. Sein nationaler Befreiungskampf mußte sich daher von Anfang an gegen diese beiden miteinander verbündeten Kräfte richten. Der antikatholische Charakter dieses Befreiungskampfes führte dazu, daß sich ihm auch die Kräfte anschlossen, die in Opposition zur Kirche standen. Und die katholische Kirche tat das Ihre, diese Opposition zu verstärken, indem sie alle Anstrengungen unternahm, den Despotismus der Habsburger möglichst lange am Leben zu halten. Das österreichisch-ungarische Regime stellte alle modernen Ideen, alle Lehren und Prinzipien, die nicht mit den Lehren der katholischen Religion übereinstimmten, unter Strafe. Diese Verfolgung hatte sowohl religiösen als auch politischen Charakter. Die Dynastie begünstigte den Katholizismus nicht nur, weil sie selbst katholisch war, sondern auch weil sie im Katholizismus eine Waffe sah, mit der sie die Bevölkerung im Zaume halten konnte.

Der Katholizismus regierte im Lande der Tschechen uneingeschränkt. Wohl genossen einige andere Konfessionen staatliche Anerkennung, das schloß jedoch nicht aus, daß die Nichtkatholiken überall und zu jeder Zeit verfolgt wurden. Auch das Freidenkertum wurde offiziell toleriert, aber die Lehrberufe und einige andere Berufe standen nur Angehörigen der Kirche offen. Daher wagten es vor dem ersten Weltkrieg nur 13000 Menschen, sich als Freidenker eintragen zu lassen. Aus all diesen Gründen war es nicht verwunderlich, daß am Ende des ersten Weltkrieges, als die Tschechen und

Slowaken das verhaßte österreichisch-ungarische Joch abgeworfen hatten, eine starke Bewegung „Los von Rom" einsetzte, die zugleich ausgesprochen antikirchlich war. Die Kirche hatte sich zu eng mit der Habsburger Dynastie und mit deren wichtigstem politischem Instrument, dem politischen Katholizismus, verbunden. Bereits vor dem ersten Weltkrieg, vor allem jedoch in den Jahren nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik, kamen Bestrebungen auf, der katholischen Kirche nationalen Charakter zu verleihen. Beide Sprachen des Landes, die tschechische und die slowakische, wurden als liturgische Sprachen anerkannt. Außerdem hatte man vor, für das Gebiet der Republik ein Patriarchat zu errichten, das eine ähnliche Selbständigkeit wie die griechisch-katholische Kirche erhalten sollte. Der Vatikan brachte sein Mißfallen über diese Gedanken zum Ausdruck. Die meisten tschechoslowakischen Geistlichen, die diese Ideen vertraten, sagten sich darauf, wenn auch sehr zögernd und widerwillig, von diesem Reformprojekt los. Nur eine kleine Gruppe von Geistlichen, die auch das Zölibat abschaffen wollte, blieb fest und ging sogar so weit, eine selbständige „Kirche der Tschechoslowakei" zu gründen, die bald jeden innerkirchlichen Kontakt mit der von Rom geführten Kirche verlor.

Von 1918 bis 1930 wechselten ungefähr 1 900 000 Menschen (in der Mehrzahl Tschechen) ihre Konfession. Die meisten von ihnen traten aus der römisch-katholischen Kirche aus. Etwa 800 000 dieser Abtrünnigen, ausschließlich Tschechen, vereinigten sich in der neuen tschechoslowakischen Kirche; sie stellte eine Art reformierten Katholizismus dar und war, weil von Rom unabhängig, nicht mit dem Erbe der Erinnerungen an das verhaßte Haus Habsburg belastet. Ungefähr 150 000 Gläubige traten zum Protestantismus über. Die restlichen 854 000 Bürger bekannten sich zum Freidenkertum und bestanden mit Erfolg darauf, Kirche und Staat völlig voneinander zu trennen, wie es in Frankreich bereits zu Beginn des Jahrhunderts geschehen war.

Die neuen Grenzen und die Bewegung „Los von Rom" veränderten das Zahlenverhältnis der einzelnen Konfessionen in der neuen Republik beträchtlich. Auch das Wiedererstehen der orthodoxen Kirche in der Karpato-Ukraine trug dazu bei. Trotzdem blieb die römisch-katholische Kirche, vor allem wenn man sie als „unierte Kirche" betrachtete und ihr die Anhänger der griechisch-katholischen Kirche zuzählte, sowohl an Mitgliederanzahl als auch an Einfluß bei weitem die stärkste Kirche des Landes.

Noch immer war die überwiegende Mehrheit der Bürger der neuen Republik – 73,54 Prozent – katholisch, wenn auch viele von ihnen nur noch dem Namen nach Katholiken waren. Starke antikatholische Kräfte setzten ihren Kampf für die endgültige Trennung von Kirche und Staat und für die obligatorische Einführung der Zivilehe fort. Sie bedienten sich dabei all

der Losungen, die an sich die Kennzeichen eines Kulturkampfes sind. Infolge der weitgehenden Toleranz der neuen Republik kam es jedoch nicht zu antikirchlichen Maßnahmen des Staates. Die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Staat entwickelten sich harmonisch. Die politischen Waffen des Antikatholizismus und des Atheismus, deren sich zahlreiche Tschechoslowaken während der österreichischen Herrschaft im Kampf gegen das katholische Haus Habsburg und gegen den Vatikan bedient hatten, verloren nach der Befreiung vom Joch der Habsburger ihre politische Bedeutung.

Der Staat verhielt sich in religiösen Angelegenheiten neutral. Seine Verfassung garantierte die Freiheit des Gewissens und des religiösen Bekenntnisses. Alle religiösen Bekenntnisse waren vor dem Gesetz gleich, keines konnte für sich das Recht in Anspruch nehmen, Staatsreligion zu sein. Jede Kirche wurde nach einem bestimmten gesetzlichen Modus vom Staat anerkannt und erhielt daraufhin staatliche Zuschüsse. Der Staat gab damit die Garantie, sich nicht in religiöse Angelegenheiten einzumischen, und war daher berechtigt, als Gegenleistung von den Kirchen die Garantie zu fordern, sich nicht in Angelegenheiten einzumischen, die in die Zuständigkeit des Staates fielen.

Der Heilige Stuhl nahm das *Fait accompli* des neuen Staates zur Kenntnis und tauschte bereits 1918 mit ihm diplomatische Vertreter aus. Zwischen Staat und Kirche gab es also keine Streitobjekte, wenn man von der Bodenreform absieht, die auch den Großgrundbesitz katholischer Würdenträger und religiöser Orden betraf. Aber diese Angelegenheit wurde auf der Basis eines *Quid pro quo* geregelt.

Der Vatikan hoffte, daß dem Katholizismus durch die Freiheiten, die der Staat ihm gewährte, große politische und soziale Früchte in den Schoß fallen würden. Der Staat war so großzügig, gewisse Vorrechte, die die Kirche auf religiösem Gebiet verlangte, zu gewähren. Als Gegenleistung befahl der Vatikan allen Elementen im Bereich der Kirche, die daran arbeiteten, die österreichisch-ungarische Monarchie wiederzuerrichten oder die Republik zu unterminieren, ihre Tätigkeit einzustellen. So entwickelte sich ein Verhältnis wechselseitigen Verstehens zwischen dem Vatikan und der Republik.

Der Vatikan hatte zu jener Zeit guten Grund für ein solches Verhalten. Erstens waren die massenhaften Kirchenaustritte, die wir bereits erwähnten, für ihn ein alarmierendes Zeichen. Zweitens war die kirchenfeindliche Stimmung in breiten Schichten der Bevölkerung noch im Wachsen begriffen. Drittens wiegte sich der Vatikan in der Hoffnung, daß die Kirche mit Hilfe der ihr gewährten Freiheiten ihre frühere Stellung im Staat wiedererlangen könne. Das war einer der Gründe dafür, daß die vatikanische Diplomatie alles daransetzte, die Bande zwischen den östlichen und westlichen Slawen,

ungeachtet der religiösen Dispute in der Karpato-Ukraine, zu festigen. Dieser *Modus vivendi* zwischen dem Vatikan und der jungen Republik verhieß eine lange Periode des Friedens zwischen beiden Mächten.

Die Kirche hatte in der jungen Republik bereits mancherlei Vorteile errungen. Die Trennung von Kirche und Staat hatte ihr nicht weh getan. Die kirchliche Trauung stand in der gesamten Tschechoslowakei nach wie vor gleichberechtigt neben der standesamtlichen Trauung. In den Volks- und Mittelschulen wurde offiziell Religionsunterricht erteilt. Die Theologen hatten eigene Fakultäten an den Universitäten, und kirchliche Seminare wurden mit öffentlichen Geldern unterhalten.

In gewissem Sinn war die junge Republik sogar duldsamer und weitherziger als das erzkatholische österreich-ungarische Regime. Zum Beispiel war die Frage des Einkommens der Geistlichkeit unter den Habsburgern dauernd eine Streitfrage zwischen Kirche und Staat gewesen. Die Republik löste dieses Problem auf gesetzlichem Weg: Die Geistlichen erhielten Gehalt und Alterspension vom Staat. Davon hätte im alten Österreich-Ungarn keiner von ihnen auch nur zu träumen gewagt. Auch die staatliche Gesundheitsversicherung stand den Geistlichen offen. Außerdem richtete der Staat sein besonderes Augenmerk auf die Pflege kirchlicher Kunstwerke.

Im Jahre 1920 wurde die Tausendjahrfeier des heiligen Wenzel mit großem Pomp begangen. Bei den religiösen Zeremonien waren nicht nur die Kirchenführer, sondern auch die höchsten Vertreter der Republik anwesend. Bis Ende 1927 hatte man sich über die meisten Fragen geeinigt. Der Vatikan erklärte sich mit der Regelung einverstanden, daß die kirchlichen Feiertage ebenso behandelt wurden wie die nationalen. Zu den kirchlichen Feiertagen gehörten unter anderen das Fest des heiligen Kyrill und des heiligen Methodios, der Schutzheiligen der tschechoslowakischen Nation, und das Fest des heiligen Wenzel. Gleichberechtigt neben diesen Feiertagen stand der nationale Gedenktag für Jan Hus. Dieser Gedenktag hatte zwei Jahre zuvor, worauf wir noch zu sprechen kommen, zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Prag und dem Vatikan geführt. Am 17. Dezember 1927 wurde der *Modus vivendi* unterschrieben. Mit Beginn des Jahres 1928 wurden nach fast anderthalbjähriger Unterbrechung die diplomatischen Beziehungen in vollem Umfang wiederaufgenommen.

Die Ratifizierung des *Modus vivendi* wurde mit vollem Recht als ein Ereignis von großer politischer Bedeutung gewertet. Alle Probleme, die bisher immer wieder das Verhältnis getrübt hatten, waren gelöst, die Beziehungen zwischen der Republik und dem Vatikan schienen auf sicheren Grundlagen zu ruhen. 1935 tagte in Prag ein Eucharistischer Kongreß. Kardinal Verdier, der französische Erzbischof von Paris, nahm als Vertreter des Papstes an dem Kongreß teil. Im November 1935 wurde Erzbischof

Kaspar von Prag zum Kardinal ernannt. Das war die erste Ernennung dieser Art seit Bestehen der Republik.

Die guten Beziehungen zwischen Kirche und Staat reichten bis in das Jahr 1918 zurück. Eduard Benesch, der langjährige Außenminister der Tschechoslowakei, erkannte sehr bald nach der Gründung der Republik die Bedeutung des Katholizismus sowohl für das Gefüge des jungen Staatswesens als auch in internationalem Maßstab. Er bemühte sich daher, engere Beziehungen mit dem Vatikan herzustellen. Die normalen diplomatischen Beziehungen waren bereits unmittelbar nach der Proklamierung der Tschechoslowakischen Republik aufgenommen worden. Nun wurde beim Vatikan eine tschechoslowakische Legation eingerichtet und in Prag ein päpstlicher Nuntius akkreditiert.

Bald darauf (1921) trat Benesch in Verhandlungen über eine Reihe politisch-kirchlicher Fragen ein. Von vatikanischer Seite nahmen Kardinalstaatssekretär Gasparri und Kardinal Ceretti teil. Die Verhandlungen wurden 1923 anläßlich eines Besuches von Dr. Benesch in Rom fortgesetzt. Sie entwickelten sich vielversprechend, fanden aber 1925 infolge des bereits erwähnten Abbruchs der diplomatischen Beziehungen durch den Vatikan ein vorläufiges Ende.

Wir zeigten bereits an einigen Beispielen, wie liberal sich die tschechoslowakische Regierung zu den Forderungen der Kirche verhielt, sofern diese Forderungen nicht den Prinzipien der Republik widersprachen. Jede andere Kirche, jede andere Konfession hätte ein solch duldsames und konziliantes Verhalten eines Säkularstaates freudig begrüßt und alle Anstrengungen unternommen, diese guten Beziehungen zum Staat weiterzuentwickeln; nicht so die katholische Kirche. Sie erhob eine Forderung nach der anderen und legte dabei eine Borniertheit an den Tag, wie sie auch zur Zeit der mittelalterlichen Päpste nicht schlimmer hätte sein können. Typisch in dieser Hinsicht war das Verhalten der katholischen Kirche im Jahre 1925 anläßlich der Feiern zu Ehren des tschechischen Nationalhelden Jan Hus. Die Kirche hatte 510 Jahre zuvor Jan Hus als Häretiker, als Verbreiter von Glaubensirrtümern und als Feind des Katholizismus verdammt und verbrannt. Das war für den Vatikan Anlaß, von der tschechoslowakischen Regierung die Absage der Feiern zu verlangen. Man dürfe der Kirche und den tschechischen Katholiken nicht durch die Glorifizierung eines Häretikers, der es gewagt habe, den Befehlen des Vatikans zu trotzen, Ärgernis bereiten, hieß es in einer Verlautbarung des Vatikans.

Die Antwort der tschechoslowakischen Regierung fiel aus, wie sie ausfallen mußte: Die Feiern würden notfalls auch ohne die Zustimmung des Vatikans stattfinden. Der Vatikan befahl darauf den tschechischen, vor allem aber den slowakischen Katholiken, gegen die Abhaltung der Feierlichkeiten

Stellung zu nehmen. Die katholische Presse und die katholische Hierarchie kamen diesem Befehl nach und schrieben und predigten gegen die Regierung und gegen Jan Hus, so daß die Angelegenheit eine prinzipielle politische Frage wurde. Der Vatikan erkannte jedoch bald, daß alle seine Anstrengungen, die Feiern zu unterbinden, erfolglos waren, und wies daher den päpstlichen Nuntius in Prag an, offiziell „gegen das Ärgernis, das man der katholischen Kirche durch die Ehrung eines Häretikers widerfahren" ließe, zu protestieren und nach der Überreichung des Protestschreibens Prag zu verlassen. Der Nuntius kam diesem päpstlichen Befehl am 6. Juli nach. Damit hatte der Vatikan die diplomatischen Beziehungen zu einem Staat abgebrochen, der, wie kaum ein anderer, jahrelang weitgehende Duldsamkeit gegenüber der katholischen Kirche bewiesen hatte.

Um dieses Verhalten des Vatikans richtig zu beurteilen, muß man in Betracht ziehen, daß die Tschechoslowakische Republik, auch während sich diese Dinge ereigneten, einer Forderung des Vatikans nach der anderen großzügig nachkam, obwohl keine sieben Jahre vergangen waren, seit sich das tschechische Volk von dem jahrhundertelang getragenen Doppeljoch des verhaßten Hauses Habsburg und der katholischen Kirche befreit hatte. Und die Tschechoslowakische Republik bemühte sich, auch nach den Husfeiern, wieder ein freundschaftliches Verhältnis zum Vatikan herzustellen; es gelang ihr auch, anderthalb Jahre später, wie bereits erwähnt, die diplomatischen Beziehungen wiederaufzunehmen. Die junge Republik verfolgte also eine Politik der Freundschaft mit der katholischen Kirche und gewährte ihr volle Freiheit.

Im Mittelalter, und vor nicht langer Zeit noch in Hitlerdeutschland, hatte die Kirche häufig berechtigten Anlaß, sich über die Behandlung, die ihr widerfuhr, zu beschweren. Solche Anlässe gab es für sie in der Tschechoslowakei nicht. Dafür produzierte die katholische Kirche, getreu ihren Prinzipien, Beschwerden anderer Art, Beschwerden rein sozialen und politischen Charakters. Sehen wir uns einige der Beschwerden, die ein gewisses Gewicht hatten, etwas näher an. So behauptete die Kirche einmal, daß die Bevölkerung der Slowakei, obwohl vorwiegend katholisch, nicht die Freiheiten genieße, auf die sie als katholische Bevölkerung Anspruch habe; Prag zwinge die slowakische Bevölkerung unter ein „hussitisches" Joch. Weiter beschuldigte die Kirche die Prager Regierung, daß die von ihr vertretenen Prinzipien der religiösen und politischen Freiheit die Ausbreitung des „Bolschewismus" begünstigten und daß sie zu enge Beziehungen zu dem „atheistischen und bolschewistischen Rußland" unterhalte.

Der Vatikan bemühte sich jahrelang auf diplomatischem Wege oder auf dem Wege über die katholischen Organisationen und die Hierarchie im Lande, die Republik den „Wünschen der Kirche" gefügig zu machen. Aber die Republik duldete, da sie sich nicht in kirchliche Angelegenheiten

einmischte, auch keine Bevormundung durch die Kirche und ließ sich in ihrer Politik von dem Grundsatz leiten, alles zu tun, was dem Wohl des eigenen Landes dient. Sie behandelte die ultrakatholischen Slowaken ebenso wie alle anderen Bürger der Republik und gewährte der katholischen Kirche die gleiche politische Freiheit wie den Kommunisten. Und sie pflegte die Freundschaft mit der Sowjetunion, weil diese Freundschaft für sie eine Sicherung gegen die Feinde der Republik, namentlich gegen Deutschland, bedeutete.

Das Freundschaftsbündnis mit der Sowjetunion war eine der wichtigsten Grundlagen der tschechoslowakischen Außenpolitik. Die Gründe dafür waren einleuchtend. Man brauchte sich nur die geographische Lage der Tschechoslowakei zu Deutschland anzusehen und an die Expansionsabsichten zu denken, die Hitler bereits 1924 in seinem Buch *Mein Kampf* geäußert hatte, um zu verstehen, weshalb die Tschechen Rußlands Freundschaft wünschten. Trotzdem führten katholische Kreise in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern immer wieder Klage über dieses Bündnis und versuchten die tschechoslowakische Regierung als „Agentur des Bolschewismus in Europa" zu diskriminieren.

Nach Ansicht des Vatikans und vieler Katholiken waren die demokratischen Grundsätze der Republik und ihre Freundschaft mit der Sowjetunion schuld, daß die Sozialisten und die Kommunisten in der Tschechoslowakei so stark anwuchsen und eine „Gefahr" wurden. Bei den letzten Wahlen errangen die Sozialisten und die Kommunisten zusammen mehr als 1 700 000 Stimmen. Es kam so weit, daß reaktionäre Elemente in der Slowakei die Lostrennung ihres Landes von der Republik forderten. Sie taten dies unter dem Vorwand, die Slowakei sei völlig katholisch und ihre Bevölkerung wünsche einen Staat, in dem die katholische Religion vorherrschend sei. Das sei jedoch unter der Regierung der „hussitischen Häretiker" – wie sie die liberalen Tschechen bezeichneten – nicht der Fall.

Der Vatikan übte, obwohl er nach wie vor behauptete, daß er sich niemals in die Politik einmische, wie in anderen Ländern so auch in der Tschechoslowakei immer wieder heftigen politischen Druck auf die Regierung aus. Als er aber die Zwecklosigkeit seiner Bemühungen, die Haltung der Regierung zur Sowjetunion und zu den Kommunisten und Sozialisten zu ändern, einsah, begann er die Republik zu erpressen. Er ließ die tschechoslowakische Regierung wissen, daß die Kirche, falls die Regierung nicht unverzüglich ihre Innen- und Außenpolitik entsprechend den Wünschen der Kirche ändere, die Waffe einsetzen werde, mit der sie die Regierung am empfindlichsten treffen könne – die separatistische Bewegung der slowakischen Katholiken. Und der Vatikan machte seine Drohung wahr und päppelte jahrelang die slowakische Separatistenbewegung hoch. Wie bewußt dieses Erpressungsinstrument von der Kirche benutzt wurde, kann man daran

erkennen, daß sie die Dosierung ihrer Unterstützung für die Separatisten abhängig machte von der Willfährigkeit der Regierung gegenüber den Wünschen und Forderungen der Kirche. Wenn auch ethnische, politische und wirtschaftliche Faktoren bei der separatistischen Agitation in der Slowakei eine Rolle spielten, so war doch die religiöse Seite der Bewegung ausschlaggebend. Nicht zufällig stand die Bewegung unter der Führung fanatischer Katholiken. Ihr Leiter war ein katholischer Priester.

Dieser regulierte Druck, dem die Prager Regierung jahrelang ausgesetzt wurde, hatte jedoch nur eine schwache Wirkung. Aber die Dinge spitzten sich zu. Zum ersten Skandal kam es, als sich der päpstliche Nuntius so eklatant in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei einmischte, daß sich die Regierung genötigt sah, öffentlich Einspruch zu erheben. Der Nuntius hatte es gewagt, einen Brief zu veröffentlichen, in dem er die Ansprüche gewisser katholischer Kreise in der Slowakei unterstützte und guthieß. Seine Ausweisung aus der Tschechoslowakei war nicht länger zu umgehen. Der Vatikan protestierte und übte mit Hilfe der katholischen Gläubigen einen Druck auf die Regierung aus. Überdies spannte er die französische Hierarchie und selbst gewisse französische Politiker in seine Intrigen gegen die tschechoslowakische Regierung ein. Dies geschah in den Jahren 1934 und 1935, in einer Zeit also – wir werden im Kapitel über Frankreich darauf zurückkommen –, als in Frankreich starke katholische Kräfte am Werke waren, in Mitteleuropa ein weiteres autoritäres Regime auf katholischer und antibolschewistischer Grundlage zu errichten.

Die damalige französische Regierung arbeitete mit dem Vatikan und mit tschechischen katholischen Kreisen Hand in Hand, nahm öffentlich gegen die tschechoslowakische Regierung Stellung und half mit, in Prag eine riesige Demonstration zu organisieren. Der Primas von Frankreich, Kardinal Verdier, nahm mit prominenten polnischen und österreichischen Katholiken als päpstlicher Legat an der Demonstration teil. Diese vom Vatikan organisierte Demonstration war nicht nur eine offene Herausforderung, sondern auch eine Bedrohung der tschechoslowakischen Regierung.

Der Vatikan nahm von nun an unmittelbar Kurs auf die Zerstörung der „Hussitenrepublik" und bediente sich hierzu der Hilfe Hitlers, polnischer und österreichischer Katholiken und französischer Reaktionäre. Bevor wir aber die Geschehnisse weiter beschreiben, die zur Zerstörung der Republik führten, wollen wir uns die Elemente innerhalb des Landes etwas näher ansehen, die hierzu beitrugen.

Eine der reaktionärsten Gruppierungen in der Tschechoslowakischen Republik war die Agrarpartei. Sie förderte die Herausbildung der Sudetendeutschen Partei und unterstützte sie auf mancherlei Art. Führer der Sudetendeutschen Partei war der Katholik Konrad Henlein. Seine Partei

forderte, den Verteidigungspakt mit der Sowjetunion zu kündigen und einen Kompromiß mit dem Dritten Reich zu schließen.

Eine weitere wichtige Partei war die Tschechoslowakische Volkspartei, eine katholische Partei, die noch zur Zeit der österreichisch-ungarischen Herrschaft gegründet worden war. Sie hatte immer loyal zur Dynastie der katholischen Habsburger gestanden. Erst kurz vor der Revolution entschloß sie sich, Einfluß auf die nationale Bewegung zu nehmen, und appellierte, unterstützt von der Geistlichkeit, mit unterschiedlichem Erfolg an die katholischen Gefühle der Arbeiter.

Die wichtigste Partei der Slowakei war die Slowakische Volkspartei. Sie war ihrem Wesen nach ebenfalls eine katholische Partei. Ursprünglich hatte sie die Absicht, mit ihrer tschechischen Schwesterpartei zusammenzuarbeiten, verwandelte sich aber mit der Zeit immer mehr in eine slowakische nationalistische Partei. Ihr Führer war der Prälat Hlinka. Sie vereinte in sich alle antitschechischen Kräfte, die seit der Gründung der Republik in den verschiedenen Schichten der slowakischen Bevölkerung tätig waren, und war das Sprachrohr des Katholizismus und des Konservatismus in der Slowakei. Sie agitierte mit der Behauptung, die Slowakei habe innerhalb des tschechoslowakischen Staates nicht die volle Autonomie und Gleichberechtigung erhalten. Die slowakische Opposition wurde durch den versteckten Groll des katholischen Klerus gegen den Säkularstaat verstärkt. Dieser Groll richtete sich vor allem gegen den Aufbau eines weltlichen Erziehungswesens in der Slowakei. Der katholische Klerus sah in den verbesserten Bildungsmöglichkeiten für die Bevölkerung eine „sehr ernste Bedrohung" der privilegierten Stellung der katholischen Kirche. So entsprang der Wunsch nach Autonomie vor allem der Forderung, die vollständige Kontrolle über das Erziehungswesen wiederzuerlangen. Diese Haltung des slowakischen Klerus entsprach den Lehren der Kirche. Masaryks Lehrsatz: „Es gibt keine Demokratie ohne Erziehung", gefiel der Kirche gar nicht; denn sie forderte nicht nur für die Slowakei, sondern für die ganze Republik die alleinige Kontrolle über das Erziehungswesen.

Wir wiesen bereits darauf hin, daß das Erziehungswesen in der Tschechoslowakei weltlichen und nicht konfessionellen Charakter trug. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß die Regierung den Religionsunterricht in den Schulen aus öffentlichen Mitteln unterstützte, und zwar unabhängig von dem jeweiligen religiösen Bekenntnis, was von der katholischen Kirche scharf verurteilt wurde. Die tschechoslowakische Republik hatte auf dem Gebiet des Erziehungswesens große Fortschritte erzielt und nahm in dieser Hinsicht eine führende Stellung in Europa ein.

Um uns ein genaues Bild von der Lage der slowakischen Bevölkerung im tschechoslowakischen Staat zu machen, wollen wir uns einige Zahlen

ansehen. Im Jahre 1918 gab es für 2 Millionen Slowaken 390 slowakische Lehrer und 276 slowakische Grundschulen. Damit endete das slowakische Volksbildungssystem. Die Situation in der Karpato-Ukraine war noch schlechter; dort gab es gar keine Schulen. Im Jahre 1930, also nur zwölf Jahre nach der Gründung der Republik, hatte die Slowakei 2652 Grundschulen, 39 Oberschulen, 13 Fachschulen und eine Universität. Der Staat und die örtlichen Verwaltungen errichteten durchschnittlich 100 neue Schulgebäude in jedem Jahr, und in den ersten vierzehn Jahren seit der Gründung der Republik wurden insgesamt 1381 neue Grundschulen gebaut. 2623 Schulen wurden vergrößert und modernisiert. In den vierzehn Jahren schuf die Republik 2 Universitäten, 9 technische Fachschulen und 45 Oberschulen. So sah die Bilanz des Volksbildungswesens der jungen Republik allein in der katholischen Slowakei aus.

Die Losung der Separatisten: „Die Slowakei den Slowaken" hatte ihren Ursprung unter anderem in antisemitischen Stimmungen und in dem Widerstand gegen die Rassengleichberechtigung in der Tschechoslowakischen Republik. Die katholische Partei weigerte sich mehrere Male, in die Regierung einzutreten. Außer ihr gab es in der Slowakei die „Nationale Union", zu der die „Nationale Front" und die „Nationale Liga" gehörten. Sie wurde 1935 gegründet und zeigte faschistische Tendenzen.

Das war die Bühne, auf der sich die Ereignisse abspielten, mit denen wir uns jetzt befassen wollen.

In dem Kapitel über Deutschland wurden bereits Hitlers Pläne bezüglich der Tschechoslowakei erwähnt, die er in der Zeit vor und nach dem Anschluß Österreichs mit dem Vatikan besprach. Zur Erledigung dieses neuen Opfers bediente sich Hitler, mit Billigung des Vatikans, wieder katholischer Werkzeuge. Zweifellos arbeitete Hitler nicht mit dem Vatikan zusammen, um die Sache der Religion zu fördern, und der Vatikan nicht mit Hitler, um jene Abart des Totalitarismus, die im neuen Deutschen Reich an der Macht war, zu unterstützen. Jeder hatte nur die eigenen Ziele im Auge.

Wir haben bereits davon gesprochen, daß der Vatikan nach der Ausweisung des päpstlichen Nuntius Kurs auf die Zerstörung der Tschechoslowakischen Republik genommen hatte. Er erreichte dieses Ziel, indem er die Republik durch einen Teil der katholischen Bevölkerung von innen her erpreßte und sie gleichzeitig für ein politisches Tauschgeschäft mit Hitler benutzte.

Die katholischen Slowaken, angeführt von dem katholischen Geistlichen Hlinka, setzten ihre antitschechische Agitation auch dann fort, als die Republik bereits unmittelbar von Nazideutschland bedroht wurde. Hitler hatte es beim ersten Akt seines Raubzugs gegen die Republik nicht nötig, sich der slowakischen Separatisten zu bedienen. Er brauchte lediglich einen Vorwand

zur Rechtfertigung seiner Invasion und behauptete deshalb, die Sudetendeutschen schützen zu müssen. Ein aktionsbereites Werkzeug hierzu bot sich ihm in Gestalt der Sudetendeutschen Partei unter der Führung des Katholiken Henlein.

Man mußte schon mit politischer Blindheit geschlagen sein, wenn man die Lektion übersah, die Hitler wenige Monate zuvor den katholischen Österreichern erteilt hatte. Trotzdem schlossen sich zahlreiche Katholiken Henlein an und unterstützten dadurch Hitlers Pläne. Wohl machten viele von ihnen gewisse Vorbehalte, aber ihr Widerstand beruhte nicht auf politischen Überlegungen, sondern auf der Befürchtung, Hitler könne der katholischen Religion in ihrem Lande die gleiche Behandlung zuteil werden lassen wie in Österreich. Hitler gab daher, als er von diesen Befürchtungen Kenntnis erhielt, Henlein das Wort, daß er alle Rechte und Privilegien der katholischen Gläubigen des Sudetengebietes achten werde.

Um die Katholiken des Sudetengebietes und vor allem die Westmächte erfolgreicher zu täuschen, veröffentlichte Mussolini auf Hitlers Veranlassung einen offenen Brief, in dem er erklärte, eine private Unterredung mit Hitler habe ihn davon überzeugt, daß Deutschland lediglich die von Deutschen bewohnten Gebiete von der Tschechoslowakei abtrennen wolle. Henlein und seine Anhänger verstärkten ihre Aktivität und erhielten mittelbare und unmittelbare Unterstützung von den slowakischen Katholiken.

München kam mit all seinen internationalen Verwicklungen und unheilschwangeren Vorzeichen. Es kann nicht Aufgabe dieser Schrift sein, sich im einzelnen damit zu befassen, wie die westlichen Demokratien vor Nazideutschland kapitulierten. Wir möchten uns hier, dem Charakter des Buches entsprechend, nur damit beschäftigen, welchen zwar indirekten, aber nicht zu übersehenden Einfluß der Vatikan auf dieses verhängnisvolle internationale Geschehen genommen hat.

Einmal muß hier festgestellt werden, daß die katholische Kirche der Slowakei durch die Schürung der antitschechischen Stimmung in einer Zeit, als der Zusammenschluß aller Kräfte zur Festigung der staatlichen Einheit von größter Wichtigkeit gewesen wäre, wesentlich zur Auflösung der Republik beitrug. Zum andern verdient festgehalten zu werden, daß sich Hitler bei seinem ersten Eingriff in den Körper der Tschechoslowakei (Abtrennung der Sudetengebiete) eines Herrn Henlein* bediente, der ebenso wie die meisten seiner Parteigänger und Mitläufer streng katholisch war.

Drittens darf nicht übersehen werden, daß die von katholischen Kräften beherrschte Großmacht, die der Tschechoslowakischen Republik noch kurz

* Henlein stand bereits seit 1933 in Hitlers Sold (Erklärung des britischen Generalstaatsanwaltes beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg am 3. Dezember 1945).

zuvor versichert hatte, daß sie ihrer vertraglichen Beistandspflicht nachkommen werde, ihr Wort nicht hielt. Frankreich überließ die Tschechoslowakei ihrem Schicksal.

Dieser dritte Punkt führt uns unmittelbar in eines der umstrittensten Kapitel der damaligen internationalen Politik, auf das wir jedoch hier nicht näher eingehen können. Um in unserer Frage klarzusehen, brauchen wir uns nur zu erinnern, daß in Frankreich bereits zu jener Zeit starke faschistische Gruppen hinter den Kulissen tätig waren, in denen fanatische Katholiken aus den Kreisen der Industriebarone, Bankherren, Gutsbesitzer, Militärs und der Beamtenschaft den Ton angaben. Sie alle vereinigte die gleiche verhängnisvolle Furcht vor der Sowjetunion und vor dem Kommunismus, von der auch die katholische Kirche besessen war und ist. Ihr Bündnis mit dem Vatikan diente also eindeutig antisowjetischen Zielen. (Siehe Kapitel XVI, Frankreich und der Vatikan)

Die Tschechoslowakei war damals ein mitteleuropäisches Gibraltar, eine Festung, die dem Vormarsch Nazideutschlands gegen das Land des Kommunismus im Wege stand. Genau das sahen auch die katholische Kirche und die reaktionären Kräfte Frankreichs in ihr und wünschten sie deshalb zu liquidieren.

Während Frankreich also seinen Freund und Beistandsvertragspartner im Stich ließ, erklärte die Sowjetunion unmißverständlich, daß sie bereit sei, zu kämpfen, wenn Frankreich zu seinem Wort stehe. Wir werden im Kapitel Frankreich näher darauf eingehen, welche Kräfte damals in Frankreich in Übereinstimmung mit dem Vatikan am Werk waren. Hier genügt die Feststellung, daß Hitler sein Ziel erreichte, sogar trotz gegenteiliger Voraussagen seiner Generale, namentlich des Generalstabschefs, Generaloberst Beck.

Hitler wagte aber nicht, das gesamte Territorium der Tschechoslowakei auf einmal zu besetzen. Ihm schien es ratsam, schrittweise vorzugehen. Der erste und wichtigste Schritt, die Abtrennung der Sudetengebiete, war getan. Das nächste Ziel war, die gesamte Tschechoslowakei zu besetzen, ohne es darüber zu einem Krieg kommen zu lassen, auf den er noch nicht genügend vorbereitet war. Die Republik mußte daher weiter von innen zersetzt werden. Wer wäre dazu besser geeignet gewesen als die katholische Slowakei? Die Kirche zögerte keinen Augenblick, Hitler dabei weitgehend zu unterstützen.

Solange Pater Hlinka die katholische Partei in der Slowakei führte, hielt er verschiedentlich seine Anhänger und sogar den Vatikan davon ab, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Er strebte lediglich eine Autonomie für die Slowakei an und keine Lostrennung. Als der päpstliche Nuntius ihm einmal zu verstehen gab, daß ein unabhängiger slowakischer Staat im Interesse der Kirche liege und die Slowaken deshalb ihre Lostrennung betreiben sollten,

war Pater Hlinka ehrlich genug, dieses Ansinnen zurückzuweisen. Er erklärte, daß er eine solche Lösung nicht für vorteilhaft und nutzbringend halte, und machte den Nuntius aufmerksam, daß er der Republik einen Treueid geschworen habe.

Pater Hlinka starb 1938. Noch kurz zuvor hatte er seine Anhänger ermahnt, sich mit der Forderung nach Autonomie zu begnügen und die Republik nicht durch die Forderung nach völliger Lostrennung zu gefährden. Sein Nachfolger wurde Tiso, ebenfalls ein Priester, einer der fanatischsten Anhänger Hlinkas. Tiso stammte aus einer Bauernfamilie und war in Ungarn erzogen worden. Während der Verhandlungen mit dem Vatikan, bei denen Hlinka vom Vatikan und von den extremsten slowakischen Nationalisten unter Druck gesetzt wurde, erwies sich Tiso als gelehriger Schüler des päpstlichen Nuntius und trat für die Vorschläge des Vatikans ein. Der Vatikan wußte diesen Dienst zu schätzen und verlieh ihm kurz darauf den Titel Monsignore.

Eine der ersten Amtshandlungen Tisos als Ministerpräsident der Slowakei war, daß er die volle Unabhängigkeit des Landes forderte. Er tat dies in Übereinstimmung mit Hitler und mit dem Vatikan, die beide genau wußten, in welcher Richtung die Dinge sich entwickelten. Der Präsident der Republik, dem Tiso kurz zuvor den Treueid geleistet hatte, enthob ihn seines Amtes.

Was tat Tiso? Er begab sich unverzüglich nach Deutschland, in das Land seines Freundes und Helfers Hitler, und zwar mit einem Flugzeug, das ihm der österreichische Katholik Seyß-Inquart auf Hitlers Befehl zur Verfügung stellte. Seyß-Inquart war bereits bei der Ausarbeitung der Verschwörerpläne als Mittelsmann zwischen Tiso und Hitler tätig gewesen.

In Berlin wurde Tiso mit großem Gepränge empfangen. Er verhandelte mit Hitler und Ribbentrop und unterhielt gleichzeitig sehr enge Verbindung zu dem Vertreter des Vatikans. Gerade zu dieser Zeit bestieg jener päpstliche Staatssekretär, der solange am Schalthebel der vatikanischen Politik gesessen hatte, unter dem Namen Pius XII. den Heiligen Stuhl. Der neue Papst war in diesen Tagen vor dem Verrat an der Tschechoslowakischen Republik so beschäftigt, daß er, nach Angaben seiner Biographie, kaum Zeit für einige Tage Urlaub fand. Er stand zu Beginn seines Pontifikats in der Tat vor zwei schwierigen Problemen, die beide eine sehr sorgfältige Prüfung verlangten. Es handelte sich um Mussolinis Raubzug gegen Albanien und um Hitlers Raubzug gegen die Tschechoslowakei.

Es gibt nur wenige Unterlagen über die Weisungen, die Tiso von dem neuen Papst erhielt. Aber wir wissen, daß sowohl Tiso als auch Ribbentrop mit dem Vatikan nicht nur auf dem üblichen diplomatischen Wege, sondern auch über die faschistische Regierung in Italien verhandelten. Mehr als

einmal schaltete sich die italienische Regierung zugunsten Hitlers und Tisos beim Vatikan ein.

Wenige Tage nach Tisos Ankunft in Berlin veröffentlichte die Nazipresse Schreckensberichte über angebliche Untaten der tschechoslowakischen Regierung an der slowakischen Bevölkerung. Tiso teilte seinen katholischen Freunden in der Slowakei telephonisch mit, Hitler habe ihm versprochen, das Anliegen der katholischen Slowakei zu unterstützen, falls sie ihre Unabhängigkeit erklärte. Nun begann sich auch Ungarn einzumischen. Der ungarische Primas, der unmittelbar mit dem Vatikan in Verbindung stand und mit Tiso enge Beziehungen unterhielt, sah die Früchte seiner Tätigkeit reifen. Die ungarische Regierung, die Hitlers und der katholischen Kirche Haß gegen die „bolschewistische" tschechoslowakische Republik teilte, forderte von der Regierung die Abtretung der Karpato-Ukraine. Auch das katholische Polen schlug sich offen auf Hitlers Seite und forderte die Auflösung der „Hussitenrepublik".

Die Tragödie ging ihrem Ende zu. Hitler befahl den Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik zu sich. Dr. Hacha traf am 15. März 1939 um ein Uhr morgens in Berlin ein. Ihm wurde befohlen, seine Unterschrift unter ein Dokument zu setzen, das die Auflösung seines Landes verfügte. Im Falle seiner Weigerung würden siebenhundert Bombenflugzeuge innerhalb von vier Stunden Prag dem Erdboden gleichmachen.

Präsident Hacha unterschrieb. Das Schicksal der Republik war besiegelt. Die „Dämmerstunde der Freiheit in Mitteleuropa", wie es in den *New York Times* hieß, war angebrochen. Nazitruppen besetzten Prag und das ganze Land. Böhmen und Mähren wurden ein „Protektorat" der Nazis. Die katholische Slowakei erhielt als Lohn für ihre Dienste von Hitler den Status eines unabhängigen Landes. Die Tschechoslowakische Republik hatte aufgehört zu bestehen.

Der Vatikan hatte seinem hochstrebenden Bau eines christlich-katholischen, faschistischen Europas einen neuen Stein eingefügt. Eine Republik war verschwunden, die durch ihre liberale Innen- und Außenpolitik dem Vatikan ein Dorn im Auge gewesen war. An ihrer Stelle entstand auf einem Teil ihres Territoriums ein neuer katholischer Staat, der ganz nach den Grundsätzen der päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo Anno* aufgebaut wurde.

Tiso begann die Slowakei entsprechend den totalitären, antidemokratischen, antisäkularen und antisozialistischen Prinzipien Mussolinis, Hitlers und der katholischen Kirche umzugestalten. Als erstes legte er Wert darauf, einen Wahlspruch für den neuen katholischen Staat zu finden. Am besten gefiel ihm die Losung: „Für Gott und Vaterland." Dann prägte er Münzen mit den Porträts der slawischen Heiligen Kyrill und Methodios, nahm diplomatische Beziehungen

mit dem Vatikan auf, erließ Gesetze gegen die Kommunisten, die Sozialisten, die Liberalen und andere politische Gruppierungen und unterdrückte deren Zeitungen und Organisationen. Meinungs-, Presse- und Redefreiheit wurden aufgehoben. Der Staat wurde entsprechend dem faschistischen Führerprinzip umgebaut, und die Jugend nach dem Vorbild der Hitlerjugend organisiert. Die Schulen gerieten unter die alleinige Kontrolle der katholischen Kirche. Selbst die nazistischen Sturmabteilungen wurden schablonenhaft übernommen und später in eine Legion katholischer Freiwilliger umgebildet, die an der Seite der Naziarmee gegen die Sowjetunion kämpfte.

Trotz der Beanspruchung durch die zahlreichen Amtsgeschäfte fasteten Tiso und die Mitglieder seiner Regierung in jeder Fastenzeit regelmäßig drei Tage lang und besuchten eifrig die Gottesdienste. Monsignore Tiso duldete nicht, daß seine Arbeit als Ministerpräsident ihn in der Erfüllung seiner priesterlichen Pflichten hemmte. Jede Woche ließ er, ähnlich wie Seipel, seine Amtsgeschäfte einen Tag ruhen, um in Banovce seinen Pflichten als Gemeindepfarrer nachzukommen.

Der sozialen Struktur des neuen Regimes lagen, wie die Päpste es gefordert hatten, die Prinzipien des Ständestaates zugrunde. Die Gewerkschaftsorganisationen wurden verboten, weil sie, wie Tiso sich ausdrückte, „unter den alles vergiftenden Einfluß des Liberalismus und Individualismus geraten waren; um diese Elemente der Zerstörung von ihrer destruktiven Tätigkeit abzuhalten, waren wir gezwungen, unser ganzes Land auf ständischer Grundlage zu erneuern, wie die katholische Kirche uns lehrt" (17. April 1943). „Die slowakischen Arbeiter können versichert sein, daß es keineswegs nötig ist, von einem sogenannten bolschewistischen Paradies zu träumen oder vom östlichen Ausland eine gerechtere soziale Ordnung zu erwarten. Die Lehren der Religion werden ihnen klarmachen, was unter einer gerechten sozialen Ordnung zu verstehen ist."

Ein weiterer wichtiger Teil des Ständesystems waren die Gesetze zum „Schutz der Familie", sie waren eine Kopie der faschistischen Gesetzgebung. Aufgabe der Familie sei es, der jüngeren Generation die ersten Lehren in Religion, Gehorsamsübung und Respekt zu erteilen. „Die Regierung ist entschlossen, ihre ganze Aufmerksamkeit der Vervollkommnung ihrer Sozialpolitik zuzuwenden. Die Familie als die Grundzelle eines gesunden nationalen und menschlichen Lebens wird den vollen Schutz des Staates genießen, wie es das allgemeine Wohlergehen und die katholische Religion fordern."

Nach dem Vorbild der Hitlerjugend schuf Tiso die Hlinkagarde und die Hlinkajugend. Außerdem übernahm er von den Nazis den Arbeitsdienst und die Struktur der Nazipartei für seine Slowakische Hlinka-Volkspartei. Alle Organisationen waren nach dem „Führerprinzip" aufgebaut.

Tisos Regierungserklärungen wurden nach Hitlerschen Vorlagen abgefaßt. „Eiserne Disziplin, unbedingter Gehorsam, bewußte Pflichterfüllung, wirksame Zusammenarbeit zwischen Behörden und Volk“, waren ständig wiederkehrende Forderungen in seinen Reden. Nur wer sich als eifriger Katholik betätigte, konnte mit einer Anstellung im Schulwesen und in der staatlichen Verwaltung rechnen. Wer sozialistischer oder kommunistischer Gesinnung verdächtig war, kam in Acht und Bann. Die Gefängnisse füllten sich mit politischen Häftlingen. Tiso gründete nach dem Vorbild der nazistischen Ordensburgen politische Schulen, in denen die Lehren des katholischen Totalitarismus vermittelt wurden. Außer seiner Partei waren alle anderen Parteien verboten.

„Der Kampf um unsere Existenz und um unsere politischen Rechte war der Grund für das Auftreten unserer Partei, die sich an ähnliche Bewegungen im faschistischen Italien und im nationalsozialistischen Deutschland anlehnte. Unter dem Zeichen des Faschismus erweckte Italien sein Volk zum Bewußtsein seiner Mission in der Welt und rettete es vor hoffnungsloser Lethargie und vor der Geißel des Bolschewismus.“ (Tiso am 30. Januar 1943)

Auch bezüglich der Judenverfolgung trat Tiso in die blutigen Fußtapfen der Nazis. Einigen Katholiken, die an der Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens zweifelten, erklärte er:

„Was die jüdische Frage anbelangt, so fragen manche, ob das, was wir tun, christlich und human sei. Ich frage so: Ist es christlich, wenn die Slowaken sich von ihren ewigen Feinden, den Juden, befreien wollen? Die Liebe zu unserem Nächsten ist Gottes Gebot. Seine Liebe macht es mir zur Pflicht, alles zu beseitigen, was meinem Nächsten Böses antun will.“ (Tiso am 28. August 1942)

Tiso hegte einen unversöhnlichen Haß gegen die Sowjetunion und unterließ keine Anstrengung, aus den Slowaken ebenfalls fanatische Bolschewistenhasser zu machen. Die katholische Geistlichkeit half ihm nach Kräften, eine slowakische Legion für die Ostfront aufzustellen.

„Die bolschewistischen Welteroberungspläne machen jedem Slowaken klar, daß er kämpfen muß, nicht nur, um selbst zu überleben, sondern ebenso, um die europäische Kultur und die christliche Zivilisation vor den Kräften der bolschewistischen Barbarei und Brutalität zu retten und zu schützen.“ (Tiso am 25. Mai 1944)

„Der apokalyptische Bolschewismus, freigesetzt vom Kapitalismus, bringt Tod und Zerstörung mit sich. Wir Slowaken sind Katholiken und haben immer für die Sache der Menschheit gefochten.“ (Tisos Weihnachtsbotschaft 1944)

Tiso besuchte seine Legionäre an der Ostfront und verlieh deutschen Generalen und Offizieren hohe Orden. Bei einer solchen Gelegenheit erklärte er: „Wir können nicht zweifeln, daß ein Sieg der Alliierten für unser Volk die Auslieferung an die bolschewistische Tyrannei bedeuten würde. Die Slowakei wird bis zum Endsieg an der Seite der Achsenmächte stehen.“ (27. September 1944)

Noch am 20. Oktober 1944 nannte Tiso Nazideutschland den Retter Europas: „Deutschland ist als Bannerträger der progressivsten sozialen Ideen allein fähig, den sozialen Ansprüchen aller Nationen gerecht zu werden."

Aber der Krieg verlief nicht so, wie Hitler und Tiso es gewünscht hatten. Die Sowjetarmee überschritt die Grenzen Deutschlands und der früheren Tschechoslowakischen Republik. Tiso rief alle katholischen Slowaken auf, den Kampf fortzusetzen.

Als Präsident Benesch 1944 nach Moskau fuhr, um den Freundschaftspakt mit der Sowjetunion zu unterzeichnen, schlugen Tiso und die katholischen Reaktionäre der Slowakei entsetzt die Hände über dem Kopf zusammen und jammerten über das „monströse Verbrechen" des „Hussiten Benesch", der die Slowakei an die „gottlosen Bolschewisten" verkauft habe. Die katholischen Bischöfe und die Geistlichkeit des „Protektorats Böhmen und Mähren" schlossen sich Tiso an. Sie predigten gegen Benesch und seine Exilregierung in London und verfaßten sogar einen Hirtenbrief, der die Handlungen der tschechoslowakischen Regierung in London verurteilte. Der Brief wurde jedoch nicht veröffentlicht, denn der Vatikan arbeitete zu dieser Zeit bereits mit den Alliierten zusammen, da er eingesehen hatte, daß die Niederlage Nazideutschlands unausbleiblich war. Es schien geboten, die Äußerungen der Katholiken, die nahe der sowjetischen Grenze lebten, unter Kontrolle zu halten. Die Bischöfe bekamen Weisung, sich „nicht offiziell zu kompromittieren", und gaben daraufhin – auch nach der Unterzeichnung des tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaftspaktes – nur noch finstere Warnungen über die „Gefahren aus dem Osten" von sich.

Der neue katholische Ständestaat der Slowakei, auf den die katholische Kirche soviel Mühe verwandt hatte, brach mit der militärischen Niederlage der Nazis zusammen. Aber das Scheitern ihres Planes entbindet all die kirchlichen und politischen Institutionen und Personen, die sich an der Zerstörung der Tschechoslowakischen Republik mitschuldig gemacht haben, nicht von ihrer Verantwortung. Ihr Ehrgeiz, einen faschistischen totalitären Staat zu schaffen, beschleunigte den Ausbruch des zweiten Weltkrieges und machte die Slowakei zum Helfer und engen Partner des Nazismus, der die Menschheit in ein Meer von Blut trieb.

KAPITEL XIV Polen und der Vatikan

Religiosität und andere, durch jahrhundertelange Unterdrückung begründete Charaktermerkmale des polnischen Volkes – Bündnis der reaktionären Kreise Polens mit der katholischen Kirche – Todfeindschaft gegen die Sowjetunion – Erste Schläge des neuen polnischen Staates gegen Sowjetrußland – Die Annexionspolitik der polnischen Nationalisten gegen Sowjetrußland – Polens Innenpolitik – In Polen wird eine der ersten faschistischen Diktaturen Europas errichtet – Grundlage der polnischen Außenpolitik vor dem zweiten Weltkrieg: Feindschaft gegen die Sowjetunion – Oberst Becks späte Erkenntnisse.

Der Einmarsch der Hitlerwehrmacht in Polen am 1. September 1939, wenige Monate nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei, bedeutete den Beginn des zweiten Weltkriegs. Die Polen kämpften tapfer, aber hoffnungslos gegen die gut ausgerüsteten, größtenteils motorisierten Verbände der Naziwehrmacht. Sie verloren in kaum drei Wochen ihre Unabhängigkeit. Aber polnische Armeen, Luftwaffeneinheiten und Kriegsschiffe setzten an fast allen Fronten des zweiten Weltkriegs den Kampf gegen Nazideutschland fort.

Die polnische Nation, die klassische Märtyrernation Europas, hatte einen wenig beneidenswerten geschichtlichen Weg hinter sich. Hier sind wohl auch die wesentlichen Gründe dafür zu suchen, daß die Lage Polens bei Ausbruch des zweiten Weltkriegs längst nicht so einfach war, wie es auf den ersten Blick scheinen mochte. Nur wenn man den Hintergrund im Auge behält, vor dem sich Polens Innen- und Außenpolitik entwickelte, ist es möglich, wenn auch nur oberflächlich, die Ursachen für den polnischen Zusammenbruch zu verstehen.

Bevor wir uns aber mit diesem Hintergrund befassen, müssen wir feststellen, daß hier nicht der Ort ist, die sozialen, ethnischen, territorialen und politischen Triebkräfte zu analysieren, die vor allem in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen in Polen wirkten. Wir können lediglich die polnische Tragödie hinsichtlich der Probleme untersuchen, mit denen wir uns in diesem Buch befassen – der Probleme der katholischen Kirche. Diese Probleme hatten in Polen ein besonderes Gewicht, denn Polen war ein extrem katholisches Land.

Im nördlichen Teil Europas blieb jahrhundertelang nur ein Land dem Vatikan treu – das katholische Polen. Seit im Jahre 1574 sein französischer König nach Frankreich zurückkehrte, „die Kronjuwelen mit sich nehmend und die Jesuiten zurücklassend“, wie Michelet sich treffend ausdrückte, war Polen ein Bollwerk des Katholizismus.

Schon oft wurde der berechtigte Vergleich angestellt, daß das katholische Polen der Vergangenheit das Irland Nordosteuropas gewesen sei. Es widerstand den brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der russischen Zaren und ihren Versuchen, die Liebe des polnischen Volkes zu seiner Nation und zu seiner Kirche auszurotten. Auf Grund des Verlustes seiner nationalen Unabhängigkeit und auf Grund zahlreicher anderer Tatsachen war Polen zu Beginn des ersten Weltkriegs auf allen Gebieten menschlicher Errungenschaften weit zurückgeblieben. Die katholische Kirche war trotz der unablässigen und grausamen Verfolgungen, denen sie ausgesetzt war, in der ganzen Zeit der Unterdrückung der vorherrschende Faktor im Leben des Landes. Die polnischen Arbeiter gehörten zu den niedrigst bezahlten Europas.

Ein weiteres Charaktermerkmal der Polen war ihre Frömmigkeit. Die Polen waren so intensiv religiös, daß ihre Frömmigkeit selbst in den Städten die der entlegensten Winkel Chiles und Perus übertraf (*Revue des deux Mondes*, Februar 1933). Dieses Merkmal des polnischen Volkes wäre nicht wert, erwähnt zu werden, wenn sich bis heute nichts daran geändert hätte. Wir beziehen uns nur darauf, um nachzuweisen, wie groß der Einfluß der katholischen Kirche in der Bevölkerung gewesen ist. Diese Frömmigkeit war ein Attribut des ganzen Volkes, auch seiner oberen Gesellschaftsschichten, die, als Polen seine politische Unabhängigkeit wiedererlangt hatte, nicht nur in religiösen, sondern auch in sozialen und politischen Fragen zu den ergebensten Dienern des Vatikans gehörten.

Dies hatte seine Ursache vor allem darin, daß die polnische Oberschicht aus den reaktionärsten Elementen des Volkes, vor allem aus Großgrundbesitzern, bestand. Die Interessen dieser reaktionären Schichten trafen sich mit denen der katholischen Kirche. Eine Maxime beherrschte ihre gesamte Politik: Glühender Haß gegen Rußland als benachbartes Land und fanatischer Haß gegen Rußland als Zentrum des Kommunismus. Darin stimmten die polnische Reaktion und die katholische Kirche völlig überein. Die Polen betrieben daher auf dieser doppelten Grundlage des Nationalismus und des Katholizismus eine Politik des unablässigen Boykotts der Sowjetunion. Obwohl Polen allen Anlaß gehabt hätte, das Wiederaufleben des deutschen Imperialismus zu fürchten, konzentrierte es, vom Nationalismus und Katholizismus mit Blindheit geschlagen, seinen ganzen Haß auf den östlichen Nachbarn.

Das katholische Polen und der Vatikan mußten, um eine gemeinsame Politik betreiben zu können, vorerst ihre Positionen im Lande stärken. In Polen gab es, wenn auch in kleinerem Maßstab, alle die Probleme, die durch den Vatikan und durch die katholische Kirche in ganz Europa zu lösen waren. Die Hauptziele der polnischen Innenpolitik waren: Erhaltung des

Status quo für die reichen Großgrundbesitzer und die Aristokratie, Polonisierung der nationalen Minderheiten und Bekehrung aller, die nicht der alleinseligmachenden Kirche angehörten. Die praktischen Ziele dieser Politik waren: die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern und ihn möglichst zu zerschmettern; ferner, die nationalen Minderheiten, vor allem die Ukrainer, zu unterdrücken und zu Polen zu machen, gleichzeitig die orthodoxe Religion auszurotten und durch den Katholizismus zu ersetzen.

Der Vatikan hatte sich noch weitere Ziele gesteckt. In der Kräftekombination, mit der er diese Ziele erreichen wollte, war dem katholischen Polen eine bedeutende Rolle zugedacht. Der Vatikan beabsichtigte, das atheistische Sowjetrußland zu vernichten. Als ersten Schritt auf diesem Weg wollte er die orthodoxe Religion durch die katholische ersetzen, um dann mit Hilfe einer ihm unterstehenden Hierarchie die Sowjetmacht zu unterminieren und zu stürzen. Wir werden noch sehen, wie der Vatikan – so absurd es klingt – zeitweise sogar versuchte, die Hilfe der Sowjetregierung zur Zerstörung der orthodoxen Kirche in Anspruch zu nehmen.

Die gegen Sowjetrußland gerichteten Pläne des Vatikans wurden von den polnischen Nationalisten, die bereits unmittelbar nach der Wiedergeburt des polnischen Staates von einer territorialen Ausdehnung ihres Landes auf Kosten Sowjetrußlands träumten, auf das wärmste begrüßt. Verbündete zur Verwirklichung dieser Träume fanden sich rasch, denn an Hassern des Kommunismus fehlte es in der Welt nicht. Paderewski, der erste polnische Ministerpräsident und Außenminister, brauchte wenig Mühe, um die französische Regierung davon zu überzeugen, daß Polen als ein erbitterter Feind Sowjetrußlands gestärkt werden müsse, wenn es seine Rolle als „Bollwerk gegen den Kommunismus" mit Erfolg spielen solle. Mit dem Beistand der französischen Regierung wurde während der Versailler Friedenskonferenz beschlossen, große Gebiete Weißrußlands und der Ukraine von Sowjetrußland loszureißen und Polen anzugliedern. Die polnischen Nationalisten gaben sich jedoch damit nicht zufrieden. Sie träumten davon, ein „Großpolen" zu errichten und die Grenzen ihres Landes bis zum Schwarzen Meer auszudehnen. Der Vatikan sagte ihnen dafür seine Unterstützung zu.

Im Frühjahr 1919 rüsteten die polnischen Nationalisten, unter denen sich eine Reihe hoher katholischer Würdenträger hervortat, mit Hilfe der Alliierten eine starke Invasionsarmee aus und begannen ohne Kriegserklärung sowjetisches Gebiet zu besetzen. Sie nutzten dabei den Umstand aus, daß die Kräfte der Roten Armee zu dieser Zeit durch die Abwehr der Interventionen in anderen Gebieten des Riesenreiches gebunden waren. Im Juni 1920 begann die Rote Armee ihre Gegenoffensive und brachte innerhalb weniger Wochen die Großmachtpläne der polnischen Nationalisten zum

Scheitern. Trotz seiner militärischen Niederlage erhielt Polen im Friedensvertrag von Riga durch die Unterstützung der Alliierten große Teile Weißrußlands und der Ukraine zugesprochen.

Gerade Polen, das jahrhundertelang am eigenen Leib ausländische Unterdrückung zu spüren bekommen hatte, bediente sich, als es endlich frei geworden war, der undemokratischsten Methoden zur Befriedigung seiner nationalistischen und religiösen Sentiments. Die polnischen Nationalisten begannen mit Hilfe der katholischen Hierarchie die Bevölkerung der von ihnen annektierten sowjetischen Gebiete zu terrorisieren, um sie zur Aufgabe ihres orthodoxen Glaubens und ihrer Verbundenheit mit Sowjetrußland zu zwingen.

Natürlich war nicht allein Polen auf die Vernichtung des Kommunismus aus. Auch mächtige, von den sowjetischen Grenzen weit entfernte Kräfte im Westen hatten die Ausrottung der „Bolschewisten" mit Waffengewalt beschlossen.

Die westlichen Siegermächte rüsteten mehrere militärische Expeditionskorps aus, die den Weißgardisten helfen sollten, die Sowjetmacht zu zerschlagen. Die Polen aber stürzten sich am leidenschaftlichsten von allen in diesen antisowjetischen Kreuzzug. Nicht zufällig residierte zu dieser Zeit der große Feind des Kommunismus. Achille Ratti, der spätere Papst Pius XI., als diplomatischer Vertreter des Vatikans in Warschau.

Während das militärische Abenteuer Polen trotz westlicher Hilfe teuer zu stehen kam und die Rote Armee die polnischen Truppen unter Marschall Pilsudski bis vor die Tore Warschaus verfolgte, bemühte sich der Papst vergeblich, die Sowjetregierung für seine Pläne zu gewinnen. Als dann die Sowjetregierung 1925 dem Vertreter des Vatikans keine Genehmigung zur Einreise in ihr Land erteilte, ließ der Vatikan alle Hemmungen fallen und überschwemmte die Welt mit einer Propagandaflut über „sowjetische Grausamkeiten gegen die Religion". Diese Propaganda berief sich auf die Tatsache, daß eine Reihe katholischer Priester in der Sowjetunion verhaftet und erschossen worden war, verschwieg aber, daß diese Geistlichen nicht wegen ihrer religiösen Überzeugung, sondern allein deshalb verurteilt worden waren, weil sie als Agenten der polnischen Regierung gearbeitet hatten, die niemals aufhörte, Komplotte gegen ihren östlichen „atheistischen Nachbarn" zu schmieden. Diese religiöse Hetze gab dem Haß auf die Sowjetunion, der viele historische, nationale und ethnische Wurzeln hatte, in Polen neue Nahrung.

Nachdem die Pläne zur Zerstörung Sowjetrußlands gescheitert waren, begann das katholische Polen im eigenen Lande alle Kräfte auszurotten, die verdächtig waren, gleichen oder ähnlichen Ideen wie Sowjetrußland anzuhängen. Die Kirche und die herrschenden Schichten Polens verab-

scheuten jeden demokratischen Gedanken. Die polnischen Kommunisten wurden von der Regierung mit härtestem Terror verfolgt. Die katholische Reaktion organisierte Pogrome gegen nationale und religiöse Minderheiten.

Im Jahre 1923 versammelte sich vor der griechischen Kathedrale in Leopol eine große Menschenmenge, um gegen die Religionsverfolgungen zu protestieren. Sie wurde von polnischen Truppen mit Gewehrschüssen und Säbelhieben auseinandergetrieben. Sozialistische Abgeordnete im Sejm und im Senat erhoben, von dieser Gewalttat erschüttert, lauten Protest. Dieser Protest war ein Alarmsignal für die katholische Reaktion und für die katholische Kirche. Sie fürchteten, daß ihre Pläne durch die Kommunisten zum Scheitern gebracht würden. Daher suchten sie nach Mitteln und Wegen, eine solche Entwicklung zu verhindern. Im Mai 1926 löste Pilsudski, vom Vatikan und von der polnischen Hierarchie wärmstens unterstützt, durch einen Staatsstreich das Parlament auf und machte sich zum Diktator Polens. Er sperrte die Kommunisten ein und beseitigte alle noch vorhandenen Reste demokratischer Freiheiten. Das katholische Polen war also eines der ersten Länder Europas, in dem nach dem ersten Weltkrieg eine halbfaschistische Diktatur errichtet wurde.

Von diesem Zeitpunkt an begannen die großen Pläne der katholischen polnischen Nationalisten und Reaktionäre und der katholischen Kirche rasch Gestalt anzunehmen.

Wir erwähnten bereits, daß nach dem ersten Weltkrieg Rußland Gebiete an Polen abtreten mußte. In diesen Gebieten lebten etwa 7 bis 8 Millionen Weißrussen und Ukrainer, von denen fast die Hälfte der russisch-orthodoxen Kirche angehörte. Außerdem lebten in den Minderheitengebieten etwa 1 Million katholischer Polen, 1 Million Juden, 4 Millionen Griechisch-Unierte (die, obwohl sie griechische Riten anwenden, die Autorität des Papstes anerkennen) und etwa 4 Millionen antipäpstliche orthodoxe Katholiken.

Vor und und nach der Annexion dieser Gebiete hatten die Polen den Großmächten das feierliche Versprechen gegeben, die nationalen, sozialen, politischen und religiösen Rechte dieser Minderheiten zu respektieren. Aber die katholische Reaktion trieb von Anfang an ein rücksichtsloses Doppelspiel, das nur zu verstehen ist, wenn man ihren nationalen und religiösen Fanatismus kennt. Sie hatte nie eine andere Absicht gehabt als die, den Ukrainern ihre völkische Eigenständigkeit zu nehmen und ihre orthodoxe Kirche zu zerstören. Sie raubte den Ukrainern mit brutaler Gewalt eine Freiheit nach der anderen, unterdrückte ihre Schulen und ihre Sprache und versuchte, sie zur „einzig wahren und göttlichen Religion“ zu bekehren. Der Vatikan wies die polnische Hierarchie und die polnische Regierung an, diese „Konversion“

weniger durch direkte Beeinflussung der Bauern als durch Verdrängung der orthodoxen Geistlichen herbeizuführen. In kurzer Zeit wurden daraufhin mehr als tausend orthodoxe Priester eingesperrt; allein in einem Gefängnis befanden sich unter 2000 politischen Gefangenen – überwiegend Demokraten und Kommunisten – 200 Geistliche. Die Gefängniswärter hatten Befehl, die Geistlichen besonders schlecht zu behandeln. Tausende Ukrainer wurden exekutiert. „Ganze Ortschaften wurden durch Massaker ausgerottet."*

Die katholische Kirche war mit den Maßnahmen einverstanden. Einer ihrer Bischöfe saß sogar in dem Gremium, das mit ihrer Durchführung beauftragt war. Im Jahre 1930 befanden sich etwa 200000 Ukrainer im Gefängnis. Die katholischen Reaktionäre wandten die furchtbarsten Foltermethoden an, Foltermethoden, die denen der Nazis in nichts nachstanden. Die zur Bestrafung der „ukrainischen Rebellen" ausgesandten militärischen „Strafexpeditionen" wurden von katholischen Priestern begleitet. Die polnischen Soldaten waren sehr fromm, gingen regelmäßig zur Messe und trugen Heiligenbilder bei sich. Das hinderte sie jedoch nicht, unter den Augen ihrer „Seelsorger" die entsetzlichsten Verbrechen, wie Folterungen, Plünderungen, Brandschatzungen, Kirchenschändungen und Massenerschießungen, zu begehen. „Die meisten orthodoxen Kirchen wurden von polnischen Soldaten geplündert und als Pferdeställe, ja sogar als Latrinen benutzt." (*Atrocities in the Ukraine*, Seite 25, herausgegeben von Emil Revyuk, 1931 in den USA erschienen.)

Diese Tatsachen sind vielleicht vielen Lesern neu und mögen bei manchen Zweifel wecken. Aber es gibt über sie zahlreiche unparteiische und dokumentarische Veröffentlichungen sowie Berichte bekannter Zeitungen. Ich denke vor allem an den *Manchester Guardian*, an die *Chicago Daily News*, an die *New York Herald Tribune* und an das von dem französischen katholischen Schriftsteller René Martel verfaßte Buch *La France et la Pologne* (1931), aus dem wir bereits zitierten.

Diese Verfolgungen dauerten länger als fünfzehn Jahre. Sie ließen erst nach, als die Aggressionsabsichten der Nazis Europa zu beunruhigen begannen.

Durch die polnische offizielle Sprachregelung wurden die Ukrainer als „Rebellen" bezeichnet, jedoch weniger, weil sie sich weigerten, ihre nationale Eigenständigkeit aufzugeben, als vielmehr, weil sie ihrem orthodoxen Glauben die Treue hielten. Die polnische Hierarchie und der Vatikan waren viel mehr auf die Konversion der Ukrainer versessen als die Nationalisten auf die Polonisierung.

* *Les Atrocités polonaises en Galicie Ukrainienne* von V. Tennytski und J. Bouratch (British Museum). Die Schrift wurde als dokumentarisches Beweismaterial für die polnischen Verfolgungsmaßnahmen 1919 Clemenceau überreicht.

Die polnischen Bischöfe leiteten die Religionsverfolgungen. In ihrem Auftrag schufen polnische Laien und katholische Institutionen entsprechende Organisationen und sammelten Gelder, um die Verfolgung bis in die entlegensten Dörfer zu tragen. Dutzende vatikanische Visitatoren reisten durch Polen, um sich vom Fortschritt der Konversion zu überzeugen. Kirchliche Inspekteure pendelten ständig zwischen Rom und Warschau und übermittelten ausführliche Berichte und Statistiken über den Fortgang der Aktion. Der päpstliche Nuntius in Warschau, der eng mit der polnischen Hierarchie verbunden war und mit ihr Hand in Hand arbeitete, hielt außerdem Kontakt mit französischen katholischen Generalen, namentlich mit General Weygand, der von 1920 bis 1922 die polnische Armee für ihren Kampf gegen die Sowjetunion reorganisierte. Wir werden später, in dem Kapitel über Frankreich, auf diese Frage zurückkommen.

Während der Vatikan unablässig gegen das atheistische Rußland und den Kommunismus hetzte und die Welt mit Schreckensberichten über angebliche Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten der Kommunisten gegen christliche Gläubige überschwemmte, während er überall Haß gegen ein Regime zu wecken versuchte, das angeblich die Religion unterdrückte, spielten sich gleichzeitig anderthalb Jahrzehnte lang unter seiner unmittelbaren Anleitung in Polen die schlimmsten Religionsverfolgungen ab, die die neuere Geschichte kennt. Für jeden unparteiischen Beobachter war die polnische Außenpolitik in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ein ungewöhnlich delikates Problem. Die polnischen Politiker hätten gut getan, weniger delikat zu sein, sich von allen religiösen oder ideologischen Haßgefühlen frei zu machen und eine Außenpolitik zu betreiben, die vor allem den Interessen ihres Landes diente.

Als die Nazis durch den Aufbau ihrer ungeheuren Militärmacht alle Zweifel darüber verdrängten, welche Ziele sie verfolgten, wäre es für Polen höchste Zeit gewesen, sich mit der Sowjetunion zu verbünden. Die Sowjetunion war das einzige Land, das den Polen im Falle eines Angriffs unmittelbar hätte Hilfe leisten können. Aber Polen hielt hartnäckig und wie mit Blindheit geschlagen an seiner antisowjetischen Politik fest, schürte den Haß gegen die Sowjetunion und suchte Annäherung an die Nazis.

In den Anfangsjahren des Nazismus (1936) war Polen eines der wenigen Länder, die Frankreich aufforderten, gegen die militärische Besetzung des Rheinlandes durch Hitler einzuschreiten. Das war eine verständliche Reaktion, denn Polen hatte erst kurz zuvor seine staatliche Selbständigkeit errungen und fürchtete, daß Deutschland von neuem Ansprüche auf polnisches Territorium geltend machen würde. Aber schon wenige Monate später bestieg es selbst Hitlers Wagen, wurde im Inneren immer mehr faschistisch und trat in der internationalen Arena als ein ergebener

Verbündeter Nazideutschlands auf. Es half Hitler bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei und war eines der ersten Länder, das einen Anteil an der gemeinsamen Beute verlangte.

Polen entwickelte sich zu einem Nazistaat im kleinen. Es beteiligte sich an den Hitlerschen Raubzügen, rasselte gern mit dem Säbel, gebrauchte in Hitlers Manier große Worte und wiederholte die Schlagworte der Nazis. Es sprach von Lebensraum, den die Polen brauchten, vorerst in Europa, später in Afrika; es wollte Kolonien haben und sie sich nehmen, falls man sie ihm verweigerte. Da Hitler in derselben Zeit die gleichen Worte gebrauchte, bedeutete die Forderung Polens nichts anderes, als daß es sich, an Hitlers Rockschößen hängend, eigene Kolonien verschaffen wollte. Man ließ durchblicken, daß es in Rußland genug Lebensraum für die überzählige polnische Bevölkerung und genug Rohstoffe für die polnische Industrie gebe.

Polen hatte faktisch – der polnische Außenminister bestätigte es später – mit Nazideutschland ein Bündnis geschlossen (Oberst Beck, Januar 1940). Hatte es das aus eigenem Antrieb getan? Innenpolitisch lagen, wie wir bereits zeigten, ausreichende Berührungspunkte vor; außenpolitisch wurde das Bündnis von den westlichen Demokratien und vor allem vom Vatikan inspiriert, die alle in der Hoffnung lebten und danach strebten, Hitlers Aggressivität gegen die Sowjetunion zu lenken.

Über die Ereignisse, die dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges vorangingen, vor allem über das Verhältnis zwischen dem Vatikan, Hitler und Polen, wurde bereits gesprochen; ebenso über das Abkommen zwischen Pius XII. und Hitler hinsichtlich des zeitweiligen Charakters der Besetzung Polens, über den Plan, der sich dahinter verbarg, und über die Strategie des Vatikans, deren Ziel die Vernichtung der Sowjetunion war. Da wir in dem Kapitel über Frankreich noch einmal auf diese Frage stoßen werden, wollen wir uns hier begnügen, einem Mann das Wort zu erteilen, der besser als jeder andere wußte, welche Verantwortung der Vatikan für die polnische Tragödie trug. Oberst Beck leitete lange Jahre hindurch die polnische Außenpolitik und steuerte sie vor dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs in das Kielwasser der Nazis. Nach dem Zusammenbruch Polens flüchtete er, desillusioniert und krank, ins Ausland. Seine Worte enthüllten die Rolle, die der Vatikan bei der Festlegung der polnischen Außenpolitik gespielt hatte:

„Einer der Hauptverantwortlichen für die Tragödie meines Landes ist der Vatikan. Zu spät erkannte ich, daß wir eine Außenpolitik betrieben hatten, die lediglich der egoistischen Zielsetzung der katholischen Kirche diente. Wir hätten nicht die Unterstützung Hitlers, sondern die Freundschaft mit der Sowjetunion suchen sollen.“ (Auszug aus einem Bericht des italienischen Botschafters in Bukarest im Februar 1940 an Mussolini. Der Botschafter stellte ausdrücklich fest, daß er selbst mit Oberst Beck gesprochen habe.)

Kann es ein vernichtenderes Urteil über die Einmischung der katholischen Kirche in das Leben einer modernen Nation geben? Aber die Politiker und die Parteien, die nach der Besetzung Polens in London eine polnische Exilregierung bildeten, zogen keine Lehren aus der Vergangenheit. Sie verhielten sich auf Grund ihrer nationalen, sozialen, politischen und religiösen Herkunft zum Vatikan und zur Sowjetunion nicht anders als ihre Vorgänger. Von 1940 bis Kriegsende spannen sie in London zahllose Intrigen zwischen dem Vatikan und den Alliierten und ließen keine Gelegenheit ungenutzt, der Sowjetunion entgegenzuwirken.

KAPITEL XV Belgien und der Vatikan

Die Stärke der katholischen Kirche in Belgien – Religiöse Freiheit – Kirche und Erziehungswesen – Feindschaft der Kirche gegen die progressiven Kräfte – Die katholische Kirche schafft die Grundlagen für den belgischen Faschismus – Die katholisch-faschistische Partei – Der katholische Rexistenführer – Der katholische Plan, Belgien in einen Satellitenstaat Nazideutschlands zu verwandeln. Mittel, Wege und Männer – König Leopolds Kapitulation – Die Rolle des päpstlichen Nuntius und des Primas von Belgien – Die privilegierte Stellung der katholischen Kirche während der Nazibesetzung – Die Bemühungen der katholischen Kirche, die Rolle, die sie bei der Kapitulation gespielt hatte, zu verteidigen – Weigerung der Kirche, den Nazismus zu verurteilen – Ihr Loblied auf das autoritäre Prinzip – Die antibolschewistische Legion – Erste Proteste der katholischen Kirche gegen die Nazis. Gründe der Proteste – Schlußfolgerungen.

Als Nazideutschland im Frühjahr 1940 die militärische Macht der westlichen Alliierten zerschlug, wurden die kleinen Länder zwischen Deutschland und den Westmächten – Norwegen, Dänemark, die Niederlande und Belgien – überrannt und besetzt.

Wir werden uns nicht mit den nordischen Ländern befassen, deren katholischer Bevölkerungsteil zahlenmäßig sehr gering ist. Auch die Niederlande kann man nicht als ein katholisches Land bezeichnen, obwohl etwa ein Drittel der Bevölkerung katholisch ist; aber diese Minderheit übte damals keinen großen Einfluß auf die Politik des Landes aus. Es mag hier genügen, festzustellen, daß sich die katholische Bevölkerung, obwohl es auch unter ihr einige pronazistische Elemente gab, im großen und ganzen ebenso verhielt wie die Mehrheit des Volkes, während die katholische Hierarchie in den Niederlanden eine Politik des Gehorsams betrieb und die Aktionen der Nazis weder öffentlich verurteilte noch öffentlich billigte. Gelegentlich waren Proteste zu vernehmen, wenn zum Beispiel gewisse Gesetze, wie das Zwangsarbeitergesetz, die Moral und den Glauben der katholischen Arbeiter gefährdeten oder die Prinzipien der Kirche verletzten oder wenn das Naziregime katholische Organisationen auflöste, die Gelder für die katholischen Schulen kürzte, kirchliche Gebäude beschlagnahmte, katholische Zeitungen unterdrückte, öffentliche Sammlungen der Kirche verbot, die Gehälter der Religionslehrer herabsetzte, ein Meldesystem für Arbeiter und Jugendliche einführte und so weiter.

Aus ganzem Herzen arbeitete die katholische Hierarchie der Niederlande mit den Nazis zusammen, wenn es um die Vernichtung der Sozialisten und Kommunisten ging. So verbot zum Beispiel die Kirche am 27. Januar 1941 allen Katholiken, Mitglied der Kommunistischen Partei zu werden oder zu bleiben. Ungehorsam gegen dieses Gebot wurde mit der Exkommunikation geahndet.

Platzmangel erlaubt es nicht, hier die Rolle der katholischen Kirche in den Niederlanden eingehender zu behandeln. Wir wenden uns Belgien zu, dessen Kirche einen wesentlichen Anteil an den sozialen, politischen und selbst den militärischen Ereignissen bis in die Zeit der Naziokkupation hatte. Wenn wir die Rolle der belgischen Kirche untersuchen, wollen wir im Auge behalten, daß Belgien, wie andere Länder, nur einen relativ kleinen Abschnitt in dem großen Plan des Vatikans darstellte, überall, wo es möglich war, totalitäre Regime ins Leben zu rufen. Wir stellten bereits fest, daß der Vatikan in zwei Richtungen arbeitete. Einmal förderte er die Entstehung totalitärer politischer Bewegungen in den betreffenden Ländern und machte sich hierbei die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und nationalen Besonderheiten dieser Länder zunutze. Zum andern war der Vatikan hinsichtlich der kleineren Länder bestrebt, sie schrittweise auf ihre Einverleibung in den nazistischen oder faschistischen Machtbereich vorzubereiten.

Es wird nützlich sein, kurz die Stellung der katholischen Kirche in Belgien zu umreißen, bevor wir in unserer Schilderung fortfahren; denn nur dann können wir uns den Einfluß erklären, den die katholische Kirche nicht nur auf religiösem Gebiet, sondern auch auf allen sozialen und politischen Gebieten ausübte.

In Belgien ist die gesamte Bevölkerung, zumindest nominell, katholisch. Die katholische Kirche ist als religiöse, soziale und politische Institution die einflußreichste Organisation im ganzen Lande. Folgende Zahlen zeigen sehr plastisch das Verhältnis der einzelnen Glaubensrichtungen in Belgien. Im Jahre 1937 hatte die katholische Kirche in Belgien 6474 Geistliche, die protestantische 32; für die jüdische Religionsgemeinschaft waren 17 Rabbiner tätig, und die anglikanische Kirche verfügte über 9 Geistliche. Belgien beherbergt unter allen katholischen Ländern relativ die meisten Klöster. 1937 lebten 7000 Nonnen in Belgien.

Etwa 10 Prozent aller Missionspriester in der ganzen Welt sind belgischer Herkunft. Belgien selbst hat 33 Missionsbischöfe. Ihre größte Aktivität in der Missionsarbeit zeigt die belgische Kirche in Belgisch-Kongo. Dort arbeiten 3000 Söhne und Töchter belgischer Familien als Priester oder Pflegeschwestern. Jede große katholische Familie sieht ihren Stolz darin, mindestens eines der Kinder auf den geistlichen Stand oder auf eine Tätigkeit in einem religiösen Orden vorzubereiten.

Im Jahre 1933 gab es in Belgisch-Kongo 564 000 Katholiken, 1939 war diese Zahl auf 2 139 000 angewachsen. Hinzu kamen etwa 1 Million Katecheten. In demselben Jahr wurden mehr als 200 000 Personen getauft; und das in einem Gebiet, in dem kaum 14 Millionen Menschen leben.

In Brüssel, Antwerpen und anderen Orten des Landes gab es sogenannte Religiosenheime für Frauen und Männer, die von religiösen Orden geleitet

wurden und in die sich häufig prominente Personen der Finanzwelt, des Wirtschaftslebens, der Politik und der Literatur zurückzogen.

Die Provinzgouverneure und die örtliche Hierarchie arbeiteten eng zusammen. Bei offiziellen Anlässen erschien die katholische Hierarchie als geistliches Gegenstück zu den Provinzgouverneuren, und diese wieder traten als akkreditierte Sprecher der Kirche in allen nationalen Fragen auf.

Die belgische Verfassung garantierte die religiöse Freiheit. Niemand durfte gezwungen werden, an religiösen Handlungen teilzunehmen. Jedes Bekenntnis erfreute sich der vollen Freiheit. Der Staat enthielt sich jeder Einmischung in kirchliche Angelegenheiten und kümmerte sich weder um die Ernennung der geistlichen Würdenträger noch um die Berufung geistlicher Vertreter an die Universitäten.

In den staatlichen und offiziellen Schulen entschieden die Eltern selbst, ob ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollten oder nicht. Die Kirche und alle anderen Vereinigungen hatten das Recht, für die Kinder ihrer Anhänger eigene Schulen einzurichten. Der Armee waren Armeegeistliche zugeteilt.

Diese weitgehende religiöse Freiheit in einem überwiegend katholischen Land war die Frucht eines Kompromisses zwischen den Katholiken und den Liberalen. Die Katholiken fürchteten den Einfluß der säkularen staatlichen Obrigkeit auf das Gewissen des einzelnen. Und die Liberalen hätten nur zu gern den Einfluß der katholischen Kirche aus dem öffentlichen Leben verdrängt, um die Gewissensfreiheit der Nichtgläubigen zu gewährleisten.

Der Kampf zwischen den Liberalen und der katholischen Kirche tobte vor dem Kompromiß heftiger als in anderen Ländern. Zu dem Kompromiß wurde die Kirche gezwungen. Sie wußte sehr gut, daß die Freiheit, die sie dafür vom Staat erhielt, sie für alle Verluste, die durch diesen Kompromiß entstanden, entschädigen würde.

Mit Hilfe eines Netzes von erzieherischen, sozialen, karitativen und politischen Institutionen war die Kirche in der Lage, auf das Leben der Nation starken Einfluß zu nehmen. Da die Verfassung Vereins-, Erziehungs- und Pressefreiheit gewährte, wurden die Kanäle, durch die sie ihren Einfluß leitete, von Jahr zu Jahr zahlreicher. Die gegenseitige Toleranz ermöglichte außerdem enge diplomatische Beziehungen zwischen Belgien und dem Vatikan.

Seit Belgien seine Unabhängigkeit errungen hatte (1830), war das Erziehungswesen das wichtigste Streitobjekt zwischen der Kirche und den Anhängern der staatlichen Schulen gewesen. *La Lutte Scolaire*, wie man diesen Kampf nannte, der Kampf um die Kontrolle über die Jugend, war im wesentlichen auch im Mai 1940 noch ungelöst, obschon eine Einigung über gewisse praktische Fragen erzielt worden war. Die Verfassung sagte, daß die Erziehung frei sein und der Staat die Kosten der Schulunterhaltung

tragen sollte. Aber das Prinzip der Erziehungsfreiheit gestattete, daß auch private Organisationen und Einzelpersonen Schulen gründeten. Die katholische Kirche machte von diesem Recht ausgiebig Gebrauch. Da erhob sich die Frage, ob der Staat auch für die finanzielle Unterhaltung dieser privaten Schulen verantwortlich sei oder nicht. Die katholische Kirche erhob die anmaßende Forderung, daß der Staat einen Teil der Unterhaltkosten ihrer Schulen übernehme.

Zu einem schwierigen Problem entwickelte sich der Religionsunterricht in den Schulen. Die Katholiken setzten in ihren eigenen Schulen durch, daß die Kinder entsprechend den katholischen Lehren erzogen wurden. In den Schulen, die den Vertretern der Öffentlichkeit unterstanden, erreichten die Liberalen und später die Sozialisten, daß die Erziehung auf weltlicher Grundlage erfolgte. Sie vertraten die Auffassung, der Religionsunterricht dürfe nur außerhalb der Schulstunden und nur mit Zustimmung der Eltern erteilt werden. Die Kirche bekämpfte diese Auffassung aufs schärfste und forderte, daß der Unterricht in allen Schulen auf Staatskosten und nach katholischen Grundsätzen erfolge und alle Kinder ohne Rücksicht auf die Wünsche ihrer Eltern katholisch erzogen würden.

Trotz seiner Toleranz wurde der Staat häufig beschuldigt, antikatholisch, ja sogar atheistisch eingestellt zu sein. Vor allem in den Gemeinden tobte ein heftiger Kampf, denn sie waren für die Grundschulen verantwortlich.

Um zu zeigen, wie intolerant die Kirche selbst in einem Staat war, in dem man, oberflächlich gesehen, eine Einigung zwischen Staat und Kirche erreicht hatte, sei hier ein anschauliches Beispiel angeführt. Der belgische Staat hatte aus seiner liberalen und demokratischen Grundeinstellung heraus beschlossen, in den Schulen, in denen die Mehrzahl der Schüler katholisch war, katholischen Religionsunterricht zu erteilen. Als der Staat aber dann eine Verordnung herausgab, daß in den Schulen, in denen die Katholiken in der Minderheit waren, kein katholischer Religionsunterricht erteilt werden sollte, protestierte die Kirche heftig und beschuldigte den Staat der Intoleranz und der Kirchenfeindlichkeit.

Die berühmte Universität von Louvain unterstand der Kirche unmittelbar. Sie wurde vom Vatikan überwacht, ihr *Rector magnificus* wurde von Rom berufen.

Wie in vielen anderen Ländern, so herrschte auch in Belgien ein scharfer Antagonismus zwischen der Kirche und den progressiven Parteien, den Liberalen und den Sozialisten. Die Kirche opponierte ständig gegen alles, was darauf zielte, den Staat und das Leben der Nation dem kirchlichen Einfluß zu entziehen, und begann in Belgien die gleiche Kampagne gegen den Säkularstaat und den Liberalismus wie in Deutschland, Italien, Österreich, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern. Während der ersten fünfzig

Jahre der belgischen Unabhängigkeit richtete sich ihr Kampf vor allem gegen die Liberalen. Es ging dabei im wesentlichen um den Einfluß der Kirche auf das Erziehungswesen und auf das politische Leben des Landes.

Am Ende des 19. Jahrhunderts entstand mit dem Anwachsen der Industrie die Arbeiterbewegung. Im Jahre 1885 wurde die Arbeiterpartei gegründet. Wenige Jahre später bildete sich innerhalb der katholischen Partei ein christlich-demokratischer Flügel, der die Interessen der arbeitenden Schichten vertreten und den Sozialisten den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Die sozialen Theorien dieses Flügels entstammten den Enzykliken, die die Päpste über dieses Thema herausgegeben hatten. Von 1884 bis 1914 regierten die Katholiken auf Grund von Umständen, die hier nicht näher untersucht zu werden brauchen, das Land allein.

Nach dem ersten Weltkrieg waren die Katholiken und die Sozialisten ungefähr gleich stark. Die katholische Partei und der katholisch gelenkte Flügel der Arbeiterbewegung traten zum Angriff auf die Sozialisten an. Der Kampf entzündete sich vor allem an den sozialen Fragen.

Sehr zum Mißvergnügen der belgischen oberen Gesellschaftsschichten gewannen trotz allem die Sozialisten ebenso wie in anderen Ländern weiter an Boden. 1925 erschienen sogar die ersten zwei Kommunisten in der belgischen Abgeordnetenkammer. Der Kampf gegen Sozialisten und Kommunisten nahm die verschiedensten Formen an und wurde mit unterschiedlichem Erfolg geführt. Ihn näher zu beschreiben, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Hitlers Machtergreifung gab auch der belgischen Reaktion neuen Auftrieb. Zwei Jahre später entstand in Belgien die erste faschistische Bewegung. Sie bediente sich der Programme, Ideen und Schlagworte Hitlers und Mussolinis, entsprechend den Erfordernissen des belgischen Lebens modifiziert.

Wo waren die Quellen des belgischen Faschismus? Wer waren die Hintermänner dieser antidemokratischen Kraft? Die Gründer der Bewegung waren fanatische Anhänger der katholischen Kirche und repräsentierten in ihren Tätigkeitsbereichen die katholische Prominenz des Landes. So war zum Beispiel der Führer der Gruppe zugleich der Direktor des bedeutendsten katholischen Verlagsunternehmens. Die Bewegung war auf Gedeih und Verderb mit der katholischen Kirche verbunden. Ihre Führer brüsteten sich außerdem offen ihres Einflusses auf die katholischen Schichten der belgischen Bevölkerung und ihres engen Bündnisses mit den reaktionären Herren der Industrie und des Finanzkapitals.

Die belgische faschistische Partei wurde 1935 gegründet. Ihr Führer hieß Léon Degrelle. Er war Direktor des katholischen Verlagsunternehmens *Rex* (ursprünglich *Christus Rex)* und begann seine politische Karriere als Propagandist der katholischen Partei. In dieser Stellung war seine Hauptaufgabe,

Belgien mit katholischen Publikationen, wie *Die Kindesseele im Katholizismus* und *Die Erscheinung der Heiligen Jungfrau zu Beauraing*, zu überschwemmen.

Die jungen Katholiken führten ihren Kampf nach Gründung der Partei an zwei Fronten. Einmal wandten sie sich gegen die hochgestellten Finanziers und Industriebarone in den Reihen der katholischen Partei und gegen den ungerechtfertigt großen Einfluß dieser Gruppe innerhalb der Partei. Zum andern versprachen sie feierlich, unnachsichtig gegen alles zu kämpfen, was nach Demokratie und Sozialismus roch und der katholischen Kirche feindlich gesinnt war. Ihr Kampf richtete sich also in erster Linie gegen die Sozialisten, gegen die Kommunisten und gegen den Säkularstaat und in zweiter Linie gegen die einflußreiche Führungsgruppe des katholischen Belgiens – gegen die Führer der katholischen Partei.

Ist die Ähnlichkeit dieser Situation mit der Lage, die in zahlreichen anderen Ländern geschaffen wurde, nicht frappierend? Entsprach nicht die Bildung einer katholisch-faschistischen Partei in Belgien der allgemeinen Politik der Kirche in jener Zeit? War nicht ein wesentlicher Bestandteil dieser Politik die Ablösung der alten katholischen Parteien, ja selbst ihre völlige Auflösung? Sollte nicht an ihre Stelle eine neue, skrupellosere Gruppe treten?

Die Gründung der faschistischen Partei fiel in eine Zeit, in der die Sozialisten und namentlich die Kommunisten in Belgien an Stärke und Einfluß erheblich gewannen. Das beunruhigte die Mittelschichten, die in den anderen Ländern die Massenbasis für den Faschismus abgaben. Die Kirche entschloß sich also zum richtigen Zeitpunkt, eine weitere faschistische Partei in den Kampf zu werfen.

Auch von einem anderen Gesichtspunkt aus war dieser Schritt zeitlich sehr klug gewählt. In den führenden Kreisen der Katholiken war es zu großen Skandalaffären gekommen. Auch die Kirche war „in schmutzige Spekulationen verwickelt“, um „ihre Macht zu vergrößern und einige ihrer Mitglieder zu bereichern“. (*Revue de Deux Mondes* vom 15. Juni 1936)

Auf Grund dieser Tatsachen verfügte die katholische faschistische Partei über alle Vorteile, die für einen erfolgreichen Start nötig waren. Der Faschistenführer Degrelle ließ seine früheren Freunde von der alten katholischen Partei im Dreck sitzen und sicherte auf diese Weise den Vormarsch seiner eigenen Gruppe. Bei den Wahlen im Jahre 1936 erhielt die faschistische Partei, die sich inzwischen den Namen *Rexisten* zugelegt hatte, 21 Sitze in der Abgeordnetenkammer. Das war ein guter Anfang. Die Kommunisten erkämpften 9 Sitze gegenüber 2 Sitzen im Jahre 1925.

Die faschistische Partei war jedoch zu gewalttätig und zu unbeherrscht und begann sich über die Weisungen des Vatikans hinsichtlich ihrer

Beziehungen zur alten katholischen Partei hinwegzusetzen. Degrelle war zu impulsiv und unerfahren. Die Öffentlichkeit erhielt außerdem Kenntnis von geheimen Abmachungen der Rexisten mit dem faschistischen Italien und mit Nazideutschland. Aus all diesen Gründen verlor die Bewegung bald merklich an Popularität. Die alte katholische Partei gab dem Papst zu verstehen, daß sie einen zu großen Einfluß auf das Leben der Nation hätte, als daß sie sich eine so hochmütige Behandlung durch die Rexisten gefallen lassen dürfe. Sie verlangte vom Vatikan, die Rexisten in ihre Schranken zurückzuweisen, und versicherte ihm gleichzeitig, daß sie bei entsprechendem Verhalten aller Beteiligten in der Lage sei, den Sozialismus und Kommunismus zur gegebenen Zeit zu „liquidieren".

Im Jahre 1937 kam es zu einem interessanten Test. Brüssel hatte beschlossen, Degrelle als Gegenkandidaten gegen den damaligen Premierminister van Zeeland, einen unabhängigen Katholiken, aufzustellen. Degrelle genoß die Unterstützung seiner Partei und der katholischen flämischen Nationalisten. Die katholische Kirche benutzte diese Gelegenheit, die Doktrin des Rexismus als „unvereinbar mit einem guten Katholizismus" zu verwerfen. Das Ergebnis war: Degrelle erhielt nur 60 000 Stimmen, van Zeeland dagegen 275 000.

Die alte katholische Partei konnte so zwar durch ihre Bemühungen beim Vatikan einen Erfolg buchen, aber der Rexismus überlebte die Niederlage. Er bediente sich aller Schlagworte und Methoden des Faschismus. Seit der Vatikan ihm aber die kalte Schulter gezeigt hatte, konnte er sich nicht länger auf die katholische Bevölkerung stützen. Bei den Wahlen von 1939 erhielt er nur noch 4 Sitze im Parlament.

Vielleicht ist es angebracht, hier die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1939, der letzten vor dem Krieg, anzuführen. Es wurden gewählt: 73 Abgeordnete der katholischen Partei, 17 flämische Nationalisten und und 4 Rexisten, und von der antiklerikalen Seite 61 Sozialisten, 33 Liberale, 9 Radikale und 9 Kommunisten. Im Senat waren unter 150 Senatsmitgliedern nur 61 Katholiken.

Der Krieg brach aus, und die Intrigen, die zwischen den reaktionären Kreisen Frankreichs, dem Vatikan und Hitler gesponnen wurden, griffen nach Belgien über. Eine einflußreiche katholische Schicht in Belgien, die sich im wesentlichen aus Industrieherren und Finanziers zusammensetzte, versuchte zu bestimmten Abmachungen mit Hitler zu gelangen.

Der Vatikan war bei all diesen Plänen und Verhandlungen einer der wichtigsten Drahtzieher. Das soll aber nicht heißen, daß er als einziger an diesen Plänen interessiert war. Mächtige wirtschaftliche und finanzielle Interessengruppen verschiedener Länder waren ebenso wie er am Werke. Einzelheiten darüber werden wir im Kapitel Frankreich kennenlernen. An

dieser Stelle genügt es, festzustellen, daß ein französischer General belgischer Herkunft, ein ergebener Katholik, die Verbindung zwischen den französischen Verschwörern und der belgischen Gruppe hielt, die „mit Hitler zu einem Übereinkommen gelangen wollte". Der General hieß Weygand.

Der päpstliche Vertreter in Belgien stand in enger Beziehung zu einflußreichen Persönlichkeiten in der Umgebung des Königs. Er hatte, wohlgemerkt, auch mit den flämischen Nationalisten Kontakt aufgenommen, die einen unabhängigen flämisch-katholischen Staat forderten und in Hitlers geplanter Intervention eine von Gott gesandte Gelegenheit erblickten, ihre Pläne zu verwirklichen. Die flämischen Katholiken wünschten die Trennung von Belgien vor allem aus ethnischen und historischen Gründen, aber man darf nicht übersehen, daß sie alle fanatische Katholiken waren und ihr innenpolitisches Ziel in der Schaffung eines autoritären Ständestaates nach faschistischem Vorbild erblickten.

Nach Hitlers Einmarsch in Polen trat die strategische Gefährdung Belgiens durch Nazideutschland klar zutage. Trotzdem spannen die Verschwörer ihre Intrigen weiter. Das führte unter anderem dazu, daß König Leopold es so lange strikt ablehnte, sich mit französischen und britischen Experten über bestimmte Sicherheitsmaßnahmen zu beraten, bis es zu spät war. König Leopold schob dabei sogar die Bedenken seiner militärischen Ratgeber beiseite.

Die Ursachen für diese Verzögerungstaktik waren darin zu suchen, daß die in die Verschwörung verwickelten belgischen Katholiken die vatikanischen Pläne hinsichtlich Polens, Belgiens und Frankreichs durchschaut hatten. Sie wußten, um die Dinge klar beim Namen zu nennen, daß der Vatikan Hitler die Unterstützung der katholischen Kirche als Gegenleistung für den versprochenen Angriff auf den großen Feind im Osten zugesagt hatte. Sie wußten ferner, daß Hitler zugesichert hatte, die „Rechte der Kirche zu respektieren", wo immer seine Armeen „gezwungenermaßen" operieren müßten, daß er zugesichert hatte, „alle Sozialisten und Kommunisten in diesen Ländern zu zerschmettern" und, war das geschehen, sich „gegen den Osten zu wenden".

König Leopold stand völlig unter dem Einfluß der Geistlichkeit. Da er nicht über große politische Einsichten verfügte, mag dahingestellt bleiben, ob er sich der Tragweite seines Handelns bewußt war. Außer ihm waren der päpstliche Legat und der Primas der katholischen Kirche hauptverantwortlich für das nachlässige Verhalten gegenüber der heraufziehenden Gefahr. Beide standen in Geheimverhandlungen mit gewissen führenden katholischen Industrieherren und Politikern und hatten mit König Leopold mehr als einmal sehr vertrauliche Unterredungen.

König Leopold und seine Umgebung waren ferner dem Druck der faschistischen Regierung in Rom ausgesetzt, die von Hitler aufgefordert

worden war, den König zu einer ganz bestimmten Politik zu bewegen. Diese Aufgabe übernahm ein Vertreter des Hauses Savoyen, genauer gesagt, die Frau des italienischen Kronprinzen Umberto und Schwester König Leopolds. Der Plan selbst wird im nächsten Kapitel eingehender behandelt werden. Hier genügt es, darauf hinzuweisen, daß man Belgien einen Platz in dem französisch-vatikanisch-deutschen Plan zugedacht hatte, dem die Clique katholischer Industriebarone, der König und andere zugestimmt hatten.

Entsprechend diesem Plan hinderte der König, wie bereits erwähnt wurde, die Alliierten, in Belgien Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Die nazistischen Armeen konnten daher, als sie in Belgien eingefallen waren, geradenwegs zur Küste vorstoßen. König Leopold wurde von seinen katholischen Ratgebern, vor allem von dem päpstlichen Legaten und dem belgischen Primas, aufgefordert, zu kapitulieren. Eine solche Entscheidung stand im Widerspruch zu dem Willen der Regierung. Der Katholik Leopold schob jedoch die Verfassung, der er seinen königlichen Eid geleistet hatte, beiseite und vollzog selbst die Kapitulation der belgischen Armee. Später erklärte er, er habe die Alliierten vorher davon verständigt. Die Alliierten erhielten aber nie eine solche Warnung und hatten daher keine Möglichkeit, der durch den plötzlichen Ausfall der belgischen Armee entstandenen Gefahr rechtzeitig zu begegnen.

Dem Entschluß des Königs zur Kapitulation war eine Unterredung mit dem päpstlichen Legaten vorausgegangen. Unmittelbar nach der Kapitulation, noch bevor das Land von der Entscheidung erfuhr, hatte Kardinal van Roey eine vertrauliche Besprechung mit dem König, die länger als anderthalb Stunden dauerte. Was damals zwischen dem König und dem Kardinal besprochen wurde, ist nicht bekannt. Man weiß lediglich, daß beide über die Botschaft debattierten, durch die dem belgischen Volk, das in seiner Mehrheit zu kämpfen bereit war, die Kapitulation bekannt und verständlich gemacht werden sollte. Der König hatte nur unwillig der Kapitulation zugestimmt, da er eigentlich in Übereinstimmung mit dem Kabinett handeln wollte. Nach der Kapitulation lag ihm deshalb viel am Urteil der Bevölkerung. Der Kardinal übernahm es, die Handlungsweise des Königs vor den Belgiern zu rechtfertigen. Er veröffentlichte auch den Text der Briefe, die der König aus diesem Anlaß an Präsident Roosevelt und – an den Papst gerichtet hatte. Belgien wurde ein besetztes Land, ein Satellit der nazistischen Neuen Ordnung.

Die Besetzung Belgiens hatte, innenpolitisch gesehen, einen zwiespältigen Charakter. Auf der einen Seite wurden die Liberalen, die Sozialisten, die Kommunisten und alle demokratischen Institutionen, die der katholischen Kirche und „zufällig“ auch dem Naziregime feindlich gesinnt waren, unterdrückt, aufgelöst oder auf andere Weise unschädlich gemacht. Auf der

anderen Seite erfreuten sich die Organisationen der katholischen Kirche einer beispiellosen Freiheit, und die Kirche übte dank der Macht, die ihr von den Nazis eingeräumt wurde, einen bislang ungekannten Einfluß im ganzen Lande aus.

Alle politischen Parteien wurden aufgelöst, ausgenommen zwei: die ultrakatholische faschistische Rexistenpartei und die ultrakatholische flämische Nationalpartei *(Vlaamsch National Verbond)*. Die sozialistischen und kommunistischen Zeitungen wurden verboten, allein die katholischen Zeitungen durften weiter erscheinen und genossen, abgesehen von der militärischen Zensur, jede nur denkbare Freiheit.

Alle anderen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Gruppierungen und Organisationen wurden entweder unterdrückt oder von den belgischen Faschisten und den Nazis „gleichgeschaltet". Nur katholische Institutionen, Gesellschaften und Organisationen blieben unbehelligt. Die katholische Geistlichkeit behielt ihren Einfluß und ihre Autorität. Der Kardinal wurde die mächtigste politische Persönlichkeit des Landes.

Wir sahen bereits, daß Hitler den Katholizismus und den Vatikan haßte und verachtete und daß er nur dann mit ihnen zu Tauschgeschäften bereit war, wenn er sich davon wichtige Vorteile versprach. Wie läßt sich dann erklären, daß er die katholische faschistische Partei und die katholische Kirche in Belgien allmächtig machte?

Die katholische Kirche hatte kaum Nachteile durch die Besetzung. Die katholischen höheren Beamten blieben in ihren Funktionen, und die gesamte Skala der katholischen Organisationen und Institutionen religiöser, sozialer und erzieherischer Art war nicht weniger, meistens sogar intensiver tätig als in der Vergangenheit.

Zweifellos verfolgten die Deutschen lange Zeit hindurch hinsichtlich der Kirche eine Politik großzügiger Kooperation. Darüber hatte man sich bereits vor der Invasion geeinigt. Gottesdienste fanden regelmäßig statt, und die katholischen Schulen unterstanden nicht wie die kommunalen Schulen einer zentralen Überwachung. Die Anzahl der Schüler in den katholischen Schulen stieg daher an. Die katholischen Sozialorganisationen konnten, im Gegensatz zu den sozialistischen oder anderen, ihre Arbeit ungestört fortsetzen. Die katholische Partei und die katholischen Gewerkschaften hatten allerdings, gemäß den Weisungen des Vatikans und auf Hitlers Befehl, ihre „Tätigkeit eingestellt". Die nazistische Neue Ordnung erforderte eine neue katholische Partei; der Rexismus entsprach diesen Forderungen, und das Ständesystem ersetzte unter anderem die katholischen Gewerkschaften.

Alle anderen wichtigen, ihrem Wesen nach unpolitischen Organisationen der katholischen Kirche, wie die katholische Jugendorganisation, die katholischen Pfadfinder, die Bauerngilde und die Frauenorganisationen, blieben

nicht nur unbehelligt, sondern gediehen angesichts ihrer Protektion durch Nazideutschland und durch die allmächtige hohe Geistlichkeit mehr denn je.

Während die Brüsseler Universität geschlossen wurde, arbeitete die vom Vatikan kontrollierte Löwener Universität weiter. Alle belgischen Studenten wurden aufgefordert, dort ihr Studium fortzusetzen.

In der höheren Geistlichkeit Belgiens kam es trotz der Besetzung des Landes nicht zu wesentlichen Veränderungen. Die belgische Hierarchie enthielt sich in all ihren offiziellen Dokumenten mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache wert gewesen wäre, jeglicher Verurteilung des Nazismus und seiner belgischen Schüler. Die Bischöfe verurteilten nicht ein einziges Mal offiziell die Kollaborateure, wenn sie auch den Gläubigen bei der Kommunion das Tragen politischer Uniformen untersagten. Die Kirche bestand auf ihren christlichen Prinzipien des sozialen und familiären Lebens. Vor allem aber wiederholte sie die päpstlichen Verurteilungen des Sozialismus und Kommunismus und wies auf die Gefahren hin, die der Kirche aus diesen Lehren erwüchsen.

Die Handlungsweise des Königs stieß bei der Mehrheit des belgischen Volkes zumindest auf große Skepsis. Diese Skepsis richtete sich aber zugleich und in weit größerem Maße gegen die katholische Kirche. Der Kardinal und seine Bischöfe beschlossen daher, die belgische Bevölkerung durch eine Propagandakampagne von der Weisheit und der Richtigkeit der königlichen Handlungsweise zu überzeugen. Man hoffte dadurch die Loyalität zum Thron auch für die Zukunft zu erhalten. Die Loyalität der Bevölkerung zum König lag den belgischen Bischöfen ganz besonders am Herzen. Sie forderten sie wiederholt in ihren Hirtenbriefen. In einem dieser mahnenden Briefe hieß es zum Beispiel: „Enthalte Dich der unangebrachten und oftmals verleumderischen Kritik gegenüber jenen, die auf Deine Ehrerbietung Anspruch haben."

Der Kardinal und die Bischöfe äußerten sich niemals feindselig gegen den Faschismus. Wenn sie das Regime kritisierten, so bezog sich ihre Kritik lediglich auf Angelegenheiten, in denen „der totalitäre Staat die katholische Kirche bedrohen" könnte. Und sie forderten von den Belgiern klar und eindeutig, sich dem Nazismus zu fügen: „Unter den gegenwärtigen Umständen solltet Ihr die Autorität der Besatzungsmacht anerkennen und ihr gehorchen, wie es uns das Völkerrecht gebietet" (erster gemeinsamer Hirtenbrief der belgischen Bischöfe vom 7. Oktober 1940). Später, als sich das Kriegsglück gegen die Nazis kehrte, und erst recht nach der Befreiung Belgiens, begann sich die belgische Hierarchie ihrer angeblichen Proteste gegen die Nazis zu rühmen.

Was aber hatte es mit diesen Protesten in Wirklichkeit auf sich? Es trifft zu, daß die Bischöfe und der Kardinal nach zwei oder drei Jahren Besetzung

einigemal gegen Maßnahmen der Nazis Protest erhoben. Was waren aber die Anlässe zu diesen Protesten? Waren es die Unmenschlichkeiten der Nazis, war es das Blutbad, in das sie die Welt stürzten? Nein, nicht im geringsten! Die Kardinäle und Bischöfe protestierten, weil die Nazis die belgischen Bergarbeiter zwangen, auch sonntags zu arbeiten, und sie dadurch am Kirchgang hinderten. Kardinal van Roey bezeichnete in einem Schreiben an den Nazimilitärbefehlshaber von Falkenhausen vom 1. Mai 1942 diese Maßnahme als im Widerspruch zum Artikel 46 der Haager Konvention stehend. Die Konvention verpflichtete die Besatzungsmacht, „die religiöse Überzeugung und Praxis" des besetzten Landes zu respektieren. Falkenhausen schloß seine Antwort an van Roey mit dem bezeichnenden Satz: „Schließlich drängt es mich, Eurer Eminenz von ganzem Herzen für die Sorge zu danken, die Sie in so selbstloser Weise der Sache, die ich vertrete, entgegengebracht haben."

Andere Beschwerden betrafen die Entfernung von Kirchenglocken durch die Nazis, das Verbot von Kollekten bei Begräbnissen und ähnliche Fragen.

Unterdessen organisierten die faschistisch-katholischen Gruppen eine wilde antisowjetische Propaganda und stellten Legionen zum Kampf an der Ostfront auf. Fast alle Freiwilligen dieser Legionen waren eifrige Katholiken. Die berüchtigste unter ihnen war die flämische antibolschewistische Legion, die der SS-Division Flandern zugeteilt war. Degrelle ging selbst an die Ostfront.

Die rexistische Partei stieß auf immer größere Feindschaft in der Bevölkerung und schrumpfte trotz stärkster Förderung durch die Nazis zu einer bedeutungslosen Gruppe zusammen. Wie unpopulär die Rexisten geworden waren, geht aus einem Zwischenfall hervor, der sich mit dem Rexistenführer Degrelle ereignete. Degrelle hatte in Bouillon einen Zusammenstoß mit dem Ortsgeistlichen und sperrte ihn darauf im Keller seines Hauses ein. Deutsche Soldaten befreiten den Pfarrer aus der Haft. Der Bischof von Namur exkommunizierte Degrelle wegen dieses Vergehens an einem Geistlichen. Degrelle wurde wieder an die Ostfront geschickt. Die Exkommunikation des Führers einer katholischen Partei wurde vom Vatikan nicht gebilligt. Degrelle erhielt Absolution und die Erlaubnis, in den Schoß der Kirche zurückzukehren. Ein deutscher Bischof regelte dies, während Degrelle sich an der Ostfront befand. Der Bischof von Namur, der die Exkommunikation in Übereinstimmung mit dem kanonischen Recht ausgesprochen hatte, wurde im Dezember 1943 gezwungen, die Aufhebung der Exkommunikation anzuerkennen. Das kanonische Recht besagt, daß jeder katholische Laie, der Hand an einen Priester legt, sich selbst *(ipso facto)* exkommuniziert.

Die niedere katholische Geistlichkeit hielt sich auch in Belgien nicht allzu sklavisch an die Weisungen ihrer Hierarchie und rebellierte ziemlich häufig.

Überdies gab es zahlreiche gläubige Katholiken, unter ihnen sogar Angehörige der niederen Geistlichkeit, die aktiv in der Widerstandsbewegung mitarbeiteten und tapfer gegen die Nazis kämpften.

Nach der Befreiung Belgiens durch die Alliierten behaupteten der Kardinal und seine Bischöfe, sie hätten gegen die Nazis gekämpft. Wir wissen aber, was es mit ihren Protesten in Wirklichkeit auf sich hatte. Bei all seinen Versuchen, die Bevölkerung von seinem angeblichen Widerstand gegen die Nazis zu überzeugen, konnte der Kardinal doch nicht die wahren Ursachen seiner Proteste verheimlichen. Er erklärte, um seine angebliche Freude über die endgültige Niederlage der Nazis zu begründen: „Wenn der Nazismus in Belgien gesiegt hätte, wäre es zur völligen Erwürgung der katholischen Religion gekommen.“ Er verschwieg dabei geflissentlich, daß er und die Kirche aus ganzem Herzen mit den Nazis zusammengearbeitet und dafür von ihnen weitgehende Freiheit erhalten hatten. Der Kardinal gab dies bei einer anderen Gelegenheit selbst zu, als er erklärte: „Während der Okkupation ist das religiöse Gefühl gewachsen, und die kulturellen, philanthropischen und sozialen Organisationen der Kirche blühten wie nie zuvor.“ Trotzdem hatten der Kardinal und seine Bischöfe die Stirn, zu behaupten, sie hätten die Nazis „Tag für Tag um unserer Prinzipien willen bekämpft“.

Um welche Prinzipien es sich dabei handelte, wurde nicht näher erläutert oder vielleicht allzu verschleiert ausgedrückt. Welche Prinzipien meinte denn der Kardinal, wenn er laut *Catholic Herald* im Dezember 1944 zu einem Reuterkorrespondenten sagte: „Wir hatten Anlaß, die Deutschen zu bekämpfen und zu verurteilen, denn sie entwendeten aus den Kirchen neben gesegneten und geheiligten Gegenständen mehr als 32 000 Tonnen bronzener Kirchenglocken, um sie als Kriegsmaterial zu verwenden.“

Man sagt nicht zuviel, wenn man feststellt, daß diese Äußerung des Kardinals van Roey der einzige ernsthafte und ehrliche Protest der katholischen Kirche Belgiens gegen die Nazis war. Keine noch so umfangreiche Erklärung über die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Belgien kann jemals die katholische Kirche von ihrer Schuld an den tragischen Ereignissen in Belgien rein waschen. Folgende Tatsachen sprechen für sich: Die katholische Kirche war bereits vor der nazistischen Invasion in Belgien eifrig am Werke, dem Nazismus durch die Gründung einer faschistischen Partei innerhalb des Landes den Weg zu ebnen; sie setzte während der Feindseligkeiten alles daran, Belgien zu einer baldigen Kapitulation zu bewegen; sie verurteilte während der Okkupation nicht ein einziges Mal den Nazismus als solchen, sondern arbeitete mit ihm zusammen; schließlich war der Vatikan selbst unablässig bemüht, Belgien seine Rolle in dem großen Plan spielen zu lassen, der in Rom mit dem Ziel ausgeheckt worden war, den Faschismus über die ganze Erde zu verbreiten.

KAPITEL XVI Frankreich und der Vatikan

Die katholische Kirche und die Napoleonische Diktatur – Die katholische Kirche und die Dritte Republik – Erster katholischer Kreuzzug gegen die „Roten“ – Schwindende Macht der katholischen Kirche – Haß der Katholiken auf die Republik – Gespannte Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem republikanischen Frankreich – Zwischen den beiden Weltkriegen – Wachsender Einfluß der katholischen Kirche – Organisationen der katholischen Kirche – Eingriffe des Vatikans in die französische Innen- und Außenpolitik – Politischer Druck des Vatikans auf die französische Regierung mit Hilfe Elsaß-Lothringens – Der Alptraum des Vatikans: ein „rotes“ Frankreich – Bündnis des Vatikans mit den reaktionären Elementen gegen eine Ausbreitung des Kommunismus – Die katholische Reaktion. Katholische faschistische Parteien – Die katholische Reaktion wird politisch aktiv – Bündnis der katholischen Reaktion mit den anderen reaktionären Schichten der französischen Gesellschaft – Pétain und die Offizierskaste – Der katholische Plan, in Frankreich einen katholischen Ständestaat zu errichten – Pétain, Laval, der Vatikan, General Franco – Komplikationen mit Mussolini und Hitler – Pétain: „Sie werden mich in der zweiten Maihälfte noch brauchen.“ Pétain kommt an die Macht – Freude im Vatikan über die Kapitulation Frankreichs – Das Pétainregime, ein Ständestaat auf der Grundlage der Soziallehren der katholischen Kirche – Das Ständesystem. Die Arbeitsgesetzgebung nach italienischem Vorbild – Die Familie – Einheitliche katholisch-faschistische Jugendorganisationen – Das Erziehungswesen – Privilegien für die katholische Kirche – Die katholische Kirche begrüßt das neue Regime und arbeitet mit den Nazis zusammen – Unterschiedliches Verhalten der höheren und der niederen Geistlichkeit zu Pétain und den Nazis – Die katholische Kirche drängt die Franzosen zur Kollaboration – Die Verantwortung des Vatikans – Der große Plan eines katholisch-romanischen Staatenblocks – Schlußfolgerung.

Die Geschichte der diplomatischen, politischen und sozialen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan ist sehr aufschlußreich. Jeder Leser, der sich mit dem Einfluß des Vatikans in unserer Zeit beschäftigt, sollte an ihr nicht vorübergehen. Nur in wenigen Ländern war die Kirche so mächtig und zugleich so schwach; nur in wenigen Ländern mußte sie zu solch raffinierten und skrupellosen Mitteln greifen, um ihre Autorität zu wahren, und trotzdem erleben, daß ihr Einfluß unter der Bevölkerung des Landes von Jahr zu Jahr zurückging.

Die Machenschaften des Vatikans in Frankreich erreichten ihren Höhepunkt in dem Jahrzehnt, das der Niederlage Frankreichs im zweiten Weltkrieg vorausging, und in den anschließenden Jahren der Besetzung des Landes durch Hitlerdeutschland. Bevor wir aber die bedeutsame Rolle untersuchen, die der Vatikan beim Niedergang der Dritten Republik und bei der Errichtung eines halbfaschistischen autoritären Staatswesens spielte, müssen wir uns, wenn auch nur kurz, mit dem geschichtlichen Hintergrund der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan

befassen, damit wir die Ereignisse, die uns später beschäftigen werden, im richtigen Licht zu sehen vermögen.

Die katholische Kirche übte jahrhundertelang einen starken Einfluß auf das politische und soziale Leben Frankreichs aus. Sie erfreute sich bis zur Französischen Revolution einer privilegierten Stellung. Seit dem frühen Mittelalter stand sie in einem engen Bündnis mit der Monarchie. Als Gegenleistung gewährte die Krone ihr Vorrechte aller Art. Die Geistlichkeit gehörte zu dem ersten der drei führenden Stände des Reiches. Riesigen Landbesitz und andere ungeheure Reichtümer nannte die Kirche ihr eigen. Das Erziehungswesen lag völlig in ihren Händen. Aber diese Herrlichkeit endete mit dem Ausbruch der Französischen Revolution. Die neuen Mächte versetzten der Kirche schwere Schläge. Kirche und Staat wurden getrennt, die religiösen Orden unterdrückt, die Privilegien der Geistlichkeit aufgehoben, die kirchlichen Ländereien nationalisiert. Die Kontrolle über das Erziehungswesen ging in die Hände des Staates über.

Die katholische Kirche war ein erbitterter Feind der Revolution. Sie hatte nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa mit aller Macht gegen die revolutionären Lehren gekämpft. Als Napoleon seine Diktatur zu errichten begann, besserten sich die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Obwohl es im Laufe der Jahre zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem Kaiser und dem Papst kam, normalisierten sich im allgemeinen die Beziehungen wieder. Napoleon schloß sogar, von sozialen und politischen Überlegungen ausgehend, ein Konkordat mit der Kurie, ähnlich wie es später zwei andere Diktatoren, Hitler und Mussolini, taten. Napoleons Konkordat blieb bis 1905 in Kraft.

Mit der Errichtung der Dritten Republik im September 1870 ging die in den Tagen Napoleons begonnene Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche ihrem Ende zu. Die Republik war entschlossen, die Privilegien der Kirche aufzuheben und ihren Einfluß aus dem sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben der Nation zu verdrängen. Die Kirche bekämpfte die Dritte Republik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. Sie forderte alle Katholiken und alle interessierten Schichten der Gesellschaft auf, die Republik in jeder nur möglichen Weise zu boykottieren und zu unterminieren. Der Vatikan wollte „sich der Dritten Republik entledigen".

Wir wissen bereits, weshalb die katholische Kirche alle diktatorischen Staatsformen begrüßte und unterstützte und allen Formen einer Volksregierung den schärfsten Kampf ansagte. Das Aufkommen der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts veranlaßte sie zu dieser Haltung. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Erschreckend und erschütternd war in dieser Periode die Reaktion der Kirche auf die Ausrufung der Pariser Kommune, auf dieses Ereignis, das so

eng mit dem Geschehen unserer Tage verknüpft ist. Die Pariser Kommune von 1871 war ein Keim, ein Vorbote der Sowjetmacht des 20. Jahrhunderts. Beide forderten die katholische Kirche und alle anderen reaktionären Schichten der Gesellschaft in die Schranken.

Die Pariser Kommune gab der Welt einen Vorgeschmack, wie sich die katholische Kirche verhalten würde, falls sich ein ähnliches Geschehen wiederholen sollte. Die Kirche unternahm alles, was in ihrer Macht stand, um die Kommune zu zerschlagen. Die französische Geistlichkeit und alle Katholiken wurden aufgerufen, sie zu vernichten. Der Vatikan schleuderte Bannflüche gegen den Geist und die Lehren der Kommune und verfolgte ihre Führer zeit ihres Lebens und über ihren Tod hinaus. Der Vatikan nahm außerdem die Gelegenheit wahr, einen moralischen Kreuzzug gegen die Ideen einzuleiten, von denen die Pariser Kommune beseelt war. Dabei ging es ihm vor allem darum, den Mittelschichten und allen reaktionären Schichten der Gesellschaft Angst und Schrecken vor den *Communards* einzuflößen.

Nach der blutigen Niederschlagung der Kommune rühmten sich die Katholiken ihrer überwältigenden Mehrheit in der Kammer (1877). Aber seit dieser Zeit vermochten sie nicht einen einzigen Staatsmann und nicht eine einzige parlamentarische Gruppe hervorzubringen, die politisch von Bedeutung gewesen wären.

Trotz aller Anstrengungen hielt der Rückgang des religiösen Einflusses der Kirche an. Man sagte von Frankreich bereits, es sei das religionslose Land Europas geworden. Gleichzeitig wurde die sinkende politische Macht der Kirche offenbar. In den wenigen Jahren von 1877 bis 1880 schmolz die Zahl der katholischen Kammerdeputierten von 500 auf 80 zusammen.

Seit 1880 wurde die Tätigkeit der religiösen Orden in Frankreich durch zahlreiche Bestimmungen erheblich eingeschränkt. Eine der ersten Maßnahmen war die erneute Auflösung der französischen Jesuitenorganisation. Im Jahre 1882 wurde die Grundschulausbildung säkularisiert; 1884 wurde obligatorisch die Zivilehe eingeführt; 1886 wurden die Mitglieder religiöser Orden von allen Lehrämtern an staatlichen Schulen ausgeschlossen.

Auf jede dieser Maßnahmen beschworen die Kirche und der Vatikan den Zorn Gottes herab. Sie riefen alle Katholiken auf, ihnen bei der Zerstörung der Republik zu helfen, die es gewagt hatte, die kostenlose Schulbildung einzuführen, auf der Zivilehe zu bestehen und die Lehrtätigkeit an den staatlichen Schulen den staatlich geprüften Lehrkräften vorzubehalten. Beinahe jede Woche wurden neue Bannflüche durch den Vatikan, die Kardinäle und die Geistlichkeit verkündet. Man scheute keine Mittel, die Gläubigen gegen die Regierung und gegen alle republikanischen Institutionen zu hetzen, um den Zusammenbruch der Republik herbeizuführen. Der

Vatikan lag der französischen Bevölkerung unablässig mit der Forderung in den Ohren, die von ihr gewählte Regierung zu beseitigen, wenn sie ihr Seelenheil retten wolle. Zwanzig Jahre lang weigerte sich der Vatikan hartnäckig, die Existenz des republikanischen Systems in Frankreich offiziell zur Kenntnis zu nehmen.

In jener Zeit bekannte sich jeder Franzose, der Wert darauf legte, als guter Katholik zu gelten, zu einer der von der Kirche geförderten Bewegungen, seien es die Monarchisten, die Legitimisten, die Orleanisten, die Bonapartisten oder selbst die Solutionisten (darunter verstand man all jene, die jedes andere Regime dem republikanischen vorzogen). Im Jahre 1885 vereinigte die *Union Conservative* diese zersplitterten Kräfte und hielt mit einer starken Streitmacht von 200 Abgeordneten Einzug in das Parlament. Die Radikalen hatten 180, die Opportunisten ebenfalls 200 Sitze. Die *Union Conservative* weigerte sich, mit der Republik selbst den kleinsten Kompromiß zu schließen, und scheute sich nicht, sogar mit den Oopportunisten und ähnlichen Gruppen zusammenzuarbeiten, um die Radikalen bekämpfen zu können.

Als der Vatikan schließlich nach zwanzigjährigem fruchtlosem Kampf einsehen mußte, daß sich seine Bemühungen und Hoffnungen auf eine Zerstörung der Republik nicht erfüllten und die Republik alle Aussicht hatte, weiterzubestehen, wechselte er plötzlich seine Taktik und zog es vor, anzuerkennen, daß Frankreich eine Republik war. Diese radikale Wendung war nicht die letzte ihrer Art in unserem Jahrhundert. Die Päpste mußten solche Entscheidungen immer dann fällen, wenn die katholische Partei des jeweiligen Landes die ihr vom Vatikan zugedachte Aufgabe nicht erfüllte.

Nachdem sich der Vatikan für diesen neuen Kurs entschieden hatte, wandte er alle für seine Politik charakteristischen Kniffe an, um das Schiff auf den neuen Kurs zu bringen.

Eines Tages im Jahre 1890 rief Leo XIII. den Kardinal Lavigerie zu sich und eröffnete ihm seinen Entschluß, die Politik der „Zerschlagung der alten Parteifassade“ zu beginnen – eine Politik, die Pius XI. fünfunddreißig Jahre später in anderen Ländern wiederaufleben ließ. Kurze Zeit später rief der Kardinal anläßlich eines Trinkspruchs „mit dem sicheren Gefühl, daß keine Stimme von Autorität seine Haltung mißbilligen werde“, die französischen Katholiken auf, sich um die republikanische Verfassung zu scharen, und befahl als Zeichen seines guten Willens dem Orchester, die Marseillaise zu spielen.

Der „neue Geist“ brachte der Kirche auf dem Gebiet der Legislative und der Exekutive einige Früchte, aber die Einheit der katholischen Reihen, die zur Erreichung weiterer Erfolge unumgänglich war, kam nicht zustande;

der engstirnige Fanatismus der Katholiken verhinderte sie. Als ein weitsichtiger Katholik, Jacques Piou, im Jahre 1902 die *Action Liberale* schuf, war es zu spät; die Trennung zwischen Kirche und Staat war bereits vollzogen.

Im ersten Weltkrieg zeigte die Gründung der *Union Sacrée* des Herrn Poincaré, wie ein wirklich dauerhafter „neuer Geist" beschaffen sein mußte. Nach dem Krieg entdeckten einige katholische Parlamentarier ihr „soziales Gewissen". Sie entschlossen sich, dem Katholizismus einen neuen, weniger reaktionären Mantel zu geben, und suchten Anschluß bei der Linken. Aber die Kirche erhob wieder Einspruch, der Plan wurde nicht verwirklicht. Auch eine andere Konzeption war gescheitert, die nach deutschem Vorbild eine Koalition mit den Sozialisten vorsah. Cornilleau hatte diesen Plan unterstützt und eine Bewegung unter der Losung *Pourquoi pas?* ins Leben gerufen. Aber die französischen Katholiken weigerten sich hartnäckig, ein Bündnis mit den Sozialisten einzugehen, und gaben diese Haltung bis zum Zusammenbruch Frankreichs im Frühjahr 1940 nicht auf. Viele von ihnen organisierten sich aus Verzweiflung, daß ihre Bemühungen, auf demokratischem Wege ans Ziel zu gelangen, keinen Erfolg hatten, in halbfaschistischen und faschistischen Gruppen, um die Republik zu zerstören und auf diese Weise die Herrschaft der Kirche wiederaufzurichten.

Die französische Republik verhielt sich im Unterschied zu anderen Ländern mit katholischen Regierungen oder katholischen Führern ihren Gegnern und vor allem der Kirche gegenüber außerordentlich tolerant. Sie blieb tolerant trotz des Hasses, mit dem die Kirche sie fortwährend verfolgte. Ihre Duldsamkeit ging so weit, daß sie mehr als einmal beschlossene Gesetze, die der Kirche Nachteile brachten, nicht durchführte und nicht einschritt, wenn die Kirche sich mit ihrer Propaganda in ökonomische, soziale und politische Fragen des Landes einmischte.

An dieser Toleranz des Staates liegt es auch, daß die religiösen Orden, trotz der Gesetze aus den achtziger Jahren, zu Beginn des Jahrhunderts noch ungewöhnlich starken Einfluß hatten. Nach wie vor wurden mehr als die Hälfte aller Schüler der Mittelschulen von Priestern und Ordensbrüdern unterrichtet. Einige dieser Orden setzten ihre politische Tätigkeit fort, und in den Tagen der Dreyfusaffäre mußten staatliche Stellen gegen den von diesen Orden geschürten Antisemitismus einschreiten.

Die französische Republik begab sich durch ihre demokratische und tolerante Haltung zur Kirche der Möglichkeit, schärfere Maßnahmen gegen die restaurativen Kräfte unter den Katholiken zu ergreifen. Man hätte zu diesem Zweck das Vereinigungsrecht beschneiden müssen, aber das wäre zu Lasten der Gewerkschaften gegangen. Die Lösung dieser Schwierigkeit fand man im Vereinigungsgesetz von 1901, das die Ausübung des Vereinigungsrechtes davon abhängig machte, daß die Gründung oder Auflösung einer

Vereinigung durch einen besonderen parlamentarischen Akt gebilligt werden mußte. Die Kirche sah in dem Vereinigungsgesetz eine schwerwiegende Beschränkung ihrer Rechte. Das Parlament genehmigte fünf Ordensgemeinschaften. Viele Ordensbrüder verließen das Land, unter ihnen die Benediktiner, die Karmeliter und vor allem die Jesuiten, die trotz des Gesetzes von 1880 wieder in Frankreich eingesickert waren.

Das Gesetz von 1901 verbot jedem Angehörigen eines vom Parlament nicht zugelassenen Ordens, in Frankreich eine Lehrtätigkeit auszuüben. Im Jahre 1902 schloß ein antiklerikales Kabinett mehr als 14000 konfessionelle Schulen. Diese Zahl zeigt, wie groß die Toleranz der „atheistischen Republik" bis dahin gewesen war. Als sich dann die feindselige Haltung der Kirche gegen den Staat verstärkte, verbot der Staat im Jahre 1904 allgemein der Geistlichkeit, Schulen zu unterhalten.

Der Kampf zwischen der Republik und dem Vatikan nahm an Heftigkeit zu und blieb, wie in anderen Ländern, nicht auf das Gebiet der Religion beschränkt. Gerade durch seine Ausweitung auf das soziale und politische Gebiet zeigte sich seine wahre Natur. Im Juli 1904 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan abgebrochen. Das Separationsgesetz von 1905 (Trennung von Kirche und Staat) trieb die Auseinandersetzung auf die Spitze. Das Gesetz garantierte die Freiheit des Gewissens und die freie Ausübung des Gottesdienstes, bevorzugte keine bestimmte Religion und untersagte künftig finanzielle Zuwendungen des Staates an die Kirche. Damit war das Konkordat von 1801 außer Kraft gesetzt.

Der Vatikan schleuderte abermals einen Bannfluch nach dem anderen gegen die Republik, die es gewagt hatte, die Vorherrschaft der katholischen Kirche anzuzweifeln und alle anderen religiösen Bekenntnisse mit ihr auf eine Stufe zu stellen. Die Republik ließ sich aber dadurch nicht einschüchtern. Nachdem sie dem Vatikan das Religionsmonopol verweigert hatte, ordnete sie an, die Gebäude aller religiösen Körperschaften, gleich welcher Konfession, den *Associations Cultuelles* zu unterstellen. Darunter verstand man Vereinigungen, die sich mit öffentlicher Wohltätigkeit befaßten und die sich selbst finanzieren mußten.

Der Vatikan befahl unter Berufung auf besondere Rechtsansprüche der katholischen Kirche allen französischen Katholiken, der Republik den Gehorsam zu verweigern. Er mischte sich dadurch von neuem in das innere Leben der Nation ein. Der Papst verbot den französischen Gläubigen bei Strafe der ewigen Verdammnis in der kommenden Welt, sich an Vereinigungen dieser Art zu beteiligen. Erst 1907 gelangte man in dieser Frage zu einem Kompromiß. In einem Gesetz wurde festgelegt, daß die kirchlichen Gebäude, falls man sich weiter weigerte, solche *Associations Cultuelles* zu bilden, in das Eigentum des Staates oder der Gemeinde übergehen sollten. Das

bedeutete, daß die Geistlichkeit und die Kongregationen weiter über diese Gebäude verfügen konnten.

Im ersten Weltkrieg und unmittelbar danach besserten sich auf Grund zahlreicher Faktoren die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Zwei dieser Faktoren waren die Dienstleistungen der Geistlichkeit im Kriege und die Rückkehr Elsaß-Lothringens mit seiner überwiegend katholischen Bevölkerung.

Das Separationsgesetz hatte für die Kirche noch eine andere, höchst unerwünschte Folge: Die durch den Wegfall der staatlichen Unterstützungen eingetretene Verarmung des niederen Klerus brachte ihn denen näher, für die er eigentlich tätig war. Je stärker die Arbeiterbewegung wurde, um so mehr beschränkte sich der Antiklerikalismus auf die Linksparteien. Im Parlament erschien um diese Zeit unter dem Namen *Parti Démocrate Populaire* eine katholische Linke.

Im Jahre 1921 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der französischen Republik und dem Vatikan wiederaufgenommen, und 1924 kam es zu einer beide Seiten zufriedenstellenden Lösung der Probleme, die im Zusammenhang mit den *Associations Cultuelles* entstanden waren. Die *Associations Diocésaines* unter der Leitung des jeweiligen Bischofs wurden wiedereingeführt.

Zu dieser Zeit kehrten viele Mitglieder religiöser Orden nach Frankreich zurück und nahmen mit Zustimmung der Republik von neuem ihre Tätigkeit auf. Es war aber auch eine beachtliche Anzahl Ordensgeistlicher in Frankreich geblieben, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Durchführung der Gesetze von 1901 und 1905 nicht einfach war und der Staat sich außerordentlich tolerant zeigte. Versuche des Staates, diese Gesetze zumindest hinsichtlich der Lehrorden durchzusetzen, hatten wenig Erfolg, weil man nicht die entsprechende Anzahl weltlicher Lehrkräfte zur Verfügung hatte. Ähnlich verhielt es sich mit den Pflegeorden. Nach 1918 wurden die Gesetze gegen die Geistlichkeit, obwohl sie noch in Kraft waren, sehr weitherzig ausgelegt, wenn man sich ihrer überhaupt bediente. Die Geistlichkeit durfte Schulen unterhalten, wenn sie in ihnen nicht selbst unterrichtete. Auch die Jesuiten durften seit 1919 wieder in Frankreich tätig sein. Einer der letzten Beschlüsse der Dritten Republik war, den Kartäusern die Rückkehr in ihr Kloster *Grande Chartreuse* zu gestatten. Der Orden hielt dort nach siebenunddreißigjährigem Exil am 21. Juni 1940, also wenige Tage vor dem Waffenstillstand, seinen Einzug.

Bevor wir uns mit den Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Republik im zweiten Weltkrieg befassen, ist es notwendig, die Stärke der katholischen Kirche Frankreichs in der Zeit zwischen den beiden Kriegen zu untersuchen.

Frankreich war, wie bereits erwähnt, trotz seiner vorherrschend antikatholischen und antiklerikalen Geisteshaltung ein traditionell katholisches Land. 1936 schätzte man, daß etwa 34 Millionen Franzosen, das heißt 80 Prozent der Bevölkerung, nominell katholisch waren. Ungefähr drei Viertel dieser Gläubigen beschränkten sich in der praktischen Religionsausübung auf Taufe, Hochzeit und Begräbnis, viele von diesen nominellen Katholiken waren sogar kirchenfeindlich eingestellt. Amtliche katholische Stellen schätzten die Anzahl der Katholiken, die mehr oder weniger regelmäßig die Messe und die Beichte besuchten, auf etwa 20 bis 23 Prozent der Bevölkerung Frankreichs.*

Klassenzugehörigkeit und Wohnsitz beeinflussen die Proportion zwischen aktiven und nominellen Katholiken beträchtlich. Das müssen wir beachten, wenn wir die Vorgänge untersuchen, die zum Zusammenbruch Frankreichs und zur Bildung einer Kollaborationsregierung führten. Die fanatischsten Katholiken sind in den Reihen der Aristokratie, der Gutsbesitzer, der Militärkaste und allgemein in den Reihen der wohlhabenden Schichten zu finden. Im Kleinbürgertum sind nur etwa ein Drittel aktive Katholiken; die meisten sind religiös indifferent, eine Minderheit verhält sich aktiv antiklerikal.

Wie in allen anderen katholischen Ländern, so findet man auch in Frankreich in der Arbeiterklasse die wenigsten aktiven Katholiken. Nur an einigen Orten, so in Lille, gibt es unter den Arbeitern der Schwerindustrie, der Textilindustrie und der Eisenbahnen eine Minderheit, die aktiv katholisch ist. Unter den Angestellten und Arbeitern der Leichtindustrie und unter den kleinen Gewerbetreibenden ist der Anteil der aktiven Katholiken höher. Daß die Kirche in den zurückgebliebenen ländlichen Bezirken tiefer verwurzelt ist als in der Stadt, bedarf keiner besonderen Begründung. Etwa die Hälfte der französischen Bevölkerung ist weder besonders fromm noch aktiv antiklerikal. Allerdings stellen die Frauen aus Gründen, deren Untersuchung hier zu weit führen würde, einen größeren Anteil aktiver Katholiken als die Männer. Viele von ihnen gehören auch dann frommen Zirkeln an, wenn ihre Männer sich offen antiklerikal oder indifferent verhalten.**

Diese Analyse war deshalb wichtig, weil sie uns Aufschluß über die politische Haltung der französischen Kirchgänger gibt. Außerdem sollte man

* Das französische Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung ermittelte 1946 folgendes Ergebnis: 33 Prozent der Befragten gaben an, daß sie sonntags die Messe besuchten; 55 Prozent erklärten, daß sie das nicht täten; 4 Prozent antworteten, sie seien nicht katholisch; 8 Prozent verweigerten die Auskunft.

** Als die Frauen in Frankreich nach dem zweiten Weltkrieg das Wahlrecht erhielten, verpflichtete die Hierarchie sie, zur Wahl zu gehen und für die katholische Partei zu stimmen. Das führte zu einer wesentlichen Stärkung der neuen katholischen Partei.

in den englisch sprechenden Ländern und anderswo nicht vergessen, daß ein Franzose, der antiklerikal eingestellt ist, deswegen durchaus nicht Atheist oder Ungläubiger zu sein braucht. Er kann im Gegenteil sogar ein frommer Katholik sein. Sein Antiklerikalismus richtet sich nicht gegen die Religion, sondern vor allem gegen den Einfluß der Kirche auf die politischen Angelegenheiten seines Landes.

Die Kirche unterhält trotz der verbreiteten Indifferenz der Bevölkerung in ganz Frankreich ein weitverzweigtes Netz von Organisationen. Diese durchdachte Organisationsmaschinerie der Kirche überdeckt gewissermaßen die wahren Gefühle der Nation.

Vor 1940 schätzte man die Anzahl der niederen Geistlichen auf etwa 52 000, unter ihnen ungefähr 12 000 Ordenspriester. Über diese Armee einfacher Geistlicher gebieten annähernd 70 Bischöfe, nicht eingerechnet die 26 Bischöfe ohne Diözese.

Die Bischöfe unterstehen den Erzbischöfen. Je vier oder fünf Diözesen bilden ein Erzbistum.

Die Erzbischöfe von Paris und Lyon und der Bischof von Lille sind Kardinäle. Die Erzbischöfe und Bischöfe sind die Gehilfen des Papstes. Eine Reihe französischer Bistümer von hoher politischer Bedeutung, zum Beispiel Straßburg und Metz, unterstehen dem Papst unmittelbar. Die Bischöfe sind auch für das kirchliche Erziehungswesen im Bereich ihrer Diözese verantwortlich; jede Diözese hat einen *Directeur*, dem die Kontrolle der kirchlichen Schulen obliegt.

Alle Bischöfe und Erzbischöfe sind unmittelbar dem päpstlichen Nuntius als dem Vertreter des Papstes in Frankreich verantwortlich. Solange der Nuntius bei der französischen Regierung akkreditiert ist, ist die Kirche Frankreichs seiner Autorität unterworfen. Trotzdem liegen die Hauptaufgaben des Nuntius auf diplomatischem Gebiet.

In Frankreich gibt es viele Hunderte religiöser Orden; es ist daher unmöglich, einen genauen Überblick über ihre Organisation zu geben. Jeder Mönchs-, Laien- oder Nonnenorden hat seine eigene Verwaltung und seine speziellen Beziehungen zum Episkopat. Einige Orden sind in wesentlichen Fragen von den Bischöfen unabhängig und nur dem Heiligen Stuhl verantwortlich. Andere arbeiten eng mit den Bischöfen zusammen. Dies gilt namentlich für die Lehrorden. Auch die Nonnenorden unterliegen gewöhnlich den bischöflichen Entscheidungen. Die wichtigsten Orden sind die Jesuiten, die Dominikaner, die Franziskaner, die Benediktiner, die Oratorianer, die Zisterzienser und einige andere.

Die Gesellschaft Jesu nennt sich in Frankreich *Compagnie de Jésus*. Die französischen Jesuiten bilden innerhalb ihrer Organisation eine eigene Assistenz. Der Assistenzgeneral für Frankreich residiert gewöhnlich in Rom,

um, wie die Assistenzgenerale von Polen, Deutschland und anderen wichtigen Ländern, dem Papst nahe zu sein. Der Assistenzgeneral des jeweiligen Landes hat keine Exekutivvollmachten; er ist dem Jesuitengeneral unterstellt, der den gesamten Orden befehligt und allein dem Papst verantwortlich ist. Der General ernennt für jede der vier Provinzen, in die Frankreich im Rahmen der jesuitischen Verwaltung aufgeteilt ist, einen Provinzialen. Jede der französischen Jesuitenprovinzen umfaßt etwa ein Viertel des Landes. Die Provinzialhauptquartiere befinden sich in Lille, Paris, Toulouse und Lyon. In den letzten Jahren der Dritten Republik gehörten zu jeder Provinz 700 bis 1000 Jesuiten.

Die französischen Jesuiten sind vor allem im Erziehungswesen und in der Auslandsmission tätig. Sie unterhalten zahlreiche Seminare, sind Lehrer an der Katholischen Fakultät der Pariser Universität und betreiben in Paris ein Zentrum für soziale Studien, die *Action Populaire*, die regelmäßig die *Dossiers d'Action Populaire* und andere Arbeiten auf sozialem Gebiet veröffentlicht. Die wichtigsten Gebiete der jesuitischen Missionsarbeit sind oder waren Madagaskar, China, Syrien, der Libanon und Indien.

Die Jesuiten waren jahrhundertelang trotz aller Vorfolgungen der mächtigste Orden in Frankreich. Ihr großer Einfluß vor dem Kriege und im Kriege beruhte vor allem darauf, daß sie als Lehrorden Wert auf ein sehr hohes kulturelles und intellektuelles Niveau legten. Sie faßten dadurch, daß sie sich auf das Erziehungswesen spezialisierten, festen Fuß in der Aristokratie, in der Armee und allgemein in den führenden Schichten des Landes. Sie unterrichteten an der *École Sainte Geneviève* in Versailles, der Vorbereitungsschule für *Saint Cyr*, Tausende von Offizieren, die später hohe Posten bekleideten. Die obere und mittlere Bourgeoisie schickte ihre Sprößlinge ebenfalls in Jesuitenkollegien. Außerdem bildeten die Jesuiten Jugendleiter für führende Stellungen in der katholischen Jugendbewegung aus.

Trotz ihrer weitverzweigten Organisation verlor die Kirche in Frankreich zahlreiche Anhänger – im 19. Jahrhundert an den Säkularismus und den Liberalismus und im 20. Jahrhundert an den Sozialismus und Kommunismus. Im vergangenen Jahrhundert büßte sie in Frankreich nahezu ein Viertel ihrer Anhänger ein, und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts annähernd fünf Sechstel.

Aber der Einfluß der Kirche in Frankreich ging längst nicht in dem gleichen Maße zurück wie die Anzahl ihrer Anhänger, er wurde im Gegenteil in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen von Jahr zu Jahr stärker. Wie war das zu erklären? Der Grund dafür lag darin, daß die Kirche in Frankreich, ebenso wie in anderen Ländern, zur Mehrung ihres Einflusses nicht länger unbedingt auf die Bekehrung der Massen angewiesen war; für sie hing weit mehr davon ab, über welche Kräfte sie hinter den Kulissen des

politischen Spiels verfügte. Das zeigte sich bereits nach dem ersten Weltkrieg, als die Republik, die nach wie vor von liberalem Geist erfüllt war, der Kirche nicht nur Zugeständnisse machte, sondern mit ihr auch bei mancher Gelegenheit zusammenarbeitete. Diese Haltung war keineswegs auf einen Gesinnungswechsel der Republik zurückzuführen, sondern hatte solide soziale und politische Ursachen, die der Vatikan klug zu seinen Gunsten auszunutzen wußte. Sicherlich waren auch andere Faktoren für diese *Volte-face* verantwortlich, aber den entscheidenden Faktor stellte das Bemühen des Vatikans dar, das Land von oben her unter seine Kontrolle zu bringen, um auf diese Weise dem Massenabfall Einhalt zu gebieten.

So pflegte der Vatikan auf einmal, obwohl er auf dem besten Wege war, die Schlacht gegen den Sozialismus, den Kommunismus und andere ihm feindlich gesinnte Kräfte zu verlieren, die Freundschaft zur Republik. Diese neue Politik trat in den zwei Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen immer schärfer zutage. Im ersten Jahrzehnt gelang es der Kirche, sich die Regierung mit Hilfe politischer und nationaler Fragen dienstbar zu machen. Im zweiten Jahrzehnt unterstützte, förderte und segnete sie die faschistischen Parteien und Organisationen, deren erklärtes Ziel darin bestand, ein faschistisches Frankreich zu errichten, den Sozialismus zu zerschmettern und der Kirche alle Macht in die Hände zu legen.

Hier ist nicht der Platz, eine ins einzelne gehende Untersuchung der inneren Lage Frankreichs in der Zeit zwischen den Kriegen anzustellen. Es genügt, einige Beispiele dafür anzuführen, wie die Kirche ihren Einfluß zu verstärken suchte; im ersten Jahrzehnt durch Ausnutzung der französischen Empfindlichkeit in Fragen des nationalen Prestiges, im zweiten Jahrzehnt durch Ermunterung aller faschistischen Bestrebungen in den reaktionären Schichten der französischen Gesellschaft.

Nachdem auf der Konferenz von Versailles die Grenzen Nachkriegseuropas festgelegt waren, stieg der Einfluß des Vatikans in Frankreich stark an, da er es verstanden hatte, die französischen nationalistischen Ressentiments in seine Rechnung einzubeziehen. Die beste Gelegenheit hierzu bot die Frage der Rückkehr Elsaß-Lothringens. Sie war für die Republik eine ständige Quelle der Besorgnis, da es aussah, als wollten sich die zurückgekehrten Provinzen durchaus nicht mit ihrem Schicksal, wieder unter französische Herrschaft geraten zu sein, abfinden. Die Einfügung Elsaß-Lothringens in die Republik war für Frankreich eine Frage des nationalen Prestiges, des Nationalstolzes und des Nationalgefühls.

Und hier trat der Vatikan auf den Plan. Elsaß-Lothringen war ein streng katholisches Land. Der Vatikan erklärte durch den Mund der französischen Hierarchie, daß er in der Lage gewesen wäre, „durch seinen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf das katholische Elsaß-Lothringen für ein besseres

Verstehen zwischen den neuen Provinzen und der Republik zu sorgen, wenn die Regierung mehr Verständnis für die Situation der Katholiken in der Republik an den Tag gelegt hätte". Der Vatikan befolgte wieder einmal seine alte, seit Jahrhunderten erprobte Taktik, die Napoleon so scharfsinnig charakterisierte, als er die Hierarchie eine „Gendarmerie des Geistes" nannte.

Diese Taktik läßt sich auf einen Nenner bringen: Wenn eine bestimmte Provinz, deren Bevölkerung katholisch ist, im Laufe der Eingliederung in ein Staatswesen zum Separatismus neigt, so versucht der Vatikan mit dem betreffenden Staat einen Handel abzuschließen. In der offiziellen Biographie Leos XIII. findet man eine Reihe von Beispielen für diese Taktik der Kirche im 19. Jahrhundert: in Großbritannien bezüglich Irlands, in Deutschland bezüglich Polens, in Österreich hinsichtlich Kroatiens und in einigen anderen Fällen.

In Elsaß-Lothringen rührten sich sehr bald nach dem ersten Weltkrieg (1919) starke antifranzösische Kräfte, die der Republik Sorge machten. Zudem entsandten die neuen Provinzen eine so große Anzahl katholischer Deputierter in das Parlament, wie Frankreich sie seit 1880 nicht erlebt hatte. Der Vatikan setzte, ohne zu zögern, seine mächtige Waffe gegen die Republik ein, um die eigenen politischen und religiösen Interessen zu fördern. Der Handel kam zustande. Der Vatikan übernahm es, die elsässischen Separatisten zu zügeln, indem er der örtlichen Geistlichkeit und den katholischen Organisationen einen bestimmten politischen Kurs vorschrieb. Als Gegenleistung stellte die französische Regierung ihre Feindseligkeiten gegen die Kirche ein, nahm die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wieder auf und gewährte der Kirche eine Reihe von Privilegien. Frankreich, das am wenigsten katholische Land Europas, dessen Bevölkerung sich gegen die Kirche indifferent oder feindselig verhielt, dessen Staatsmänner Ungläubige waren, warf seinen antiklerikalen Mantel der Vergangenheit ab. Die antiklerikalen Gesetze wurden aufgehoben oder nicht durchgeführt. Die des Landes verwiesenen religiösen Orden, namentlich die Jesuiten, kehrten zurück.

Aber damit nicht genug. Der Vatikan bestand auf der Entsendung eines französischen Botschafters zur Kurie und eines päpstlichen Nuntius zum Quai d'Orsay. Soweit war es mit der französischen Republik gekommen, die seit mehr als vierzig Jahren vom Vatikan als „eine Regierung von Atheisten, Juden und Freimaurern" beschimpft worden war. Ein französischer Staatsmann – Pierre Laval – stattete dem Vatikan einen Besuch ab. Das hatte es, soweit die Erinnerung der Franzosen reichte, nicht gegeben.

Um den Handel komplett zu machen, sprach der Papst die Jungfrau von Orleans heilig. Das war ein geschickter Schachzug des Vatikans, darauf

berechnet, die französischen patriotischen Gefühle für seine Zwecke auszunutzen. Einige Vertreter der Regierung nahmen an der religiösen Zeremonie teil. Die Linkskräfte Frankreichs protestierten erbittert gegen diesen Verrat am liberalen republikanischen Geist und gegen den feierlichen Empfang, der dem päpstlichen Nuntius bereitet wurde. Sie entfesselten im Parlament einen Sturm. Es fehlte nicht viel, und das Hohe Haus hätte den Anträgen der Linken zugestimmt. Der Vatikan instruierte die elsässische Hierarchie, die katholischen Deputierten auf ihre Pflicht, im Parlament „die Hoheitsinteressen der Kirche zu garantieren", hinzuweisen. Die elsässischen Deputierten sollten, deutlicher gesagt, der Regierung mit der Lostrennung drohen, falls die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan abgebrochen werden würden. Die Regierung war gezwungen, klein beizugeben.

Auch die Außenpolitik der Regierung geriet bei mehr als einer Gelegenheit unter den Einfluß des Vatikans. Wir werden diese Behauptung an Hand einiger Beispiele bestätigt finden.

Im Jahre 1922 brachte die Türkei Griechenland eine schwere militärische Niederlage bei. Die Türkei verdankte ihren Erfolg vor allem der Tatsache, daß Frankreich sie von Syrien aus mit Geschützen und Munition versorgte und ihr militärische Berater zur Verfügung stellte. Die Niederlage machte die Hoffnungen der Griechen, sich in Konstantinopel festzusetzen, zunichte. Die Stadt blieb türkisch. Einige Jahre später kamen Dokumente ans Tageslicht, die unwiderleglich bewiesen, daß der Vatikan, wenn auch nicht als einzige Macht, so doch maßgeblich die Hilfe Frankreichs angeregt und gefordert hatte, weil er nicht wollte, daß das orthodoxe Griechenland in den Besitz Konstantinopels käme. Er fürchtete, daß ihm in der griechisch-orthodoxen Kirche, falls sie sich im alten Zentrum der östlichen Christenheit festsetzte, ein ernster Rivale erwachsen könne. Man muß sich erinnern, daß der Vatikan zu dieser Zeit sogar Sowjetrußland hofierte, in der Hoffnung, die orthodoxe Kirche in Rußland unter die Fittiche des Katholizismus zu bringen.

Als der Vatikan in den ersten Jahren der Sowjetmacht die Illusion hegte, mit der Sowjetregierung politische Geschäfte zu machen, benutzte er für die Annäherungsversuche die französische Regierung als diplomatisches Instrument. Als diese Versuche aber fehlschlugen (die Ursachen werden wir im nächsten Kapitel kennenlernen), unterstützte der Vatikan die in Frankreich lebenden Weißgardisten in ihrem Kampf gegen die Sowjetmacht und gab der weltweiten antibolschewistischen Kampagne seinen apostolischen Segen.

In dem Kapitel über die Tschechoslowakei hatten wir bereits erfahren, daß die tschechoslowakische Regierung im Jahre 1935 den päpstlichen

Nuntius des Landes verwies, weil er öffentlich die Lostrennung der Slowakei gefordert hatte. Die französische Kirche und die französische Regierung mischten sich in diesen Konflikt ein und verlangten von der tschechoslowakischen Regierung, sich mit dem Vatikan auszusöhnen. Zu dieser Zeit bestand zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich ein Militärbündnis. Als aber Frankreich drei Jahre später Anlaß hatte, seinen Bündnispflichten nachzukommen und der Tschechoslowakei gegen die Bedrohung durch Hitler militärischen Beistand zu leisten, taten die katholischen Kreise in Frankreich und der Vatikan alles, die Erfüllung dieser Verpflichtung zu hintertreiben. Auch beim erstmaligen Abschluß einer Allianz mit dem Kaiserreich Japan leistete die französische Regierung dem Vatikan große Hilfe.

Eine weitere wichtige Ursache für den wachsenden Einfluß des Vatikans auf die französische Politik war die Drohung mit dem bolschewistischen Schreckgespenst. Die Politik in Elsaß-Lothringen hatte dort bereits die Bischöfe mit den Bankiers und Industrieherren zusammengeführt. Diese Kombination erwies sich für beide Seiten als äußerst nutzbringend. Man darf nicht übersehen, daß in Lothringen das zweitgrößte Eisenerzvorkommen Europas liegt und daß Elsaß, abgesehen von seiner intensiven und ergiebigen Landwirtschaft, über einen großen Reichtum an Kalisalzen verfügt.

Das Bündnis zwischen der Kirche und allen reaktionären Kräften der französischen Gesellschaft wurde immer enger; es war ein Bund auf Leben und Tod, denn alle Beteiligten sahen im Kommunismus eine tödliche Gefahr für ihre Welt. Nichts hätte die bereits bestehende Bindung zwischen der Kirche und der sozialen, ökonomischen und politischen Reaktion mehr verstärken können als diese gemeinsame Angst. Das berühmte Wort Henris IV.: „Paris ist eine Messe wert“, wurde zur politischen Losung einer einflußreichen Gruppe französischer Antiklerikaler, die aus Angst vor dem Kommunismus ins Joch des Vatikans flüchtete. Zahlreiche liberale Franzosen setzten angesichts der neuen Lage an die Stelle der Losung Gambettas: „Der Klerikalismus ist der Feind!“, die Frankreich vierzig Jahre lang erfüllt hatte, den Ruf: „Die Kirche ist unser Verbündeter.“

Die französischen Bankiers und Großindustriellen verbündeten sich mit dem Vatikan nicht um des Katholizismus willen. Sie hatten zwei Ziele im Auge: ihre Privatinteressen, und dann erst und nur, solange dies mit ihren Privatinteressen zu vereinbaren war, die Interessen der Kirche. Die berüchtigten „zweihundert Familien“, die Frankreich dank ihrer riesigen Reichtümer auch damals schon beherrschten, waren – in diesem Sinne – zum größten Teil gläubige, ergebene Katholiken.

Eine organisierte antibolschewistische Kampagne nach der anderen rollte im Laufe der Jahre wie Flut und Ebbe über das Land. Ihr Einpeitscher war

diese unheilige Allianz. Die Kampagnen hatten zwei Stoßrichtungen. Die eine Richtung verfolgte das Ziel, immer neue sogenannte Volksbewegungen zu entfachen. Die andere, für die Öffentlichkeit weniger sichtbare Richtung hatte die Aufgabe, die finanziellen, politischen und sozialen Pläne auf höchster Ebene zu entwerfen; hierbei erzielte der Vatikan beachtliche Erfolge.

Etwa zehn Jahre nach dem ersten Weltkrieg, zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise, tauchten die ersten antibolschewistischen Organisationen auf. Sie wuchsen rasch an. Es gab eine Zeit, in der es durchaus im Bereich des Möglichen lag, daß diese Gruppen einen Bürgerkrieg entfesselten, um die Macht an sich zu reißen. Das gemeinsame Ziel dieser Gruppen war, den Sozialismus und den Kommunismus auszurotten, wo immer er ihnen entgegentrat, und den Einfluß der Sowjetunion in der internationalen Politik zurückzudrängen. Sie waren nach faschistischen Vorbildern aufgebaut, trugen ähnliche Uniformen und benutzten beinahe die gleichen Schlagworte. Es handelte sich durchweg um bewaffnete Formationen, deren wichtigste politische Methoden Gewalt und Terror waren. Sie strebten nach der Diktatur. Ihr Weg zur Macht konnte also nur über die Zerstörung der demokratischen und politischen Freiheiten des Volkes führen. Wie nicht anders zu erwarten, waren ihre Führer und Mitglieder fanatische Katholiken. Nationalismus und beschränkte Klasseninteressen begünstigten das Aufkommen dieser Bewegungen, die alle durch die Religion miteinander verbunden waren.

Die berüchtigtsten katholisch-faschistischen Organisationen waren *La Croix de Feu*, *Les Camelots du Roi* und *Les Cagoulards*. Die meisten Gruppen besaßen „geheime" Waffenlager und wurden durch „geheime" Kanäle finanziert. Sie marschierten durch die Straßen von Paris und versuchten sozialistische und kommunistische Versammlungen zu sprengen; sie organisierten bewaffnete Demonstrationen und fielen über ihre Gegner her; kurz, sie handelten so, wie ihre Vorbilder in Italien und Deutschland es ihnen mit so großem Erfolg vorexerziert hatten.

Aber das Ringen der faschistischen Bewegungen um die Macht hatte aus vielerlei Gründen keinen Erfolg. Frankreich befand sich weder in der gleichen finanziellen Notlage wie Italien, noch hatte es, wie Deutschland, die Demütigungen und Lasten einer Niederlage hinnehmen müssen. Die Hauptursache war jedoch, daß sich die Mehrheit der Franzosen um die Linke scharte und zu demokratisch gesinnt war, als daß sie sich unter das Joch eines Diktators beugte.

Als die faschistischen Kräfte bei ihrem Griff nach der Macht gescheitert waren, verdoppelten sie ihre Anstrengungen hinter den Kulissen. Dort war ihr Einfluß groß. Sie standen in enger Verbindung mit der katholischen Kirche und erhielten von ihr jede Unterstützung. Auch der Vatikan

konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf das Spiel hinter den Kulissen, nachdem er im offenen politischen Kampf eine Niederlage hatte einstecken müssen.

Während Frankreich durch heftige Kämpfe zwischen den einzelnen Kräftegruppen innerlich zerrissen wurde, marschierte Nazideutschland von Erfolg zu Erfolg. Da es hier nicht unsere Aufgabe ist, die französische Politik jener Jahre zu analysieren, mag es genügen, auf einige wichtige Punkte dieser Politik zu verweisen, die sich sehr deutlich von dem allgemeinen Hintergrund abheben. In Frankreich finanzierten und ermunterten offensichtlich dieselben Klassen und Schichten den Faschismus wie in Italien und Deutschland; ebenso offensichtlich spielte auch in Frankreich die katholische Kirche bei der Ermutigung dieser Bewegungen eine bedeutende Rolle. Daß die Zerschlagung des Kommunismus und des Sozialismus das Hauptziel dieser Bewegungen war, bedarf keiner besonderen Begründung. Die Anstrengungen in dieser Richtung beschränkten sich nicht auf die Innenpolitik, sondern bildeten auch einen Bestandteil der französischen Außenpolitik. So zeigte sich der Antikommunismus des französischen Faschismus in dem unablässigen Bemühen, die Bestrebungen der Republik nach einer engen Allianz mit der Sowjetunion zu sabotieren.

Die französischen Reaktionäre beschränkten sich nicht auf Störmanöver gegen die Politik der Republik, sondern verfolgten weiter ihre eigene politische Konzeption der Errichtung eines faschistischen Regimes. Sie sahen jedoch auf Grund der Lage in Frankreich keine Möglichkeit mehr, dieses Ziel ohne Hilfe von außen zu erreichen. Diese Hilfe konnte nur von Nazideutschland kommen. Wenn sich auch der Nationalstolz der Franzosen gegen eine solche Politik aufbäumte, so setzte sich doch die Losung der Reaktionäre: „Alles andere, nur kein rotes Frankreich", durch. Dabei spielte die Überlegung eine Rolle, daß die Linken bei einem möglichen Sieg Frankreichs über das faschistische Deutschland ihre Stellungen im Lande erheblich verbessern würden. Dieses Risiko aber durften die Kapitalisten, die Möchtegernfaschisten und die katholische Kirche nicht eingehen. So blieb ihnen als einziger Weg die Niederlage ihres Landes und die Opferung ihres Nationalstolzes. Nur so konnten sie das wichtigste Ziel ihrer Klassenpolitik, die Vernichtung der „Roten", erreichen.

Der katholische politische Hintergrund Frankreichs sah also in dem Jahrzehnt vor dem zweiten Weltkrieg – wir fassen zusammen – folgendermaßen aus: Die Mehrheit der Bevölkerung verhielt sich zur katholischen Kirche indifferent oder gar feindselig; die Kirche verfügte über eine gewaltige Maschinerie, die zwar ganz Frankreich überzog, aber keinen Halt in den Massen hatte, und deshalb wie in einem Vakuum arbeitete: das Land stand ununterbrochen im Zeichen einer von der katholischen Kirche und ihren

Hilfsorganen betriebenen Hetzkampagne gegen den Kommunismus und die Sowjetunion; im Laufe dieses Jahrzehnts bildeten sich, zumeist auf Initiative der Kirche, zahlreiche Bewegungen, die den Faschismus imitierten.

In enger Verbindung mit diesen Agenturen des Faschismus standen kleine, aber einflußreiche Gruppen, die von dem gleichen Haß gegen den Kommunismus erfüllt waren wie die katholische Kirche. Sie wurden von dem Alptraum verfolgt, daß ihre soziale und finanzielle Welt verschwinden würde, wenn es weiter gestattet wäre, sozialistische und kommunistische Ideen ungehindert zu verbreiten. Sie wollten dem Kommunismus Einhalt gebieten – anfangs im eigenen Lande, später im Ausland – und organisierten und finanzierten deshalb die Parteien, die in Frankreich als Gegengewicht zum Kommunismus den Faschismus errichten sollten.

Diese beiden mächtigen Faktoren in Frankreich – die katholisch-faschistischen Bewegungen und die katholischen Finanziers – vereinigten sich, um ihr gemeinsames Ziel – die Errichtung einer faschistischen Diktatur und die Zerschmetterung des kommunistischen Feindes – zu erreichen; aber ihnen gelang nicht, was Mussolini in Italien und Hitler in Deutschland gelungen war. Schwankend zwischen Furcht und Hoffnung, verfolgten sie die Ausbreitung des Atheismus und des Kommunismus einerseits und die Geburt neuer faschistischer Regime andererseits.

Typisch für dieses Schwanken zwischen Furcht und Hoffnung war das Verhalten des französischen Außenministers Bonnet in der Zeit von „München". Er unternahm alles nur Mögliche, um Hitler zu beschwichtigen, und war fest überzeugt, daß die Zusicherung der Sowjetunion, der Tschechoslowakei beizustehen, nur ein „bolschewistischer Trick" sei, durch den die „Roten" Europa in den Krieg stürzen und den gesamten Kontinent „bolschewisieren" wollten. Oder ein anderes Beispiel: Der frühere französische Ministerpräsident Flandin rief im September 1938 den britischen Botschafter Phipps an, um ihm mitzuteilen, daß „die kommunistischen Führer, die am aktivsten zum Kriege hetzen, ihre Leute bereits angewiesen haben, im Fall eines schweren Luftangriffs zu erklären, Frankreich sei von seiner Regierung betrogen worden, und dann ein kommunistisches Regime zu errichten". (Sir E. Phipps an Lord Halifax, Paris, 24. September 1938)

Ein französischer Schriftsteller schrieb über die damalige Situation:

> „Die besitzenden Klassen, getrieben von ihrer Furcht vor dem Kommunismus, bewunderten und umschmeichelten Mussolini. Aber noch mehr waren sie von dem neuen Herrscher Deutschlands begeistert ... Die Sicherung der Macht durch Gewalt wurde von den alten französischen Parteien, die sich niemals mit der Republik ausgesöhnt hatten, allen Ernstes erwogen. Dieser Gedanke weckte in ihnen einen nahezu religiösen Enthusiasmus. Die Seuche breitete sich rasch aus ..."

Eine besondere Gruppe unter diesen von der Furcht vor dem Kommunismus besessenen Schichten war das aktive Offizierkorps. Es war für seine

reaktionäre Haltung in fast allen Fragen und für seine kirchenergebene Einstellung bekannt. Viele hohe Offiziere waren wegen ihres Hasses gegen die Kommunisten, wegen ihrer Verachtung der Demokratie und wegen ihrer Vorliebe für „starke Regierungsformen“ berüchtigt. Zu ihnen gehörten Pétain, Weygand und Giraud. Wir nennen nur diese drei, da sie später eine bedeutsame Rolle spielen sollten.

Diese Offiziere waren treue Katholiken und fühlten sich mit den Interessen der Kirche, nicht nur als einer religiösen Institution, sondern auch als eines Instruments der vatikanischen Politik, in sozialen und politischen Fragen eng verbunden. Sie waren stark von der 1931 veröffentlichten Enzyklika *Quadragesimo Anno* beeinflußt worden. In dieser Enzyklika hatte sich der Papst, wie bereits mehrfach erwähnt, dafür ausgesprochen, als Gegengewicht gegen Kommunismus und Sozialismus einen Ständestaat nach dem Vorbild des italienischen Faschismus zu errichten.

Die Forderungen der Enzyklika *Quadragesimo Anno* waren für diese Offiziere das Gebot des Tages. Als ergebene Mitglieder der Kirche, als Beauftragte ihrer Klasse und ihrer Kaste, die sich Frankreich nur auf den alten, bewährten Grundlagen vorstellen konnten, begannen sie zu handeln. Sehr bald wurden die politischen Wirkungen der Enzyklika in Frankreich und in einer Reihe anderer katholischer Länder sichtbar, zumal auch andere Kräfte und Interessen, die wenig oder nichts mit den Interessen der Kirche zu tun hatten, in gleicher Richtung am Werke waren. Aber die vorwärtstreibende Kraft der Kirche gab diesen Elementen großen Auftrieb. 1934 waren die bewaffneten Einheiten der französischen faschistischen Parteien bereits so weit formiert, daß es zu blutigen Ausschreitungen in den Straßen von Paris kam. Die „Feuerkreuzler“, die „Kapuzenmänner“ und die anderen faschistischen Gruppen forderten, entsprechend den Richtlinien der Enzyklika, den Ständestaat, die Gewährung von Privilegien für die Kirche und die Diktatur.

Zu jener Zeit entschloß sich Pétain, getrieben von den Worten des Papstes und von seinem Haß gegen die Kommunisten politisch aktiv zu werden und sich nicht länger „auf Worte zu beschränken“. Er hatte trotz seines Ehrgeizes mehrere Jahre zurückgezogen gelebt. Die Machtergreifung Mussolinis, Hitlers und anderer Faschisten hatte in ihm und seinen Freunden „neue Hoffnungen“ geweckt. (Pétain an einen Freund am 30. September 1933)

Pétain sammelte eine Clique politischer Freunde, Führer reaktionärer Gruppen, um sich. Als ersten Schritt veröffentlichten sie ein Pamphlet unter dem Titel: „Wir wollen Pétain!“ Was planten sie? Vor allem die „Vernichtung des revolutionären Geistes, der Frankreich an den Rand des Abgrundes gebracht hat, und die Errichtung eines autoritären Regimes, das mit allen

destruktiven Elementen aufräumt, die dabei sind, das Land, die Familie, die Kirche und alles, was Frankreich groß gemacht hat, zu zerstören".

Aber Pétain und seine Freunde begnügten sich nicht mit der Veröffentlichung von Pamphleten; sie nahmen unmittelbar Kurs auf die Machtergreifung und trafen Vorbereitungen für einen Bürgerkrieg. Pétain hielt zu diesem Zweck im geheimen enge Verbindungen zu den bereits erwähnten terroristischen Bewegungen. Er beobachtete „den Siegeszug der Nazis mit großer Sympathie". Die Zeit verging, der Nazismus konsolidierte sich, und der Marschall verbrüderte sich in Berlin mit deutschen Nazis, namentlich mit Göring.

Pétain erkannte bald, daß der Faschismus in Frankreich nicht durch innenpolitische Maßnahmen allein an die Macht gebracht werden konnte. Alle reaktionären Führer schlossen sich dieser Meinung an. Sie begannen sich im Ausland umzuschauen, um den Faschismus bei der ersten besten Gelegenheit nach Frankreich zu importieren. Pétain veranlaßte zu diesem Zweck seine Ernennung zum Botschafter in Madrid in einer Zeit, als faschistische Waffen sowie englische und französische Nichteinmischer emsig dabei waren, dem Faschisten Franco zum Sieg über die vom Volk gewählte republikanische Regierung zu verhelfen.

Zur gleichen Zeit nahm ein anderer prominenter katholischer Politiker Verbindung mit Pétain auf: Pierre Laval. Gemeinsam steuerten sie im verborgenen ihrem Ziel zu. Pétain stellte von Madrid aus geheime Kontakte zu den Mächten her, auf deren Hilfe er für das Gelingen seiner Pläne vor allem rechnen konnte. Seine Fäden zum Vatikan liefen über Franco und über den päpstlichen Vertreter in Spanien, die Verbindung zu Hitler ging über Herrn von Stohrer bei der deutschen Botschaft in Madrid. Laval festigte unterdessen in Frankreich das Bündnis mit den militärischen Kreisen, den Finanzherren und den Industriemagnaten.

Was sahen die Pläne Pétains vor? „Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Errichtung des Faschismus in Frankreich und damit für die Herausbildung eines europäischen faschistischen Blocks, der die Vorherrschaft über den ganzen Kontinent ausüben wird. Der Erfolg des Unternehmens hängt allein davon ab, ob es gelingt, sowohl im Inneren Frankreichs als auch in seinen äußeren Beziehungen eine Zusammenarbeit mit dem Bolschewismus zu verhindern" (Aus einem Brief des italienischen Botschafters in Madrid an Mussolini vom 29. März 1939). Mit anderen Worten: Der Einfluß, den die Sowjetunion auf gewisse europäische Staaten, vor allem auf die Tschechoslowakei und auf Frankreich, ausübte, sollte paralysiert werden.

Hitler war bereit, Pétain und allen faschistischen Gruppen in Frankreich bei dem Versuch einer Machtergreifung dieselbe Hilfe angedeihen zu lassen, die er Franco in Spanien gewährte, und sie auch auf dem Gebiet der

internationalen Politik zu unterstützen, wenn es zu ernsthaften Komplikationen käme. Pétain und seine Freunde waren bereit, im Falle eines europäischen Krieges „alles zu unternehmen, um Frankreich abzuhalten, denen beizustehen, die sich Deutschlands Forderungen widersetzen". In den letzten Jahren vor Kriegsausbruch sah die Pétaingruppe eine ihrer Hauptaufgaben darin, das Bündnis mit der Sowjetunion zu unterminieren. Während der sogenannten Tschechenkrise war ihnen das bereits gelungen. Falls zu dieser Zeit ein Krieg ausgebrochen wäre und Pétain nicht hätte verhindern können, daß Frankreich in diesen Krieg hineingezogen wurde, dann hätten er und seine Freunde dafür gesorgt, daß „die Macht des bewaffneten Frankreichs nicht gegen das Dritte Reich zum Einsatz kommt".

Papst Pius XI. und sein Staatssekretär erteilten Pétains Plan ihren Segen. Pacelli ließ jedoch Hitler wissen, der Vatikan sähe es lieber, daß „die nationalen und internationalen Probleme ohne das Risiko eines neuen großen Krieges gelöst würden". Er bat Hitler, Mittel und Wege zu finden, um Frankreich „bei der Errichtung einer gesunden und friedlichen Regierung, die mit Deutschland beim Wiederaufbau eines christlichen Europas zusammenarbeitet, zu helfen" (Kardinal Serédi am 6. April 1940).

Von der Verschwörertätigkeit Pétains und seiner Freunde und von ihren Verbindungen mit dem Vatikan und mit Hitler erhielt die französische Regierung Kenntnis. Über die wichtigsten Schritte Pétains wurde Ministerpräsident Daladier schriftlich unterrichtet. Aber zur Verwunderung derer, die ihm regelmäßig darüber Vortrag hielten, erklärte Daladier, er wisse sehr wohl, was vorgehe, könne jedoch „nichts dagegen unternehmen".

Der Krieg brach aus. Pétain und seine Freunde trieben ihr verräterisches Spiel weiter und verstärkten ihre Aktivität. In dem Kapitel über Deutschland befaßten wir uns bereits mit den Zusicherungen, die der Vatikan kurz vor Kriegsausbruch Hitler über die voraussichtliche Haltung Frankreichs machte. Sie stammten aus dieser Quelle. Pétain erhielt seinerseits über Stohrer und den päpstlichen Legaten so weitgehende Informationen, daß er dies mit Recht für eine indirekte Bestätigung seiner Zuverlässigkeit durch Deutschland halten konnte. Aber bei aller Entschlossenheit, seinen Plan zu verwirklichen, war er sich noch immer nicht ganz klar, ob nicht „die deutsche Unterstützung mit der eigenen militärischen Niederlage zu hoch bezahlt" sei.

Die landesverräterische Aktivität Pétains, Lavals, Weygands und ihrer Mitverschworenen vervielfachte sich nach Frankreichs Kriegseintritt. Seit Jahren hatten sie daran gearbeitet, alle Schlüsselpositionen in der Armee mit ergebenen Offizieren zu besetzen. Pétain selbst kehrte, um in diesen entscheidenden Tagen engere Fühlung mit denen zu haben, die seine Wünsche teilten, nach Paris zurück. Hier warb er einige Regierungsmitglieder für

seine Pläne und bat sie, ihm die Genehmigung zu verschaffen, die Hälfte seiner Zeit in Madrid – wo er die internationalen Kontakte unterhielt – und die andere Hälfte in Frankreich zu verbringen, wo er mit Hilfe seiner Agenten die Verwirklichung seiner militärischen und politischen Pläne leitete. Aber diese Genehmigung erhielt er nicht; er hatte beim Ministerpräsidenten und bei anderen Politikern bereits zuviel Verdacht erregt. In seiner Verbitterung über diese Ablehnung sprach er Worte, die mehr als alles andere enthüllten, was sich hinter den Kulissen abspielte. Er sagte: „Sie werden mich in der zweiten Maihälfte noch brauchen." In der zweiten Maihälfte wollte Deutschland seine Offensive im Westen beginnen. Hitler hatte seine Pläne mit dem Papst und Pétain abgestimmt. (Siehe *Ci-devant 1941* von dem damaligen französischen Minister Anatole de Monzie)

Am 19. Mai 1940 wurde Pétain nach Paris gerufen und zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Wir können hier nicht im einzelnen untersuchen, wie es dazu kam. War es bloß ein Schnitzer des Ministerpräsidenten Reynaud? War es auf die Intrigen zurückzuführen, die um Reynaud gesponnen wurden? War es das Werk Lavals, des unermüdlichen Verschwörers? Ob so oder so, Tatsache bleibt, daß sich Pétains „Prophezeiung" bewahrheitete. Pétain nutzte seinen neugewonnenen Einfluß und setzte die Ernennung seines Mitverschworenen, des ultrakatholischen und reaktionären Generals Weygand, zum Oberkommandierenden und die Aufnahme zweier katholischer Führer, Baudouin und Prouvost, in das neue Kabinett durch.

Weygand stand in enger Verbindung mit dem päpstlichen Nuntius in Paris und stattete ihm vor allem in den letzten Wochen vor dem Angriff auf Frankreich auffällig viele „höchst private" Besuche ab. „Ebenso wie Marschall Pétain war Weygand ein bigotter Klerikaler und ein Feind der republikanischen Verfassung", heißt es im *Annual Register*. Weygand stammte aus dem belgischen Adel. Er war berüchtigt wegen seines Hasses gegen das republikanische Regime und die „gottlosen Sozialisten und Bolschewisten". Seine erste Amtshandlung bestand darin, das französische Kabinett offiziell zu informieren, daß die Verteidigung Frankreichs aussichtslos sei. Pétain unterstützte diese Meinung Weygands.

Auf politischem Gebiet griff Laval das Stichwort seiner Freunde auf. Einflußreiche Kreise, die an der sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten interessiert waren, unterstützten seine Behauptung, daß alle, die den Kampf fortzusetzen wünschten, obwohl Weygand und Pétain die Niederlage als unvermeidlich bezeichneten, schuld seien, wenn noch viele Franzosen sterben müßten.

Laval war Katholik von Geburt und, ähnlich wie Franz von Papen, Kammerherr am päpstlichen Hof. Man kann ihn in gewissem Sinne als den

führenden katholischen Politiker Frankreichs bezeichnen. Er war der erste Minister der Dritten Republik, der dem Vatikan einen Besuch abstattete (1935). Mit großer Gewandtheit verstand es Laval, hohe Würdenträger der katholischen Kirche bei bestimmten Stellen hinter den Kulissen des französischen politischen Lebens einzuführen, um den Einfluß der Kirche zu stärken. Seine engen Verbindungen mit dem Vatikan knüpfte Laval im Jahre 1935, als er mit Mussolini besprach, wie Italien vorgehen müßte, wenn es Abessinien angreifen wollte, ohne auf ernsthafte internationale Schwierigkeiten zu stoßen. Über Lavals Besuch beim Papst schrieb *Le Temps* am 11. 1. 1935:

„Seine Heiligkeit der Papst sprach seine Freude aus, daß nach siebzig Jahren zum erstenmal wieder ein Repräsentant der französischen Regierung gekommen sei, nicht nur um einen Höflichkeitsbesuch abzustatten, sondern um die Huldigung der französischen Nation zu überbringen. Herr Laval trug den Orden Pius' IX., der ihm von Pius XI. verliehen worden war. Der Papst überreichte Herrn Lavals Tochter einen goldenen Rosenkranz und eine Koralle. Als Gegengeschenk übergab Herr Laval Seiner Heiligkeit drei Bücher in kostbarem Einband."

Laval stand ebenso wie Weygand in enger Verbindung mit dem päpstlichen Nuntius. Als die französische Krise ihren Höhepunkt erreichte (Mai und Juni 1940), war er fast täglich zu geheimen Unterredungen bei ihm.

Pétain und seine Anhänger liefen durch Paris und erklärten jedem, der es hören wollte:

„Frankreich braucht eine Niederlage. Ohne Niederlage kann Frankreich nicht genesen. Ein Sieg würde lediglich das Regime stärken, das Frankreich in den moralischen Ruin geführt hat. Was auch kommen mag, alles ist besser als die Fortdauer eines so verabscheuungswürdigen Regimes. Eine Niederlage, der ein rascher Friedensschluß folgt, wird Frankreich vielleicht eine Provinz, ein paar Häfen und einige Kolonien kosten. Was ist das im Vergleich mit der Wiedererstehung des französischen Imperiums?" (Elie Bois in *Truth on the Tragedy of France*)

Als die Verschwörer um Pétain mit ihrem Plan gut vorangekommen waren, tauchten auf einmal unerwartete Schwierigkeiten auf. Mussolini stellte plötzlich höhere Forderungen an Frankreich. Er verlangte nicht nur die Abtretung von Nizza, Savoyen und Tunis, sondern wünschte darüber hinaus in den Krieg einzugreifen und mit seinen Truppen in Paris einzumarschieren, um zu demonstrieren, daß seine faschistische Armee Anteil hatte an der Vernichtung der „durch Freimaurer, Juden und Bolschewisten zersetzten französischen Plutokratie".

Der Wunsch Mussolinis, sich am Kriege zu beteiligen, wurde Anfang 1940 bekannt. Er wurde am 29. Februar 1940 durch Graf Ciano in einer Erklärung gegenüber dem päpstlichen Nuntius in Italien, Erzbischof Borgongini-Duca, bestätigt:

„Ich habe den Eindruck, daß bald eine große Offensive an der französischen Front ausbrechen wird, und für diesen Fall sehe ich voraus, daß Deutschland alle Anstrengungen machen wird, uns in den Krieg hineinzuziehen."

Pétain, Weygand und Laval wurden darauf beim Papst vorstellig und baten ihn, alles zu tun, Italien vom Kriegseintritt abzuhalten, damit „Frankreich nicht noch größere Schwierigkeiten hat, aus der Sackgasse herauszukommen".

Der Papst nahm in dieser Frage mehrmals mit Mussolini Verbindung auf. Er bediente sich dabei des Fraters Tacchi Venturi, der als eine Art Mittelsmann zwischen dem Papst und Mussolini tätig war. Aber Mussolini ließ sich von seinem Wunsch nicht abbringen. Der Papst bat darauf Hitler, zu intervenieren. Hitler versprach, sein Bestes zu tun, äußerte aber, er könne Italien „nicht abhalten, den Weg einzuschlagen, den Mussolini im Interesse des neuen Europas für richtig hält".

Als Ribbentrop schließlich im März beim Papst vorsprach, um sicherzustellen, daß die Verabredungen hinsichtlich Frankreichs Kapitulation eingehalten würden, hatten seine Unterredungen mit dem Papst und mit den Franzosen einen solchen Erfolg, daß der Naziminister in einem Anfall von Optimismus erklärte:

„Frankreich und Deutschland werden noch innerhalb dieses Jahres Frieden suchen und finden. Ein neues Frankreich wird der große Partner des Dritten Reiches beim Aufbau eines neuen Europas werden. Dies ist die feste Überzeugung aller Deutschen." (12. März 1940)

Unterdessen erklärten Pétain und seine Komplicen dem Papst, daß „Frankreichs Ehre und seine nationalen Interessen die entwürdigende Tatsache einer italienischen Besetzung französischen Territoriums" nicht zuließen und der „ganze ... Plan zur Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland außerordentlich gefährdet" sei, wenn Mussolini Frankreich den Krieg erkläre.

Da Mussolini auf die Beschwichtigungsversuche des Papstes nicht einging, begann der Papst in Italien eine Friedenskampagne.*

Der faschistische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Alfieri, protestierte in Mussolinis Auftrag beim Papst gegen solche kirchlichen Demonstrationen für den Frieden „in Italien".

Inzwischen nahte der Zeitpunkt, in dem Hitler den Angriff auf Frankreich beginnen wollte. Da die französischen Verschwörer nach wie vor Zusicherungen verlangten, daß Mussolini ihr Land nicht angreife, sandte der Papst ein Handschreiben an Mussolini, das mit den Worten schloß:

* Weitere Einzelheiten darüber sind in den Erklärungen des früheren französischen Botschafters beim Heiligen Stuhl, François Charles-Roux, zu finden. (*Revue de Paris*, August 1946)

„Mögen Europa weitere Ruinen und weitere Tränen erspart bleiben, möge aber vor allem unser geliebtes Land von einer Katastrophe verschont werden."

Mussolini schrieb in seiner Antwort:

„Ich möchte Ihnen, Heiligster Vater, versichern: Falls Italien morgen in den Krieg eintritt, so bedeutet dies unmißverständlich, daß die Ehre, die Interessen und die Zukunft unseres Landes diesen Schritt notwendig gemacht haben."

Mussolini beauftragte den Unterstaatssekretär Guidi, dem Erzbischof Borgongini-Duca mitzuteilen, daß sich Italien endgültig entschlossen habe, in den Krieg einzutreten (22. Mai 1940). Graf Ciano eröffnete dies dem Papst am 28. Mai.

Pétain und Weygand baten Hitler, Mussolini umzustimmen. Aber Hitler antwortete, er sehe sich nicht in der Lage, Mussolini von der Beteiligung am Kampf „zurückzuhalten".

In ihrer Verzweiflung wandten sich Pétain und Laval ein weiteres Mal über den päpstlichen Vertreter in Madrid an den Papst. „Die gesamte Zukunft Frankreichs als katholisches Land wurde durch Mussolinis Entscheidung gefährdet", erklärten sie.

Der Papst antwortete, er habe feststellen müssen, daß Mussolini fest entschlossen sei, in den Krieg einzutreten; er habe daraufhin versucht, den italienischen Diktator von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich „zu diesem kritischen Zeitpunkt maßvoll zu verhalten", und ihm ferner zu verstehen gegeben, daß seine Forderungen nur erfüllt würden, wenn er mit dem am Boden liegenden Frankreich taktvoll umginge. (Aus einer Note des Kardinalstaatssekretärs Maglione an Señor Lequerica, der als Mittelsmann zwischen dem Vatikan und der Gruppe Pétain-Laval tätig war.)

Laval riet Pétain und Weygand, nachzugeben. Als er keinen Erfolg hatte, bat er den Papst um Beistand. Der Papst richtete eine persönliche Botschaft an Pétain, in der er Frankreich aufforderte, sich „mit innerer Stärke und mit Realismus der Situation zu beugen". Er versicherte Pétain, daß er in der Zwischenzeit weiter an Hitler und Mussolini appellieren werde, in ihren Bedingungen Maß zu halten und sich nicht von Rachegefühlen leiten zu lassen.

Die Armeen der Nazis hatten Belgien und die Niederlande besetzt. König Leopold hatte auf Geheiß Weygands und anderer katholischer Ratgeber sowie auf unmittelbare Anweisung des Vatikans kapituliert. Die Nazitruppen näherten sich unaufhaltsam Paris.

Während all das geschah, führten der Papst und sein Staatssekretär mehrere streng geheime Unterredungen mit dem französischen Botschafter. Die letzte dieser Unterredungen fand am 9. Juni 1940, einen Tag vor Mussolinis „Dolchstoß in den Rücken", statt. Was die beiden bei diesem Gespräch

einander zu sagen hatten, ist bisher nicht bekannt geworden. Aber das Datum der Unterredung ist bemerkenswert. Man sollte es angesichts der Folgen, die daraus erwuchsen, nicht aus dem Auge verlieren.

Am Tag darauf erklärte das faschistische Italien Frankreich und Großbritannien den Krieg. Faschistische Truppen überschritten die französische Grenze und erreichten nach geringfügigen Kämpfen ihre ersten Ziele, Mentone und Nizza.

Für die Verschwörer war es jetzt an der Zeit, ihre Karten auf den Tisch zu legen, um endlich ans Ziel zu kommen. Pétain sandte an den Ministerpräsidenten Reynaud einen Brief, der unter anderem die ominösen Zeilen enthielt:

„Der Ernst der Situation überzeugt mich, daß die Feindseligkeiten sofort eingestellt werden müssen. Dies ist der einzige Schritt, der unser Land retten kann." (Dieser Brief fand sich unter den Papieren, die der Marschall nach seiner Verhaftung im Frühjahr 1945 aus Deutschland mitbrachte.)

Als Pétain diese Worte schrieb, trafen andere Mitglieder des Kabinetts alle Vorbereitungen, den Kampf von Nordafrika aus fortzusetzen. Präsident Lebrun und Ministerpräsident Reynaud versuchten vergebens, Pétain von der Notwendigkeit zu überzeugen, weiterzukämpfen. Sie baten ihn, von seiner Absicht, zurückzutreten, Abstand zu nehmen und auf eine Antwort Englands zu warten. Wie später bekannt wurde, stammte dieser Brief nicht einmal von dem Marschall selbst, sondern war von jemand anderem geschrieben und dem Ministerpräsidenten zugestellt worden. Pétain erklärte dazu vor dem Hohen Gericht im Juni 1945: „Ich war nicht dabei, als der Brief entworfen wurde. Es wurden darin lediglich meine Gedanken dargelegt."

Von wem? Von seinen Komplicen Weygand und Laval. Sie schrieben den Brief, um die Regierung zu stürzen und sich selbst an die Macht zu bringen. Das war nur eine der vielen Intrigen, Bestechungen und Betrügereien, die sie verübten, um ihr Ziel zu erreichen.

Pétain war bereits zur Kapitulation Frankreichs entschlossen gewesen, bevor die Naziarmeen Paris erreicht hatten. Als Winston Churchill Anfang Juni kurze Zeit in Frankreich weilte, um sich mit der französischen Regierung zu beraten, sagte er, bemüht, Optimismus zu wecken, zu Pétain: „Wir hatten 1918 schwierige Tage und wir sind durchgekommen. Auch diesmal werden wir es schaffen." Darauf erwiderte Pétain schroff: „1918 gab ich vierzig französische Divisionen, um die britische Armee zu retten. Wo sind Ihre vierzig Divisionen, die uns heute retten könnten?"

Während der Kabinettsitzung an demselben Abend verstärkte sich die defätistische Stimmung. Das war vor allem auf die Bemühungen zweier Personen zurückzuführen, die den Ministerpräsidenten zur Kapitulation zu überreden suchten – auf Helen de Portes und auf den Unterstaatssekretär

Reynauds, Paul Baudouin, einen fanatischen Katholiken und Komplicen Pétains.

Marschall Pétain und General Weygand erschienen täglich um 11 Uhr bei Reynaud. Am 10. Juni, an dem Tage, an dem Mussolini in den Krieg eintrat, kam Weygand unangemeldet und verlas sofort eine Erklärung, in der er die französische Regierung aufforderte, zu kapitulieren. Reynaud wies Weygands Ansinnen zurück und verließ in der Nacht, begleitet von General de Gaulle, Paris in Richtung Orléans.

Am nächsten Morgen setzte sich General Weygand telephonisch mit Reynaud in Verbindung und teilte ihm mit, daß er Churchill gebeten habe, in sein Hauptquartier nach Briare zu kommen, um sich selbst von der Hoffnungslosigkeit der Lage zu überzeugen.

Im Gegensatz hierzu waren viele Regierungsmitglieder entschlossen, weiterzukämpfen, und drängten den Ministerpräsidenten, den Forderungen Pétains und Weygands nicht nachzugeben.

Am 12. Juni überzeugten der Innenminister George Mandel, der Präsident der Nationalversammlung Edouard Herriot, der Senatspräsident Jules Jeanneney und General de Gaulle den Ministerpräsidenten, daß es notwendig sei, den Krieg von Nordafrika aus weiterzuführen. Pläne wurden entworfen, die es ermöglicht hätten, ungefähr ein halbe Million Soldaten von allen zur Verfügung stehenden Häfen aus nach Afrika zu transportieren.

Der Ministerpräsident befahl General Weygand schriftlich, diesen Plan durchzuführen. Weygand fürchtete jedoch, daß die Chance, auf die er und seine katholischen Freunde solange hingearbeitet hatten, verspielt würde, und führte den Befehl nicht aus. General de Gaulle äußerte sich dazu am 18. Juni 1945:

„Am 12. Juni versuchten wir, Herrn Reynaud zu ermutigen. Ich erreichte, daß er mir einen schriftlichen Befehl an General Weygand aushändigte. Der Befehl sah Maßnahmen vor wie den Abzug zweier Reservistenjahrgänge, die sich noch in der Ausbildung befanden, einiger motorisierter Divisionen aus Belgien, einiger Alpenjägerdivisionen, bestimmter Spezialisten und so weiter – insgesamt etwa 500000 Mann. Die Pläne hierfür waren bereits ausgearbeitet. Diese Kräfte sollten über alle Häfen von Brest bis Nizza evakuiert werden. Aber General Weygand führte den Befehl nicht aus.“

Die Verschwörer machten sich inzwischen ernste Sorgen über das Verhalten Großbritanniens. Sie wollten erreichen, daß Großbritannien ebenfalls kapitulierte. Als Churchill am 13. Juni in Tours eintraf, versuchte Baudouin ihn – allerdings ohne Erfolg – zur Kapitulation zu bewegen. Reynaud erklärte, daß er telephonisch mit Präsident Roosevelt sprechen müsse, bevor er eine Entscheidung treffe.

Als die Verschwörer erkannten, daß die französische Regierung nicht bereit war, zu kapitulieren, und sich weigerte, einem von Pétain geführten

Kabinett den Weg freizugeben, entwickelten sie einen neuen Plan, der darauf abzielte, die französische Regierung und vor allem das konservative England zu schrecken. Sie führten wieder einmal das von den Katholiken und den Nazis bereits zuschanden gerittene Gespenst des Kommunismus ins Feld.

Pétain sollte versuchen, die französische Regierung durch einen offenen Angriff zu stürzen. Falls die Attacke keinen Erfolg hatte, wollte Weygand die Nachricht verbreiten, daß die Kommunisten von Paris Besitz ergriffen und in der Stadt ein Schreckensregiment errichtet hätten. General de Gaulle berichtete darüber am 18. Juni 1945:

„Pétain ging an demselben Tag auf einer Kabinettsitzung im Château de Cange zum offenen Angriff gegen Herrn Reynaud über. General Weygand gab bekannt, Paris befände sich in den Händen der Kommunisten. Wir sprachen telephonisch mit Herrn Roger Langeron, dem Präfekten der Pariser Polizei. Langeron erklärte den Bericht für unwahr."

Die französische Regierung verlegte ihren Sitz von Tours nach Bordeaux. Dort war ein prominenter Katholik und Freund Lavals, Marquet, Bürgermeister. Laval war noch nicht in der Regierung, aber er war hinter den Kulissen emsig am Werk, im Parlament durch Drohungen und Versprechungen eine Mehrheit für die Kapitulation zusammenzubringen.

Ministerpräsident Reynaud erteilte den Parlamentariern abermals den Rat, den Kampf, falls notwendig, von Nordafrika aus fortzusetzen. Die Präsidenten Herriot und Jeanneney unterstützten ihn. Daladier, Mandel und andere Kabinettsmitglieder wollten sich in Bordeaux bereits einschiffen, um die Regierungsarbeit in Nordafrika fortzusetzen. Aber Laval verhinderte das Auslaufen. Pétain befahl, die Schiffe anzuhalten. Alle, die zu fliehen versuchten, wurden verhaftet.

Unterdessen war de Gaulle in England eingetroffen und bemühte sich um die Beschaffung des Schiffsraumes, mit dem die französische Regierung und ihre Truppen nach Nordafrika transportiert werden sollten. Aber Reynaud trat zurück, Pétain wurde Ministerpräsident. Am 17. Juni 1940 um 1 Uhr nachts erfuhren Churchill und de Gaulle, daß Pétain um Waffenstillstand gebeten hatte.

Ob Laval bei der Ernennung Pétains zum Ministerpräsidenten die Hand im Spiel hatte und über französische, deutsche und päpstliche Gelder verfügte, ist noch nicht geklärt, aber sehr wahrscheinlich. Einige Wochen später hatte er jedenfalls durch seine Machenschaften erreicht, daß dem Marschall die höchste Macht im Staat übertragen wurde. Auf einer gemeinsamen Sitzung der beiden französischen Kammern, die am 10. Juli 1940 in Vichy stattfand, erhielt Pétain die entsprechenden Vollmachten. Als Pétain vor dem Hohen Gericht gefragt wurde, wie er denn zu der Möglichkeit gekommen sei, die Macht zu ergreifen, antwortete er: „Die ganze Angelegenheit

war von Laval arrangiert worden, ich war nicht einmal anwesend" (nämlich in der Nationalversammlung am 10. Juli 1940).

Als Pétain auf diesem Wege „Staatschef" geworden war, bestand seine erste Amtshandlung darin, das Waffenstillstandsdokument zu unterzeichnen. Danach entledigte er sich aller Freunde, die den Kampf gegen die Nazis fortsetzen wollten. Er verhaftete sie, sperrte sie ein und verfolgte sie. Die neue katholische, reaktionäre Diktatur nahm sofort den Kampf gegen die Kommunisten auf.

Zu dieser Zeit hatten die Nazis Paris und halb Frankreich besetzt. Die französische Armee, Marine und Luftwaffe hatten kapituliert. Die Mitglieder der alten Regierung befanden sich entweder auf der Flucht oder in Haft. Die Verfassung war außer Kraft gesetzt, das Parlament hatte sich selbst aufgelöst. Pétain hatte sein Ziel durch die militärische Niederlage seines Landes erreicht: Er war Chef eines klerikal-faschistischen Staates geworden. So endete die Dritte Republik.

Der Papst erteilte Pétain, Weygand, Laval und ihren Helfershelfern seinen Segen und scheute sich nicht, seine Befriedigung darüber zu äußern, daß sich die Dinge in dieser Richtung entwickelt hatten. Im Juli 1940 richtete er einen Brief an die französischen Bischöfe. Wer annimmt, daß er in diesem Brief die Bischöfe aufforderte, den Invasoren Widerstand zu leisten und ihren Befehlen den Gehorsam zu verweigern, oder daß er den Bischöfen befahl, ihren Gläubigen Rebellion zu predigen, wie er einige Jahre zuvor die spanischen und mexikanischen Bischöfe aufgefordert hatte, Rebellion gegen ihre demokratischen Regierungen zu predigen – wer das annimmt, der irrt. Nichts lag dem Papst ferner als das. Er ermahnte die Bischöfe, angestrengter als bisher zu arbeiten, denn „die schlimmen Schicksalsschläge, mit denen Gott heute Euer Volk heimgesucht hat, geben Uns die sichere Gewißheit, daß die Voraussetzungen für eine verstärkte geistliche Tätigkeit, für die Wiedererweckung der gesamten Nation günstig sind".

Als der neue französische Botschafter beim Heiligen Stuhl sein Beglaubigungsschreiben überreichte, versprach Pius XII., daß die Kirche bei dem Werk der „moralischen Wiedergeburt", das Frankreich auf sich genommen habe, mitarbeiten und es warmherzig unterstützen werde.

Das offizielle Organ des Vatikans, der *Osservatore Romano*, veröffentlichte am 9. Juli 1940 einen Artikel, in dem Marschall Pétain gerühmt und seine Bemühungen um die „Rettung Frankreichs" in den Himmel gehoben wurden. Der Artikel sprach von dem „guten Marschall, der mehr als ein anderer Mann die besten Traditionen seiner Nation verkörpert". Der Artikel endete mit einem Hinweis auf den „Anbruch eines neuen, strahlenden Tages nicht nur für Frankreich, sondern für Europa und die ganze Welt".

Diese Lobreden riefen überall, namentlich in England und in den USA, heftige Proteste hervor. Der Vatikan sah sich gezwungen, einen Kardinal vorzuschicken. Kardinal Hinsley, der als britischer Kirchenfürst das Ohr der englisch sprechenden Katholiken besaß, erhielt den Auftrag, die Briten und Amerikaner über die offene Unterstützung der faschistischen Regime Pétains und Hitlers durch den Vatikan zu beruhigen. Hinsley erklärte als „vatikanische Autorität", daß der Artikel weder offiziell inspiriert noch offiziell gebilligt worden sei; er stelle lediglich eine Antwort auf eine Anfrage der französischen katholischen Jugendorganisation dar, die sich öffentlich für die Unterstützung Pétains und seiner neuen Regierung ausgesprochen habe.

Eine der ersten Taten des neuen französischen „Staatschefs" war, die revolutionäre Devise Frankreichs „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" abzuschaffen und an ihre Stelle die Devise „Arbeit, Familie, Vaterland" zu setzen, die den Interessen der Kirche entsprach. In seinen Aufrufen und Appellen an die französische Bevölkerung wiederholten sich ständig die Begriffe „Disziplin und Gehorsam". Er erklärte, das neue Frankreich werde sich von allen traditionellen Freundschaften (mit Großbritannien) und Feindschaften (mit Deutschland und Italien) lossagen. Gleichzeitig gab er bekannt, daß er Hitler gebeten habe, gleichberechtigt an seiner Seite bei der Schaffung der Neuen Ordnung in Europa mitwirken zu dürfen.

Pétain und die Kirche verfolgten in Frankreich zwei Ziele: den Staat in seinem Innern nach den Grundsätzen des Ständesystems aufzubauen und ihn nach außen zum Kern eines katholischen Staatenblocks zu machen.

Zunächst zum inneren Ziel. Pétain war entschlossen, den Sozialismus und den Kommunismus in Frankreich auszurotten. Er beabsichtigte, einen Ständestaat entsprechend den Richtlinien der Enzyklika *Quadragesimo Anno* zu errichten. Wir wissen bereits, daß darunter ein faschistisches Staatswesen ähnlich dem in Italien zu verstehen war, in dem die Gewerkschaften durch staatlich geleitete Ständeorganisationen ersetzt wurden.

In der Industrie wurden alle sozialen Fragen nach den päpstlichen Enzykliken und der faschistischen Ideologie geregelt.

Pétain stellte ebenso wie Hitler und Mussolini die kinderreiche Familie als Ideal hin. Er organisierte die französische Jugend in halbmilitärischen Formationen nach dem Muster der Hitlerjugend. Er hob alle Gesetze auf, die in der Dritten Republik den Machtbereich der Kirche eingeschränkt hatten, führte den obligatorischen Religionsunterricht an allen französischen Schulen ein und erlaubte den Priestern, in den staatlichen Schulen wieder Unterricht zu erteilen. Kurz, Pétain imitierte Hitler und Mussolini in jeder Beziehung, nur bezüglich des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche ging er „eigene Wege" und räumte der Kirche weit größere Rechte ein.

Im Oktober 1941 verkündete Pétain nach dem Vorbild Italiens ein großes Gesetzeswerk, *La Charte du Travail*. Dieses Arbeitsgesetz stützte sich vor allem auf die Lehren von La Tour Du Pin und Le Mun, die Ende des 19. Jahrhunderts als Pioniere einer sozialen Reformbewegung aufgetreten waren. Gemäß diesen Lehren forderte das Arbeitsgesetz friedliche Beziehungen zwischen gutwilligen und freigebigen Unternehmern und zufriedenen und ehrerbietigen Arbeitern. Das Gesetz fußte auch auf der Soziallehre der katholischen Kirche, die in den Enzykliken Leos XIII. und Pius' XI. dargelegt war und die Wiedererrichtung der mittelalterlichen Gilden und Stände vorsah.

Die Arbeitsgesetzgebung Pétains ähnelte vor allem der entsprechenden Gesetzgebung der autoritären Regime in Portugal, Spanien und Italien. Alle Handels- und Industrieunternehmen wurden in sogenannte *Familles Professionelles* unterteilt. Diese bildeten den Rahmen des Ständewesens und hatten die Aufgabe, alle Angehörigen des betreffenden Berufes oder Wirtschaftszweiges in sich zu vereinen.

Auch die Bauern erhielten ihre gesetzliche Standesorganisation, die *Corporation Paysanne*. Pétain versuchte gemäß den Lehren des Katholizismus Frankreich wieder in ein Agrarland zu verwandeln. Die Kirche lehrte, daß die Massenapostasie der modernen Welt wesentlich auf die „Seuche der Industrie" zurückzuführen sei. In den Industriebezirken gebe es Millionen abtrünniger Katholiken, in den ländlichen Bezirken dagegen halte die Bevölkerung im allgemeinen treu zur Kirche.

In enger Verbindung mit all diesen Maßnahmen stand Pétains Politik zur „Sicherung der Familie". Ebenso wie Mussolini und Hitler forderte Pétain alle Männer und Frauen Frankreichs auf, soviel Kinder wie möglich in die Welt zu setzen. Den fruchtbarsten Familien winkten Preise und Prämien. Pétain ließ sich, nach der Manier Mussolinis, umgeben von Familien mit zehn, zwölf und vierzehn Kindern, photographieren. Er schenkte den Müttern dieser Familien sein Bild und stellte sie in seinen Reden als Vorbild hin. Die Gesetzgebung sicherte den großen Familien weitgehende Vorteile. Arbeiter mit großen Familien erhielten Lohnzulagen. Die Frauenarbeit wurde eingeschränkt, im öffentlichen Dienst, im Kolonialdienst und im Verkehrswesen durften keine verheirateten Frauen beschäftigt werden. Die Aufgabe der verheirateten Frau hatte darin zu bestehen, der Nation die Kinder großzuziehen. Die Scheidung wurde außergewöhnlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Für Abtreibung wurde die Todesstrafe eingeführt. Im März 1942 machte Pétain nach dem Vorbild der Nazis Hauswirtschaft und Kindererziehung zu Pflichtfächern für Mädchen. Allen Schülern an den Grundschulen mußte bevölkerungspolitischer Unterricht erteilt werden.

Bei allen Rundfunksendern wurden besondere Abteilungen für die Propagierung des Familienschutzes eingerichtet. Ausstellungen über die Pflege des Familienlebens und über die Arbeit der Vereinigung zum Schutz der Familie wanderten durch das ganze Land. Kinderreiche Familien erhielten als Auszeichnung einen Familienorden.

Die Organisierung und Erziehung der französischen Jugend erfolgte, wie bereits erwähnt, nach dem Vorbild der Hitlerjugend, aber unter starker Betonung des katholischen Gedankenguts. Die Jugendorganisationen waren totalitär, erfaßten in ihrer Mehrzahl das ganze Land und wurden vom Staat kontrolliert. Eine von ihnen, die sich mit der Ausbildung der Landjugend befaßte, nannte sich *Service Civique Rurale;* sie war ein Zweig der *Corporation Paysanne.*

Die wichtigste dieser Organisationen, die sowohl die ländliche als auch die städtische Jugend umfaßte, nannte sich *Chantier de la Jeunesse.* Alle Jugendlichen im Alter von 18 bis 22 Jahren mußten in dieser dem nazistischen Arbeitsdienst ähnlichen Organisation einen sogenannten nationalen Pflichtdienst leisten. Sie wurden in Lagern zusammengefaßt, in denen militärische Disziplin herrschte. Die Löhnung betrug pro Tag 1 Franc 50 Centimes*. Die Jugendlichen mußten als billige Arbeitskräfte für den Staat und für große Industrieunternehmen arbeiten.

Ferner gab es die Organisation der sogenannten *Compagnons de France.* Sie mußten sich verpflichten, für wenig Geld schwere Arbeiten zu verrichten, sich einer strengen Disziplin zu unterwerfen und regelmäßig am katholischen Gottesdienst teilzunehmen.

Die besondere Sorge des Marschalls galt dem Jugendverband *Les Jeunes du Maréchal,* einer Nachahmung der Schutzstaffeln und Leibwachen Hitlers und Mussolinis. Voraussetzungen für den Eintritt in diese Organisation waren Treue zum Katholizismus und fanatischer Haß gegen den Sozialismus und den Kommunismus. Viele Mitglieder dieser Organisation kämpften in der französischen antibolschewistischen Legion an der „Ostfront".

Die *Association Catholique de la Jeunesse Française,* der vor allem Studenten angehörten, befaßte sich mit der religiösen Erziehung der Kinder.

Die *Jeunesse Ouvrière Chrétienne* orientierte sich hauptsächlich auf die Arbeiterjugend. Außerdem gab es die Studentenorganisation *Jeunesse Étudiante Chrétienne* und schließlich die *Scouts de France,* die französischen Pfadfinder. Sie standen völlig unter kirchlicher Kontrolle und wurden von einem Dominikaner geleitet, der Pétain unmittelbar verantwortlich war.

Um die französische Jugend mit faschistischem Geist zu durchdringen, befaßte sich Pétain vordringlich mit den Aufgaben des französischen

* $7^1/_2$ Pfennig.

Erziehungswesens. Vor der Französischen Revolution hatte die Kirche das unumschränkte Erziehungsmonopol inne. Das Erziehungswesen der französischen Republik war jedoch dafür bekannt, daß es in scharfem Gegensatz zu den Lehren und Ansprüchen der Kirche stand. Napoleon hatte die mittleren und höheren Ausbildungsstufen der staatlichen Kontrolle unterstellt und das Erziehungswesen in hohem Maße zentralisiert. Sein Erziehungsminister entwarf einen ausführlichen Lehrplan, der den Kindern einen umfangreichen Überblick über die Kultur und das Wissen ihrer Zeit gab. Das napoleonische Erziehungswesen arbeitete auch mit der Kirche zusammen, aber die Kirche hatte sich dem Staat unterzuordnen. Die Grundschulen blieben unabhängige, private Einrichtungen vorwiegend religiösen Charakters, aber auch sie unterstanden der Kontrolle des Staates.

Im Jahre 1833 bezog König Louis Philippe auch die Grundschulen in das staatliche Schulsystem ein, gestattete aber gleichzeitig den privaten Grundschulen weiter zu unterrichten. Dadurch sicherte er sich, wie später Napoleon III., die politische Unterstützung der Kirche. Um 1854 unterhielt die Kirche 1081 private Lehranstalten.

In der Dritten Republik triumphierte der Antiklerikalismus. Der Religionsunterricht wurde durch Gesetz an allen staatlichen Schulen abgeschafft. Allen Angehörigen religiöser Orden, die keine staatlichen Examen bestanden hatten, wurde das Recht zur Lehrtätigkeit aberkannt. 1934 besuchten 80 Prozent der grundschulpflichtigen Kinder und 50 Prozent der Mittel- und Oberschüler staatliche Schulen. An den religiösen Erziehungsstätten stellten die Mädchen den größten Anteil der Schüler. Als 1936 der Besuch der staatlichen Schulen kostenlos wurde, erlitten die katholischen Schulen, von denen die meisten durch die Schulgelder ihrer Schüler unterhalten wurden, erhebliche Verluste. Die staatliche Erziehung hatte einen weiteren Sieg errungen.

So sah das französische Erziehungswesen vor dem Zusammenbruch der Dritten Republik aus. Der Staat gewährte seinen Kindern eine kostenlose, weltliche und äußerst liberale Erziehung, frei von jeder kirchlichen Einmischung. Die Kirche protestierte zwar immer wieder heftig dagegen, ohne aber etwas Wesentliches daran ändern zu können.

Als Pétain an die Macht kam, änderte sich die Situation grundlegend. Der katholischen Kirche wurde Zug um Zug die Kontrolle über das Erziehungswesen übertragen.

Pétain setzte durch eine Verordnung das Gesetz vom 7. Juli 1904 außer Kraft, das die Angehörigen religiöser Kongregationen von der Lehrtätigkeit an Schulen und Universitäten ausschloß.

Am 29. Juli 1940 gab der neue Erziehungsminister Mireaux, früher Herausgeber der Zeitung *Le Temps*, die Abschaffung der beratenden

Lehrerkollegien an den höheren Schulen bekannt. Dieses Gremium war berechtigt gewesen, über die Zusammensetzung des Lehrkörpers zu entscheiden.

Die *Écoles Normales d'Instituteurs*, die Lehrerbildungsanstalten, wurden aufgelöst. An ihre Stelle traten Spezialkurse für Lehranwärter der höheren Schulen.

Die katholischen Schulen wurden den staatlichen Schulen gleichgestellt und von nun an ebenfalls vom Staat finanziert. Die Schulbücher wurden unter der persönlichen Überwachung Pétains neu geschrieben. Viele Schulbücher der Dritten Republik fielen dem Verdammungsurteil der katholischen Kirche zum Opfer, weil sie angeblich antireligiöse und antikatholische Propaganda enthielten.

Pétain versprach dem Vatikan und der französischen Hierarchie, der Kirche in Erziehungsfragen weitgehende Privilegien zu gewähren. Der Vatikan übermittelte Pétain durch den Kardinal Suhard, er erwarte, daß Pétain die Erziehungsgesetzgebung dem kanonischen Recht anpasse, in dem es im 1. Abschnitt des Kanon 1372 heißt:

„Die Gläubigen sind von Jugend an derart zu erziehen, daß ihnen nichts beigebracht wird, was der katholischen Religion und den ehrbaren Sitten widerstrebt; die Erziehung muß somit vor allem eine religiös-sittliche sein." (Zitiert nach *Das kirchliche Gesetzbuch* von Prälat Dr. Anton Perathoner, em. Auditor der römischen Rota, Bressanone, 1926) Und im Kanon 1375: „Die Kirche hat das Recht, nicht nur Elementar-, sondern auch Mittel- und Hochschulen zu errichten." (ebenda)

Pétain behielt zwar die zentralisierte Organisation des Erziehungswesens bei, unterstellte es aber unmittelbar den Jesuiten.

Alle diese Maßnahmen stießen auf den heftigsten Widerstand der Grundschullehrer, die wegen ihres republikanischen Geistes bekannt waren. Pétain gelang es trotz zahlreicher Repressivmaßnahmen nicht, die Opposition der Grundschullehrer zu brechen.

Die Dritte Republik hatte an ihren Schulen keinen obligatorischen Religionsunterricht gekannt. Es gab wahlfreien Religionsunterricht, der aber oft nur so gering besucht wurde, daß die Schuldirektoren ihn nach Rücksprache mit dem *Recteur d'Académie* vom Lehrplan absetzten. Pétain war es vorbehalten, den obligatorischen Religionsunterricht an den Schulen einzuführen. Er schuf außerdem eine spezielle Kommission zur Überwachung der Bücher, die in den höheren Schulen benutzt wurden. Vor allem der Geschichtsunterricht wurde gründlich geändert; der Schwerpunkt des Unterrichts wurde auf das vorrevolutionäre Frankreich gelegt. In den Kapiteln über die Gegenwart wurden eingehend die Mängel der Dritten Republik behandelt und die Vorzüge eines Staates gerühmt, der auf den Grundlagen der Disziplin, des Gehorsams und des Respektes vor der Autorität der Kirche beruhte.

Pétains Erziehungspolitik war klerikal und reaktionär. Er wollte die höhere Bildung auf eine bevorzugte kleine Schicht beschränken; die Masse der Jugendlichen sollte auf dem Land und in den Fabriken arbeiten, für sie genügte daher, daß sie lesen, schreiben und gehorchen lernte. Auch der Antisemitismus wurde gefördert. Geschichtsbücher jüdischer Autoren wurden verboten. Kurz, die französische Jugend wurde nach dem Vorbild der Nazis erzogen.

Pétains Regime stellte sich die Aufgabe, den Einfluß, die Grundsätze und die Methoden der Dritten Republik auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens auszumerzen. Es ist unmöglich, hier alle Einzelheiten dieser Entwicklung aufzuführen. Wir denken, daß die genannten Tatsachen dem Leser bereits eine hinreichende Vorstellung über die Art der Reformen vermittelten. Sie wurden trotz des Widerstandes der französischen Bevölkerung im allgemeinen durchgesetzt.

Zu erwähnen wäre noch die Einrichtung einer Filmzensur. Sie hatte die Aufgabe, „teuflische Einflüsse auf die französische Jugend zu unterbinden".

Auch eine Art katholischer Gestapo wurde eingeführt. Über ihre Arbeitsweise erfahren wir einiges aus einer Anordnung des Innenministers Peyrouton, der am 20. November 1940 die Präfekten aller Departements verpflichtete, ihre Untergebenen „moralisch zu kontrollieren". Die örtlichen *Chefs de Cabinet*, deren Berufung auf Grund „moralischer und sozialer" Qualifikation zu erfolgen hatte, sollten ihnen bei der Durchführung der damit verbundenen Aufgaben zur Seite stehen.

Pétain wünschte als entschiedener Gegner aller demokratischen Ideale die Wahlen abzuschaffen. Da er dies aber nicht ohne weiteres tun konnte, führte er die sogenannte Familienstimme als ersten Schritt in dieser Richtung ein. Das hieß, daß bei künftigen Wahlen nur der Haushaltungsvorstand wählen durfte.

Vereinigungen, die sich gegen die katholische Kirche richteten oder die die katholische Kirche als ihre Gegner ansah, wurden unterdrückt oder verboten. Die Kirche aber erhielt alle alten Freiheiten und Privilegien schrittweise zurück. Auch die Rückgabe der kirchlichen Ländereien und Liegenschaften, die nach der Trennung der Kirche vom Staat noch nicht veräußert worden waren, wurde in die Wege geleitet. Vor allem die religiösen Orden hatten davon Gewinn. Während die Steuern für die gesamte Bevölkerung anstiegen, wurde die Besteuerung des kirchlichen Eigentums wesentlich gesenkt.

Die Beziehungen zwischen dem Pétainregime und der Kirche blieben jedoch nicht frei von Mißtönen. Die gleichen Schwierigkeiten, die bei den faschistischen Regimen auftauchten, stellten sich in Frankreich ein. Der Streit entzündete sich ebenso wie in Italien und Deutschland

an der Jugendfrage. Die Kirche erhob Klage, daß das neue Regime in den Fragen der Erziehung zu sehr auf die patriotischen Gedanken und nicht genügend auf die Verbreitung der katholischen Lehre Wert lege. Die Geistlichkeit wandte sich sogar einmal gegen den Religionsunterricht in der Schule, weil der Unterricht dort infolge der antiklerikalen Einstellung vieler Lehrer nicht wirklich katholisch sei. Aber diese Unstimmigkeiten änderten nichts an der Tatsache, daß die Kirche und Pétain in den wesentlichen Fragen übereinstimmten. Sie gingen gemeinsam an die Ausarbeitung eines Konkordats, das für die katholische Kirche nahezu unumschränkte Privilegien vorsah, Privilegien, die nur mit denen zu vergleichen waren, die sie vor der Französischen Revolution besaß.

Wie verhielt sich die katholische Kirche zu dem von Pétain errichteten autoritären Regime?

Aus dem, was wir bisher untersuchten, geht klar hervor, daß die katholische Kirche dem Regime nicht nur günstig gesinnt war, sondern es offen und direkt aus vollem Herzen unterstützte, allerdings mit der einen Einschränkung, daß diese Politik nicht mit den Interessen der Kirche in anderen Teilen der Welt in Kollision geriet. Wir schilderten auch bereits, wie sich der Vatikan vor dem Juni 1940 in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmischte, um jenen Wechsel des politischen Systems zu erreichen, der so günstige Bedingungen für die geistige und politische Vorherrschaft der katholischen Kirche schuf.

Daß der Vatikan die französische Hierarchie anwies, sich auf die Seite Pétains zu schlagen, steht außer Zweifel. Der beste Beweis hierfür ist die Tatsache, daß die französische Hierarchie, mit wenigen bemerkenswerten Ausnahmen, das neue Regime von seinen ersten Anfängen an wärmstens unterstützte. Erst viel später geschah es hin und wieder, daß die französischen Bischöfe und selbst der Vatikan einige Worte des Protestes äußerten; aber diese Proteste richteten sich niemals gegen Hitler, niemals gegen das Nazisystem, niemals gegen das faschistische Pétainregime. Sie wurden lediglich erhoben, wenn Pétain oder Hitler gewisse Versprechen, die sie der Kirche gegeben hatten, nicht hielten; wenn es zu Differenzen über Erziehungsfragen oder über die geistliche Betreuung der Arbeiter oder zu Übergriffen auf Gebiete kam, die in die Interessensphäre der Kirche fielen.

In der ersten Zeit protestierte nicht ein einziger französischer Prälat, dessen Stimme Gewicht gehabt hätte, gegen die Nazis oder gegen Pétain. Erst allmählich, als die Kirche erkannte, wie stark der Haß des französischen Volkes gegen die Nazis und gegen Pétain war, als der französische Patriotismus erwachte und die Widerstandsbewegungen erstarkten, machte sie hier und da einige Zugeständnisse und gestattete einigen französischen Bischöfen oder Kardinälen, ihrem Unwillen Ausdruck zu verleihen. Trotzdem blieben

die Beziehungen zwischen der Kirche und Pétain sehr herzlich. Die höhere Geistlichkeit bekannte sich offen zu den Idealen der „nationalen Revolution“, wie es in den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch hieß. Ihre Gesamthaltung brachte Kardinal Suhard zum Ausdruck, als er im Oktober 1942 sagte: „Politik geht uns nichts an. Die römisch-katholische Kirche in Frankreich ist ein geistiger Kraftquell, der beim Aufbau des neuen Frankreichs mithelfen wird.“

Wenn die Kirche auch für Pétain war, so war sie doch nicht prodeutsch. Das wäre auch kaum möglich gewesen angesichts der Tatsache, daß Millionen Franzosen nur ein Ziel hatten: die Vertreibung der Nazis aus ihrem Lande. Trotzdem gab es viele prominente französische Kirchenführer, die sich offen und aktiv pronazistisch betätigten. Nur einige Namen seien hier genannt: Kardinal Baudrillart, Rektor des Katholischen Instituts, der sich, getrieben von seinem extremen Bolschewistenhaß, der *Groupe Collaboration* anschloß; Kardinal Suhard, Erzbischof von Paris, der durch seine plumpen und vulgären Ausfälle in seiner Zeitung *Soutanes de France* zu trauriger Berühmtheit gelangte; Gounod, Primas von Tunesien; Gerlier, Erzbischof von Lyon und viele andere.

Die niedere Geistlichkeit folgte anfangs den Weisungen ihrer Vorgesetzten, kühlte aber später in ihrer Haltung merklich ab, da sie engen Kontakt mit dem Volke und seinen täglichen Sorgen hatte.

Viele katholische Zeitungen waren kollaborationistisch und profaschistisch, das heißt für Pétain eingestellt. Die berüchtigtsten von ihnen waren *La Croix*, die größte katholische Zeitung, die nach der Befreiung Frankreichs wegen ihrer Unterstützung der Kollaborationspolitik gerichtlich belangt wurde, und die ultrakatholische *Action Française*, die fanatisch die Widerstandsbewegung unter den katholischen Gläubigen bekämpfte. Sie forderte in vielen Fällen die Entlassung von Gemeindepfarrern, die der Jugend, nach Meinung der Zeitung, nicht die richtige Anleitung zukommen ließen. Diese Denunziationspolitik erreichte ihren Höhepunkt am 26. Juni 1943, als sie einen Artikel aus der illegalen Zeitung *Courrier Française du Témoignage Chrétien* abdruckte, in dem ein ungenannter Geistlicher die Legitimität der Vichy-Regierung anzweifelte und die Auffassung zum Ausdruck brachte, daß:

> „... unter den gegenwärtigen Umständen – die Frage der Bürgerpflicht gegenüber einer Regierung, die nur dem Namen nach eine Regierung ist, begrifflich neu gefaßt werden muß; der Bürger ist durch keinerlei Gehorsamspflicht in rechtlichen oder politischen Fragen gebunden; das Recht, anderen Autoritäten zu gehorchen, kann niemandem, wenn sein Gewissen es fordert, verweigert werden“.

Dem Abdruck des Artikels folgte eine Flut von Beschimpfungen. Dem niederen Klerus wurde vorgeworfen, daß er die Jugend zur Revolte oder

zum Eintritt in den *Maquis* aufhetze und die Legitimität der Pétainregierung anzweifle, was als Staatsverbrechen angesehen wurde.

Diese Haltung der niederen Geistlichkeit alarmierte den Vatikan und die französische Hierarchie. Sie unternahmen Schritte, um jede aktive Teilnahme von Geistlichen an der Widerstandsbewegung zu unterbinden. Die Generalversammlung der Kardinäle und Erzbischöfe von Frankreich befaßte sich im Oktober 1943 mit dieser Frage. Sie veröffentlichte eine Erklärung, in der die oben zitierten Theorien des ungenannten Geistlichen verworfen wurden. Die Kardinäle und Erzbischöfe bekräftigten aufs neue ihre Loyalität zum Pétainregime, das sie als völlig legitim bezeichneten. Es ist wert, festgehalten zu werden, daß die hohen französischen Kirchenführer noch im Herbst 1943 eine solche Erklärung veröffentlichten, obwohl sie zu dieser Zeit das Vertrauen des französischen Volkes und selbst der niederen Geistlichkeit bereits verloren hatten.

Als Hitler seinen Angriff auf die Sowjetunion begann, setzte in Frankreich eine wütende Hetzkampagne gegen die „Roten" ein. Die französische Hierarchie, die, wie wir aus dem Munde des Kardinals Suhard erfuhren, Politik nichts anginge, hielt sich bei dieser Kampagne nicht abseits. Die französischen Katholiken mußten sich unter anderem sagen lassen:

„Zahlreiche französische Katholiken glauben allen Ernstes, daß der Bolschewismus nur ein Schreckgespenst sei, das die Agenten Hitlers erfunden hätten. Diese Katholiken sollten sich daran erinnern, daß ‚der Kommunismus den völligen Ruin der menschlichen Gesellschaft bedeutet', wie sich Papst Pius IX. ausdrückte; daß ‚der Kommunismus eine tödliche Pest ist', wie schon Papst Leo XIII. erklärte, daß ‚der Kommunismus so barbarisch und unmenschlich ist, daß man es kaum zu fassen vermag, wessen er fähig ist', wie Papst Pius XI. feststellte."

Wer so etwas liest, wird sich nicht wundern, daß viele französische Katholiken Faschisten wurden, Faschisten, deren ganze politische Überzeugung aus einigen antikommunistischen und antisowjetischen Schlagworten bestand. Nach solchen haßerfüllten, aber wenig geistreichen Tiraden eines Kirchenführers ist es ebenfalls nicht verwunderlich, daß sich zahlreiche Katholiken freiwillig zu den militärischen Formationen meldeten, die Seite an Seite mit Hitlers Divisionen gegen die Sowjetunion kämpften.

Wir wissen, weshalb sich die französische Hierarchie so verhielt. Trotzdem ist es nützlich, die Gründe noch einmal so festzuhalten, wie sie der Erzbischof von Auch formulierte:

„Die Hierarchie ist unzweifelhaft ein Gegner des Bürgerkriegs ... Laßt uns vor allem Franzosen sein. Schließen wir uns um unsere Fahne zusammen und um den, der sie trägt."

Der Bischof von Brieuc drückte es plumper aus:

„Sollte die Anarchie kommen, wären wir ihr erstes Opfer."

Kardinal Gerlier, nach Ansicht des Vatikans ein Mitglied des „gemäßigten" Flügels der französischen hohen Geistlichkeit, sagte am 16. Juni 1943:

„Die Vorsehung schenkte Frankreich in einer der tragischsten Stunden seiner Geschichte einen Führer, um den wir uns stolz und glücklich scharen können. Meine Priester werden sich erinnern, daß ich das schon einmal gesagt habe. Wir beten zu Gott, daß er unseren Marschall segne und uns als seine Mitstreiter anerkenne, namentlich jene, deren Auftrag so schwierig ist. Die Kirche setzt auch weiterhin in den Marschall ihr Vertrauen und erweist ihm liebevolle Verehrung."

Auf die Vorwürfe einiger andersdenkender Bischöfe und vieler Angehöriger der niederen Geistlichkeit, daß der Marschall ein Faschist sei und mit Hitler zusammenarbeite, daß er ein totalitäres Staatswesen errichte und bereits wie Hitler in Deutschland beginne, sich in kirchliche Fragen einzumischen, antwortete der Kardinal in derselben Rede:

„Nichts kann oder wird jemals unser Vertrauen in den Marschall erschüttern; wir Katholiken werden ihn nicht für Geschehnisse verantwortlich machen, die das Mißfallen der Kirche erregten."

In späteren Erklärungen (1943) ging der Kardinal so weit, zu fordern, daß sich die Katholiken weder heute noch in Zukunft gegen Laval stellten.

Am 23. November 1943 erklärte ein hoher Geistlicher namens Piquet:

„Für mich und gleich mir für viele andere ist Marschall Pétain das Oberhaupt des französischen Staates, weil Gott selbst es wünschte, daß er und nicht eine mittelmäßige Versammlung von Leuten an der Spitze des französischen Staates stehe. Und ich sage, wenn alle Katholiken Frankreichs – ich betone, alle, Bischöfe, Priester, Doktoren, Laien und so weiter – ihm religiös, blind und fanatisch vor und nach dem Waffenstillstand gefolgt wären, ihm zugestimmt und auf ihn gehört hätten, das Schicksal Frankreichs hätte sich anders gestaltet."

Wir erwähnten bereits, daß sich die französische niedere Geistlichkeit immer stärker der Kollaborationspolitik ihrer Hierarchie widersetzte. Der Abbé Daniel Pzeril brachte diese Situation sehr treffend zum Ausdruck, als er sagte:

„Die Theologen in Paris, Lyon und Lille bemühen sich zwar in gewisser Beziehung, den Befehlen der Bischöfe nachzukommen, aber gleichzeitig vermitteln sie ihren Gläubigen unangreifbar immer neue Beweise, die ihnen klarmachen sollen, daß Frankreich die Situation, in der es sich befindet, nicht länger dulden dürfe. Die Kardinäle und Bischöfe sind nicht in der Lage, diese Theologen mundtot zu machen oder ihren Einfluß zurückzudrängen."

Wir wissen bereits, daß der Vatikan in Frankreich neben seinem innenpolitischen auch ein bestimmtes außenpolitisches Ziel verfolgte. Beide Ziele waren Bestandteile eines weitgespannten Plans und hatten sich diesem unterzuordnen.

Dieser umfassende Plan des Vatikans war eine Weiterentwicklung des Seipelschen Projektes zur Schaffung eines festen Blocks katholischer Staaten

in Europa. Während Seipel jedoch einen Staatenblock in Mitteleuropa bilden wollte, dessen Kernstück vor allem die früheren Provinzen Österreich-Ungarns sein sollten, sah der neue Plan einen Block vor, der die romanischen Länder Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Belgien und eigenartigerweise auch das katholische Süddeutschland vereinen sollte. Wie man Süddeutschland in diesen Block einbeziehen wollte, falls Hitler, was man ja hoffte, den Krieg gewann, bleibt ein Rätsel.

Die Vereinigung dieser Staaten sollte auf der Grundlage des Ständesystems vor sich gehen. Dadurch wäre ein Gemisch der Regime Salazars in Portugal, Francos in Spanien, Mussolinis in Italien und Pétains in Frankreich zustande gekommen, das von der katholischen Kirche als Faßreifen hätte zusammengehalten werden müssen. Hitler wußte von diesen Plänen. Ein Beweis dafür ist, daß er Pétain, als dieser noch Botschafter in Madrid war, das Versprechen gab, er werde die Bildung eines „festen Blocks katholischer Länder, die mit Großdeutschland beim Aufbau der Neuen Ordnung in Europa und der Welt zusammenarbeiten, gestatten“ (Aus einem Brief des italienischen Botschafters in Madrid, August 1939).

Viele Leute hielten diesen Plan für wert, ernsthaft erwogen zu werden. Er wurde vor allem von einflußreichen Persönlichkeiten der reaktionären katholischen Kreise in Frankreich, Portugal und Spanien unterstützt. Sie hatten dabei nicht die Sache des Katholizismus im Auge, sondern ihre eigenen, durchaus weltlichen Interessen. Manche französische Katholiken sagten sich, daß ein isoliertes Frankreich Gefahr laufe, zu einem Vasallen Großdeutschlands degradiert zu werden, während es innerhalb eines romanischen Blocks das Zentrum des neuen Systems darstellen könne. Die einzige Alternative zu diesem Projekt sei der Kampf gegen Hitler. Aber wenn Hitler und Nazideutschland geschlagen würden, gebe es nichts mehr, so fürchteten sie, was die Flut des Kommunismus hindern könne, Frankreich zu überschwemmen; Hitler müsse mit seinen Eroberungen im Osten beschäftigt werden, inzwischen könne sich der neue Block der romanischen Länder konsolidieren.

Wie weit Hitler diesen Plan unterstützte, ist nicht bekannt. Tatsache ist aber, daß er Pétain, Laval und Kardinal Suhard versprach, nach dem Kriege seine Beziehungen zur katholischen Kirche in ganz Europa erheblich zu verbessern. Dieses Versprechen deckte sich mit dem Versprechen – das er dem Papst gegeben hatte –, nach dem Ende der Feindseligkeiten mit dem Vatikan ein neues Konkordat abzuschließen. Kardinal Suhard, Salazar, Franco und der Sekretär der Faschistischen Partei Italiens nahmen bei zahlreichen Gelegenheiten auf diesen Plan Bezug. Der nazistische Rundfunk sprach über ihn in den höchsten Tönen, malte ein verlockendes Bild eines neuen, christlichen Europas, gebildet von den

katholischen Staaten und dem „siegreichen Deutschland", ohne die „tyrannische Einmischung jüdischer Unruhestifter aus London und New York".

Das war der auf lange Sicht berechnete Plan, den die katholischen und rechtsgerichteten Elemente in Frankreich im Sinn hatten, als sie mit Hitler und Pétain zusammenarbeiteten. Im Lichte dieses Planes wird, wenn auch nur teilweise, die Haltung der französischen Hierarchie verständlich, die sich der Unpopularität ihrer Handlungen durchaus bewußt war. Kenntnis von diesem Plan hatte nur ein kleiner Kreis Eingeweihter, die große Mehrheit der französischen Katholiken, einschließlich der Bischöfe und der niederen Geistlichkeit, wußte nichts von ihm. Damit können wir uns auch die gelegentlichen Proteste und Aktionen erklären, die diese Kreise in der Absicht, dem Wohl ihres Landes zu dienen, als notwendig und richtig erachteten.

Der große Plan des Vatikans und der französischen Hierarchie wurde, abgesehen von seinem ersten Stadium – der Gründung eines, wenn auch von einer fremden Macht besetzten, autoritären französischen Staates –, niemals Wirklichkeit. Wohl waren die romanischen Länder faschistisch und auf der Grundlage des von der Kirche propagierten Ständesystems aufgebaut, aber ihr Zusammenschluß hing nicht nur von der Gnade Hitlers, sondern vor allem davon ab, wie der Krieg endete. Der Sieg der Alliierten brachte das Projekt zum Scheitern.

Der Vatikan hatte bei seinen Anstrengungen, ein autoritäres katholisches Europa zu schaffen, einen neuen Rückschlag erlitten. Es war ihm nicht gelungen, den Plan zu verwirklichen, den er seit dem Ende des ersten Weltkrieges verfolgte. Dieser Schlag traf ihn besonders schmerzlich, weil es noch wenige Jahre zuvor ausgesehen hatte, als stände er kurz vor seinem Ziel.

Der Plan schlug fehl. Spricht das aber den Vatikan und alle anderen Kräfte, die ihn unterstützten, von der schweren Verantwortung frei, die sie vor den Völkern tragen?

Als die Deutschen aus Frankreich hinausgeworfen wurden und das Land sich unter einer provisorischen Regierung mit General de Gaulle an der Spitze neu organisierte, befand sich die Kirche, genauer gesagt die französische Hierarchie, in einer nicht sehr beneidenswerten Lage. Der päpstliche Nuntius wurde ziemlich unhöflich aufgefordert, Frankreich zu verlassen. Der Primas der französischen Kirche, Kardinal Suhard, wurde unter Hausarrest gestellt; ihm wurde verboten, an der ersten großen religiösen Zeremonie in Notre-Dame teilzunehmen. Dort versammelten sich die neue Regierung und ganz Paris, um Gott feierlich für die Befreiung der Stadt zu danken. Einige Bischöfe, unter ihnen der berüchtigte Bischof von Arras, wurden verhaftet. Es schien, als wollte das befreite Frankreich alle, die mit Pétain und Hitler zusammengearbeitet hatten, ohne Unterschied der Person

bestrafen. Besondere Gerichtshöfe wurden eingesetzt, die Internierungslager füllten sich, Gerichtsverhandlungen waren an der Tagesordnung, viele französische Kollaborateure wurden verurteilt; schwere Strafen, einschließlich der Todesstrafe, wurden über Journalisten, Rundfunkkommentatoren, Beamte des Pétainregimes und Führer der französischen faschistischen Parteien und Gruppen verhängt.*

Wohl wurden auch gegen die hohe katholische Hierarchie einige einschneidende Maßnahmen ergriffen, aber die Zeit verging, und nicht ein einziger Kardinal oder Bischof kam vor Gericht. Man ließ die Angelegenheit im Sande verlaufen. De Gaulle, obwohl selbst ein guter Katholik, hatte vom Vatikan die Genehmigung gefordert, Kardinal Suhard und andere Kirchenführer der Gerechtigkeit zu übergeben. Aber die Zeit verstrich, und nichts geschah. Das heißt, es geschah doch etwas. Eben jene Kardinäle, die Pétain von Anfang bis Ende unterstützt hatten, eben jene Kardinäle, die jahrelang das französische Volk aufgerufen hatten, sich um Pétains Fahne zu scharen, begannen von neuem ihre Stimme zu erheben und die Franzosen aufzufordern, sich nun um die Fahne der neuen Macht zu scharen.

Wenige Tage nach dem Eintreffen der neuen Behörden in Paris hielt Kardinal Gerlier, Erzbischof von Lyon, eine Rundfunkrede, in der er unter anderem sagte:

„Wir werden der Regierung, die der Unterstützung aller Gutwilligen bedarf, entsprechend den traditionellen Lehren der Kirche die Loyalität freier Bürger erweisen ... Dabei lassen wir uns von der unaufhörlich wachsenden Zustimmung des Landes zu der neuen Autorität leiten, der einzigen Autorität, die zur Zeit in der Lage ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten ..."

Auch Kardinal Suhard rühmte, als man ihm schließlich gestattete, wieder in der Öffentlichkeit aufzutreten und zu sprechen, die neue Macht und forderte die Bevölkerung auf, sie zu unterstützen.

Der päpstliche Nuntius war aus Frankreich abgereist. Ein neuer päpstlicher Nuntius mit reiner Weste wurde bei der französischen Regierung akkreditiert. Pétains Botschafter beim Vatikan wurde aufgefordert, zurückzutreten. Dies geschah auch, nachdem der Marschall im Troß der Nazitruppen Frankreich verlassen hatte. Ein Botschafter der „neuen Autorität" nahm seinen Platz ein. Zu derselben Zeit hatte Kardinal Tisserant nach einem Besuch bei General Catroux und den nordafrikanischen Bischöfen eine längere Unterredung mit General de Gaulle.

Im ganzen Land begann bald darauf eine Kampagne mit dem Ziel, den Anteil der katholischen Kirche an der Widerstandsbewegung herauszustreichen. Die einfachen Katholiken und Gemeindepfarrer, die noch kurz

* Doriot und Laval wurden zum Tode verurteilt und im Herbst 1945 hingerichtet; Pétain wurde ebenfalls zum Tode verurteilt, aber dann zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt.

zuvor von der Hierarchie und ihren Organen wegen ihrer Teilnahme am Widerstandskampf beschimpft und verfolgt worden waren, dienten jetzt derselben Hierarchie dazu, sich mit einem Glorienschein zu umgeben. General de Gaulle und andere Mitglieder der Regierung besuchten wöchentlich die Messe. Gerichtsverfahren, wie das gegen die katholische Zeitung *La Croix*, ließ man einschlafen. Zahlreiche Gesetze, die Pétain erlassen hatte, wurden außer Kraft gesetzt; gültig aber blieben jene, mit denen Pétain der Kirche die großen Privilegien zugeschanzt hatte.

Was war geschehen? Die Kirche war, als sie eine Runde verloren hatte, in die nächste Runde eingetreten. Sie machte sich, obwohl selbst Mitschuldiger und Mitverlierer des Krieges, zum Verbündeten der Sieger. Mit anderen Worten: Pétain hatte keinerlei Wert mehr für sie, ihr Interesse forderte, die neue Regierung zu unterstützen.

Die Kirche hatte für diesen Fall starke Trümpfe in der Hand. Der Chef der neuen Regierung war ein ergebener Katholik. Wohl hatte die Kirche ihn nicht anerkannt, solange er im Exil lebte, und ihn und seine Anhänger sogar bei vielen Anlässen zurückgestoßen; aber das war nun vorbei. Außerdem hatten viele Katholiken bei der Befreiung Frankreichs keine unwesentliche Rolle gespielt; deshalb sollte niemand die Kirche anklagen, bei der nationalen Wiedergeburt nicht mitgeholfen zu haben.

Der Vatikan forderte de Gaulle als guten Katholiken auf, „die Kirche in dieser schweren Stunde der Verantwortung nicht zu verfolgen oder durch übereilte Anwürfe gegen ihre Würdenträger in irgendeiner Weise zu entmutigen“ Und de Gaulle kam der Forderung nach, trotz zahlreicher Proteste und trotz des Druckes weiter französischer Kreise, vor allem der Widerstandsbewegung.

Die am stärksten kompromittierten Kardinäle hüllten sich eine Zeitlang in Schweigen, um so mehr führten jene, die zuweilen gewagt hatten, ein wenig gegen Pétain oder gegen die Deutschen zu opponieren, das große Wort. Die Regierung nahm schrittweise die gegen die Kirche erhobenen Vorwürfe der Kollaboration zurück. Nur die Sozialisten, die Kommunisten und einige Radikale hielten die Beschuldigungen aufrecht. Die Kirche, die unmittelbar nach dem Rückzug der Deutschen wegen ihrer Kollaborationspolitik schweren Zeiten entgegenzugehen schien, stand bereits wenige Monate später mit der neuen Regierung auf ebenso gutem Fuße wie mit der Regierung Pétain. Und sie erreichte in der Vierten Republik in wenigen Jahren das, was sie in den vergangenen Jahrzehnten der Dritten Republik niemals erreicht hatte: einen katholischen Ministerpräsidenten und einen katholischen Außenminister an der Spitze der französischen Regierung. Der Vatikan hatte ein neues Kapitel seiner Politik in Frankreich erfolgreich begonnen.

KAPITEL XVII Die Sowjetunion, die orthodoxe Kirche und der Vatikan

Die feindselige Haltung der katholischen Kirche gegen das zaristische Rußland – Der jahrhundertealte Gegensatz zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche – Der Vatikan und die Oktoberrevolution – Der Plan der katholischen Kirche, Rußland zum Katholizismus zu bekehren – Die diplomatischen und politischen Manöver des Vatikans gegen die Sowjetunion und das gleichzeitige Aufkommen des Faschismus – Die Hetzkampagne des Vatikans gegen die Sowjetunion – Der erste sowjetische Gegenschlag gegen die Strategie des Vatikans – Die Haltung des Vatikans zu dem Bündnis der Westmächte mit der Sowjetunion – Bemühungen der Sowjetunion um ein Abkommen mit dem Vatikan – Die wiederholten erfolglosen Versuche Präsident Roosevelts, den Papst zu Verhandlungen mit der Sowjetunion zu bewegen – Wiederaufleben der Feindschaft zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche – Die Religionsfreiheit in der Sowjetunion – Die Furcht des Vatikans vor der orthodoxen Kirche – Die Rolle der orthodoxen Kirche im Leben der Sowjetunion – Ihr Verhältnis zur Sowjetregierung – Der Plan der russisch-orthodoxen Kirche, die orthodoxen Kirchen der ganzen Welt in einer Union zusammenzuschließen – Erneute Versuche Roosevelts, eine Verständigung zwischen Moskau und dem Vatikan zustande zu bringen – Die römisch-katholische und die orthodoxe Kirche am Ende des zweiten Weltkrieges.

Die Feindschaft zwischen dem Vatikan und Rußland entstand nicht erst nach der Gründung des sozialistischen Sowjetstaates. Rom hielt Rußland schon zu einer Zeit für einen der größten Feinde der katholischen Kirche, als der Zar noch als Selbstherrscher ganz Rußland regierte.

Während aber die Feindschaft des Vatikans gegen die Sowjetunion vor allem auf der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung des ersten sozialistischen Landes beruht, hatte seine Feindschaft gegen das zaristische Rußland ausschließlich religiöse, oder besser gesagt, kirchenpolitische Ursachen.

Es war die Feindschaft eines kirchlichen Machtzentrums, des päpstlichen Hofes in Rom, gegen ein anderes Machtzentrum, das der orthodoxen Kirche in Moskau.

Diese Feindschaft ist viele hundert Jahre alt; sie war jedoch lange Zeit nur latent vorhanden, da das orthodoxe Rußland bis ins 19. Jahrhundert hinein ein verhältnismäßig abgeschlossenes Dasein führte. Nur in den katholischen Ländern an der russischen Grenze und in solchen katholischen Gebieten, die vorübergehend unter die Gewalt des Zarismus gerieten, kam sie zuweilen offen zum Ausbruch.

Ende des letzten Jahrhunderts verstärkte sich das Interesse des Vatikans an Rußland. Der Vatikan trug sich mit Plänen für eine „Bekehrung der

orthodoxen Kirche zum Katholizismus". Den Inhalt dieser Pläne darlegen hieße den Rahmen dieses Buches sprengen.

Das Interesse des Vatikans für Rußland begann sich darin zu äußern, daß er auf einmal anfing, die Verfolgung der katholischen Kirche durch die orthodoxe Kirche in Rußland und in den von Rußland besetzten Gebieten zur Kenntnis zu nehmen und Protestschreiben an die zaristische Regierung zu richten.

Es trifft zu, daß die orthodoxe Kirche die katholischen Enklaven in ihrem Bereich verfolgte. Andererseits ist es ebenso wahr, daß die katholische Kirche die orthodoxe Kirche verfolgte, wo immer sich ihr eine Möglichkeit dazu bot.

Die orthodoxe Kirche wies zwei Unterschiede zur römisch-katholischen Kirche auf, die bei der dauernden Feindschaft zwischen ihnen eine wichtige Rolle spielten. Einmal war ihre Korruptheit primitiverer Art, ihre niedere Geistlichkeit war unwissend und abergläubisch. Zum andern, und das ist wesentlich, war die orthodoxe Kirche eine Nationalkirche und daher völlig abhängig vom Zaren und von der herrschenden Schicht der Gutsbesitzer. Im Dienste dieser Kräfte war sie bestrebt, die Völker Rußlands auf möglichst niedrigem kulturellem Niveau zu halten, um auf diese Weise die Fortdauer der Zarenherrschaft zu sichern. Die orthodoxe Kirche war ein machtvolles Instrument in den Händen des Zaren, und beide hingen voneinander ab.

Bekanntlich trat die katholische Kirche immer und überall für eine zentralisierte, absolute Regierungsform ein, wie sie unter anderem der Zarismus darstellte. Trotzdem ersehnte sie den Zusammenbruch des Zarismus; er war das Haupthindernis für die Verwirklichung ihrer Pläne in Rußland, da der Zar zugleich Oberhaupt der orthodoxen Kirche war.

Als der Zar durch die Revolution von 1905 gezwungen wurde, Zugeständnisse zu machen, die unter anderem die Religionsfreiheit vorsahen, wurde diese Freiheit den römisch-katholischen Christen von der Heiligen Synode der orthodoxen Kirche ausdrücklich verweigert. So kam es, daß der Vatikan nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges in jedem politischen Manöver Rußlands lediglich einen Schachzug der orthodoxen Kirche erblickte und immer wieder die Allianz zwischen dem zaristischen Rußland und den anderen Ententestaaten zu stören versuchte. Noch klarer trat diese Haltung zutage, als der Vatikan während des Krieges den Alliierten zu verstehen gab, daß der zaristische Plan, Konstantinopel zu annektieren, die päpstlichen Friedensbemühungen zum Scheitern bringen könne; die Alliierten würden keine Basis für gerechte Friedensverhandlungen finden, solange das orthodoxe Rußland der Entente angehörte und seine „imperialistischen Ziele" weiter verfolge. Der Vatikan fürchtete, daß die orthodoxe Kirche im Fall der

Annexion Konstantinopels durch das zaristische Rußland dort als Gegengewicht gegen Rom ein Zentrum des orthodoxen Glaubens bilden werde.

Die rußlandfeindliche Politik des Vatikans beruhte also zu dieser Zeit ausschließlich auf seiner Feindschaft gegen die orthodoxe Kirche. Der damalige Kardinalstaatssekretär Gasparri brachte das folgendermaßen zum Ausdruck: „Ein Sieg des zaristischen Rußlands, dem Frankreich und England so viele Versprechungen gemacht haben, wäre für den Vatikan ein größeres Unglück als seinerzeit die Reformation." Ein reichliches Vierteljahrhundert später wurden diese Worte des Kardinals Gasparri durch einen anderen Kardinalstaatssekretär und seinen Papst unaufhörlich wiederholt, aber diesmal nicht gegen das zaristische, sondern gegen das kommunistische Rußland.

Der Zusammenbruch des Zarismus und die Errichtung der Sowjetmacht wurden vom Vatikan mit großen Hoffnungen, ja sogar mit Freude begrüßt. Das mag angesichts der Dinge, die später geschahen, unwahrscheinlich klingen, war aber tatsächlich so. Der Vatikan freute sich, daß die orthodoxe Kirche durch den Sturz des Zaren ihrer stärksten Stütze beraubt worden war und daher über kurz oder lang selbst zusammenbrechen mußte.

Der Vatikan hielt die Sowjetmacht damals für das kleinere Übel, um so mehr als sie die Trennung von Kirche und Staat vollzog. Die damit verbundene Einführung der Religionsfreiheit bedeutete für die katholische Kirche, daß sie sich künftig mit der orthodoxen auf gleicher Ebene messen konnte. Davon erhoffte sich der Vatikan im weiten Raum der Sowjetunion Wirkungsmöglichkeiten, die ihm unter dem Zarismus versagt geblieben waren. Der Vatikan hegte in diesen Jahren tatsächlich die Illusion, das riesige Land zum Katholizismus bekehren zu können. Graf Sforza, der enge Verbindungen mit dem Vatikan unterhielt, bemerkte hierzu:

„... im Vatikan wurde der Kommunismus anfangs zwar als ein schreckliches Übel angesehen, aber ebenso als ein notwendiges Übel, das heilsame Folgen haben könnte. Die Struktur der russischen Kirche sei nicht zu überwinden gewesen, solange der Zarismus herrschte. Auf den von den Kommunisten geschaffenen Ruinen sei alles möglich, selbst eine religiöse Wiedergeburt, in deren Verlauf der Einfluß der römischen Kirche spürbar werden könne."

Bald nach Kriegsende nahm der Vatikan mit der Sowjetregierung Kontakt auf, um ein Abkommen über die Wirkungsmöglichkeiten der katholischen Kirche im neuen Rußland zu erzielen. Das hinderte ihn aber nicht, gleichzeitig in ganz Europa, einschließlich Sowjetrußlands, seine Bannflüche gegen die Ideologie und den „Terror der Kommunisten" zu schleudern. Die katholische Kirche verhandelte mit der kommunistischen Regierung, um ihren großen Gegenspieler, die orthodoxe Kirche, an die Wand zu drücken und sich möglichst für immer an ihre Stelle zu setzen.

Eines der ersten großen Manöver des Vatikans in dieser Richtung wurde durch den Bischof von Wilna, einen Emigranten aus dem zaristischen Rußland, in die Wege geleitet. Bischof Ropp schlug 1920 sein Quartier in Berlin auf und berief zahlreiche Treffen russischer Emigranten ein, darunter auch solche mit Angehörigen der orthodoxen Kirche, konvertierten Katholiken, Balten und Deutschen. Diese Anstrengungen hatten das Ziel, eine Vereinigung der russisch-orthodoxen Kirche mit der römisch-katholischen Kirche anzubahnen.

Ropp forderte die Sowjetregierung auf, ihm die Rückkehr zu gestatten, Gewissensfreiheit für die Religion und für die religiöse Erziehung zu gewähren und die kirchlichen Stiftungen und anderes kirchliches Eigentum zurückzugeben.

Der Vatikan drückte seine Meinung zu diesen Bestrebungen im *Osservatore Romano* mit den Worten aus: „Der Augenblick scheint für eine Annäherung günstig zu sein. Der eiserne Ring des Cäsaropapismus, der Rußlands religiöses Leben bisher hermetisch von jeglichem römischen Einfluß abriegelte, ist gesprengt worden."

Der Vatikan rechnete damit, daß die Kommunisten nicht lange an der Macht bleiben würden. „Die gegenwärtigen politischen Bedingungen in Rußland bilden zwar ein ernsthaftes Hindernis, aber dieses Hindernis ist nur vorübergehender Art" *(Osservatore Romano)*. Er sprach unumwunden von seiner Absicht, „ein Land von 90 Millionen Christen zur wahren Religion zu bekehren".

Die sowjetischen Staatsmänner erlaubten sowohl den orthodoxen als auch den katholischen und protestantischen Gläubigen, ihren Kult ungehindert auszuüben. Sie duldeten das Weiterbestehen der orthodoxen Kirche und die Herausbildung von Gruppen der Katholiken und der verschiedenen protestantischen Konfessionen und sagten ihnen bestimmte Freiheiten und Privilegien zu. Gleichzeitig förderte die Sowjetregierung die Entfaltung einer starken atheistischen Bewegung.

Die orthodoxe Kirche wurde zur sogenannten lebendigen Kirche mit Bischof Wedenski als erstem Patriarchen. Auch einige protestantische Glaubensrichtungen entwickelten sich in dieser Richtung. Alle diese Konfessionen waren nun emsig dabei, sich gegenseitig das Wasser abzugraben, um die Seelen der christlichen Sowjetbürger vor der ewigen Verdammnis zu retten.

Die diplomatischen Höflichkeitsbezeigungen der katholischen Kirche gegenüber dem kommunistischen Rußland erreichten 1922 auf der Konferenz von Genua ihren Höhepunkt. Bei einem Diner toasteten der sowjetische Außenminister Tschitscherin und der Erzbischof von Genua einander zu. Zuvor hatten sie über die künftigen Beziehungen zwischen dem

Vatikan und Sowjetrußland verhandelt. Tschitscherin hatte versichert, daß jede Religion in Rußland die gleichen Rechte genieße, da die Sowjetunion die Trennung von Kirche und Staat vollzogen habe. Als der Vatikan aber dann konkrete Pläne für die „Katholisierung Rußlands" vorlegte, stieß er auf große Schwierigkeiten. Die „todgeweihte" orthodoxe Kirche schien nur todgeweiht, sie war es nicht.

Darauf wandte sich der Vatikan an die anderen in Genua vertretenen Nationen und ließ ihnen durch einen päpstlichen Legaten einen Brief des Kardinalstaatssekretärs zugehen. Der Vatikan forderte in diesem Schreiben die Mächte auf, keinerlei Vereinbarungen mit Sowjetrußland zu treffen, solange es nicht die „Freiheit der religiösen Betätigung und die Rückgabe des kirchlichen Eigentums" garantiere. Aber die Bemühungen des Vatikans in Genua blieben ergebnislos.

Bald darauf wurden die Verhandlungen in Rom wiederaufgenommen. Der päpstliche Vertreter Pizzardo verhandelte erfolgreich mit dem sowjetischen Minister Worowski. Dem Vatikan wurde gestattet, Missionare nach Sowjetrußland zu entsenden, um eine Hilfsaktion für die Bevölkerung in die Wege zu leiten.

Die erste Gruppe setzte sich aus elf Priestern zusammen, die etwa 100 000 Pakete mit sich führten. Die Pakete enthielten die Widmung: „An die Kinder Rußlands vom Papst in Rom." Der Vatikan hatte Worowski versprochen, sich jeder „Propaganda" zu enthalten. Er ernannte dann Reverend Walsh zum Vorsitzenden der päpstlichen „Hilfskommission für Rußland" und zu seinem Vertreter in Moskau. Zur gleichen Zeit traf eine amerikanische Wohltätigkeitsexpedition in Moskau ein. Reverend Walsh verbündete sich mit Colonel Haskell, dem Chef der Hooverschen Wohltätigkeitsorganisation. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetregierung und den Vertretern des Vatikans, der diese Gelegenheit propagandistisch ausnützte.

Reverend Walsh und der Vatikan unternahmen alles, was in ihren Kräften stand, um die Welt gegen Sowjetrußland aufzubringen. Die anglikanische Kirche schloß sich der Kampagne an. Sie wurde eine konkrete Bedrohung für die Sowjetunion, als der polnische katholische Ministerpräsident General Sikorski mit einer neuen militärischen Invasion drohte. Die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Moskau wurden abgebrochen. Aber beide Seiten waren bemüht, ihr Verhältnis wieder zu normalisieren. In Rom kam es zu Besprechungen zwischen dem sowjetischen Vertreter Jordanski und Monsignore Tacchi Venturi, dem Assistenten des Jesuitengenerals Ledochovski. Aber die Verhandlungen endeten ergebnislos.

In der internationalen Politik tauchten indessen für den Vatikan neue Möglichkeiten auf. In Italien war eine starke Regierung mit einer neuen

politisch-sozialen Ideologie, die die Bekämpfung des Kommunismus auf ihr Banner geschrieben hatte, an die Macht gekommen. Die Bewegung gab sich den Namen Faschismus. Wir stellten bereits in früheren Kapiteln fest, wie rasch die katholische Kirche die Nützlichkeit dieser Bewegung erkannte und ihr daher von Anfang an jede Unterstützung gewährte. Dem politischen Scharfblick des Vatikans entging es nicht, daß der Faschismus sowohl politisch als auch ideologisch über die Grenzen Italiens hinaus wirken würde. Die wirtschaftliche und soziale Ideologie des Faschismus würde als ein nützliches Gegengewicht gegen die Ideologie des Kommunismus zu gebrauchen sein. Alles dies war um so wichtiger, als sich herausstellte, daß die antisowjetischen Kräfte in der ganzen Welt von Jahr zu Jahr aggressiver wurden.

Der Vatikan ging daher nicht weiter auf die zahlreichen Angebote der Sowjetregierung ein, sondern machte sich daran, die russischen Emigranten für sich zu gewinnen, um sie nach ihrer Rückkehr, mit der er in naher Zukunft rechnete, für seine Interessen auszunutzen. Er leitete zu diesem Zweck unter ihnen eine große Missionskampagne ein und hatte 1924 in Berlin, Paris, Brüssel und anderswo bereits eine große Zahl Konvertiten aufzuweisen.

Im Jahre 1925 nahm der sowjetische Außenminister Tschitscherin mit Nuntius Pacelli in Berlin Verbindung auf und versicherte ihm, daß die katholische Kirche ebenso wie alle anderen Kirchen in der Sowjetunion volle religiöse Freiheit genieße. Tschitscherin ließ Pacelli sogar ein Memorandum überreichen, in dem der Standpunkt der Sowjetregierung zu allen kirchlichen Fragen, selbst zur Ernennung der Bischöfe und zur Jugenderziehung, dargelegt war. Die einzige Bedingung, die die Sowjetregierung stellte, war, keine polnischen Priester in die Sowjetunion zu schicken. Aber der Vatikan ignorierte die sowjetischen Vorschläge und brach die Verbindung mit der Sowjetregierung abrupt ab.

Es ist deutlich festzustellen, daß sich die Haltung des Vatikans zu Vorschlägen der Sowjetunion um so mehr verhärtete, je stärker der Faschismus in Italien wurde und je mehr sich ähnliche Bewegungen in anderen Ländern ausbreiteten. Im Jahre 1927, als sich der Faschismus in Italien konsolidiert hatte, als alle Voraussetzungen gegeben schienen, den Kommunismus und den Sozialismus in Italien endgültig zu vernichten, als das Bündnis zwischen der Kirche und dem faschistischen Staat durch das in demselben Jahr abgeschlossene Konkordat enger und fester geworden war, wies der Vatikan zum letztenmal ein sowjetisches Angebot zurück. Von diesem Jahr an gab es keine unmittelbaren Verhandlungen mehr zwischen Moskau und dem Vatikan.

Drei Jahre später verdammte der Papst die Sowjetunion und verurteilte sie in aller Öffentlichkeit. Er erklärte in einer Rede, die Welt wäre

glücklicher dran, hätte die Konferenz von Genua seinen Rat befolgt und die Sowjetunion erst anerkannt, wenn die Religionsfreiheit in diesem Lande gesichert gewesen wäre.

Der Papst beschuldigte die Sowjetunion angeblicher Religionsverfolgungen, obwohl sich zu dieser Zeit unter Leitung des Vatikans in den Ostgebieten des katholischen Polens eine der wildesten Religionsverfolgungen der neueren Geschichte abspielte (siehe Kapitel „Polen und der Vatikan"). Der Papst setzte eine „Sonderkommission für Rußland" ein und ließ in London, Paris, Genf, Prag und anderen Städten antisowjetische Kundgebungen durchführen. Der Erzbischof von Canterbury, der Großrabbiner von Frankreich und andere religiöse Führer und Körperschaften schlossen sich dieser Hetzkampagne des Papstes an.

In den folgenden zehn Jahren bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges beschäftigte sich der Vatikan vor allem damit, mächtige politische und militärische Blocks zu schmieden, um der sozialistischen und kommunistischen Bewegung entgegenzuwirken und sie möglichst zu vernichten. Diesem Ziel strebte der Vatikan in zwei deutlich voneinander abgegrenzten Etappen zu. Die erste Etappe bestand jeweils darin, bestimmte politische Bewegungen des betreffenden Landes so weit zu ermutigen und zu unterstützen, daß sie in der Lage waren, den Sozialismus und den Kommunismus in ihrem Lande zu unterdrücken. In der zweiten Etappe galt es, die diplomatische und politische und später auch die militärische Macht dieser Bewegungen zu vereinen und sie in den Krieg gegen die Sowjetunion zu treiben.

Mächtige wirtschaftliche, soziale, nationale und moralische Kräfte standen in der ganzen Welt dem Vatikan bei der Verwirklichung dieses Zieles zur Seite. Diese Kräftekombination war in der Lage, den Faschismus in verhältnismäßig kurzer Zeit in einem großen Teil Europas an die Macht zu bringen und auf diese Weise den Weg zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges zu ebnen.

In Italien war der Faschismus 1930 bereits acht Jahre an der Macht, in Deutschland erlebte er um diese Zeit seinen stärksten Aufschwung. Ende 1933 waren bereits zwei große europäische Nationen, deren Innen- und Außenpolitik auf der Feindschaft gegen die Sowjetunion beruhte, in einem mächtigen bewaffneten Block vereint.

Während auf der einen Seite in der ganzen Welt die Feindschaft gegen die Sowjetunion andauerte und sich sogar verstärkte, fanden auf der anderen Seite die ernstgemeinten Bemühungen der Sowjetregierung um den Frieden und ihre Anstrengungen, ein effektives internationales Organ zur Erhaltung des Friedens zu schaffen, zunehmende Anerkennung. Im Völkerbund wurde daher vorgeschlagen, die Sowjetunion in diese internationale Organisation aufzunehmen. Von allen Seiten hagelte es Proteste gegen diesen Vorschlag.

Sie wurden vor allem von katholischen Politikern, katholischen Regierungen oder katholischen Körperschaften und nicht zuletzt vom Vatikan erhoben. Die lautesten Schreier im Völkerbund waren der Vertreter des katholischen Irlands und der Vertreter des katholischen Österreichs, das eben (1934) die Wiener Sozialisten mit Maschinengewehren und Kanonen zusammengeschossen hatte. Der katholische Vertreter der Schweiz äußerte sich ähnlich; seine streitbare Rede gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund wurde von der gesamten katholischen Presse im Wortlaut verbreitet. Der *Osservatore Romano* rühmte „seine hochherzigen Gefühle und sein entschiedenes christliches und staatsbürgerliches Gewissen".

Der Boykott der Sowjetunion durch die Katholiken war ein Teil des vatikanischen Plans, einen eisernen Kordon um die Sowjetunion zu legen. Dieser Plan nahm konkrete Gestalt an, als sich das nazistische Deutschland von Westen und das aggressive Japan von Osten her zur Vernichtung des „roten Kolosses" zusammenschlossen. Die *Catholic Times* schrieben am 23. November 1934 über die Haltung der katholischen Kirche in dieser Frage:

> „Im Falle eines Krieges zwischen Japan und Rußland würden die Katholiken mit Japan sympathisieren, zumindest soweit es sich um die religiöse Seite der Angelegenheit handelt. Hüten wir uns also vor einem anglo-amerikanischen Block gegen Japan, er würde uns an die Seite Rußlands führen."

Dies wurde zu einer Zeit geschrieben, da Hitler in aller Öffentlichkeit seine Ansprüche auf die Ukraine anmeldete. Die katholische Kirche unterstützte indirekt diese Ansprüche Hitlers, indem sie vernehmbar erklärte, daß keine christliche Nation jemals auch nur daran denken dürfe, Rußland Beistand zu leisten, falls es von Deutschland oder von Japan angegriffen werde. Die Forderung: „Rußland soll allein kämpfen", war damals ein Schlagwort der katholischen Welt; denn „die Unterwerfung des gottlosen Sowjetismus" sei „keineswegs von Übel".

Der Vatikan führte die antisowjetische Kampagne an mehreren Fronten gleichzeitig. Während der Papst gegen den „gottlosen" Bolschewismus wetterte und die katholische Presse das „Schreckensregiment" der Bolschewisten in Mexiko und in Spanien beschrieb, war die vatikanische Diplomatie emsig beschäftigt, die Bande der Freundschaft und des gegenseitigen Beistandes zwischen Frankreich und der Sowjetunion zu lockern. Dieser Versuch schlug jedoch vorerst fehl, da sich in Frankreich alle linken Kräfte angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr zusammenschlossen und eine Volksfront bildeten.

Wenn man die Kette der Ereignisse noch einmal überblickt, die das Gesicht des letzten Jahrzehnts vor dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs bestimmten, so erkennt man klar, daß der Vatikan bei jedem von ihnen seine

Hand im Spiele hatte und daß sie alle, so oder so, dem einen Ziel dienten: Krieg gegen die Sowjetunion.

Auf Hitlers Machtantritt im Jahre 1933 folgte 1934 die Errichtung der katholischen Diktatur in Österreich. Im Jahre 1935 überfiel das faschistische Italien Abessinien, nachdem Hitler wenige Monate zuvor das Rheinland militärisch besetzt hatte. Im Jahre 1936 putschten katholisch-faschistische Gruppen in Frankreich, im Sommer desselben Jahres begann Franco in Spanien den Bürgerkrieg; 1938 annektierte Hitler Österreich, 1939 die Tschechoslowakei. Hitlers Überfall auf Polen hatte den Ausbruch des zweiten Weltkrieges zur Folge. Bis zu diesem Zeitpunkt war fast das gesamte nichtsowjetische Europa in einen faschistischen Block verwandelt worden, dessen wichtigstes politisches Ziel die Ausrottung des Kommunismus und die Vernichtung der Sowjetunion war.

Darüber hinaus verbanden sich Deutschland und Italien mit Japan, das im Fernen Osten von einer Aggression zur anderen schritt, in dem sogenannten Antikominternpakt, um ihre Kräfte zum Kampf gegen die Sowjetunion zu vereinen.

Groß war das Entsetzen des Vatikans, als im Spätsommer 1939 der Krieg nicht, wie er gehofft und erstrebt hatte, an der sowjetischen Grenze begann, sondern zwischen zwei christlichen Ländern, zwischen dem nazistischen Deutschland und dem katholischen Polen.

Wir kennen bereits die Verhandlungen, die Hitler damals mit dem Papst führte und in denen er wiederholt versicherte, daß sein Hauptziel nach wie vor die Vernichtung der Sowjetunion sei. In diesem Zusammenhang ist es zweckmäßig, den Blick noch einmal auf diesen Abschnitt dieser Entwicklung zu richten.

Daß sowjetische Truppen einmal Gebiete des katholischen Polens besetzen würden, hatte sich der Vatikan nie träumen lassen. Teile Polens mit Millionen Katholiken gehörten nun zu dem „atheistischen Rußland". Das war ein schwerer Schlag für den Vatikan. Er hatte zur Folge, daß der Vatikan in ganz Europa seine Aktivität zur Vernichtung der UdSSR verstärkte.

Wir kennen bereits die Rolle, die der Vatikan bei der Kapitulation Belgiens und Frankreichs im Jahre 1940 spielte. Auch diese Aktionen hatten vor allem das Ziel, Nazideutschland den Weg für seinen Angriff auf die Sowjetunion zu ebnen. Im Juni 1941 war es dann soweit.

Obwohl die Dinge anfangs für Nazideutschland sehr günstig standen, machte sich der Vatikan doch ernstliche Sorgen über einen möglichen Sieg der Alliierten. Es paßte ihm gar nicht, daß es zu der großen Anti-Hitler-Koalition zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion gekommen war. Der Papst wurde deswegen häufig in London und Washington

vorstellig. Er forderte „Zusicherungen, daß die Westmächte niemals die Ausbreitung des Bolschewismus und die Eroberung Europas durch den Bolschewismus“ zuließen.

Auch das katholische Polen kämpfte entgegen den Absichten des Vatikans Seite an Seite mit der Sowjetunion gegen den nazistischen Feind. Die polnische katholische Reaktion unterhielt ständig enge Verbindung mit dem Vatikan, der den Alliierten immer wieder zu verstehen gab, daß Polen nur dann mit der erforderlichen Standhaftigkeit kämpfen werde, wenn es sich darauf verlassen könne, „niemals eine Beute des Bolschewismus zu werden“.

Stalin unternahm im Jahre 1942 eine Reihe von Versuchen, eine Verständigung mit dem Vatikan zu erreichen. Er versicherte dem Vatikan, daß die Sowjetunion die Religion und die Freiheit der katholischen Kirche in Polen respektieren werde, und bot hierfür Garantien an. Er erklärte dem Papst ausdrücklich, daß „der gegenwärtige Krieg nicht geführt“ werde, „um den Kommunismus zu verbreiten oder das sowjetische Territorium zu vergrößern“.

Der Vatikan wies jedoch alle sowjetischen Angebote zurück und fuhr fort, Großbritannien und die Vereinigten Staaten aufmerksam zu machen, „welche Gefahr Sowjetrußland im Falle einer Niederlage Deutschlands“ darstellen werde.

Den Vatikan beunruhigte außerdem immer mehr die Tatsache, daß die Alliierten die kommunistische Propaganda duldeten und ihrer Presse gestatteten, den Heldenmut des „atheistischen Rußlands“ zu rühmen. „Die Komintern schätzt die Möglichkeit einer Weltrevolution günstiger denn je ein ... Die westlichen Alliierten müssen sich vor einem so gefährlichen Verbündeten vorsehen; Sowjetrußland ist in der Lage, die Struktur der westlichen Nationen zu zerstören. Die westlichen Nationen sollen für den Kommunismus reif gemacht werden.“ *(Osservatore Romano)*

Am 2. Februar 1942 äußerte der Kardinalstaatssekretär: „Die Angelsachsen sind in diesem Krieg so weit gegangen, daß sie heute bereits an der kommunistischen Propaganda interessiert sind. Sie fördern sie, weil sie glauben, Deutschland dadurch schwächen zu können, wie es bereits im letzten Krieg geschah.“

Im Jahre 1942 schlossen Großbritannien und die Sowjetunion einen vorerst auf zwanzig Jahre befristeten Beistandspakt. Der Vatikan protestierte in Washington und in London und beschuldigte Großbritannien, „das christliche Europa dem atheistischen Moskau ausgeliefert zu haben“. Dem Vatikan nahestehende Kreise behaupteten, daß die Sowjetunion auf Grund der Geheimklauseln des Vertrages „im Falle eines alliierten Sieges die militärische und politische Kontrolle über Europa“ erhalten werde.

Als sich die Alliierten über diese Störmanöver beschwerten, antwortete der Vatikan, niemand sei berechtigt, dem Papst vorzuwerfen, daß er Unruhe stifte; es sei allgemein bekannt, daß „die Bolschewisten ideologisch die Religion nicht anerkennen und sie daher überall verfolgen, wo sie ihren Fuß hinsetzen".

Der Vatikan verlangte von den westlichen Alliierten, ihn über die Geheimklauseln des anglo-sowjetischen Paktes, „soweit sie die religiöse Freiheit betreffen", zu unterrichten. Die Alliierten antworteten, mit der Sowjetunion sei ein politischer und militärischer Pakt geschlossen worden; bezüglich der Religion müsse der Vatikan schon selbst mit der sowjetischen Regierung verhandeln.

Der Vatikan beschuldigte die Alliierten, die katholische Kirche von der Ausarbeitung der Pläne für das Schicksal Nachkriegseuropas ausgeschlossen und keine Maßnahmen ergriffen zu haben, „das christlich-katholische Europa vor den Bolschewisten zu schützen".

Präsident Roosevelt riet dem Papst, sich unmittelbar an Stalin zu wenden. Aber der Papst weigerte sich. Roosevelt bat daraufhin Stalin, dem Papst entgegenzukommen, „angesichts des großen geistigen Einflusses, den der Vatikan in zahlreichen Gebieten ausübt, die von den sowjetischen Armeen befreit wurden".

Stalin machte neue Vorschläge und erklärte sich bereit, eine Einigung mit dem Vatikan herbeizuführen. Der Vatikan beantwortete dieses Entgegenkommen mit boshaften und sarkastischen Bemerkungen. Er warnte die Alliierten, den „Russen zu trauen"; es handele sich lediglich um einen Schachzug, um „die Westmächte besser betrügen zu können".

Im Frühjahr 1943 machte Stalin einen erneuten Versuch, mit dem Vatikan ins Gespräch zu kommen. Roosevelt drängte den Papst, endlich mit Moskau zu einer Übereinkunft zu gelangen. Aber der Papst gab seine starre Haltung nicht auf.

Die Sowjetregierung ließ indessen nicht locker und unternahm im Mai, im Juni und im Juli 1943 abermals Vorstöße in dieser Richtung. Sie teilte dem Vatikan mit, es sei ihr Wunsch, „Verhandlungen mit dem Ziel der Wiederherstellung normaler Kontakte und eventuell der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu führen".

London und Washington unterstützten offiziell das Angebot Moskaus. Sie gaben dabei dem Vatikan zu verstehen, es sei ihr ernstgemeinter Wunsch, durch die „Schaffung eines starken Blocks katholischer Länder innerhalb der anglo-amerikanischen Interessensphäre" dem Einfluß der Sowjetunion entgegenzuwirken.

Trotz aller Bemühungen Moskaus, Londons und Washingtons und trotz eines persönlichen Briefes, den Stalin noch vor diesen Verhandlungen an

den Papst richtete, weigerte sich der Vatikan, mit der Sowjetregierung sowohl über strittige Fragen zu verhandeln als auch diplomatische Vertreter auszutauschen.

Unterdessen näherten sich die sowjetischen Armeen großen Gebieten, deren Bevölkerung überwiegend katholisch war. Das größte dieser Gebiete war Polen. Die polnischen Katholiken gerieten in ein Dilemma: Sie würden durch die sowjetischen Armeen von den Nazis befreit werden; sollten sie die Sowjetarmee als ihren Befreier begrüßen? Die Situation wurde für alle Beteiligten komplizierter.

Abermals war es Stalin, der in dieser Situation die Initiative ergriff und sich, wiederum von Roosevelt unterstützt, an den Vatikan wandte, um endlich ein Übereinkommen mit diesem und der katholischen Kirche herbeizuführen.

Die Sowjetregierung ließ dem Papst ein Memorandum zugehen, „in dem sie dem Vatikan für die Zeit nach dem Krieg vorschlug, bestimmte soziale und ethische Fragen vor ihrer Lösung untereinander zu koordinieren.“ (*Osservatore Romano* vom 14. August 1944)

Stalin wiederholte gegenüber dem Papst seine Zusicherungen, daß er bereit sei, seine Ansichten mit ihm auszutauschen, um „das Werk des Friedens zu erleichtern“. Er erklärte, „die Sowjetunion wünscht keinesfalls eine bestimmte soziale Ordnung mit Gewalt aufzurichten, sie wendet sich im Gegenteil gegen solche Methoden“

In dem Memorandum äußerte die Sowjetregierung, sie hoffe, „ihre Ziele auf friedlichem Weg und mit demokratischen und friedlichen Mitteln zu erreichen.“

Der Vatikan wies jedoch alle sowjetischen Angebote mit Verachtung zurück. Er ging von neuem zum Angriff über und beschuldigte die Sowjetunion, das polnische Volk beim Warschauer Aufstand (August 1944) im Stich gelassen zu haben. Er verschwieg dabei, daß der Papst, im Gegensatz zur Sowjetregierung, durch die polnische Exilregierung in London vorher über den Aufstand unterrichtet worden war.

In einer Privataudienz, die der Papst dem polnischen General Sosnokowski gewährte, brachte er seine Besorgnis über die „Bedrohung der europäischen Zivilisation durch den Bolschewismus“ und seine „Verwunderung über die bedauerliche Freundschaft zwischen den angelsächsischen Mächten und Rußland“ zum Ausdruck.

Im weiteren Verlauf ihrer Bemühungen versicherte die Sowjetregierung wiederholt, daß die katholische Kirche in der Sowjetunion großes Entgegenkommen finden werde, und schlug dem Vatikan sogar ein enges Zusammengehen zur besseren Lösung der gemeinsamen Probleme vor, die aus der Tatsache erwüchsen, daß viele Millionen Katholiken in Gebieten lebten, die

von der sowjetischen Armee besetzt seien oder in Kürze von ihr besetzt würden.

Einige Kardinäle im Vatikan, die sich erinnerten, daß es seit mehr als zwanzig Jahren unter dem Namen „Pro-Rußland“ eine Organisation gab, die ausdrücklich zu dem Zweck gegründet worden war, dieses Land zum Katholizismus zu bekehren, sprachen sich für die Aufnahme von Verhandlungen aus. Dasselbe taten die Leiter dieser Organisation in der Hoffnung, schließlich doch noch zum Zuge zu kommen. Aber der Papst lehnte dieses Angebot unter dem Vorwand ab, die Verfolgungen der Polen durch Rußland zwängen ihn dazu.

Was für „Verfolgungen“ waren das? Die Sowjetunion hatte eine Anzahl Polen hinter Gitter gesetzt, die nach der Befreiung ihre Waffen gegen die Sowjetregierung gerichtet hatten. In dem von der Sowjetarmee besetzten Polen war sogar eine illegale polnische Armee gebildet worden, die gegen die Sowjetarmee kämpfte. Ihre weiter gehenden Pläne sahen die Schaffung eines „antisowjetischen Blocks“ vor, dem Großbritannien und selbst Deutschland angehören sollten. Diese Tatsache wurde durch eine Gerichtsverhandlung bestätigt, die im Juni 1945 in Moskau stattfand. Angeklagt waren sechszehn Polen, angeführt von dem General Okulicki, dem früheren Chef der von der polnischen Exilregierung während der Nazibesetzung in Polen gebildeten sogenannten Nationalarmee. Die Angeklagten gestanden, daß sie „vom Zeitpunkt des Warschauer Aufstandes an die Bildung eines antisowjetischen Blocks“ geplant hätten.

„Unsere Meinung war“, erklärte Okulicki, „daß ein sowjetischer Sieg über Deutschland nicht nur die Interessen Großbritanniens in Europa bedrohen, sondern ganz Europa in Furcht versetzen würde. Großbritannien würde in Anbetracht seiner kontinentalen Interessen gezwungen sein, die europäischen Mächte gegen die Sowjetunion zu mobilisieren. Uns war klar, daß wir in der vordersten Front dieses antisowjetischen Blocks zu finden sein müßten und daß es unmöglich sei, diesen von Großbritannien zu kontrollierenden Block ohne die Teilnahme Deutschlands zu bilden.“ Wieweit der Vatikan über dieses Komplott unterrichtet war, das zu einem Zeitpunkt ausgeheckt wurde, als die sowjetischen Armeen die polnischen Katholiken von der Schreckensherrschaft des Faschismus befreiten, ist schwer festzustellen. Aber die Tatsache dieses Komplotts war so oder so von großer Wichtigkeit. Sie warf Licht auf eine Politik, die große Ähnlichkeit mit der Politik der katholischen polnischen Reaktion zwischen den beiden Weltkriegen hatte: Feindschaft gegen den großen östlichen Nachbarn um jeden Preis.

In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg hatte sich der Vatikan nicht geweigert, mit Moskau zu verhandeln, ja er war sogar in einigen Punkten zu einem effektiven Übereinkommen mit der Sowjetregierung gelangt. Warum

weigerte er sich jetzt so hartnäckig, die sowjetischen Verhandlungsangebote anzunehmen? Gab es andere Faktoren, die vielleicht schwerer wiegende Hinderungsgründe waren als die kommunistische Ideologie und Praxis und den Vatikan bisher abgehalten hatten, mit Stalin eine zufriedenstellende Übereinkunft zu treffen?

Ja, es gab einen solchen Faktor: die wiederstandene, kämpferische orthodoxe Kirche.

Der Vatikan hatte die Wiedergeburt der orthodoxen Kirche in Rußland aufmerksam verfolgt. Von den ersten Tagen der russischen Revolution an hatte er gefürchtet, daß eine Wiedergeburt der orthodoxen Kirche seine Rußlandpläne zunichte machen könnte. Deshalb registrierte er auch voll Besorgnis die Tatsache, daß die Sowjetregierung im ganzen Lande die Freiheit des Gottesdienstes gewährte. Er erkannte, daß diese Freiheit die Wiedergeburt seines alten Gegners, der orthodoxen Kirche, zur Folge haben würde.

Ein Dekret der Sowjetregierung vom 23. Januar 1918 gewährte allen Bürgern Sowjetrußlands die Freiheit des Gewissens, des Gottesdienstes und der antireligiösen Propaganda. Durch das gleiche Dekret wurde die Trennung von Kirche und Staat vollzogen. Alle religiösen Organisationen wurden privaten Vereinigungen gleichgestellt. Dem einzelnen Bürger war es überlassen, sich zu einer Religion zu bekennen oder nicht. Das wurde so gründlich praktiziert, daß in allen Personalunterlagen die Fragen nach der Religionszugehörigkeit gestrichen wurden.

Der Artikel 124 der sowjetischen Verfassung lautet: „Zum Zwecke der Gewährleistung der Gewissensfreiheit für die Bürger sind in der UdSSR die Kirche vom Staat und die Schule von der Kirche getrennt. Die Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen und die Freiheit antireligiöser Propaganda wird allen Bürgern zuerkannt."

Jedem Bürger der Sowjetunion war also freigestellt, seine Religion zu wählen, sich zu der Religion zu bekennen, die ihm zusagte, und sich obendrein seiner Rechte als Staatsbürger völlig unabhängig von seinem religiösen Bekenntnis zu erfreuen.

In der Sowjetunion brauchte niemand, wenn er sich um eine Arbeitsstelle oder um die Mitgliedschaft in einer öffentlichen Organisation oder Vereinigung bewarb, sein Glaubensbekenntnis anzugeben. Zwischen Gläubigen und Ungläubigen wurde kein Unterschied gemacht. Die Toleranz ging so weit, daß die Regierungsstellen Papier für den Druck religiöser Literatur freigaben.

In den ersten Jahren nach der Revolution wirkte die Mehrheit der orthodoxen Geistlichen im Sinne der Restauration des zaristischen Regimes. Infolgedessen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihnen und

den atheistischen Kräften, die in der orthodoxen Kirche ein Instrument des Obskurantismus sahen. Aber nach einer gewissen Zeit stellten sich immer mehr Geistliche und Gläubige hinter die Sowjetmacht, und so kehrte die orthodoxe Kirche auf neuer Grundlage Schritt für Schritt in das Leben der Sowjetunion zurück.

Dem Vatikan sagte dies gar nicht zu, da er trotz aller Enttäuschungen noch immer hoffte, eines Tages „Rußland zum Katholizismus zu bekehren". Er spürte bald, daß mit dieser Wandlung seines alten Rivalen, der orthodoxen Kirche, die Verwirklichung seiner Pläne immer aussichtsloser wurde.

Als der Vatikan in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg alle seine Hoffnungen auf ein Abkommen mit dem Kreml fahrenlassen mußte, begann er in Europa die antikommunistischen Bewegungen, wie zum Beispiel den italienischen Faschismus, zu unterstützen. Die weltweite Kampagne, die er in dieser Politik entfesselte, richtete sich nach außen zwar lediglich gegen das kommunistische Rußland, in Wahrheit jedoch ebenso gegen die Wiedergeburt der orthodoxen Kirche, seinen jahrhundertealten Feind.

Der Vatikan mobilisierte die katholischen Kräfte in der ganzen Welt gegen Sowjetrußland zu einer Zeit, als dieses Land seinen Bürgern die religiöse Freiheit und Gleichheit gewährte. Während in der Sowjetunion religiöse Freiheit und Gleichheit Einzug hielten, predigte der Vatikan der ganzen Welt, die Sowjetunion müsse vernichtet werden, weil dort „die Religion verfolgt wird".

Im Jahre 1936 verkündete die Sowjetunion ihre neue Verfassung, in der wieder die religiöse Freiheit zugesichert war. Das hinderte den Vatikan nicht, die Welt unter dem Vorwand, die Sowjetunion verfolge die Religion, zu einem Kreuzzug gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion aufzurufen.

Dies geschah, obwohl Artikel 130 der neuen sowjetischen Verfassung alle Staatsbürger verpflichtete, die Gesetze zu beachten und die Regeln des sozialistischen Zusammenlebens zu respektieren. Diese Regeln aber untersagten jede Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte, jede Form der Verfolgung aus religiösen Gründen und jede Beleidigung religiöser Gefühle.

Im sowjetischen Alltag spiegelte sich die religiöse Freiheit in zahlreichen Gottesdiensten, in der Veröffentlichung religiöser Zeitschriften und anderer religiöser Literatur, in der Arbeit der Priesterseminare und in anderen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens wider.

Als der Vatikan Europa in einen großen faschistischen Block verwandelte und die Hoffnung hegte, mit Hilfe des Faschismus den ganzen Kontinent zu regieren und sein Gesicht zu bestimmen, gab er vor, seine Feindschaft

gegen die Sowjetunion beruhe allein auf ihren politischen Lehren. Aber das war nur die halbe Wahrheit. Der Vatikan wußte, daß gerade infolge der von der Sowjetregierung gewährten Glaubensfreiheit die orthodoxe Kirche zu neuem Leben erwacht war. Er beschuldigte sogar die orthodoxe Kirche, sie habe sich mit der weltlichen Macht der Sowjets verbunden, um ihren religiösen Einfluß auszuweiten. Gleichzeitig beschuldigte er die Sowjetregierung, sie habe die orthodoxe Kirche wiedererstehen lassen, um sie als Instrument für die Erreichung ihrer politischen Ziele zu mißbrauchen.

Dem Vatikan kam es also nicht nur auf die Vernichtung des Bolschewismus an, für ihn war die Zerschlagung der wiedererstandenen orthodoxen Kirche ebenso wichtig. Deshalb sah der Handel zwischen Hitler und dem Vatikan, von dem wir bereits sprachen, unter anderem vor, in den von den Nazis besetzten sowjetischen Gebieten die orthodoxe Kirche durch die römisch-katholische Kirche zu ersetzen. Hitler hatte lediglich den Vorbehalt gemacht, daß die Bekehrung nur durch deutsche katholische Geistliche geschehen dürfe.

Während die Verhandlungen mit Hitler liefen, verstärkte der Vatikan seine antisowjetische Propaganda und reorganisierte die „Pro-Rußland"-Organisation. Sie erhielt große Geldmittel, zahlreiche Missionspriester und Propagandaeinrichtungen. Alle Angehörigen der Organisation wurden aufgefordert, „sich für das große Missionswerk der Erlösung Rußlands bereit zu halten".

Der Vatikan wartete fieberhaft auf den Tag, an dem die Tore der Sowjetunion sich ihm öffnen sollten. Um den Sieg der Naziarmeen zu sichern, instruierte er alle katholisch-faschistischen Regierungen – die hierzu allerdings keiner Ermunterung bedurften –, Nazideutschland bei der Niederwerfung des „bolschewistischen Ungeheuers" aktiv zu unterstützen. Der Vatikan vermied zwar, offiziell eine Kampagne gegen die Sowjetunion zu führen, da er die Reaktion der Katholiken in den Ländern der Alliierten fürchtete; aber inoffiziell setzte er alles daran, Hitler jede nur denkbare Hilfe zu gewähren.

Auf Veranlassung des Vatikans bildeten zahlreiche katholisch-faschistische Länder oder Parteien antikommunistische Legionen für den Kampf an der Ostfront. An erster Stelle wäre hier die sogenannte Blaue Division Francospaniens zu nennen. Aber auch das katholische Portugal, die katholischen belgischen Rexisten, die katholischen französischen Faschisten, die niederländischen Quislinge usw. entsandten Kontingente oder Gruppen von Freiwilligen.

In dieser Zeit versuchte die Sowjetregierung wiederholt, mit dem Vatikan über die Katholiken zu verhandeln, die 1939 infolge der Rückkehr eines Teiles der Ukraine und Weißrußlands zur Sowjetunion sowjetische Bürger

geworden waren. Aber die abweisende Haltung des Vatikans ließ alle Bemühungen der Sowjetunion scheitern.

Als Begründung seiner Weigerung erklärte der Vatikan, daß „der erneute Einfluß der orthodoxen Kirche neue Hindernisse in Polen auftürmt, da die orthodoxe Kirche die katholische Kirche in diesem Land verfolgt“ (Kardinal Hlond im März 1941). Der Kardinalstaatssekretär erklärte zur gleichen Zeit: „Obwohl sich der Heilige Stuhl um das geistige und materielle Wohl der Katholiken in Polen große Sorgen macht, sieht er sich doch nicht imstande, mit Sowjetrußland zu einem Übereinkommen zu gelangen; schuld daran ist die Wiedergeburt der orthodoxen Kirche. Diese Kirche hat nie aufgehört, sich gegen die katholische Kirche feindlich zu verhalten.“

Was veranlaßte den Vatikan, so plump über die orthodoxe Kirche herzuziehen? Er war vor allem darüber erbost, daß die orthodoxe Kirche ihre Gläubigen zum Kampf gegen alle Formen des Faschismus aufrief. Vor dem Krieg hielt sich die orthodoxe Kirche, obwohl sie völlige religiöse Freiheit genoß, im Hintergrund. Erst mit dem Herannahen der Kriegsgefahr trat sie stärker hervor. Nach dem Überfall Hitlers spielte sie eine aktive Rolle bei der Formierung einer einheitlichen Front gegen die deutschen faschistischen Eindringlinge.

So gelangte die orthodoxe Kirche wieder zu größerem Ansehen in der Sowjetunion und entwickelte sich rasch zu einer positiven Kraft in religiöser und mittelbar auch in politischer Hinsicht. Als die orthodoxe Kirche das sowjetische Volk zum Kampf gegen die faschistischen Feinde aufrief – zu denen nicht nur Hitler, sondern auch seine Verbündeten, die antikommunistischen Legionen Spaniens, Portugals, Italiens, Frankreichs und anderer Länder gehörten –, betonte sie nachdrücklich, daß es sich bei den Legionen um katholische Legionen handele, die sich der Unterstützung des Vatikans erfreuten. Ihr Anliegen war also nicht nur patriotischer, sondern auch kirchlicher Art; sie rief ihre Gläubigen nicht nur auf, das sowjetische Vaterland zu verteidigen, sondern auch ihre religiösen Feinde, d. h. diejenigen Katholiken, die sich gegen die Sowjetunion verschworen hatten, zu vernichten. Die Stimme der orthodoxen Kirche wurde nicht nur in der Sowjetunion gehört, sondern auch im Ausland. Niemand hörte sie lauter als der Vatikan.

Die orthodoxe Kirche entwickelte sich unter der Sowjetmacht zu einer mächtigen religiösen Institution, die eng mit der Regierung zusammenarbeitete. Sie fand noch höhere offizielle Anerkennung, als eine Versammlung der Bischöfe der orthodoxen Kirche im September 1943 einen Patriarchen von Moskau und der Sowjetunion wählte und eine Heilige Synode berief. Die Sowjetregierung setzte daraufhin im Oktober 1943 einen „Rat für

Angelegenheiten der russisch-orthodoxen Kirche" mit der Aufgabe ein, in Kirchenfragen als Verbindungsglied zwischen der Regierung und dem Patriarchen von Moskau und ganz Rußland tätig zu sein. Den Mitgliedern und Beauftragten dieses Rates oblag es, in allen Republiken, autonomen Gebieten und Bezirken als Verbindungsstellen zwischen den örtlichen Behörden und den religiösen Körperschaften zu wirken.

Die religiöse und die politische Bedeutung dieser Maßnahmen entging dem Vatikan nicht. Auch Hitler nahm von ihr Notiz und forderte alle hohen Prälaten, die dem Sowjetregime feindlich gesinnt waren, auf, die Moskauer Patriarchenwahl für ungültig zu erklären.

Dreißig bis fünfzig Prälaten – die meisten aus den von den Nazis besetzten Gebieten Europas – versammelten sich, angeführt von dem Metropoliten von Großdeutschland, Dr. Serafin Lade, der von Anfang an Hitler gedient hatte, in Wien, um über die Patriarchenwahl in Moskau zu diskutieren. Sie erklärten die Wahl und die von der Moskauer Synode ausgesprochene Exkommunikation aller orthodoxen Priester, die sich feindlich gegen das Sowjetland verhielten, für ungültig. Gleichzeitig verkündeten sie, daß der Bolschewismus mit dem Christentum nicht zu vereinen sei.

Im Jahre 1944 berief die Sowjetregierung einen weiteren Rat, dessen Aufgabe es war, sich mit den Angelegenheiten der anderen Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion – den griechisch-katholischen Christen, den Mohammedanern, den Juden, den evangelischen und auch den römischkatholischen Christen – zu befassen.

Die neue russisch-orthodoxe Kirche errang unter den anderen religiösen Vereinigungen allmählich eine Vorrangstellung in allen Fragen von nationaler Bedeutung. Viele orthodoxe Geistliche erhielten staatliche Auszeichnungen. Die Kirche veranstaltete große politisch-religiöse Zeremonien, öffentliche Gebete für den Schutz der Sowjetunion und für die Vernichtung der Feinde Rußlands. „Die russische Geistlichkeit wird nicht aufhören, für den Sieg der russischen Waffen zu beten", hieß es. Die Kirche versprach dem „sowjetischen Vaterland" die Unterstützung der Geistlichkeit. „Die russische Kirche wird mit all ihrer Kraft ihrem geliebten Vaterland in den schweren Tagen des Krieges ebenso dienen wie in den künftigen Tagen des Wohlstandes."

Um die Zusammenarbeit mit der orthodoxen Kirche noch enger zu gestalten, berief die Sowjetregierung 1944 den Vorsitzenden des Rates für die Angelegenheiten der orthodoxen Kirche in den Rat der Volkskommissare.

Nach dem Kriege versicherte der Vorsitzende des Rates für die Angelegenheiten der orthodoxen Kirche wiederholt, daß jeder, der den Wunsch habe, eine Kirche zu gründen oder in eine Kongregation einzutreten, die Erlaubnis

hierzu erhalten werde. Neue Kirchen dürften eröffnet werden, sobald eine Gemeinde von mindestens 20 Gläubigen vorhanden sei. (1946 lebten in Moskau 20 000 und in Leningrad 30 000 russische Katholiken.)

Der orthodoxe Erzbischof Sergei erklärte im August 1946 in einer Rede unter anderem:

„Jeder, der in Rußland Priester werden möchte, kann es werden. Niemand mischt sich da hinein ... die Kommunistische Partei ist uns gegenüber sehr hilfsbereit.“

Obwohl oder vielleicht weil das Prinzip der völligen Trennung von Staat und Kirche konsequent verwirklicht und eingehalten wurde, konnte sich die orthodoxe Kirche als wahrhaft religiöse Institution entwickeln. Der Metropolit von Leningrad erklärte 1944 in einer Botschaft an die Gläubigen: „Unsere orthodoxe Kirche hat immer das Schicksal des Volkes geteilt. Sie hat mit ihm alle Prüfungen getragen und sich seiner Erfolge gefreut. Auch heute wird sie ihr Volk nicht im Stich lassen.“ Als Nazideutschland schließlich besiegt war, erklärte derselbe geistliche Würdenträger: „Die orthodoxe Kirche hat nicht vergebens gebetet; Gottes Segen verlieh den russischen Waffen siegreiche Kraft.“

Die immer engere Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat erreichte einen Höhepunkt in dem großen Kongreß der russisch-orthodoxen Kirche, der Ende 1944 in Moskau stattfand.

Der Kongreß war deshalb von größter Bedeutung, weil sich die orthodoxe Kirche zu dem Zweck versammelt hatte, eine Einladung an alle anderen Ostkirchen christlichen Ursprungs zu richten, mit ihr eine Union zu bilden.

Ein solcher religiöser Bund konnte sich weit über die Sowjetunion hinaus erstrecken und die orthodoxen Kirchen in Griechenland, im Nahen Osten, in Afrika und anderswo einschließen.

An dem Kongreß nahmen 39 Bischöfe teil. Sie schickten Einladungen zur Bildung einer großen religiösen Union an den ökumenischen Patriarchen und Erzbischof von Konstantinopel, an Alexander III., den Patriarchen von Antiochien und dem ganzen Osten, an Christophoros, den Patriarchen von Alexandria, an Timotheus, den Patriarchen von Jerusalem, und an Kallistratus, den Katholikos von Georgien.

Hinter der erneuerten Kraft der wiedererstandenen Moskauer Synode wurde das Bestreben sichtbar, ihre traditionelle Rolle als Beschützerin der orthodoxen Christenheit im Nahen Osten und in Osteuropa wiederherzustellen.

Bereits im darauffolgenden Jahre (1945) wies diese Politik die ersten Erfolge auf. Eine Delegation des ruthenischen Klerus übergab in Moskau

einen Brief des Erzbischofs von Chust, in dem dieser bat, sich der Obhut des Moskauer Patriarchen anvertrauen zu dürfen. Die ruthenische Kirche hatte bisher dem serbischen Patriarchat unterstanden. Dieses erklärte sich mit dem Übergang der ruthenischen Kirche zum Moskauer Patriarchat einverstanden und unterstellte sich selbst ebenfalls dem Moskauer Patriarchen. Die polnisch-orthodoxe Kirche äußerte denselben Wunsch und entsandte den polnisch-orthodoxen Metropoliten von Lwow nach Moskau. Dies war durchaus nicht selbstverständlich, denn die polnisch-orthodoxe Kirche war bislang eine selbständige Körperschaft mit einem eigenen Patriarchen gewesen. Auch das ökumenische Patriarchat von Konstantinopel entsandte eine Delegation nach Moskau. Man einigte sich, den Moskauer Patriarchen als Oberhaupt der religiösen Union anzuerkennen.

Nach dem Kriege unterstellten sich weitere bis dahin autonome Kirchen der russisch-orthodoxen Kirche. Das Konzil der Unierten Kirche mit ruthenischem Ritus erklärte in einer Botschaft an Stalin seine Entschlossenheit, mit dem Heiligen Stuhl zu brechen (Meldung von Radio Moskau am 8. März 1946). Der Vatikan beschuldigte daraufhin Moskau in einer Stellungnahme der Heiligen Kongregation der Ostkirchen vom 18. März 1946, daß es die Kirchen zwinge, sich mit der orthodoxen Kirche zu vereinen. (Die Verbindung zwischen der ruthenischen Kirche und Rom bestand seit dem Jahre 1596.) Die Moskauer Heilige Synode entsandte als Antwort auf diese Beschuldigung im Juni 1946 zwei orthodoxe Bischöfe, Makarius und Nikolas, in die westliche Ukraine.

Später beschäftigte sich die orthodoxe Kirche vor allem damit, Verbindung mit anderen religiösen Körperschaften, namentlich mit den großen protestantischen Kirchen, aufzunehmen. So wurden zum Beispiel zahlreiche englische protestantische Geistliche nach Moskau eingeladen, und die Führer der orthodoxen Kirche statteten 1945 der protestantischen Kirche Englands einen Besuch ab. Der Patriarch von Moskau unternahm eine ausgedehnte Reise durch den Nahen und Mittleren Osten, um die christlichen Gemeinden kennenzulernen. Im Juni 1945 erklärte er in Kairo:

> „Mein Besuch dient dem Zweck, die religiösen Bindungen zu erneuern, die seit je unter den orthodoxen Kirchen bestanden."

Wenige Monate zuvor, im Februar 1945, hatte in Moskau die russisch-orthodoxe Kirchenversammlung unter der Leitung des Metropoliten von Leningrad und Nowgorod getagt, um einen neuen Patriarchen zu wählen. 45 Delegierte aus allen Gebieten der Sowjetunion waren anwesend. Zu ihnen gesellten sich Vertreter der orthodoxen Kirche aus der ganzen Welt, zum Beispiel Metropolit Benjamin von New York, Alexander III., Patriarch

von Antiochien, Erzbischof Benjamin, Patriarch von Konstantinopel, Christophoros, Patriarch von Alexandria, und Timotheus, Patriarch von Jerusalem. Der Vatikan beobachtete den immer stärkeren Einfluß der wiedererstandenen orthodoxen Kirche mit großem Mißfallen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien teilten mehr oder minder die Befürchtungen des Vatikans. Sie sahen in der Aktivität der orthodoxen Kirche nicht nur ein Zeichen der religiösen Wiederbelebung, sondern befürchteten, daß sie den politischen Zielen der Sowjetunion in Osteuropa und in anderen Teilen der Welt, namentlich im Nahen Osten, dienlich sein könnte. So liefen wieder einmal die Interessen des Vatikans, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens parallel, wenn sie auch, geleitet von der gleichen Furcht, die Angelegenheit von verschiedenen Standpunkten aus betrachteten.

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien teilten ihre Besorgnisse der sowjetischen Regierung mit. Sie erklärten, die wachsende Aktivität der orthodoxen Kirche stelle für sie ein Ärgernis dar, das die harmonischen Beziehungen der Alliierten untereinander trübe und ihre für die bevorstehende Nachkriegszeit so notwendige Zusammenarbeit gefährde. Roosevelt versuchte von neuem, zwischen der sowjetischen Regierung und dem Vatikan zu vermitteln, um zumindest einen *Modus vivendi* zwischen ihnen zu erreichen. Die Sowjetregierung nahm die Vermittlung an. Als sich der Vatikan abermals weigerte, mit der Sowjetunion zu verhandeln, setzte die Sowjetregierung, unterstützt von den USA, einen „inoffiziellen Beauftragten" ein, der die Annäherung erleichtern sollte. Sie lud hierzu einen amerikanischen Geistlichen polnischer Herkunft, Reverend Orlemansky, nach Moskau ein.

Nach langen Besprechungen mit Stalin wurde Orlemansky von der Sowjetregierung gebeten, liberale Grundlagen für Verhandlungen mit der katholischen Kirche auszuarbeiten. Er erhielt die Zusicherung, daß die Sowjetunion bereit sei, mit dem Vatikan über die Beilegung der religiösen Streitigkeiten, über die Frage der religiösen Freiheit und über den Status der katholischen Kirche in den von den sowjetischen Truppen besetzten Territorien zu verhandeln.

Orlemansky kehrte mit diesen Vorschlägen nach Amerika zurück und übermittelte sie dem *State Department.* Präsident Roosevelt bat den Papst, diesem Angebot zuzustimmen. In katholischen Kreisen wurden Hoffnungen laut, daß es vielleicht doch noch zu einer Einigung komme. Einige katholische Zeitungen schrieben trotz ihrer notorischen antisowjetischen Einstellung, daß es für den Vatikan und die Sowjetregierung, ungeachtet aller Gegensätze, Möglichkeiten der Zusammenarbeit gebe, ohne daß einer der beiden Partner dadurch seine eigenen Interessen gefährde. So schrieb *Universe* am 18. August 1944:

„Man kann als sicher annehmen, daß der Heilige Stuhl, wo immer eine katholische Gemeinde in einem beliebigen Land existiert, die Herstellung entsprechender Beziehungen anstrebt und sich bemüht, Vereinbarungen zu treffen, die die Wahrung der religiösen und materiellen Interessen der Gläubigen garantieren. Dies geschieht gewöhnlich unabhängig von dem Charakter des dort herrschenden Regimes und verpflichtet den Heiligen Vater nicht, das betreffende Regime anzuerkennen." Und an anderer Stelle: „Wir haben deshalb immer betont, daß die unabänderliche Verurteilung des atheistischen Kommunismus Rom keineswegs zwingt, katholische Gläubige im Stich zu lassen, die schutzlos der Sowjetunion einverleibt wurden."

Aber der Papst weigerte sich von neuem. Er wies alle Angebote zurück und enthob Reverend Orlemansky aller priesterlichen Ämter – eine Maßnahme, die sowohl von der katholischen Welt als auch von Washington nur als ein „Schlag gegen Stalins Friedensangebote" ausgelegt werden konnte.

Mit dem weiteren Vormarsch der sowjetischen Armeen wurde das Problem einer Einigung zwischen Moskau und dem Vatikan immer aktueller. Präsident Roosevelt unternahm daher einen neuen Versuch, den Vatikan zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen. Im März 1945, knapp zwei Monate vor dem endgültigen Zusammenbruch Hitlerdeutschlands, entsandte er seinen persönlichen Botschafter Flynn über Moskau nach Rom. Mr. Flynn brachte aus Moskau ein erneutes Friedensangebot Stalins mit, stieß aber beim Vatikan wieder auf Ablehnung

Für die Sowjetregierung gab es jetzt keinen Zweifel mehr, daß der Vatikan von grenzenloser Feindschaft gegen die Sowjetunion erfüllt war. Da die katholische Kirche zur gleichen Zeit das Wiedererstehen halbfaschistischer Bewegungen, zum Beispiel in Italien, förderte, um sich für die Kämpfe der Nachkriegszeit zu wappnen, gab ihr die Sowjetregierung deutlich zu verstehen, daß sie die antirömischen Pläne der orthodoxen Kirche billige. Kirche und Staat nahmen gemeinsam den Kampf gegen die reaktionären Machenschaften ihrer politischen, religiösen und geistlichen Feinde auf.

Diese Politik trat noch deutlicher in Erscheinung, als die orthodoxe Kirche in der Zeit nach 1944 begann, dem Vatikan seine Feindschaft gegen die Sowjetunion und gegen die orthodoxe Kirche vorzuhalten. Diese Angriffe zeigten, daß sich die orthodoxe Kirche stark und innerlich gefestigt fühlte. Sie fielen auch zeitlich oft mit den Vorwürfen zusammen, die Partei und Regierung der Sowjetunion in ihren offiziellen Organen *Prawda* und *Iswestija* gegen den Vatikan wegen seiner faschistischen und antisowjetischen Politik erhoben.

So veröffentlichte der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche im Januar und Februar 1944 anläßlich eines Besuches hoher geistlicher Würdenträger eine Erklärung, in der er den Vatikan beschuldigte, Nazideutschland fortwährend unterstützt zu haben. In der Erklärung, die sich nicht nur an die

Völker der Sowjetunion, sondern an „alle Menschen der Welt“ richtete, hieß es:

„Angesichts der gegenwärtigen internationalen Situation erheben wir unsere Stimme gegen alle, namentlich gegen den Vatikan, die sich bemühen, Hitlerdeutschland von der Verantwortung für seine Verbrechen freizusprechen und für die Hitlerleute um Gnade zu flehen ... Die Betreffenden möchten dadurch die faschistische, menschenverachtende, antichristliche Lehre und ihre Propagandisten in die Nachkriegszeit hinüberretten“ (veröffentlicht in sowjetischen Zeitungen in der ersten Februarwoche 1944).

Diese Vorwürfe der orthodoxen Kirche wurden kurz darauf auch von den *Iswestija* erhoben:

„Der Vatikan war stets ein verläßlicher Helfer des Faschismus. Die unrühmliche Rolle, die er bei Hitlers und Mussolinis spanischem Abenteuer spielte, ist hinlänglich bekannt. Die Welt hat auch noch nicht vergessen, daß er sich still verhielt, als Italien im Juni 1940 Frankreich angriff. Franco ist der Liebling des Vatikans, und der Vatikan träumt von einem Nachkriegseuropa, das nach dem Vorbild des klerikalen Francoregimes eingerichtet ist.“

Wenige Monate später fuhr die orthodoxe Kirche schweres Geschütz gegen den Vatikan auf.

Das Oberhaupt der orthodoxen Kirche, Patriarch Sergei, bestritt in einer im *Moscow Bulletin* vom April 1944 veröffentlichten Erklärung die Autorität des Papstes in religiösen Fragen und behauptete, der Papst habe kein Recht, sich als Nachfolger Christi auszugeben. Diese Erklärung bewies politischen Instinkt und zeigte, daß die orthodoxe Kirche unter Führung ihrer wiedererstandenen Heiligen Synode sowohl den Traditionen der Orthodoxie die Treue hielt als auch eng mit der Sowjetregierung zusammenarbeitete. Dem Angriff gegen eines der fundamentalen Dogmen der katholischen Kirche folgte ein politischer Angriff gegen den Vatikan. Der Patriarch schrieb in den *Iswestija* unter der Überschrift: „Gibt es in der Kirche einen Stellvertreter Christi?“:

„In patriarchalischer Sicht bedeutet das Mysterium der Einheit zwischen Christus und seiner Kirche, daß die Existenz eines diese beiden Teile verbindenden Stellvertreters Christi auf Erden nicht angenommen werden kann ... Das Evangelium lehrt uns, daß unser Herr Jesus, als sein Körper die Welt verließ, nicht daran dachte, die Sorge für seine Kirche irgendeinem anderen zu übertragen ... Er beauftragte die Apostel und ihre Nachfolger, die rechtgläubigen Bischöfe, das Evangelium zu predigen und die Gläubigen zu leiten ...“

Dieser Angriff wurde im Vatikan mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Ähnliches geschah in London und in Washington, wo man sich der politischen Bedeutung dieser Aktion sehr wohl bewußt war. Die katholische Presse in der ganzen Welt, auch die britische und die amerikanische, erhob Protest. Sie sah hinter der Erklärung lediglich das „bolschewistische Schreckgespenst“. Noch alarmierender wurde die Angelegenheit in den Augen des

Vatikans, als sich die anglikanische Kirche der Erklärung der orthodoxen Heiligen Synode anschloß. Ein prominenter Würdenträger der anglikanischen Kirche, der Erzbischof von York, brachte „seine Bewunderung für die Stellungnahme des Moskauer Patriarchen gegen den angeblichen Stellvertreter Christi auf Erden zum Ausdruck“ und fügte hinzu: „Die russische Kirche hat ebenso wie die anglikanische Kirche die Auffassung der römischen Kirche über die Stellung des Papstes zurückgewiesen.“ Die anglikanische Zustimmung wurde auch in den Vereinigten Staaten nicht überhört.

In einer Antwort auf die bereits erwähnten Vorwürfe des Patriarchen, daß der Vatikan die faschistische Lehre und ihre Propagandisten in die Nachkriegszeit hinüberretten wolle, erklärte der *Osservatore Romano:*

„Der Papst ist der universelle Vater. Er verkündete am 12. Juni 1939: Wir haben das Rußland von gestern, von heute und von morgen vor Augen, jenes Rußland, für das wir niemals aufhören werden zu beten, das wir in unsere Gebete einschließen und an das wir unbeirrbar glauben.“

Gelegentlich einer Privataudienz nahm der Papst auf die Angriffe der Sowjetunion und der orthodoxen Kirche gegen den Vatikan Bezug und sagte:

„Es gibt niemanden, der in dieser Angelegenheit nicht einen der unheilvollsten Schatten sieht, der in dem gegenwärtigen Konflikt um das künftige Schicksal der Zivilisation heraufbeschworen wurde.“

Der amtierende Kardinalstaatssekretär erklärte am 28. April 1945 zu den Beziehungen zwischen dem Vatikan und der orthodoxen Kirche:

„Wir müssen um Gottes Hilfe bitten in dieser sich überstürzenden Zeit. Ein Ereignis vor allem würde gesunde Hoffnungen für die Erzielung einer dauerhaften Lösung der Schwierigkeiten, in denen sich die heutige Welt befindet, wecken: die Rückkehr Rußlands zum Glauben.“*

Wenige Wochen zuvor war Präsident Roosevelt gestorben. Eine der Folgen seines Todes war, daß auch die letzten noch bestehenden Verbindungen zwischen dem Papst und Stalin rasch zerrissen.

Das polnische Problem wurde immer komplizierter. Die Sowjetregierung unterstützte die provisorische polnische Regierung in Lublin und nicht die

* In den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg äußerte die Kirche offen, daß es ihr Ziel sei, Rußland zum Katholizismus zu bekehren. Die katholische Hierarchie versuchte der aufgeklärten Welt einzureden, daß die Gefahr eines neuen Krieges nur durch eine Bekehrung Rußlands gebannt werden könne: „Ein Mittel allein, so scheint es, kann uns vor dem Untergang bewahren und den Nationen einen dauerhaften Frieden schenken – die Bekehrung Rußlands zum Glauben“ (Fastenbrief des Erzbischofs McDonald von Saint Andrew und Edinburgh, März 1946).

reaktionäre katholische Regierung in London, deren Tätigkeit – das stellte sich einige Monate nach Kriegsende heraus – vor allem darauf gerichtet war, alle politischen Kräfte in Polen zu bekämpfen, die sich für ein gutes Einvernehmen und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit der Sowjetunion einsetzten.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten erkannten nach einigem Zögern trotz der Proteste des Vatikans die neue polnische Regierung an und gaben damit das Exilkabinett in London preis. Dieses wandte sich darauf in aller Öffentlichkeit an den Papst und bat ihn um ein neues Asyl im französisch-katholischen Teil Kanadas oder im katholischen Irland, von wo aus die Wühlarbeit gegen Polen fortgesetzt werden sollte.

Der Papst, seine Kardinäle und Bischöfe lamentierten laut über den neuen „Willkürakt" Moskaus und über die „neuerliche Ungerechtigkeit", mit der man nach ihrer Ansicht das „katholische Polen" behandelte. Die katholische Presse häufte monatelang Schmähungen auf Schmähungen gegen das Land, das so großen Anteil an der Niederwerfung des Nazismus und des Faschismus hatte.

Nach dem Zusammenbruch Japans, als die erschöpften Völker begannen, sich ein neues, friedliches Leben einzurichten, wandten der Vatikan und seine Hierarchie ihre Aufmerksamkeit auf das politische Leben der Siegernationen und der besiegten Länder. Katholische Parteien stürmten in Italien, Frankreich, Belgien, Österreich und in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands von neuem in die politische Arena. Sie gebrauchten wieder dieselben abgenutzten antikommunistischen und antisowjetischen Schlagworte, mit denen Hitler und der Vatikan die Welt in den eben erst beendeten Krieg gestürzt hatte. Damit begann der Vatikan ein neues Kapitel jener alten Politik der Todfeindschaft gegen den Kommunismus und seine staatliche Verkörperung, die UdSSR.

Wenn sich die Sowjetunion in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen schon den erbitterten Haß des Vatikans zuzog, weil sie die sozialistischen Lehren in die Tat umsetzte, wie groß muß dann erst der Haß des Vatikans in unseren Tagen sein, nachdem sich sein alter Rivale, die orthodoxe Kirche, zum Kampf an der Seite der Sowjetmacht entschlossen hat? Und wenn die katholische Kirche durch ihre unablässigen Anstrengungen in der Lage war, einen mächtigen sozialen und politischen Strom gegen das „rote" Rußland zu lenken, als es noch verhältnismäßig schwach und von der kapitalistischen Welt verachtet war und für sie lediglich die Verkörperung eines feindlichen Wirtschaftssystems darstellte, was wird sie dann erst gegen ein „rotes" Rußland in den Kampf zu werfen versuchen, das aus dem zweiten Weltkrieg als Sieger und als entscheidende Weltmacht hervorgegangen ist und bei allen Völkern erheblich an Autorität gewonnen hat?

Die Antwort auf diese Frage wurde bereits gegeben, als der Vatikan durch seine Intrigen den Sturz Mussolinis herbeiführte; sie wurde aber vor allem gegeben, als der Vatikan, wo immer es ihm in Europa möglich war, den politischen Katholizismus militanter und kämpferischer denn je wiedererstehen ließ, um das künftige Leben der Nationen und der Welt nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Aus diesen heute (1949) bereits vorliegenden Anzeichen muß man den Schluß ziehen, daß die Menschheit durch die Wiederaufnahme des jahrhundertealten Kampfes für die Katholisierung der Welt und durch die Fortsetzung des Kampfes gegen den Sozialismus in der großen Gefahr schwebt, in eine dritte Weltkatastrophe gestürzt zu werden.

KAPITEL XVIII Die katholische Kirche und der amerikanische Kontinent – Die USA und der Vatikan

Die Pläne der katholischen Kirche in der westlichen Hemisphäre – Der Katholizismus in den USA. Sein Vormarsch – Die vielfältige Aktivität des amerikanischen Katholizismus – Die N. C. W. C. *– Die Macht der katholischen Presse – Die Rassenfrage und die katholische Kirche – Die katholische Kirche und die soziale Frage – Die Macht der katholischen Kirche über das Filmwesen – Die Methode des Drucks auf die öffentliche Meinung – Der Katholizismus in den Städten – Die Amerikanisierung der katholischen Kirche – Der „amerikanische Katholizismus" und das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Das Credo der amerikanischen Katholiken – Weshalb der Vatikan der amerikanischen katholischen Kirche soviel Unabhängigkeit gewährte – Die tatsächlichen Ziele der katholischen Kirche in den USA: ein katholisches Amerika – Eine katholische, autoritäre, amerikanische Vereinigung – Kirche und Staat – Die Beschränkung der Freiheit – Vorbereitende Schritte katholischer Extremisten in den USA – Reverend Coughlin und seine „christliche Revolution" – Der amerikanische Katholizismus und die Weltpolitik des Vatikans. Zwei Beispiele – Pacelli und die Wahl Roosevelts – Vorbereitende Schritte zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und den USA – Roosevelts persönlicher Botschafter – Das stille Bündnis zwischen Washington und dem Vatikan zur Führung des „kalten Krieges" – Dem Vatikan gelingt es, die antikatholische Front des amerikanischen Protestantismus aufzusplittern – Die vier Hauptstoßrichtungen der katholischen Kirche zur Eroberung der USA – Schlußfolgerungen.*

Die katholische Kirche ist ernsthaft besorgt über die apokalyptischen Ereignisse, die Europa seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts heimsuchen, und über die Aussicht, einer Zukunft entgegenzugehen, die vielleicht apokalyptischer sein wird als die Vergangenheit. Ihre gewaltigen Verluste an Gläubigen und die immer stärkere Bedrängung durch ihre Todfeinde zwangen sie, ihren Blick nach dem Westen zu lenken. Dort fand sie weite Gebiete, in denen sie die Schlappen, die sie in dem „bankrotten Europa" erlitt, vergessen und neuen Mut fassen konnte.

Diese Tendenz, die bereits in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts einsetzte, wurde in und nach dem ersten Weltkrieg stärker und erlebte einen besonders großen Aufschwung während des zweiten Weltkriegs.

Der Vatikan schenkte den jungen, aufblühenden Kirchen in Amerika, von denen er bereits viel profitiert hatte, immer mehr Aufmerksamkeit. Seine Ziele dort sind weder lokaler noch ausschließlich religiöser Art. Sie reichen weit über Amerika hinaus und schließen Gebiete ein, die auf den ersten Blick für die katholische Kirche nur von geringem Interesse zu sein scheinen.

Die katholische Kirche beabsichtigt, Amerika als Gegengewicht zu dem bereits halb verlorenen Europa in einen festgefügten katholischen Kontinent

zu verwandeln. Wem diese Feststellung übertrieben vorkommt, der möge sich erinnern, daß wir es beim Vatikan mit einer Institution zu tun haben, die ihre Pläne nicht für den engen Bereich bestimmter Länder aufzustellen oder mit wenigen Generationen zu rechnen gewohnt ist, sondern die in kontinentalen Maßstäben und in Zeiträumen von Jahrhunderten denkt.

Die Politik auf weite Sicht entgeht gewöhnlich der Aufmerksamkeit der meisten Menschen, weil sie zu sehr von den unmittelbaren Fragen in Anspruch genommen sind. Aber die Pläne der katholischen Kirche in der westlichen Hemisphäre sind für jeden aufmerksamen Beobachter schon so weit zu erkennen, daß man sie analysieren kann. Die zunehmende Aktivität der katholischen Kirche in diesem Raum und die Erfolge, die sie bereits zu verzeichnen hat, sind offensichtlich. Aber diese Erfolge sind nicht nur auf die Energie zurückzuführen, mit der die katholische Kirche ihre Aufgaben betreibt, sondern in weitem Ausmaß auch auf die allgemeinen ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen, die in Amerika unvergleichlich stabiler sind als in Europa. Diese Tatsache begünstigt die Pläne der Kirche, die viele als einen stabilisierenden Faktor, als eine Barriere gegen den revolutionären Geist unserer Zeit ansehen.

Diese wechselseitigen Gesichtspunkte und Interessen kann man nicht nur in den Teilen des amerikanischen Kontinents beobachten, in denen die katholische Kirche seit Jahrhunderten vorherrschend ist, das heißt in Mittel- und Südamerika. Auch im protestantischen Nordamerika hat die katholische Kirche bereits festen Fuß gefaßt. Gerade dorthin richtet sie seit einigen Generationen ihr Hauptaugenmerk, gerade dort ist sie auf dem Vormarsch. Die Vereinigten Staaten sind heute nicht nur hinsichtlich des amerikanischen Kontinents, sondern auch im Weltmaßstab der Kernpunkt ihrer Politik.

Die katholische Kirche, die sich jahrhundertelang auf eine Allianz mit den katholischen Staaten Europas stützte, hat nun ihren Schwerpunkt in die westliche Hemisphäre verlegt. Der Vatikan bereitet angesichts der für ihn über Europa heraufziehenden Katastrophe die Schaffung einer neuen katholischen Welt in Amerika vor, von dem er sich die weltliche Unterstützung verspricht, die er benötigt. Diese Politik kann aber nur Erfolg haben, wenn die katholische Kirche nicht nur die geistige Vorherrschaft über Süd- und Mittelamerika ausübt, sondern wenn sie auch soweit wie möglich die USA erobert.

Die Vereinigten Staaten wurden sehr bald das reichste und aktivste Land der westlichen Hemisphäre und eines der mächtigsten Länder der Erde. Der Vatikan konzentrierte daher seit geraumer Zeit seine Anstrengungen darauf, in den USA größeren Einfluß zu gewinnen. Er folgte damit dem jahrhundertealten Gesetz seiner Politik, sich immer mit der stärksten weltlichen Macht zu verbünden. Bei all dem muß man bedenken, daß die USA ein

protestantisches Land sind. Die Katholiken bilden dort nur eine kleine Minderheit. Das Eindringen des Katholizismus weckte daher den Widerstand starker religiöser Kräfte.

Welche Stellung hatte die katholische Kirche in den USA, bevor der Vatikan diese neue Politik einschlug? Welche Stellung hat sie gegenwärtig? Was befähigte die katholische Kirche, ihre Stellung in einem großen protestantischen Land so zu verstärken? Und nicht zuletzt: Welchen Einfluß übte die katholische Kirche auf das soziale und politische Leben und auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten vor und in dem zweiten Weltkrieg aus?

Als General Washington 1775 das Kommando über die Unabhängigkeitsarmee übernahm, gab es in Nordamerika eine einzige katholische Kirchgemeinde (in Philadelphia). Das protestantische Amerika feierte dagegen alle Jahre am 5. November den sogenannten „Papsttag", an dem das Bild des Papstes öffentlich verbrannt wurde.

Als die USA 1941 in den zweiten Weltkrieg eintraten, besaß oder kontrollierte der Katholizismus in Nordamerika von der atlantischen Küste bis an den Pazifik ein Netz von Kirchen, Schulen, Krankenhäusern und Zeitungen. Er war in den 166 Jahren die größte, geschlossenste und mächtigste religiöse Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten geworden. Der amerikanische Präsident hielt es für notwendig, durch einen „persönlichen Botschafter" beim Heiligen Stuhl vertreten zu sein, und schickte außerdem wiederholt „persönliche Botschafter" mit speziellem Auftrag zum Vatikan.

Der Hauptgrund für das starke Anwachsen des Katholizismus in den Vereinigten Staaten war die Masseneinwanderung aus Europa am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In dieser Zeit breitete sich die katholische Kirche über das ganze Land aus. Die Zahl ihrer Mitglieder stieg von 1881 bis 1890 um 1 250 000, von 1891 bis zum Ende des Jahrhunderts um 1 225 000, von 1901 bis 1910 um weitere 2 316 000. Der Katholizismus hatte sich also in der kurzen Zeitspanne von drei Dekaden fast ausschließlich durch die Einwanderung um fast 5 Millionen Mitglieder verstärkt.

Diese Zunahme der Mitgliederzahl hatte eine Vermehrung der Gotteshäuser und der anderen religiösen, sozialen und kulturellen Einrichtungen und Organisationen der Kirche und die Entstehung einer sich im gleichen Maßstab ausdehnenden hierarchischen Maschinerie zur Folge. 1911 gab es bereits sechzehn Erzdiözesen und vierzig Bischöfe. Katholische religiöse, halbreligiöse und Laieninstitutionen verbreiteten sich über das ganze Land. Innerhalb von dreißig Jahren entstanden zum Beispiel 250 Nonnenorden zumeist lokalen Charakters; nur einige von ihnen waren im ganzen Lande tätig, so die Ursulinerinnen, deren Mitglieder vor allem im Erziehungswesen arbeiten, die Barmherzigen Schwestern und andere. Auch Mönchsorden

siedelten sich in den Vereinigten Staaten an, wenn auch nicht in so großer Zahl wie die Nonnenorden; der wichtigste und aktivste von allen war der Jesuitenorden.

All diese Faktoren führten zu einer ständigen Zunahme des katholischen Bevölkerungsanteils. 1890 gab es in den USA 8 909 000 Katholiken, 1900 waren es 12 041 000, 1910 schon 16 336 000, 1920 etwa 20 Millionen (18.76 Prozent der Gesamtbevölkerung); 1923 lebten 23 Millionen und am Ende des zweiten Weltkrieges mehr als 24 Millionen Katholiken in den USA. (Laut *Official Catholic Directory* betrug 1950 die Gesamtzahl der Katholiken in den USA 26 718 343.)

Da die katholische Kirche immer und überall Anspruch auf die Kontrolle der Jugenderziehung erhebt, versuchte sie auch in den USA ihren Einfluß auf das Erziehungswesen zu verstärken. 1921 unterstanden ihr bereits 24 Colleges für Frauen und 43 für Männer, 309 Fachschulen, 6550 Grundschulen und 1552 Mittelschulen mit mehr als 2 Millionen Schülern.

Der Katholizismus gab sich aber mit dem Erreichten nicht zufrieden. Der Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg gab seinen Anstrengungen starken Auftrieb. 1946 gehörten zur amerikanischen Hierarchie bereits fünf Kardinäle, 22 Erzbischöfe, 136 Bischöfe und etwa 39 000 Geistliche; zu dieser Zeit hatte die katholische Kirche mehr als 14 500 Gemeinden, etwa 21 600 Studenten bereiteten sich auf das Priesteramt vor.

Auf dem Gebiete des Erziehungswesens machte die katholische Kirche große Fortschritte. 1919 war die Zahl der katholischen höheren Schulen in den USA noch nicht so groß, daß sie in der offiziellen Statistik gesondert aufgeführt wurden. Fünfzehn Jahre später gab es bereits 966 katholische höhere Schulen mit 158 352 Schülern; 1943 waren es 1522 Schulen mit 472 474 Schülern. Zu derselben Zeit stellte die katholische Kirche das Lehrpersonal – vor allem Nonnen – für 7647 Gemeindeschulen mit 2 048 723 Schülern. 1945 besaß oder überwachte die katholische Kirche insgesamt 11 075 Erziehungsstätten und erteilte 3 205 804 jungen Menschen allgemeinbildenden Unterricht – gegenüber dem Jahr zuvor ein Zuwachs von 167 948 Schülern.

Die katholische Kirche nimmt sich der jüngsten Grundschüler ebenso an wie der Schüler an den Gemeinde- und Mittelschulen und der Studenten an den mehr als 900 katholischen Colleges und Universitäten. Und sie sorgt sich auch außerhalb der Schulen um die amerikanische Jugend. Zu diesem Zweck wurden Vereinigungen und Organisationen aller Art ins Leben gerufen. Den Bischöfen und anderen zuständigen Stellen wurde ein *National Catholic Youth Council* zur Seite gestellt, der sich aus den Vorsitzenden der Diözesan-Jugendräte zusammensetzt. Andere wichtige Körperschaften sind die beiden katholischen Studentenvereinigungen, die *Newman Club*

Federation und die *National Federation of Catholic College Students.* Die *Boy Scouts* werden von einem besonderen Bischofskomitee geleitet.

Um die erwachsenen Jugendlichen kümmert sich der *National Council of Catholic Men* und der *National Council of Catholic Women.* Diese Organisationen haben Tausende von Gemeindegruppen, die innerhalb einer Diözese dem Bischof unterstehen. Zu ihren Aufgaben gehört es unter anderem, neue Hochschulen einzurichten, die Arbeit der *Legion of Decency* zu unterstützen und die „Katholische Stunde" und andere ähnliche Rundfunksendungen zu finanzieren.

Auch auf karitativem Gebiet hat die katholische Kirche in den USA große Erfolge aufzuweisen. Sie verfügte bei Kriegsende über 726 Krankenhäuser.

Die Anzahl der katholischen Armeegeistlichen betrug vor dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbour etwa 60, sie wuchs bis zum Jahre 1945 auf 4300 an. Erzbischof Spellman wurde 1940 zum *Military Vicar of Army and Navy Chaplains* ernannt.

Jährlich treten etwa 85 000 Amerikaner zum katholischen Glauben über. Die Gesamtzahl der Konvertiten betrug im zweiten Weltkrieg 543 970.

Eine wesentliche Rolle bei der Ausbreitung des Katholizismus spielte neben der katholischen Zielstrebigkeit und Disziplin die mächtige nationale Organisation, von der aus die gesamte Kampagne geleitet wird: die *National Catholic Welfare Conference (N. C. W. C.).* Diese Organisation entstand im ersten Weltkrieg und hat die Aufgabe, die Interessen der katholischen Kirche außerhalb der rein kirchlichen Sphäre zu vertreten. Die Hierarchie ist in der *N. C. W. C.* nur beratend vertreten, übt aber trotzdem in ihr eine unumschränkte Macht aus. Die *N. C. W. C.* ist, kurz gesagt, das Faktotum der katholischen Kirche; von ihrer Dynamik hängt die Ausbreitung des Katholizismus in den USA ab. Eines ihrer wichtigsten Instrumente ist die katholische Presse.

Die katholische Kirche besaß 1942 in den USA 332 kirchliche Publikationsorgane mit einer Gesamtauflage von 8 925 665. Darunter befanden sich 125 Wochenzeitungen, 127 monatlich erscheinende Magazine und 7 Tageszeitungen. Diese Zeitungen sind alle der Presseabteilung der *N. C. W. C.* unterstellt. Sie bezeichnet sich selbst als eine „Internationale katholische Agentur zur Sammlung und Verbreitung von Nachrichten, gegründet und kontrolliert von den katholischen Erzbischöfen und Bischöfen der USA". Sie wird von erfahrenen Journalisten geleitet, unterhält in allen wichtigen Städten innerhalb und außerhalb der USA eigene Korrespondenten und sammelt Nachrichten aus allen fünf Kontinenten. Diese Nachrichten werden nach bestimmten, den Interessen des Katholizismus dienenden Gesichtspunkten zusammengestellt und im ganzen Lande verbreitet. Im zweiten

Weltkrieg übermittelte die Presseabteilung des *N.C.W.C.* wöchentlich Nachrichten im Umfang von durchschnittlich 60 000 bis 70 000 Wörtern an ungefähr 190 Herausgeber; 1942 bediente sie 437 katholische Presseorgane in den USA und anderen Ländern.

Viele dieser katholischen Zeitungen hatten am Ende des zweiten Weltkriegs Riesenauflagen. So unter anderen:

Catholic Missions 530 000;
The Messenger of the Sacred Heart 260 000;
The Young Catholic Messenger 420 000;
Our Sunday Visitor 480 000.

Die Zahl der 1942 in den USA verkauften katholischen Schriften belief sich auf annähernd 25 Millionen. Zwischen 1942 und 1946 wurden trotz der Kriegszeit 650 neue Titel verlegt, von denen viele als Bestseller galten, also eine Auflagenhöhe von mehr als 100 000 Exemplaren erreichten. Im Jahre 1946 kauften in den USA mehr als 10 500 000 Menschen 367 Publikationen der amerikanischen katholischen Presse. In den drei Jahren zuvor wurden 35 Publikationen vorbereitet und dafür 1 500 000 Subskribenten gewonnen.

Vier katholische Tageszeitungen erscheinen in fremden Sprachen. Die Presseabteilung der *N. C. W. C.* beliefert nicht nur Zeitungen in den USA, sondern auch katholische Zeitungen im Ausland, namentlich in Mittel- und Südamerika, mit Nachrichten. Ihre *Noticias Católicas* gehen zum Beispiel an alle vier Tageszeitungen von Mexiko City. Die Kirche kontrolliert die Presse außer durch die *N. C. W. C.* mit Hilfe der *Catholic Press Association*, einer Vereinigung, der Hunderte von katholischen Herausgebern und Verlegern angehören. In ihr werden Abmachungen über das Inseratengeschäft der katholischen Presse, über Kostensenkungen und über andere wirtschaftliche Probleme getroffen; außerdem regelt sie die Förderung kaholischer Journalisten und ähnliche Fragen.

Die katholische Presse, deren örtliche Kirchenblätter hohe Auflagen erreichen, dringt in alle kulturellen und politischen Sphären der Gesellschaft. Ihre wichtigsten Organe sind die jesuitischen Wochenzeitungen *America* und *The Commonweal*, die von den Paulinern herausgegebene *Catholic World* und die *Interracial Review*.

Die *Interracial Review* nimmt sich vor allem der Negerfrage an. 1945 lebten etwa 13 Millionen Neger in den Vereinigten Staaten, das heißt, jeder zehnte Amerikaner war Neger. In dem Jahrzehnt von 1930 bis 1940 unternahm die katholische Kirche große Anstrengungen, um die Neger zu bekehren, hatte aber wenig Erfolg. 1945 gab es nur 300 000 katholische Neger gegenüber 5 600 000 protestantischen Negern. Trotzdem sollte man diese Bemühungen der katholischen Kirche nicht unterschätzen.

In der Vergangenheit gab es zwischen den Negern und den Katholiken starke Spannungen. Die Katholiken waren in der Mehrzahl Einwanderer aus den zurückgebliebenen katholischen Ländern Europas und konkurrierten mit den Negern als billige Arbeitskräfte. Aber diese „Konkurrenz" verschwand allmählich infolge der wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes und der Rassendiskriminierung der protestantischen Vereinigungen und der protestantischen Kirchen.

Im Laufe der Jahre bemühten sich die Neger mit wachsendem Erfolg, alle Kräfte zurückzuschlagen, die bestrebt waren, sie auf dem Status von Staatsbürgern zweiter Klasse zu halten. Die katholische Kirche begann von Rassengleichheit zu predigen, in der Hoffnung, dadurch die Neger auf ihre Seite zu ziehen.

Das wichtigste Mittel der katholischen Kirche zur Bekehrung der Neger ist – wie könnte es anders sein – die Jugenderziehung. Tausende von Nonnen beschäftigen sich ausschließlich mit der Erziehung von Negerkindern.

Etwa der zehnte Teil der 86 000 amerikanischen Bürger, die durchschnittlich in jedem Jahr zum katholischen Glauben übertreten, sind Neger. Während des zweiten Weltkriegs machte die katholische Kirche in ihrer Missionsarbeit unter den Negern große Fortschritte. Die Zahl der Priester, die sich ausschließlich mit der Bekehrung der amerikanischen Neger befaßten, war zu dieser Zeit 150 mal so groß wie fünfzehn Jahre zuvor. 72 kleinere Nonnenorden und 22 Mönchsorden widmen sich der Arbeit unter den Negern. Die bekanntesten von ihnen sind die Oblaten der *Maria Immaculata* – ein besonderer Orden für Negerinnen –, die Schwestern des Heiligen Sakramentes, die Väter Josephs, die Vereinigung des Heiligen Geistes, der Orden des göttlichen Wortes, der Erlöserorden, die Jesuiten und die Benediktiner.

Die katholische Kirche unterhält auch eine besondere Universität für Neger, die Universität des heiligen Xaver. 1944 standen den Negern nur zehn katholische höhere Bildungsanstalten offen, 1945 waren es schon mehr als hundert. Wenn junge Neger die Priesterlaufbahn einschlagen wollen, legt ihnen die Kirche keinerlei Hindernisse in den Weg.

Gegen Ende des zweiten Weltkriegs hatte die katholische Kirche in den USA die Vorbereitungen für eine große Kampagne unter den Negern abgeschlossen; aber sie unterblieb, weil die Kirche die Zeit noch nicht für reif hielt. Eines Tages aber, zu einem für die Kirche günstigen Zeitpunkt, wird der Katholizismus eine große Kampagne in der Rassenfrage beginnen und zweifellos erhebliche Einbrüche bei der Negerbevölkerung vor allem auf Grund der Tatsache erzielen, daß sich ungefähr 8 Millionen Neger zu keiner der beiden christlichen Konfessionen bekennen.

Die katholische Kirche denkt bekanntlich in Zeiträumen von Jahrhunderten und verfolgt eine Politik auf weite Sicht. Sie schmiedet schon heute

die Waffen, die sie vielleicht erst in Jahrzehnten zu benutzen gedenkt. Zweifellos sieht die katholische Kirche in der Bekehrung der Neger eines der wichtigsten Mittel zur Gewinnung Amerikas für den Katholizismus. Anzeichen, die in diese Richtung weisen, waren bereits vor und in dem zweiten Weltkrieg zu beobachten. Sie mehrten sich nach dem Eintritt der Waffenruhe. Wir denken dabei vor allem an die Arbeit der *Interracial Review* auf dem Gebiete der Propaganda und an die Arbeit des *Catholic Interracial Council* auf dem Gebiet der praktischen Arbeit.

Die Negerfrage nimmt ohne Zweifel in der Arbeit der katholischen Kirche Amerikas einen wichtigen Platz ein, sie ist eine Besonderheit der kirchlichen Arbeit in den USA. Wichtiger aber sind für die Kirche die sozialen Fragen und die Probleme des Arbeiterlebens.

Eine der Hauptaufgaben der *N. C. W. C.* ist es, die Soziallehren der Kirche unter die katholische und nichtkatholische Bevölkerung, in die Sphäre der wirtschaftlichen Interessengegensätze zu tragen. Grundlage dieser Arbeit sind die Äußerungen der Päpste, vor allem die Proklamationen Leos XIII. Die Arbeit der *N. C. W. C.* befaßt sich mit Fragen der Familie, des Lohnes, des Privateigentums, der sozialen Sicherheit, der Gewerkschaftsarbeit und so weiter. Alles wird so dargeboten, wie die katholische Kirche es lehrt, und gipfelt in der Befürwortung des Ständestaates nach dem Muster des europäischen Faschismus und in der Verbreitung von Haß und Feindschaft gegen den Sozialismus und den Kommunismus.

Die *N. C. W. C.* schuf sich in der *Catholic Conference on Industrial Problems* ein spezielles Organ für diese Arbeit. Diese Vereinigung organisiert Diskussionen über soziale Tagesfragen. Ihre Konferenzen werden als „reisende Universitäten“ bezeichnet. Von 1922 bis 1945 fanden mehr als hundert solcher Konferenzen in den wichtigsten Industriezentren des Landes statt. Sie wurden von der Kirche, von katholischen Gewerkschaftsführern, von Wirtschaftsprofessoren und ähnlichen Körperschaften und Personen finanziert und geleitet.

Um die „Gefahr des Sozialismus und des Kommunismus“ besser bekämpfen zu können, begann die Kirche ihre Geistlichen in der katholischen Soziallehre zu unterrichten. Zu diesem Zweck rief die amerikanische Hierarchie eine *Priest's Summer School for Social Action* sowie verschiedene Kongresse wie den *National Catholic Congress on Social Action* ins Leben, der 1938 in Milwaukee und im Jahr darauf in Cleveland tagte. Am ersten Kongreß in Milwaukee beteiligten sich 35 Bischöfe, 750 Priester und Tausende von Laien. Diese Tätigkeit soll dazu dienen, den Katholiken das Eindringen in die ökonomisch-soziale Sphäre der Gesellschaft zu ermöglichen und sowohl die Arbeiter als auch die Kapitalisten zu beeinflussen.

Im Jahre 1937 leitete die katholische Hierarchie mit Hilfe der *N. C. W. C.* eine umfassende Offensive gegen den Kommunismus ein. Der Angriff begann damit, daß die Sozialabteilung der *N. C. W. C.* eine genaue Untersuchung über die kommunistische Bewegung in den USA anstellte. Dieser Untersuchung folgte die Einsetzung von Priesterkomitees in jeder Diözese, deren Aufgabe darin bestand, die Tätigkeit der Kommunisten in ihrem Seelsorgebereich genau zu verfolgen. Die Ergebnisse dieser organisierten Bespitzelung wurden an die katholischen Schulen der *N. C. W. C.*, an katholische Gewerkschaftsführer, katholische Professoren und andere Personen und Stellen weitergeleitet, die ihrerseits verpflichtet waren, ihre Beobachtungen über die Tätigkeit der Kommunisten mitzuteilen. Gewissermaßen als Belohnung dafür wurden sie mit antikommunistischen Pamphleten, Büchern und Filmen überschüttet. Die Priester, die in dieser Kampagne die größten Erfolge erzielten, wurden auf die katholische Universität in Washington geschickt, um Sozialwissenschaft zu studieren. In der katholischen Presse erschien eine Unzahl antikommunistischer Inserate und Artikel, in denen unter anderem die katholischen Arbeiter und Studenten vor jeder Zusammenarbeit mit den „Roten" gewarnt wurden.

Die katholische Kirche beschränkte sich in ihrer Kampagne keineswegs auf Worte, sondern versuchte unmittelbar in die Arbeiterbewegung einzudringen. So schuf sie 1937 eine spezielle Oganisation zur Bekämpfung des Kommunismus. Kardinal Hayes, Erzbischof von New York, erteilte ihr offiziell seinen Segen. Auch die „Vereinigung katholischer Gewerkschaftler" wurde vor allem gegründet, um den Kampf gegen den Kommunismus und gegen die Kommunisten in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen. Dem gleichen Ziel dienten andere Organisationen, zum Beispiel der Konservative Katholische Arbeiterbund und die Pazifistische Katholische Arbeitergruppe.

Erheblichen Einfluß übt die katholische Kirche der Vereinigten Staaten auf das Filmwesen aus. Alle Welt ist sich darüber einig, daß in der modernen Gesellschaft der Film neben dem Rundfunk das mächtigste Mittel der Massenbeeinflussung ist. Die katholische Kirche wäre daher nicht das, was sie ist, wenn sie nicht – namentlich in den USA – alle Anstrengungen unternähme, eine möglichst weitgehende direkte oder indirekte Kontrolle über das Filmwesen zu erlangen.

Die Kirche nahm anfangs von der neuen Industrie kaum Notiz, interessierte sich aber im Laufe der Jahre immer stärker für sie. Seinen bisherigen Höhepunkt erreichte dieses Interesse, als Papst Pius XI. im Juli 1936 eine eigene Enzyklika über diese Frage herausgab (Enzyklika *Vigilante Cura).* Die Kirche hatte die Macht des Films erkannt und beschlossen einzugreifen, weil, wie Pius XI. sich ausdrückte, „der Film mit seiner direkten Propaganda eine Stellung von beherrschendem Einfluß besitzt". Der Papst wies die

Gläubigen an, dafür zu sorgen, daß der Film von christlichen Prinzipien getragen wird, und zu überwachen, was das Publikum zu sehen bekommt. Er halte es für das Recht, ja die Pflicht der Kirche, bei der Produktion dieses neuen Mittels der Massenbeeinflussung mitzureden und alle Filme, Personen und Organisationen zu boykottieren, die sich den Weisungen der Kirche nicht fügten. Pius XI. ging noch weiter und erklärte, es sei eine gottgefällige Sache, wenn die katholische Kirche die gesamte Filmindustrie „inspirierte", lies: kontrollierte. Er versicherte: „Die Frage der Herstellung moralischer Filme wäre radikal gelöst, wenn es uns möglich wäre, die gesamte Filmproduktion mit den Grundsätzen der christlichen" (lies: katholischen) „Moral zu erfüllen."

Diese Direktiven des Papstes ergingen in einer Zeit, da in den USA die katholischen Organisationen bereits jedes Hollywoodstudio bedrohten. Die wichtigste dieser Organisationen, die *Legion of Decency*, erhielt vom Papst ein besonderes Lob: „Eurer Streitbarkeit ist es zu danken, daß der Druck der öffentlichen Meinung Erfolg gehabt hat und eine Besserung im Filmwesen eingetreten ist." *(Vigilante Cura)*

Der Druck der katholischen Kirche auf die Filmindustrie verstärkte sich nach dem Erscheinen dieser Enzyklika beträchtlich. In unseren Tagen wagt kaum jemand in der amerikanischen Filmwelt einen neuen Film herzustellen, ohne bereits bei der Planung die Zustimmung oder die Ablehnung der katholischen Kirche zu berücksichtigen.

Wie kann eine religiöse Körperschaft wie die katholische Kirche eine solche Macht über eine Industrie ausüben, die auf den ersten Blick nicht das geringste mit der Religion zu tun hat? Die Praxis zeigt, daß dies ebenso wie bei der Presse und bei anderen auf die Massen wirkenden Mitteln der Unterhaltung und der Meinungsbildung vor allem durch öffentlichen Druck geschieht.

Bereits 1927 war der Druck auf die Filmindustrie so stark, daß gewisse Produzenten bei der Annahme von Exposés forderten, vorher die Zustimmung der *N.C.W.C.* einzuholen. Diese kirchliche Zensur war sehr unbeliebt, trotzdem griff sie immer mehr um sich, da die katholischen Organisationen, die sich vor allem mit der Zensur der Filmindustrie befaßten, von Jahr zu Jahr anwuchsen.

Die *Legion of Decency*, die seit 1930 unter diesem Namen arbeitet, tat sich dabei besonders hervor. In demselben Jahr entstand der sogenannte Produktionskodex. Der Jesuit Daniel A. Lord und Martin Quigley brachten ihn der Vereinigung der Filmproduzenten zur Kenntnis. Er sollte den Produzenten „Ratschläge erteilen", was gefilmt und was nicht gefilmt werden könne und was die Zustimmung der katholischen Kirche finden und was auf ihren Boykott stoßen werde.

Diese Einmischung der katholischen Kirche in das Filmwesen erhielt weiteren Auftrieb, als ein Vertreter des Papstes (C. Cicognani) am 1. Oktober 1933 die amerikanischen Gläubigen aufforderte, eine „einheitliche und streitbare Kampagne für die Reinigung des Films, der sich zu einer tödlichen Gefahr für die Moral ausgewachsen hat", zu beginnen.

Die gefährliche Methode des Boykotts und der Drohungen wurde verstärkt fortgesetzt. Millionen Bürger der USA unterschrieben die Erklärung der *Legion of Decency:*

„Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes ... verspreche ich als Mitglied der *Legion of Decency*, keinen dieser von der Kirche verworfenen Filme zu besuchen. Ich verspreche ferner, um dieser Aktion Wirksamkeit zu verleihen, mich von allen Filmtheatern und Vergnügungsstätten fernzuhalten, die solche Filme zeigen."

Als aber die Bischöfe gemäß der Weisung des Papstes in ihren Diözesen zusätzlich zu den Zensurstellen der Legion eigene Kontrollstellen einrichteten, um auch den letzten möglicherweise durch die allgemeine Zensur geschlüpften Film zu fassen, bekam Hollywood es mit der Angst zu tun.

Der Filmproduzent Will Hays erklärte, der Produktionskodex, den man bis dahin in den Filmstudios nicht allzu ernst genommen habe, müsse ein moralischer Leitfaden der gesamten Filmindustrie werden. Später wandte er sich sogar an den Papst und teilte ihm mit, daß er sich „in voller Übereinstimmung mit den Ansichten des Papstes über die Moral der modernen Filme" befinde.

Seit dem zweiten Weltkrieg hat sich der katholische Druck auf die Filmindustrie vervielfacht. Filmproduzenten, die so leichtsinnig sind und bestimmte Morallehren der katholischen Kirche, zum Beispiel die katholische Auffassung über die Ehe, nicht genügend beachten, können in große Schwierigkeiten geraten. Monsignore McClafferty, der Exekutivsekretär der *Legion*, erklärte: „Die Lichtstrahlen auf der Filmleinwand entwickeln sich zu Todesstrahlen für die eheliche Gemeinschaft ... sie zeigen uns Filme, in denen die Ehen leicht genommen und alle ehelichen Schwierigkeiten durch die Scheidung gelöst werden, und gefährden dadurch die Familie" (Detroit, September 1946).

An der Konferenz, auf der diese Worte gesprochen wurden, nahmen 700 weibliche Vertreter von mehr als 500 katholischen höheren Schulen, Seminaren und Universitäten aus dreißig Staaten der USA teil. Sie drückten ihre Entschlossenheit aus, alle Filme zu bekämpfen, die gegen die katholischen Lehren verstießen.

Zuweilen verurteilte die *Legion* öffentlich bestimmte Filme schon vor oder während ihrer Herstellung. Dadurch brachte sie die Filmproduzenten

und die Schauspieler in große finanzielle Schwierigkeiten. So „verdammte" zum Beispiel die katholische Kirche mit Hilfe der *Legion* den Film *Forever Amber*, dessen Herstellung vier Millionen Dollar gekostet hatte.

Der „Verdammung" durch die *Legion* folgten häufig Verdammungen durch die Bischöfe für den Bereich ihrer Diözesen. Dies führte dazu, daß „eine Reihe von Kinos, die den Film bereits in ihr Programm aufgenommen hatten, um die Lösung des Vertrages nachsuchten". (Bericht der Zeitschrift *Variety* im Dezember 1947). Nachdem in den ersten vierzehn Tagen nach Erscheinen des betreffenden Films noch Einnahmen in Höhe von 200 000 Dollar zu verzeichnen waren, „gingen die Einnahmen anschließend auf Grund des Kirchenbanns beträchtlich zurück". Die Firma *20th Century Fox Company* erhob bei der Kirchenführung Protest. Die Kirchenführung machte daraufhin gewisse Bedingungen bezüglich der Beachtung der katholischen Morallehre geltend. Die Firma sah sich gezwungen, an dem Film die von der *Legion* geforderten Veränderungen vorzunehmen, um die Streichung des Films von der Liste der „verurteilten Filme" zu erwirken. Sie mußte außerdem das katholische Tribunal bitten, die Neufassung des Films zu überprüfen, und sich durch den Mund ihres Präsidenten Spyros Skouras öffentlich entschuldigen, daß Vertreter ihrer Firma die *Legion* wegen ihrer Haltung zu dem Film kritisiert hatten.

So mußte sich eine große Firma einem katholischen Tribunal beugen, das sich größere Rechte anmaßte, als die Verfassung selbst den höchsten Gerichtshöfen der Vereinigten Staaten zugestand. Es diktierte sein Recht nicht auf der Grundlage der Landesgesetze, sondern auf der Grundlage kirchlicher Richtlinien. Die Kirche war durch ihre organisatorische Macht in der Lage, anderen Institutionen ihren Willen aufzuzwingen, um auf diese Weise die nichtkatholische Mehrheit der Bevölkerung indirekt zu beeinflussen.

Der Fall der *Fox Company* war nicht der einzige seiner Art. Ein anderes bekanntes Beispiel ist das der *Loew Company*. Sie schloß sich dem Vorgehen gegen die angeblich kommunistischen Schriftsteller, Direktoren und Produzenten in Hollywood an und verbannte Chaplins hervorragenden Film *Monsieur Verdoux* aus 225 Kinos der USA, weil die katholische Frontkämpferorganisation in einem Protestschreiben behauptet hatte, Chaplins Vergangenheit sei „unamerikanisch", er liebe nicht die Vereinigten Staaten von Amerika. Kurz zuvor erreichte die *Legion*, daß der britische Film *The Black Narcissus*, der das Leben katholischer Nonnen schilderte, zeitweilig zurückgehalten wurde.

Die katholische Kirche beschränkte sich jedoch bei der Kontrolle des Filmwesens keineswegs auf die Verurteilung von Filmen, sondern griff auch unmittelbar in die Filmproduktion ein. Die protestantischen Vereinigten Staaten von Amerika stellen seit dem zweiten Weltkrieg mit steigender

Verwunderung fest, daß in schneller Folge ein katholischer Film nach dem anderen die Hollywood-Studios verläßt.

Nach Plänen, die 1946 in Hollywood vorlagen, sollten unter der Leitung des Mönches Louis Gales jährlich 52 katholische Erziehungsfilme für Schulen und Gemeinden hergestellt werden. Seither wurden zahlreiche Projekte ähnlicher Art in Hollywood und in einflußreichen Finanzkreisen entworfen und verwirklicht.

Die katholische Kirche hat sich die Aufgabe gestellt, die Leinwand der ganzen westlichen Welt zu erobern; deshalb die gewaltigen Anstrengungen der amerikanischen Hierarchie, deshalb der immer stärkere Druck auf die amerikanische Filmindustrie, die der wichtigste Filmlieferant für 90 000 Filmtheater (1950) in der ganzen westlichen Welt ist.

Die alarmierende Einmischung der katholischen Kirche in die Filmindustrie und andere ihr verwandte Gebiete des kulturellen Lebens der USA ist nicht nur auf den Eifer ihrer Hierarchie zurückzuführen, eine mächtige Vergnügungsindustrie unter ihre Kontrolle zu bringen und den Bereich ihrer geistigen Einflußnahme zu erweitern; sie hat ihre Ursache vor allem in der Mitarbeit von Millionen amerikanischer Katholiken, die rastlos für den Sieg des Katholizismus tätig sind.

In den USA gibt es riesige katholische Organisationen, wie die Kolumbusritter mit 650 000 Mitgliedern, den katholischen Frontkämpferbund, der 1946 die Zahl seiner Mitglieder auf 4 Millionen erhöhen wollte, die Nationalkonferenz katholischer Männer, die katholische Gewerkschaftsbewegung, die Nationalkonferenz katholischer Frauen mit mehr als 5 Millionen Mitgliedern, die Organisation der *Senior Catholic Daughters of America*, die katholischen Studentenvereinigungen und so weiter. Sie alle arbeiten vereint auf das Ziel hin, das die katholische Hierarchie ihnen weist. Wenn man das bedenkt, begreift man leicht, weshalb eine religiöse Körperschaft wie die katholische Kirche, die nach wie vor eine Minderheit im Lande darstellt, dennoch einen unverhältnismäßig großen Einfluß auf die Filmindustrie, also auf eine der größten und massenwirksamsten Industrien des protestantischen Amerikas, ausüben kann.

Trotz ihrer Konzentration auf die Filmindustrie unterließ es die katholische Kirche nicht, auch die anderen wichtigen Institutionen des Unterhaltungs-, Bildungs- und Informationswesens, wie Rundfunk, Theater, Inseratenorganisationen und andere, unter ihren mittelbaren oder unmittelbaren Einfluß zu bringen.

Die wachsende Macht der katholischen Kirche in praktisch jedem Zweig des nationalen Lebens der USA führte dazu, daß es heute bereits ein Wagnis ist, auf dem Gebiete der öffentlichen Meinungsbildung hinsichtlich der katholischen Kirche Diskretion oder Klugheit außer acht zu lassen. Man

könnte zahllose Beispiele anführen, wie sich selbst große Tageszeitungen in diese Lage schicken und manchmal sogar bestimmte Nachrichten einfach totschweigen, um sich nur ja nicht den Zorn der katholischen Hierarchie zuzuziehen. Der Druck der katholischen Kirche auf die Presse wird weit mehr, als man gewöhnlich annimmt, mit Hilfe des Anzeigengeschäfts ausgeübt. So geschah es in dem bekannten Fall des Herausgebers David Smart, dem die katholische Kirche vor dem zweiten Weltkrieg „durch die Boykottmaßnahmen des Whisky-Inserenten in seiner Zeitschrift *Ken and Esquire* den Angstschweiß aus den Poren trieb". (George Seldes, *The Catholic Crisis)* Solche Fälle häuften sich im Laufe der Jahre.

Dieselben Methoden wendet die Kirche mit Hilfe ihrer Beauftragten gegen Buchverleger an. Die meisten Verleger prüfen ein Buch, bevor sie es veröffentlichen, daraufhin, wie die katholische Kirche es aufnehmen wird. Die katholische Kirche kann nicht nur die Wirkung eines Buches „paralysieren" und das Buch selbst zum Tode verurteilen, sondern auch zum Angriff gegen das Verlagsunternehmen übergehen, indem sie Tausenden von Buchhändlern untersagt, dieses Buch oder andere Bücher desselben Autors oder desselben Verlags in ihr Sortiment zu übernehmen.

Durch all diese Aktionen der Kirche steht das Leben des durchschnittlichen USA-Bürgers einmal unter dem mittelbaren Einfluß, den die katholische Kirche durch den dauernden Druck auf die Presse ausübt, und zum andern unter dem unmittelbaren Einfluß der von der *N. C. W. C.* gelenkten katholischen Presse.

Das Vordringen des Katholizismus in den USA hat aber noch andere Ursachen, die im allgemeinen wenig bekannt sind. Eine dieser Ursachen ist die Tatsache, daß die Mehrheit der katholischen Bevölkerung in den städtischen Zentren der USA lebt. Und jeder weiß, daß es in allen entwickelten Ländern die Stadtbevölkerung ist, die dem kulturellen, sozialen und politischen Geschehen ihres Landes den Stempel aufdrückt. Die Massen in den Städten beeinflussen entscheidend alle Fragen von nationaler Bedeutung.

Nach Schätzungen des Bischofs Noll lebten 1945 in den fünfzig wichtigsten Städten der USA 9 Millionen Katholiken mehr als Nichtkatholiken in allen Städten der USA zusammen. Chikago hat bei einer Bevölkerung von etwa 3,6 Millionen 1 627 164 Katholiken; in der Erzdiözese Boston leben 1 133 075 und in New York 1 113 132 Katholiken.

Auf den starken Anteil der Katholiken an der Bevölkerung der städtischen Zentren der USA ist es zurückzuführen, daß sie eine bemerkenswerte Kraft darstellen, mit der jeder Politiker, vom Stadtrat bis zum Präsidenten, rechnen muß.

Eine weitere Ursache für die große Stärke und das rasche Vordringen des Katholizismus in den USA liegt darin, daß sich die katholische Kirche im

Gegensatz zu den anderen 265 anerkannten Religionsgemeinschaften zu einem festgefügten Block zusammengeschlossen und alle ihre Kräfte auf ein Ziel ausgerichtet hat – auf die Umwandlung Amerikas in ein katholisches Land. Diese Einmütigkeit und Entschlossenheit im Handeln führte dazu, daß die katholische Kirche heute die größte aller bestehenden Religionsgemeinschaften in den USA ist. Sie hatte aber auch zur Folge, daß sich in den USA eine besondere Art des Katholizismus entwickelte, die unter der Bezeichnung „amerikanischer Katholizismus" bekannt ist. Diese Art des Katholizismus stieß beim Vatikan anfangs auf Ablehnung; erst nach langer Zeit erkannte der Vatikan seinen großen Wert für die katholische Kirche in den USA und lieh ihm seine volle Unterstützung.

Der Mann, der die Initiative zur Vereinigung der amerikanischen Katholiken ergriff, war Reverend Hecker. Er vertrat im vergangenen Jahrhundert den Standpunkt, die katholische Kirche müsse sich amerikanisch geben, wenn sie in Amerika Fortschritte erzielen wolle. Hecker bekämpfte die damals unter den nationalen Gruppen der katholischen Einwanderer herrschende Tendenz, eigene nationale Kirchen zu gründen mit eigenem nationalem Klerus, der in der Heimatsprache predigen sollte. Wenn sich diese Tendenz durchgesetzt hätte, wäre es zur Bildung einer Unzahl verschiedenartiger Kirchen gekommen, und die katholische Kirche wäre ebenso wie die protestantischen Bekenntnisse in den USA eine verhältnismäßig unbedeutende religiöse Vereinigung geblieben. Noch nach 1929 gab es zum Beispiel in Chikago 124 englische katholische Kirchen, 38 polnische, 35 deutsche, 12 italienische, 10 slowakische, 8 tschechische, 9 litauische, 5 französische, 4 kroatische und 8 Kirchen anderer Nationalitäten.

Die organisatorische und geistige Zusammenfassung aller katholischen Kräfte über die nationalen Eigenheiten der Ursprungsländer hinweg und die Bemühungen, die katholische Kirche in den USA zu einer amerikanischen Kirche zu machen, führten zur Entstehung einer neuen Form des Katholizismus, eines spezifisch amerikanischen Katholizismus. Europäische Kenner der amerikanischen Verhältnisse sahen dies bereits um das Jahr 1870. Einer von ihnen (M. Houtin) stellte damals fest, daß der „Katholizismus in den USA etwas spezifisch Amerikanisches an sich hat".

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatten sich die Besonderheiten des amerikanischen Katholizismus bereits deutlich herausgebildet. Die wichtigsten von ihnen waren die amerikanische Tendenz, „den aktiven Tugenden den Vorzug vor den passiven, leidenden Tugenden zu geben", und „eine gewisse Vorliebe, an die ewigen Lehren der Kirche individuell heranzugehen, den Nichtkatholiken Zugeständnisse zu machen, und notfalls auch, in kluger Voraussicht, gewisse Wahrheiten zeitweilig mit Schweigen zu übergehen" *(Premoli, 1889)*. Diese Besonderheiten waren sehr wichtig, ihre Folgen traten

in der Haltung der amerikanischen Katholiken zu den Lehren der katholischen Kirche in sozialen und vor allem in politischen Fragen zutage.

Diese Probleme, die in Europa schwer zu klären, ja nahezu unlösbar waren, wurden in den USA mit einer Liberalität und in einer Geisteshaltung behandelt, von der in Europa kein Katholik zu träumen gewagt hätte. Diese Haltung erlaubte den amerikanischen Katholiken, mit den Protestanten zusammenzuarbeiten und den religiösen, sozialen und politischen Extremismus zu vermeiden, der anderswo immer wieder die Quelle großer Verbitterung war.

Bei den Präsidentenwahlen 1928 betrat der amerikanische Katholizismus zum erstenmal in großem Maßstab die politische Bühne des Landes. Damals verkündete Gouverneur Smith, der katholische Präsidentschaftskandidat, sein politisches *Credo*, das von der überwiegenden Mehrheit der amerikanischen Katholiken gebilligt wurde. Als Antwort auf die Losung der Gegenpartei: „Wir wünschen nicht den Papst im Weißen Haus", und auf die Frage manches ehrlichen Amerikaners, ob jemand loyaler Amerikaner und treuer Katholik zugleich sein könne, erklärte Alfred E. Smith:

> „Folgendes ist mein Glaubensbekenntnis als amerikanischer Katholik: Ich glaube an die Anbetung Gottes gemäß der Lehre und der Praxis der römisch-katholischen Kirche. Ich erkenne keine Macht innerhalb meiner Kirche an, die sich in die Handhabung der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika oder in die Durchführung der Gesetze unseres Landes einmischt. Ich glaube an die absolute Gewissensfreiheit aller Menschen und an die Gleichheit aller Kirchen ..., an die völlige Trennung von Kirche und Staat ..."

Das waren neue Töne in der Geschichte des Katholizismus. Die Mehrheit der amerikanischen Katholiken und ein großer Teil der amerikanischen Hierarchie unterstützten Smith öffentlich. Aber lehrte die Kirche nicht mit aller Klarheit, der Staat dürfe sich nicht von der Kirche trennen und ein Katholik dürfe schon deshalb nicht an die Gleichheit aller Kirchen glauben, weil der Katholizismus die einzig wahre Religion sei? Alle anderen Religionen, so wird doch gelehrt, seien falsch und dürften daher keinesfalls der katholischen Kirche gleichgestellt werden. Alle Katholiken hätten den Lehren des Papstes zu folgen. Hieß das nicht eindeutig, daß ihnen nicht gestattet ist, jemals für wahre Demokratie, für Pressefreiheit und für ähnliche liberale Prinzipien einzutreten?

Die Haltung der amerikanischen Katholiken beunruhigte den Vatikan jahrzehntelang. Aber der Vatikan war weise genug, diese neue Form des Katholizismus nicht allzu offen abzulehnen, als die amerikanischen Katholiken begannen, ihre Auffassungen öffentlich zu verkünden, und dabei die Unterstützung der amerikanischen Hierarchie fanden. Er gewährte – was es nie zuvor gegeben hatte – ihrem religiösen Denken einen gewissen Spielraum.

Aber daß der amerikanische Katholizismus bestimmen wollte, was die Kirche zu lehren hatte, anstatt zu akzeptieren, was sie tatsächlich lehrte, sah er nach wie vor als eine äußerst gefährliche Tendenz an.

Was veranlaßte den konservativen Vatikan, seine doktrinäre Starrheit im Falle Amerikas etwas zu lockern und dem amerikanischen Katholizismus zuzugestehen, was er in Europa nie und nimmer zugestanden hätte? Den Ausschlag bei diesem Entschluß gab sicherlich der schon damals in groben Umrissen vorliegende Plan, die USA zu einem Kraftzentrum des Katholizismus zu machen. Der Vatikan wurde sich bewußt, daß eine Übertragung seiner starren Prinzipien auf die amerikanische Kirche diese zu sehr in Gegensatz zum Liberalismus, zum Unabhängigkeitsgedanken und zur allgemeinen Konzeption des amerikanischen Lebens gebracht und nicht nur die Nichtkatholiken abgeschreckt, sondern auch viele amerikanische Katholiken vor den Kopf gestoßen hätte. Deshalb entschied er sich, die Umwandlung des europäischen konservativen Katholizismus in einen liberaleren und „fortschrittlichen" amerikanischen Katholizismus zu dulden.

Der Vatikan gestattete der amerikanischen Hierarchie, sich nach ihrem Gutdünken zu organisieren und in allen Fragen der Propaganda und der Organisation von Rom weitgehend unabhängig zu werden. Der Vatikan gestattete den amerikanischen Katholiken, ihren Widersachern mit der Liberalität zu begegnen, die einer der Grundzüge des amerikanischen Lebens war. Durch dieses Entgegenkommen hoffte er den amerikanischen Katholiken zu erleichtern, die katholischen Lehren und die katholischen Moralauffassungen zu verbreiten und den Einfluß der katholischen Kirche in den USA zu stärken.

Die Überlegungen des Vatikans erwiesen sich als richtig. Er kann jetzt die ersten Früchte seines Entgegenkommens ernten. Wieweit er dem amerikanischen Katholizismus erlauben wird, sich in grundsätzlichen Fragen vom traditionellen europäischen Katholizismus zu entfernen, ist eine Frage, die wir heute nicht beantworten können. Das wird im wesentlichen von dem weiteren Vordringen des Katholizismus in den USA, von dem Gang der Weltpolitik und nicht zuletzt von der Tiefe der Erschütterungen abhängen, die in den kommenden Jahren Europa mehr als die anderen Kontinente heimsuchen werden.

Wie weit die katholische Kirche auch gehen mag, um ihren Geist dem einer modernen Gesellschaft anzupassen, und welche Freiheiten sie dem amerikanischen Katholizismus gewähren mag, feststeht, daß sie von ihrem Hauptziel nicht ein Jota abweichen kann. Sie wird nie ihre grundsätzliche Feindschaft gegen eine wirklich demokratische Volksfreiheit aufgeben, weil eine solche Freiheit ihrer eigenen Doktrin radikal entgegengesetzt ist. Die Großzügigkeit, mit der der Vatikan den amerikanischen Katholizismus gewähren

läßt, ist im wesentlichen eine taktische Maßnahme zur katholischen Durchdringung der USA, wenn sie auch einen ganzen Kontinent umfaßt und Jahrzehnte, ja vielleicht Jahrhunderte dauern kann. Man sollte sich stets vor Augen halten, daß die katholische Kirche in den USA, trotz ihrer gewaltigen Fortschritte in den letzten Jahren, nach wie vor eine wenn auch mächtige Minderheit darstellt. Sie muß daher vorsichtig sein und darf ihre wahren Ziele nicht zu früh und nicht zu offen enthüllen, will sie nicht vorzeitig eine Opposition auf den Plan rufen, die zu überwinden sie nicht imstande sein wird.

Dennoch wagte der amerikanische Katholizismus bereits etwas von seinen wahren Absichten in der Innenpolitik und in der Außenpolitik der USA aufzudecken. Er versuchte auch schon in den USA das zu tun, was er in der alten Welt seit Jahrhunderten betreibt: die Gesellschaft in Richtung seiner sozialen Prinzipien und Direktiven umzugestalten und sich der weltlichen Macht einer großen Nation zur Förderung der religiösen Interessen der katholischen Kirche im Ausland zu bedienen. Er unternahm diesen Versuch in den USA, in einem Lande, dessen Bevölkerung überwiegend protestantisch ist.

Wir haben bereits gesehen, worin die globale Politik der katholischen Kirche hinsichtlich der Gesellschaft im allgemeinen besteht und wie die katholische Kirche in das soziale und politische Leben der Nationen eingreift, um es nach ihren Prinzipien umzugestalten. Unsere Untersuchungen über die europäische Politik haben das sehr deutlich gezeigt. Die wahren Ziele der katholischen Kirche in den USA unterscheiden sich nicht von den Zielen der katholischen Kirche in Europa; lediglich der Weg, auf dem man diese Ziele erreichen will, ist in Amerika ein anderer.

Das Hauptmerkmal der katholischen politischen Prinzipien bezüglich der modernen Gesellschaft ist: Förderung des autoritären Gedankens. Die politischen Prinzipien des Vatikans sind den Prinzipien der sozialen und politischen Demokratie entgegengesetzt. Die gesamte Politik der katholischen Kirche seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts besteht in unaufhörlichen Versuchen, durch eigene Bemühungen und durch Bündnisse mit nichtreligiösen Bewegungen den Nationen den Weg zu Fortschritt und Demokratie zu versperren. Daher rührt auch ihre fortgesetzte unmittelbare und mittelbare Einmischung in das politische Leben Europas, daher rührt ihre Vorliebe für die faschistischen Diktaturen.

In Amerika hielt sich die katholische Kirche vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges bereits für stark genug, den Kopf ein wenig zu heben und der Welt ihr wahres Gesicht zu zeigen.

Die letzten Ziele der katholischen Kirche in Amerika wurden sehr klar und unmißverständlich in einem offiziellen Buch niedergelegt, das den

Stempel der päpstlichen Billigung trägt und an den katholischen Universitäten als Lehrbuch Verwendung findet. Es wurde von dem Leiter der Abteilung für Soziale Aktion der *N. C. W. C.* verfaßt und heißt: *The State and the Church,* von Monsignore J.-A. Ryan und M. F. X. Millar. Es wurde 1940 unter dem Titel *Catholic Principles of Politics* neu aufgelegt. In diesem Buch wird ausdrücklich gesagt, daß es nur eine wahre Religion gebe, den Katholizismus, und daß sich die katholische Kirche auch in den USA zur Staatskirche entwickeln müsse. Dies stimme mit den fundamentalen Lehren der Päpste überein: „Der Staat muß die wahre Religion anerkennen" *(Leo XIII.).* Mit anderen Worten, der Katholizismus muß den Vorzug vor allen anderen Religionen haben, ja der Staat ist sogar verpflichtet, der Kirche zu helfen, alle anderen Religionen zu vernichten. Diese Auffassung beruht auf der autoritativen Äußerung Leos XIII. in seiner Enzyklika *Der Katholizismus in den Vereinigten Staaten von Amerika,* in der er die Trennung der Kirche vom Staat verurteilte.

Was würde aber mit den vielgepriesenen amerikanischen Prinzipien der „Gewissensfreiheit", der „Freiheit des Individuums", der „Religionsfreiheit", der „Meinungsfreiheit" usw. geschehen, auf die viele Amerikaner noch heute so stolz sind, was würde auf religiösem Gebiet geschehen – wenn der Katholizismus in den USA an die Macht käme?

Weil alle Religionen, ausgenommen die katholische, Irrlehren seien, dürfe man ihnen nicht gestatten, die zu verleiten, die sich in den Schoß der katholischen Kirche geflüchtet hätten. Deshalb wolle man zwar den Angehörigen der anderen religiösen Bekenntnisse in den USA „erlauben", sich zu ihrem Glauben zu bekennen und auch Gottesdienste abzuhalten; diese Gottesdienste dürften aber nur „im Familienkreise und so unauffällig stattfinden, daß sie weder Anstoß erregen noch die wahren Gläubigen irreleiten können".

Das hieße also, daß in einem katholischen Amerika die Religionsfreiheit weitgehend eingeschränkt, wenn nicht gar völlig aufgehoben würde. Diese Anmaßung beruht auf der bekannten katholischen Doktrin, daß niemand das Recht habe, die Verbreitung einer Irrlehre zu dulden. Warum? Weil der Papst es so dekretiert hat und weil die Führer der amerikanischen Katholiken ebenso wie er behaupten, daß „der Irrtum nicht die gleichen Rechte für sich beanspruchen kann wie die Wahrheit".

Wir müssen hieraus den Schluß ziehen, daß die katholische Kirche bestrebt ist, die Vereinigten Staaten auf denselben Weg zu führen, auf den sie die katholischen Staaten Europas, Francospanien, Vichy-Frankreich, Tisos Slowakei und nicht zuletzt das Italien Mussolinis, geführt hat.

Diese Gedankengänge der katholischen Kirche sind nicht etwa auf einen engen Kreis katholischer Theoretiker oder Kirchenführer beschränkt, sondern wurden von den geistlichen „Sturmtruppen" der Kirche, den Jesuiten,

schon vor dem Kriege öffentlich propagiert, indem sie die demokratischen Institutionen der Vereinigten Staaten zu attackieren begannen. Am 17. Mai 1941 war in dem Presseorgan der amerikanischen Jesuiten, *America,* zu lesen:

„Wie haben wir Katholiken diese Zivilisation, die sich demokratisch nennt, verabscheut und verachtet... Heute fordert man nun von den amerikanischen Katholiken, ihr Blut für die besondere Art der weltlichen Zivilisation zu opfern, die sie seit vier Jahrhunderten heroisch bekämpfen."

Da diese starken Worte offenbar noch nicht deutlich genug waren, prophezeite dasselbe Presseorgan eine soziale Umwälzung in den USA:

„Die christliche" (sprich: katholische) „Religion fängt dort an, wo wir uns dazu durchringen, uns von der bestehenden sozialen Ordnung zu trennen, statt uns von ihr begraben zu lassen."

Solche Gedankengänge mußten einem Amerikaner phantastisch vorkommen, obwohl sie in Europa bereits weitgehend verwirklicht waren. Ihre Realisierung in den USA wurde durch den Schlag von Pearl Harbour zeitweilig zurückgestellt.

Offiziell unterstützte die katholische Kirche, die schon immer ein Meister in der Kunst der Haarspalterei war, diese Pläne nicht. Sie fuhr im Gegenteil fort, die Demokratie und alles, was den amerikanischen Menschen teuer war, mit hochtönenden Worten zu preisen. Aber gleichzeitig bereitete sie eine kleine Gruppe ihrer Gläubigen unter der Führung von Reverend Coughlin für die neue Aufgabe vor. Coughlin konnte bei allem, was er predigte, schrieb oder über den Rundfunk verbreitete, auf die stille Zustimmung der amerikanischen Hierarchie bauen; denn „jeder Priester, der in Tageszeitungen oder Zeitschriften ohne bischöfliche Genehmigung Artikel veröffentlicht, verstößt gegen den Kanon 1386 des kanonischen Rechts".

Tausende Amerikaner lasen Coughlins Zeitung *Social Justice*, Millionen hörten seine Rundfunkreden. Was predigte er? Er predigte, kurz gesagt, das autoritäre Prinzip, das zu dieser Zeit im katholischen Europa im Schwange war. Er vermischte den italienischen Faschismus und den deutschen Nazismus zu einer neuen Variante der Diktatur, die in gewisser Beziehung auf die amerikanische Lebensweise und auf das amerikanische Temperament abgestimmt war.

Aber Coughlin predigte nicht nur, er handelte auch. Seine Taktik unterschied sich in manchen Dingen von der seiner europäischen Kollegen. Er vergaß nie, daß das Land, in dem er wirkte, die Vereinigten Staaten waren; trotzdem erinnerten seine Methoden häufig an die ähnlicher, bereits an die Macht gelangter Bewegungen in Europa. So bemühte er sich ebenfalls, alle

Kräfte, auch nichtkatholische, um sich zu sammeln, die den gleichen Haß gegen gewisse Dinge hegten und die gleichen Ziele in sozialen und politischen Fragen verfolgten wie er und seine klerikalen Hintermänner. Durch eine geschickte Taktik erlangte er die Mehrheitskontrolle über die *America-First*-Bewegung, die vor allem von ultranationalistischen Elementen des Unternehmertums getragen wurde.

Coughlin und die Führer der *America-First*-Bewegung planten die Umwandlung der Bewegung in eine große politische Partei. Dies sollte durch den Zusammenschluß der Bewegung mit Coughlins Millionen Rundfunkhörern erreicht werden. Man ging in der Nachahmung des europäischen Faschismus so weit, daß man in diesem frühen Entwicklungsstadium bereits eine private Armee aufstellte, die den Namen „Christliche Front" erhielt. Sie sollte der Sturmtrupp für Coughlins christliche Revolution werden.

In vielen Teilen der USA wurden Sportvereine gegründet, die eine Vorliebe für die halbmilitärische Ausbildung und für den militärischen Drill ihrer Mitglieder zeigten. Aber der Charakter der Coughlin-Bewegung erregte den Verdacht der amerikanischen Behörden; Coughlins Zeitung *Social Justice* wurde als „verräterisch" verboten, eine Reihe Sportklubs der „Christlichen Front", zum Beispiel am 13. Februar 1940 der *Brooklyn Sport Club*, wurde aufgelöst.

Mehr als einmal erklärte Coughlin, daß er, wenn nötig auch mit Gewalt, nach der Macht greifen werde. So schrieb er einmal in *Social Justice* (zitiert bei J. Carlson): „Seid gewiß, wir werden euch bekämpfen, auf Francos Art!" Bei Ausbruch des zweiten Weltkriegs versuchte sich Coughlin als Prophet:

„Wir sagen schon heute, daß ... die amerikanischen Nationalsozialisten, unter diesem oder einem anderen Namen organisiert, voraussichtlich die Regierungsgewalt auf diesem Kontinent übernehmen werden ... Das Ende der Demokratie in Amerika ist gekommen ..." (*Social Justice*, 1. September 1939)

Die amerikanische katholische Hierarchie konnte sich nicht erlauben, Coughlins Tätigkeit offen zu unterstützen. Sie war sogar gezwungen, sich zeitweilig von ihm zu distanzieren, um nicht ihre weitverzweigte Arbeit zur Durchdringung der amerikanischen Gesellschaft zu gefährden. Aber das ändert nichts daran, daß sie Coughlins Tätigkeit mit großer Sympathie verfolgte, ihn sogar im geheimen unterstützte und ihm ihren Segen gab.

So erklärte 1936 Coughlins kirchlicher Vorgesetzter, Bischof Gallagher, nach der Rückkehr von einer Reise nach Rom, wo er mit dem Papst ausführlich über Coughlins Tätigkeit gesprochen hatte: „Reverend Coughlin ist ein ungewöhnlicher Priester, seine Stimme ... ist die Stimme Gottes." Am 29. Juli 1941 nannte ein Franziskanermönch in New York Coughlin einen „zweiten Christus". In den folgenden Jahren forderten katholische Geistliche

offen Coughlins Rückkehr in das politische Leben der USA: „Es wird der Tag kommen, an dem das Land einen Coughlin dringend brauchen wird. Wir müssen uns stark machen, damit der Tag uns nicht unvorbereitet finde“ (Reverend Edward Brophy, ein Führer der „Christlichen Front“, im Juni 1942).

Die Spitzen der katholischen Kirche in den USA bekundeten in dieser Zeit häufig ihre Sympathien für den Faschismus. Kardinal Hayes, Erzbischof von New York, wurde von Mussolini nicht weniger als viermal mit hohen Orden ausgezeichnet. Kardinal O'Connel nannte Mussolini einen Genius, den Gott Italien gesandt habe.

Im Jahre 1941 zählten Coughlins Anhänger einschließlich der *America-First*-Bewegung und aller Sympathisierenden etwa 15 Millionen Menschen.

Pearl Harbour setzte all dem ein plötzliches Ende. Aber die nächsten Schritte wurden noch während des Krieges im stillen vorbereitet und zeichneten sich zu dem Zeitpunkt, als die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki fielen, bereits deutlich ab.

Neben der ungeheuren Aktivität der amerikanischen katholischen Kirche, die vor allem mit Hilfe der *N. C. W. C.* entwickelt wird, mögen die gegen die amerikanische Demokratie gerichteten Lehrbücher an den katholischen Universitäten, die Tatsache, daß amerikanische Kardinäle sich von Mussolini Orden anhängen ließen, und die Existenz eines Reverend Coughlin und seiner „Christlichen Front“ verhältnismäßig nichtig scheinen. Und doch ist diese Kehrseite der amerikanischen katholischen Kirche sehr aufschlußreich. Sie zeigt uns, daß der Katholizismus, wenn er seinen Vormarsch in den kommenden Jahren fortsetzt, durchaus fähig ist, das Schicksal der USA in einem Sinne zu beeinflussen, der den Traditionen und dem Geist des amerikanischen Volkes widerspricht.

Die katholische Kirche in den USA wartet heute nur auf den Zeitpunkt, der es ihr gestattet, offener aufzutreten und ihre wirklichen Ziele darzulegen. Sie nutzt mit raffinierten Mitteln ihren relativ großen Einfluß aus, um nicht nur ihre innenpolitische, sondern vor allem auch ihre außenpolitische Stellung zu stärken und auf diesem Wege ihre Politik in anderen Teilen der Welt voranzutreiben.

Diese Feststellung mag manchem unglaubhaft scheinen, aber sie stützt sich auf Tatsachen. Wir brauchen uns nur an zwei markante Ereignisse der letzten Jahrzehnte zu erinnern. In dem Jahrzehnt nach dem ersten Weltkrieg brach in Mexiko eine Revolution aus. Die katholische Kirche und die großen amerikanischen Ölkonzerne hatten von einer Änderung der Machtverhältnisse in diesem Lande am meisten zu befürchten. Beide übten durch ihre wirtschaftliche Macht einen großen Einfluß auf die inneren Angelegenheiten Mexikos aus.

Das Programm der neuen mexikanischen Regierung sah eine wesentliche Beschränkung dieses Einflusses vor, unter anderem sollten die Ölkonzerne enteignet werden. Das rief die Kirche und die Ölkonzerne gemeinsam auf den Plan. Kirche und Öl, die an sich nichts miteinander gemein hatten, fanden sich, ohne zu zögern, in einem engen Bündnis zusammen.

Die katholische Kirche organisierte eine bewaffnete Konterrevolution und hetzte die mexikanischen Katholiken auf, ihren Präsidenten zu ermorden. Die amerikanische Hierarchie mobilisierte durch eine zügellose Greuelpropaganda ihre zwanzig Millionen Anhänger in den USA gegen ihr Nachbarland und forderte offen eine bewaffnete Intervention der USA. Diese Forderung wurde von den Ölkonzernen nachdrücklich unterstützt und hätte beinahe Erfolg gehabt. Die USA machten einen beträchtlichen Teil ihrer an der mexikanischen Grenze stationierten Luftstreitkräfte mobil. (Näheres darüber erfahren wir im folgenden Kapitel.)

Der zweite Fall ereignete sich wenige Jahre vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Als 1936 der spanische Bürgerkrieg begann, konzentrierte der Vatikan seine Anstrengungen darauf, den katholischen Rebellen soviel Unterstützung wie möglich zukommen zu lassen und die Republik von jeglicher Hilfe abzuschneiden. Hitler und Mussolini stellten Soldaten und Waffen zur Verfügung, Frankreich schloß seine Grenzen, und das konservative England half den faschistischen Putschisten mit seiner heuchlerischen Nichteinmischungspolitik. Aber all das befriedigte den Vatikan noch nicht.

Die Hilfe, die Spanien von der Sowjetunion erhielt, konnte das alles nicht ausgleichen, zumal da die Westmächte einen eisernen Ring um die Republik gelegt hatten. Der einzige Markt, der dem republikanischen Spanien offenstand, waren die USA.

Vor den spanischen Rebellen erhob sich daher die äußerst wichtige Aufgabe, der spanischen Republik auch diese letzte Hoffnung zu rauben. Mussolini und Hitler konnten aus taktischen Gründen von Washington nicht die Einstellung der Lieferungen an das republikanische Spanien verlangen. So nahm sich der Vatikan dieser Aufgabe an. Er begann mit Hilfe des gesamten Apparates der amerikanischen katholischen Kirche in den USA eine der skrupellosesten Verleumdungs- und Hetzkampagnen, die die Welt je gesehen hat. Presse, Rundfunk, Kanzel und Schule – alles stellte der Vatikan in den Dienst dieser Kampagne. Schließlich wandte er sich unmittelbar an Präsident Roosevelt und erreichte, was er wollte.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, auf die engen Beziehungen hinzuweisen, die zwischen Präsident Roosevelt und dem Vatikan bestanden. Einiges über sie haben wir bereits erfahren, als wir die Vermittlungsversuche Roosevelts zwischen Moskau und dem Vatikan schilderten.

Der Papst und der amerikanische Präsident konnten einander in ihrer Politik durchaus ergänzen. Der Vatikan war interessiert, sich die Hilfe der USA in einem möglichen europäischen Krieg zu sichern, dessen letztes Ziel die Vernichtung der Sowjetunion sein sollte. Roosevelt war interessiert, sich die Stimmen der katholischen Wähler für die nächste Präsidentenwahl zu sichern. Außerdem konnte der Vatikan ihm wertvolle Dienste erweisen bei der weiteren Verstärkung des USA-Einflusses in den lateinamerikanischen Staaten. Schließlich beabsichtigte er, sich den vatikanischen Einfluß in Europa, vor allem im Fall eines Krieges, zunutze zu machen.

Das waren die politischen Gegebenheiten, die beiden Seiten bekannt waren, als der Vatikan im Herbst 1936 zu handeln begann. Kardinalstaatssekretär Pacelli reiste im Auftrag des Papstes zu einem Besuch in die USA. Es mag ein Zufall sein, daß der Besuch in einer Zeit erfolgte, als in den USA die Präsidentenwahlen vor sich gingen. Kardinal Pacelli traf am 9. Oktober 1936 in New York ein, verbrachte einige Wochen in den Oststaaten und unternahm dann eine Blitztour durch den Mittleren und Fernen Westen. Am 1. November war er wieder in New York und hatte am 6. November, nach Roosevelts Wiederwahl, eine längere Unterredung mit dem Präsidenten. Dies geschah – das sei um des Gegensatzes willen hier erwähnt – zur gleichen Zeit, da der katholische Geistliche Coughlin den Amerikanern riet, Roosevelt mit Kugeln von seinem Präsidentenstuhl zu verjagen, falls sie seine Wiederwahl nicht mit dem Stimmzettel verhindern könnten.

Pacelli und Roosevelt sprachen in der Unterredung über die Möglichkeiten der USA, unter dem Deckmantel der Neutralität bei der Zerschlagung der spanischen Republik mitzuwirken, und über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und Washington. Anschließend begannen Geheimverhandlungen zwischen Pius XI. und Roosevelt. Sie wurden bis 1939 fortgesetzt, ohne jedoch zu konkreten Resultaten zu führen. Da kabelte am 16. Juni 1939 der römische Korrespondent der *New York Times* eine Mitteilung des Vatikans nach den USA, in der es hieß, daß man von Papst Pius XII. (dem bisherigen Kardinalstaatssekretär Pacelli) „in Kürze Schritte erwarten könne, die der Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und den Vereinigten Staaten dienen sollen".

Am 29. Juli 1939 traf Kardinal Enrico Gasparri in New York ein und unterhandelte drei Tage lang mit Erzbischof Spellman. Seine Mission hatte den Zweck, die „juristischen Grundlagen für eine mögliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem *State Department* und dem Heiligen Stuhl vorzubereiten" (*New York Times*, 29. Juli 1939).

Die Hauptschwierigkeit bei der Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem Weißen Haus bestand darin,

daß Roosevelt ohne die Zustimmung des Kongresses keinen regulären Botschafter zum Vatikan entsenden und keinen päpstlichen Nuntius in Washington empfangen durfte. Aber dank der Kompromißbereitschaft Pius' XII. fand man bald einen Ausweg, der den USA auch ohne die Zustimmung des Kongresses eine diplomatische Vertretung beim Vatikan sicherte. Im Dezember 1939 nahmen die USA, die sich seit 1867 geweigert hatten, den Vatikan anzuerkennen, mit ihm durch die Ernennung Mr. Myron Taylors zum „persönlichen Botschafter des Präsidenten beim Papst" diplomatische Beziehungen auf. Und das geschah in den protestantischen USA ohne ernsthafte Gegenstimmen.

Myron Taylor, ein Millionär, einflußreiches Mitglied des Episkopats, war ein intimer Freund Roosevelts und Pius' XII. und zugleich ein Bewunderer des Faschismus. Deshalb akzeptierten ihn sowohl die Protestanten als auch die Katholiken, das Weiße Haus ebenso wie der Vatikan und Mussolini. Man erinnerte sich in Italien sehr wohl, daß Taylor am 5. November 1936 erklärt hatte: „Die Welt kann nicht umhin, die Erfolge des Ministerpräsidenten Mussolini bei der Disziplinierung seiner Nation zu bewundern." Anläßlich des italienischen Überfalls auf Abessinien hatte Taylor öffentlich geäußert: „Ein neues italienisches Imperium blickt heute in die Zukunft. Es trägt als Führer und Verwalter die Verantwortung für ein rückständiges Volk von zehn Millionen Seelen." (*New York Times*, 6. November 1936)

So begannen die diplomatisch-politischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Washington. Bis zum Tode Präsident Roosevelts (April 1945) änderte sich daran nichts.

Wir sahen diese Beziehungen bereits am Wirken, als wir uns mit Italien, Deutschland und der Sowjetunion befaßten. Mehr als einmal eilten Mr. Sumner Wells, der damalige Außenminister, Mr. Taylor, Monsignore Spellman, Mr. Titman und Mr. Flynn über den Atlantik nach Rom. Sie alle wurden, je nach den Erfordernissen der Situation, ausgesandt als „inoffizielle" Botschafter der USA beim Heiligen Stuhl.

Die Gemeinsamkeit der amerikanischen und der vatikanischen Interessen in zahlreichen innenpolitischen und außenpolitischen Fragen war dieser engen Verbindung ungemein förderlich. Die Stärke des Vatikans in diesem Bündnis war seine Rolle als Vermittler zwischen den kriegführenden Parteien und die Autorität, die er in vielen katholischen Ländern genoß; die Aktivposten der USA waren ihre schier unerschöpflichen wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Hilfsquellen. Diese Kräftekombination veranlaßte beide Mächte, ihre Politik aufeinander abzustimmen. Das erwies sich als sehr nützlich für beide Partner und führte zu einer weiteren Stärkung des päpstlichen Einflusses innerhalb und außerhalb der USA. Ein französischer Diplomat, der im Kriege Botschafter beim Vatikan war, schrieb über die

vatikanisch-amerikanische Zusammenarbeit dieser Zeit: „Nur wenige Menschen in Europa wußten von der engen Union, die zwischen den beiden Mächten, den USA und dem Heiligen Stuhl, bestand ... In jedem Fall, in dem eine vereinte Aktion gerechtfertigt schien, handelten beide gemeinsam.“ (François Charles-Roux in *Revue de Paris*, September 1946)

Auch nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten und der Beendigung der Feindseligkeiten änderte sich an dieser engen Verbindung nichts. Die mit der Bezeichnung „persönlicher Botschafter des Präsidenten“ bemäntelte Einrichtung einer diplomatischen Vertretung beim Vatikan, die 1939 als eine „zeitweilige Maßnahme, hervorgerufen durch die Erfordernisse des Krieges“, gedacht war, blieb auch nach Eintritt der Waffenruhe bestehen. Man erklärte, sie habe sich in den Kriegszeiten so bewährt, daß man in Zukunft nicht ohne sie auskommen könne; eine Abberufung des Botschafters sei „weder für dieses noch für das nächste Jahr, noch für einen anderen Zeitpunkt“ vorgesehen, sie werde erst erfolgen, „wenn tatsächlich der Friede in der ganzen Welt regiert“. (Präsident Truman zu protestantischen Geistlichen, die ihn im Juni 1946 baten, den persönlichen Botschafter beim Heiligen Stuhl abzuberufen.)

Diese Erklärung Trumans rief im ganzen Lande Mißstimmung hervor. Einflußreiche amerikanische Kreise sahen in der Beibehaltung der Mission Taylors die „Bevorzugung einer Kirche vor den anderen Kirchen“ und forderten die Einsetzung einer Untersuchungskommission des Kongresses, die die Fragen der „Finanzierung, Autorisierung und Verantwortlichkeit“ der Mission prüfen und entscheiden sollte. Diese Kreise brachten ihren Unwillen darüber zum Ausdruck, daß der Präsident der Vereinigten Staaten durch die Unterhaltung halbamtlicher Beziehungen zum Vatikan „unsere ehrbare amerikanische Doktrin der Trennung von Kirche und Staat“ untergrabe. Das Weiße Haus erklärte in einer Stellungnahme zu diesem Vorwurf am 28. November 1946, Taylor sei lediglich zu einer Visite, die nicht länger als dreißig Tage dauern werde, nach Rom zurückgekehrt, um „gewisse Dinge von Bedeutung mit dem Papst zu besprechen“.

Im folgenden Jahre tauschten der Papst und der Präsident Botschaften aus, in denen sie unverhüllt ihre inoffizielle Verbindung guthießen, eine Verbindung, von der selbst die optimistischsten katholischen Kreise in den USA zehn Jahre zuvor nicht einmal zu träumen gewagt hätten. Truman erklärte sich in seinem Schreiben, das sein persönlicher Botschafter im August 1947 dem Papst überreichte, bereit, die ganze Macht der USA dem Papst sowie „all den Kräften, die eine moralische Welt anstreben“, zur Verfügung zu stellen, um Ordnung zu schaffen und einen dauerhaften Frieden zu sichern, „der nur auf der Grundlage christlicher Prinzipien errichtet werden“ könne. Das Oberhaupt der katholischen Kirche versicherte dem

Präsidenten in seiner Antwort, die Vereinigten Staaten von Amerika könnten bei diesem Werk auf die „aus vollem Herzen kommende Unterstützung der Kirche des Herrn“ rechnen, die das „Individuum gegen die despotische Herrschaft ... den arbeitenden Menschen gegen die Unterdrückung ... die Religion gegen jede Verfolgung“ in Schutz nehme. Der Papst fügte hinzu: „Soziale Ungerechtigkeiten ... sind äußerst nützliche und wirksame Waffen in den Händen derer, die sich verschworen haben, alles Gute, was die Menschheit hervorgebracht hat, zu vernichten ... Darum ist es die Aufgabe aller ehrlichen Freunde der großen Menschheitsfamilie, sich zusammenzuschließen und diesen Kräften die Waffen zu entreißen.“

Wenige Tage später warnte der Papst, von einem goldenen Thron mitten auf dem Sankt-Peters-Platz aus sprechend, 100 000 Mitglieder der Katholischen Aktion, der Hauptwaffe des Vatikans zur Bekämpfung des wachsenden kommunistischen Einflusses in Italien, vor jenen, „die darauf aus sind, die Zivilisation zu zerstören“. Angesichts der Gefahr des Kommunismus, so versicherte der Papst, seien jedem Katholiken schwere Pflichten auferlegt, Pflichten, die bewußte, oft bürdenreiche Taten, ja echten Heroismus verlangten (Siehe *The Times*, 7. September 1947). Washington entdeckte auf einmal, daß der Vatikan nicht nur einer der besten „Horchposten“ der Welt war, von dem aus man mehr über alle gegenwärtigen und künftigen Entwicklungen der internationalen Politik erfahren konnte als in einem anderen Außenministerium der Welt, sondern auch einen ungewöhnlich mächtigen Verbündeten in dem seit Kriegsende gegen den Osten geführten „kalten Krieg“ darstellte.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges gab es eine Zeit, in der in den USA bereits mehr oder weniger offiziell von einem atomaren Präventivkrieg gegen die Sowjetunion gesprochen wurde und in der der Vatikan höchst ominöse und detaillierte Pläne vorbereitete. Die Primasse in den einzelnen Ländern hinter dem sogenannten eisernen Vorhang wurden vom Vatikan angewiesen, angesichts des „bevorstehenden Zusammenbruchs der kommunistischen Regierungen“ für die Bildung katholischer, rechtsgerichteter Regierungen zu sorgen. So sagte Kardinal Mindszenty, Primas von Ungarn, zwei Jahre später öffentlich vor einem Gericht in Budapest aus, daß er damals die Amerikaner und die Briten um eine Intervention in Ungarn gebeten habe. Der Kardinal versuchte die Wirkung dieses Geständnisses abzuschwächen, indem er behauptete, während der ganzen Zeit gebetet zu haben, daß Gott die Menschheit vor einem dritten Weltkrieg bewahre. Allerdings habe er damit gerechnet, daß „ein solcher Krieg kommen könne“. (*The Times*, 5. Februar 1949)

Der atomare Blitzkrieg fand nicht statt. Der „kalte Krieg“ trat an seine Stelle. Aber die Möglichkeit eines „heißen Krieges“ in naher Zukunft

machte die Mission des persönlichen Botschafters des amerikanischen Präsidenten beim Heiligen Stuhl notwendiger denn je.

Seither wurden die Beziehungen zwischen Washington und Rom immer enger. Die Übereinstimmung beider Mächte in allen Fragen, die gewisse Gebiete der Welt, vor allem Osteuropa, betrafen, und die von beiden Seiten als notwendig erkannte Aufgabe, gewisse politische Bewegungen zu bekämpfen und andere entweder mit Dollarspritzen oder mit päpstlichen Enzykliken zu erhöhter Aktivität zu veranlassen, wandelten diese Beziehungen bald in ein zwar stilles, aber sehr reales und wirksames Bündnis um, das in der amerikanischen Geschichte nicht seinesgleichen hat.

Zu dieser ungewöhnlichen politischen Bettgemeinschaft kam es vor allem, weil beide Partner erkannten, daß sie aufeinander angewiesen waren und einer allein das „rote Ungeheuer" nicht zerschmettern konnte. Der eine, der sich auf die Moral stützte, besaß keine Atombomben, und der andere, der sich mit seiner gewaltigen Kriegsmaschinerie brüstete, war unfähig, einen geistigen Stimulus zu entwickeln, der den antikommunistischen Kreuzzug und damit das Blutbad eines dritten Weltkrieges moralisch „gerechtfertigt" hätte.

Der Kommunismus hatte sich in weiten Teilen der Welt bereits zu einem festgefügten politischen System entwickelt; in anderen Teilen der Welt war diese Entwicklung noch im Fluß. Wenn man ihn also mit Aussicht auf Erfolg bekämpfen wollte, so mußte man ihn an der materiellen und an der ideologischen Front zugleich angreifen. Damit wurde sowohl der Einsatz moralischer als auch physischer Waffen notwendig.

Die USA konnten trotz ihrer unermeßlichen finanziellen und industriellen Hilfsquellen niemals ernsthaft damit rechnen, die kommunistische Ideologie zu vernichten, selbst wenn ein Versuch, die Sowjetunion zu zerschlagen, erfolgreich gewesen wäre. Ebensowenig konnte der Vatikan damit rechnen, mit seinen 400 Millionen Katholiken eine bewaffnete Macht erfolgreich zu bekämpfen, die über ein Sechstel der Erde und über ein Drittel Europas repräsentierte. Was lag daher näher, als daß sich die USA, die dieser Macht mit dem Gewicht ihres Stahls und ihrer Armee entgegentreten konnten, mit dem Vatikan zusammenfanden, der einen weltweiten moralischen Kreuzzug zu inszenieren imstande war, geeignet, Millionen Menschen mit fanatischem Antikommunismus zu infizieren.

Da Roosevelt bereits 1939, also noch vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges, die Entsendung eines persönlichen Botschafters an den Vatikan für nützlich erachtete, konnte Truman auf Grund der veränderten Situation keinesfalls weniger tun als sein Vorgänger. Die Vereinigten Staaten wandten sich deshalb in der klaren wenn auch nicht eingestandenen Erkenntnis, daß ihre liberalen „Ideale" nie ausreichen würden, dem antisowjetischen Kreuzzug

das erforderliche Feuer zu verleihen, an den Vatikan und erhofften von ihm die Aufputschung organisierter Gegenkräfte an der moralischen Front.

Zehn Jahre nach Roosevelts erstem Annäherungsversuch trat das Ergebnis der amerikanisch-katholischen Flitterwochen zutage, auf das die Kirche seit dem Zusammenbruch des Nazismus fieberhaft gewartet hatte: Der amerikanische Sankt Georg in goldener Rüstung schmiedete ein blitzendes Schwert, um das „rote Ungeheuer" zu vernichten. Die Vereinigten Staaten von Amerika verwandelten sich in ein Waffenarsenal der katholischen Kirche.

Der Vatikan hat mit großem Geschick die Ausbreitung des Kommunismus in der Welt benutzt, um das Vordringen des Katholizismus in den Vereinigten Staaten von Amerika zu erleichtern. Das „Schreckgespenst des Kommunismus", das in den letzten dreißig Jahren bei allen möglichen Gelegenheiten als politisches Instrument der Reaktion herhalten mußte, diente dem Vatikan dazu, die antikatholischen Kräfte der USA mehr und mehr zurückzudrängen. Damit erreichte er Erfolge, die die Stärkung des Katholizismus in den USA seit der großen katholischen Einwanderungswelle im 19. Jahrhundert übertrafen.

Die meisten protestantischen Kirchen in den USA, die infolge ihrer Zersplitterung, ihrer isolierten Bemühungen und ihrer mangelnden Weitsicht ständig hinter den Aktionen der katholischen Kirche herhinken, wurden von der antikommunistischen Rolle, die sich der Vatikan in der Weltpolitik als Partner der Vereinigten Staaten anmaßte, geradezu hypnotisiert. Das führte dazu, daß heutzutage protestantische Zeitungen die politische Tätigkeit der katholischen Kirche billigen, ja sogar den Vatikan in der Innen- und Außenpolitik unterstützen. Sie sind in der Vorstellung befangen, der Kampf des Vatikans sei auch ihr Kampf, die katholische Kirche bilde den Stoßtrupp der Christenheit im Kampf gegen eine antichristliche Ideologie; sie können oder wollen nicht sehen, daß der Katholizismus die Gelegenheit nutzt, gewaltige Einbrüche in ihre eigenen Reihen zu erzielen und sich unbemerkt an ihre Stelle zu setzen.

Was jeder Protestant noch vor zwanzig Jahren für völlig unmöglich gehalten hätte, wird nunmehr mit Gleichgültigkeit zur Kenntnis genommen, ja von einflußreichen Kreisen des amerikanischen Protestantismus sogar gebilligt. Wenn man dieser Haltung einer kleinen verblendeten Gruppe das weitverbreitete Mißfallen der Masse der protestantischen Gläubigen gegenüberstellt, so mag man zu der Ansicht gelangen, daß dieser Angelegenheit keine besondere Bedeutung zukommt. Und doch ist es von ominöser Bedeutung, daß die katholische Kirche erreicht hat, was sie seit Jahrzehnten unablässig anstrebte: die Aufsplitterung der antikatholischen Front des amerikanischen Protestantismus. Der Kirche gelang es, einflußreiche protestantische Kreise und Personen auf ihre Seite zu ziehen und von eben jenem

Protestantismus als willkommener Verbündeter begrüßt zu werden, der vor kurzem noch das mächtigste Hindernis für das Eindringen des Katholizismus in das Leben der Vereinigten Staaten war.

Konstantinopel fiel nicht durch die Erstürmung seiner mächtigen Wälle, sondern durch einen lächerlich kleinen Einbruch der Türken an einer Stelle des Verteidigungssystems, die der Aufmerksamkeit der Byzantiner entgangen war; sie hatten alle ihre Kräfte darauf konzentriert, den massierten Angriff der 200000 Mann starken Armee Mohammeds II. zurückzuschlagen, den sie für die größte Gefahr hielten.

Der Vormarsch der katholischen Kirche in den USA war damit nicht abgeschlossen. Nachdem sie sich mit den protestantischen USA in der Weltpolitik verbündet hatte, nachdem es ihr gelungen war, einen erheblichen Teil der Opposition in den USA einzuschläfern, beschleunigte sie alle Schritte, die darauf zielten, sich selbst zu amerikanisieren, um dadurch Amerika um so besser katholisieren zu können. Die Hierarchie wurde vergrößert und erhielt mehr Freiheit als jede andere nationale Hierarchie außerhalb der USA. Neue amerikanische Kardinäle wurden ernannt; die Zahl der amerikanischen Bischöfe und der Priesterseminare vervielfachte sich; amerikanische Heilige wurden auf den Thron gehoben (Mutter Cabrini 1946), oder die Behandlung ihrer Fälle wurde, nachdem der Vatikan vierzig Jahre lang gezögert hatte, plötzlich beschleunigt, um den amerikanischen Massen ihre eigenen, in Amerika geborenen Heiligen zu geben.*

Immer häufiger wurden Mitglieder der amerikanischen Hierarchie auf wichtige Posten im Ausland berufen. So wurde im Juli 1947 Bruder William Slattery aus Baltimore zum Generaloberen der Vinzentiner in Paris ernannt, nachdem vierhundert Jahre lang nur Franzosen diese Stelle innegehabt hatten. Bruder John Mix aus Chikago wurde im Juli 1947 Generaloberer der Kongregation der Auferstehung unseres Herrn Jesus Christus. Mutter Vera Mary aus Cleveland wurde im Januar 1947 als Generaloberin der Schwestern von Notre-Dame berufen. Die amerikanischen Kardinäle sind enge Freunde des Papstes, das Gewicht ihrer Stimme in der zentralen Verwaltung des Vatikans nimmt mit jedem Jahr zu. Die amerikanischen Kirchenführer sind dabei, das Zepter der katholischen Kirche in Amerika, in anderen Ländern und in Rom selbst zu übernehmen, damit die katholische Kirche später, wenn

* Der Papst selbst leitete im Juli 1947 das Kanonisationsverfahren für Mutter Elizabeth Ann Seton ein, eine in Amerika geborene Mutter von fünf Kindern, die nach dem Tode ihres Gatten Gründerin und erste Oberin der Barmherzigen Schwestern in den USA wurde. Wenn dieser Kanonisationsvorschlag Erfolg hat, ist Mutter Seton die erste in Amerika geborene Heilige, denn Frances Cabrini wurde in Italien geboren und erhielt erst später die amerikanische Staatsbürgerschaft.

die Zeit reif ist, um so leichter ein katholisches Amerika in ihre Gewalt bekommen kann.

Der Vatikan erwies sich, nachdem er sich einmal entschlossen hatte, Amerika zu erobern, als ein Meister in allen Fragen der Taktik. Er nutzte das Wechselspiel der sozialen und politischen Strömungen und Gegenströmungen konsequent und unermüdlich dazu aus, das Tempo seines Eindringens in das Leben der USA und der anderen Länder der Welt zu steigern.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß der Vatikan seine Kampagne zur endgültigen Eroberung der USA gleichzeitig in vier Hauptstoßrichtungen führt.

Die erste Richtung ist das Bündnis mit den Vereinigten Staaten zum Kampf gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion.

Die zweite Richtung liegt in der Einschläferung der protestantischen Opposition in den USA mit Hilfe des Schreckgespenstes Kommunismus und durch Anmaßung der Rolle des christlichen Vorkämpfers gegen die „rote Gefahr", verbunden mit dem Versuch, gewisse Kreise der nichtkatholischen Kirchen als Verbündete gegen diese Gefahr zu gewinnen.

Die dritte Richtung ist die Intensivierung des Amerikanisierungsprozesses des Katholizismus innerhalb und außerhalb Amerikas.

Die vierte Richtung schließlich besteht in unmerklichen Bemühungen der Kirche, gewisse Bestimmungen in der politischen Struktur der Vereinigten Staaten von Amerika zu durchlöchern und zu verändern, um der katholischen Kirche einen bevorzugten Status gegenüber den anderen Kirchen zu sichern.

Beim Vortragen der Offensive in der vierten Stoßrichtung arbeitet die katholische Kirche in der letzten Zeit deutlich erkennbar an zwei Vorhaben. Einmal versucht sie den Protestantismus allmählich an den Gedanken einer ständigen inoffiziellen Vertretung der USA beim Vatikan zu gewöhnen; zum anderen unternimmt sie die ersten Schritte, die amerikanische Verfassung zu unterminieren.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß sich die von Präsident Roosevelt 1939 eingeleiteten „zeitweiligen Maßnahmen" zu einer „ständigen Form der Verbindung zwischen dem *State Department* und dem Vatikan" entwickeln werden.

Und an dem Tag, an dem der Präsident der USA im Auftrage des Kongresses einen offiziellen Botschafter an den päpstlichen Hof entsendet, wird auch der Vatikan das Recht haben, einen offiziellen Vertreter in Washington akkreditieren zu lassen, der nicht nur einen unabhängigen Miniaturstaat beim Präsidenten vertreten, sondern auch im Namen der römisch-katholischen Bürger der USA und im Namen von 400 Millionen Katholiken in der ganzen Welt zu sprechen sich anmaßen wird.

Das würde bedeuten, daß die Verfassung der Vereinigten Staaten in wesentlichen Teilen außer Kraft gesetzt und die Trennung von Kirche und Staat aufgehoben wäre. Es ist immerhin bezeichnend, daß eine päpstliche Rundfunkrede, in der sich der Papst mit „der falschen und der wahren Demokratie“ befaßte, bereits in den offiziellen Kongreßbericht Eingang gefunden hat (1946). Senator James Murray von Montana bemerkte, als er die Einfügung dieser Botschaft beantragte: „Alle, die diese Botschaft kritisieren . . ., sollten sehr wohl darauf achten, daß sie bei ihrer Kritik an dem Inhalt der Botschaft nicht zugleich einige der fundamentalsten Ziele der amerikanischen Demokratie kritisieren.“

Die eben geäußerten Gedanken über die Gefährdung der amerikanischen Verfassung sind keine Spekulation. Die katholische Kirche hat bereits die ersten wenn auch noch vorsichtigen Schritte auf diesem neuen, gefährlichen Wege unternommen. Im Herbst 1948 veröffentlichte die römisch-katholische Hierarchie Amerikas eine lange Erklärung, in der sie mit gesetzten Worten ihre Entschlossenheit kundtat, einen der wichtigsten Grundsätze der amerikanischen Staatsform zu verändern. Sie erklärte, „friedlich, geduldig und beharrlich“ daran arbeiten zu wollen, daß die „allzu weitherzige Auslegung“ der vom Obersten Gerichtshof der USA beschlossenen ersten Ergänzung zur amerikanischen Verfassung *(First Amendment)* revidiert wird. Und sie stellte die unmißverständliche Frage: War diese erste Verfassungsergänzung, die es dem Kongreß untersagt, Gesetze über die Einführung einer Religion zu erlassen, bestimmt, eine Trennung zwischen Kirche und Staat herbeizuführen und aufrechtzuerhalten, oder nicht? Die katholische Hierarchie erklärte bei ihrem Versuch, zu interpretieren, was sich die Schöpfer der Verfassung bei dieser Ergänzung wohl gedacht haben mochten, daß Jeffersons Ausspruch über den „Wall, der die Kirche vom Staat trennt, eine irreführende Metapher“ sei, und behauptete sogar, dieses Wort Jeffersons stände bereits im Widerspruch zum Text der ersten Verfassungsergänzung.

Um das Ziel einer tausend Meilen langen Reise zu erreichen, beginnt man, wie ein chinesisches Sprichwort sagt, mit einem ersten, kleinen Schritt.

Die katholische Kirche in den USA hat seit dem achtzehnten Jahrhundert, als ihre kaum 30 000 Angehörigen beinahe wie Aussätzige behandelt wurden, einen weiten Weg zurückgelegt. Behält sie ihr jetziges Vormarschtempo bei, dann wird es nur wenige Jahre dauern, und in den USA wird es kein Gebiet des Lebens mehr geben, das nicht unmittelbar oder mittelbar von der katholischen Kirche beeinflußt wird. Der Katholizismus befindet sich in den USA mit progressiv zunehmender Geschwindigkeit im Vormarsch; er durchdringt immer mehr das ökonomische, soziale, moralische, erzieherische und politische Leben des Landes.

Von sechzehn Amerikanern sind heute (1950) drei katholisch. Im Jahre 1946 traten im Durchschnitt täglich 43 amerikanische Neger zum katholischen Glauben über. Etwa ein Viertel der indianischen Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist katholisch. Die amerikanischen Städte mit dem stärksten katholischen Bevölkerungsanteil sind Boston mit 75,3 Prozent, New Orleans mit 66 Prozent, Providence mit 56,7 Prozent, Syracuse mit 53,5 Prozent, Jersey City mit 53,2 Prozent, Buffalo mit 52 Prozent, Detroit mit 47,2 Prozent, Chikago mit 40,8 Prozent, Philadelphia mit 29,5 Prozent und New York mit nur 22,6 Prozent.

Wenn die katholische Kirche bereits heute, da sie trotz ihrer Stärke eine Minderheit darstellt, einen so weitgehenden Einfluß ausüben kann, wie stark wird ihr Einfluß dann erst in den nächsten Jahrzehnten werden?

Der zunehmende Einfluß der USA auf die Weltpolitik wird zwangsläufig zu einem weiteren Anwachsen des amerikanischen Katholizismus führen. Wachsender amerikanischer Katholizismus aber bedeutet wachsender katholischer Druck auf die innere Struktur der Vereinigten Staaten. Welchem Druck werden die sich rasch zersetzenden protestantischen Kirchen standhalten können? Wie lange noch wird die amerikanische Verfassung in ihrer heutigen Form bestehen bleiben? Wie lange noch wird der Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche als eine der Säulen der inneren Struktur der Vereinigten Staaten Geltung haben?

Wie lange würde es dauern, bis die katholische Kirche die USA erobert hat, wenn gleichlaufend mit diesem Prozeß in den USA der Druck des amerikanischen Katholizismus auch innerhalb der Mauern des Vatikans zunehmen sollte, so daß vielleicht eines Tages aus der Konklave der Kardinäle der erste amerikanische Papst hervortritt?

Bereits 1945 kamen Gerüchte auf, daß Kardinal Spellman Kardinalstaatssekretär werden sollte *(Vatikansender, 16. Juni 1945)*. Seit der Ernennung mehrerer amerikanischer Kardinäle halten vatikanische Kreise die Möglichkeit, daß eines Tages ein „amerikanischer Papst" gewählt wird, nicht für ausgeschlossen.

Wir leben in einem Jahrhundert, in dem scheinbar phantastische Spekulationen nach kurzer Zeit bereits pulsierende Wirklichkeit geworden sind. Die katholische Kirche hat in der Vergangenheit manches Wunder vollbracht. Wird sie auch im zwanzigsten Jahrhundert dazu in der Lage sein? Wird es ihr gelingen, die Vereinigten Staaten von Amerika in ein katholisches Land umzuwandeln?

KAPITEL XIX Der Vatikan, Lateinamerika, Japan und China

Lateinamerika und die USA – Lateinamerika, ein Tauschobjekt des Vatikans bei den Verhandlungen mit den USA – Die Macht der katholischen Kirche in Lateinamerika – Der lateinamerikanische katholische Faschismus. Der Sinarquismus – Wiedergeburt des lateinamerikanischen katholischen Faschismus nach der Niederlage des Faschismus in Europa – Japan und der Vatikan nach dem ersten Weltkrieg – Festigung der vatikanisch-japanischen Freundschaft nach den japanischen Aggressionen gegen China – Japan, das „Deutschland des Ostens“ – Das kaiserliche Edikt und die japanischen Katholiken – Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und dem Vatikan nach Pearl Harbour – China und der Vatikan.

Die Bedeutung der engen Freundschaft zwischen dem Vatikan und dem Weißen Haus wird uns noch klarer, wenn wir nach dem Süden, nach Mittel- und Südamerika blicken. Dort braucht die katholische Kirche nicht erst das Land zu erobern, Mittel- und Südamerika bilden bereits einen festen katholischen Block. In Lateinamerika steht das Leben des einzelnen und das Leben der Staaten völlig im Zeichen des Katholizismus.

Die Länder Lateinamerikas erfreuen sich der besonderen Aufmerksamkeit des Vatikans, nicht nur weil die katholische Kirche in ihnen die herrschende Kraft darstellt, um die sich das ganze Leben dreht, sondern vor allem, weil sie seine Stärke auf dem Gebiet der internationalen Politik vervielfachen. Diese Feststellung bezieht sich namentlich auf das Verhältnis zwischen dem Vatikan und den USA vor und in dem zweiten Weltkrieg.

Präsident Roosevelt hatte sich als eines der wichigsten Ziele seiner Außenpolitik vorgenommen, einen geschlossenen amerikanischen Block unter Einbeziehung Nordamerikas, Mittelamerikas und Südamerikas zu schaffen. Er wollte so eine gemeinsame Front gegen alle nichtamerikanischen Mächte errichten und erreichen, daß die amerikanischen Staaten eine gemeinsame Politik in allen amerikanischen Problemen betrieben und dadurch einander ihre Sicherheit garantierten. Ob Roosevelt durch die Verfolgung dieses Zieles die moralische und wirtschaftliche Position der USA verstärken wollte oder ob er sich von dem Wunsche leiten ließ, die amerikanischen Nationen um ihres gemeinsamen Wohlergehens willen zusammenzuschließen, ist im Hinblick auf die Beziehungen zwischen den USA und dem Vatikan ohne Belang. Auf jeden Fall erkannte er, daß er die Freundschaft des Vatikans brauchte, wenn er Mittel- und Südamerika für das panamerikanische Projekt gewinnen wollte.

Der Erfolg seiner „Politik der guten Nachbarschaft“ hing wesentlich davon ab, welche Unterstützung der Papst ihm gewährte. Diese Frage wurde

zwischen Pacelli und Roosevelt im November 1936 eingehend besprochen. Beide wollten bei dieser Unterredung feststellen, wie weit Washington und der Vatikan in der internationalen Politik zusammenarbeiten könnten. Der Vatikan strebte damals bekanntlich danach, autoritäre Regime zu errichten, wo immer er konnte, namentlich in den Ländern, deren Bevölkerung in der Mehrheit katholisch war. Diese politische Konzeption des Vatikans bezog sich nicht nur auf Europa, sondern erstreckte sich auch auf den amerikanischen Kontinent einschließlich Mittel- und Südamerikas.*

Im Jahre 1934, zwei Jahre bevor der Bürgerkrieg in Spanien ausbrach, schickte der Vatikan den Kardinal Pacelli auf eine triumphale Reise durch Südamerika. Die Folgen dieses Besuches zeigten sich sehr bald: Überall in den südamerikanischen Ländern schossen nach italienischem Vorbild katholisch-faschistische Bewegungen aus dem Boden; immer häufiger erklangen aus dem katholischen Lager Forderungen nach einem autoritären Ständestaat; der Kampf gegen den Kommunismus als den gemeinsamen Feind der weltlichen und der geistlichen Mächte verstärkte sich.

Die Anhänger des faschistisch-katholischen Autoritarismus gerieten in einen Freudentaumel, sie glaubten, ihr Staatsidol sei drauf und dran, das Gesicht des zwanzigsten Jahrhunderts zu prägen.

Im Weißen Haus teilte man nicht die Meinung der katholischen Kirche über diese Entwicklung in Lateinamerika. Aber man drückte ein Auge zu, um sich die Unterstützung des Vatikans für die „Politik der guten Nachbarschaft" nicht zu verscherzen. Als Gegenleistung verboten die USA, entsprechend den vatikanischen Wünschen, die Waffenlieferungen an die spanische Republik. Als der Vatikan dann obendrein die amerikanischen Katholiken veranlaßte, bei der Präsidentenwahl für Roosevelt zu stimmen, und die USA-Hierarchie anwies, mit der Rooseveltregierung zusammenzuarbeiten, erklärten sich die USA bereit, nach Kräften alles zu tun, diplomatische Beziehungen mit Rom herzustellen.

Der Vatikan verstand es, seinen Einfluß in Südamerika vor und nach dem Kriege geschickt für seine politischen Ziele auszunutzen. Als die USA noch nicht am Krieg teilnahmen und der Vatikan seine Hoffnungen auf einen faschistischen Sieg setzte, waren es die Katholiken Lateinamerikas, die das lauteste Geschrei gegen jegliche Hilfeleistung an die westlichen Alliierten erhoben. Sie gehörten zu den hartnäckigsten Isolationisten und wurden, als Hitler im Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, aus

* Mittel- und Südamerika haben insgesamt eine Ausdehnung von 18,6 Millionen Quadratkilometern, auf denen etwa 130 Millionen Menschen, das heißt 7 Menschen auf jedem Quadratkilometer, leben. Brasilien hatte am Ende des zweiten Weltkriegs 45 Millionen Einwohner. In den USA mit einer Gesamtfläche von 7,8 Millionen Quadratkilometern lebten damals etwa 134 Millionen Menschen, das heißt 17,2 je Quadratkilometer.

Haß gegen dieses Land die erbittertsten Feinde der Rooseveltschen Politik.

Als sich aber das Kriegsglück den Alliierten zuwandte und nicht mehr zu verkennen war, wer der Sieger dieses Krieges sein würde, begaben sich die lateinamerikanischen Länder trotz ihres Unwillens über die anglo-amerikanische Partnerschaft mit der Sowjetunion rasch unter die Gefolgsleute der Rooseveltschen Politik. Sie bewiesen dies, indem sie Roosevelts Plan der Bildung einer vereinten westlichen Hemisphäre zustimmten, den Achsenmächten den Krieg erklärten und die Kriegführung der Alliierten materiell und personell unterstützten. Dies geschah nicht nur aus dem verständlichen Wunsche, sich mit dem Sieger zu verbünden, sondern auch auf den entsprechenden Druck des Vatikans hin. Der Vatikan erhöhte dadurch für seine Verhandlungen mit Washington den Tauschwert der politischen Handelsware Südamerika beträchtlich und gewann die Möglichkeit, auf den politischen Kurs der Westmächte in der Nachkriegszeit maßgeblichen Einfluß auszuüben. Lateinamerika war also ein wichtiges Instrument der vatikanischen Weltpolitik. Der Vatikan hatte es schon früher für seine politischen Zwecke eingesetzt. Bereits in den dreißiger Jahren, zum Beispiel anläßlich des italienischen Abenteuers in Abessinien, machte der Vatikan seinen Einfluß in den lateinamerikanischen Ländern geltend, um zu verhindern, daß im Völkerbund Maßnahmen beschlossen wurden, die Mussolini von seinem Angriff auf Abessinien abgehalten hätten; wenige Jahre später, während des spanischen Bürgerkrieges, benutzte der Vatikan seinen Einfluß in Südamerika, Franco gegen die spanische Republik zu helfen.

Das Ausmaß des vatikanischen Einflusses auf Lateinamerika mag im ersten Augenblick unglaubhaft scheinen. Es ergibt sich jedoch zwangsläufig aus der gewaltigen geistigen Autorität, über die die katholische Kirche in diesen Ländern auf ethischem, sozialem und politischem Gebiet verfügt. Wir begegneten dieser Erscheinung in nahezu allen Ländern, mit denen wir uns in diesem Buch befaßten. Wir stellten diese Erscheinung sogar in manchen europäischen Ländern fest, in denen lediglich eine Minderheit der Bevölkerung aktiv katholisch ist und in denen ausgesprochen antiklerikale Regierungen an der Macht waren. Wieviel leichter muß es der Kirche fallen, ihre politische Macht dort in die Waagschale zu werfen, wo sie regiert, ohne daß jemand sie daran hindert!

Man darf dabei nicht vergessen, daß Südamerika in allen seinen sozialen Schichten von dem Geist und von der Ethik des Katholizismus durchdrungen ist. Abgesehen von einer kleinen Minderheit, wird die gesamte Bevölkerung Lateinamerikas in der Atmosphäre des Katholizismus geboren und lebt und stirbt in ihr. Selbst die Bürger, die sich in keiner Weise religiös beteiligen, können sich dem Einfluß der Kirche

nicht entziehen; sie können nicht einer Gesellschaft entfliehen, in der die katholische Kirche alle Lebenssphären bestimmt.

Ob das in Lateinamerika weitverbreitete Analphabetentum der katholischen Kirche zur Last gelegt werden kann, soll hier nicht entschieden werden. Tatsache ist aber, daß es in Lateinamerika mehr Analphabeten als in jedem anderen von Weißen bewohnten Land der Erde gibt. Einige Zahlen mögen das erläutern. Im Jahre 1939 gab es in Europa einschließlich der gesamten UdSSR ungefähr 8 Prozent Analphabeten. Japan, das ein Jahrhundert zuvor eines der Länder mit den meisten Analphabeten gewesen war, hatte 1935 die niedrigste Analphabetenrate aller Länder, nämlich nur 1 Prozent. Im Gegensatz dazu gab es auf den benachbarten katholischen Philippinen noch immer 35 Prozent Analphabeten, in Mexiko, einem der fortschrittlichsten Länder Lateinamerikas, 45 Prozent und in Brasilien, dem größten Land Südamerikas, mehr als 60 Prozent. Einen höheren Prozentsatz an Analphabeten haben nur die frühere britische Kolonie Indien und die frühere niederländische Kolonie Indonesien.

Die katholische Kirche vermag ihre Macht vor allem dort unumschränkt zu entfalten, wo die Bevölkerung des betreffenden Landes weder lesen noch schreiben kann. Sie verbündet sich daher gern mit jenen sozialen und wirtschaftlichen Kräften, die interessiert sind, diesen *Status quo* möglichst lange zu erhalten.

Man wäre im Irrtum, wollte man annehmen, daß die Bevölkerung der lateinamerikanischen Länder das Joch der katholischen Kirche widerstandslos hinnehme. Im Gegenteil. In den letzten Jahrzehnten kam es in ganz Lateinamerika zu zahlreichen Explosionen, in denen erbittert und ohne Erbarmen um die Macht gerungen wurde. Das führende Land im Kampf gegen die Vorherrschaft der katholischen Kirche in Lateinamerika war und ist Mexiko. Dort wurde die katholische Kirche in den Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen immer mehr aus ihrer führenden Rolle im politischen Geschehen verdrängt und gezwungen, sich auf das rein religiöse Gebiet zu beschränken. Sie verlor ihre Monopolstellung im Erziehungswesen und in der Kultur, ihre unermeßlichen weltlichen Reichtümer wurden enteignet. Die fortschrittlichen Kräfte Mexikos handelten ebenso wie einige Jahre später die spanischen Republikaner. Und ebenso wie in Spanien schlug die katholische Kirche zurück. Sie begann einen Bürgerkrieg, der das Land jahrelang verheerte. Auch in den dreißiger Jahren kam es in Mexiko zu einer Reihe von Aufständen, Meutereien und politischen Morden, die von katholischen Generalen, Priestern und Laien gegen die legale Regierung inszeniert wurden. Einige religiöse Orden gingen so weit, die Katholiken zur Ermordung des Präsidenten der Republik aufzuhetzen. Ihre Kampagne trug Früchte. Ein fanatischer Katholik ermordete am 17. Juli 1928,

angestiftet von der Oberin eines Konvents, den mexikanischen Präsidenten, General Alvaro Obregon.*

Die katholische Kirche forderte von den USA, in Mexiko militärisch zu intervenieren. Der Einfluß der amerikanischen Hierarchie und der Druck der amerikanischen Ölkonzerne, deren Ölquellen die mexikanische Regierung enteignet hatte, waren so stark, daß man in Washington ernsthaft erwog, unter dem Vorwand jährlicher Manöver an der mexikanischen Grenze eine Intervention vorzubereiten. Die Presse war bereits aufgefordert worden, ihre Kriegsberichterstatter in dieses Gebiet zu senden. Dieses Bündnis der katholischen Kirche mit den amerikanischen Ölkonzernen hätte beinahe zum Erfolg geführt. Aber die Wahl Roosevelts zum Präsidenten der USA brachte alle Bemühungen des Vatikans, fremde Truppenkontingente für die Beseitigung der mexikanischen liberalen Regierung aufzubieten, zum Scheitern. Roosevelt wollte sich nicht in die inneren Angelegenheiten Mexikos einmischen, um nicht die bereits mißtrauischen südamerikanischen Länder auf den Plan zu rufen und dadurch seine „Politik der guten Nachbarschaft" zu gefährden.

Der Vatikan beschränkte sich daher nach der Rückkehr Pacellis von seiner Amerikareise 1936 darauf, zu versuchen, in Mexiko eine katholisch-autoritäre politische Bewegung an die Macht zu bringen. Diese Bewegung trat erstmals 1937 in Erscheinung Sie trug den Namen *La Unión Nacional Sinarquista* (kurz: Sinarquismus) und war eine katholische Diktaturbewegung nach dem Vorbild des Faschismus und des *Ku-Klux-Klan*. Die Sinarquisten erklärten der Demokratie und allen anderen Feinden der katholischen Kirche den Krieg und steckten sich das Ziel, die Kirche wieder in ihre frühere Machtstellung einzusetzen.

Die Bewegung rekrutierte sich aus den ergebensten Katholiken des Landes, viele Priester und sogar Bischöfe standen in ihren Reihen. Sie kam sehr bald in den Ruf der „gefährlichsten faschistischen Bewegung in Lateinamerika". Selbst katholische Zeitungen erklärten: „Falls es dem Sinarquismus gelingt, die Zahl seiner Anhänger weiter in dem Maß zu erhöhen, kann es in Mexiko zu einem Bürgerkrieg kommen." *(The Commonweal* und *Catholic Herald*, 4. August 1944) Die Anhängerschaft des Sinarquismus

* Der neue Präsident war am 1 Juli 1928 gewählt worden. Der Mord geschah einen Tag nach seiner Erklärung, daß die Kirche die Schuld am Bürgerkrieg trage. Der Mörder äußerte auf Befragen des früheren Präsidenten Calles, „Christus, unser Herr" habe ihn auserwählt, das Leben des Präsidenten auszulöschen, „damit die Religion in Mexiko weiterbestehen" könne. Vor amerikanischen Pressevertretern erklärte der Mörder: „Ich tötete General Obregon, weil er schuld war an den Verfolgungen der katholischen Kirche." Vor Gericht gestand er, daß die Oberin des Konvents des Heiligen Geistes (*Espirito Santo*) ihn zu diesem Verbrechen „inspiriert" habe.

wurde in den Jahren 1943 und 1944 auf eine bis anderthalb Millionen geschätzt.

Die Bewegung trat auf den Plan, als Reverend Coughlin in den USA den Boden für ähnliche Bewegungen vorbereitete. Auch in den anderen lateinamerikanischen Ländern wurden in diesen Jahren ähnliche faschistische und halbfaschistische Bewegungen gegründet. Sie hielten sich alle an das Vorbild ihrer europäischen Lehrmeister.

Diese faschistische Welle stand in gewisser Beziehung im Widerspruch zu dem bisherigen Charakter des politischen Lebens in den lateinamerikanischen Ländern. Sie rollte überraschend heran, zeigte bald eine ausgeprägte ideologische Physiognomie und nahm rasch feste organisatorische Formen an.

Das System des katholisch-faschistischen Totalitarismus, das sich von Argentinien bis nach Nordamerika erstreckte, war für die vatikanische Weltpolitik, vor allem im zweiten Weltkrieg, von großem Nutzen. Diese Länder, die alle unter der gleichen geistigen Führung standen, mußten dem Vatikan in seiner Politik Schützenhilfe leisten. So kam es, daß der katholisch-amerikanische Totalitarismus vor dem Krieg mit der Entwicklung in den faschistischen Ländern Europas sympathisierte und sich nach Kriegsausbruch noch enger an den Faschismus anlehnte. Seine Hilfe war nicht nur theoretisch, sondern trat auch in der praktischen Politik in Erscheinung

Die katholische Kirche unterstützte in den beiden ersten Kriegsjahren den Faschismus und sorgte sowohl unmittelbar als auch mittelbar dafür, daß sich außerhalb Europas – namentlich in Amerika – keine Kräfte zusammenfanden, die der Errichtung eines autoritären Europas gefährlich werden konnten. Zu diesem Zweck bemühte sich der Vatikan, alle Kräfte, die den europäischen Demokratien Hilfe leisten wollten, zu lähmen.

In der gesamten westlichen Hemisphäre begann eine Kampagne mit der Forderung, die Lösung der europäischen Probleme den Europäern zu überlassen. Man rechnete damit, daß der Faschismus den Krieg gewinnen würde Hinter diesem amerikanischen Isolationismus, der bis zu einem gewissen Grad natürliche Ursachen hatte, standen bestimmte Kräfte der lateinamerikanischen und nordamerikanischen Gesellschaft, die nur wenig mit der Religion zu tun hatten. Erst das Gewicht der katholischen Kirche verlieh dieser Bewegung die erforderliche politische Durchschlagskraft.

Der amerikanische Isolationismus wurde tatsächlich erst durch das Eingreifen der katholischen Kirche eine wirkliche Macht und das nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in den USA. Der Katholizismus wurde das Rückgrat des Isolationismus. Einige Beispiele mögen das erläutern.

Am 19. Juli 1940 schrieb das von den Jesuiten herausgegebene Magazin *America:*

„Hat der Präsident etwa die Absicht . . ., dieses Land in einen nichterklärten Kriegszustand mit Deutschland und Italien zu führen? Der Erzbischof von Cincinnati erklärte, daß wir nicht das moralische Recht hätten, gegen irgendwelche Nationen Krieg zu führen. Es gehört keineswegs zu unseren Pflichten, England durch Waffenlieferungen zu helfen."

Das Zentrum des katholischen Isolationismus in den USA war Reverend Coughlin. Er sagte im Zusammenhang mit den Erfolgen Nazideutschlands:

„Wahrscheinlich gibt es keinen besseren Beweis für den Verfall des ‚Empire-Systems' als den, daß ein einziges, in sich einiges, sauber lebendes Volk, beflügelt von dem Ideal, die Welt ein für allemal von einem orientalischen, mit Goldverschuldungen arbeitenden Sklavensystem zu befreien, eine Nation nach der anderen überrennen kann und dabei in der Lage ist, zwei große Imperien auf die Knie zu zwingen."

Und in seiner Zeitung *Social Justice* schrieb er:

„Großbritannien ist verloren und soll verloren sein. Es besteht keine Gefahr, daß Hitler die USA bedroht. Wir sollten Waffen herstellen, um Sowjetrußland zu zerschmettern, und zwar in Zusammenarbeit mit den christlichen totalitären Staaten Italien, Deutschland, Spanien und Portugal." (Zitiert im *Bulletin der Liga für Menschenrechte,* Cleveland, Ohio)

Das war, kurz formuliert, das Ziel des amerikanischen Isolationismus, wie er von den katholischen Extremisten in Nord- und Südamerika vertreten wurde. Und die amerikanische Hierarchie prägte in einer Zeit, da Hitler in Europa von einem militärischen Erfolg zum anderen marschierte, das Wort *Leave Europe to God.* Einige geistliche Würdenträger, unter ihnen Mr. Duffy aus Buffalo, gingen so weit, zu erklären, daß sie die katholischen Soldaten öffentlich aufrufen würden, den Kampf zu verweigern, falls die USA jemals Verbündete der Sowjetunion werden sollten.

In den USA wurde der Isolationismus im Dezember 1941 durch die Ereignisse von Pearl Harbour zum Schweigen gebracht, aber in Lateinamerika war er bis zum Ende des Krieges wirksam. Er wurde lediglich ein wenig zurückhaltender, als der Vatikan sich offen auf die Seite der westlichen Alliierten schlug und als die südamerikanischen Staaten auf den Druck der USA hin in letzter Minute den Achsenmächten den Krieg erklärten.

Trotz der Niederlage des Faschismus in Europa blieb der katholische Autoritarismus in Amerika aktiv wie eh und je, wenn er auch nicht mehr so

lärmend in Erscheinung trat wie zu den Zeiten Mussolinis und Hitlers. Das betrifft namentlich den Autoritarismus Lateinamerikas, der schon nach kurzer Zeit, gelenkt von Francospanien, der letzten Zitadelle des katholischen Faschismus in Europa, seine Arbeit wiederaufnahm.

In dem Kapitel über Frankreich sprachen wir bereits über die Pläne zur Schaffung eines katholisch-romanischen Blocks in Europa. Diese Pläne wurden im letzten Jahr des zweiten Weltkrieges vom spanischen Faschismus übernommen und auf Lateinamerika ausgedehnt. Aus dem katholisch-romanischen Block in Europa sollte ein katholisch-lateinischer Block unter der Führung des spanischen Faschismus werden.

Der überlebende Faschismus in Lateinamerika beabsichtigte, alle faschistischen Bewegungen in Mittel- und Südamerika zusammenzufassen. Initiatoren dieser Bewegung waren Francos ausländische Falangistengruppen und ihre zahlreichen diplomatischen und kulturellen Organisationen in Amerika. Diese Agenten hatten die Aufgabe, die spanische *Falange* und die portugiesische *Legião* auf der Iberischen Halbinsel mit den faschistischen Bewegungen in Lateinamerika zu vereinen. Die *Falange* in Cuba schloß sich zum Beispiel mit den Sinarquisten in Mexiko und mit den Putschisten in Argentinien und in Brasilien zusammen.

In Brasilien wurde Präsident Vargas von General Gomes Monteiro abgesetzt, der ein so offener Parteigänger des Faschismus gewesen war, daß er von seinem Posten als Oberkommandierender der brasilianischen Armee „zurücktreten" mußte, als Brasilien den Achsenmächten den Krieg erklärte.

Der Vatikan stand hinter diesen Ereignissen in Brasilien. Als Beweis dafür mögen die Äußerungen eines katholischen Bischofs dienen, der wegen seines Auftretens gegen diese Machenschaften des Vatikans exkommuniziert wurde:

„Ich wurde exkommuniziert, weil ich die *Hispanidad*-Bewegung in Brasilien und in anderen amerikanischen Ländern bloßstellte. *Hispanidad*, das ist die *Falange* in Aktion. In dieser Organisation arbeiten Vertreter der spanischen und der portugiesischen faschistischen Parteien, der *Falange* und der *Legião*. Der Führer dieser Organisation in Brasilien ist Ramon Cuesta, der spanische Botschafter. Er leitet von Rio de Janeiro aus die gesamte Tätigkeit der *Falange* in Südamerika. Cuesta hat Verbindungen in allen Ländern Amerikas und organisiert eine Bewegung, die darauf hinarbeitet, ein iberisches ‚Reich' für Franco zu schaffen. Der politische Imperialismus versucht unter dem Schutz und unter der Führung des Vatikans und Francos in Südamerika zu überleben." (Monsignore C. Duarte Costa, Rio de Janeiro, Juli 1945)

Der spanisch-katholisch-südamerikanische Faschismus kontrolliert sieben große und eine Anzahl kleinerer Tageszeitungen in Habana, Bogotá, Quito, Mexiko, Santiago, Carácas und Panama.

Im Oktober 1945 trat der „lateinische Block" als eine gutorganisierte faschistische Bewegung in Aktion. Er verband Kontinent mit Kontinent. In

den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Katholizismus in Südamerika von der Kirche und von den einzelnen Regierungen noch rigoroser als zuvor durchgesetzt. Der Einfluß des Vatikans stieg sprunghaft an. Die katholischen sozialen Doktrinen wurden häufig in die Gesetzgebung dieser Länder übernommen. So beschloß zum Beispiel das brasilianische Parlament im September 1946 unter anderem, daß eine Rede, die Papst Pius XII. 1934 – damals noch als päpstlicher Visitator Pacelli – in Rio de Janeiro gehalten hatte, auf eine Bronzeplatte geprägt und in der brasilianischen Kammer angebracht werden sollte. Die neue brasilianische Verfassung machte den Katholizismus zur Staatsreligion, verbot die Ehescheidung und verpflichtete alle künftigen Verfassungsgeber, den Namen Gottes in die Präambel jeder neuen brasilianischen Verfassung aufzunehmen. Der neue kolumbianische Staatspräsident verkündete unmittelbar nach seiner Wahl im August 1946 seine „Entschlossenheit“, das Land nur in Übereinstimmung mit den Prinzipien der päpstlichen Enzykliken zu regieren. Das hieß, daß er sich die Prinzipien zum Vorbild nahm, nach denen bereits Mussolini, Franco, Salazar, Dollfuß, Tiso und andere katholisch-faschistische Diktatoren gehandelt hatten.

Wo lag die tiefere Ursache für dieses Komplott, Spanien, Portugal und ganz Mittel- und Südamerika in einem rassischen, religiösen und autoritären Block zu vereinen? War der Block als Gegengewicht zur Vorherrschaft der protestantischen USA gedacht? Richtete er sich gegen England oder gegen die Sowjetunion? Oder handelte es sich bei diesem Zusammenschluß um einen ersten Schritt auf dem Wege zur Wiedererstehung eines kämpferischen Faschismus in der ganzen Welt? Darauf kann nur die Zukunft Antwort geben. Tatsache ist, daß diese Bewegung existiert und daß sie nach der Niederlage des Faschismus in Europa ungewöhnlich aktiv wurde. Das beweist, daß der Anstoß für diese Bewegung nicht aus den beteiligten Ländern allein, sondern vor allem von außen gekommen ist; das beweist, daß der Vatikan als treibende Kraft hinter dieser Bewegung steht. Er ist mit viel Eifer dabei, einen katholisch-autoritären Block in der westlichen Hemisphäre zusammenzuschmieden, um ihn zu gegebener Zeit dem revolutionären Europa entgegenstellen zu können.

Dieses Beispiel zeigt ebenso wie das Verhalten des Vatikans im Abessinienkrieg, im spanischen Bürgerkrieg und im zweiten Weltkrieg, daß die katholische Kirche den Gang der Geschichte auf kontinentaler, ja auf globaler Ebene beeinflussen kann, indem sie eine bereits vorhandene politische Entwicklung auf die internationale Ebene hebt; dieses Beispiel zeigt ferner, daß es der katholischen Kirche schon dann möglich ist, einen Druck auf ein Land auszuüben, wenn dieses Land die Freundschaft der Kirche zu suchen beginnt.

Dem Vatikan stehen für seine Amerikapolitik alle katholischen Kirchen auf dem amerikanischen Kontinent zur Verfügung. Er machte von diesem

willfährigen Instrument sowohl in der Weltpolitik als auch in innerpolitischen Angelegenheiten einzelner Länder reichen Gebrauch. Er benutzte sie bei seinem Handel mit Roosevelt, er benutzte sie bei seinem Versuch, die USA und Lateinamerika aus dem Krieg herauszuhalten, und er benutzte sie bei seinen Bemühungen, die westlichen Alliierten während des Krieges zu bewegen, dem sowjetischen und kommunistischen Einfluß in Europa Einhalt zu gebieten Kurz, der Vatikan lenkte den amerikanischen Katholizismus auf einen bestimmten Weg, um seiner antisowjetischen und antisozialistischen Politik in Europa den nötigen Rückhalt zu verschaffen.

Süd- und Mittelamerika würde viel von seinem Wert als politisches Tauschobjekt des Vatikans in der internationalen Politik einbüßen, wenn es in dieser Rolle nicht von dem führenden Land des amerikanischen Kontinents, von den USA, unterstützt würde. Und der Vatikan ist nicht nur bestrebt, die USA zu erobern, weil es sich um die USA schlechthin handelt, sondern weil die USA der führende Staat Amerikas, der potentielle Führer aller amerikanischen Katholiken sind.

Wenn man sich die einzelnen Schritte der katholischen Kirche in den USA noch einmal vor Augen hält und an ihre den ganzen Kontinent umspannenden Pläne denkt, dann erkennt man mühelos, welche Rolle den lateinamerikanischen Ländern in diesem Spiel zugedacht ist. Man kann diese Länder mit einem großen Treibstofflager vergleichen, aus dem sich die katholische Kirche der USA immer wieder mit neuer Dynamik versorgt. Umgekehrt steht aber auch das verhältnismäßig leichte weitere Vordringen des Katholizismus in Südamerika in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Plänen, denn es handelt sich ja nicht nur um die Durchsetzung einer nordamerikanischen katholischen, sondern um die Durchsetzung einer kontinentalen amerikanischen Politik, deren Aufgabe es ist, internationale politische Fragen im Interesse der katholischen Kirche lösen zu helfen. Das ist die Grundlage der vatikanischen Politik hinsichtlich der USA.

Die Kirche schafft einen mächtigen Katholizismus in den USA, um möglichst das ganze Land zu erobern, und bemüht sich gleichzeitig, den gesamten amerikanischen Kontinent in einen geschlossenen katholischen Block umzuwandeln. Dieser Block soll nicht nur ein Gegengewicht gegen das bereits halb atheistische Europa, sondern auch gegen Asien bilden, das sich auf sich selbst besinnt. In Asien wird nach Ansicht der Kirche die Entscheidung zwischen den beiden mächtigen wirtschaftlichen und ideologischen Kräften fallen; und dort hat der Kampf zwischen diesen beiden Welten bereits lange vor dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs begonnen.

In den kommenden Jahren wird der Konflikt schärfere Formen annehmen. Da die katholische Kirche in Asien große Interessen hat, verbindet sie sich auch dort mit jeder Macht, die der Sowjetunion und dem Kommunismus

feindlich gesinnt ist. Diese Politik auf weite Sicht ist nach dem zweiten Weltkrieg verstärkt in Erscheinung getreten. Sie beruht auf der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, die ihren Machtbereich immer mehr auszudehnen versuchen.

Die Politik des Vatikans in Asien war zwischen den beiden Weltkriegen weitgehend von seiner allgemeinen Politik in Europa abhängig, wenn er auch sein Ziel in den asiatischen Ländern vor allem in der Ausbreitung des Katholizismus sah. Der Vatikan begünstigte auch in Asien jede Person, jede Bewegung, jede Nation, die bereit war, sich mit der katholischen Kirche zu verbünden, der katholischen Kirche Privilegien zu gewähren und ihr im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Kommunismus, zu helfen. Wie überall, begann diese Politik in Asien in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg. Damals hielt die katholische Kirche, die sich bis dahin in Asien auf die Missionsarbeit konzentriert hatte, nach nichtreligiösen Verbündeten Ausschau, die sie mit Hilfe des „roten Schreckgespenstes", das ihr in Europa so gute Dienste geleistet hatte, auf ihre Seite zu ziehen trachtete. Die geographische Nähe der Sowjetunion, das Erwachen der großen Völker Asiens und ihre Neigung zur kommunistischen Ideologie hatten auch dort eine Reihe von Gruppen alarmiert, deren Interessen die Eindämmung dieser Gefahr verlangten.

Die Macht, die in erster Linie ein nützlicher Partner der katholischen Kirche in Asien zu werden versprach, war Japan. Einmal war Japan ein unabhängiges Land, das eine unabhängige Innen- und Außenpolitik betrieb; zum anderen trug es sich mit der Absicht, seine Macht auf China auszudehnen, wo die katholische Kirche gewisse Interessen zu wahren hatte; und schließlich war Japan seit Jahrzehnten ein eingefleischter Feind Rußlands und obendrein, seit der Oktoberrevolution, wie die meisten anderen kapitalistischen Mächte, ein Feind des Kommunismus. Damit war die Grundlage für eine Zusammenarbeit des Vatikans und Japans in Asien gegeben.

Diese Zusammenarbeit begann, als der Vatikan 1931 nach dem Einfall der Japaner in die Mandschurei mit Genugtuung feststellte, daß die Japaner in den okkupierten Gebieten ihre Hauptaufgabe darin sahen, den Kommunismus erbarmungslos auszurotten. Das war, vom Standpunkt des Vatikans gesehen, von größter Bedeutung, da die „bolschewistische Gefahr" in Asien durch das Wirken chinesischer kommunistischer Gruppen mittlerweile akut geworden war. Von dieser Zeit an wurden die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Japan immer herzlicher. Offiziell datierten sie bereits aus dem Jahr 1919, als in Tokio eine „Apostolische Delegation" errichtet worden war. Sie wurden besonders herzlich, nachdem Japan sich territorial ausgedehnt und der japanische Totalitarismus im Lande selbst unumschränkte Macht erlangt hatte.

Wenn es auch Zufall gewesen sein mag, so sollte man trotzdem nicht einfach darüber hinwegsehen, daß sich die Beziehungen zwischen Japan und

dem Vatikan in einer Zeit enger gestalteten, als der Faschismus und der Nazismus in Europa im Vormarsch waren, als der Papst seine erste große Kampagne gegen den Kommunismus begann und als die japanische Innen- und Außenpolitik immer stärker faschistischen Charakter annahm.

Als 1936 der Krieg zwischen Japan und China ausbrach, als die Japaner weite Gebiete Chinas unter ihre Kontrolle brachten, als Nazideutschland und Japan ihren interkontinentalen politisch-militärischen Plan entwickelten und den aggressiven Antikominternpakt schlossen, wurde die vatikanisch-japanische Freundschaft noch enger. In den Augen der katholischen Kirche war Japan das Deutschland des Fernen Ostens, der künftige Vernichter des Kommunismus in Asien, ein Todfeind der Sowjetunion.

Japan erkannte sehr bald, wie nützlich ihm die katholische Kirche sein konnte. Als seine Armeen in China eindrangen, versprach es, die katholischen Missionen zu respektieren und ihnen, wo es möglich war, sogar gewisse Privilegien zuzubilligen.

Die katholische Kirche ihrerseits ging in ihrem Bestreben, sich mit den herrschenden Kräften in Japan gut zu stellen, sehr weit und zeigte sich selbst in grundsätzlichen religiösen und moralischen Fragen kompromißbereit. So erließ die japanische Regierung, um den Totalitarismus ihres Landes für den kommenden Krieg gegen die Westmächte moralisch zu festigen, ein Gesetz, nach dem alle japanischen Staatsbürger verpflichtet waren, dem Mikado als der höchsten lebenden Gottheit zu huldigen. Dieses Gesetz betraf auch die 120000 japanischen Katholiken. Der Vatikan erhob anfangs Einspruch und erklärte, das Gesetz stehe im Widerspruch zu den Lehren des Katholizismus. Aber seine Proteste hatten keine lange Lebensdauer. Schließlich stimmte der Vatikan dem Götzenkult sogar zu. Offensichtlich war ihm entfallen, daß die ersten Christen lieber starben, als einem solchen Gesetz zu gehorchen.*

Bei Ausbruch des zweiten Weltkriegs rückten Japan und der Vatikan enger zusammen. Die katholische Kirche setzte ihre Hoffnungen auf den Antikominternpakt. Aber als Hitler die Sowjetunion überfiel, war die Freude darüber im Vatikan nicht so groß, wie sie hätte sein können; der Vatikan

* Nach der Niederlage Japans befahl die amerikanische Besatzungsmacht der japanischen Regierung, den Schintoismus mit seinen religiösen Huldigungen für den Kaiser zu verbieten. (Es gibt zu denken, daß zwei der engsten Berater General MacArthurs Jesuiten waren; der eine von ihnen war Rektor und der andere Professor der Rechte an der katholischen Universität in Tokio.) Dieser Schritt wurde vom Vatikan wärmstens begrüßt. Man hegte dort in den ersten Nachkriegsjahren große Hoffnungen für den Katholizismus in Japan, namentlich als im Frühjahr 1946 Gerüchte über einen bevorstehenden Übertritt des Mikado zum christlichen Glauben bekannt wurden und in der Weltpresse Verbreitung fanden. Im Juli 1946 ließ sich der frühere japanische Außenminister Matsuoka, der auf der Kriegsverbrecherliste stand, katholisch taufen.

wußte, daß Japan eigene Pläne verfolgte, durch die die USA in den Krieg hineingezogen wurden, und vorerst nicht beabsichtigte, die Sowjetunion von Osten her zu berennen. Der Vatikan tröstete sich rasch angesichts der Erfolge Japans in Asien. Die Partner des Antikominternpaktes waren anscheinend auf dem besten Wege, den Krieg zu gewinnen. Im Jahre 1942 stand Hitler vor den Toren Moskaus, Leningrads und Stalingrads, und Japan hatte Singapur und Hongkong besetzt und weite Gebiete überflutet.

Im März 1942, als Nazideutschland und Japan offensichtlich dem Sieg zueilten, als die Sowjetunion vor dem Zusammenbruch zu stehen schien und die Westmächte der Niederlage nahe waren, nahm der Vatikan mit Japan diplomatische Beziehungen auf. „Der Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen und unmittelbarer Kontakte zwischen Japan und dem Vatikan kommt eine besondere Bedeutung zu“, erklärte der japanische Außenminister. Diese „besondere Bedeutung“ wurde in Washington und Moskau sehr wohl zur Kenntnis genommen. Auf Vorhaltungen Präsident Roosevelts erwiderte der Vatikan, er habe auf die religiösen Interessen der katholischen Kirche Rücksicht zu nehmen; viele katholische Soldaten seien in japanische Gefangenschaft geraten, zahlreiche katholische Missionen befänden sich in Gebieten, die unter japanischer Herrschaft ständen, und auf den Philippinen sei fast jeder zehnte Einwohner Katholik; vor allem aber sei der Vatikan neutral, deshalb sei es seine Pflicht, die bereits bestehenden guten Beziehungen weiter zu verbessern.

Einer der Hauptgründe für die gelegentlichen Reibereien zwischen Myron Taylor, dem persönlichen Botschafter Präsident Roosevelts, und dem Vatikan war die enge Freundschaft zwischen dem Heiligen Stuhl und Tokio. Mehr als einmal wurden die sonst herzlichen Beziehungen zwischen Pius XII. und Roosevelt dadurch getrübt. Zu solchen Zwistigkeiten kam es zum Beispiel, als Portugal drauf und dran war, in den Krieg einzutreten, weil Japan sich weigerte, die Insel Timor zu räumen (Oktober 1943). Der Vatikan überredete jedoch den Katholiken Salazar, neutral zu bleiben. Die Alliierten wünschten Portugals Kriegseintritt, weil sie dann über die portugiesischen Marinestützpunkte zur Bekämpfung der deutschen und japanischen U-Boote verfügt hätten. Es kam zu einem Kompromiß. Salazar verpachtete die Azoren an die Westmächte, nachdem Roosevelt durch den Vatikan den entsprechenden Druck auf Portugal ausgeübt hatte.

Japan behandelte, wie abgesprochen, die katholische Kirche und die katholischen Missionen mit besonderer Aufmerksamkeit. Während zum Beispiel die protestantischen Geistlichen eingesperrt und interniert wurden, ließ man katholische Priester und Nonnen häufig völlig unbehelligt, ja unterstützte sie sogar teilweise. So waren 1944 auf den Philippinen 528 protestantische Missionare interniert, in China 130 und in Japan 10 *(Church Times,*

28. Oktober 1944). Über die katholischen Missionare berichtete das von den Jesuiten geleitete Magazin *America:* „80 bis 90 Prozent unserer Priester, Nonnen und Mönche im Fernen Osten sind nach wie vor auf ihren Posten. Insgesamt handelt es sich um ungefähr 7500. Die restlichen 10 Prozent, zumeist Amerikaner, erhielten die Erlaubnis, in ihre Heimat zurückzukehren."

Aber die Niederlage im Westen zog auch die Niederlage im Osten nach sich. Die Kapitulation Nazideutschlands bedeutete auch die Kapitulation Japans. Allein, angeschlagen von der militärischen Macht der USA, erschüttert von der ersten Atombombe und schließlich Anfang August 1945 erdrückt von der Offensive der Sowjetarmee, kapitulierte Japan am 2. September 1945.

Die fernöstliche Bastion gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion, von der sich der Vatikan die Rettung Asiens versprochen hatte, brach ebenso zusammen, wie Nazideutschland im Westen einige Monate zuvor zusammengebrochen war. Der Fehlschlag der vatikanischen Politik auf zwei Kontinenten besiegelte den Fehlschlag der Weltpolitik des Vatikans.

Ebenso wie in Italien und Deutschland war der Vatikan in Japan maßgebend beteiligt, als es darum ging, das Land aus dem Krieg herauszuführen, ohne das herrschende Regime und die hinter ihm stehenden Kräfte ernsthaft zu gefährden. Die erste Information über Japans Bereitschaft, Frieden zu schließen, wurde den USA im Frühjahr 1945 vom Vatikan übermittelt. Am 5. April enthob Kaiser Hirohito den Ministerpräsidenten General Koiso seines Amtes und ernannte an seiner Stelle den Admiral Suzuki, ebenso, wie der König von Italien kurz vor der Kapitulation Mussolini entließ und die deutschen Verschwörer sich bemühten, Hitler loszuwerden. Admiral Suzukis Aufgabe bestand nach den Worten des Mikado darin, „die Voraussetzungen für eine Beendigung des Krieges zu schaffen". Der Kaiser nahm, gedrängt von seinem Außenminister, Verbindung mit dem Vatikan auf, um von Amerika die Bedingungen für eine Beendigung des Krieges zu erfahren. (Siehe die Erklärung des Vizeadmirals Ellis Zacharias, des früheren Chefs des Marinenachrichtendienstes der USA, vom 23. Mai 1950)

Die Beziehungen zwischen China und dem Vatikan, die lange Zeit recht gespannt waren, besserten sich, als der Vatikan in Tokio diplomatisch vertreten war. Die chinesische Regierung leitete von sich aus Schritte ein, um festzustellen, ob zwischen ihr und Rom ebenfalls diplomatische Beziehungen aufgenommen werden könnten.

Der Vatikan machte anfangs eine Reihe von Vorbehalten. Aber die amerikanische Hierarchie und das Weiße Haus wiesen darauf hin, daß diplomatische Beziehungen mit der Kuomintangregierung im allgemeinen Interesse der katholischen Kirche in China und in den USA läge; man könne dann der augenblicklichen Verstimmung in den USA über die Aufnahme

diplomatischer Beziehungen zwischen Rom und Tokio entgegentreten. So kam es im Juni 1942 zur Akkreditierung des ersten chinesischen Botschafters beim Vatikan.

China war in den Augen des Vatikans ein untergeordneter Faktor innerhalb seines größeren politischen Planes, der sich in Europa auf Deutschland und im Fernen Osten auf Japan stützte. Der Vatikan unternahm daher diesen Schritt lediglich, um den USA entgegenzukommen. Trotzdem spielte die Möglichkeit einer deutsch-japanischen Niederlage bei der vatikanischen Entscheidung keine geringe Rolle. Die katholische Kirche hatte sich um nahezu drei Millionen Katholiken zu kümmern, die über das ganze chinesische Gebiet verstreut lebten, sowie um eine junge, aufblühende Kirche, der gegen Ende des zweiten Weltkrieges 4000 Priester, 12000 Nonnen und Mönche und annähernd 100000 Laienhelfer – zumeist Lehrer, Ärzte und Katecheten – angehörten. Sie verfügte über 266 Krankenhäuser, 744 Ambulatorien und 450 Waisenhäuser. Etwa eine halbe Million Schüler besuchten katholische Schulen. Alle diese Einrichtungen verteilten sich auf ungefähr 33000 Missionsstationen.

Darüber hinaus hatte die katholische Kirche begonnen, in China eine nationale Hierarchie aufzubauen. Bei Kriegsende regierten in den chinesischen Diözesen mehr einheimische Bischöfe als in anderen kolonialen oder halbkolonialen Ländern. 1946 ernannte der Vatikan den ersten chinesischen Kardinal und gab dadurch der chinesischen Hierarchie einen Primas.

Diese Politik, eine eigene Hierarchie und Priesterkaste zu schaffen, die man auch in der Missionsarbeit in Afrika eingeschlagen hatte, war in China von besonderer Bedeutung. Man hoffte, durch sie nicht nur die katholische Kirche von dem Makel des „Ausländischen“ zu befreien, sondern auch die kommunistische Lehre, die sich unter der chinesischen Bevölkerung, ja selbst unter den chinesischen Christen, immer mehr ausbreitete, wirksamer zu bekämpfen.

Das war einer der wichtigsten Gründe, von denen sich der Vatikan bei der Herstellung guter Beziehungen mit Tschungking leiten ließ, obwohl seine Überlegungen hinsichtlich einer weiterreichenden Politik in Asien engeren Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und der chinesischen Regierung im Wege standen.

Als sich aber das Kriegsglück gegen Japan wandte und damit die fernöstlichen Pläne des Vatikans zu scheitern drohten, begann der Vatikan den chinesischen Generalissimus Tschiang Kai-schek zu hofieren. Er tat dies nicht nur, um die Interessen der katholischen Kirche in China zu sichern, sondern vor allem, weil die chinesische Armee des Generals Tschiang Kai-schek nach dem Verschwinden der antikommunistischen japanischen Armee aus China das einzige Instrument für die Bekämpfung des Kommunismus

im Fernen Osten geblieben war. Die freundschaftlichen Beziehungen erreichten im Juli 1946 mit der Ernennung eines apostolischen Nuntius für China, der an die Stelle des bisherigen apostolischen Legaten trat, ihren offiziellen Höhepunkt.

So kam es, daß sich die katholische Kirche, als Japan kapitulierte, auf freundschaftlichem Fuße mit der Kuomintangregierung befand, mit jener Regierung, die noch während der japanischen Okkupation unter stillschweigender Duldung der Japaner einen großen Feldzug gegen die kommunistische Regierung Nordchinas begonnen hatte.

Das also war die Politik des Vatikans im Fernen Osten. Sie entsprach dem allgemeinen Plan des Vatikans, dem Hauptanliegen der Regierung Tschiang Kai-scheks und der Politik der USA, die große wirtschaftliche Interessen in China hatten.

Nach dem zweiten Weltkrieg zerfiel ganz Asien von seiner Ostspitze am Pazifik bis an die Küsten des Mittelmeers mit beinahe atemberaubender Geschwindigkeit in zwei antagonistische Lager. In den Völkern dieses Kontinents gehen Veränderungen vor, wie sie die Menschheit in ihrer Geschichte bisher nicht erlebt hat. Die großen unabhängigen Staaten Indien, Pakistan, Indonesien und vor allem die Volksrepublik China stellen heute bereits einen überwältigenden weltpolitischen Faktor dar; er wird das Kräftegleichgewicht im europäisch-asiatisch-amerikanischen Raum grundlegend ändern und das Schicksal unseres Jahrhunderts wesentlich beeinflussen.

Die Rolle, die der Vatikan in den letzten Jahrzehnten in Asien spielte, beweist, daß er eine erstrangige politische Macht darstellt, soviel er auch vorgeben mag, eine rein religiöse Institution zu sein. Sein Verhalten nach dem Kriege in Japan, im „roten China“, im souveränen Indien, in dem um seine Freiheit ringenden Mittleren und Nahen Osten ist das sicherste Anzeichen dafür, daß er mehr denn je entschlossen ist, die freiheitliche Entwicklung in diesen Gebieten aufzuhalten.

KAPITEL XX Schlußfolgerungen

Wir befaßten uns mit der Rolle des Vatikans in der modernen Welt und untersuchten, welchen Einfluß er im Laufe des letzten halben Jahrhunderts auf das Leben nahezu aller größeren Nationen ausübte. Wir erfuhren, welchen Anteil der Vatikan an der Entstehung der Weltkriege hatte, die zweimal in dieser kurzen Zeitspanne die Menschheit erschütterten, und erkannten seine lenkende Hand bei der Entwicklung der faschistischen und nazistischen Bewegungen. Niemand wird danach imstande sein, den Vatikan von der Verantwortung für viele Probleme, die die Welt heute beunruhigen, leichtfertig freizusprechen. Der Vatikan ist mitschuldig an vielen ökonomischen, sozialen und politischen Erschütterungen, die die Menschheit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebte.

Wenn es der katholischen Kirche auch mancherorts gelang, die Entwicklung der Geschichte zu hemmen, so konnte sie das Rad der Geschichte doch nicht zurückdrehen. Trotzdem denkt sie nicht daran, in ihrem Eifer nachzulassen. Sie unternimmt weiter alle Anstrengungen, ihren Einfluß über den Erdball auszubreiten, und mischt sich in lokale, nationale und selbst internationale Ereignisse ein, um ihrem Hauptziel, der Vorherrschaft über die ganze Welt, näherzukommen. Auch wenn sich dieses Ziel auf die rein religiöse Sphäre beschränkte, wäre es aus moralischen und praktischen Gründen anfechtbar. Leider kennen jedoch die ehrgeizigen Bestrebungen der katholischen Kirche keine solchen Einschränkungen. Ihre Anmaßung, der einzige Träger der Wahrheit zu sein, treibt sie dazu, sich in die ethischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Fragen einzumischen. Sie ist überzeugt, daß kein menschliches Gesetz sie abhalten könne, zu tun, was sie für die Ausübung ihrer Mission als notwendig erachtet. Jede Hilfe, woher sie auch kommen mag, ist ihr dabei recht.

Während andere Religionen, selbst christliche Bekenntnisse, aus mancherlei Ursachen in ihrem missionarischen Eifer nachgelassen haben, hält die katholische Kirche ihren Anspruch, die alleinseligmachende Kirche zu sein, mit ungebrochener Energie und mit einer nahezu unerschöpflichen Leidenschaft für neue Eroberungen aufrecht. Sie schreckt vor nichts zurück, wenn es darum geht, ihr Ziel zu erreichen. Man kann nicht erwarten, daß sich die katholische Kirche eines Tages bereit erklärt, von ihrer Einmischung in die sozialen und politischen Fragen abzulassen. Sie würde sich damit selbst aufgeben.

Wie in den vergangenen Jahrhunderten, wird die katholische Kirche auch in Zukunft all ihr Geschick, ihre Energie und ihre Klugheit

darauf verwenden, den progressiven Kräften der modernen Gesellschaft Hindernisse in den Weg zu legen.

Der Geist, der die katholische Kirche beherrscht, macht sie zu einem beharrlichen Feind unseres Jahrhunderts, macht sie zum Feind aller fortschrittlichen Ideen, um deren Verwirklichung sich Individuen und Nationen bemühen.

Die Geschichte lehrt, daß der Katholizismus, wo immer er seine religiösen Dogmen in reale Politik ummünzen konnte, seine Anstrengungen darauf konzentrierte, den *Status quo* aufrechtzuerhalten und sich dem Rad der Geschichte in die Speichen zu werfen; er verbündete sich regelmäßig mit jenen Kräften, deren Ziele den seinen entsprachen und die, ebenso wie er, einen Zustand konservieren wollten, der nicht mehr den Notwendigkeiten unseres sich verändernden Jahrhunderts entspricht.

Die Schaffung neuer, mächtiger katholischer Parteien auf den Ruinen der autoritären Regime; das Bündnis der Kirche mit gewissen Schichten der Gesellschaft in Europa, Amerika, Asien und überall sonst auf der Erde; ihr erfolgreiches Zusammenwirken mit der mächtigsten Nation der westlichen Welt, mit den USA; ihr unermüdliches Aufwiegeln aller Kräfte der Weltpolitik gegen den Sozialismus und gegen alle Länder, die ihn zu ihrem politischen System erhoben haben; ihr weltweiter Kreuzzug gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion; ihre Bannflüche gegen eine Ideologie, die in den Herzen von Millionen neue Hoffnungen weckt – all das beweist, daß sich die katholische Kirche mit derselben Energie, mit derselben Dreistigkeit, mit derselben Schlauheit und Entschlossenheit in die Grundfragen der heutigen Politik einmischt wie seit je. Die katholische Kirche läßt sich nicht so leicht von Niederlagen und Fehlschlägen beeindrucken. Sie stieg nach jeder Niederlage wie ein Phönix aus der Asche und verhielt sich herausfordernder denn je. Wir erlebten gerade in unseren Tagen, daß sie ihre Kräfte neu gruppierte und nach dem Verlust ihrer mächtigsten weltlichen Verbündeten im faschistischen Europa innerhalb weniger Jahre der geistige Kompagnon der Vereinigten Staaten von Amerika im Kreuzzug gegen die kommunistische Ideologie und ihre Verkörperung, die Sowjetunion, wurde. Ihr Vormarsch auf dem amerikanischen Kontinent hat sie für alle Verluste in der alten Welt mehr als entschädigt. Die Bündnisse, die sie in Amerika einging, ermöglichen ihr, weit größeren Einfluß auf das Weltgeschehen zu nehmen, als ihr jemals in der Vergangenheit eines ihrer Bündnisse in Europa gestattete.

Die katholische Kirche läßt sich auch durch das gewaltige Anwachsen ihrer Feinde nicht von ihrer Mission abschrecken. Sie ist unnachgiebiger denn je in ihrer Entschlossenheit, sich über die ganze Welt auszubreiten; ihre Priester, ihre Bischöfe und viele ihrer Gläubigen arbeiten mit dem Eifer

von Kreuzzüglern daran, die Herrschaft der Kirche bis in den letzten Winkel der Erde zu tragen; kein Gebiet der modernen Gesellschaft entgeht ihrer Aufmerksamkeit, es gibt keine Nation und kein Land ohne eine katholische Hierarchie, ohne Anhänger der katholischen Kirche.

Ihre Diplomaten gelangen in die Außenministerien vieler Länder; ihre karitativen, sozialen und politischen Institutionen arbeiten mit den modernsten Mitteln und verfügen über Zeitungen, Sportvereinigungen, kulturelle Klubs und große Erholungs- und Ausbildungszentren in Amerika und Europa; ihre katholischen Parteien spielen oft eine entscheidende Rolle in vielen großen Ländern des europäischen Kontinents; ihr Herrscher, der Papst, hat an seinem Hof Botschafter von mehr als fünfzig Ländern; sein Wort, dem eine Armee von 400 Millionen Gläubigen blindlings gehorcht, wird von den Führern aller Parteien und Regierungen beachtet; es kann weiter reichende Folgen haben als die Äußerungen von Staatsoberhäuptern, als Resolutionen internationaler Konferenzen, als Friedensbeschlüsse von Weltorganisationen.

Eine Institution wie die katholische Kirche wird sich keine Minute Ruhe gönnen, ihr Hauptziel zu erreichen; sie wird geduldig das Ränkespiel fortsetzen und dabei viel Klugheit, Geschicklichkeit, Kühnheit und Diplomatie an den Tag legen; aber sie wird auch, das hat die Vergangenheit gezeigt, die Gewalt der Waffen solcher Mächte für sich ausnutzen, die auf Eroberungen fremder Länder ausgehen.

Die Befürchtungen vieler Menschen, daß die katholische Kirche, statt mitzuhelfen, eine dritte Weltkatastrophe zu verhindern, nach Kräften zur Vertiefung der Kluft zwischen den beiden Welten beitragen wird, sind leider berechtigt. Sie hat sich für diesen Kampf bereits mit nicht gerade erleuchteten Kräften verbündet. Doch die katholische Kirche sollte bedenken, daß sie mit dieser Politik nicht nur das Leben von hunderten Millionen Menschen, sondern auch ihre eigene Existenz aufs Spiel setzt. Ein dritter Weltkrieg würde nicht wiedergutzumachende Zerstörungen zur Folge haben und ganze Völker ausrotten. Aber er würde diesmal mit seinen vernichtenden Kräften auch vor alten Institutionen wie der katholischen Kirche nicht haltmachen.

Millionen denkender Menschen bemühen sich heute, eine Welt aufzubauen, in der der Krieg geächtet ist. Neue, lebendigere Kräfte sind am Werk. Wohl war die katholische Kirche Zeuge des Aufstiegs und des Niedergangs zahlloser Länder und Völker, wohl hat sie viele mächtige Herrscher und ihre Reiche überdauert, wohl hat sie Ideologien kommen und gehen sehen; trotzdem sollte man sie warnen, sich der eitlen Illusion hinzugeben, sie könne die progressiven Kräfte überleben, die heute von der Erde Besitz ergreifen.

NAMENVERZEICHNIS

Acton 39
Addison 39
Adenauer 180, 202, 207
Aguilera 82
Alderman 98
d'Alembert 79
Alexander 223
Alexander III. 336, 337
Alfieri 298
Alfons XII. 82
Alvinana 89
Anacletus 9
D'Annunzio 38
Aranda 79
de Arcos 81
Arius 37
Arthur v. Britannien 37
Artus 37
Augustin 78
Aurelius 10
Azanas 85

Bacon 39
Badoglio 124, 125
Barthou 223
Baudouin 296, 301
Baudrillart 311
Beck 202, 204, 248, 261
Benedikt XV. 13, 58, 64 ff., 73, 104, 141
Benesch 241, 253
Benjamin (Metropolit von New York) 337
Benjamin (Patriarch von Konstantinopel) 338
Bennet 147, 152
Bergson 39
Berning 174
Berthier 11
Bertram 168, 174
Bethleem 36
Bethmann-Hollweg 139
Betrognami 118
Bettinger 140
Binchay 13
Bismarck 131 ff., 152, 164
v. Blomberg 170
Bois 297
Bonaparte 11, 29, 277, 287, 307
Bonnet 292
Borgia 29
Borgongini-Duca 120, 297, 299
Bossuet 39
Bouratch 259
Brandenburg 154
Braun, Otto 158
Brenan 82
Brigham 123, 124
Brophy 365
Browne 38
Brüning 147, 151 ff., 160, 162 ff.
Burriel 79

Cabarrus 79
Cabrini 373
Caesar 43
Calles 381
Campomanes 79
Canovas 80
Caraffa 37
Carlson 364
Catroux 316
Cavour 11, 12
Ceretti 241
Chaplin 355
Charles-Roux 181, 298, 369
Christophoros 336, 338
Churchill 126, 300 ff.
Ciano 118 ff., 297 f.
Cicognani 354
Clarizio 123
Clarke 81
Clemenceau 259
Clemens XIV. 55
Comte 38
Cornilleau 280
Costa 384
Coughlin 363 ff., 367, 382, 383
Crosius 78
Cuesta 384
Czernin 141

Daladier 295, 302
Damasus 78
Dante 38
Defoe 38
Degrelle 267 ff., 274
Descartes 38
Doellinger 39
Dollfuß 87, 178, 221 ff., 385
Doriot 316
Dreyfus 280
Duffy 383
Dumas 38
Duphot 11

Eck 37
Ehrenfried 173, 174
Eichmann 34
Emanuele 118
Emser 37
Engels 137
v. Epp 156

Erasmus 37
Erzberger 141 ff., 147, 152
Evrainoff 197

Falk 133
v. Falkenhausen 203, 274
Faulhaber 140, 143, 165,
173, 175, 179, 180, 185,
188, 192, 204, 206
Federzoni 122
Ferdinand 27
Fey 229 ff.
Flandin 292
Flaubert 38
Floridablanca 79
Flynn 205, 339, 368
France 38
Franco 28, 76, 88, 90 ff.,
96 ff., 117, 180, 186, 197,
294, 314, 326, 340, 364,
379, 384, 385
Franz Joseph 209
Fromm 204

Galdos 84
v. Galen 175, 183, 193, 206
Gales 356
Galilei 47, 48
Gallagher 264
Gambetta 289
Gardini 112, 115, 125
Gasparri 104, 112, 241, 320,
367
de Gasperi 128
de Gaulle 301 f., 315 ff.
Gautier 38
Gelasius 37
Gerlier 311, 313, 316
Gianini 128
Gibbon 38
Gilroy 23
Giraud 293
Goebbels 185
Goerdeler 202
Giocoechea 89
Goldsmith 39
Goma y Tomás 88, 94
Gonzales 99
Göring 154, 294
Gounod 311
Grandi 122, 124, 223
Gregor VII. 79
Gregor IX. 27
Gregor XV. 49
Greiser 207
Gröber 176, 193, 206
Groener 146, 152, 155, 156
Grotius 38
Guidi 299

Hacha 250
Hadrian I. 10
v. Hagen 203
Halifax 292
Haskell 322
Hatzfeld 137
Hayes 252, 365
Hays 354
Hecker 358
Heine 38
Heinrich VIII. 29
Henderson 220
Henlein 244, 247
Henri IV. 289
Herrera 87
Herriot 301, 302
Hertling 140
Heuß 207
Hilgers 39
Hindenburg 141, 142, 146,
151, 152, 155 ff., 160
Hinsley 304
Hirohito 390
Hitler 87, 90, 92, 93, 96 ff,
112, 118, 119 ff., 136, 139,
143, 146, 150, 153 ff.,
167 ff., 174, 176 ff., 183 ff.,
207, 216, 220 ff., 226,
229 ff., 243, 244, 246,
247 ff., 253, 260, 261, 267,
269, 270, 272, 277, 292 ff.,
298, 299, 304 ff., 310,
312 ff., 325, 326, 332 ff.,
340, 366, 378, 383, 384,
389, 390
Hlinka 245, 246, 248, 249
Hlond 180, 183, 333
Hoare 96, 98, 197
Hobbes 39
Hoffmann 141
Hohenlohe 132, 139
Holger der Däne 37
Houtin 358
Hueber 221, 222
Hugenberg 150, 158 ff.
Hugo 39
Hurley 33, 35
Hus 236, 240 ff.

Ibañez 84
Innitzer 180, 231 ff.
Innocenz II. 30
Isabella 27

Jackson 207
Jacobini 134
Jeanneney 301, 302
Jefferson 375
Jordanski 322
Julian II. 14
Julius II. 10, 22

Kaas 150, 151, 156, 158 ff.,
162, 165
Kallistratus 336
Kant 38
Karl der Große 10
Karl Martell 10
Karl I. 79
Kaspar 241
Katharina 60
Kepler 48
v. Ketteler 139
Koiso 390
Konstantin 9, 10

Kopernikus 48
Kuhn 203
Kyrill 240, 250

Lade 335
Lamartine 38
Lang 38
Langeron 302
Laval 186, 287, 294 ff., 302, 303, 313, 314, 316
Lavigerie 279
Lebrun 300
Ledochovski 322
Leibniz 38
Lenin 219, 256, 257
Leo III. 10
Leo IV. 10
Leo X. 21
Leo XIII. 5, 15, 17, 37, 38, 40, 42, 43, 62 ff., 66, 70, 83, 102, 134, 209, 279, 287, 305, 312, 351, 362
Leopold 270, 271, 299
Lequerica 186, 299
Lerroux 87
Lieber 139, 140
Linus 9
Loch-Reischl 36
Locke 38
Lord 353
Lorenz 10
Lothar 10
Louis Philippe 307
Loyola 53 ff.
Ludendorff 141
Lueger 211, 212
Luther 37

MacArthur 388
MacDonald 220
MacGowan 59
Maeterlinck 38
Maglione 200, 299
Makarius 337
Malebranche 39
Mandel 301, 302
Mandeville 39
Margotti 113
Maria Theresia 209
Mary 373
Marquet 302
Marx, Karl 129
Marx, Wilhelm 144, 145, 148
Martel 257, 259
Masaryk 245
Masdeu 79
Matsuoka 388
Matteotti 106
McClafferty 354
McDonald 341
Melanchton 37
Mendham 37
Menne 141
Merlin 37
Merry del Val 29, 39, 107, 147
Methodios 240, 250
Michelet 254
Millar 362
Miltiades 10
Milton 38
Mindszenty 370
Minzoni 105
Miollis 11
della Mirandola 37
Mireaux 307
Mistrangelo 106
Mix 373
Mohammed II. 373
Moltke 141
Montaña 81
Monteiro 384
de Monzie 296
Muench v. Fargo 168
Müller, Hermann 146, 152
Müller 202
Le Mun 305
Mundelein 16, 177
Murillo 83
Murray 375
Mussolini 40, 74, 84, 89, 91, 92, 96, 103 ff., 117 ff., 122 ff., 127, 128, 169, 178 ff., 187, 188, 201, 219, 223 ff., 228, 230, 247, 249, 250, 261, 267, 277, 292 ff., 297 ff., 301, 304 ff., 314, 340, 343, 365, 366, 368, 379, 384, 385, 390

Napoleon, s. Bonaparte
Napoleon III. 11, 307
Neuhäusler 162
Nikolas 337
Nikolaus 10
Noll 357

Obregon 381
O'Connel 365
v. Oertzen 202
Okulicki 330
Olbricht 202, 204
Orlandini 55
Orlemansky 338, 339
Orsenigo 191
v. Ossietzky 153, 154
Ottaviani 197
Otto v. Habsburg 217

Pacelli (Pius XII.) 23, 44, 46, 47, 59, 76, 92, 94, 95, 109, 118, 119 ff., 126, 139, 142, 145, 147 ff., 156 ff., 164, 172, 173, 180, 182, 184, 192, 195, 201, 207, 249, 261, 295, 303, 323, 367, 368, 378, 381, 385, 389
Paderewski 256
Padoan 130
Paine 38
v. Papen 139, 158 ff., 162, 164, 207, 229, 231, 296
Pappalardo 122
Papst 220
Pascal 38

Passaglia 12
Paulus (Paul) 36, 39, 43, 57
Pavelić 41, 120
Peiro 83
Perathoner 308
Pertinax 123
Pétain 73, 186, 190, 293 ff., 313 ff.
Petrus (Peter) 9, 10, 14
Peyrouton 309
Philipp II. 37, 79, 209
Phipps 292
Pilsudski 257, 258
Piou 279
Piquet 313
Pius IV. 27, 33
Pius V. 37
Pius VI. 11
Pius VII. 11, 14, 27
Pius IX. 22, 23, 102, 132, 134, 297, 312
Pius X. 30, 42, 209
Pius XI. (Ratti) 13, 39, 42, 43, 45, 51, 58, 60, 67 ff., 73, 74, 91, 100, 104, 106, 107, 111, 118, 148, 156, 166, 180, 207, 222, 234, 257, 279, 295, 297, 305, 312, 352, 353, 367
Pius XII., s. Pacelli
Pizzardo 322
Pla y Deniel 98
Pioncaré 280
de Portes 300
Premoli 358
v. Preysing 176
Prouvost 296
Pucci 113
Puzyna 209
Pzeril 313

Quigley 353

Rabelais 37
Rackl 175
Rampolla 209
Ranke 54, 55
Rankin 119
Rathenau 144
Ratti, s. Pius XI.
Renan 39
Revyuk 259
Reynaud 296, 300 ff.
Ribbentrop 120, 184, 186, 187, 191, 192, 197, 200, 249, 298
Richardson 39
Rintelen 229
Ripalda 81
de Rivera 84, 85
Robles 87 ff.
Roche 51
van Roey 271, 274, 275
Röhm 154, 156
Roosevelt 122, 125, 196 ff., 201, 205, 271, 301, 328, 329, 338, 339, 341, 366ff., 371, 372, 374, 377 ff., 381, 386, 389
Ropp 321
Roselli 37
Rosselli 118
Rousseau 39, 79
Ryan 362

Salazar 28, 196, 314, 385, 389
Salotti 127
Salvemini 6, 116
Sand 38
v. Schlabrendorff 203, 204
v. Schleicher 146, 152, 154, 156, 158, 160, 169
Schober 220
Schulte 170, 174
v. Schuschnigg 230 ff.
Schuster 115, 180
Segura 85, 86
Seipel 150, 211, 214 ff., 226, 232, 236, 251, 314
Seldes 16, 60, 357
Serédi 217, 295
Sergei 336, 340
Seton 373
Severing 158
Seyß-Inquart 76, 231 ff., 233, 249
Sforza 320
Shirer 187
Sikorski 322
Silvester 10
Sixtus IV. 10, 27
Sixtus V. 10, 21, 25, 37
Skouras 355
Slattery 373
Smart 357
Smith 359
Sosnokowski 329
Sotelo 89, 90
Spahn 140
Spellman 122, 123, 197, 198, 348, 367, 368, 376
Spinoza 39
Stalin 197, 327 ff., 337 ff., 341
Starhemberg 218 ff., 225, 230
v. Stauffenberg 202, 204
Stegerwald 144
Stendhal 39
Stepinac 41
Sterne 38
Stieff 203
Stimson 199
v. Stohrer 96, 294, 295
Strasser 158, 169
Stresemann 146, 150
v. Stülpnagel 203
Sturzo 103, 105,
Sue 39
Suhard 308, 311, 312, 314 ff.
Suñer 89, 95, 96
Suzuki 390
Swedenborg 39
Symmachus 10

Taaffe 210
Taine 39
Tartaglia 129
Taylor 196, 199, 200, 201, 368, 369, 389
Teeling 100
Tennytski 259
Theodosius 78
Thyssen 155
Tiberius 43
Tien 23
Timotheus 336, 338
v. Tirpitz 140, 141
Tiso 76, 207, 249 ff., 385
Tisserant 316
Titman 368
La Tour Du Pin 305
v. Tresckow 202, 203
Treviranus 154
Truman 369, 371
Tschiang Kai-scheck 391, 392
Tschitscherin 321, 323

Umberto 128

de Valera 98
Valladares 90
Vannutelli 105
Vargas 384
Vaugion 220, 222
Venosta 12
Venturi 119, 298, 322
Verdier 240, 244
Vicente 83
Viktor Emanuel 104
v. Vogelsang 211, 216
Voltaire 38, 79

Walsh 322
Washington 346
Wedenski 321
v. Weizsäcker 200, 207
Wells, H. G. 54
Wells, Sumner 368
Wenzel 240
Weygand 186, 260, 270, 293, 295, 296 ff., 303
Wheeler 147, 152
White 39
Wilhelm II. 136, 140
Windthorst 132, 134, 136, 139
Wirth 144, 147
Worowski 322

Zacharias 390
Zamora 88
van Zeeland 269
Zita 217
Zola 39

Wer in Deutschland weiß,

daß Reichskanzler Franz von Papen, päpstlicher Geheimkämmerer und ein Mann der katholischen Zentrumspartei, den entscheidenden Beitrag zu Hitlers Machtergreifung und zur Schaffung des Reichskonkordats leistete und 1934 für diese politische Tätigkeit vom damaligen Papst mit dem Christusorden ausgezeichnet wurde?

daß die Auflösung der Zentrumspartei im Juli 1933 sowie die zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen von Bischöfen zugunsten des Nationalsozialismus auf unmittelbare Weisung des Vatikan erfolgten?

daß für die direkte Unterstützung Hitlers der damalige Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., verantwortlich war?

daß überall, wo faschistische Regierungen gebildet wurden, der Vatikan seine Hand im Spiel hatte?

daß es der katholischen Kirche in den letzten Jahrzehnten gelungen ist, selbst in den weitgehend protestantischen USA eine beherrschende Stellung im gesellschaftlichen und politischen Leben zu erringen?

Avro Manhattan schrieb sein Buch Anfang der fünfziger Jahre. Seine Schlußfolgerungen wurden durch die Ereignisse der folgenden Jahre weitgehend bestätigt, so daß der Leser ohne Schwierigkeiten die in der Vergangenheit festgestellten Tendenzen der vatikanischen Politik in der Gegenwart wiederfindet.

Der Verfasser richtet sich weder gegen die Religion im allgemeinen noch gegen die katholische Religion im besonderen. Nicht die religiösen Glaubenssätze der katholischen Kirche sind das Thema, sondern die politischen Taten des Vatikan. Der Glauben bedeutet für den Vatikan ohnehin kaum mehr als ein Mittel zur Einflußnahme. Der Verfasser mißt daher nicht mit religiösen, sondern mit politischen Maßstäben. Wo allerdings die politische Vernunft und wichtige humanistische Grundprinzipien mit den religiösen Dogmen und deren Konsequenzen in Widerstreit geraten, läßt er keinen Zweifel daran, wessen Partei er ergreift.